

Friedrich Naumann  
STIFTUNG

FÜR DIE FREIHEIT

# Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung

26. Jahrgang 2014



**Nomos**

<https://doi.org/10.5771/9783845256511>, am 18.03.2025, 08:00:06  
Open Access –  <https://www.nomos-elibrary.de/agb>



Redaktion: Gérard Böenkamp, Birgit Bublies-Godau, Jürgen Frölich,  
Ewald Grothe, Wolther von Kieseritzky, Jochen Merkle

Anschrift der Redaktion:  
Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung  
c/o Archiv des Liberalismus  
Theodor-Heuss-Str. 26  
D-51645 Gummersbach

[juergen.froelich@freiheit.org](mailto:juergen.froelich@freiheit.org)

# Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung

26. Jahrgang 2014

im Auftrag  
der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit  
herausgegeben von  
Eckart Conze, Joachim Scholtyseck und Erich Weede  
in Verbindung mit Jürgen Frölich und Ewald Grothe



**Nomos**

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-1610-4 (Print)

ISBN 978-3-8452-5651-1 (ePDF)

1. Auflage 2014

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2014. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

## Inhaltsverzeichnis

### *Themenschwerpunkt „Liberalismus und Erster Weltkrieg“*

*Dominik Geppert*

Die europäischen Liberalen und der Erste Weltkrieg.  
Umriss eines Forschungsproblems 9

*Marcus Llanque*

Der deutsche Linksliberalismus in der ideenpolitischen Konstellation  
des Ersten Weltkriegs und der Wandel des Politikverständnisses 27

*Karl Heinrich Pohl*

Nation – Politik – Ökonomie.  
Der Nationalliberalismus im Ersten Weltkrieg: Das Beispiel Gustav  
Stresemann 49

*Heike Knortz*

Kontinuität oder Strukturbruch?  
Der Einfluss des Ersten Weltkriegs auf das korporative Verhältnis von  
Wirtschaft, Arbeit und deutschem Staat 75

*Andreas Rose*

„Peace Party at War“?  
Die britischen Radikalliberalen und der Große Krieg 95

*Stefan Grüner*

Krise und Kontinuität.  
Französischer Liberalismus und Erster Weltkrieg 125

*Lothar Höbelt*

Die „österreichischen“ Liberalen und der Erste Weltkrieg 151

*Patrick Ostermann*

Der Erste Weltkrieg – Vollendung des liberalen Italiens? 171

<i>Jörn Leonhard</i> Das Dilemma von Erwartungen und Erfahrungen. Liberaler im Ersten Weltkrieg	193
 <i>Weitere Beiträge</i>	
<i>Michael Wettengel</i> Politische Vereine und liberal-demokratische Bewegung in der Rhein- Main-Taunus-Region im Zeitalter von Restauration und Vormärz	216
<i>Ewald Grothe</i> Büchners Feinde. Liberaler und Konstitutioneller in seinen Briefen und im „Hessischen Landboten“	241
<i>Wolther von Kieseritzky</i> „...fort mit der Reactionspolitik, fort mit dem inneren Bismarck“. Wilhelm Büchner und der Fortschrittsliberalismus in Hessen	255
<i>Sebastian Demel/Peter Steinbach</i> „Keine Wohltaten – besseres Recht“. Ernst Abbe als Wissenschaftler, Unternehmer und Stifter	271
<i>Jens Hacke</i> Liberaler Alternativen für die Krise der Demokratie. Der Nationalökonom Moritz Julius Bonn als politischer Denker im Zeitalter der Weltkriege	295
<i>Michael Kitzing</i> Henry Bernhard (1896-1960). Vom Assistenten Stresemanns zum Zeitungsgründer, FDP-Politiker und Pan-Europäer	319
<i>Sylvia Heinemann</i> Vom Rand zur Mitte? Partizipation und Politisierungsprozesse von liberalen Frauen in der Aufbauphase der Bundesrepublik	345

*Forum*

*Anton Schindling/Jochen Merkle*

Die „Teutsche Libertät“.

Freiheit und Partizipation im Heiligen Römischen Reich

373

*Mark Schweda*

Freiheit und Bewahrung.

Joachim Ritters philosophischer Liberalismus in der politischen  
Geistesgeschichte der Bundesrepublik

393

Autorenverzeichnis

427





# Themenschwerpunkt „Liberalismus und Erster Weltkrieg“

*Dominik Geppert*

## Die europäischen Liberalen und der Erste Weltkrieg. Umriss eines Forschungsproblems

Wer Europas Liberale im Ersten Weltkrieg untersucht, betritt kein historiographisches Neuland. Er wendet sich einem Gegenstand zu, der in den zurückliegenden Jahren und Jahrzehnten jedoch auch nicht gerade im Zentrum des Interesses der Geschichtswissenschaft gestanden hat.<sup>1</sup> Das hat sich erst in jüngster Zeit geändert. Heute liegt das Thema in der Schnittmenge zweier Forschungsfelder, die in Bewegung geraten sind, oder genauer gesagt: die wieder in Bewegung geraten sind. Das hat beim Ersten Weltkrieg mit dem Diktat der Gedenkjahre zu tun, an deren Anfang wir stehen und die uns in den nächsten vier, fünf Jahren begleiten werden. Zunächst hatte vor allem der 100. Jahrestag der Julikrise seine Schatten vorausgeworfen.<sup>2</sup> Auch an Verdun, die russische Oktober-Revolution, an den Frieden von Brest-Litowsk und schließlich an die Pariser Vorortverträge wird, kalendarisch bedingt, bald intensiv erinnert werden.<sup>3</sup> Es gibt darüber hinaus aber auch eine Reihe struktureller Gründe dafür, dass insbesondere die Frage nach den kurzfristigen und den langfristigen Ursachen des Großen Krieges von 1914 bis 1918 wieder verstärkt ins Blickfeld der historischen Forschung gerückt ist.

Zwei Punkte sind in diesem Kontext besonders bemerkenswert. Erstens leben neue Überblicksdarstellungen wie die große Studie von Christopher Clark

1 Vgl. exemplarisch einige neuere Überblicksdarstellungen zum Ersten Weltkrieg, etwa von Oliver Janz: 14. Der Große Krieg, Frankfurt, New York 2013; Volker Berghahn: Der Erste Weltkrieg, 5. Aufl. München 2014 [zuerst 2003]; Gerd Krumeich, Jean-Jacques Becker: Der Große Krieg. Deutschland und Frankreich im Ersten Weltkrieg, Essen 2010.

2 Vgl. den Forschungsüberblick von Arnd Weinrich: „Großer Krieg“, große Ursachen? Aktuelle Forschungen zu den Ursachen des Ersten Weltkrieges, in: Francia 40 (2013), S. 233-252; und seither, um nur drei Titel beispielhaft zu nennen, Sean McMeekin: Juli 1914, München 2014; Gerd Krumeich: Juli 1914. Eine Bilanz, Paderborn u.a. 2014; Annika Mombauer: Die Julikrise. Europas Weg in den Ersten Weltkrieg, München 2014.

3 Schon jetzt etwa von Olaf Jessen: Verdun 1916. Urschlacht des Jahrhunderts, München 2014.

über die „Schlafwandler“ weniger von frischen Quellenfunden als von neuen Deutungen, zum Teil auch von der Rehabilitierung alter Interpretationen und von der klugen Synthese jüngerer Forschungen, die zuvor teilweise kaum beachtet worden sind.<sup>4</sup> Dabei haben nicht zuletzt das Ende des Kalten Krieges und der Übergang von einem bipolaren zu einem stärker multipolar ausgerichteten und global dimensionierten Staatensystem den Blickwinkel der Historiker verändert. Diese Verschiebung der Sichtachsen hat beispielsweise den Effekt, dass der deutsch-britische Antagonismus vor 1914, den Historiker nach 1945 bewusst oder unbewusst immer auch im Lichte des Systemgegensatzes zwischen Ost und West gedeutet haben, uns heute weniger umtreibt als früher, während die regionalen Ursprünge des Ersten Weltkrieges ausgerechnet auf dem Balkan auch vor dem Hintergrund der Erfahrungen des Bürgerkrieges in Jugoslawien in den 1990er Jahren genauer beleuchtet werden als noch vor 25 Jahren.<sup>5</sup>

Zweitens wird die Welt vor 1914 in einigen der neueren Studien nicht mehr als überwundene „schlechte“ Vergangenheit im Gegensatz zu einer besseren, klügeren und auch moralisch überlegenen Gegenwart dargestellt. Vielmehr erhalten diese Studien vielfach gerade dadurch ihren Reiz und ihre Attraktivität, dass sie die Ähnlichkeiten mit unseren Tagen stärker akzentuieren.<sup>6</sup> Die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg erscheint in ihnen weniger fremdartig und exotisch als noch vor zehn oder zwanzig Jahren. Im Gegenteil, die Jahre vor 1914 treten uns in diesen neuen Studien als eine Epoche forcierter Globalisierung und Modernisierung entgegen, als eine Zeit großer europäischer Krisen, in der es Selbstmordattentäter und Terroranschläge gab. Damit erleben wir keinen Verfremdungseffekt, sondern die relative Vertrautheit einer eigentlich doch schon recht fernen Vergangenheit. Nach Europas zweitem dreißigjährigen Krieg, 1914 bis 1945, habe es ein halbes Jahrhundert lang keine offene Zukunft gegeben, schrieb Philipp Blom in seinem Porträt Europas der Dekade vor 1914: „Im Kalten Krieg waren die Alternativen klar und es ging nur darum, welches der beiden ideologischen Systeme, Kommunismus oder Kapitalismus, den Sieg davontragen würde. Erst mit dem Zusammenbruch des Sowjetreichs haben wir wieder eine offene Zukunft und mit ihr auch die Erregung und die radikale Ungewißheit der Jahre zwischen 1900 und 1914, als alles möglich schien.“<sup>7</sup>

4 Christopher Clark: Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog, München 2013. Zu den bisher wenig zur Kenntnis genommenen neueren Monographien vgl. die unten in Anm. 15 bis 19 aufgezählten Arbeiten.

5 Das prominenteste Beispiel ebd., S. 23-165.

6 So etwa bei Herfried Münkler: Der Große Krieg. Die Welt 1914 bis 1918, Berlin 2013, bes. S. 753-797.

7 Philipp Blom: Der taumelnde Kontinent. Europa 1900 bis 1914, München 2011, S. 14; ähnlich in der Stoßrichtung auch Charles Emmerson: 1913. The World before the Great War, London 2013.

Eine vergleichbare, aus der Gegenwart herrührende Motivation kann man auch in der Liberalismusforschung beobachten. Ähnlich wie bei der Erforschung des Großen Krieges und seiner Ursachen haben sich hier im frühen 21. Jahrhundert die Erkenntnisinteressen verschoben – mit dem Effekt, dass in jüngster Zeit die Liberalismen des 20. Jahrhunderts stärker in den Fokus rücken. Das war nicht immer so. Gerade die deutsche Liberalismusforschung war traditionell vorrangig auf das 19. Jahrhundert ausgerichtet. Sie interessierte sich für das Wechselverhältnis von Liberalismus und Nationalbewegung, für den Zusammenhang von Liberalismus und Bürgertum. Als Fluchtpunkt diente, mehr oder weniger deutlich, die Krise des Liberalismus als gesamteuropäisches Phänomen zwischen den 1870er und den 1940er Jahren. Die Forschungen zum Liberalismus des 19. Jahrhunderts waren dabei anfangs ideengeschichtlich, später auch ideologiekritisch-sozialhistorisch orientiert, und sie waren vor allem national ausgerichtet, an spezifischen nationalen Liberalismen interessiert, in Deutschland vor allem an der Funktion, die einem angeblich allzu schwach ausgeprägten, obrigkeitlich gewendeten und flachwurzeligen deutschen Liberalismus im Rahmen der These vom deutschen Sonderweg zukam.<sup>8</sup>

Diese Ausrichtung hat sich seit den 1980er Jahren sukzessive verschoben. Immer stärker ist der Liberalismus in eine europäisch-vergleichende Perspektive gerückt worden. Die etwa von Lothar Gall und Dieter Langewiesche herausgegebenen Sammelbände zeugen davon, später auch die von der Begriffsgeschichte her kommende und an der historischen Semantik des Liberalismus interessierte Dissertation von Jörn Leonhard.<sup>9</sup> Der Fluchtpunkt blieb jedoch die Krise des Liberalismus an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert. Das neu erwachende Interesse am Liberalismus im 20. Jahrhundert hingegen rührt nicht zuletzt aus aktuellen Entwicklungen am Ende des 20. und am Anfang des 21. Jahrhunderts her. Sie schienen – jedenfalls bis vor kurzem – geprägt vom Triumph liberaler Prinzipien in der Wirtschafts- wie in der Gesellschaftsordnung bei gleichzeitigem Siechtum vieler, wenn auch nicht aller liberalen Parteien. Ein „Nebeneinander von historischer Strahlungskraft und politischem Funktionsverlust“, so haben es Anselm Doering-Manteuffel und Jörn Leonhard auf einer Tagung über „Liberalismus im 20. Jahrhundert“ im April 2013 formuliert, die explizit eine „komparative Perspektive“ gewählt hatte, um die

8 Paradigmatisch in diesem Sinne etwa die These vom „Untergang des Liberalnationalismus“ und dem „Aufstieg des Reichsnationalismus“ bei Hans-Ulrich Wehler: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 3, München 1995, S. 946-961.

9 Lothar Gall (Hrsg.): *Liberalismus, Königstein im Taunus* 1980; Dieter Langewiesche (Hrsg.): *Liberalismus im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich*, Göttingen 1988; Jörn Leonhard: *Liberalismus. Zur historischen Semantik eines europäischen Deutungsmusters*, München 2001.

Erforschung ihres Gegenstands „aus dem Gehäuse nationalstaatlicher Begrenzung herauszuführen“.<sup>10</sup>

Der Erste Weltkrieg hat dabei für die vergleichende Liberalismusforschung bisher keine besonders große Rolle gespielt. Viele der neueren Forschungen zum 20. Jahrhundert setzen erst in der Zwischenkriegszeit ein, vielleicht weil sie sich mehr für den Liberalismus innerhalb eines parlamentarisch-demokratischen Normalzustands interessieren als für die Ausnahmesituation eines Liberalismus im Kriege. Für die Betrachtung des Liberalismus im 19. Jahrhundert hingegen war der Erste Weltkrieg oft nicht mehr als der letzte Nagel im Sarg, dem man keine allzu große Aufmerksamkeit mehr schenken zu müssen glaubte. Der von George Dangerfield so einflussreich beschworene ‚seltsame Tod des liberalen England‘ beispielsweise trat nicht wegen der Entscheidung des Asquith-Kabinetts ein, am Großen Krieg teilzunehmen, obwohl es dazu keine vertragsmäßige Notwendigkeit gab. *Liberal England* war in Dangerfields Deutung im August 1914 schon gestorben: wegen der konservativen Opposition gegen den *Parliament Act* von 1911, wegen des drohenden Bürgerkriegs in Irland, wegen der Suffragetten-Bewegung und wegen einer zunehmend militanten Gewerkschaftsbewegung unter dem Einfluss des Syndikalismus.<sup>11</sup>

Umgekehrt kommt dem Liberalismus aber auch in den oben erwähnten neueren Forschungen zum Ersten Weltkrieg bisher keine prominente Funktion zu. In dem gewaltigen ersten Band von Hew Strachans Weltkriegsgeschichte etwa verzeichnet das Register unter dem Stichwort *liberalism* lediglich zwei Einträge. Sie verweisen auf den allerletzten Abschnitt über die „Ideen von 1914“. Liberalismus erscheint in diesem Kontext als die eine Seite eines ideologisch aufgeladenen Weltkonflikts zwischen Individualismus und Gemeinschaft, zwischen Anarchie und Ordnung, zwischen Kapitalismus und Staatssozialismus – und eben zwischen Liberalismus und Militarismus.<sup>12</sup> Eine derartige Interpretation ist unbefriedigend, weil sie letztlich nur die Frontstellungen der 1914 so massiv einsetzenden Propaganda reproduziert, sei es in der Variante „Händler“ gegen „Helden“ oder in der Form westlicher Zivilisation gegen „hunnische“ deutsche Barbarei. Die vielen Gemeinsamkeiten, Überlappungen und Verflechtungen, die es in Europa – auch und gerade im europäischen Liberalismus – vor 1914 gegeben hatte, drohen damit hundert Jahre

10 Anselm Doering-Manteuffel, Jörn Leonhard: Aufbruch und Aufhebung? Liberalismus im 20. Jahrhundert. Exposé für das Theodor-Heuss-Kolloquium (Frühjahr 2013), MS, S. 2.

11 George Dangerfield: *The Strange Death of Liberal England*, New York 1935.

12 Hew Strachan: *The First World War*, Bd. 1, Oxford 2001, S. 1139.

später noch den Denkschablonen und Sprachkonventionen der Kriegspropaganda zum Opfer zu fallen.<sup>13</sup>

Es ist ein Anliegen der im Themenschwerpunkt dieses Jahrbuchs versammelten Beiträge, die manichäische Weltsicht der Kriegsfrenten aufzubrechen und zu einer Vergleichsperspektive vorzudringen, die Gemeinsamkeiten wie Unterschiede der europäischen Liberalismen im Ersten Weltkrieg gleichberechtigt in den Blick nimmt. Dabei führt kein Weg an der Ausgangsbeobachtung vorbei, dass die meisten europäischen Liberalen die Teilnahme ihrer jeweiligen Heimatländer am Großen Krieg der Jahre 1914 bis 1918 für richtig, jedenfalls für gerechtfertigt und legitim gehalten haben.<sup>14</sup> Sie begrüßten den Krieg nicht unbedingt aus vollem Herzen, aber er erschien ihnen in aller Regel als gerechter Krieg im Namen liberaler Grundsätze und Normen. Zugleich fällt auf, wie unterschiedlich die liberalen Prinzipien und Werte waren, auf die sich die Kombattanten beriefen. Die russischen Liberalen glaubten, für die Selbstbestimmung der slawischen Völker auf dem Balkan zu kämpfen. Die Liberalen in Deutschland und im Habsburgerreich meinten, Europa vor russischem Despotismus und zaristischer Autokratie zu beschützen. Aus der Sicht französischer, belgischer und serbischer Liberaler ging es um einen Krieg zur nationalen Selbstverteidigung. Den Kriegseintritt Italiens begründeten die Liberalen dort nicht zuletzt mit dem Ziel, die verbleibenden Reste österreichischer Fremdherrschaft abzuschütteln. Für viele britische Liberale schließlich war eine Kriegsteilnahme ihres Landes durch die Verletzung der belgischen Neutralität gerechtfertigt, denn man sah sich im Kampf für die Einhaltung bestehender Verträge, für die Unverletzlichkeit des Völkerrechts und für die Rechte kleiner Nationen gegen die unprovokierte Aggression durch einen mächtigen Nachbarn.

Wir wissen heute, dass diese Sichtweisen keineswegs mit den tatsächlichen Handlungsmotiven der politischen Führungseliten übereinstimmten. Deren Überlegungen speisten sich in aller Regel nicht aus hohen moralischen Standards, sondern aus handfester Machtpolitik. Bei den Überlegungen der Führung in St. Petersburg spielten die slawischen Brüder auf dem Balkan eine geringere, eigene expansive Ziele in Osteuropa und am Bosphorus eine größere Rolle als lange angenommen.<sup>15</sup> Frankreich war unter Führung Raymond Poincarés nicht passives Opfer deutscher Aggression, sondern durchaus selbst zu einem Waffengang bereit, sofern es Russland und möglichst auch England an

13 Für einen auf Deutschland und England beschränkten Versuch, die verschütteten Verbindungslinien wieder freizulegen, siehe Dominik Geppert, Robert Gerwarth (Hrsg.): *Wilhelmine Germany and Edwardian Britain. Essays in Cultural Affinity*, Oxford 2008.

14 So schon Michael Howard: *War and the Liberal Conscience*, London 1978, S. 73.

15 Sean McMeekin: *The Russian Origins of the First World War*, Cambridge/Ms., London 2011, S. 6-75.

seiner Seite wusste.<sup>16</sup> Auch Englands außenpolitische Elite um Sir Edward Grey erscheint im Lichte neuerer Forschungen weniger friedfertig und auf Ausgleich bedacht als vielfach angenommen.<sup>17</sup> Am Wiener Ballhausplatz dachte man im Juli 1914 weniger an die Bedrohung durch Russland als an die Bewahrung des eigenen Großmachtstatus durch einen Balkankrieg gegen Serbien.<sup>18</sup> In Berlin hing zwar der Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg trüben Gedanken über die unaufhaltsam wachsende Macht der russischen „Dampfwalze“ nach, zugleich aber ging es aus Sicht der Wilhelmstraße darum, die als Einkreisung empfundene vollständige Isolation des Reiches in der Mitte Europas zu vermeiden, mit Österreich-Ungarn nicht auch noch den einzigen verbliebenen Bundesgenossen zu verlieren und die vielleicht letzte Möglichkeit zu einem Befreiungsschlag nicht zu versäumen.<sup>19</sup> Für Italiens Kriegseintritt im Frühjahr 1915 schließlich spielte die Gewinnung Triests, Istriens und Dalmatiens zwar eine wichtige Rolle; zugleich verfolgte Außenminister Sidney Sonnino jedoch eine klassische Kabinetts- und Realpolitik, die das von der Irredenta-Bewegung für sich reklamierte Nationalitätenprinzip „grob verletzte“.<sup>20</sup> Vor diesem Hintergrund ist die Einmütigkeit des guten Gewissens der europäischen Liberalen umso bemerkenswerter – zumal wenn man bedenkt, welch zentrale Rolle im liberalen Weltbild und in der liberalen Anthropologie die Vorstellung von der ursprünglich gegebenen, gleichsam natürlichen Friedfertigkeit des Menschen und der menschlichen Gemeinschaften lange Zeit gespielt hatte.<sup>21</sup>

Kriege zwischen den Völkern waren in dieser Sichtweise nur durch die Machinationen despotischer Herrscher und die Sonderinteressen krieglüsternder Aristokratien zu erklären. Wenn die alten anti-liberalen Eliten erst einmal beseitigt und durch gute Liberale ersetzt wären, dann würden auch alle Gründe für kriegerische Auseinandersetzungen zwischen Völkern und Nationen entfallen, so lautete die aus dem 18. Jahrhundert stammende und im 19. Jahrhundert lange verbreitete liberale Grundannahme. Immanuel Kant hatte in seiner Schrift „Zum ewigen Frieden“ 1795 prognostiziert, jedes Volk, das frei ent-

- 16 Vgl. Stefan Schmidt: Frankreichs Außenpolitik in der Julikrise 1914. Ein Beitrag zur Geschichte des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs, München 2009.
- 17 Siehe Andreas Rose: Zwischen Empire und Kontinent. Zur Transformation britischer Außen- und Sicherheitspolitik im Vorfeld des Ersten Weltkriegs, München 2011.
- 18 Günter Kronenbitter: „Nur los lassen“. Österreich-Ungarn und der Wille zum Krieg, in: Johannes Burkhardt u. a. (Hrsg.): Lange und kurze Wege in den Ersten Weltkrieg, München 1996, S. 159-187.
- 19 Konrad Canis: Der Weg in den Abgrund. Deutsche Außenpolitik 1902-1914, Paderborn u. a. 2011.
- 20 Siehe Patrick Ostermanns Beitrag in diesem Heft, unten S. 177.
- 21 Vgl. hierzu und zum Folgenden Lothar Gall: Liberalismus und Auswärtige Politik, in: Klaus Hildebrand, Reiner Pommerin (Hrsg.): Deutsche Frage und europäisches Gleichgewicht. Festschrift für Andreas Hillgruber zum 60. Geburtstag, Köln, Wien 1985, S. 31-46, hier S. 33.

scheiden könne, werde sich im Angesicht der „Drangsale des Krieges“ (also der hohen Kosten an Leib und Leben, an Hab und Gut), „sehr bedenken (...), ein so schlimmes Spiel anzufangen“; in einer Verfassung, in welcher der Untertan nicht zugleich auch Staatsbürger sei, seien Krieg und Machtpolitik „die unbedenklichste Sache von der Welt“, weil „das Oberhaupt nicht Staatsgenosse, sondern Staatseigentümer ist“.<sup>22</sup> Ganz ähnlich proklamierte knapp 25 Jahre später der französische frühliberale Staatstheoretiker Benjamin Constant: „Die Anführer mögen Feinde sein; die Völker sind wie Bürger ein und desselben Landes.“<sup>23</sup> Auf der gleichen Linie lagen die Vorkämpfer der englischen Freihandelsdoktrin um Richard Cobden und John Bright. Adam Smiths „unsichtbare Hand“ regelte ihrer Meinung nach nicht nur die Märkte, sondern auch die internationalen Staatenbeziehungen. Umgekehrt waren Handel und Friede letztlich durch den gleichen Feind bedroht: nämlich durch die Intervention der Regierungen und der herrschenden Klassen, die diese Regierungen kontrollierten.<sup>24</sup> Dem Grundsatz des *laissez-faire* im Innern entsprach das Prinzip der Nichteinmischung, der *non-intervention*, in den zwischenstaatlichen Beziehungen. Was für Kant das monarchische Staatsoberhaupt als Staatseigentümer, war für Cobden und Bright die herrschende Oligarchie des Vereinigten Königreichs aus grundbesitzender Aristokratie und Hochfinanz mit ihren traditionellen Bastionen in Außenpolitik und Diplomatie. Diese Kräfte der überkommenen Ordnung erschienen zukunftsfrohen und fortschrittsgläubigen Liberalen freilich auf längere Sicht betrachtet als hoffnungslos in der Defensive und historisch überholt.

In mancher Hinsicht gab die historische Entwicklung im letzten Drittel des 19. und im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts tatsächlich Anlass zu einer optimistischen Zukunftssicht. Schließlich vermehrten sich durch intensivierten Handel, durch mehr Reisen und aufgrund der verbesserten Kommunikationssysteme die Kontakte zwischen den einzelnen Staaten und ihren Gesellschaften, so dass sie sich nicht mehr auf eine kleine und privilegierte adlige Elite beschränkten, sondern weit in die prosperierenden Mittelschichten des Wirtschafts- und Bildungsbürgertums hineinreichten.<sup>25</sup> Die Bemühungen um die Einrichtung formalisierter Schlichtungsverfahren in den zwischenstaatlichen Beziehungen machten Fortschritte. Nach der Lösung der Alabama-Frage durch

- 22 Immanuel Kant: Zum Ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf, in: Ders.: Schriften zur Anthropologie, Geschichtsphilosophie, Politik und Pädagogik, Darmstadt 1964, S. 191-251, hier S. 205 f.
- 23 Benjamin Constant: Über die Freiheit der Alten im Vergleich zu der der Heutigen. Rede vor dem Athénée Royal in Paris, in: Ders.: Werke in vier Bänden, Bd. 4, Berlin 1972, S. 363-396, hier S. 391.
- 24 Alan Bullock, Maurice Shock: Englands liberale Tradition, in: Gall (Hrsg.): Liberalismus (wie Anm. 9), S. 254-282, hier S. 264.
- 25 Vgl. hierzu Martin H. Geyer u. a. (Hrsg.): The Mechanics of Internationalism. Culture, Society, and Politics from the 1840s to the First World War, Oxford u.a. 2001.



ein internationales Schiedsgericht im Jahr 1872 schlossen die Staaten in den folgenden vierzig Jahren bis 1914 weltweit insgesamt 194 Schiedsverträge ab. In neunzig Fällen wurden die darin vorgesehenen Schlichtungsverfahren erfolgreich angewandt. Seit 1892 hielt die internationale pazifistische Bewegung jährlich Weltfriedenskongresse ab.<sup>26</sup> 1899 kam es auf Initiative des russischen Zaren zur ersten Haager Friedenskonferenz, acht Jahre später zur zweiten.<sup>27</sup> Eine dritte war für 1915 geplant. Der Friedenspalast, in dem sie stattfinden sollte, wurde im August 1913 im Beisein der niederländischen Königsfamilie und des schottisch-amerikanischen Stahl-Tycoons und Philanthropen Andrew Carnegie feierlich eröffnet.

Nicht zufällig träumten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts viele liberale Intellektuelle, Akademiker und Journalisten von einem friedlich vereinten Europa. 1871 entwarf der englische Historiker John Robert Seeley in einer Ansprache vor der Londoner *Peace Society* das Szenario einer gemeinsamen europäischen Legislative und Exekutive nach dem Vorbild der USA. Diese Föderation, so Seeley, dürfe nicht nur auf Vereinbarungen zwischen den Regierungen der Einzelstaaten beruhen. Sie müsse vielmehr von einer „allgemeinen Volksbewegung“ getragen werden.<sup>28</sup> Viele Zeitgenossen nahmen damals an, neue Informationstechnologien wie die Telegraphie und später das Telefon würden nationale Grenzen automatisch zum Verschwinden bringen. Der britische Journalist William Thomas Stead, einer der publizistischen Wegbereiter der Haager Friedenskonferenzen von 1899 und 1907, malte sich Ende der 1890er Jahre ein föderiertes Europa als christliches Bollwerk gegen die orientalische Despotie des Osmanischen Reiches aus: mit einer zentralen Regierung und einer gemeinsamen Volksvertretung (in Bern), mit einem obersten Gerichtsherrn (dem Deutschen Kaiser), ohne nationale Grenzen und Zölle, dafür aber mit einer einheitlichen Währung.<sup>29</sup>

Die Frage, warum sich die Dinge schließlich ganz anders entwickelten, führt mitten in das Thema dieses Jahrbuchs. Es kann nicht Aufgabe einer Einführung sein, schon fertige Antworten zu formulieren. Einige Hinweise auf Zusammenhänge, die in den nachfolgenden Beiträgen immer wieder aufscheinen, seien jedoch vorab gegeben.

Da ist erstens die Spannung zwischen dem, was Jürgen Osterhammel Makro-Liberalismus und Mikro-Liberalismus genannt hat. Makro-Liberalismus

26 Vgl. die zeitgenössische Dokumentation des österreichischen Pazifisten Alfred Hermann Fried: *Handbuch der Friedensbewegung*, 2 Bde., Berlin, Leipzig 1911 (2. Aufl. 1913, Neudruck New York, London 1972).

27 Vgl. immer noch Jost Dülffer: *Regeln gegen den Krieg? Die Haager Friedenskonferenzen 1899 und 1907 in der internationalen Politik*, Frankfurt/Main u.a. 1981.

28 John Robert Seeley: *United States of Europe*, in: *MacMillan's Magazine* 23 (1871), S. 436-448.

29 William Thomas Stead: *The United States of Europe*, in: *Review of Reviews*. Juli 1897, S. 17-29.

bezeichnet den universalen Geltungsanspruch des Liberalismus, seine Visionen einer globalen Friedensordnung, eines unbeschränkten Welthandels und grenzenloser Mobilität. Mikro-Liberalismus hingegen zielt auf die Rückbindung an begrenzte, kleinräumige Milieus, an kommunale Strukturen, an regionale Traditionen, allenfalls noch an spezifische nationale politische Kulturen.<sup>30</sup> Der Makro-Liberalismus legt die Rede im Singular nahe: die umfassende liberale Weltanschauung und Welterklärung, der überall gültige liberale Wertekanon. Vom Mikro-Liberalismus dagegen spricht man eher im Plural, in Form verschiedenartiger Liberalismen: ein Gemeindeliberalismus, der an einigen Orten in kommunalen Wahlen sehr viel robuster war als auf der nationalen Ebene; ein regional spezifischer und unterschiedlich ausgeprägter badischer, württembergischer, hanseatischer oder preußischer Liberalismus; Unterschiede zwischen einem nord- oder süditalienischen Liberalismus und so weiter.

Schließlich gibt es die Differenzen zwischen verschiedenen nationalen Liberalismen, die so prägend erscheinen, dass sie in der Forschung häufig als zentrales Einteilungs- und Gliederungsmerkmal entsprechender Bände zur Geschichte des europäischen Liberalismus gemacht worden sind.<sup>31</sup> Diese Unterschiede sind auch mit Blick auf die politischen Systeme und die konkreten politischen Umstände wichtig, unter denen Liberale am Vorabend des Krieges und während des Krieges zu handeln hatten. Es machte einen gewaltigen Unterschied aus, ob die Liberalen den Regierungschef und wichtige Minister stellten, wie in Frankreich, Großbritannien oder Italien, ob sie auf die parlamentarische Repräsentation in einer obrigkeitsstaatlich geprägten konstitutionellen Monarchie, wie im Deutschen Reich oder in Österreich-Ungarn, beschränkt waren oder ob sie unter den autokratischen Verhältnissen der Zarenherrschaft in Russland zu agieren hatten.<sup>32</sup>

Zur Rede von Liberalismen im Plural könnte man auch neigen, wenn man auf die Namen und Selbstbezeichnungen der verschiedenen Parteien und Gruppierungen blickt, mit denen wir es zu tun haben. In Österreich-Ungarn findet man – dem Namen nach – überhaupt keine liberalen Parteien, sondern Fortschrittsparteien auf der einen Seite und auf der anderen Freisinnige oder Freiheitliche, wobei die Fortschrittsparteien sich vor allem in einer Frontstellung gegen einen protestantischen Konservatismus sahen, während sich der

- 30 Jürgen Osterhammel: *Liberalismus als kulturelle Revolution. Die widersprüchliche Weltwirkung einer europäischen Idee*, Stuttgart 2004, S. 11.
- 31 So schon bei Guido de Ruggiero: *Geschichte des Liberalismus in Europa*, München 1930; bis hin zu Langewiesche (Hrsg.): *Liberalismus im 19. Jahrhundert* (wie Anm. 9).
- 32 Vgl. jetzt den Überblick von Dittmar Dahlmann: *Parliaments*, in: Jay Winter (Hrsg.): *The Cambridge History of the First World War*, Bd. 2: *The State*, Cambridge 2014, S. 33-65.

Freisinn eher in Abgrenzung zum katholischen Klerikalismus definierte.<sup>33</sup> In England gab es zwar seit den 1860er Jahren eine *Liberal Party* – aber weniger als monolithischen Block denn als große Sammlungspartei von hocharistokratischen anglikanischen Whigs, mittelständischen nonkonformistischen Radikalen und abtrünnigen Tories (von Palmerston bis Gladstone).<sup>34</sup> Während die Radikalen in England unzweifelhaft zum Spektrum des Liberalismus gehörten, ist das für die französischen „radicaux“ bisweilen durchaus bezweifelt worden; die „radicaux“ repräsentierten dann die linke Mitte, die „liberaux“ die rechte Mitte.<sup>35</sup> In Italien schließlich war das gesamte im Parlament vertretene Parteienspektrum liberal, so dass man die Zusatzbezeichnungen „Destra“, „Centri“ und „Sinistra“ zu Hilfe nehmen muss.<sup>36</sup> Wie viele Gemeinsamkeiten, so wird man fragen müssen, existierten zwischen diesen verschiedenen Liberalismen, die es rechtfertigen würden, von einem die Nationen übergreifenden europäischen Liberalismus im Weltkrieg zu sprechen? Welche Auswirkungen hatte der große Krieg in diesem Kontext? Nivellierte er die Unterschiede oder spitzte er sie zu? Gab es – am Beginn des Krieges 1914 oder an dessen Ende 1918 – so etwas wie einen Liberalismus der Mittelmächte und einen Liberalismus der westlichen Demokratien?

Der Mikro-Liberalismus, so hat Jürgen Osterhammel argumentiert, habe sich auch deswegen, historisch betrachtet, als wenig stabil erwiesen, weil er dem in der Idee des Makro-Liberalismus angelegten Projekt der Entgrenzung und Öffnung widersprochen habe. Nischen und Nester aller Art hätten geringe Widerstandskraft gehabt, wenn „die Weltluft sie härter“ anblies. Die entgrenzende und einebnende Kraft des Liberalismus, das ist Osterhammels Pointe, richtete sich auch gegen den Liberalismus selbst.<sup>37</sup> Mit Blick auf das Thema dieses Jahrbuchs könnte man das Argument jedoch auch umdrehen. Im Angesicht des großen europäischen Krieges, so scheint es, schwanden die Gemeinsamkeiten des Makro-Liberalismus sehr rasch und die Partikularismen der verschiedenen nationalen Spielarten des Mikro-Liberalismus wurden bestimmend. Selbst liberale Gegner des Krieges legten sich für die Dauer der

33 Lothar Höbelt: Die Deutschfreiheitlichen Österreichs. Bürgerliche Politik unter den Bedingungen eines katholischen Vielvölkerstaats, in: Langewiesche (Hrsg.): Liberalismus im 19. Jahrhundert (wie Anm. 9) S. 161–171.

34 Vgl. Dominik Geppert: Wie liberal ist der britische Konservatismus? Staat, Gesellschaft und Individuum in der Programmatik der Tory-Party im 19. und 20. Jahrhundert, in: Michael Großheim, Hans Jörg Hennecke (Hrsg.): Staat und Ordnung im konservativen Denken, Baden-Baden 2013, S. 210-229.

35 So etwa Gerd Krumeich: Der politische Liberalismus im parlamentarischen System Frankreichs vor dem Ersten Weltkrieg, in: Langewiesche (Hrsg.): Liberalismus im 19. Jahrhundert (wie Anm. 9), S. 353-366, hier S. 359.

36 Hartmut Ullrich: Der italienische Liberalismus von der Nationalstaatsgründung bis zum Ersten Weltkrieg, in: Langewiesche (Hrsg.): Liberalismus im 19. Jahrhundert (wie Anm. 9), S. 378-414.

37 Osterhammel: Liberalismus als kulturelle Revolution (wie Anm. 30).

militärischen Auseinandersetzung äußerste Zurückhaltung auf, übten sich in Patriotismus und vertagten die Hoffnung auf eine liberalere Ordnung der Dinge auf die Zeit nach dem Ende des Konflikts. Dennoch rekurrten alle Autoren dieses Jahrbuchschwerpunktes ganz selbstverständlich auf die personell wie programmatisch deutlich werdende Unterscheidung zwischen einem Rechts- und einem Linksliberalismus. In vielen Ländern, beispielsweise im Deutschen Reich, in Italien und Frankreich, fand diese Differenz ihren Niederschlag in eigenständigen Parteiorganisationen. In England waren der liberal-imperialistische rechte und der radikal-liberale linke Flügel in einer Partei vereint; auch hier jedoch lassen sich den Rechts- und den Linksliberalen klar verschiedenartig akzentuierte Vorstellungen von Nation, Staat, Gesellschaft und internationalen Beziehungen zuordnen.

Damit sind wir bei einem zweiten Spannungsfeld, das auf den folgenden Seiten immer wieder anklingen wird: nämlich dem Verhältnis von Liberalismus und Nation beziehungsweise von Liberalismus und nationalem Selbstbestimmungsrecht. Beides hängt mit der Frage von Interventionismus oder *non-intervention* in den internationalen Beziehungen eng zusammen. Die klassische Position der liberalen Freihandelsdoktrin eines Cobden oder Bright bestand darin zu leugnen, dass es in diesem Punkt überhaupt ein Problem gab. Auf mittlere oder lange Sicht würde sich die natürliche Harmonie der Interessen im Verkehr zwischen den Staaten und Nationen ebenso durchsetzen wie im Handel und Wandel zwischen den Individuen in einer Gesellschaft.<sup>38</sup> Diese Sichtweise verlor im Verlauf der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in England immer mehr Anhänger – nicht zuletzt, weil selten genug was erkennen war, dass sich die internationalen Staatenbeziehungen tatsächlich von einer unsichtbaren Hand gelenkt auf eine natürliche Harmonie hin entwickelten.

Die Gegenposition zum liberalen Grundsatz der *non-intervention* war Gladstones Überzeugung, Außenpolitik sei in Übereinstimmung mit den Forderungen der Gerechtigkeit zu führen, nicht unter Verweis auf eigennützige Interessen oder Erwägungen der Machtpolitik. Gladstone leitete daraus eine Pflicht Englands zur Intervention ab und die Forderung nach einer aktiven Außenpolitik gegen Despotismus und Tyrannei in anderen Ländern, insbesondere mit Blick auf die Unterdrückung christlicher Minderheiten im Osmanischen Reich.<sup>39</sup> In seiner *Midlothian Campaign* während der Balkan-Krise der Jahre 1875 bis 1878 wandte sich Gladstone mit einem moralischen Appell

38 „I don't think“, hatte Cobden angesichts des polnischen Aufstands von 1863 seinen Kritikern im englischen Unterhaus entgegengehalten, „that Providence has given it into our hands to execute His behests in this world. I think when injustice is done, whether in Poland or elsewhere, that the very process of injustice is calculated, if left to itself, to promote its own cure“; zit. nach Howard: *War and the Liberal Conscience* (wie Anm. 14), S. 54.

39 Peter Cain: *Radicalism, Gladstone, and the Liberal Critique of Disrealian "Imperialism"*, in: Duncan Bell (Hrsg.): *Victorian Visions of Global order. Empire and International Relations in Nineteenth-Century Political Thought*, Cambridge u. a. 2007, S. 215-238.

gegen die konservative Regierung direkt an die öffentliche Meinung seines Landes: „[H]owever deplorable wars may be, they are among the necessities of our condition; and there are times when justice, when faith, when the failure of mankind, require a man not to shrink from the responsibility of undertaking them“.<sup>40</sup> Damit hatte sich die liberale Haltung zur Frage von Krieg und Frieden diametral gewandelt. Außenpolitischer Interventionismus bis hin zum Krieg war aus liberaler Sicht nicht mehr *per se* abzulehnen, sondern konnte unter Umständen aufgrund liberaler Prinzipien geradezu moralisch zwingend geboten erscheinen. Die Instanz, die in dieser Konzeption an die Stelle des nationalen Interesses treten sollte, war die europäische Rechtsgemeinschaft, in Kraft gesetzt durch die gemeinsame Aktion der europäischen Mächte in Form des Europäischen Konzerts.

Auf den ersten Blick mochte der von Gladstone angestoßene Interventionismus als Reaktivierung der Wiener Ordnung erscheinen. Schließlich war es 1815 darum gegangen, Kriterien für gemeinsames Handeln der europäischen Großmächte zu entwickeln. Der entscheidende Unterschied bestand darin, dass es Metternich und anderen konservativen Staatsmännern nach 1815 vor allem um die Verteidigung des Status quo gegen die maßgeblich von Liberalen getragenen Nationalbewegungen auf dem europäischen Kontinent gegangen war. Der Gladstonianismus hingegen stand in der liberalen Tradition der Sympathie für den Freiheitskampf unterdrückter Völker. Entsprechend prominent waren gerade britische Radikalliberale unter den Fürsprechern nationaler Unabhängigkeitsbestrebungen auf dem Balkan. Der einflussreiche Publizist Henry Noel Brailsford kämpfte als Mitglied einer Philhellenischen Legion 1897, wie einst Lord Byron, an der Seite griechischer Aufständischer gegen die osmanische Herrschaft – zusammen mit italienischen Freiwilligen in roten Garibaldi-Hemden.<sup>41</sup> 15 Jahre später war der 1912 zum Kampf gegen das Osmanische Reich unter russischer Anleitung geschaffene Balkanbund zunächst ungemein populär. David Lloyd George begrüßte ihn als ein Vehikel zur Verbreitung der Freiheit. Der Publizist Norman Angell, der gerade erst ein enorm erfolgreiches Buch geschrieben hatte, in dem er nachzuweisen trachtete, warum es sich für die Völker Europas wirtschaftlich nicht mehr lohne, gegeneinander Krieg zu führen, revidierte seine These hinsichtlich des Balkans. Friede unter türkischer Herrschaft, so Angell, sei gleichbedeutend mit Krieg; die Befreiung des Balkans sei der Korridor zur Zivilisation.<sup>42</sup> Erst als die Mitglieder des Balkan-

40 Zit. nach Howard: *War and the Liberal Conscience* (wie Anm. 14), S. 55. Zur Midlothian Campaign siehe Richard Shannon: *Gladstone and the Bulgarian Agitation 1876*, London u. a. 1963.

41 H. N. Brailsford: *The War of Steel and Gold*, London 1914, S. 60.

42 Zitate nach Howard: *War and the Liberal Conscience*, S. 60; siehe auch Norman Angell: *The Great Illusion. A Study of the Relation of Military Power in Nations to Their Economic and Social Advantages*, New York u. a. 1910.

bundes im zweiten Balkankrieg 1913 im Streit um den Siegespreis übereinander herfielen, anstatt friedlich miteinander zu kooperieren, wie es liberaler Doktrin entsprochen hätte, machte sich größere Skepsis breit. Eine Lösung des Dilemmas, wie ein Eintreten für das nationale Selbstbestimmungsrecht der Balkanvölker mit der Fortexistenz einer europäischen Friedensordnung, speziell mit der Rücksichtnahme auf die Lebensinteressen des habsburgischen Vielvölkerstaates als Großmacht zu vereinbaren war, gelang vor Beginn des Ersten Weltkriegs nicht. Es fällt jedoch auf, wie viele radikalliberale Anhänger des Selbstbestimmungsrechts der Nationen aus der Zeit vor 1914 im Verlauf der Julikrise und dann während des Krieges zu überzeugten Gegnern einer britischen Kriegsteilnahme avancierten.<sup>43</sup>

Über die Rezeption von Gladstones außenpolitischen Ideen und die Entwicklung eines liberalen Interventionismus in anderen Ländern wissen wir noch vergleichsweise wenig – etwa unter den französischen „radicaux“ oder in der Deutsch-Freisinnigen Partei Eugen Richters und Ludwig Bambergers. Es fällt jedoch ins Auge, dass in der nächsten Generation, also unter den Wilhelminern in Deutschland und den Edwardianern in England, die entschiedensten Verfechter der auf die Soziale Frage hin ausgerichteten Neuorientierung eines neuen Liberalismus in England ins Lager der Anti-Imperialisten (der *little Englanders*) gehörten, während sie im Deutschen Reich wenigstens teilweise zu einem liberalen Imperialismus tendierten. Offenbar wirkten auf der einen Seite der Nordsee die innerparteilichen Verwerfungen des Burenkrieges nach, während sich auf der anderen Seite die Sozialreformer um Friedrich Naumann nicht nur für eine „Zukunftsmehrheit von Bebel bis Basser mann“, also für ein strategisches Zusammengehen von Liberalismus und Sozialdemokratie aussprachen, sondern zugleich auch für eine aktive Weltpolitik.<sup>44</sup> Diese Divergenz leitet zum dritten Themenfeld über, das hier kurz angerissen werden soll, nämlich den sozial- und wirtschaftspolitischen Ordnungsvorstellungen der Liberalen vor und nach 1914.

Das „Revival“ des Linksliberalismus im Deutschen Reich während des Jahrzehnts vor 1914 verdankte seine Triebkraft nicht zuletzt einer intensiveren

43 Nicht zufällig gehörten sowohl Brailsford als auch Angell zu den Gründungsmitgliedern der „Union of Democratic Control“. Von dort führte ihr Weg weiter zum Plädoyer für ein System kollektiver Sicherheit in Europa und speziell zum Völkerbundsgedanken; vgl. den Beitrag von Andreas Rose in diesem Band; siehe auch Hubert Gebele: Großbritannien und der Große Krieg. Die Auseinandersetzungen über Kriegs- und Friedensziele vom Kriegsausbruch 1914 bis zu den Friedensschlüssen von 1919/1920, Regensburg 2009, S. 44-76.

44 Marcus Llanque: Friedrich Naumann und das Problem des nationalen Sozialliberalismus, in: Richard Faber (Hrsg.): Liberalismus in Geschichte und Gegenwart, Würzburg 2000, S. 131-150; Peter Theiner: Sozialer Liberalismus und deutsche Weltpolitik. Friedrich Naumann im wilhelminischen Deutschland, Baden-Baden 1983.

Beschäftigung der Liberalen mit der sozialen Problematik.<sup>45</sup> Das Phänomen war nicht auf Deutschland beschränkt, sondern ließ sich etwa auch in Großbritannien (als *new liberalism* oder *progressive alliance*), im französischen Radikalismus oder in Italien in der Ära Giolitti beobachten.<sup>46</sup> Wie veränderte sich im Krieg unter den Bedingungen des Burgfriedens, der *union sacrée* und des innenpolitischen *truce* die Antwort auf die alte liberale Frage nach Partizipation und Integration der Arbeiterschaft in den Staat und in die Gesellschaft? Wie stand es damit in Österreich-Ungarn, wo es einen „Burgfrieden“ zwischen den verschiedenen Nationen des Vielvölkerreiches nicht einmal in Ansätzen gab, wohl aber Bemühungen um einen parteipolitischen Ausgleich innerhalb der einzelnen Nationen gerade im bürgerlich-liberalen Lager?<sup>47</sup>

Mit diesen gesellschafts- und koalitionspolitischen Problemen eng verbunden war die Frage nach den ökonomischen Leitideen europäischer Liberaler während des Ersten Weltkriegs: Wie wandelte sich die klassische liberale Frage nach den Staatsaufgaben in einer Situation, in der die kriegführenden Staaten zwangsläufig immer mehr zu Interventions- und Mobilisierungsmaschinen mutierten? Wie gingen Liberale mit den veränderten Produktionsbedingungen einer Kriegswirtschaft um, die neue soziale Gewinner und Verlierer hervorbrachte? Welche Auswirkungen hatten die Herausforderungen einer zunehmend totalen Kriegführung auf das Verhältnis von ziviler und militärischer Führung? Inwieweit tangierten die damit verbundenen Verschiebungen die Diskussionen über Kriegsziele und Annexionen im liberalen Lager?

Bei allen nationalen Unterschieden, die man bei der Beantwortung derartiger Fragen berücksichtigen muss, lässt sich aus den Beiträgen dieses Jahrbuchs doch als Trend erkennen, wie sehr liberale Vorstellungen von Staat, Nation, Gesellschaft und Individuum unter den Bedingungen des Krieges in die Defensive gerieten und wie tiefgreifend die „Krise des Liberalismus“ war, die daraus resultierte.<sup>48</sup> Der klassisch liberale Akzent auf individuellen Freiheitsrechten wurde durch eine neue Betonung kollektiver Pflichten im Krieg ersetzt. An die Stelle des Vertrauens auf eine gleichsam organische Entwicklung, die sich aus dem freien Zusammenspiel der Kräfte im Wettbewerb des Marktes ergab, trat der Glaube an die staatlich verordnete Intervention in Wirtschaft

45 Für den Begriff des „revivals“ siehe Alastair Thompson: *Left Liberals, the State and Popular Politics in Wilhelmine Germany*, Oxford 2000, S. 360; siehe auch Jürgen Frölich: „Jede Zeit hat ihre Freiheiten, die sie sucht.“ Friedrich Naumann und der Liberalismus im ausgehenden Kaiserreich, in: Detlef Lehnert (Hg.): *Sozialliberalismus in Europa. Herkunft und Entwicklung im 19. und frühen 20. Jahrhundert*, Köln u. a. 2012, S. 135–157.

46 Vgl. zum Kontext die verschiedenen Beiträge in Detlef Lehnert (Hrsg.): *Sozialliberalismus in Europa* (wie Anm. 45); für England immer noch Michael Freedon: *The New Liberalism. An Ideology of Social Reform*, Oxford 1978; für das Deutsche Reich Holger J. Tober: *Deutscher Liberalismus und Sozialpolitik in der Ära des Wilhelminismus*, Husum 1999.

47 Vgl. den Beitrag von Lothar Höbelt in diesem Band.

48 Jörn Leonhard: *Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs*, München 2014, S. 758.



und Gesellschaft als Triebkraft des Fortschritts. Die Nation mutierte vom Vehikel liberaler Partizipation zum metaphysisch grundierten Legitimationsinstrument für die Einschränkung bürgerlicher Freiheiten und die Ausweitung obrigkeitstaatlicher Eingriffe in die Privatsphäre.<sup>49</sup>

Die skizzierten Themenzusammenhänge und Spannungsfelder werden in diesem Jahrbuch zunächst für den deutschen Liberalismus genauer ausgeleuchtet. Marcus Llanque (Augsburg) untersucht den Linkliberalismus, Karl-Heinrich Pohl (Kiel) am Beispiel Gustav Stresemanns den Nationalliberalismus; Heike Knortz (Karlsruhe) beschäftigt sich aus wirtschafts- und sozialhistorischer Perspektive mit dem korporativen Verhältnis von Wirtschaft, Arbeit und Staat. Sie relativiert dabei die These vom scharfen Strukturbruch des Jahres 1916, das in ihrer Deutung keinen einschneidenden Wandel im privatkapitalistischen System des Deutschen Reiches mit sich brachte, sondern bereits in Friedenszeiten vorhandene illiberale Elemente der Wirtschaftsverfassung des Kaiserreichs lediglich verschärfte. Karl-Heinrich Pohl akzentuiert in der Person Stresemanns zum einen die zunehmende Spannung, die im deutschen Nationalliberalismus zwischen außenpolitischem Maximalismus und innenpolitischer Reformbereitschaft bestand; zum anderen charakterisiert er Stresemann als einen jener „Kriegsgewinnler“, die es im Verlauf des Krieges zu beträchtlichem Wohlstand gebracht und schon deswegen kein Interesse an einer grundlegenden Änderung der Verhältnisse besessen hätten. Marcus Llanque (Augsburg) zeigt auf, wie die Herausforderungen des Krieges bei den deutschen Linkliberalen von Friedrich Naumann über Max Weber bis zu Theodor Heuss eine politische Neubesinnung erzwangen und eine Umdefinition zentraler Begriffe wie Nation, Demokratie und Politik auslösten. Koalitionspolitisch eröffnete der Krieg in Llanques Deutung den Linkliberalen neue Chancen, indem er über die Friedensresolution des Reichstags und den Interfraktionellen Ausschuss von 1917 eine Öffnung zum katholischen Zentrum vorbereitete, die der Weimarer Koalition von 1919 den Weg ebnete.

Es folgen drei Beiträge zur Entwicklung des Liberalismus in Großbritannien, Österreich-Ungarn und Frankreich. Andreas Rose (Bonn) streicht in seinem Beitrag über England gegen die ältere Forschung die relative Stärke des britischen Liberalismus am Vorabend des Großen Krieges heraus. In seiner Interpretation war der Kriegseintritt, den Premierminister Asquith, Außenminister Grey und Marineminister Churchill gegen die Mehrheit ihres Kabinetts und gegen den Widerstand des radikalen Flügels der Liberalen Partei durchsetzten, ein verhängnisvoller Fehler. Erst die keineswegs zwangsläufig vorgegebene Entscheidung für die kriegerische Intervention auf Seiten Frankreichs und Russlands sei für den Niedergang des Liberalismus in England verantwortlich, so Rose, weil sie dazu geführt habe, dass liberale Grundprinzipien bei dem

49 Vgl. vor allem den Beitrag von Marcus Llanque in diesem Band.



Versuch, sie den Erfordernissen einer zunehmend totalen Kriegführung anzupassen, hoffnungslos überdehnt wurden. Mit der These, liberale Außenpolitik in England sei im öffentlichen Raum Londons ausgehandelt worden und damit mehr als eine elitäre Angelegenheit von *maps and chaps* gewesen, setzt Rose für Großbritannien einen anderen Akzent als Lothar Höbelt (Wien) für Österreich-Ungarn. Dieser kennzeichnet in seinem Beitrag die Parteien in der Habsburgermonarchie als „Trittbrettfahrer“ oder „Bremser“, aber nicht als „Steuermänner des Staatsschiffes“; die Außenpolitik sei in der k.u.k.-Monarchie mehr noch als anderswo monarchische Prärogative geblieben. Die österreichischen Mittelparteien mit liberalem Profil sieht Höbelt im Verlauf des Krieges „widerstrebenden Trends“ ausgesetzt: Weltanschaulich seien sie eher nach rechts, in Richtung der Christozialen gerückt, politisch-praktisch aber habe die Versorgungskrise ihre mehrheitlich städtischen Wähler gemeinsam mit der Arbeiterschaft nach Staatsintervention rufen lassen, während die katholisch-konservative Landbevölkerung die segensreiche Wirkung der Marktgesetze für sich entdeckte.<sup>50</sup> Ähnlich wie in Österreich-Ungarn und Deutschland und anders als in England war der französische Liberalismus vor dem Krieg organisatorisch gespalten. Anders als Rose sieht Stefan Grüner (Regensburg) für Frankreich die Entwicklung des Liberalismus im Krieg nicht als „einsträngige Geschichte des Niedergangs und der politischen Domestizierung“.<sup>51</sup> Er betont vielmehr, wie sich die französischen Liberalen im „Kriegsparlamentarismus“ letztlich erfolgreich gegen eine dauerhafte Aushebelung von Bürgerrechten und einen allzu starken Machtgewinn der militärischen Führung wehrten.

In seiner abschließenden Zusammenschau nimmt Jörn Leonhard (Freiburg) eine gesamteuropäische Perspektive ein. Er konstatiert einerseits ein Ost-West-Gefälle vom republikanischen Liberalismus in Frankreich (und den USA) bis hin zum kaum in konstitutionellen Verhältnissen agierenden russischen Liberalismus, mit unterschiedlichen Zwischenstadien in Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien sowie einer monarchisch-liberalen politischen Kultur in Großbritannien. Andererseits lenkt er die Aufmerksamkeit auf gemeinsame Erfahrungen der verschiedenen Liberalen während des Krieges, ganz gleich ob sie an der Regierung beteiligt waren oder sich auf beobachtende Teilnahme beschränken mussten: Dazu zählen in Leonhards Deutung die Aushöhlung des Pluralismus durch die propagandistische Kriegsmobilisierung, der Wandel im Verhältnis zwischen Militär und Zivilisten, der Aufstieg des „Kriegsstaates“, der die Privatsphäre in vorher unvorstellbarer Weise einschränkte, sowie eine für Liberale unerwartete Gewichtsverschiebung im Verhältnis von Staat, Wirtschaft und Arbeit. Den entscheidenden Wendepunkt für den Liberalismus in allen am Krieg beteiligten Staaten sieht Leonhard im Jahr 1917, als die libe-

50 Siehe den Beitrag von Lothar Höbelt in diesem Band, Zitate S. 153 und 166.

51 Siehe den Beitrag von Stefan Grüner in diesem Band, Zitat S. 149.

ralen Ideale und Werte von rechts wie links massiv in Frage gestellt wurden und der Liberalismus auch in den westeuropäischen Demokratien nur noch durch den Übergang zur charismatischen Herrschaft eines Georges Clemenceau oder David Lloyd George an der Macht bleiben konnte. Danach war eine Rückkehr zu den von vielen Liberalen idealisierten Vorkriegsverhältnissen nicht mehr möglich.



# Der deutsche Linksliberalismus in der ideenpolitischen Konstellation des Ersten Weltkriegs und der Wandel des Politikverständnisses

## 1. Einleitung

Der Erste Weltkrieg war nicht nur eine militärische Auseinandersetzung, er war auch eine Zäsur für das politische Denken im Allgemeinen und für den Linksliberalismus im Besonderen. Obwohl der Ausbruch des Krieges die Signatur des klassischen Kabinettskrieges hatte und darin zugleich die Grenzen der diplomatischen Kunst jener Zeit offenbarte,<sup>1</sup> wurde er von Zeitgenossen an der „Heimatfront“ sehr rasch zu einem Ereignis von epochaler Bedeutung erklärt. In einer umfangreichen Sinnstiftungs- und Bekenntnisliteratur,<sup>2</sup> die überwiegend nicht von der Regierung in Auftrag gegeben wurde, war der Krieg zum „Kulturkrieg“ stilisiert, zur Konfrontation angeblich unvereinbarer und antagonistischer politischer Ordnungen. In dieser Konfrontation wurde das deutsche politische Denken in Stellung gebracht gegen die westliche Demokratie, oft auch als Opposition der „Ideen von 1914“ und der „Ideen von 1789“ apostrophiert. Das brachte die geistigen Krieger freilich in Gefilde, die ihnen nicht immer vertraut waren, in die Politik, ihre Theorie und Ideengeschichte, die für den Publikationsanlass sehr schnell angelesen wurden, was aber nicht verhinderte, apodiktische Urteile zu fällen. Der Kulturkrieg war weder ein deutsches Alleinstellungsmerkmal im Ersten Weltkrieg, denn es finden sich solche Ergüsse auch in Großbritannien und Frankreich, noch ist es eine Eigentümlichkeit des Ersten Weltkrieges, denn patriotische Überreaktionen von

1 Christopher Clark: *The Sleepwalkers. How Europe Went to War 1914*, London 2013.

2 Den Kulturkrieg oder den Krieg der Geister zu dokumentieren, hat eine bereits im Weltkrieg selbst beginnende Tradition und reicht von Hermann Kellermann: *Der Krieg der Geister. Eine Auslese deutscher und ausländischer Stimmen zum Weltkrieg 1914*, Dresden 1915 über Klaus Schwabe: *Wissenschaft und Kriegsmoral – die deutschen Hochschullehrer und die politischen Grundfragen des Ersten Weltkrieges*, Göttingen u.a. 1969 und Jürgen von Ungern-Sternberg / Wolfgang von Ungern-Sternberg: *Der Aufruf „an die Kulturwelt“*. Das Manifest der 93 und die Anfänge der Kriegspropaganda im Ersten Weltkrieg – mit einer Dokumentation. Stuttgart 1996 zu Kurt Flasch: *Die geistige Mobilmachung. Die deutschen Intellektuellen und der Erste Weltkrieg*. Berlin 2000, Jefferey Verhey: *Der Geist von 1914 und die Erfindung der Volksgemeinschaft*, Hamburg 2000 sowie Steffen Bruendel, *Volksgemeinschaft oder Volksstaat. Die „Ideen von 1914“ und die Neuordnung Deutschlands im Ersten Weltkrieg*, Berlin 2003.

Gelehrten und Gebildeten, die sich in Zeiten des Krieges mit ihrer Patria über-identifizieren, finden sich häufiger: Amerikanische Intellektuelle und Wissenschaftler neigten beispielsweise ebenso nach Nine/Eleven dazu, Manifeste zu veröffentlichen, in welchen sie ihre patriotische Gesinnung unter Beweis stellen wollten.<sup>3</sup>

Über die selbsternannte Aufgabe der Gelehrten und Intellektuellen, den Sinn des Kriegsgeschehens zu erklären, hinaus war der Weltkrieg ein „Volkskrieg“, und zwar in dem Sinne, wie ihn in etwa der ältere Helmuth von Moltke 1890 prognostiziert hatte:<sup>4</sup> keine Auseinandersetzung alleine zwischen mobilisierten Massenheeren mit der Möglichkeit ihrer rationalen Leitung, sondern ein Konflikt zwischen ganzen Volkswirtschaften, Kulturidealen, politischen Systemen, welcher die gesamte Bevölkerung in fast jeder Beziehung in die Konfrontation einbezog, damit aber auch die Stimmung in der Bevölkerung zu einem kriegsrelevanten Faktor erhob. Nicht zuletzt das machte die politische Beendigung des Waffenganges so schwierig, und dies trotz des ungeheuren, nie da gewesenen Blutzolls, der die Kosten der militärischen Logik in den langen Listen der Gefallenen allen vor Augen führen musste. Die eventuelle Niederlage bedeutete in den Augen der Zeitgenossen nämlich nicht einfach nur das militärische Unterlegensein, sondern das Versagen einer ganzen politischen und kulturellen Ordnung und den Verlust von Lebenschancen der ganzen Bevölkerung.

Der Krieg bestimmte schließlich selbst kleinste Aspekte des Alltagslebens,<sup>5</sup> von der Sprache bis zu den sozialen Ritualen. Mit anderen Worten: Der Erste Weltkrieg war allgegenwärtig und prägte allen politischen und sozialen Verhältnissen seinen Stempel auf, so auch der professionellen Politik und darin dem Linksliberalismus. Der Weltkrieg war für den Linksliberalismus eine Zeit der Krise und der politischen Neubesinnung. Er sah wesentliche seiner politischen Leitbegriffe durch die Erfahrung des Krieges und die allgemeine Reaktion hierauf erschüttert: Es schien, als habe der Linksliberalismus im Krieg keine „Gegenwart“ mehr,<sup>6</sup> da die Gegenwart ohne Bezug zu einer liberalen Tradition stand und die Zukunft, sofern sie aus der Gegenwart des Krieges heraus zu prognostizieren war, nur wenig Spielraum für Liberalismus zu bieten

3 Marcus Llanque: The Rhetoric of Intellectual Manifestoes from the First World War to the War against terrorism, in: Kari Palonen/Tuija Pulkkinen/José Maria Rosales (Hrsg.): The Ashgate Research Companion to the Politics of Democratization in Europe. Concepts and Histories. Aldershot 2008, S. 185-198.

4 Vgl. Jörn Leonhard: Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs, München 2014, S. 32; eine andere Akzentuierung von Moltkes letzter Rede im Reichstag gibt Herfried Münkler: Der Große Krieg. Die Welt 1914-1918. Berlin 2013, S. 60.

5 Jeffrey R. Smith: A People's War: Germany's Political Revolution 1913-1918. Lanham/MD 2007.

6 So das Ergebnis der Überlegungen von Hans Cymorek: „Wohin sollen wir gehen?“. Liberalismus und Weltkrieg, in: Rüdiger vom Bruch (Hrsg.): Friedrich Naumann in seiner Zeit. Berlin/New York 2000, S. 269-286, hier S. 284.

schien. Der Individualismus machte einem allgemeinen Kollektivismus Platz, der Sozialismus wurde in Form des Staatssozialismus und der Kriegswirtschaft auch in konservativen Kreisen en vogue, der Begriff der Nation ergriff in der Form des aggressiven Nationalismus die Massen. Wie der politisch organisierte Linksliberalismus hierauf reagieren sollte, war in den Anfangsjahren unklar. Ab 1916 jedoch löste sich der Linksliberalismus von der kritiklosen Akzeptanz des Kriegsgeschehens. Die Zusammenarbeit mit dem katholischen Zentrum, zuvor im Kaiserreich ideologisch wie politisch undenkbar, und der Sozialdemokratie setzte ein und formte jenes Vertrauensverhältnis, aus dem dann die Weimarer Koalition erwuchs. Der Linksliberalismus löste sich von der Fokussierung auf den Staatsbegriff und widmete sich der Ausbildung eines zeitgemäßen Politikverständnisses, nicht zuletzt auch, um den innenpolitischen Gegner als Reformverweigerern besser identifizieren und begegnen zu können.

## 2. Der Weltkrieg als Herausforderung für linksliberales politisches Denken

Alle Grundpfeiler liberalen Denkens wurden durch die Erfahrung des Weltkrieges erschüttert: An Stelle des Glaubens an die Idee der autonomen Persönlichkeit<sup>7</sup> trat ein rapide um sich greifender Kollektivismus. Im Zuge der technischen Mobilisierung, der Bewegung von Massenheeren, der Totalität der ökonomisch-technisch-kulturellen Gesamtanstrengung, welche der Krieg abverlangte, veränderte sich auch das Freiheitsverständnis: Freiheit wurde nicht an dem individuellen Bewegungsspielraum des Einzelnen gemessen, des gebildeten Bürgers oder des intelligenten Wirtschaftsbürgers, oder an der lebenspraktischen Verwirklichung der protestantischen Ethik, dem sozio-kulturellen Ferment des deutschen Linksliberalismus; Freiheit hieß, dies lehrte der Krieg, vor allem kollektive Freiheit: Der Einzelne stieg und fiel mit der Freiheit aller Volksgenossen. Die Modernisierung der Gesellschaft wurde durch den Druck des Krieges staatlich verordnet und war keine evolutive Entwicklung, die von der Gesellschaft selbst ihren Ausgang nahm und über Gesetz und Verfassung nur prozedural umgesetzt wurde; die Nation schließlich, für den Liberalismus des Kaiserreichs und darüber hinaus ein wichtiger kollektiver Bezugspunkt des Politischen, wurde zu einem metaphysischen Begriff, an den alle Formen irrationaler Zielsetzungen anknüpfen konnten.

Der Weltkrieg vermittelte die Erfahrung, dass die Grenzen von Privatheit und Öffentlichkeit durchlässiger wurden. Privates Eigentum wurde als Teil eines gemeinschaftlichen Eigentums angesehen, die Krieganleihen waren

7 Gangolf Hübinger: Kulturprotestantismus und Politik. Zum Verhältnis von Liberalismus und Protestantismus im wilhelminischen Deutschland, Tübingen 1994, S. 7 f.

keine gute Investition, sie waren patriotische Pflicht. Die Zuteilung von Lebensmitteln, der Zugriff auf ökonomische Güter und ihre Distribution förderten ein Grundverständnis für Kategorien des sozialen und politischen Denkens, die mit den Idealen des Linkliberalismus schwer vereinbar waren: exzessive Staatstätigkeit, obrigkeitliche Organisation aller Lebensbereiche, Kollektivismus, sozialistische Vergesellschaftungsphantasien, all das waren unmittelbar einleuchtende kriegsnotwendige Übergangsmaßnahmen. Andere Länder, beispielsweise solche mit genuin liberaler Tradition wie Großbritannien, mussten sich zu Lebensmittelsozialismus und Wehrpflicht durchringen. Die Einführung der Wehrpflicht in Großbritannien konnte anders als in Deutschland auf keine Tradition zurückblicken und entsprechend heftig wurden Debatten darüber geführt.<sup>8</sup> Die kriegsbedingten Strukturveränderungen von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft wurden in Großbritannien aber als Ausnahme begriffen, nicht wie in überwiegenden Teilen der deutschen Debatte als Zeichen des Anbruchs einer neuen Zeit, die auch fortwähren würde, wenn die Waffen wieder schwiegen.

Die Uneinheitlichkeit des Linkliberalismus in seiner Reaktion auf das Kriegsgeschehen zeigt sich u.a. an der Bandbreite der linkliberalen Kriegszielforderungen. Sie war im Vergleich zu anderen Parteigruppierungen auffällig groß und reichte von Vertretern des Siegfriedens, die eine deutsche Hegemonie in Europa sichern wollten, über Verfechter eines gemäßigten Sicherheitsfriedens, die nur strategisch bedeutsame Annexionen wünschten bis zu den Anhängern des Verständigungsfriedens, die auf eine kooperative Nachkriegsordnung setzten.<sup>9</sup> Hinzu kamen Pazifisten wie Ludwig Quidde und schließlich Sondermodelle wie das Mitteleuropa-Konzept von Friedrich Naumann.

Während des Krieges rückten einige Linkliberale in ihrem nationalen Überschwang soweit politisch nach rechts, dass sie dem Linkliberalismus ganz den Rücken kehrten. Der bekannteste und für Friedrich Naumann persönlich schmerzlichste Fall war der von Gottfried Traub, der sich in der Vaterlandspartei in der vordersten Reihe engagierte. Über Traub hinaus gehörten auch andere Fortschrittliche zu den Gründern der Vaterlandspartei, wobei sich das Engagement eher mit deren außenpolitischen Annexionszielen als mit ihrer reaktionären Reformverhinderungsstrategie erklären mag.<sup>10</sup> Die Bandbreite der Kriegszielforderungen verrät die Vielschichtigkeit des Linkliberalismus in dieser Zeit sowie seine Uneinheitlichkeit. Das hat auch mit der Verunsiche-

8 Sven Oliver Müller: Die Nation als Waffe und Vorstellung. Nationalismus in Deutschland und Großbritannien im Ersten Weltkrieg. Göttingen 2002, S. 254-284.

9 So die Unterteilung nach Dieter Langewiesche: Liberalismus in Deutschland, Frankfurt/M. 1988, S. 229.

10 Heinz Hagenlücke: Deutsche Vaterlandspartei. Die nationale Rechte am Ende des Kaiserreichs, Düsseldorf 1997, S. 304-312.

rung darüber zu tun, welche der begrifflichen Kernprinzipien des Linksliberalismus unter dem Eindruck des Krieges noch Bestand hatten.

Dabei gab es einige Kernbegriffe, die der Linksliberalismus auf seine Fahnen geschrieben hatte und die nun sprunghafte Unterstützung fanden, allen voran der Begriff der Nation. Entgegen der in der Vorkriegszeit immer wieder thematisierten Sorge, die Nation sei von transnationalen Ordnungsmodellen bedroht, dem Internationalismus im Sozialismus und dem Transmontanismus im Katholizismus, war es mit Ausbruch des Krieges eindeutig der Nationenbegriff, der den meisten Sozialisten und Katholiken die entscheidende Orientierung ihres politischen Denkens vermittelte. In diesem Sinne kann man konstatieren, dass der Nationalismus als Bewegung in Europa 1914 seinen Höhepunkt erreichte, der Weltkrieg war hierfür ein „Lackmustest“, jetzt konnte die Nation als maßgebliches politisches Deutungsmuster nicht mehr ignoriert werden.<sup>11</sup>

Die Frage war nur, was jeweils unter „Nation“ verstanden wurde und ob der Linksliberalismus mit seiner Auslegung des Nationenbegriffs durchdringen würde, ob er sich überhaupt selbst im Klaren war, was er meinte, wenn er von Nation sprach und wie er sich gegen andere Auslegungen zur Wehr setzen konnte. Die Frage ist nämlich weniger, was eine „Nation“ oder „der“ „Nationalismus“ ist, sondern welches Argument mit Hilfe welcher Annahme des Inhalts, der Bedeutung und der Grenzen der „Nation“ in welcher ideenpolitischen Situation geschmiedet wird. Die Idee der Nation ist von ihrem jeweiligen Begriff zu unterscheiden. Auf der Ebene der Diskussion von Ideen kann man ältere Wissensbestände, klassische Bezugstexte und Autoren aus der Ideengeschichte rezipieren. Dieser Diskurs ist überwiegend diachron angelegt und die jeweilige Gegenwart steht hier nur am Ende einer langen Reihe von Debatten und Diskussionen. Für das Tagesgeschäft der Politik, die parlamentarische Taktik und politische Strategie festlegen muss, die unmittelbaren Handlungsziele formulieren und Koalitionsmöglichkeiten erkunden muss, sind Ideen zu vage. Sie müssen konkretisiert werden, um in den jeweiligen ideenpolitischen Konstellationen Anwendung zu finden. Ideen müssen auf die Gegenwart angewandt, damit aber immer auch angepasst werden.

Die ideenpolitische Situation des Weltkrieges verursachte zunächst eine von den tagespolitischen Realitäten abgelöste, sinnstiftende Bekenntnisliteratur. Aber dieser Diskurs fiel nicht zusammen mit dem Strategiediskurs von Politikern. Die Linksliberalen wurden im Weltkrieg gezwungen, ihre ältere Idee der Nation begrifflich zu verändern, um trotz des auch im Linksliberalismus bisweilen überschwänglichen Patriotismus die ihrer Ansicht nach dennoch un-

11 Christian Jansen/Henning Borggräfe: Nation, Nationalität, Nationalismus, Frankfurt/M. 2007, S. 32, im Anschluss an Ernest Gellner: Nationalismus. Kultur und Macht, Berlin 1991, S. 58.



ausweichlich notwendigen innenpolitischen Reformen durchzuführen und sich hierbei nicht vom Nationalismus abhalten zu lassen. Das war ein Lernprozess, den die verschiedenen Generationen des Linksliberalismus unterschiedlich vollzogen.

Friedrich Naumann stützte vor und im Krieg sein politisches Denken auf die Idee der Nation. Er zeigte sich bereits im Dezember 1914 desillusioniert über die Auswirkungen des Krieges auf die liberale Gesinnung: Die liberalen Kulturideale, so schreibt er in einem Brief, „sind durch diesen Krieg endgültig vernichtet. Der Gedanke des humanen Individualismus bei Freihandel und Verständigung der Nationen ist in der alten Weise nicht wieder lebendig zu machen“.<sup>12</sup>

Diesen Gedanken hatte Naumann in der 1911 veröffentlichten Schrift „Die politischen Parteien“ ausführlicher behandelt. Seine Vision war zu jenem Zeitpunkt die Verhinderung einer Abschottung Deutschlands von außen durch Zölle und Regulierungen und die Anerkennung des Wettkampfs der Nationen als Wirtschaftsmächte, namentlich Deutschland, Großbritannien und die USA. Den Wettkampf sah Naumann sogar als Möglichkeit, die jeweils größten „Kulturwerte“ dieser Nationen „in die Zukunftsgeschichte der Menschheit hineinwerfen“ zu können.<sup>13</sup> Was aus heutiger Sicht Imperialismus genannt wird, war demnach aus Naumanns Sicht die mit liberalen Überzeugungen verträgliche Vorstellung, dass der Wettbewerb die besten Kräfte freisetzt, was nicht nur für die Nationen je für sich, sondern für alle dienlich sein könne. Naumann hatte jedoch schon zu diesem Zeitpunkt bemerkt, dass der Begriff der Nation sich allmählich aus dem Bereich der liberalen Auslegung fortbewegte. Er behauptete, in der älteren liberalen Tradition der nationalen Bewegung vor 1871 sei das „Wort ‘national‘“ ein Wort des Aufschwunges gewesen, unter seiner Fahne sei die „Überwindung der Kleinstaaterei“ geglückt. Das habe sich aber nach 1878 geändert, der Nationenbegriff habe nun den Charakter des xenophoben Nationalismus angenommen: Das Wort „national“ meinte nun die „Ablehnung der nichtstammverwandten Elemente“, die Ablehnung ausländischer Einflüsse. Das Wort habe „ängstliche Züge“ bekommen und sich gegen alles „Fremde“ gewandt.<sup>14</sup> Naumann konstatierte damit eine zunehmende Marginalisierung des linksliberalen Verständnisses der Nation schon vor dem Weltkrieg. Im Weltkrieg entglitt der Begriff der Nation den Linksliberalen völlig. Die Berufung auf die Nation bedeutete nun gleichsam die kritiklose Akzeptanz staatlichen Handelns und das Erdulden der nationalistischen

12 Brief an Margarete Henschke vom 12.12.1914, zitiert nach Hans Cymorek, „Wohin sollen wir gehen?“ (wie Anm. 6) S. 281.

13 Friedrich Naumann, Die politischen Parteien [Vorträge vom Januar und Februar 1910], Berlin-Schöneberg 1911, S. 115.

14 Ebd., S. 34.

Obertöne der politischen Argumentation, die nationale Interessen nicht mehr von nationaler Gesinnung zu unterscheiden verstand.

Der Krieg rückte nicht nur in Deutschland die Idee der Nation in den Mittelpunkt. Vergleicht man beispielsweise den deutschen und den britischen Nationendiskurs in dieser Zeit, kann man zunächst plausibel zwischen einem Diskurs der für Großbritannien typischen Inklusion und einem für den deutschen Fall typischen Diskurs der Exklusion unterscheiden,<sup>15</sup> doch sind solche pauschalen Charakterisierungen nicht geeignet, die Differenzen innerhalb dieser Diskurse, etwa zwischen dem linksliberalen und dem nationalkonservativen Nationenbegriff in der deutschen Debatte zu erfassen. Die Sammlung aller innenpolitischen Kräfte unter dem Signum der Nation war kein deutsches Charakteristikum,<sup>16</sup> die Nation als Begriff der politischen Einheit nach innen zu betonen, lag auch aus liberaler Sicht nahe.<sup>17</sup>

Aus der Sicht patriotischer Linksliberaler war aber nicht zuletzt auch für die erfolgreiche Kriegführung die innere Konsolidierung der politischen Ordnung erforderlich, die in der ideenpolitischen Konstellation des Weltkrieges auch immer wieder möglich schien: Der „Burgfrieden“ wandelte sich bereits 1915 zur „Neuorientierung“ als ein Reformprogramm des Staates zwecks Einbeziehung der bislang von der staatlichen Politik fern gehaltenen Bevölkerungsteile und der Stärkung des Parlaments.

### 3. Verändertes Politikverständnis, erweiterte Koalitionsfähigkeit: die Öffnung zum Zentrum

Wie Theodor Heuss 1918 treffend bemerkte, hatte der Krieg eine „neue Art von staatspolitischer Literatur“ hervorgebracht und die darin zum Ausdruck kommende „Apologetik unserer Staatsdinge“ zeitigte vor allem die Wirkung, die nüchterne Analyse zu verdrängen, an deren Stelle Hochmut und Unsachlichkeit getreten seien.<sup>18</sup> Er selbst veröffentlichte zwar 1915 die Schrift „Kriegssozialismus“, in welcher er aber nicht in den Chor der Anhänger eines neuen Staatssozialismus einstimmt, vielmehr sehr vorsichtig Inhalt und Grenzen eines solchen Konzepts diskutierte und abwog, was hiervon der Situation des Krieges geschuldet war und was über ihn hinaus Bestand haben konnte (vor allem Maßnahmen der Sozialpolitik, nicht dagegen Staatsinterventionen

15 Müller, Die Nation als Waffe (wie Anm. 8), S. 289-348.

16 Für einen diesbezüglichen Vergleich Deutschlands mit Großbritannien siehe ebd.; für den Vergleich Deutschlands mit Frankreich vgl. Wolfram Pyta/Carsten Kretschmann (Hrsg.): Burgfrieden und union sacrée. Literarische Deutungen und politische Ordnungsvorstellungen in Deutschland und Frankreich 1914-1933, München 2011.

17 Langewiesche, Liberalismus (wie Anm. 9), S. 228.

18 Theodor Heuss: Die Bundesstaaten und das Reich, Berlin 1918 (Hilfe-Beihefte No. 3), S. 5.

in die Wirtschaft). Diese Herangehensweise war 1915 noch untypisch. 1918 konnte Heuss dagegen schon konstatieren, dass es sich als trügerisch erwiesen habe, den Krieg als eine Auseinandersetzung um den Vorzug bestimmter politischer Ordnungen zu verstehen. Der Krieg habe nichts für oder gegen den Parlamentarismus bewiesen, er sei gar nicht um dieser Frage willen geführt worden und die Diskussionen in der Sinnstiftungsdebatte seien „nur eine müdegeredete Professorenerfindung“ gewesen.<sup>19</sup> Es habe zu sehr an Selbstkritik gemangelt, kritisierte Heuss, nahm von dieser Kritik aber namentlich Max Weber und Hugo Preuß aus. Weber vollendete im Krieg seine Abwendung vom Nationalliberalismus und Zuwendung zum Linksliberalismus, weshalb seine Mitbegründung der Deutschen Demokratischen Partei 1918 auf einer aus seinen Erfahrungen im Krieg gewonnenen Überzeugung fusste. Er gehörte zu den wenigen Stimmen, die sich im Weltkrieg scharf von aller aufgeregten und unsachlichen „Literatenpolitik“ abwanden.<sup>20</sup> Überlegungen zu den Ideen von 1914 dechiffrierte er als Befürwortung von zunehmender Bürokratie, die er als unvermeidlichen Zug der modernen Gesellschaftsentwicklung ansah, die aber gerade für die Politik erhebliche Folgen zeitigen musste, welche seiner Ansicht nach die Anhänger der Ideen von 1914 nicht sahen.<sup>21</sup> Weber verwarfte sich in einer im Hilfe-Verlag Naumanns im Dezember 1917 erschienenen Broschüre „Wahlrecht und Demokratie“ scharf gegen die unkritische Verklärung des preußischen Staatsverständnisses im deutschen Bürgertum. Die gegenwärtige preußische Aristokratie trug in seinen Augen statt dessen Züge einer „Parvenüphysiognomie“,<sup>22</sup> war keine „echte“ Aristokratie, und wenn man diese auch noch verehrte, wie die Deutschen, so seien diese als ein Plebejervolk zu schelten.<sup>23</sup>

Heuss spielte ferner auf das 1915 erschienene Buch „Das deutsche Volk und die Politik“ von Hugo Preuß an,<sup>24</sup> wo das Begriffspaar Obrigkeitsstaat und Volksstaat im Mittelpunkt stand. Dieses Begriffspaar avancierte während der Debatten des Krieges zur Leitdifferenz der miteinander ringenden Lager in Hinblick auf die Frage der innenpolitischen Reformen. Der „Obrigkeitsstaat“ bezeichnete dabei die Kräfte des Ancien Régime, die trotz aller Berufung auf die Nation einen erheblichen Teil der Bevölkerung von der politischen Parti-

19 Ebd., S. 38.

20 Max Weber: Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland (1918). In: Ders.: Gesammelte Politische Schriften, herausgegeben von Johannes Winkelmann, 5. Aufl. Tübingen 1988, S. 306-443, hier S. 309.

21 Ebd., S. 330.

22 Max Weber: Wahlrecht und Demokratie in Deutschland, zuerst in: Der Deutsche Volksstaat – Schriften zur inneren Politik, hg. von Wilhelm Heile und Walter Schotte im Buchverlag der 'Hilfe' (2. Heft), Dezember 1917. Zitiert nach ders., Gesammelte Politische Schriften (wie Anm. 20), S. 245-291, hier 280.

23 Ebd., S. 284.

24 Hugo Preuß: Das deutsche Volk und die Politik, Jena 1915.

zipation ausschließen wollten, obschon sie fast ausnahmslos ihre nationale Gesinnung im Krieg unter Beweis gestellt hatten. Preuß verband mit dem Begriff des „Volksstaates“ ein ganzes Politikverständnis, das die gedankliche Überwindung des Gegensatzes von Staat und Parlament und die Ausbildung der Fähigkeit zur eigenverantwortlichen Regierungsbildung ansprach. In der weiteren Debatte stand der Begriff des Volksstaates als „Ordnungsidee“ dem der Volksgemeinschaft gegenüber.<sup>25</sup> In der Sache stieß Preuß aber auch im linksliberalen Lager auf Kritik. Theodor Heuss stellte sich mit Bezug auf das Begriffspaar zwar eindeutig auf die Seite des Volksstaates, stellte aber klar, dass man nicht vergessen dürfe, dass jeder Staatlichkeit etwas von Obrigkeit anhafte,<sup>26</sup> es also auch im Falle eines Selbstregierungsregimes um Gesetzesgehorsam und Hierarchien gehe.

Die Frage war aus linksliberaler Sicht, worauf die Möglichkeit politischer Einheit der Nation beruhte und wie sie auf Dauer gestellt werden konnte. Was vor dem Weltkrieg oft in der Schwebelage bleiben konnte, wurde im Weltkrieg zu einer Wegscheide für die Anhänger des Linksliberalismus. Viele liberale Wähler verinnerlichteten die Ideologie des Burgfriedens und der durch den Krieg scheinbar hervorgebrachten nationalen Einheit oder gar Volksgemeinschaft. Die Forderung nach einer „nationalen Gesinnung“ im Sinne der Akzeptanz einer bestimmten Interpretation des nationalen Interesses, wie sie etwa der Alldeutsche Verband eher in Konkurrenz als in Übereinstimmung mit dem liberalen Begriff der Nation vornahm, fand auch bei Linksliberalen Zustimmung. Die vorsichtigen Führer des Reichstages, 1916 eine eigenständige Friedensresolution zustande zu bringen, wurde von vielen linksliberalen Anhängern als Aufkündigung der Einheitsfront gewertet, wie sie in empörten Briefen an ihre Abgeordneten, darunter Naumann, zum Ausdruck brachten.<sup>27</sup>

Die Argumente hierfür waren oft kompliziert. Ludwig Curtius beklagte gegenüber Naumann das Wegrücken der Gebildeten nach rechts, enttäuscht von Bethmann Hollwegs Lavieren; zugleich verlangte er aber eine deutliche Abgrenzung von der Sozialdemokratie im Bekenntnis zu den „nationalen Dingen“, weshalb die Friedensresolution niemals eine linksliberale Zustimmung hätte finden dürfen, und wenn, dann nur von den Altliberalen mit ihren 1848er-Illusionen.<sup>28</sup>

Der Krieg machte andererseits Koalitionen möglich, die vor dem Krieg schwer denkbar gewesen wären. Während zentrale Leitbegriffe eine Umwer-

25 Steffen Bruendel: Volksgemeinschaft oder Volksstaat. Die „Ideen von 1914“ und die Neuordnung Deutschlands im Ersten Weltkrieg, Berlin 2003, S. 93-142 und 244-288.

26 Heuss, Die Bundesstaaten (wie Anm. 18), S. 40.

27 Theodor Heuss: Friedrich Naumann. Der Mann, das Werk, die Zeit, Stuttgart/Berlin 1937, S. 510.

28 Brief von Ludwig Curtius an Naumann vom 5.8.1917, zitiert bei Cymorek, „Wohin sollen wir gehen?“ (wie Anm. 6), S. 277.

tung erfuhren und auf eine Weise interpretiert wurden, von der sich führende Linksliberale distanzieren mussten, erlaubte der Krieg auch die Überschreitung politischer Grenzen, die vorher unpassierbar gewirkt hatten. Dazu gehörte die Kooperation des Linksliberalismus mit dem Zentrum. Die Zusammenarbeit von Linksliberalismus, Sozialdemokratie und Zentrum wurde erst im Weltkrieg möglich und erprobte so die Koalition, die dann in der Transformationsphase zur und in der Gründungsphase der Weimarer Republik die Politik beherrschte.

Die Zusammenarbeit des Linksliberalismus mit dem Zentrum war vor dem Krieg geradezu undenkbar gewesen. Das Vorurteil gegen das Zentrum ging sehr tief und betraf einerseits die konfessionelle Orientierung, andererseits die parlamentarische Schlüsselstellung, die das Zentrum innehatte und so den gesetzgeberischen Einfluss des Linksliberalismus erheblich reduzierte.<sup>29</sup> Vor dem Krieg hatte Friedrich Naumann noch das Zentrum zum „rechten“ Partei-spektrum gezählt und eine Mehrheit links hiervon gesucht. Seine bekannte Devise „Von Bassermann bis Bebel“<sup>30</sup> war der Versuch, am Zentrum vorbei die Mehrheit im Reichstag zu organisieren. Noch auf dem 2. Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei benannte der Reichstagsabgeordnete Müller-Meinigen drei Hauptfeinde der deutschen Zukunft: den Klerikalismus, den Feudalismus und den Bürokratismus.<sup>31</sup> Eine Kooperation mit dem Zentrum, wie sie sich später in der Weimarer Koalition bewähren sollte, war zu diesem Zeitpunkt kaum denkbar.

Naumanns Ressentiment gegenüber dem Zentrum ging vor Ausbruch des Weltkriegs sehr tief. Obschon er konstatieren musste, dass das Zentrum in Hinblick auf die Vertretung der sozialen Zusammensetzung der Gesamtbevölkerung weitaus repräsentativer war als andere Parteien,<sup>32</sup> dass es beispielsweise dem Zentrum gelungen war, die sonst im deutschen Parteienspektrum beobachtbare Trennung zwischen Bürgertum und Proletariat zu überwinden,<sup>33</sup> und obwohl es die negative Mehrheit von Zentrum, Linksliberalismus und Sozialdemokratie sowie Teilen der Konservativen war, die Bismarck in der Frage des Sozialistengesetzes 1890 Paroli bieten konnte, erwog Naumann vor 1914 nicht die Möglichkeit einer konstruktiven Zusammenarbeit. Das änderte sich mit dem Wandel der ideenpolitischen Konstellation, die der Weltkrieg brachte.

29 Alistair P. Thompson: *Left Liberals, the State, and Popular Politics in Wilhelmine Germany*, Oxford 2000, S. 129 f.

30 Naumann: *Die politischen Parteien* (wie Anm. 13), S. 53.

31 Ernst Müller-Meinigen in: *Der 2. Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei zu Mannheim* 5.-7.10.1912, Berlin 1912, S. 76.

32 Naumann, *Die politischen Parteien* (wie Anm. 13), S. 44.

33 Ebd., S. 88.

In der Friedensresolution des Reichtags von 1917 kam es zu einer Mehrheit diesseits der Konservativen, die Linksliberale und Zentrum zusammen mit der Sozialdemokratie vereint sah, und mit dem Interfraktionellen Ausschuss, der sich im Juli 1917 auf Anregung von Matthias Erzberger bildete, zu einer förmlichen Zusammenarbeit. Sie war zwar wegen der früheren Feindseligkeiten zunächst begrenzt und beschränkte sich auf das parlamentarische Geschäft.<sup>34</sup> Aber im Volksbund für Freiheit und Vaterland kam es erneut zu einer Kooperation, die sich nun auch in aller Öffentlichkeit manifestierte. Christliche und sozialdemokratische Gewerkschaften kamen hier ebenso zusammen wie Linksliberalismus und Zentrum. Daher kann man in dieser Kooperation aus Kriegzeiten den Beginn der Weimarer Koalition erblicken.

Am Interfraktionellen Ausschuss selbst war Naumann nicht beteiligt und musste sogar öffentlich der Vermutung entgegentreten, er sei in dieser Frage nur aus Fraktionsdisziplin der Linie der Fraktionsführung gefolgt,<sup>35</sup> so unwahrscheinlich schien manchen seine Kooperationswilligkeit mit dem Zentrum. Doch Naumann hatte bereits im März 1917 diese Kooperation erwogen, also noch vor Erzbergers für die Zeitgenossen sensationellen Schwenk zu einer regierungskritischen Haltung. Bis dahin war Erzberger nach außen als Anexionist und Anhänger des Siegfriedens in Erscheinung getreten. Zudem war er bekannt für seine engen Kontakte zur Marineleitung und für sein Engagement in der Förderung der U-Boot-Waffe. Anders als andere Parlamentarier begnügte sich Erzberger aber nie mit der wortreichen „Unterstützung“ des Militärs, er beschäftigte sich intensiv mit militärischen Fragen und wurde zu einem Experten, so dass er die in den Beratungen eingenommenen Positionen der Militärführung und die dabei zur Anwendung kommenden Argumente sehr genau hinterfragen konnte. Erzberger besaß die nach außen als Opportunismus anmutende Anpassungsfähigkeit an wechselnde Konstellationen und die Fähigkeit, sich in sachliche Materien einzuarbeiten, ohne der ihnen innewohnenden Rationalität zu erliegen, somit war er ein bedeutsames Beispiel eines Berufspolitikers. Er begann 1916 den wortstarken Versprechungen der Marineleitung, mit dem uneingeschränkten U-Boot-Krieg England in Wochen, spätestens in Monaten bezwingen zu können, zu misstrauen, konnte aber die Zentrumsfraktion von seiner gewandelten Einschätzung noch nicht überzeugen. Die Resolution der Zentrumsfraktion vom 7.10.1916 sprach sich de facto für den uneingeschränkten U-Boot-Krieg aus und überließ dem Militär und nicht dem Kanzler die letzte Entscheidung, eine von Peter Spahn und Adolf Gröber durchgesetzte und sehr populäre Entscheidung, welche zu diesem Zeitpunkt die Nähe des Zentrums zum Konservatismus und Nationalliberalismus signalisierte. Sie reflektierte das bei deutschen Parlamentariern vorherrschende Po-

34 Thompson, *Left Liberals* (wie Anm. 29), S. 386.

35 Heuss, *Friedrich Naumann* (wie Anm. 27), S. 504.

litikverständnis. Primat des Politischen bedeutete so viel wie Primat des Staates unabhängig vom Parlament, also vor allem Primat der Außenpolitik, und diese sollte von Experten der Politik, im Krieg vom Militär und ansonsten von Beamten ausgeübt werden, die man unterstützen, aber nicht ersetzen konnte.

Es zeichnete sich aber selbst für das Zentrum ab, dass der Primat des Politischen, im Krieg zum Primat des Militärs umgedeutet, seine Tücken hatte. Der Steckrübenwinter 1916/17 offenbarte die Grenzen der staatlichen Fähigkeiten, die Grundversorgung sicherzustellen, die Eröffnung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges am 1.2.1917 und die von den USA abgebrochenen diplomatischen Beziehungen zum Deutschen Reich signalisierten den baldigen Kriegseintritt der USA, der dann im April auch tatsächlich erfolgte. In dieser Situation versuchte der Reichskanzler erneut an das Programm der Neuorientierung anzuknüpfen, um die Reihen im Innern zu schließen (Rede vom 22.2.1917). In ihrem Gefolge stand dann auch die Osterbotschaft des Kaisers, die eine Reform des preußischen Wahlrechts ankündigte, die zwar keine gleichen, aber allgemeine und direkte Wahlen vorsah.

Als es trotz der prekären außenpolitischen Lage zur Fideikommiss-Vorlage des preußischen Herren-Hauses kam (9.3.1917), wurde klar, wie wenig die reaktionären Kräfte gewillt waren, die innenpolitische Reform zu akzeptieren. Abgesehen vom öffentlichen Aufschrei, darunter Max Webers scharfer Artikel zur „Nobilitierung der Kriegsgewinne“ noch im gleichen Monat,<sup>36</sup> brachte dies eine Wende in Naumanns politischer Einschätzung der Lage. Er forderte die sofortige Reform des preußischen Wahlrechts und erörterte in einer Chroniknotiz vom 14.3.1917 in der „Hilfe“ die Möglichkeit eines verfassungspolitischen Schulterschlusses der Regierung mit der Parlamentsmehrheit von Linksliberalismus, Zentrum und der Mehrheit der SPD (die Abspaltung der USPD zeichnete sich bereits ab). Bereits am 22.3.1917 sprach Naumann von der realistischen Chance einer Zusammenarbeit des Gesamtliberalismus mit Zentrum und vaterländischer Sozialdemokratie.<sup>37</sup>

Die Friedensresolution des Reichstages und der spätere Interfraktionelle Ausschuss demonstrierten die Möglichkeit einer parlamentarischen Mehrheit von Mitte-Links. Es gelang ihr jedoch nicht, einen gemeinsamen Kanzlerkandidaten durchzusetzen oder auch nur einige zentrale Forderungen der inneren Reform der politischen Ordnung, namentlich die Reform des preußischen Dreiklassen-Wahlrechts zu erreichen. Bei aller Kritik am bestehenden Staat gab es niemanden, der über ein fertiges Modell verfügte, wie der Staat umorganisiert werden sollte. Die mit dieser Mehrheit gegebenen Möglichkeiten

36 Max Weber: Deutschlands äußere und Preußens innere Politik, 2. Teil: Die Nobilitierung der Kriegsgewinne, in: ders., Gesammelte Politische Schriften (wie Anm. 20), S. 183-191.

37 In: Die Hilfe Bd. 23, Heft 12 vom 22. März 1917, S. 186, zitiert bei Peter Theiner: Sozialer Liberalismus und deutsche Weltpolitik: Friedrich Naumann im wilhelminischen Deutschland 1860-1919, Baden-Baden 1983, S. 259.



scheiterten auf Seiten des Linksliberalismus auch daran, dass ganz unklar war, wie der zu reformierende Staat, wie die Neuorientierung auszusehen habe und welchen Anteil die Demokratisierung der politischen Ordnung daran hatte.

Die Debatte um „Volksstaat“ und „Obrigkeitsstaat“ hatte auch damit zu tun, dass die Linksliberalen nicht ohne weiteres von „Demokratie“ sprechen konnten, war dies doch der Begriff, der mit der politischen Ordnung des im Westen befindlichen Feindes in Verbindung gebracht wurde. Theodor Heuss hob in einem Plädoyer für einen forcierten Politikwechsel im Reich hervor, diese Auffassung bedeute „kein Schielen nach westlichen Vorlagen“.<sup>38</sup> Der Umstand, dass man sich mit dem Westen im Krieg befand, erschwerte den unbefangenen Umgang mit dem westlichen Politikverständnis. Diese diskursiven Umstände spitzten sich dramatisch zu, als die USA in den Krieg eintraten und Wilson den Krieg zum Kampf für die Idee der Demokratie erklärte. Daher war es einfacher, die Semantik der Demokratie zu vermeiden, um nicht im öffentlichen Meinungskampf von vornherein ungehört zu bleiben, weil man sonst leicht des Defätismus oder der Förderung der Feindpropaganda bezichtigt werden konnte. Überlegungen zur deutschen Idee der Freiheit oder zum Volksstaat waren daher nicht selten diskursive Manöver, um über die Sache der Demokratie zu sprechen, ohne das Wort verwenden zu müssen.<sup>39</sup>

Was den Linksliberalismus irritieren musste, war die Erfahrung, dass die „öffentliche Meinung“ und der „Wille des Volkes“ unter den Bedingungen von Massenagitation und des patriotischen Überschwangs nicht mehr als Chance für fortschrittliche Politik angesehen werden konnten. Unter dem Eindruck der Fronde gegen den Kanzler machte sich 1916 und dann erst recht 1917 die Sorge vor einer, wie es Theiner nennt, „Demokratisierung von rechts“ breit.<sup>40</sup> Jede verantwortliche und weitblickende Politik, die über die Kurzsichtigkeit von annexionistischen Siegfriedensparolen hinausblickte, schien immer unwahrscheinlicher, je mehr die Öffentlichkeit in den Willensbildungsprozess einbezogen wurde, bzw. je mehr es bestimmten Positionen gelang, glaubhaft zu machen, im Namen einer öffentlichen Meinung und für die Nation zu sprechen, die sie zuvor im eigenen Sinne angestachelt und falsch informiert hatte. Die Freigabe der öffentlichen Diskussion der Kriegsziele durch Bethmann-Hollweg im November 1916 war der Versuch, der patriotischen Agitation entgegenzuwirken, denn die gemäßigten Meinungen mussten immer etwas Wasser in das vaterländische Öl gießen und Argumente zu Gehör bringen, die als de-

38 Theodor Heuss: Von Bethmann zu Michaelis, in: *Der März*, Bd. 11, Heft 3, 1917, S. 695, zitiert bei Jürgen C. Heß: *Theodor Heuss vor 1933. Ein Beitrag zur Geschichte des demokratischen Denkens in Deutschland*, Stuttgart 1933, S. 35.

39 Die komplexen diskursiven Strukturen der Debatte und die Schwierigkeiten für die Verfechter eines Systemwandels sind ausführlich diskutiert in: Marcus Llanque: *Demokratisches Denken im Krieg. Die deutsche Debatte im Ersten Weltkrieg*, Berlin 2000.

40 Theiner, *Sozialer Liberalismus* (wie Anm. 37), S. 229 und 234.



fätistisch angesehen werden konnten. Es war also durchaus fraglich, wieviel an Fortschritt sich der Linksliberalismus davon versprechen durfte, wenn es tatsächlich zur Demokratisierung kam.

Hinzu trat, dass in der älteren Generation des Linksliberalismus noch das Verständnis von Demokratie präsent war, das aus der Zeit der 1848er-Revolution stammte. Während Ernst Bassermann auf der nationalliberalen Seite im Sommer 1917 daran erinnerte, dass die Geburtsstunde des Nationalliberalismus mit dem Bruch mit der Demokratie im Gefolge von 1848 einsetzte,<sup>41</sup> behauptete Conrad Haussmann im November 1917, dass er und Payer immer schon und so auch jetzt noch Demokraten seien. Beide hätten die Demokratisierung Württembergs durchgekämpft und stünden als süddeutsche Demokraten in der Tradition des Revolutionärs Friedrich Hecker, des Freundes von Haussmanns Vater, nur dass heute auch Hecker an Stelle der Revolution die allmähliche Evolution als Strategie gutheißen würde.<sup>42</sup> Die Demokratisierung des bestehenden Staates sollte ihn also nicht umwälzen, sie sollte nur die „Führung“ des Staates mit dem „Volk“ vertiefen helfen.

Obschon Naumann seit 1917 vehement die weitere Demokratisierung der politischen Ordnung forderte, war damit keine eindeutige Stellungnahme für die parlamentarische Demokratie gemeint. Weiterhin machte er sich Gedanken über die Möglichkeit der Verknüpfung von Kaisertum und Demokratie. Die bereits genannte Osterbotschaft des Kaisers von 1917, die an das Programm der Neuorientierung anknüpfte, veranlasste Naumanns Broschüre „Der Kaiser im Volksstaat“,<sup>43</sup> worin er an seine älteren Vorstellungen erinnerte, dass die Monarchie auf Reichsebene Symbol der Einheit und des Nationalstaates sein konnte und auf diese Weise allem Partikularismus der Sonder- und Klasseninteressen legitimerweise entgegentreten konnte. Hierfür waren seiner Ansicht nach die demokratischen Kräfte gleichsam natürliche Bündnispartner.

Im gleichen Jahr fertigte Naumann die Broschüre „Die Freiheit in Deutschland“ an, eine Auftragsarbeit für das Reichsamt des Innern, um im internationalen Meinungskampf über die ideellen Grundlagen des Krieges die deutsche Position klarzumachen. Deutschland konnte sich laut Naumann gegen die ausländischen Vorwürfe der Autokratie und des Militarismus auf ein eigenständiges Verständnis von Freiheit berufen. Weiterhin favorisierte er Möglichkeiten der Kombination von starker Monarchie und parlamentarischer Mitsprache. Als aber im August 1917 der neue Kanzler Michaelis seine Meinung, während des Krieges dürfe es keine politischen Reformen geben, auf ausführliche Zitate aus Naumanns Denkschrift stützte, verwehrte sich Naumann hier-

41 Zitiert bei Cymorek, „Wohin sollen wir gehen?“ (wie Anm. 6), S. 282.

42 Brief an Kurt Hahn 10.11.1917 in: Conrad Haußmann: Schlaglichter. Reichstagsbriefe und Aufzeichnungen, Frankfurt/M. 1924, S. 153 f.

43 Friedrich Naumann: Der Kaiser im Volksstaat, Berlin 1917 (Beihefte der Hilfe, Heft 1).

gegen deutlich,<sup>44</sup> denn in seinen Augen bedeutete „deutsche Freiheit“ nicht Reformverweigerung. Dieser Vorfall zeigte, in welchem Dilemma sich der Linksliberalismus befand: Nach außen verteidigte man Besonderheiten der deutschen Politik, die man nach innen gewandt verändern wollte, ohne dem Vorwurf ausgesetzt zu sein, einem Diktat der Feinde zu folgen.

#### 4. Agitation als Handwerk der Politik und die „Erziehung zur Politik“

Naumanns politisches Denken war und blieb auf den Staat fixiert. Er hatte nach seinem zwischenzeitigen Verlust des Reichstagsmandates 1912 ein Staats-Lexikon geplant,<sup>45</sup> worin alle Aspekte des Staates aus einer liberalen Perspektive thematisiert werden sollten. Die Verträge mit dem Verleger Siebeck waren bereits im Sommer 1914 unterschriftsreif gediehen, der Krieg bereitete dem Projekt ein Ende.<sup>46</sup> Das Lexikon sollte eine Art liberaler Gegenentwurf zum katholischen Staats-Lexikon der Görres-Gesellschaft werden, das sehr erfolgreich war. Naumann konnte einige Personen aus dem Umfeld des Hilfe-Kreises für die Teilfinanzierung des Projektes gewinnen, darunter Carl Petersen. Es war Naumann auch gelungen, eine ganze Reihe namhafter Autoren anzuwerben, u.a. Hugo Preuß für den Eintrag Selbstverwaltung, Max Weber u.a. für den Artikel zur Monarchie, Hugo Sinzheimer für den Arbeitsvertrag. Aufschlussreich für Naumanns Politikverständnis ist der Aufbau des Lexikons. Seine Abschnitte sind allesamt um den Begriff des Staates gruppiert. Dem einleitenden Abschnitt „Wer oder was ist der Staat“ sollten Teile zu „Was tut der Staat“ sowie „Wie funktioniert der Staat“ folgen.<sup>47</sup> Bei Naumann stand der Staat weitaus unangefochtener im Mittelpunkt als im konkurrierenden Staats-Lexikon der Görres-Gesellschaft, wenn man nur den jeweiligen Aufbau der Lexika betrachtet. Dahinter verbarg sich ein Konzept des allmählichen Hinzuwachsendens des Bürgertums in den Staat, um ihn besser auf Aufgaben vorzubereiten, die er für diesen Staat übernehmen konnte.

Im Krieg erlebte der Staatsbegriff einen rasanten Zuspriech. Der in der englischen und französischen Öffentlichkeit erhobene Vorwurf, der deutsche Staatsbegriff sei geschichtsphilosophisch und metaphysisch aufgeladen, gestützt auf eine sehr enge Auswahl von Publikationen der Vorkriegszeit, erlebte

44 Heuss, Friedrich Naumann (wie Anm. 27), S. 517.

45 Theodor Heuss: Friedrich Naumann als politischer Pädagoge, in: Ernst Jäckh (Hrsg.): Politik als Wissenschaft, Berlin 1930, S. 121-133, hier: S. 128.

46 Helen Müller: Im Zeitalter der Sammelwerke. Friedrich Naumanns Projekt eines „deutschen Staatslexikons“ (1914), in: vom Bruch, (Hrsg.) Friedrich Naumann in seiner Zeit (wie Anm. 6), S. 189-207. Vgl. auch Gangolf Hübinger: Kulturprotestantismus und Politik. Zum Verhältnis von Liberalismus und Protestantismus im wilhelminischen Deutschland, Tübingen 1994, S. 303 f. zum Staatslexikon Naumanns.

47 Helen Müller, Im Zeitalter der Sammelwerke (wie Anm. 46), S. 197.

in der deutschen Sinnstiftungsliteratur des Krieges seine eigentliche Bestätigung. Aber es gab auch kritische Stimmen, die nicht in den Chor der Überhöhung des Staatsbegriffs einstimmten. Hugo Preuß und sein Buch „Das deutsche Volk und die Politik“ 1915 wurde bereits genannt, ferner Max Weber und auch Theodor Heuss. Letzterer überlegte 1918, wer eigentlich eine angemessene Analyse der politischen Ordnung des Deutschen Reiches anzufertigen imstande sei, wer eigentlich den Beruf dazu hatte, sich zu Fragen der Verfassungspolitik zu äußern. Seiner Ansicht nach hatte das politische Denken bereits kurz nach der Reichsgründung darunter gelitten, dass an die Stelle politischer und publizistischer Auseinandersetzungen mit der Struktur des neuen Nationalstaates es vor allem Juristen waren, die hier eine Auslegungsvorherrschaft erstritten. Kühn behauptete er, die Aufgabe des Juristen in Hinblick auf den Staat sei sekundär: „Der Staat und seine Institutionen strecken sich nicht nach den Bedürfnissen der Rechtswissenschaft, sie sind Geschöpfe des Staatsmannes“.<sup>48</sup>

Heuss bestand auf der Eigenständigkeit der Politik gegenüber disziplinären Hegungen etwa der Rechtswissenschaft oder gegen die Dogmatik von Ideologen. Wenn Heuss von der „Geschöpflichkeit“ der Politik sprach,<sup>49</sup> so wollte er damit das Ermessen und die Urteilkraft des Politikers vor dem Dogma von Rechtswissenschaft, Ökonomie und Ideologie schützen. Es war aber auch ein Hinweis darauf, dass Politik „gemacht“ wird, und zwar auch durch Demagogie und Propaganda, wie der Weltkrieg in mannigfacher Weise demonstrierte.

Als sich die Mehrheit links von Nationalliberalismus und Konservatismus im Parlament etablierte, schlug die Kanzler-Fronde mit der Gründung der Vaterlandspartei im Herbst 1917 zurück. Dieser Vorgang zeigte den im Weltkrieg stattfindenden Wandel des politischen Kampfes, der nun immer auch Massenmobilisierung durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit bedeutete. Während alle Regierungen die Klaviatur der öffentlichen Meinung durch gezielte Propaganda bespielten, war gerade Deutschland der Schauplatz einer zuvor beispiellosen Massenagitation. Was im Kaiserreich als Instrument der Sozialdemokratie vertraut war, wurde im Weltkrieg vom Lager der Reformverweigerer und Annexionisten als Mittel eingesetzt, um Einfluss auf die Politik zu nehmen. In der am Ende undurchschaubaren Gemengelage von Monarchie, Ministerien, Heeresleitung, offiziellen und inoffiziellen parlamentarischen Gremien und der publizistisch bearbeiteten öffentlichen Meinung wurde die Frage immer relevanter, welche Position den „Willen des Volkes“ repräsentierte. Solche massenagitorischen Kampagnen zeigten sich bereits bei der propagandistischen Unterstützung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges, beim Sturz Bethmann Hollwegs und gipfelten in der Gründung der Vaterlandspartei.

48 Heuss, Die Bundesstaaten (wie Anm. 18), S. 4.

49 Ebd..

Der Erfolg der Vaterlandspartei offenbarte das vielleicht bedenklichste Problem, das der Weltkrieg für den Linksliberalismus mit sich brachte: die Wandlung der Öffentlichkeitsstruktur.<sup>50</sup> Der Adressat linksliberaler Politik war immer das Bürgertum gewesen, und zwar der gebildete Teil hiervon. Dahinter stand die Auffassung, dass es auf der Grundlage gelehrter Meinungsbildung zu richtigen Schlüssen kommen kann und gerade hier der Linksliberalismus eine besondere Aufgabe erhält. Die Vaterlandspartei dagegen versuchte durch immensen Geldaufwand flächendeckend die öffentliche Meinung durch politische Werbung und Inserate zu beeinflussen. Vom November 1917 bis zum April 1918 wurden etwa 250.000 Mark für Werbung und 146.000 Mark für Inserate ausgegeben.<sup>51</sup>

Öffentlichkeitsarbeit setzt nicht nur Öffentlichkeit, sondern auch Offenheit voraus. Die Offenheit des Argumentierens war unter den Bedingungen des Krieges nicht ohne Weiteres möglich. Die daraus erwachsenden Dilemmata zeigten sich im Kampf gegen den uneingeschränkten U-Boot-Krieg, dem Sturz Bethmann-Hollwegs und besonders bei der Agitation der Vaterlandspartei: Die scheinbar patriotischen Argumente für Annexionen und die Kriegführung um jeden Preis konnten nicht öffentlich kritisiert werden, ohne preiszugeben, wie die militärischen oder politischen Aussichten wirklich waren. Ferner gelang es der Rechten, den vermeintlichen Vorsprung des Linksliberalismus und der Sozialdemokratie auf dem Gebiet der Presse einzuholen. Das Presse-Imperium Hugenburgs entstand hauptsächlich während des Krieges und verstand sich als Konkurrenz zu Ullstein und Mosse, die der Linken zugerechnet wurden.

Der Erfolg der Vaterlandspartei beschleunigte das Umdenken vieler Linksliberaler in Hinblick darauf, dass sie ihr Politikverständnis modernisieren und es vom Begriff des Staates lösen mussten. Massenagitation und Demagogie zeigten, dass Politik nicht nur aus den auf den Staat bezogenen Tätigkeiten bestand, sondern dass Politik auch die Fähigkeit des Meinungskampfes umfasste, und zwar unabhängig vom periodischen Wahlkampf. Naumann reagierte auf dieses Defizit mit der Gründung einer Staatsbürgerschule noch im Weltkrieg, aus welcher dann in Weimar die Hochschule für Politik hervorging.

In seinen „Gedanken zur politischen Erziehung“, die Naumann 1918 veröffentlichte, definierte er, dass Politik „Lebensbekenntnis in bezug auf den Staat“ sei,<sup>52</sup> und blieb damit seiner älteren Vorstellung treu: Der Staat blieb Zentrum seines Politikverständnisses. Naumann konnte freilich keine Antwort darauf geben, wie der im Krieg zu reformierende Staat aussehen sollte. Er war aber überzeugt, dass die neuen Generationen dies zu erarbeiten hatten und setzte daher noch im Weltkrieg auf deren politische Erziehung.

50 Thompson, *Left Liberals* (wie Anm. 29), S. 382.

51 Hagenlücke, *Deutsche Vaterlandspartei* (wie Anm. 10, S. 188.

52 Friedrich Naumann: *Vier Reden an junge Freunde*, in: [Friedrich] Naumann/[Wilhelm] Heile, *Erziehung zur Politik*, Berlin 1918, S. 4-29, hier S. 5.

Die Gründung der Staatsbürgerschule erfolgte 1918. Naumann trug sich bereits im Juni 1917 mit diesem Gedanken, wie einem seiner Brief an Max Weber zu entnehmen ist.<sup>53</sup> Weber war auch einer der ersten gewesen, die Naumann für den Plan des Staats-Lexikons gewinnen wollte.<sup>54</sup> Der Gründung der Schule ging eine Reihe von Publikationen in der „Hilfe“ voraus, beginnend am 21. Februar 1918 mit der „Rede an junge Freunde“, die im Frühsommer 1918 zusammen mit weiteren Reden Naumanns, einem Aufsatz Wilhelm Heiles, Lehrplamentwürfen und Literaturübersichten in der Broschüre „Erziehung zur Politik“ veröffentlicht wurde, also noch im Krieg. Hier zeigte sich bereits der Wandel des Politikverständnisses, initiiert durch die Erfahrungen des Krieges und verkörpert in den verschiedenen Generationen des Linksliberalismus, Naumann stellvertretend für die ältere Generation und Wilhelm Heile als Vertreter der jüngeren Generation, zu welcher auch Theodor Heuss gehörte.

Theodor Heuss charakterisierte später Naumanns Motivation zur geplanten Staatsbürgerschule mit den Erfahrungen des Krieges:

„Die Erfahrungen des Krieges mit seinem totalen Charakter, die Verwandlung von Seelen und Institutionen, die ausgreifende Politisierung des Bewußtseins, die Nötigung zu neuem Denken ohne Zerreißung eines Gefühls für geschichtliche Bindungen – all dies mochte die Aufgabe der Klärung, der Unterweisung, des gemeinsamen Suchens und Versuchs noch dringlicher machen.“<sup>55</sup>

Es war nun nicht mehr genug, auf die großen Staatsmänner zu hoffen, es mussten Staatsbürger herangezogen werden. Es reichte auch nicht, sich über die Demagogie der politischen Rede zu echauffieren, wie sie die Vaterlandspartei so erfolgreich in ihrer Propaganda für die Siegfriedens- und Annexionspolitik sowie für den uneingeschränkten U-Boot-Krieg demonstriert hatte, es bedurfte auch für verantwortliche Politiker der nötigen Unterweisung in der Kunst der politischen Rede. Diese Kunst bestand laut Naumann darin, reden zu lernen, um dem Volk „geistig helfen zu können, dass es nicht den Schwtzern anheim fllt.“<sup>56</sup> Der verantwortliche Politiker müsse auch die Sprache der Demagogie sprechen lernen, um dieser wirksam entgegen treten zu können. Für Naumann bestand aber kein unüberbrückbarer Gegensatz von Volksstaat und Obrigkeitsstaat, er vertrat vielmehr den Gedanken der Evolution, des Hervorgehens des ersteren aus dem letzteren. „Erst entstand der Beamtenstaat, nun aber erwächst durch ihn und aus ihm der Volksstaat.“<sup>57</sup> Die jüngere Generation um Heuss und Heile war im Gegensatz dazu eher bereit, den politischen Partei-

53 Vom 11. Juni 1917, erwähnt bei Theiner, Sozialer Liberalismus (wie Anm. 37), S. 271.

54 Heuss, Friedrich Naumann (wie Anm. 27), S. 128.

55 Ebd., S. 538.

56 Naumann, Vier Reden (wie Anm. 52), S. 11.

57 Ebd., S. 21.

kampf aufzunehmen und sich nicht mit Leerformeln zu begnügen, die den Gegensatz zum innenpolitischen Gegner kaschierten.

Wilhelm Heiles Beitrag in dem gleichen Band stellte die Staatsbürgerschule in den politischen Kampf des Linksliberalismus. Ihm ging es weniger wie Naumann um die Erziehung der Nation als vielmehr um die Verbesserung der Fähigkeit des Liberalismus in „Organisation und Agitation“.<sup>58</sup> Anders als andere politische Lager und Parteien habe der Liberalismus nichts mit dem Agitationszentrum des Bundes der Landwirte, den vielen Parteischulen der Sozialdemokratie sowie dem katholischen Volksverein in Mönchen-Gladbach (seinerzeit noch „München-Gladbach“) Vergleichbares vorzuweisen. Es werde aber für die „innenpolitische Entscheidungsschlacht“, die seiner Auffassung nach zwischen den Anhängern des Obrigkeitsstaates und des Volksstaates nach Ende des Krieges geschlagen wird, unabdingbar, „Kämpfer“ auszubilden für das Ringen um den „freien Volksstaat“ und nur solche sollten auch an dieser Staatsbürgerschule ausgebildet werden.

Naumanns und Heiles Pläne zur politischen Erziehung reagierten daher in gewisser Hinsicht auf die Analyse Max Webers, der am schärfsten den Nachholbedarf des deutschen Bürgertums als des selbsternannten Sachwalters der „Nation“ kritisiert hatte, wenn er in „Parlament und Regierung“ zugespitzt polemisierte, Bismarcks politisches Erbe sei es gewesen, eine „Nation ohne alle und jede politische Erziehung“ hinterlassen zu haben, „tief unter dem Niveau“ der Generation zwanzig Jahre zuvor, und schlimmer noch, eine „Nation ohne allen und jeden politischen Willen, gewohnt, daß der große Staatsmann an ihrer Spitze für sie die Politik schon besorgen werde“.<sup>59</sup>

In der Naumannschen Broschüre „Erziehung zur Politik“ tauchte der Name von Hugo Preuß in der empfohlenen Literaturliste für den politischen Unterricht auf. Aufgelistet war dessen Buch „Das deutsche Volk und die Politik“ von 1915, zusammen mit dem Vermerk „wertvolles politisch-liberales Gegenwartsbuch“.<sup>60</sup> Ferner war in den Muster-Unterrichtsplänen für dreitägige und siebtägige Kurse an der geplanten Staatsbürgerschule die Rede vom Übergang vom „Obrigkeitsstaat zum Volksstaat“.<sup>61</sup> Preuß' Begriffspaar war endgültig zum Leitfaden des linksliberalen Politikverständnisses geworden.

Die Benutzung des Volksbegriffs im Linksliberalismus während des Krieges diente der Klärung dessen, dass in der Nation keine Bevölkerungsgruppe, ob katholisch oder sozialdemokratisch repräsentiert, ausgeschlossen werden kann. Der Volkstaat bezeichnete ferner in der ideenpolitischen Konstellation

58 Wilhelm Heile: Nutzen und Notwendigkeit einer politischen Volkshochschule, in: Naumann/Heile, Erziehung zur Politik (wie Anm. 52), S. 29-37, hier S. 33.

59 Weber, Parlament und Regierung (wie Anm. 20), S. 319, zuerst in der Frankfurter Zeitung vom Mai 1917.

60 Naumann/Heile, Erziehung zur Politik (wie Anm. 52), S. 52.

61 Ebd., S. 38ff.

des Weltkrieges aus linksliberaler Sicht den sich immer deutlicher abzeichnenden Gegensatz zwischen den reformwilligen und den reformfeindlichen politischen Kräften ungeachtet dessen, welcher Partei sie sich im Einzelnen zuordneten. Das hatte Hugo Preuß bereits 1915 erkannt, es wurde den meisten Linksliberalen jedoch erst im weiteren Verlauf des Krieges klar. Man mochte sich mit den Nationalliberalen auf die gleiche Idee der Nation berufen, die zu stärken und sicherzustellen auch die Linksliberalen wünschten, aber es wurde deutlich, dass Links- und Rechtsliberalismus einen anderen Begriff der Nation unterstützten. Linksliberale waren bereit, die Idee der Nation um Bevölkerungsteile zu erweitern, die sie selbst vor dem Krieg noch weitestgehend als inkompatibel mit ihrer Auslegung der Nation angesehen hätten, letztere hingegen waren hierzu nicht bereit und verweigerten jede sinnvolle Reform der politischen Ordnung.

## 5. Schluss

Die Kriegserfahrung führte im Linksliberalismus zur Neubesinnung über zentrale politische Begriffe wie Nation, Demokratie und Politik. Diese Begriffe erlebten im Weltkrieg Interpretationen in anderen politischen Lagern, von denen sich der Linksliberalismus distanzieren musste, um seinen eigenen Prinzipien treu zu bleiben. Der Krieg machte zunächst den Eindruck, als würde er beispielsweise den liberalen Leitbegriff der Nation befördern, doch er zeigte stattdessen, wie sehr dieser Begriff geschichtsphilosophisch oder metaphysisch überhöht werden konnte. Den Begriff des Volkes in dem Begriffspaar Volksstaat und Obrigkeitsstaat immer stärker zu betonen, diente auch dazu, sich von der Interpretation der Nation seitens der Reformverweigerer zu distanzieren.

Politisches Denken und politisches Handeln waren im Weltkrieg eng miteinander verzahnt. Die ideenpolitische Konstellation des Krieges erzwang ein neues Denken. Der Linksliberalismus öffnete sich für eine dauerhafte Kooperation mit der Sozialdemokratie, was sich bereits vor dem Weltkrieg abgezeichnet hatte, vor allem aber mit dem Zentrum, was vor dem Krieg schwer denkbar gewesen war. Diese Kooperation hatte auch etwas mit dem gewandelten Politikverständnis zu tun, das sich unter dem Eindruck der politischen Manöver des konservativen und nationalliberalen Lagers immer mehr vom Staatsbegriff ablösen und auf ein eigenes Fundament stellen musste. Hierzu wollte Naumanns Initiative einer Verstetigung der politischen Erziehung beitragen, ohne dass ihm selbst klar war, wie sich die Politik weiter entwickeln würde. Die Frage blieb, in welche Richtung sich ein vom Staatsbegriff emanzipierendes Politikverständnis orientieren sollte, ob es trotz oder vielleicht wegen der im Krieg gemachten Erfahrung der Demagogie den Weg in das de-

mokratische Denken nehmen musste. Ob und wie die damit verbundene neue Herausforderung der liberalen Demokratieauslegung gelang und wie der Begriff des „Volkes“ Nachfolger oder neuer Fokus des älteren Nationenbegriffs werden konnte, führt über die Betrachtung des Weltkrieges hinaus und verweist auf die Kontinuität der Kriegsdebatten mit den Diskursen in der Weimarer Republik.





## Nation – Politik – Ökonomie. Der Nationalliberalismus im Ersten Weltkrieg: Das Beispiel Gustav Stresemann

„Ich glaube mich mit Ihnen in Übereinstimmung zu finden, dass die nationalliberale Partei eine Partei der Mitte bleiben muss, die schon wegen ihrer Stellung in den breiten Massen der Wählerschaft das liberale Grundprinzip nicht aufgeben darf, die aber andererseits zuverlässig national sein muss.

Von zwei Seiten werden mir nach dieser Richtung hin Schwierigkeiten gemacht. Einmal sind gewisse Kreise der Schwerindustrie [...] so konservativ gesinnt, dass sie eigentlich auf dem rechten Flügel der Konservativen stehen und auf der anderen Seite gibt es eine sehr einflussreiche Gruppe in unserer Partei, die von pazifistisch-demokratischen Ideen derart infiziert ist, dass man zu der alten Tradition der Partei kaum noch Berührungspunkte findet.“<sup>1</sup>

Mit diesen Sätzen fasste Gustav Stresemann im Jahre 1917 die schwierige Situation der Nationalliberalen im Kriege zusammen und definierte zugleich seine eigene Rolle als Führer einer Partei, die zeitweilig wegen des Streites ihrer verschiedenen Flügel auseinander zu brechen drohte. Ganz zweifellos befand er sich zu dieser Zeit in einer sehr diffizilen Lage, aber auch in einer Situation, in der er seine Kompetenzen beweisen konnte und in der er für die Partei nahezu unentbehrlich zu sein schien.

Mit Stresemann steht in den folgenden Überlegungen eine nationalliberale Persönlichkeit im Fokus, die durch ihren Platz in der Geschichte des Kaiserreiches sowie der Weimarer Republik besonders hervorsticht.<sup>2</sup> Trotzdem bedarf es einer (knappen) Begründung, warum hier eine einzelne Person für eine ganze Partei stehen soll, trotz aller Faszination, die von Stresemann ausgehen mag, trotz aller Bedeutung, die er im späten Kaiserreich für den Nationalliberalismus besessen hat. Eine Begründung ist vor allem immer dann zu liefern, wenn es sich um Männer handelt, die „Geschichte machen“, vielleicht auch noch das „Gute“ vertreten, und bei denen mithin eine große Gefahr besteht,

- 1 Stresemann an Senator Biermann, 15.10.1917, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes in Berlin (im Folgenden: PA AA Berlin), NL Stresemann 175.
- 2 Es handelt sich hier um die leicht erweiterte Fassung eines Vortrages, den ich am 22.11.2013 in Bonn gehalten habe. Der Vortragsstil wurde weitgehend beibehalten, die Anmerkungen auf das Nötigste beschränkt.

dass sie von ihren Biografen nicht nur zu schnell und fast kritiklos gelobt, sondern in ihrer Bedeutung auch überzeichnet werden.<sup>3</sup>

Im Falle Stresemanns und der Nationalliberalen kann man jedoch eine Ausnahme machen. Zum einen besteht bei Stresemann kaum die Gefahr, ihn und in seiner Person den Nationalliberalismus in der späten wilhelminischen Zeit und vor allem im Ersten Weltkrieg, zu unkritisch zu beurteilen oder gar in uneingeschränkte Bewunderung verfallen zu wollen. Dagegen spricht allein schon der Stand der gegenwärtigen Forschung. Diese beurteilt Stresemann zwar insgesamt sehr positiv, kritisiert ihn (und die Nationalliberalen) aber besonders wegen ihrer Politik im Ersten Weltkrieg mehrheitlich sehr heftig.<sup>4</sup>

Hinzu kommt eine spezielle Eigenart des deutschen Liberalismus, die einen solchen biografischen Ansatz stützt und ihn geradezu herausfordert. In der Selbstwahrnehmung der Liberalen war es die einzelne *Persönlichkeit*, die die soziale Gruppe Liberalismus konstituierte.<sup>5</sup> Eine liberale Partei stellte in dieser Perspektive nur den Resonanzboden für die liberale Persönlichkeit dar, war so etwas wie das Vehikel zu ihrer Entfaltung.

Nicht zuletzt erfüllt Stresemann wie kaum ein anderer (National-)Liberaler der Zeit eine Reihe von Vorbedingungen, um für den gesamten (National-)Liberalismus stehen zu können. Er ist geradezu ein „Vorzeige-National-liberaler“ – und das auf nahezu allen Ebenen, die für den Liberalismus von Bedeutung waren. Aus wirtschaftlicher Perspektive steht er z.B. paradigmatisch für den ökonomischen deutschen Nationalliberalismus. Der langjährige Syndikus und Gründer des Verbandes Sächsischer Industrieller (VSI) leitete einen der schlagkräftigsten regionalen Industrieverbände des Kaiserreiches. Durch diese Tätigkeit war er reichsweit vernetzt und persönlich, wenn auch indirekt, als Unternehmer und Aufsichtsrat tätig.

- 3 Zum Stand der Biografieforschung: Christian Klein (Hrsg.): Grundlagen der Biographik. Theorie und Praxis des biographischen Schreibens, Stuttgart/Weimar 2002; ders. (Hrsg.): Handbuch Biographie, Stuttgart 2009; Volker Berghahn/Simone Lässig (Hrsg.): Biography Between structure and Agency. Central European Lives in International Historiographie, New York/Oxford 2008 (darin besonders Simone Lässig: Biography in Modern History – Modern History in Biography, S. 1-26), sowie Thomas Etzemüller, Biographien. Lesen – erforschen – erzählen, Frankfurt 2012, mit wesentlichen Anregungen und Hinweisen zum Stand der gegenwärtigen biografischen Forschung.
- 4 Aus der kaum zu übersehenden Vielfalt der Beiträge zu Gustav Stresemann nur einige neuere Publikationen: Karl Heinrich Pohl (Hrsg.): Politiker und Bürger. Gustav Stresemann und seine Zeit, Göttingen 2002; Jonathan Wright: Gustav Stresemann 1878-1929, München 2006; Eberhard Kolb: Gustav Stresemann, München 2003, und Johann P. Birkelund: Gustav Stresemann. Patriot und Staatsmann: Eine Biografie, Hamburg/Wien 2003.
- 5 Vgl. hierzu nur Manfred Hettling/Stefan Ludwig Hoffmann (Hrsg.): Der bürgerliche Wertehimmel. Innenansichten des 19. Jahrhunderts, Göttingen 2000 (darin vor allem Hettling: Die persönliche Selbständigkeit. Der archimedische Punkt bürgerlicher Lebensführung, S. 57-78) und Andreas Schulz: Kultur und Lebenswelt des Bürgertums im 19. und 20. Jahrhundert, München 2005.

Ferner war er die Führungsfigur im Bund der Industriellen (BdI), der Interessenvertretung der verarbeitenden Industrie. Er steht damit geradezu symbolisch für den von den Liberalen idealisierten wirtschaftlichen Aufsteiger, den „self made“ Mann. Durch seine Funktionen (im BdI, VSI, Hansa Bund) repräsentierte er zwar eher den links orientierten Teil des liberalen Wirtschaftsbürgertums, wegen der zahlreichen Kontakte des BdI zum Centralverband deutscher Industrieller (CdI) war Stresemann aber auch diesem mit dem BdI rivalisierenden Flügel der deutschen Industrie verbunden, wenn auch oftmals in grundsätzlicher Feindschaft. Als Verbands- und Parteipolitiker hielt er jedoch zwangsläufig enge Verbindungen und versuchte während seiner gesamten Tätigkeit, zwischen den Flügeln zu vermitteln. Dies war umso notwendiger, als beide Industrie Flügel innerhalb der Nationalliberalen etwa gleich stark vertreten waren.

Nicht zuletzt war Stresemann seit Beginn des 20. Jahrhunderts auch eine, wenn nicht die politische Führungsfigur zunächst im sächsischen Nationalliberalismus, später dann auch im Reich. Bereits 1907 wurde er jüngster Reichstagsabgeordneter. In Fraktion und Partei avancierte er schnell zum „jungen Mann“ und dann auch zum Kronprinzen Bassermanns. Nach dessen Tod wurde er schließlich zum Fraktions- und stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt.<sup>6</sup> Das weist auf seine Bedeutung als nationalliberaler Regional- und Reichspolitiker hin. Zugleich profilierte er sich als Stadtverordneter in der Dresdner Kommunalpolitik, wenn auch nur mit eingeschränktem Engagement. Dies war ein weiteres Wesensmerkmal für einen liberalen Politiker. Kurzum: Er stellte gewissermaßen das Idealbild eines politisch tätigen liberalen Bürgers dar.

Darüber hinaus versuchte sich Stresemann auch als nationalliberaler „Bildungsbürger“ zu profilieren, ein Aspekt der hier allerdings nicht im Mittelpunkt stehen soll. Er galt in der Weimarer Zeit als profunder Goethekenner und war mit einigen Aufsätzen sogar in der großen Goethebibliographie von Hans Pyritz vertreten.<sup>7</sup> Zudem schrieb er selber Gedichte und war in seiner Berliner Zeit ein republikweit bekannter Theater- und Operngänger, gefeiertes

6 Karl Heinrich Pohl: Die Nationalliberalen in Sachsen vor 1914. Eine Partei der konservativen Honoratioren auf dem Wege zur Partei der Industrie? In: Lothar Gall/Dieter Langewiesche (Hrsg.): Liberalismus und Region: Zur Geschichte des deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert, München 1995, S. 195-215, sowie ders.: Sachsen, Stresemann und die Nationalliberale Partei. Anmerkungen zur politischen Entwicklung, zum Aufstieg des industriellen Bürgertums und zur frühen Tätigkeit Stresemanns im Königreich Sachsen vor 1914. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 4 (1992) S. 197-216.

7 Hans Pyritz: Goethe Bibliographie, Bd. VII, 2. Auflage Darmstadt 1966, S. 302. Es handelt sich um Stresemanns Beiträge: „Goethe und die Freiheitskriege“ (S. 225, Nr. 2893) sowie „Goethe und Napoleon“ (S. 344, Nr. 4671). Ferner sind in diesem Zusammenhang auch noch Stresemanns Aufsätze: "Weimarer Tagebuch" (vgl. Gustav Stresemann: Reden und Schriften. Bd. 2 Dresden 1926, S. 367-378) und "Rätsel um Goethe" (Vgl. Henry Bernhard (Hrsg.): Gustav Stresemanns Vermächtnis Bd. 2 Berlin 1932, S. 363-376) bemerkenswert.

Mitglied des Berliner Bühnenklubs und des Literarischen Vereins zu Berlin.<sup>8</sup> An seinem Wunsch, sich zu bilden, hinderten ihn später weder die Revolution von 1918/19, die Beratungen über die Weimarer Verfassung<sup>9</sup> noch seine frühen Reisen nach Wien oder Paris.<sup>10</sup> Nicht zuletzt war er, wenn auch recht unregelmäßig, zweiter Tenor in der „Dresdner Liedertafel“, wodurch er seinen gewissermaßen passiven Kulturkonsum durch eine aktive Gestaltung kultureller Praktiken ergänzte. Kurzum: Stresemann kann auch als liberaler Bildungsbürger gelten.

Ähnliches gilt für die Rolle, die die Nation in seinem Wertekanon spielte. Sein überbordender Nationalismus, verbunden mit einem sozialreformerischen Pragmatismus, erwuchs nicht erst während des Ersten Weltkrieges, sondern zeichnete sich bereits seit Beginn des 20. Jahrhunderts ab. Auch damit repräsentiert er zumindest wichtige politische Strömungen innerhalb des Nationalliberalismus.<sup>11</sup> Das nationalliberale Viereck, das sich an den Begriffen *Nation – kommunales Engagement – Politik – Ökonomie* (womit auch der Erwerb von persönlichem Wohlstand gemeint ist) festmachen lässt, wird durch Stresemann also geradezu optimal ausgelotet. Stresemann scheint insofern gut geeignet zu sein, den (National-) Liberalismus im Ersten Weltkrieg widerzuspiegeln.

## Nation, Politik und deutsche Volksgemeinschaft

Stresemann und die Nationalliberalen verstanden sich am Vorabend des Ersten Weltkrieges (immer noch) als die Partei des deutschen Nationalstaates, als die eigentlichen und überzeugendsten Vertreter des Nationalstaatsgedankens. Die Partei ging auch im beginnenden 20. Jahrhundert, wie seit 1871, von einer besonderen Rolle der deutschen Nation in der Welt aus. Sie wollte durch die Außenpolitik die Festigung der Nation nach innen und zugleich eine Erweiterung des deutschen Einflusses nach außen erreichen. Die meisten Nationalliberalen erstrebten für Deutschland einen noch größeren „Platz an der Sonne“. Im Inneren wünschten sie sich eine wahre und alle Schichten und Klassen umfassende deutsche Volksgemeinschaft.

8 Schreiben Stresemanns an Paul Kießmann, 28.1.1922, PA AA Berlin, NL Stresemann 316.

9 Vgl. hierzu die Briefe an seine Frau anlässlich der Verfassungsberatungen in Weimar zu Beginn des Jahres 1919, PA AA Berlin, Privatnachlass Stresemann.

10 Vgl. dazu die Biographie von Franz Miethke. PA AA Berlin, Privatnachlass Stresemann. Auch die Itinerare aus dem Jahr 1920 geben darüber ausführlich Aufschluss, PA AA Berlin, Privatnachlass Stresemann.

11 So auch ein führender Linksliberaler: Hellmut von Gerlach: Die große Zeit der Lüge. Der Erste Weltkrieg und die deutsche Mentalität (1871-1921), Charlottenburg 1926.

Diese Gedanken stellten ein Kontinuum im nationalliberalen Wertehimmel seit der Reichsgründung dar. In diesem Wunsch stimmten, trotz aller sonstigen Differenzen, die meisten National- und Linksliberalen weitgehend überein. Im Ersten Weltkrieg verstärkte sich aufgrund der äußeren Bedrohung und der Notwendigkeit des innenpolitischen Zusammenhaltes dieser Wunsch nach äußerer Stärke und innerer Geschlossenheit noch erheblich. Er erhielt dadurch eine zusätzliche Dynamik, die in Qualität und Quantität zu einer ganz neuen Dimension führte.

Die liberalen außenpolitischen Grundideen hatten sich lange Zeit politisch eher defensiv artikuliert.<sup>12</sup> Sie wurden aber bereits seit Beginn des 20. Jahrhunderts immer stärker von sozialdarwinistischen Vorstellungen infiziert und damit deutlich aggressiver. Der Kampf ums Dasein, so wurde von vielen Nationalliberalen nun verstärkt argumentiert, müsse unter diesen Umständen mit aller Energie geführt werden. Bei den sich zuspitzenden (ökonomischen) Interessenkonflikten in der Welt könne es auf Dauer entweder nur Gewinner oder nur Verlierer geben.<sup>13</sup> Daraus folgte, auch für Stresemann, dass Deutschland sich auf diesem Schlachtfeld nicht nur mit aller Energie, sondern auch mit allen Mitteln behaupten müsse, wenn es nicht zu den Verlierern zählen wolle. Das bedeutete allerdings nicht, dass die Mehrheit der Nationalliberalen bewusst auf einen Krieg hingearbeitet hätte. Stresemann etwa wurde davon sogar völlig überrascht.<sup>14</sup> Immerhin aber war die Auffassung, einen Krieg möglicherweise in Kauf nehmen zu müssen, um die Stellung des Reiches zu stärken, bei den Nationalliberalen weit verbreitet und wurde mehrheitlich befürwortet.

Eine derartig ins Nationalistische abdriftende Haltung entsprach exakt ihrer männlichen Wählerschaft, „deren Divergenz in wirtschaftlichen und politischen Fragen dazu führten, dass Nationalismus und Imperialismus wie selbstverständlich zur Grundlage der Einheit der Partei und ihres Wahlerfolgs wurden“.<sup>15</sup> Aus innen- wie auch außenpolitischen Motiven, aber auch aus parteipolitischen Gründen, standen daher die Nation und ihre Größe im Mittelpunkt der nationalliberalen und vor allem der Stresemannschen Vorstellungen. Die von den Nationalliberalen immer stärker wahrgenommene Gefährdung der Größe der deutschen Nation, das Gefühl, bei der wirtschaftlichen Eroberung der Welt gebremst und politisch ausgegrenzt oder gar eingekreist zu werden, hat den Entschluss, 1914 den Krieg zu wagen, sicherlich nicht gerade gehemmt. Allerdings: Vorstellungen davon, welche Dimensionen dieser Krieg erreichen würde, hatten wohl die wenigsten von ihnen, das gilt auch für Stresemann.

12 Dieter Langewiesche: *Liberalismus in Deutschland*, Frankfurt a. M. 1988, S. 219.

13 Vgl. dazu Thomas Wagner: „Krieg oder Frieden. Unser Platz an der Sonne“. *Gustav Stresemann und die Außenpolitik des Kaiserreichs bis zum Ausbruch des I. Weltkrieges*, Paderborn 2007, S. 92.

14 Vgl. dazu seine Tagebucheinträge, PA AA Berlin, Privatnachlass Stresemann.

15 Wright, Stresemann (wie Anm. 4), S. 37.

In dieses nationalliberale Weltbild gehörte zugleich eine offensive deutsche Kolonialpolitik. Diese erschien den Nationalliberalen schon aus wirtschaftlichen Aspekten notwendig. Das trifft besonders für Stresemann, den Syndikus des VSI, zu. Die meisten Nationalliberalen glaubten, dass Deutschland nur auf dem Wege der wirtschaftlichen Expansion und einer Machtpolitik zur Weltmacht aufsteigen könne. In diese Vision gehörte wie selbstverständlich eine starke Schlachtflotte, um Großbritannien, das den internationalen Aufstieg der deutschen Nation aus der Sicht der Nationalliberalen am meisten zu behindern schien, Paroli zu bieten. Durch sie sollten die (notwendigerweise) zu erwerbenden Kolonien geschützt werden.

In diesem Sinne sind etwa Stresemanns gegen die Sozialdemokratie gerichteten Ausführungen zur Kolonialpolitik aus dem Jahre 1908 zu verstehen: Wäre Christoph Kolumbus ein Sozialdemokrat gewesen, so witzelte er, „dann hätte er die Indianer, die dort lebten, um Erlaubnis gebeten, sich das Land einmal ansehen zu dürfen, vielleicht ein paar Karten aufzunehmen, um sie in Madrid zu zeigen, im übrigen aber schleunigst wieder nach Hause zu fahren. Weil ihm ja nicht einfallen durfte, da Gebietsrechte zu erwerben, wo ein anderer Stamm schon angesiedelt war“.<sup>16</sup>

Die geforderte Kolonialpolitik wurde als eine Art Kulturauftrag verstanden. Es war den Nationalliberalen sehr ernst mit dem Gedanken, „Deutsche Kultur“ in die Welt zu exportieren. Ihr bürgerlich-liberaler Wertehimmel, so die Nationalliberalen, verdiene es, genauso wie die deutschen Industriegüter, über die ganze Welt verbreitet zu werden. Dass es sich dabei teilweise um eine ungeheure kulturelle Arroganz und um klaren Rassismus handelte, war Stresemann und den meisten Nationalliberalen entweder nicht bewusst oder aber gleichgültig. Mit einer solchen Auffassung standen sie allerdings in der deutschen Gesellschaft nicht allein da. Dort bestand eine weite Übereinstimmung über „Deutsche Weltpolitik“ und „Deutsche Kulturpolitik“ im Sinne einer einseitigen Penetration der bürgerlichen Werte in die Kolonien, im Dienste gesteigerter nationaler Machtpolitik und ökonomischer Interessen.

Die andere Seite der Medaille bestand in dem Wunsch nach sozialer Harmonie im Innern, ermöglicht durch erhöhten Wohlstand für alle.<sup>17</sup> Die geeinte Nation, die nationale Volksgemeinschaft wie (nicht nur) Stresemann zu sagen pflegte, spielte eine ganz entscheidende Rolle in diesen Vorstellungen. Darin zeigten sich die Rudimente des alten liberalen Ideals einer klassenlosen Bürgergesellschaft. Mit ihr waren also keinerlei Vorstellungen gemeint, die später die Nationalsozialisten mit diesem Begriff verbanden.

16 Zitiert nach: Kurt Koszyk: Gustav Stresemann. Der kaisertreue Demokrat. Eine Biographie, Köln 1989, S. 95.

17 Langewiesche: Liberalismus (wie Anm. 12), S. 220.

Die von den Nationalliberalen gewünschte Gemeinschaft sollte allerdings gemäß liberaler Grundauffassung nur sehr indirekt eine Gemeinschaft von Gleichen sein und nur sehr begrenzt auf einem demokratischen Fundament aufrufen. Diese Auffassung wurde zum Teil auch von den Linksliberalen geteilt. Wie die Mehrheit seiner Parteifreunde forderte Stresemann deshalb bis weit ins Jahr 1918 keine vollständige Parlamentarisierung und keine wirkliche Demokratisierung des Reiches. Ihm ging es vor allem darum, die Mittelschichten, also das deutsche Bürgertum, die wichtigste Wählerschicht der Nationalliberalen, politisch zu fördern und ihre Stellung politisch und sozial abzusichern.<sup>18</sup>

Stresemann war auch später in der Weimarer Republik nie ein wirklicher Befürworter eines demokratischen Wahlrechtes. Trotzdem arrangierten er und seine Deutsche Volkspartei (DVP) sich seit der Revolution von 1918/19 mit dem Faktum Weimarer Republik und Parlamentarismus sehr rasch und wurden sogenannte Vernunftrepublikaner. Auch diese Flexibilität zeichnete die Liberalen aus. Stresemann als Führer der DVP wusste, nachdem es kein Zurück mehr zum Kaiserreich gab, durchaus auf der Klaviatur der parlamentarischen Demokratie zu spielen. Er gilt bis heute als ein Meister in der parlamentarischen Arbeit.<sup>19</sup>

Seit Beginn des 20. Jahrhunderts war sich Stresemann, in dieser Hinsicht in seiner Partei in der Minderheit, bewusst, dass es jetzt und zukünftig galt, die gesamte, vor allem auch die sozialdemokratisch beeinflusste Arbeiterschaft in die Nation einzubinden, und ihr, wenn auch nicht ein demokratisches Wahlrecht, so doch andere Zugeständnisse anzubieten, um sie auf diese Weise zu integrieren. Geeignete Mittel konnten ein modifiziertes Pluralwahlssystem oder auch die faktische Anerkennung der Freien Gewerkschaften sein. Die soziale Einheit der Nation bildete jedenfalls für Stresemann, so Thomas Wagner, „die Voraussetzung für ihren weltpolitischen Erfolg“.<sup>20</sup>

Hier lag allerdings eine ständige Quelle der Unruhe innerhalb der Nationalliberalen Partei, denn die Ziele der verschiedenen Flügel gingen weit auseinander. Die Skepsis gegenüber zu vielen sozialen und politischen Wohltaten war bei vielen Nationalliberalen gerade des rechten Flügels erheblich, auch wenn Stresemann seinerseits nicht daran dachte, den Sozialdemokraten diese Zugeständnisse etwa zu schenken. Im Gegenteil: Er erwartete von ihnen dafür

18 Die Sozialpolitik Stresemanns ist bislang eher am Rande analysiert worden. Vgl. dazu Michael Prinz: Gustav Stresemann als Sozialpolitiker – Magier oder Zauberlehrling? In: Pohl (Hrsg.), Stresemann (wie Anm. 4), S. 114-142, und Karl Heinrich Pohl: Gustav Stresemann und die Sozialpolitik im Kaiserreich. Sozialer Liberalismus um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert. In: Detlef Lehnert (Hrsg.): Sozialliberalismus in Europa. Herkunft und Entwicklung im 19. und frühen 20. Jahrhundert, Köln 2012, S. 159-178.

19 Thomas Mergel: Parlamentarische Kultur im Reichstag der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag, Düsseldorf 2002.

20 Wagner, Krieg oder Frieden (wie Anm. 13), S. 93.



Wohlverhalten und grundsätzliche Anerkennung des bestehenden politischen und ökonomischen Systems. Aber allein schon dieses Zugehen auf die Sozialdemokraten machte Stresemann bei manchen Nationalliberalen jedoch höchst verdächtig.

Ein bisher eher wenig beachteter Grund für die Opposition Stresemanns gegen die Politik des Reichskanzlers Bethmann Hollweg könnte daher auch in diesem Kontext gesehen werden. Die Opposition wäre also nicht allein auf den aus Stresemanns Sicht mangelnden Willen des Kanzlers zurückzuführen, aggressive Kriegsziele konsequent zu verfolgen. Das war sicher auch ein wichtiger Grund. Die Tatsache jedoch, dass Bethmann Hollweg zu leicht geneigt schien, auf dem innenpolitischen Feld den Sozialdemokraten erhebliche Zugeständnisse zu machen, spielte für Stresemann offenbar eine nahezu gleich wichtige Rolle: „Was ich ihm vorwerfe, ist die bedingungslose Hingabe des gleichen Wahlrechtes [an die Sozialdemokratie]. Dieser Entschluss der preußischen Krone war von so geschichtlicher Tragweite, dass man dafür weitgehendste Konzession der Sozialdemokratie hätte eintauschen können und müssen.“<sup>21</sup> Genau dies aber hatte Bethmann Hollweg nicht getan und musste daher, so Stresemann, möglichst bald gehen.

Berücksichtigt man dieses Ensemble von nationalliberalen Ideen, das große Konglomerat von verschiedenen Wünschen und die faktischen Interessenlagen, dann ist nur zu verständlich, dass die Nationalliberale Partei den Burgfrieden, den der Kaiser im August 1914 verkündete, nahezu vorbehaltlos bejahte: „Dass der gesamte deutsche Liberalismus die pathetische Sehnsucht nach der Einheit der Nation teilte, die keine Parteien, nur noch Vaterlandsverteidiger kenne, kann nicht verwundern. Wer das Nationale stets als obersten Leitwert politischen Handelns verfochten hatte, konnte sich dem Einheitsverlangen, das ausbrach, als der Krieg begann, nicht entziehen.“<sup>22</sup> Das galt auch und gerade für Gustav Stresemann.

Mit Kleinigkeiten, wie etwa der Kriegsschuldfrage mochten er und die Partei sich nicht weiter beschäftigen. Stresemann wusste zudem eine klare Antwort darauf: „Der innere Grund lag sicherlich in Englands Bestreben, eine starke Mächtekoalition gegen uns auf die Beine zu bringen, um uns niederzuzwingen. Dem sind wir zuvorgekommen, da wir nach der Mordtat von Sarajevo keinen Zweifel an unserer Geneigtheit zum sofortigen Losschlagen ließen. Man wird dagegen Einspruch nicht erheben können, wenn man sich vor Augen

21 Stresemann an Thimme, 19.1.1918, Bundesarchiv (im Folgenden: BA) Koblenz, NL Thimme 23.

22 Langewiesche, *Liberalismus* (wie Anm. 12), S. 228.

hält, dass jedes weitere Jahr uns die Möglichkeit eines Sieges verringert oder vielleicht in zwei Jahren unmöglich gemacht hätte“.<sup>23</sup>

Für Stresemann war im August 1914 der entscheidende Moment gekommen, den gordischen Knoten zu durchtrennen, der Deutschlands Entwicklung zu mehr Größe gehemmt hatte. „Jetzt ist der große Moment der Weltgeschichte gekommen, wir werden zum Weltmeer vorrücken, wir werden uns in Calais ein deutsches Gibraltar schaffen können, mögen die Freisinnigen tun, was sie wollen, für uns kann die Stunde nur eins gebieten, das ist das Eintreten für diese Forderungen und ihre Propagierung in der öffentlichen Meinung“.<sup>24</sup>

Hinter allen diesen Forderungen stand aber, dies wohl nicht allein bei Stresemann, sondern auch bis weit in die Sozialdemokratie hinein, „das subjektiv ehrliche Gefühl, einen Verteidigungskrieg um die Existenz des Deutschen Reiches zu führen“.<sup>25</sup> Vor allem als Vorbeugung gegen erneute Angriffe, sahen Stresemann und die Nationalliberalen Deutschland daher legitimiert, die eigenen Sicherheitsinteressen so extensiv auszulegen.

Die gewünschte nationale Einheitsfront hielt jedoch nicht über die gesamte Kriegsdauer. Das gilt für die Einheit der Nation genauso wie für die Einigkeit bei den Nationalliberalen. Es entspannen sich sehr bald Konflikte, die sich vor allem um zwei Fragen drehten: Zum einen um die deutschen Kriegsziele und zum anderen um die inneren Reformen, also vor allem um die Abschaffung des preußischen Dreiklassenwahlrechtes. In beiden Bereichen war Stresemann innerhalb der Nationalliberalen Partei entscheidend engagiert. Er versuchte in beiden Fällen, sowohl in der Partei die Gegensätze aufzufangen und zwischen den Parteiflügeln zu moderieren, als auch eine gemeinsame Position der Partei nach außen zu vertreten.

Diese Moderation war insofern nicht ganz einfach, als Stresemann in der Frage der Kriegsziele innerhalb der Partei zu den Falken gehörte, bei der Frage der Reformen jedoch eher den Tauben zuzurechnen war. Taktisch war es allerdings nützlich, dass er keinem Parteiflügel ganz zuzurechnen war. Er blieb daher lange Zeit für alle Seiten ein Ansprechpartner und im Zentrum der wichtigsten innerparteilichen Debatten. Diese Bedeutung wurde noch durch seine geschmeidige Art gefördert, in der er versuchte, auf die Flügel innerhalb der Partei einzugehen. Zugleich aber stand er tagtäglich vor dem Dilemma, beide Positionen miteinander in Übereinstimmung bringen zu sollen, ohne es mit beiden Flügeln zu verderben.

- 23 Stresemann an Senator Biermann, 9.6.1915, PA AA Berlin, NL Stresemann 147. Stresemann erkannte damit ganz klar, dass, wenn Deutschland den Krieg gewinnen wollte, ein sofortiges Losschlagen notwendig war, da die Entente im Lauf der nächsten Jahre militärisch immer stärker geworden wäre. Auch dies dürfte ein wichtiger Grund dafür gewesen sein, den Krieg nicht nur hinzunehmen, sondern ihn bewusst zu wollen.
- 24 Stresemann an Bassermann, 30.12.1914, PA AA Berlin, NL Stresemann 135.
- 25 Manfred Berg: Gustav Stresemann und die Vereinigten Staaten von Amerika. Weltwirtschaftliche Verflechtung und Revisionspolitik, Baden-Baden 1990, S. 39.

Stresemann war zweifellos einer der schärfsten „Einpeitscher“ in der Kriegszieldebatte, einer der wildesten Annexionisten. Hierbei schloss er sich ohne Skrupel und mit voller innerer Überzeugung den Forderungen der preußischen Nationalliberalen, des Cdi – eigentlich nicht sein geborener Bundesgenosse – und den Alldeutschen an, bei denen er schon seit Beginn des Jahrhunderts Mitglied in Dresden war. Zugleich gelang es ihm, und das war durchaus eine taktische Meisterleistung, den Bdi auf diesen Kurs einzuschwören. Es ging Stresemann, nicht zuletzt wegen der wirtschaftlichen Interessen, die er als Syndikus des VSI und Präsidiumsmitglied des Bdi vertrat, vor allem um ein größeres Deutschland, das nicht nur auf dem Kontinent dominieren sollte, sondern als Weltmacht so stark sein würde, dass es sich gleichberechtigt gegenüber dem Hauptfeind Großbritannien behaupten könne. „Der dauernde Friede kann nur ein Frieden sein, der uns stark macht, dass die ganze weltpolitische Konstellation, die jetzt gegen uns anstürmt, in Zukunft den Waffengang gegen uns nicht noch einmal wagt. In diesem Sinne erstrebt das deutsche Volk eine Sicherung der deutschen Grenzen und ihre Ausdehnung.“<sup>26</sup>

Als Eckpunkte dieser Forderung nach „Sicherung der deutschen Grenzen“ seien nur genannt: neues Siedlungsland im Osten und Westen, ein von Deutschland beherrschtes Belgien und Calais als ein deutsches Gibraltar gegen England gerichtet. Das alles sollte selbstverständlich abgerundet werden durch eine Kriegsentschädigung, die die Gegner würden zahlen müssen. Im Jahre 1915 hantierte Stresemann dabei mit einer Größenordnung von etwa 50 Milliarden Reichsmark.<sup>27</sup> Diese Ziele waren allerdings nur, das war den Liberalen und Stresemann völlig klar, mit einem Siegfrieden zu verwirklichen. Mit diesem Wunsch nach weitgehenden Annexionen gehörte Stresemann zum rechten Flügel seiner Partei. Er befand sich damit in der Gesellschaft der politischen Rechten und derjenigen, die innere Reformen ablehnten.

Bis weit in das Jahr 1917 hinein teilten die meisten Deutschen, mit Ausnahme allerdings weiter Teile der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, diese Überzeugung. Auffällig ist jedoch, dass die Mehrheit der Nationalliberalen, und mit ihnen Gustav Stresemann, auch nach 1917, als die Aussichten auf ein rasches Ende des Krieges deutlich geschwunden waren, weiterhin an diesen exorbitanten Zielen hingen und nach wie vor von einem Siegfrieden ausgingen.

26 Stresemann: Deutschlands Siegeswille. In: Leipziger Illustrierte Zeitung 146 (1916), Nr. 3808, S. 878.

27 Vgl. sein Schreiben an Ludwig Stollwerck, 28.6.1915: „[...] sehr instruktiven Aufsatz der New York Times mit dem Verlangen, einer von uns zu leistenden Kriegsentschädigung von 150 Milliarden Mark. Bei uns erschrecken die Menschen schon, wenn man nur von dem dritten Teil der Summe als von derjenigen spricht, was unsere Feinde uns zu leisten haben müssen, wenn wir in der Lage sind, Ihnen die Friedensbedingungen aufzuerlegen.“ (Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv, Köln, im Folgenden RWWA, H, 208, Nr. 63, Fasz. 5).

Beides, die ausufernden Kriegsziele und die Vorstellung eines Siegfriedens, waren jedoch, das sollte sich bald zeigen, höchst unrealistisch.

In der Frage der inneren Politik stand Stresemann dagegen mit seinem Einsatz für Reformen gegen seine innerparteilichen Verbündeten in der Kriegszielfrage. Da die Sozialdemokraten durch die Bewilligung der Kriegskredite bewiesen hätten, dass sie voll zu Kaiser und Reich stünden, seien ihnen, so argumentierte Stresemann, nicht länger Patriotismus und Vaterlandsliebe abzusprechen. Um dies zu belohnen und zu fördern, müssten ihnen nun auch mehr politische Rechte zugebilligt werden. Es könnten dabei in Preußen, so Stresemann, Regelungen getroffen werden, wie sie die Nationalliberalen und das sächsische Unternehmertum in Sachsen bereits vor dem Kriege vorgemacht hatten. Dort waren die Freien Gewerkschaften, trotz aller ideologischen Gegensätze, als Partner akzeptiert und ein Pluralrecht eingeführt worden, das den Sozialdemokraten ein gewisses Mitspracherecht einräumte. Eine Verfassungsreform vor allem in Preußen, teilweise aber auch im Reich, wo der Legislative mehr Rechte zuzugestehen seien, wäre damit allerdings zwingend verbunden gewesen. Allein schon diese das bestehende System keineswegs sprengenden Forderungen machten Stresemann bereits zum nationalliberalen „Linken“.

Der Reformwille dieses linken Flügels wurde aus verschiedenen Quellen gespeist. Zum einen war es der (nahezu) aufrichtige Wille, die Sozialdemokratie für ihr Verhalten im Kriege gewissermaßen zu belohnen, um sie dadurch bei der Stange zu halten. Die „vernünftigen“ Sozialdemokraten sollten gestärkt, noch näher an den deutschen Staat herangeführt, die Fehler des „Sozialistengesetzes“ sollten nicht noch einmal wiederholt werden. Und: Ohne integrierte sozialdemokratische Arbeiterschaft konnte das Modell einer deutschen Volksgemeinschaft nicht verwirklicht werden.

Zum anderen waren es die sächsischen Erfahrungen, die Stresemann hier einbrachte. Im „roten“ Sachsen war es ihm gelungen, mit Freien Gewerkschaften und Sozialdemokratischer Partei auf vielen Ebenen zu kooperieren, ohne dass dabei die prinzipiellen Unterschiede zwischen Liberalen und Sozialdemokraten verwischt oder das alte System gesprengt worden wäre. Daher wollte Stresemann auch jetzt wieder Zugeständnisse machen, aber zugleich auch, aus nationalliberaler Sicht, Schlimmeres verhindern, nämlich die Einführung eines demokratischen Wahlrechtes, das die Sozialdemokraten zweifellos zum Erfolg geführt hätte.

Hinzu kam die sich verändernde Kriegslage. Hatte Stresemann lange Zeit die Reformen auf die Nachkriegszeit verschieben wollen, machte die innenpolitische Lage ab 1917 ein Handeln noch im Kriege notwendig. Die Sozialdemokraten mussten, so erkannte er, schleunigst beruhigt werden, damit sie auch weiterhin den Kriegskrediten zustimmen würden und gegenüber ihren Anhängern und der Unabhängigen Sozialdemokratie (USPD) Erfolge vorwei-

sen konnten. Insofern schien es ihm wichtig, sich selber an die Spitze der Reformer zu stellen, um diese besser lenken zu können:

„Wenn die Frage des Wahlrechts auf die Zeit nach dem Kriege verschoben wird, [so Stresemann im Nachhinein] dann wird das Wahlrecht weit radikaler, als wie es sich jetzt gestalten lässt. Ich hoffte damals noch darauf, ein vernünftiges Pluralwahlrecht nach sächsischem Muster durchzusetzen [...]. Dann wären wir um das gleiche Wahlrecht herumgekommen, dessen demagogische Ausnutzung man bei allem, was dafür spricht, nicht außer Acht lassen kann.“<sup>28</sup>

Geradezu resignierend stellte Stresemann dann im Januar 1918 fest:

„Ich war ein Gegner des gleichen Wahlrechtes und halte es auch heute noch nicht für das ideale Wahlrecht, als das es seine fanatischen Befürworter hinstellen wollen. Aber wir befinden uns jetzt nicht mehr im luftleeren Raum, in dem wir irgendwelchen Theorien über die Schaffung eines unbedingt gerechten Wahlrechtes nachgehen könnten. Zur Zeit ist das gleiche Wahlrecht für Preußen eine Staatsnotwendigkeit und notwendig zur Erhaltung und Stärkung der Monarchie.“<sup>29</sup>

Mit der Mischung aus weit reichenden Kriegszielen und innenpolitischen Reformen stand Stresemann zwar nicht für die Gesamtpartei, er befand sich aber in Gesellschaft von politischen Experten wie Friedrich Naumann, dessen Anhänger Stresemann Anfang des Jahrhunderts gewesen war und dessen Mitteleuropa-Pläne ebenfalls weit über die Grenzen des bestehenden Systems hinausgriffen, oder auch Max Weber, der ebenfalls ein „größeres Deutschland“ forderte.<sup>30</sup> Um den inneren Frieden zu sichern, trat Stresemann intensiv dafür ein, die Parteien noch stärker an der Exekutive zu beteiligen, nicht etwa um das System zu stürzen, sondern im Gegenteil, um es zu stärken und zu stützen.

Aus drei wichtigen Gründen wünschte sich Stresemann eine Stärkung der Volksgemeinschaft, die auf eine Reichsregierung auf der Basis einer Parteienkoalition setzte: Zum einen würden dadurch zukünftige Friedensverhandlungen leichter möglich gemacht. Zum anderen könne man, wenn der Frieden nicht alle Wünsche erfüllen würde, die Parteien mit in die Verantwortung ziehen und drittens schließlich, ein Dauerargument Stresemanns, „scheint es notwendig, die Sozialdemokratie für die Zeit nach dem Frieden zur Mitarbeit heranzuziehen, damit sie die großen Steuervorlagen mitmacht und sich in der Sozialpolitik einer rein negativen Kritik enthält. Meiner Meinung nach drohen

28 Stresemann an Waldemar Feder, 26.7.1918, PA AA Berlin, NL Stresemann 196. Vgl. dazu auch das Schreiben Stresemanns an Kommerzienrat Bauer, 30. September 1918, PA AA Berlin, NL Stresemann 194: „Stoßen wir jetzt die Sozialdemokratie zurück, dann übernehmen wir auch die Verantwortung für eine etwaige Revolution, und die ist nicht zu tragen“.

29 Stresemann an Thimme, 19.1.1918, BA Koblenz, NL Thimme 23.

30 Vgl. dazu jetzt auch Joachim Radkau: Theodor Heuss, München 2013, S. 102ff.

sonst dem Reich und der Krone Gefahren, die noch gar nicht zu übersehen sind.“<sup>31</sup>

Bei diesen Analysen stellte sich Stresemann zweifellos als politischer Realist dar, der bereit war, das innenpolitisch unbedingt Notwendige hinzunehmen, wenn nicht gar aktiv zu fördern. Zweifellos war ihm das Modell einer Volksgemeinschaft, in die auch die Arbeiterschaft integriert war, ein inneres Anliegen, auch wenn er keineswegs zu viele Reformen zulassen wollte. Die Chancen zur Verwirklichung eines solchen Modells waren zudem nicht ganz unrealistisch. Anders ist jedoch seine höchst unflexible Position im Bereich der Außenpolitik zu beurteilen, die an den Realitäten des Krieges vollständig vorbeiging: Es stellt sich mithin die Frage, wieso ein so kluger Wirtschaftspolitiker wie Stresemann, ein führender Politiker mit den besten politischen Beziehungen, ein Kenner Amerikas, die Zeichen der Zeit nicht erkannte und es an Realismus in der Beurteilung der Chancen Deutschlands so völlig fehlen ließ.

Der Versuch einer Begründung fällt nicht leicht. Zum einen waren diese ausufernden außenpolitischen Ziele für einen Liberalen nicht ungewöhnlich. Die Vorstellung, dass Deutschland für den „Opfergang“ des Krieges entschädigt werden müsse, reichte bis weit in die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften hinein. Sie war deutsches Allgemeingut – und machte Viele blind für die Realitäten. Zum anderen glaubte Stresemann, wohl nur auf diese Weise den Hauptfeind England endgültig in die Schranken weisen zu können. Auch dieser Wunsch legte sich offensichtlich über eine rationale Analyse, machte Stresemann blind für die Realitäten des Kriegsverlaufes. Im Übrigen kommt hinzu: Eine eher revisionistische Geschichtsschreibung über den Ersten Weltkrieg beurteilt gegenwärtig diese deutschen Ziele durchaus nicht mehr als besonders exorbitant, sondern relativiert ihr Ausmaß im Vergleich zu den allgemeinen Zielen aller beteiligten Großmächte.<sup>32</sup>

Nicht zuletzt aber ließ sich Stresemann von seinem Optimismus täuschen. Er glaubte tatsächlich bis zum September 1918 an einen deutschen Sieg. Er vertraute den Militärs, als deren Freund er sich verstand. In seinem Tagebuch bezeichnete er ein längeres Gespräch mit Ludendorff und Hindenburg als einen der bewegendsten Momente in seinem Leben und die beiden Heerführer als hervorragende Persönlichkeiten, auf deren Urteil er sich verlasse.<sup>33</sup> Er war Optimist und versierter Ökonom und investierte lange Jahre erhebliche Gelder

31 Stresemann an Oberbürgermeister Blüher, Dresden, 3. Mai 1917, PA AA Berlin, NL Stresemann 192. Hier spricht Stresemann, diesmal ganz Realist, von einer Million Toten und 100 Milliarden Schulden, die der Krieg dem Reich hinterlassen werde.

32 Vgl. jetzt in diesem Sinne Christopher Clark: Die Schlafwandler. Wie Europa in den Krieg zog, 3. Aufl., München 2013.

33 PA AA Berlin, Privatnachlass Stresemann, Tagebuch.

in Kriegsanleihen.<sup>34</sup> Wer und was ihm dabei im Wege standen (Kanzler Bethmann Hollweg oder aber die Gegner des uneingeschränkten U-Bootkrieges), zählten zu den „Flaumachern“ und Schwächlingen und mussten bekämpft werden.<sup>35</sup> Emotionen überwogen hier eindeutig die kühle Analyse.<sup>36</sup> Gerade in der Frage des U-Bootkrieges schlug er die berechtigten Einwände seiner Freunde Albert Ballin und Ludwig Stollwerck, beides ausgewiesene Amerikakenner, vollständig in den Wind.<sup>37</sup>

Stresemann und die Nationalliberalen setzten sich daher, im Gegensatz zu den meisten Fortschrittlichen, dem Zentrum und den Sozialdemokraten, bis weit ins Jahr 1918 hinein nicht für einen Frieden ohne Annexionen ein. Basermann und Stresemann waren sich bereits zu Beginn des Jahres 1915 sicher, mit „Bethmann und Wahnschaffe ... niemals ein Weltreich“ schaffen zu können.<sup>38</sup> Dass ein Mann wie Stresemann, der allen Ernstes „den Einsatz einer Giftbombe und den Tod einer halben Million Londoner Einwohner in Kauf nehmen [würde]... , wenn dadurch der Frieden erreicht und das Leben einer halben Million Deutscher bewahrt würde“,<sup>39</sup> wie er am 1. Februar 1917 im Hauptausschuss des Deutschen Reichstages ausführte, knapp zehn Jahre später den Friedensnobelpreis erhalten würde, war zu diesem Zeitpunkt zweifellos nur schwer vorhersehbar.

Nicht zuletzt entsprach Stresemann mit dieser extremen Position der Mehrheit seiner Partei. Zwei Drittel der nationalliberalen Abgeordneten und die überwältigende Mehrheit des Parteivorstandes billigten das Konzept von Basermann und Stresemann, nur durch einen Siegfrieden einen dauernden Frieden schaffen zu können. Sie alle glaubten, dass der „Weltkrieg zugleich der gigantischste Wirtschaftskrieg aller Zeiten“ sei, der unter allen Umständen siegreich zu Ende geführt werden müsse, weil sonst Deutschland der Untergang drohe.<sup>40</sup> Damit unterschieden sie sich deutlich von der linksliberalen Fortschrittspartei, die seit Beginn des Krieges die ausufernden Kriegszielfor-

34 Vgl. dazu PA AA Berlin, NL Stresemann 194.

35 Vgl. dazu den Brief Stresemanns an Justizrat Dinkgraeve, 17.3.1915, PA AA Berlin, NL Stresemann 147: „Das Volk will durchhalten, die Männer mit den empfindlichen Nerven sitzen aber an hohen und höchsten Stellen und glauben noch heute, nachdem unsere seit 25 Jahren geübte Politik der Liebenswürdigkeiten vollkommen bankrott gemacht hat, noch einmal mit einer solchen Politik etwas zu erreichen, obwohl doch jeder aus diesem Krieg etwas lernen sollte“.

36 Dies wird auch im Briefwechsel mit Ludwig Stollwerck deutlich, in dem dieser (und auch Ballin) Stresemann immer wieder darauf hinwies, welche negativen Folgen der wahrscheinliche Kriegseintritt der USA für Deutschland haben würde (RWWA, 208, 174, Fasz. 8), Stresemann an Stollwerck, 18.1.1917, mit Anlagen.

37 Ebenda.

38 Stresemann an Fabrikbesitzer Uebel, 16.1.1915, PA AA Berlin, NL Stresemann 145.

39 Zitiert nach Wright, Stresemann (wie Anm. 4), S. 87.

40 Ausführungen Stresemanns vor dem Alldeutschen Verband in Dresden, 3.6.1915, Stadtarchiv Dresden, PA, Alldeutscher Verband 48, Presseberichterstattung vom 5.6.



derungen der Nationalliberalen mit erheblicher Skepsis begleitet hatte. Trotzdem aber: Ganz ausloten wird man aus heutiger Perspektive die Blindheit bei der Mehrheit der Nationalliberalen und auch bei Stresemann wohl kaum.

## Wirtschaft, (National-)Liberalen und Erster Weltkrieg

Der im August 1914 beginnende Krieg zerstörte sofort das bisherige internationale Handelssystem, das bis dahin zu dem Anstieg des Wohlstandes in (fast) allen am Krieg beteiligten Ländern beigetragen hatte.<sup>41</sup> Der von den Alliierten verhängte Wirtschaftskrieg traf das Deutsche Reich dabei mit besonderer Härte. Wegen der Handelsblockade durch Großbritannien blieb Deutschland während des gesamten Krieges von den internationalen Handelsströmen nahezu vollständig abgeschlossen. Das bedeutete aus der Sicht vieler Unternehmer hohe Einbußen. In Friedenszeiten hätten viele von ihnen durchaus mehr profitieren können als im Krieg. Entgegen landläufiger Meinung war also für viele Wirtschaftszweige der Krieg durchaus kein besonders gutes Geschäft.

Die ökonomischen Folgen des Krieges waren (nicht nur) in Deutschland gravierend: Das Bruttosozialprodukt ging binnen kurzem um fast zwei Drittel, das individuelle Realeinkommen im Durchschnitt um mehr als ein Drittel zurück. Die Konsequenz war eine gewaltige Absenkung des allgemeinen Lebensstandards. Als besonders gravierend erwies sich dabei, und das war für die Stimmung unter der Bevölkerung von höchster Bedeutung, dass der notwendige Kalorienbedarf bei den meisten Menschen, insbesondere bei der Unter- und Mittelschicht, seit Kriegsbeginn kaum noch gedeckt werden konnte.

Die meisten, aber durchaus nicht alle gesellschaftlichen Gruppen in Deutschland gehörten, ökonomisch gesehen, zu den Verlierern des Krieges. Die verschiedenen Klassen und Schichten litten jedoch in deutlich unterschiedlichem Maße. Das führte einerseits zur Vertiefung von bereits vorhandenen Differenzierungen, andererseits aber auch zur Bildung von neuen Spannungslinien: „Stadt gegen Land, ‚Kopfarbeiter‘ gegen die ‚Arbeiter der Faust‘, Soldaten gegen Zivilisten, sogar Frauen gegen Männer“.<sup>42</sup> Die Konfliktlinien bezogen sich nicht nur auf die Gesellschaft als Ganzes, sondern auch auf die verschiedenen Gruppen innerhalb der Gesellschaft. Dies gilt, um nur zwei Beispiele zu nennen, sowohl für die Arbeiterschaft als auch für das bürgerliche Lager, das Hauptklientel der Nationalliberalen Partei. Die ökonomische Schere etwa zwischen Teilen des Wirtschafts- und des Bildungsbürgertums driftete gravierend auseinander.

41 Volker R. Berghahn: Sarajewo, 28. Juni 1914. Der Untergang des alten Europa, 2. Aufl. München 1999, S. 112; danach auch die folgenden Gedanken.

42 Michael Salewski: Der Erste Weltkrieg, Paderborn u.a. 2003, S. 169.



Gerade die Mittelschichten waren mit am stärksten vom sinkenden Lebensstandard betroffen.<sup>43</sup> Es gab dort allerdings erhebliche Unterschiede. Einige der Wirtschaftsbürger, die in der Kriegsindustrie tätig waren, verzeichneten z.B. einen rasanten ökonomischen Aufschwung und maximale Gewinne, andere, die – wie Stresemann – ein Beziehungsnetz besaßen, konnten durch geschickte Investitionen ebenfalls reich werden. Diesen Erwerbsklassen ermöglichte der Krieg nicht nur ein völlig sorgenfreies, sondern teils sogar ein Luxusleben. Die Scheidelinie zwischen arm und reich war mitunter, trotz der von dem Bürgertum und den Nationalliberalen propagierten Ideologie einer deutschen Volksgemeinschaft, sehr deutlich sichtbar.

Die Konsumgüterindustrie und die mit ihr verbundenen Wirtschaftsbürger hingegen erlebten vielfach einen rapiden Abschwung. Viele von ihnen kämpften schon sehr bald um ihre nackte Existenz.<sup>44</sup> „Weite Bereiche der der Konsumgütererzeugung, insbesondere die Textilproduktion und der Wohnungsbau, brachen förmlich ein“.<sup>45</sup> Gleiches gilt für die Handwerker und fast den gesamten „alten Mittelstand“. Die bei den hier Beschäftigten eintretenden Folgen lassen sich durchaus unter dem Begriff „Proletarisierung des Mittelstandes“ zusammenfassen.<sup>46</sup>

Im Bildungsbürgertum wiederum „hinterließ der Krieg verheerende Spuren“.<sup>47</sup> Die höheren Beamten, ein wichtiger Träger nationalliberaler Politik, mussten hinnehmen, dass ihr Realeinkommen im Laufe des Krieges praktisch halbiert wurde. Sie gehörten mithin zu den ökonomischen Hauptverlierern des Krieges. Nicht so umfangreich waren die Verluste bei den mittleren und unteren Beamten. Aber auch hier sanken die Einkünfte um mehr als ein Drittel. Deutlich wird damit, warum gerade diese Schichten bis zum bitteren Ende auf einem Siegfrieden beharrten. Nur er konnte sie, so ihre zutreffende Vermutung, für alle ihre Verluste entschädigen.<sup>48</sup> Gerade weil diese bürgerlichen Schichten schwer um ihre Existenz kämpften, waren sie nicht bereit, einen politischen Reformkurs zu stützen, der neben der bereits eintretenden ökonomischen möglicherweise auch noch zu einer politischen Nivellierung führen mochte. Die Furcht vor einem möglichen Statusverlust siegte hier über politischen Realismus und politische Vernunft.

43 Vgl. dazu Niall Ferguson: *Der falsche Krieg. Der Erste Weltkrieg und das 20. Jahrhundert*, München 2001, S. 268; dort auch eine Diskussion über den (damaligen) Stand der Forschung in dieser Frage.

44 Folgendes nach Hans-Ulrich Wehler: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 4: *Vom Beginn des Ersten Weltkrieges bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914-1949*, München 2003, S. 74ff.

45 Ebenda, S. 74.

46 So Jürgen Kocka: *Klassengesellschaft im Krieg*, 2. Aufl., Göttingen 1978, S. 65, in seinem immer noch sehr lesenswerten Buch.

47 Wehler: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte* (wie Anm. 42), S. 76.

48 Ferguson: *Der falsche Krieg* (wie Anm. 41), S. 270.

Betrachten wir die Gewinner im Kriege, von denen es nicht wenige gab. Wie agierte z. B. ein kluger liberaler Wirtschaftsbürger in dieser Zeit? Wie schaffte er es, trotz nationaler Gesinnung und Opferbereitschaft, trotz des Eintretens für das Reich und eine deutsche Volksgemeinschaft, zu den Gewinnern zu gehören? Wie konnte er nicht nur erkennen, wo sich profitieren ließ, sondern wie konnte er auch mit Erfolg investieren, ohne an öffentlichem Ansehen und bürgerlicher Reputation zu verlieren?

Hierfür ist Stresemann ein gutes Beispiel. Ein Wirtschaftsbürger wie er, der große ökonomische Sachkompetenz besaß, die besten wirtschaftlichen Kenner seine Freunde nannte, vielfach ökonomisch und politisch vernetzt war, konnte zwangsläufig seine entsprechenden Kompetenzen nutzen, um erfolgreich zu agieren.<sup>49</sup> Dieser Aspekt ist insofern interessant, als das Thema „Geld und Vermögen“ in der Literatur über Gustav Stresemann bislang, ganz im Gegensatz zu den ideellen und politischen Wandlungen im Ersten Weltkrieg, eher im Dunkeln geblieben, kaum diskutiert worden ist.<sup>50</sup> Man darf aber wohl von dem Anfangsverdacht ausgehen, dass ein Mann wie Stresemann weniger ein Opfer, sondern wohl eher ein Gewinner im Wirtschaftsprozess zwischen 1914-1918 gewesen sein könnte.

An seinem Beispiel soll analysiert werden, wie ein liberaler Wirtschaftsbürger im und vom Kriege profitieren konnte. Kam der liberale Wirtschaftsbürger Stresemann in genau dieser Zeit zu einem beträchtlichen Vermögen? Zu diesem Thema sollen eine Reihe bislang noch kaum bekannter und diskutierter Fakten vorgestellt werden, die diesen Aufstieg sehr konkret belegen können.

Als der junge Doktor S. am 25. März 1901 in Dresden seinen Dienst als Syndikus beim Verband Deutscher Schokoladenfabrikanten antrat, besaß er weder Vermögen, ein großes Gehalt noch ein anständiges Büro. Er besaß nur sein patentiertes kulturelles Kapital, vor allem also den Dokortitel, und ein bereits beachtliches soziales Kapital. Dieses beruhte auf dem Beziehungsnetz, das er als Verbindungsstudent aufgebaut und das ihm auch zu seinem ersten Job verholfen hatte.<sup>51</sup> Dieses Beziehungsnetz, nach Bourdieu sein soziales Kapital, erweiterte er geradezu täglich. Er nutzte es zeit seines Lebens sehr

49 In einem Schreiben an das Finanzamt Berlin-Mitte vom 24.6.1926 wies Stresemann allerdings darauf hin, dass sein Kapitalvermögen in den Jahren 1923/24 zurückgegangen sei. Er behielt sich eine weitere Aufklärung vor. PA AA Berlin, NL Stresemann 39.

50 Hans W. Gatzke hat sich allerdings schon 1953 eines Teilproblems, der Tätigkeit Stresemanns bei der Evaporator AG, (kritisch) angenommen. Vgl. Hans W. Gatzke: Stresemann und Litwin. In: VfZG 5 (1957), S. 76-90. Bezeichnend ist, dass dieser hervorragende Aufsatz von dem damaligen Herausgeber der VfZG, Hans Rothfels, mit einem relativierenden "Vorwort" versehen wurde, in dem er besonders den "Sinn für die Proportionen", gemeint ist damit der leicht relativierende Schlussabsatz von Gatzke, würdigte.

51 Vgl. dazu Holger Starke: Dresden in der Vorkriegszeit. Tätigkeitsfelder für den jungen Gustav Stresemann: In: Pohl (Hrsg.): Stresemann (wie Anm. 4), S. 86-113, hier S. 88.

zielstrebig, pflegte es mit einem ungeheuren Zeit- und Energieaufwand, um es, wenn notwendig, immer wieder auch in ökonomisches Kapital umzuwandeln, ganz im Sinne Bourdieus. Ein solches Verhalten entspricht durchaus den Erwartungen an einen tüchtigen und umtriebigen liberalen Wirtschaftsbürger in einem kapitalistischen Wirtschaftssystem. In diesem Verhalten unterschied sich Stresemann nicht von einer gleich gearteten Kohorte ähnlich sozialisierter Liberaler.

1000 Mark Honorar, die er zu Beginn seiner Tätigkeit erhielt, scheinen in etwa der Regelsatz für einen Anfänger gewesen zu sein. Das war weniger, als ein Volksschullehrer in Sachsen verdiente, und auch weniger, als ein sehr gut verdienender Facharbeiter in Dresden erhalten konnte. Für diesen war das Einkommen allerdings nie regelmäßig, krisensicher und vor allem nach „oben“ kaum verbesserbar. Das war bei Stresemann anders. Schon wenige Monate nach seinem Berufseintritt leitete er bereits erste, erfolgreiche Schritte zum finanziellen Aufstieg ein: Er wurde in einem zweiten Beruf Geschäftsführer der Dresdner Unterorganisation des BdI, eine Position, die ebenfalls mit 1000 Mark jährlich dotiert war.<sup>52</sup>

Neben diesem doppelten Gehalt erhielt Stresemann von Anfang an zum Teil erhebliche Zuwendungen für seine Reden, seine Publizistik sowie weitere beratende Tätigkeiten.<sup>53</sup> Seit 1906 bezog er zudem ein Jahresgehalt von 3.000 Mark für die Herausgabe des von ihm gegründeten VSI Verbandsorganes „Sächsische Industrie“.<sup>54</sup> Im gleichen Jahr forderte er erfolgreich eine zusätzliche Vergütung für den von ihm initiierten Aufbau der sächsischen Streikentschädigungsgesellschaft.<sup>55</sup> Ein Jahr später wurde er in den Reichstag gewählt und erhielt zudem die entsprechenden Diäten als Reichstagsabgeordneter. Die Aufwandsentschädigungen für seine Tätigkeiten als Stadtverordneter seit 1906 fielen dagegen kaum ins Gewicht.

Über die weiteren regelmäßigen Einkünfte ist wenig bekannt. Nur so viel: Als Beirat im von ihm maßgeblich mitbestimmten Hansa-Bund erhielt Stresemann seit 1910 eine jährliche Entschädigung von 10.000 Mark.<sup>56</sup> Auch der BdI, dessen Interessen Stresemann maßgeblich mitvertrat, zeigte sich seiner finanziellen Verantwortung voll bewusst. Er war bereit, alles zu tun, „dass Herr Dr. Stresemann sich auf seinem neuen Posten auch wirklich wohl fühlt und mit

52 Vgl. dazu im Einzelnen Wolfgang Stresemann, *Mein Vater Gustav Stresemann*, 2. Aufl. 1985, Frankfurt u.a. 1985, S. 45. Wie weit die weiteren detaillierten Darstellungen dort zutreffen oder im Nachhinein idealisiert wurden, um den Aufstieg von Gustav Stresemann besonders zu betonen, muss offen bleiben.

53 Hier ist eine Reihe von Tätigkeiten zu erwähnen, die nach heutigen Vorstellungen durchaus den Geruch der Vorteilsnahme haben. Vgl. dazu auch Starke: Stresemann (wie Anm. 51), S. 83 und S. 103.

54 Albert Uhlig an Stresemann, PA AA Berlin, NL Stresemann 115.

55 Stresemann an Franke-Augustin, 19.9.1906, PA AA Berlin, NL Stresemann 115.

56 Schreiben Stresemanns an Uebel, 16.9.1914, PA AA Berlin, NL Stresemann 119.

Freudigkeit arbeiten kann“. Dort wusste man, dass es wichtig sei, dass „der Bund die für Herrn Dr. Stresemann notwendigen Summen aufbringt“. <sup>57</sup> Gleiches gilt für den VSI, der ihm nach seinem Ausscheiden bei Ende des Krieges eine Ehrenpension in Höhe von drei Fünfteln seines letzten Einkommens gewährte. <sup>58</sup> Das war eine Zugabe, die Stresemann sicherlich gut brauchen konnte. Da diese Ehrenpension jährlich ausgezahlt und der Inflation angepasst wurde, hat Stresemann davon auch zu Beginn der 20er Jahre erheblich profitiert.

Von großer finanzieller Bedeutung war zudem Stresemanns Engagement als geschäftsführendes Präsidialmitglied des im März 1914 neu gegründeten Deutsch-Amerikanischen Wirtschaftsverbandes, eine Position, die er auf Anraten seines Freundes Kommerzienrat Uebel <sup>59</sup> annahm und für die er sein Einkommen beim Hansa-Bund aufgab. Neben einem jährlichen Honorar von 15.000 Mark und der Erstattung seines Verdienstaufalles beim Hansa-Bund für 1914 erhielt er mit der Übernahme dieses Postens einen funktionierenden Büroapparat und ein eigenes Privatsekretariat. <sup>60</sup> Aus dieser Position ergaben sich zwangsläufig neue Chancen, etwa als Mitglied des Aufsichtsrates der HAPAG ein neues berufliches Feld zu finden.

Weitergehende Pläne zerschlugen sich, weil Stresemann im Kriege andere berufliche und politische Prioritäten setzte. <sup>61</sup> Immerhin, diese Stellung, die er bis zu seinem Engagement als Minister beibehielt, sicherte ihm nicht nur politisches und soziales Kapital und bereitete ihn gewissermaßen auf seine Tätigkeit als späterer Außenminister vor, sondern half ihm auch die schwierigen Nachkriegsjahre finanziell einigermaßen unbeschadet zu überstehen. Sein Dienstsalär konnte sich sehen lassen: Allein 35.000 Mark Gehalt und ein besonderer Fonds in Höhe von 25.000 Mark. <sup>62</sup>

Im Folgenden soll der Schwerpunkt allerdings weniger auf der Analyse seines Einkommens als Angestellter, also als Unselbständiger liegen. Es geht vielmehr darum festzustellen, inwieweit sein Vermögen zugleich und vor allem freier wirtschaftlicher Tätigkeit als Aktionär, Aufsichtsrat und möglicherweise auch als Spekulant entsprang, Feldern also, die einem liberalen Wirtschaftsbürger vor allem entsprachen. Dass Stresemann auf allen diesen Ebenen erfolgreich war, zeigt seine Steuererklärung aus dem Jahre 1916. Dort gab er

57 Schreiben von Albert Hirth an Moras, 2.4.1912, PA AA Berlin, NL Stresemann 114.

58 Schreiben des VSI an Stresemann, 3.12.1917, PA AA Berlin, NL Stresemann 114. Bereits im Jahr 1917 wollte Stresemann, wegen Überlastung, auf seine Position im VSI verzichten, wurde aber vom Verband dringend gebeten weiterzumachen, PA AA Berlin, NL Stresemann 176 (Notiz der Leipziger Neuesten Nachrichten, Oktober 1917).

59 Uebel seinerseits wiederum war Vorsitzender des VSI von 1905 bis 1912 und Stresemann durch verschiedene Vereinsmitgliedschaften gut bekannt.

60 Vgl. hierzu Felix Hirsch: Stresemann, Ballin und die Vereinigten Staaten, in: VfZG 3 (1955), S. 20-35. Vgl. auch Stresemann an Uebel, 16.9.1914, PA AA Berlin, NL Stresemann 119.

61 Hirsch, Stresemann, Ballin (wie Anm. 60), S. 25.

62 Stresemann an das Finanzamt Berlin-Mitte, 24.6.1926, PA AA Berlin, NL Stresemann 39.

bereits ein Vermögen in Höhe von 167.214 Mark an, wobei eine solche Erklärung ja nur bedingt etwas über die wahren Vermögensverhältnisse aussagen muss.<sup>63</sup>

Bereits mit seiner Tätigkeit im Verband Deutscher Schokoladenfabrikanten hingen sowohl seine Beziehungen zur Genthiner Zuckerfabrik wie auch mit der renommierten Firma Stollwerck in Köln zusammen. Er arbeitete zuerst selbst in der Geschäftsführung mit und gelangte dann schließlich in den Aufsichtsrat. Dabei erwarb er eine Reihe von Aktien, die er im Laufe der Zeit ständig vermehrte.<sup>64</sup> Ähnlich verhielt es sich mit der Schokoladenfirma Sarotti. Ihre Geschicke bestimmte er ebenfalls über zwanzig Jahre als Aktionär und Mitglied des Aufsichtsrates mit.<sup>65</sup> Wie hoch der Aktienbesitz Stresemanns, der von seinen guten Bekannten aus Dresden, der Privatbank der Gebrüder Arnhold verwaltet wurde, im Einzelnen war, ist bisher nicht bekannt.<sup>66</sup>

Ende des Krieges besaß Stresemann, dies nur eine Auswahl, nachweislich Aktien bei den Firmen Polyphon, Sachsenwerk, Dux Automobil-Werke, Evaporator, Ernemann, Stollwerck, Sarotti, Böhmisches Brauhaus, Zuckerfabrik Genthin, Krause und Baumann sowie Ventzky.<sup>67</sup> Zudem war er im Laufe der Jahre 1901 bis 1923, auch dies eine Auswahl, noch Mitglied im Aufsichtsrat der Firmen Sachsenwerk Licht und Kraft AG,<sup>68</sup> der Vereinsversicherungsbank Düsseldorf,<sup>69</sup> der bereits erwähnten Zuckerfabrik Genthin,<sup>70</sup> der Firma Krause und Baumann (mit Hofrat Hartmann), der Deutschen Reformversicherungsbank AG Berlin (als Vorsitzender der Aktionärsvertreter),<sup>71</sup> der „Freia“ Bremen Berliner Versicherungs AG (bei der er eine seiner Versicherungen abgeschlossen hatte), des Böhmisches Brauhauses,<sup>72</sup> der Dresdner Chromo- und

63 Besitzsteuer- und Kriegssteuererklärung, 31.12.1916, PA AA Berlin, NL Stresemann 122. Zwei Drittel dieses Vermögens gehörten allerdings Frau Stresemann.

64 Vgl. dazu die Notiz im PA AA Berlin, NL Stresemann 124, dort ist von fünf Aktien im Wert von 6400 Mark die Rede (März 1920). 1922 notierte Stresemann, dass er Genussscheine zu 125% erhalten habe, PA AA Berlin, Privatnachlass Stresemann, Briefwechsel mit seiner Frau, 1.8.22).

65 Am 30.10.1917 teilte er seinem alten Freund Ludwig Stollwerck mit, dass er in den Aufsichtsrat von Sarotti eintreten würde (RWWA, 208, 220, Faszikel 1), „Herr Hoffmann (Sarotti), mit dem ich seit Jahren befreundet bin, teilte mir heute mit, dass sein Aufsichtsrat meine Wahl in Aussicht genommen habe. Hoffentlich sehen Sie darin keinen „unfreundlichen Akt“. Ich werde Gebrüder Stollwerck keine Konkurrenz machen!“.

66 Vgl. hierzu die Aufforderung Stresemanns an die Gebrüder Arnhold, die in seinem Besitz befindlichen Aktien für die Generalversammlung der Gesellschaft anzumelden, 17.10.1921, PA AA Berlin, NL Stresemann 113. Für die Abstimmung am 24.10.1924 erhielt Stresemann als Aktionär sechs Stimmkarten, ebenda.

67 Aktennotiz Stresemanns vom 10.3.1920, PA AA Berlin, NL Stresemann 113.

68 Handbuch der Deutschen Aktiengesellschaften, 1919/20, Bd. I.

69 Handbuch der Deutschen Aktiengesellschaften, 1909/10, Bd. II.

70 Ebenda.

71 Vgl. das Protokoll der Aktionärsitzung der Deutschen Reformversicherungsbank, 9.3.1913, PA AA Berlin, NL Stresemann 121.

72 Handbuch der Deutschen Aktiengesellschaften, 1916/17, Bd. II.

Kunstdruck Papierfabrik,<sup>73</sup> der Kriegskreditbank für das Königreich Sachsen,<sup>74</sup> der DUX Automobil Werke AG,<sup>75</sup> des Lüneburger Eisenwerks (zum Litwin Konzern gehörig), der Ernemann Werke,<sup>76</sup> der Maschinenfabrik A.Ventzky AG und schließlich der Polyphonwerke AG.<sup>77</sup>

Diese Erfolge waren Stresemann nicht einfach zugefallen. Im Gegenteil: Er kann vielmehr als ein typischer wirtschaftsliberaler „Workaholic“ mit den daraus erarbeiteten, sehr sichtbaren Erfolgen gelten. Die Möglichkeit, im bestehenden kaiserlichen System derartig zu profitieren, dürfte mit ein wesentlicher Grund dafür gewesen sein, dass Stresemann und viele ebenfalls profitierende Nationalliberale an der grundsätzlichen Änderung der bestehenden Verhältnisse nicht weiter interessiert waren. Ökonomische Gründe, einen Systemwechsel hin zu einer parlamentarischen Demokratie zu unterstützen, gab es jedenfalls keine.

Dienstliche und repräsentative Belange der von ihm vertretenen Verbände, politische Protektion (etwa durch Bassermann), eine Fülle von formellen und informellen Kontakten, die geschickte Wahrung wohlverstandener eigener Interessen und eine sich aus all dem entwickelnde Eigendynamik hatten diesen rasanten Aufstieg offensichtlich beflügelt. In der Reformbank und in den Genthiner Werken saß Stresemann beispielsweise auf Wunsch des Gesamtverbandes des VSI bzw. der Schokoladefabrikanten.<sup>78</sup> Seine starke Stellung als Vorsitzender der Reformversicherungsbank hing wiederum damit zusammen, dass das ganze sächsische Geschäft der Gesellschaft „auf der Generalagentur Dresden und dem Verband Sächsischer Industrieller“ beruhte, die das Unternehmen massiv unterstützten – und wo Stresemann das entscheidende Wort sprach.<sup>79</sup> Dank dieses Potentials gelang es ihm, das schwer angeschlagene Unternehmen 1913 gegen erheblichen internen Widerstand mit der „Freia“ zu fusionieren, in deren Aufsichtsrat er auf diese Weise gelangte. Das wiederum erhöhte sein Renommee als durchsetzungsfähiger Wirtschaftsorganisator. Dass die Privatbank Arnhold bei diesem Geschäft ein wichtiges Wort mit sprach, verstand sich fast von selbst.

Ganz offensichtlich öffneten Stresemann seine Tätigkeiten im VSI, im Hansabund und im BdI die Türen zu den meisten industriellen Unternehmungen.

73 Handbuch der Deutschen Aktiengesellschaften, 1919/20, Bd. I.

74 Mitgliederverzeichnis des AR, des Vorstandes und der Kreditausschüsse (aufgestellt nach dem Stande am 12. Dezember 1914), in: Stadtarchiv Dresden, Hauptkanzlei Akte 403/14, Kriegskreditbank für das Königreich Sachsen.

75 Handbuch der Deutschen Aktiengesellschaften, 1921/22, Bd. II.

76 Handbuch der Deutschen Aktiengesellschaften, 1919/20, Bd. I.

77 Ebenda.

78 Vgl. das Schreiben Stresemanns an Kommerzienrat Lehmann, PA AA Berlin, NL Stresemann 122.

79 Ausführungen Stresemanns auf der Sitzung von Aktionären der Deutschen Reformversicherungsbank am 19.6.1913, PA AA Berlin, NL Stresemann 121; danach auch das Folgende.

gen Deutschlands und begünstigten seine (wirtschaftliche) Karriere.<sup>80</sup> Hier zeigt sich paradigmatisch die besondere Bedeutung eines sozialen Netzwerkes, das allein in Sachsen auf einer Fülle von mehr als 40 Vereinsmitgliedschaften ruhte und nicht nur von Stresemann, sondern auch von anderen Wirtschaftsliberalen in den gleichen oder ähnlichen Netzwerken rigoros und geschickt genutzt wurde. Man kannte sich und man unterstützte sich.<sup>81</sup>

An zwei Beispielen aus seiner frühen Dresdner Zeit lässt sich dieses Zusammenspiel von Politik, Gesellschaft, Beziehungen, Kontakten, kulturellen Verkehrskreisen im Bereich der Ökonomie in besonderem Maße nachweisen: Bei der Kooperation mit seinen sozialpolitischen Lehrmeistern Arnhold beim Sachsenwerk und bei der Firma Ernemann in den Dresdner Ernemannwerken. Diese Fälle sind umso bemerkenswerter, als Stresemann hier nicht seine Beziehungen als Syndikus einsetzte, sondern als Persönlichkeit und Wirtschaftsfachmann (sowie als politischer „Türöffner“) offensichtlich eine solche Wirkung erzielt hatte, dass ihm der Sprung in die entsprechenden Unternehmen auch ohne direkte Patronage gelang. Wer in Stresemann investierte, investierte ganz offensichtlich in die Zukunft. Die Frage ist, was Stresemann dafür tun musste, dass sich die Investitionen für den Investor rentierten.

Das Sachsenwerk Niedersiedlitz – Licht und Kraft AG – war 1903 aus den in Konkurs gegangenen Kummerwerken hervorgegangen. Bei der riskanten Sanierung des Unternehmens war das Privatbankhaus Arnhold aus Dresden, deren Inhaber Stresemann aus dem „Dresdner Vereinsnetz“ gut kannten, federführend. Das Sachsenwerk produzierte in erster Linie Elektroerzeugnisse, u.a. Motoren, Kühlschränke und Straßenbahnen. Von Anfang an war die deutsche Armee ein wichtiger Auftraggeber und im Ersten Weltkrieg erlebte das Werk einen großen Aufschwung. Im Zuge der Weltwirtschaftskrise 1929/30 kaufte dann die AEG die Mehrheit des Aktienkapitals. Das Werk wurde damit Teil dieses Großkonzerns.

Aufgrund seiner politischen und ökonomischen Qualitäten, nicht zuletzt aber wegen seiner liberalen Grundeinstellung wurde Stresemann sehr bald an das Werk herangezogen. Wahrscheinlich drängte Stresemanns Gönner Georg Arnhold darauf, diesen nach dem Tode und damit dem Ausscheiden von Max Arnhold in den Aufsichtsrat zu berufen.<sup>82</sup> Von 1909 bis 1922 saß Stresemann jedenfalls als Mitglied im Aufsichtsrat und schied dann aus formalen Gründen aus.<sup>83</sup> Seit 1909 besaß er auch eine Vorzugsaktie im Wert von 1000 Mark sowie

80 Wie dieses Zusammenspiel verlief, kann man sehr gut an dem Versuch erkennen, in den Aufsichtsrat der Sächsischen Waggonfabrik Werdau gewählt zu werden (vgl. den Brief Stresemanns an Konsul Weissenberger, 12.9.1916, PA AA Berlin, NL Stresemann 163).

81 Vgl. dazu meine bald erscheinende Biographie über Gustav Stresemann.

82 Details dazu befinden sich im Arnhold-Nachlass in New York, der der Forschung gegenwärtig nicht zur Verfügung steht. Freundliche Mitteilung von Simone Lässig, Braunschweig.

83 Sächsisches Hauptstaatsarchiv (im Folgenden: SHStA) Dresden, Sachsenwerke 11646, Nr. A 81, 1903-1930, Nr. 81.



eine zusätzliche Stammaktie. 1909 nahm er erstmalig als Aktionär an einer Generalversammlung des Aufsichtsrates teil.<sup>84</sup> Im Kapitaleinsatz lässt sich der Aufstieg Stresemanns gut dokumentieren: Sein Portefeuille entwickelte sich bis zum Jahre 1918 auf einen Aktienbesitz im Werte von 66.000 Mark. Damit hielt Stresemann gut ein Prozent des gesamten Aktienkapitals.<sup>85</sup> Finanziell stellte sich dieses Engagement für Stresemann äußerst lukrativ dar. Allein seine Tantiemen im Jahre 1919 beliefen sich auf 11.256,03 Mark. Hinzu kam eine jährliche Vergütung von 2.500 Mark für den Sitz im Aufsichtsrat.<sup>86</sup>

Auf politischer Ebene ist ein nicht ungewöhnliches Geben und Nehmen auf beiden Seiten zu verzeichnen, obwohl eine solche Einflussnahme naturgemäß nur zurückhaltend dokumentiert wird. Immerhin: Im Jahre 1917 bat das Werk Stresemann, seinen Einfluss bei der Modifizierung der Kriegssteuer geltend zu machen, um den Konzern finanziell zu entlasten. 1919 wurde zudem seine Mitarbeit dabei gesucht, mögliche Streikbestrebungen zu unterbinden.<sup>87</sup> Diese nützliche Beziehung wurde auch dadurch nicht gestört, dass Georg Arnhold, ein bekennender Pazifist, ein absoluter Gegner der deutschen (und Stresemannschen) Kriegszielpolitik war und sich deswegen mit Stresemann sogar öffentlich stritt.<sup>88</sup>

Ein anderes Beispiel stellen Stresemanns Beziehungen zur Firma Ernemann dar. Die Firma, 1889 gegründet und 1899 umgewandelt in die „Aktiengesellschaft für Camera-Fabrikation“ zählte um die Jahrhundertwende zu den drei größten Firmen der gesamten Branche. 1923 beschäftigte Ernemann schon 3.000 Angestellte und Arbeiter, hatte also ständig expandiert. Stresemann war dieser Firma und ihrem Inhaber sowohl gesellschaftlich und politisch als auch wirtschaftlich verbunden.

Später als bei den Sachsenwerken, erst im Jahre 1917, wurde Stresemann in den Aufsichtsrat der Firma berufen, dem er bis zu seiner Ernennung als Reichskanzler angehörte.<sup>89</sup> Für seine Tätigkeit, von der im Einzelnen nur wenig bekannt ist, erhielt Stresemann eine Vergütung von jährlich etwa 3.000 Mark. Auszugehen ist aber davon, dass auch Ernemann vom politischen Kapital des Fraktionsvorsitzenden der Nationalliberalen profitieren wollte, da gerade seine Firma in hohem Maße von der Produktion für Kriegszwecke ab-

84 Obwohl es nicht unwahrscheinlich erscheint, so gibt es jedoch bislang keine Belege dafür, dass Stresemann bei der Sanierung des Werkes geholfen hat und dadurch mit Aktien belohnt worden ist. Vgl. Starke, Stresemann (wie Anm. 51), S. 77.

85 SHStA Dresden, Sachsenwerke 11646, Nr. A 81, 1903-1930, Nr. 93.

86 SHStA Dresden, Sachsenwerke 11646, Nr. A 81, 1903-1930, Nr. 93, S. 390. 1920 hatten sich diese Tantiemen bereits verdreifacht. Stresemann erhielt 33.977,49 Mark. Es hatte sich mithin gelohnt, die Aktien zu behalten, Ebenda, S. 508.

87 SHStA Dresden, Sachsenwerke 11646, Nr. A 81, 1903-1930, Nr. 37.

88 Vgl. den Briefwechsel mit Arnhold, PA AA Berlin, NL Stresemann 164.

89 Geschäftsbericht der Ernemann AG für das Jahr 1923, Betriebsarchiv Carl Zeiss, Jena. Danach auch die folgenden Informationen.



hing. In diesem Sinne konnte im August 1918 der Stresemannfreund Litwin mitteilen, dass es ihm gelungen sei, die Behörden dafür zu gewinnen, „sämtliche Aufträge für die Ernemann-Werke zu sichern ... [Sie] versprachen mir positiv, nur durch diese Firma ihre Aufträge an Films [!] zu erteilen und auch sämtliche Transaktionen in dieser Richtung nur durch diese Firma vorzunehmen“.<sup>90</sup> Zudem setzte sich Stresemann im Herbst 1918 erfolgreich dafür ein, dass Ernemann nach Dänemark reisen und dort wichtige Geschäfte abschließen konnte.

In seiner Rolle als Wirtschaftsbürger tritt uns Stresemann also als ein äußerst wendiger, anpassungsfähiger und auf sein finanzielles Wohl bedachter Mensch entgegen, der seine jeweiligen Funktionen möglicherweise nicht immer säuberlich voneinander trennte. Ganz sicher besaß er auf diesem ökonomischen Gebiet hohe Fähigkeiten, die durchaus auch in den Niederungen der Spekulation angesiedelt waren.

## Fazit

In Stresemann erleben wir, so lässt sich zusammenfassen, einen liberalen Politiker und Wirtschaftsbürger mit einem typisch nationalliberalen Weltbild. Er trat, und dies verstärkt während des Ersten Weltkrieges, vehement für ein größeres Deutschland und eine geeinte deutsche Volksgemeinschaft ein, aufgebaut auf liberalen Grundwerten und im Bewusstsein der kulturellen Größe Deutschlands und der Deutschen. Er forderte angesichts der durch den Krieg verstärkten Notwendigkeit, die Nation zusammenzuhalten, mehr Einfluss des Parlamentes auf die Regierung, eine moderate Reform des preußischen Wahlrechtes und eine partielle Mitbeteiligung der Sozialdemokraten in Politik und Gesellschaft. Stresemann dachte dabei aber nicht an eine parlamentarische Demokratie oder an eine Schwächung der Rolle des Militärs. Ein modifiziertes kaiserliches System, angereichert durch liberales Gedankengut, schien ihm das Wunschbild für die Zukunft zu sein, um Deutschland nach dem Sieg im Ersten Weltkrieg in eine glänzende Zukunft zu führen.

An Stresemanns Person wird deutlich, dass sich beides ergänzte: die bürgerlich liberale Welt mit ihrem Wertehimmel und ihren teilweise freiheitlichen Vorstellungen einerseits und die Verehrung des nationalistischen Heldentums und dessen Gewalt andererseits, noch verstärkt durch die Verehrung, die Stresemann der Generalität im Kriege zollte. Es wird erkennbar, dass ein im Liberalismus durchaus verankertes Humanitäts- und bürgerliches Freiheitsmodell, für das Stresemann sicherlich auch stand, zugleich in ein obrigkeitlich

90 Paul Litwin an Stresemann, 10.8.1918, PA AA Berlin, NL Stresemann 196.

ausgerichtetes Ordnungsmodell wie dem Kaiserreich, in dem das Militär ebenfalls eine entscheidende Rolle spielte, integrierbar war.

Ganz sicher besaß Stresemann, wie viele Liberale, auf ökonomischem Gebiet hohe Fähigkeiten und achtete dabei auch auf persönlichen Gewinn. Allerdings wäre es nicht zutreffend, ihn, wie auch andere Nationalliberale, nur als reine Kriegsgewinnler, als nur kühl kalkulierende Ökonomen darzustellen. Wenn es nämlich um Deutschland und den Krieg ging, verließ Stresemann, wie offensichtlich auch andere Liberale, das kühle Kalkül, verließ ihn die Vernunft, die er als Ökonom offensichtlich so reichlich besaß.<sup>91</sup> Denn: Stresemann war keineswegs nur ein Einpeitscher für Deutschlands Sieg und Deutschlands Größe, sondern er glaubte diesen Ideen wirklich – und gab alles dafür, auch Geld. Er investierte deshalb große Teile seines Vermögens bis zum September 1918 in deutsche Kriegsanleihen, er ließ sich etwa im Sommer 1916 25.000 Mark von seinen industriellen Freunden, um sie in Kriegsanleihen zu investieren.<sup>92</sup> Dabei wusste keiner besser als er, dass diese Papiere nur bei einem Sieg etwas wert sein würden.<sup>93</sup> Offensichtlich rechnete er, wie viele Nationalliberale, bis zum September 1918 mit diesem Sieg.

Dass es ihm, wie vielen ehemaligen Nationalliberalen, schwer fiel, die Revolution und die neue Republik zu akzeptieren, ist nur zu gut zu verstehen. Was konnten sie mehr von der neuen Demokratie erwarten als von dem Kaiserreich, in dem sie unvergleichliche wirtschaftliche Erfolge errungen hatten und in dem sie mehr und mehr auch politischen Einfluss zu nehmen vermochten und in dem sie hofften, bald zu dominieren? Das aber war, so ihre realistische Perspektive, in einer parlamentarischen Demokratie mit einer gleichberechtigten Sozialdemokratie kaum möglich. Insofern war von ihnen nicht viel mehr zu erwarten, als dass sie, wie Stresemann, nach der Revolution, „Republikaner aus Vernunft“, nicht aber mit dem Herzen wurden.

91 Stresemann war allerdings durchaus klar, welche Reparationsleistungen Deutschland im Falle einer Niederlage wohl erbringen müsste. Vgl. sein Schreiben an Ludwig Stollwerck, 28.6.1915 (RWWH, 208, Nr. 63, Fasz. 5).

92 Schreiben Stresemanns an Uebel, 12.10.1916, PA AA Berlin, NL Stresemann 155.

93 Stresemann an Bassermann, 28.12.1916, PA AA Berlin, NL Stresemann 134.



## Kontinuität oder Strukturbruch? Der Einfluss des Ersten Weltkriegs auf das korporative Verhältnis von Wirtschaft, Arbeit und deutschem Staat

In wirtschafts- und sozialhistorischer Perspektive markiert „the great seminal catastrophe of this century“<sup>1</sup>, die „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“, einen weitaus tieferen Einschnitt als der Zweite Weltkrieg. Durch den Ersten Weltkrieg wurden nämlich „Staat und Gesellschaft in eine neue vergleichsweise aktivere Beziehung zueinander gesetzt.“<sup>2</sup> Allerdings konnte sich in seiner Folge nicht nur der moderne interventionistische Sozial- und Wohlfahrtsstaat entwickeln, vielmehr folgte ebenfalls eine Veränderung in den Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften. Gleichen sich auf einer Makroebene diese sozioökonomischen, strukturellen und auch institutionellen Entwicklungen in Europa,<sup>3</sup> so ist der global festgestellte „scharfe[...] Bruch mit den liberalen Vorstellungen der politischen Ökonomie des 19. Jahrhunderts“<sup>4</sup> als Folge des der Weltwirtschaft seinen Stempel aufdrückenden Ersten Weltkriegs für das besondere Verhältnis von Staat und Wirtschaft in Deutschland doch zu relativieren.

Die Vorstellung, der Erste Weltkrieg habe die wirtschaftsliberale Ära des 19. Jahrhunderts jäh beendet, verrät möglicherweise mehr über die Weltanschauung der diese These Vertretenden als über die zeitgenössische privatkapitalistische Wirtschaftsordnung selbst. Im Modell einer solchen liberalen Marktwirtschaft erfolgt die Koordination ökonomischer Aktivitäten durch die auf Märkten zustande kommenden Preise. Parallel zu diesem dezentralen, auf Produktion und Konsum bzw. Angebot und Nachfrage beruhenden Koordinationsinstrument agieren hierarchisch strukturierte, zentral kontrollierte Unternehmen in wettbewerblicher Konkurrenz zueinander. Wettbewerb und Märkte funktionieren nach wirtschaftsliberaler Auffassung perfekt, da seit Adam

- 1 George F. Kennan: *The Decline of Bismarck's European Order. Franco-Russian Relations, 1875-1890.* Princeton 1979, S. 3.
- 2 Wolfgang J. Mommsen: *Vorbemerkung. Die Organisation des Friedens: Demobilisierung 1918-1920.* In: *Geschichte und Gesellschaft* 9 (1983), S. 155.
- 3 Vgl. Albrecht Ritschl/Tobias Straumann: *Business cycles and economic policy, 1914-1945.* In: Stephen Broadberry/Kevin H. O'Rourke (Hrsg.): *The Cambridge Economic History of Modern Europe. Vol 2: 1870 to the Present.* New York 2010, S. 156-180.
- 4 Vgl. Derek H. Aldcroft: *Die zwanziger Jahre. Von Versailles zur Wall Street 1919-1929.* München 1978, S. 24.

Smith das Streben des Individuums nach Bedürfnisbefriedigung den größten gesellschaftlichen Nutzen generiert. In der Realität existieren solch tadellose Märkte allerdings nicht,<sup>5</sup> das hatte bereits die Gründerkrise des Bismarckreichs den Zeitgenossen vor Augen geführt. Obwohl sich der wirtschaftliche Liberalismus erst Ende der 1860er Jahre vollständig durchgesetzt hatte,<sup>6</sup> „trat die [...] Infragestellung der Grundsätze einer liberalen Wirtschaftsordnung [deshalb] schon bald nach der Reichsgründung unübersehbar in Erscheinung“,<sup>7</sup> und zwar sowohl in der Praxis als auch innerhalb der akademischen Nationalökonomie. Noch vor der Jahrhundertwende sind so selbst im Handwerksrecht, beispielsweise durch die Einrichtung von Zwangsinnungen, liberale Prinzipien zurückgenommen worden, „die man schon für endgültig gehalten hatte.“<sup>8</sup> Am Ende dieses die Wirtschaftsordnung und das Verhältnis von Wirtschaft und Staat betreffenden Prozesses stand die zunehmende „Ablösung einer liberal-markt-gesetzlich und atomistisch verfaßten Wirtschaftsordnung durch ein komplexes System der Interessenabstimmung“<sup>9</sup> mit der Verschränkung wirtschaftlicher, sozialer und politischer Interessen, das den Schutz des Wettbewerbs vergessen ließ.

Neben dem im Entstehen begriffenen Sozialstaat waren wirtschaftsliberale Ordnungsvorstellungen insofern bereits im Deutschen Kaiserreich korporativen Modellen gewichen, hatte sich bereits bis 1895 ein ordnungspolitischer Strukturbruch ausgebildet, der angesichts kriegswirtschaftlicher Zwänge nur eine „neue Entwicklungsstufe“<sup>10</sup> erreichte und bereits in Richtung „korporative Marktwirtschaft“<sup>11</sup> wies. Während diese Entwicklung von der DDR- bzw. der von dieser beeinflussten Historiographie unter dem Begriff des Staatsmonopolistischen Kapitalismus<sup>12</sup> untersucht wurde, sind die korporativen Merkmale der deutschen Wirtschaftsverfassung in Westdeutschland vor allem in den 1970er Jahren unter dem auf Rudolf Hilferding zurückgehenden Begriff

- 5 Vgl. Walter A.S. Koch, Christian Czogalla: Grundlagen und Probleme der Wirtschaftspolitik. Köln 1999, S. 91-144.
- 6 Vgl. Hans Jaeger: Geschichte der Wirtschaftsordnung in Deutschland. Frankfurt am Main 1988. S. 68.
- 7 Ebd., S. 97.
- 8 Ebd., S. 113.
- 9 Ebd., S. 107.
- 10 Vgl. Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. 4. Band: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914-1949. München 2008, S. 269.
- 11 Werner Abelshauer: Freiheitlicher Korporatismus im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. In: Ders. (Hrsg.): Die Weimarer Republik als Wohlfahrtsstaat. Zum Verhältnis von Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Industriegesellschaft. Stuttgart 1987, S. 147-170, hier S. 159.
- 12 Vgl. Jürgen Kocka: Organisierter Kapitalismus oder Staatsmonopolistischer Kapitalismus? Begriffliche Vorbemerkungen. In: Heinrich August Winkler (Hrsg.): Organisierter Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge. Göttingen 1974. S. 19-35, hier S. 24ff.

des Organisierten Kapitalismus<sup>13</sup> diskutiert worden. Dass sich dieses Konstrukt in der Folge als fragwürdiges Interpretationsmodell<sup>14</sup> erwies und dem des Korporatismus weichen musste, änderte wenig an den für den hier betrachteten Zeitraum relevanten Ergebnissen,

„dass an die Stelle der Vorherrschaft von Marktmechanismen und Konkurrenz, der klaren institutionellen Trennung von Wirtschaft, Arbeitnehmerorganisationen und Verwaltung nun ihre Verflechtung und Zusammenarbeit bei gemeinsamen Entscheidungen tritt.“<sup>15</sup>

Wenn sich aber schon in Friedenszeiten zeigt, dass Märkte in der Realität nicht tadellos funktionieren, darf die Existenz perfekter Märkte – oder überhaupt von Märkten! – noch weniger in Kriegszeiten erwartet werden. Geht es also jenseits modellhafter Annahmen um die Bewertung des Verhältnisses von Wirtschaft und deutschem Staat im Ersten Weltkrieg, muss die Frage nach den jeweiligen Handlungsspielräumen sowie den Grenzen zwischen Markt und Staat deshalb zeitlich weiter gefasst werden. Das ist insofern kein Novum, als die Zäsuren der politikgeschichtlich ausgerichteten Historiographie selten mit jenen von der Wirtschafts- und Sozialgeschichte gesetzten deckungsgleich sind. Erst anschließend lässt sich die im Rahmen des Kolloquiums „Die europäischen Liberalen und der Erste Weltkrieg“ als gemeinsame Herausforderung europäischer Liberaler identifizierte, „für Liberale unerwartete Gewichtsverschiebung im Verhältnis von Staat, Wirtschaft und Arbeit“<sup>16</sup> in ihrer Bedeutung gewichten.

Hierzu sollen im Folgenden in erster Linie Produktions- und Marktordnung mit den sie konstituierenden liberalen Eigentums- und Freiheitsrechten im Fokus stehen,<sup>17</sup> wobei der Wettbewerbsordnung besondere Bedeutung zukommen wird. Wenn es nämlich um die Rolle des Staates im Wirtschaftsgeschehen geht, besteht bei Ökonomen am ehesten noch Konsens darüber, dass die dem Bereich der Ordnungspolitik zurechenbare staatliche Wettbewerbspolitik die marktwirtschaftliche Konkurrenz, den Wettbewerb erhalten muss, damit dieser wiederum seine ökonomischen und außerökonomischen Zielfunktionen erfül-

- 13 Vgl. Heinrich August Winkler: Einleitende Bemerkungen zu Hilferdings Theorie des Organisierten Kapitalismus. In: Ders. (Hrsg.): Organisierter Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge. Göttingen 1974, S. 9-18.
- 14 Vgl. Volker Hentschel: Wirtschaft und Wirtschaftspolitik im wilhelminischen Deutschland. Organisierter Kapitalismus und Interventionsstaat? Stuttgart 1978, bes. S. 9 ff.
- 15 Stefanie van de Kerkhof: Von der Friedens- zur Kriegswirtschaft. Unternehmensstrategien der deutschen Eisen- und Stahlindustrie vom Kaiserreich bis zum Ende des Ersten Weltkrieges. Essen 2006, S. 28.
- 16 Vgl. <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=5220> [1.3.2014].
- 17 Zur Systematik und weiteren Bereichen staatlicher Wirtschaftspolitik vgl. Gerold Ambrosius: Staat und Wirtschaft im 20. Jahrhundert. München 1990, S. 4 f.

len kann.<sup>18</sup> Allerdings versuchte gerade auch die deutsche Industrie, dem Wettbewerb seit der Gründerkrise durch das um sich greifende Kartellwesen zu begegnen. Sie agierte dabei zugleich in einem verbandsfreundlichen Klima, denn das „Kartell wurde von den Zeitgenossen um die Jahrhundertwende übereinstimmend als vertragsmäßige, also freiwillige Vereinigung selbständiger Unternehmen [...] definiert, dessen Ziel Marktbeherrschung sei“.<sup>19</sup>

Insofern lohnt zunächst ein Blick auf den Korporatismus des Deutschen Kaiserreichs, wie er sich bis zur Initiierung des Hindenburg-Programms<sup>20</sup> ausgebildet hatte. Die Begründung für diese Zäsur ergibt sich aus der Organisation der deutschen Kriegswirtschaft bis 1916, an deren Aufbau der Industrielle und liberale Politiker Walther Rathenau maßgeblich mitarbeitete, wengleich dessen zum Teil auf Überwindung des liberal-marktwirtschaftlichen Systems gerichtete, bis in die frühen Zwanziger Jahre wirkende gemeinwirtschaftliche Vorstellungen diesen zunehmend in Industriellenkreisen, aber auch in Kreisen der akademischen Nationalökonomie und der Öffentlichkeit isolierten.<sup>21</sup>

Das in der Folge zum „tripartistischen System des Interessensausgleichs“<sup>22</sup> mutierte Verhältnis von Wirtschaft, Staat und Arbeit wird anschließend bis 1924, dem Zeitpunkt der förmlich beendeten wirtschaftlichen Demobilisierung, widergespiegelt. Einmal, weil die wirtschaftliche Demobilisierung dem Krieg strukturell ebenso zugehörig ist wie die wirtschaftliche Mobilisierung,<sup>23</sup> sodann, weil diese den Kriegskorporatismus strukturell fortsetzte. Obgleich der tripartistische Kriegskorporatismus schnell wieder auf die Struktur eines ‚bipolaren‘ korporativen Systems zurückgeworfen wurde, konnte mit ihm die liberal-kapitalistische Wirtschaftsverfassung 1918/19 erneut durchgesetzt und bis 1932<sup>24</sup> formal erhalten bleiben. Allerdings ließen die Spannungen innerhalb dieses neu definierten bipolaren Systems die Notwendigkeit einer liberalen Wettbewerbsordnung und -politik erneut vergessen –

18 Vgl. Ulrich Baßeler/Jürgen Heinrich/Burkhard Utecht: Grundlagen und Probleme der Volkswirtschaft. 19. Aufl. Stuttgart 2010, S. 199ff.

19 Abelshäuser, Freiheitlicher Korporatismus (wie Anm. 11), S. 157.

20 Diese Zäsur diskutiert auch: Harald Wixforth: Die Gründung und Finanzierung von Kriegsgesellschaften während des Ersten Weltkriegs. In: Hartmut Berghoff/Jürgen Kocka/Dieter Ziegler (Hrsg.): Wirtschaft im Zeitalter der Extreme. Beiträge zur Unternehmensgeschichte Deutschlands und Österreichs. München 2010. S. 81-105, hier S. 82 f.

21 Vgl. Gerald D. Feldman: Das deutsche Unternehmertum zwischen Krieg und Revolution: Die Entstehung des Stinnes-Legien-Abkommens. In: Ders.: Vom Weltkrieg zur Weltwirtschaftskrise. Studien zur deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1914-1932. Göttingen 1984, S. 100-127, hier S. 107; Lothar Gall: Walther Rathenau. Portrait einer Epoche. München 2009, S. 197 ff. und S. 205 f.

22 Abelshäuser, Freiheitlicher Korporatismus (wie Anm. 11), S. 163.

23 Vgl. Hans-Peter Ullmann: Kriegswirtschaft. In: Gerhard Hirschfeld/Gerd Krumeich/Irina Renz (Hrsg.): Enzyklopädie Erster Weltkrieg. 2. Aufl. Paderborn u.a. 2014, S. 220-232, hier S. 220 und S. 230 f.

24 Zu dieser Periodisierung vgl. Gerold Ambrosius: Staat und Wirtschaftsordnung. Eine Einführung in Theorie und Geschichte. Stuttgart 2001, S. 124ff.

mit weitreichenden Folgen für die sich an den Ersten Weltkrieg anschließende republikanische Zeit.

### Der deutsche Korporatismus bis zum Hindenburg-Programm

Entgegen dem Geist der vorhergehenden kurzen wirtschaftsliberalen Ära entwickelte sich im Deutschen Kaiserreich unter dem seit 1873 beschleunigten Strukturwandel mit seinen starken Konjunkturschwankungen eine ebenso starke Tendenz zu staatlicher Intervention. Hatte vor allem der preußische Staat seine Aktivität zuvor „auf den Abbau von Restbeständen merkantilistischer Wirtschaftsverfassung gerichtet und [damit] dazu beigetragen, das Wirtschaftsleben weitgehend an der ‚Vernunft‘ des Marktmechanismus zu orientieren“,<sup>25</sup> schien die sich dem Gründerkrach anschließende Große Depression zwischen 1873 und 1896 die Erfolge des Wirtschaftsliberalismus also zu diskreditieren. Durch das ausbleibende Wirtschaftswachstum und die sich daraus ergebenden gesellschaftspolitischen Folgen drohte dem Kaiserreich vor allem aber die Legitimation verloren zu gehen, so dass Hans-Ulrich Wehler mit Blick auf den sich als Antwort hierauf herausbildenden Kapitalismustyp vom „Inbegriff von Selbstverteidigung“<sup>26</sup> sprechen konnte. Auch der Agrar- und Industriewirtschaft ging es um stabiles Wachstum, minderte dieses doch das unkalkulierbare unternehmerische Risiko, was der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft wiederum materielle Verbesserungen in Aussicht stellte. Der Strategie zur Verwirklichung dieser unterschiedlichen Ziele musste die Abkehr von wirtschaftsliberalen Grundsätzen immanent sein. Die – auch mit Blick auf das seit Ende der 1870er Jahre unter Bismarck eingeleitete Schutzzollsystem – zunehmend illiberale Züge annehmende Wirtschaftsordnung blieb jedoch eine partiell freiheitliche, denn im Kern handelte es sich weiterhin um eine liberale Marktordnung mit privatem Besitz an den Produktionsmitteln und individueller Initiative über die Produktionsprozesse.<sup>27</sup> Dies umso mehr, als es sich laut Gerold Ambrosius bei diesem marktwirtschaftlichen Kern um eine „ausgesprochen liberale Wirtschaftsordnung“ handelte, da die Verfügungsfreiheit über das Privateigentum „fast unbeschränkt“, dessen Sozialbindung „äußerst vage“ und staatliche Reglementierungen „sehr begrenzt“ waren.<sup>28</sup>

Bedeutend für die so charakterisierbare, ‚partiell-illiberale‘ Produktions- und Marktordnung wurden insbesondere die kollektive Organisation der Ar-

25 Abelshauser, *Freiheitlicher Korporatismus* (wie Anm. 11), S. 150.

26 Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte* (wie Anm. 10), S. 666.

27 Vgl. ebd., S. 662.

28 Vgl. Ambrosius, *Staat und Wirtschaftsordnung* (wie Anm. 24), S. 112.



beitsbeziehungen sowie die Kartelle, die „durch Verschiebung der Marktmacht und der Allokationsmechanismen eine neue Ordnung der Volkswirtschaft“<sup>29</sup> schufen. Letztere entwickelten sich neben dem öffentlichen Kammerwesen und privaten, nach Branchen, Regionen oder auf gesamtwirtschaftlicher Ebene organisierten Interessenverbänden von Handel, Industrie und Landwirtschaft. Aber nur weil der Staat in ihnen „legitime Sachwalter der Wirtschaft“<sup>30</sup> sah, konnten sie in das vielfältige System kollektiver Interessenvertretung integriert werden. Vor allem aber bot die so strukturierte Wirtschaft neben der legitimierten Kooperation eine Plattform für mannigfaltige personelle Verflechtungen bis zur Kumulation von Ämtern in Verbandsführung, politischer Repräsentation und Unternehmensleitung.<sup>31</sup>

Durch Gründung und Fusion waren seit der Reichsgründung zunächst industrielle Großunternehmen entstanden, die die Widrigkeiten des Marktes durch weitere Konzentration unter Kontrolle zu bringen versuchten. Von hier aus war es nur noch ein kleiner Schritt zum Zusammenschluss in Kartellen und Syndikaten zum Zweck der monopolistischen Preisgestaltung, der Produktionskontingentierung oder der Gebietsaufteilung für den Absatz. Auch wenn es unter den für 1905 festgestellten 385 Kartellen zahlreiche „Minimonopole“ ohne weitergehenden gesellschaftspolitischen Einfluss gab, darf ihr wirtschaftlicher Regulierungseffekt nicht unterschätzt werden.<sup>32</sup> Das liberale Wettbewerbsmodell, das maßgeblich von kleineren und mittleren Unternehmen getragen wird, wurde dadurch nämlich zunehmend ausgehöhlt. Von der Einflussnahme auf wirtschaftspolitische Entscheidungen abgesehen, war das Ziel auch dieser „Kryptoplanung betriebswirtschaftlicher und makroökonomischer Vorgänge“<sup>33</sup> Marktersatz und Marktkontrolle. Diesem Ansinnen schienen sich selbst Wirtschaftsliberale nicht zu widersetzen, zumindest betrachteten auch sie dieses als angemessene Antwort auf zeitgenössische Herausforderungen.<sup>34</sup> Überhaupt waren Öffentlichkeit und auch Wissenschaft trotz der marktbeherrschenden Zielrichtung kartellfreundlich eingestellt,<sup>35</sup> und selbst Exekutive und Legislative ließen die wettbewerbliche Ordnung ungeschützt. Mit seiner Grundsatzentscheidung von 1897 „räumte das Reichsgericht zudem die rechtlichen Bedenken gegen eine weitere Kartellierung aus; Kartellvereinba-

29 Abelschäuer, *Freiheitlicher Korporatismus* (wie Anm. 11), S. 158.

30 Vgl. Ambrosius, *Staat und Wirtschaftsordnung* (wie Anm. 24), S. 115.

31 Vgl. Hans-Ulrich Wehler: *Der Aufstieg des Organisierten Kapitalismus und Interventionismus in Deutschland*. In: Winkler (Hrsg.): *Organisierter Kapitalismus* (wie Anm. 12), S. 36-57, hier S. 41.

32 Vgl. Dieter Baudis/Helga Nussbaum: *Wirtschaft und Staat in Deutschland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1918/19*. Vaduz 1978, S. 76 f.

33 Wehler, *Aufstieg des Organisierten Kapitalismus* (wie Anm. 31), S. 40. Zuletzt auch wieder: Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, (wie Anm. 10), S. 666.

34 Vgl. Wehler, *Aufstieg des Organisierten Kapitalismus* (wie Anm. 31), S. 40.

35 Vgl. Abelschäuer, *Freiheitlicher Korporatismus* (wie Anm. 11), S. 157.

rungen waren seiner Meinung nach kein Verstoß gegen die Wettbewerbsfreiheit.“<sup>36</sup>

Allerdings hat das Reichsgericht mit einem Urteil von 1910 auch den kollektiven Arbeitsvertrag als Rechtsgut anerkannt und damit sowohl Tarifvertrag als auch Gewerkschaften als Interessenvertretung der Arbeitnehmer legitimiert. Damit galt nun auch für den Arbeitsmarkt eine kollektive Organisation, die spätestens im Ersten Weltkrieg durch Unternehmen und Staat Anerkennung fand und zu geregelten Tarifverhandlungen und Abschlüssen von Tarifverträgen mit den Arbeitgeberverbänden führte.<sup>37</sup> Damit war der Rahmen, in dem sich der bisher aus Wirtschaft und Staat bestehende Korporatismus künftig bewegen sollte, um einen weiteren Machtfaktor erweitert und der Pfad zum korporativen Tripartismus, so denn das privatkapitalistische Wirtschaftssystem erhalten bleiben konnte, vorgegeben.

Auf den so vorgezeichneten Bahnen vollzog sich auch die Organisation der Kriegswirtschaft. Während verschiedene, bereits länger vorbereitete gesetzliche Bestimmungen umgehend die militärische Mobilmachung,<sup>38</sup> daneben das Geldsystem betreffende Vorkehrungen<sup>39</sup> unmittelbar die Finanzierung des Krieges sicherstellen sollten, erfolgte die wirtschaftliche Mobilmachung, der Übergang zur Kriegswirtschaft, erst seit Oktober 1914. Die sich zu dieser Zeit bemerkbar machende Munitionskrise verdeutlichte bereits jetzt, dass der schnell ansteigende Bedarf an kriegswirtschaftlichen, noch dazu von an der veränderten Kriegsführung ausgerichteten, modifizierten Rüstungsgütern nicht allein den Mechanismen des Marktes überlassen bleiben konnte. Dies war umso weniger möglich, als sich der Markt als Koordinationsinstrument selbst durch die Nachfrage des Militärs und Eingriffe des Staates, beispielsweise durch dessen Einfluss auf die Preis- und Lohnpolitik, veränderte.<sup>40</sup>

Zum „Modellfall“<sup>41</sup> für den sich kriegsbedingt modifizierenden Korporatismus wurde zunächst die gleich im August 1914 im preußischen Kriegsministerium auf Initiative Wichard von Moellendorffs, einem Angestellten im Kabelwerk Oberspree der AEG in Berlin, und unter maßgeblichem Engagement Walther Rathenaus gegründete Kriegsrohstoffabteilung (KRA). Rathenau, der als Vorsitzender des AEG-Aufsichtsrats und nicht zuletzt durch seine Mitgliedschaft in einer Vielzahl weiterer Aufsichtsräte als ein führender Repräsentant der deutschen Industrie gelten kann, mit „ausgezeichneten“ Ver-

36 Ambrosius, *Staat und Wirtschaftsordnung* (wie Anm. 24), S. 116.

37 Vgl. Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte* (wie Anm. 10), S. 667.

38 Vgl. Momme Rohlack: *Kriegsgesellschaften (1914-1918). Arten, Rechtsformen und Funktionen in der Kriegswirtschaft des Ersten Weltkrieges*. Frankfurt am Main u. a. 2001, S. 19 f.

39 Peter Czada: *Ursachen und Folgen der großen Inflation*. In: Harald Winkel (Hrsg.): *Finanz- und wirtschaftspolitische Fragen der Zwischenkriegszeit*. Berlin 1973, S. 9-43, hier S. 11 f.

40 Vgl. hierzu insgesamt Hans-Peter Ullmann: *Politik im deutschen Kaiserreich 1871-1918*. München 1999, S. 44 ff. sowie: ders., *Kriegswirtschaft* (wie Anm. 23), S. 220 f., 224 und 227.

41 Gerd Hardach: *Der Erste Weltkrieg 1914-1918*. München 1973, S. 69.

bindungen auch zum Hof und Staatsapparat,<sup>42</sup> wurde schließlich vom preußischen Kriegsminister mit der Bildung der Kriegsrohstoffabteilung beauftragt.<sup>43</sup> Der KRA oblag die Bewirtschaftung der knapper werdenden Rohstoffe. Ihr unterstanden privatwirtschaftlich organisierte und sich im Eigentum der Industrie befindende Kriegsrohstoffgesellschaften, die den Ankauf kriegswichtiger Rohstoffe und deren Lagerung und Verkauf nach kriegswirtschaftlichen Erfordernissen durchführten. Mit zunehmender Verknappung kam die Forcierung der inländischen Rohstoffproduktion, die Requisition in den besetzten Gebieten sowie der Aufbau der Ersatzstoffproduktion einschließlich wissenschaftlicher Förderung hinzu.<sup>44</sup>

Inwiefern die Kriegsgesellschaften ihre öffentliche Aufgabe wahrnahmen, war formal kaum zu kontrollieren,

„weil auch das Personal der KRA sich weitgehend aus Wirtschaftskreisen (teilweise in der formalen Stellung von Reserveoffizieren) rekrutierte oder der Industrie jedenfalls nahestand. Rathenau war Industrieller, über seinen Nachfolger Major Koeth hieß es [...], daß er nicht nur von sich aus, sondern auch in der Auswahl seiner Mitarbeiter, zur Schwerindustrie neigte.“<sup>45</sup>

Ein Kennzeichen der Kriegswirtschaft des Ersten Weltkriegs mit Kontinuitätslinien zur Vorkriegszeit war somit bereits bis 1916 das „Konglomerat aus wirtschaftlicher Selbstverwaltung, traditioneller Einflußnahme und staatlicher Lenkung“<sup>46</sup> geworden, durch das Großunternehmen direkt bevorzugt und mittelständische Konkurrenten verdrängt oder sogar ausgeschaltet wurden.<sup>47</sup>

## Der tripartistische Kriegskorporatismus 1916 bis 1923/24

Mit dem Privateigentum an den Produktionsmitteln, dem damit verbundenen Streben nach Gewinnmaximierung und der Preisbildung auf – wenngleich unvollkommenen, weil unterschiedlich stark regulierten – Märkten blieben zwar weiterhin wichtige Merkmale der liberalen Marktwirtschaftsordnung erhalten.<sup>48</sup> Mit Blick auf die Machtverhältnisse im Staatsinneren wurde spätestens jedoch 1916 der Übergang von einer staatlich gelenkten zu einer militärischer

42 Vgl. Baudis/Nussbaum, *Wirtschaft und Staat* (wie Anm. 32), S. 262ff.

43 Hierzu immer noch maßgebend: Lothar Burchardt: *Walther Rathenau und die Anfänge der deutschen Rohstoffbewirtschaftung im Ersten Weltkrieg*. In: *Tradition* 15 (1970), Heft 4, S. 169-196. Vgl. auch: Gall, *Walther Rathenau* (wie Anm. 21), S. 175-197.

44 Vgl. Rohlack, *Kriegsgesellschaften* (wie Anm. 38), S. 60.

45 Hardach, *Erster Weltkrieg* (wie Anm. 41), S. 69 f.

46 Regina Roth: *Staat und Wirtschaft im Ersten Weltkrieg. Kriegsgesellschaften als kriegswirtschaftliche Steuerungsinstrumente*. Berlin 1997, S. 413.

47 Vgl. Kerkhof, *Von der Friedens- zur Kriegswirtschaft* (wie Anm. 15), S. 234 f.

48 Vgl. ebd., S. 417.

Befehlsgewalt untergeordneten, zumindest militärisch dominierten Kriegswirtschaft vollzogen.<sup>49</sup> Das drückt sich am augenfälligsten an einem der beiden Hauptakteure des korporativen Systems aus:

„Waren es bis Februar 1916 nur insgesamt 16 Kriegsrohstoffgesellschaften, so wuchs die deutsche Kriegswirtschaftsorganisation bis 1918 auf etwa 200 Kriegsgesellschaften und Kriegsausschüsse [...] an. Diese besaßen meist die Form einer Aktiengesellschaft oder GmbH, wobei Aktionäre bzw. Teilhaber zumeist große Industrieunternehmen und das Deutsche Reich waren. Das Reich war in der Geschäftsführung meist durch einen militärische Dienstabzeichen tragenden Kommissar vertreten.“<sup>50</sup>

Zunächst hatte sich Rathenau noch mit seinen nach wie vor auf der Marktfunktion und dem privaten Unternehmertum beruhenden Vorstellungen gegenüber den Tendenzen einer zentralen Lenkung der Kriegswirtschaft durch den staatlichen Apparat durchsetzen können. „Das Ganze war von den Bedürfnissen und Erfahrungen der Großindustrie her konzipiert und gedacht“,<sup>51</sup> auch wenn nicht wenige, zumal unter dem Eindruck durch staatlichen Eingriff entstandener „Zwangssyndikate“,<sup>52</sup> von „Kriegssozialismus“ oder „Zwangswirtschaft“ zu sprechen begannen.<sup>53</sup> Mit dem auf die Materialschlachten reagierenden, auf die weitere Steigerung der Rüstungsproduktion angelegten Hindenburg-Programm mussten staatliche Interventionen seit 1916 jedoch stark zunehmen. Zugleich wurden mit der Gründung des Kriegsamtes als Abteilung des preußischen Kriegsministeriums bis dahin zersplitterte Zuständigkeiten für Rohstoffe und Nahrungsmittel, für den Arbeitskräfteeinsatz sowie die Waffen- und Munitionsbeschaffung zentralisiert, „ohne die Rüstungsindustrie freilich zentral steuern zu können.“<sup>54</sup> Die Organisation der Kriegswirtschaft ließ aber nicht nur staatliche Interventionen, Bürokratisierung und weitere Zentralisierung zunehmen, vielmehr erforderte sie zugleich den Aufbau neuer Institutionen. Bei den hierfür notwendigen Leitungs- und Steuerungsprozessen war der Staat wiederum auf Fachleute aus der Wirtschaft angewiesen. „Der Krieg brachte Wirtschaft und Staat [also] in ein Nahverhältnis, wie

49 Vgl. hierzu insgesamt: Ullmann, *Politik im deutschen Kaiserreich* (wie Anm. 40), S. 44ff.; sowie: Ders., *Kriegswirtschaft* (wie Anm. 23), S. 220-232, hier S. 222 f.

50 Kerkhof, *Von der Friedens- zur Kriegswirtschaft* (wie Anm. 15), S. 225.

51 Gall, *Walther Rathenau* (wie Anm. 21), S. 183.

52 Vgl. Gerald D. Feldman: *Der deutsche Organisierte Kapitalismus während der Kriegs- und Inflationsjahre 1914-1923*. In: Winkler (Hrsg.): *Organisierter Kapitalismus*. (wie Anm. 12), S. 150-171, hier S. 158.

53 Vgl. die Artikel „Rationierung der Lebensmittel“, „Umstellung der Landwirtschaft“ und „Umstellung der Industrie“. In: *Handbuch der Politik*. Band 2: *Der Weltkrieg*. Berlin/Leipzig 1920, bes. S. 239, 243, 250.

54 Ullmann, *Kriegswirtschaft* (wie Anm. 23), S. 223.

es vor 1914 [...] undenkbar gewesen wäre [...] und das deshalb [schon bald] heftigen Streit über die Wirtschaftsordnung der Nachkriegszeit auslöste“.<sup>55</sup>

Vor allem aber glaubte die Oberste Heeresleitung als Initiator des Rüstungsprogramms auf eine totale Mobilisierung und damit zugleich eine Militarisierung der Arbeiterschaft nicht verzichten zu können. Konservative Industrielle unterstützten dieses Ansinnen, um über eine Aufhebung des Rechts auf freie Arbeitsplatzwahl Einfluss auf die Lohnhöhe nehmen zu können. Das von Reichsleitung und Reichstagsmehrheit in entschärfter Form als Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst umgesetzte Vorhaben brachte dann zwar eine Einschränkung der Freizügigkeit (wenngleich eine höhere Entlohnung als legitimer Grund für einen Wechsel des Arbeitsplatzes bestehen blieb),<sup>56</sup> verringerte dadurch die Fluktuation und konzentrierte Arbeitskräfte in kriegswichtigen Betrieben. Das Gesetz erwies sich aber kaum als geeignet, zusätzliche Arbeitskräfte, zumal Fachkräfte, zu mobilisieren. Obwohl die Waffen- und Munitionsproduktion bis zum Frühjahr 1918 fast verdoppelt werden konnte, wurde das Ziel einer ausreichenden Nahrungsmittelversorgung von Truppen und Bevölkerung nicht erreicht.<sup>57</sup> Wenn die mit dem Hilfsdienstgesetz verbundenen kriegswirtschaftlichen Anforderungen nicht erfüllt werden konnten, lag das anscheinend jedoch an den wenig effizient arbeitenden Kriegsrohstoffgesellschaften, mit denen sich die kriegswirtschaftliche Produktion nicht wie erhofft steuern und kontrollieren ließ, weil mit ihnen „das bürokratische Chaos und die chaotische Polykratie“ der Kriegswirtschaft zunahmen.<sup>58</sup>

Beim Zustandekommen des Hilfsdienstgesetzes war schließlich auf die Gewerkschaften Rücksicht genommen worden,<sup>59</sup> was „bahnbrechende Folgen für die Arbeitsbeziehungen“<sup>60</sup> mit sich bringen sollte: Neben anderen hatte der Leiter des Kriegsammtes und stellvertretende Kriegsminister, General Wilhelm Groener, die Unterstützung der Gewerkschaften für das Hilfsdienstgesetz nicht nur zur kriegswirtschaftlichen Mobilisierung aller Reserven, sondern auch zum Zweck der Aufrechterhaltung des sozialen Friedens als „unumgänglich notwendig“<sup>61</sup> erachtet. Die Freien Gewerkschaften, vertreten u.a. durch Carl Le-

55 Ullmann, Politik im deutschen Kaiserreich (wie Anm. 40), S. 102. Vgl. auch Ders., Kriegswirtschaft (wie Anm. 23), S. 222.

56 Vgl. Hardach, Erster Weltkrieg (wie Anm. 41), S. 76.

57 Vgl. Friedrich-Wilhelm Henning: Deutschland von 1914 bis zur Gegenwart. In: Wolfram Fischer u.a. (Hrsg.): Handbuch der Europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Bd. 6: Vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart. Stuttgart 1987, S. 416-481, hier S. 437.

58 Vgl. Wixforth, Gründung und Finanzierung von Kriegsgesellschaften (wie Anm. 20), S. 104 f.

59 Vgl. Hans-Joachim Bieber: Gewerkschaften in Krieg und Revolution. Arbeiterbewegung, Industrie, Staat und Militär in Deutschland 1914-1920. 2 Teile Hamburg 1981. Teil 1, S. 296ff.

60 Vgl. Ambrosius, Staat und Wirtschaft (wie Anm. 17), S. 74.

61 Vgl. Feldman, Deutscher Organisierter Kapitalismus (wie Anm. 52), S. 158.

gien, hatten wiederum auf Gegenleistungen für ihre Zugeständnisse bestanden. Bei ihren Forderungen wurden sie von gemäßigten Industriellen, aber auch besonnenen Militärs und Politikern unterstützt. Mit dem am 5. Dezember 1916 in Kraft getretenen Hilfsdienstgesetz wurden die Gewerkschaften deshalb zugleich als rechtmäßige Vertretung der Arbeiterschaft anerkannt und mit den Arbeitgeberverbänden gleichgestellt. Neben dieser machtpolitischen Aufwertung sah das Gesetz auf Drängen der Gewerkschaften zudem Arbeiterausschüsse vor, die „das ‚gute Einvernehmen‘ zwischen Arbeitern und Unternehmervertretern zu fördern“<sup>62</sup> hatten, wodurch es auch den Übergang zum Schlichtungswesen markiert.<sup>63</sup> Insofern begann sich das zunächst partiell korporative System des Kaiserreichs nunmehr zu einem „voll ausgebildeten“,<sup>64</sup> einem tripartistischen zu entwickeln.

1916, im Zusammenhang mit dem Vaterländischen Hilfsdienstgesetz, war es somit einerseits zu einem bis dahin beispiellosen, wenn auch evolutionär-kontinuierlich entwickelten Nahverhältnis von Wirtschaft und Staat gekommen, andererseits aber auch zu einer ebenso beispiellosen Annäherung zwischen Unternehmerverbänden und Gewerkschaften. Als mit der militärischen Niederlage dann auch noch ein revolutionärer, gegen das kapitalistische System gerichteter Staatsumsturz samt Bedrohung des freien Unternehmertums in den Bereich des Möglichen rückte, suchten schließlich auch die – sich bis dahin zurückhaltenden – Vertreter der Schwerindustrie das Gespräch mit den Gewerkschaften. Hatten zuvor insbesondere Wirtschaftsführer aus den jüngeren Branchen wie der Chemischen und der Elektrotechnischen Industrie eine ernsthafte Sozialpartnerschaft angestrebt, versuchten nun vor allem die Verantwortlichen aus der Schwerindustrie ein defensives, zweckgebundenes Bündnis zu verwirklichen. Den gemäßigten, sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaftsführern war dabei die Aufgabe zugeordnet, die radikalen Kräfte in reformerische Bahnen zu lenken. Zugleich sollte mit den Gewerkschaften noch vor Klärung der politischen Machtverhältnisse und an der alten kaiserlichen Staatsbürokratie vorbei eine Übereinkunft über die Form der zu gestaltenden Übergangs- und Friedenswirtschaft getroffen werden. Die Gewerkschaften hatten ihrerseits das Interesse, zum einen ihr Vertretungsmonopol angesichts drohender sozialistischer Arbeiterräte zu sichern, zum anderen wollten sie entscheidende Elemente der zukünftigen Wirtschafts- und Sozialordnung in ihrem Sinne festschreiben. Zum Zeitpunkt des Zusammenbruchs des politischen Systems hatten Gewerkschaften und Unternehmerverbände,

62 Vgl. Baudis/Nussbaum, *Wirtschaft und Staat* (wie Anm. 32), S. 287 f.

63 Vgl. Ludwig Preller: *Sozialpolitik in der Weimarer Republik*. Düsseldorf 1978, S. 72.

64 Ambrosius, *Staat und Wirtschaft* (wie Anm. 17), S. 77.

letztere vertreten durch Hugo Stinnes, ihre Vorstellungen von der zukünftigen Wirtschaftsordnung insofern bereits aufeinander abgestimmt.<sup>65</sup>

Die am 15. November 1918 unterzeichnete Vereinbarung über die „Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands“ (ZAG), nach den autorisierten Verhandlungsführern auch als Stinnes-Legien-Abkommen bezeichnet, sicherte den Freien Gewerkschaften ihre Anerkennung als Arbeitnehmervertretung schließlich förmlich zu. Durch dieses Vertretungsmonopol wurden die Gewerkschaften endgültig als Partner für den Abschluss kollektiver Tarifverträge anerkannt. Daneben ist den Gewerkschaften u.a. der Achtstundentag mit Lohnausgleich ebenso zugestanden worden wie die Einrichtung von Betriebsräten in allen Betrieben mit mehr als 50 Beschäftigten. Darüber hinaus erklärten sich die Industriellen bereit, ihre finanzielle Unterstützung der wirtschaftsfriedlichen und arbeitgeberfreundlichen „gelben“ Werkvereine zu beenden.<sup>66</sup> Im Gegenzug garantierte das Abkommen den Fortbestand der Arbeitgeberverbände selbst und mindestens ein Stillhalten, wenn nicht sogar eine partielle Unterstützung der Arbeitgebervertreter durch die Gewerkschaften bei den anstehenden Auseinandersetzungen um die Gestaltung der künftigen Wirtschaftsordnung. Die durch enorme Mitgliedergewinne gestärkten Freien Gewerkschaften verzichteten für eine solche Sozialpolitik nach ihren Vorstellungen auf die Forderung nach Sozialisierung des Privateigentums und stellten damit, ebenso wie die SPD auf parteipolitischer Ebene, die Weichen für eine bürgerliche Republik mit liberaler Wettbewerbsordnung.<sup>67</sup>

## Die Entstehung des ‚bipolar-konfliktgeladenen‘ Korporatismus

Eine wichtige, weil realwirtschaftliche Fakten setzende Rolle bei der grundsätzlichen Entscheidung über die Wirtschaftsordnung der neuen Republik spielte die wirtschaftliche Demobilmachung, die Umstellung der Wirtschaft von Kriegs- auf Friedensproduktion. Bereits Anfang November 1918, noch vor Ausbruch der Revolution und der Unterzeichnung des die Zentralarbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber und Arbeitnehmer konstituierenden Abkommens, hatten sich die Sozialpartner deshalb auf ein Demobilmachungskonzept geeinigt, dem noch von der kaiserlichen Regierung in unveränderter Form zu-

65 Vgl. Feldman, Deutsches Unternehmertum (wie Anm. 21), S. 100-127; sowie insgesamt auch: Ders., Irmgard Steinisch: Industrie und Gewerkschaften 1918-1924. Die überforderte Zentralarbeitsgemeinschaft. Stuttgart 1985.

66 Vgl. Friedrich Zunkel: Industrie und Staatssozialismus. Der Kampf um die Wirtschaftsordnung in Deutschland 1914-1918. Düsseldorf 1974. S. 192 f.; Preller, Sozialpolitik (wie Anm. 63), S. 52 ff.

67 Vgl. Baudis/Nussbaum, Wirtschaft und Staat (wie Anm. 32), S. 337 f.



gestimmt wurde. Laut Bundesratsverordnung über die wirtschaftliche Demobilmachung vom 7. November 1918 sollte dem Reichskanzler eine zentrale Rolle bei der wirtschaftlichen Demobilmachung zukommen, auch wenn die Delegation von Kompetenzen an eine von ihm zu bestimmende Stelle vorgesehen war.<sup>68</sup> Tatsächlich aber wurden dann alle wichtigen Fragen der Wirtschaftspolitik, einschließlich der Vorbereitung von Verordnungen, von dem Leiter des Demobilmachungsapparates mit dem Zentralausschuss der ZAG beraten. Dabei hatte die ZAG nicht nur das Demobilmachungskonzept initiiert. Mit dem Erlass des Rates der Volksbeauftragten wurde vielmehr auch auf ihren Vorschlag hin der bisherige Leiter der Kriegsrohstoffabteilung im Kriegsamt, Oberstleutnant Joseph Koeth, mit der Leitung des neu geschaffenen Demobilmachungsamtes betraut. Dieser hat dann, abweichend von der gesetzlich vorgegebenen Überführung des Wirtschaftslebens in den Frieden, seine Aufgabe in der Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens während der wirtschaftlichen Demobilmachung gesehen, was für ihn gleichbedeutend mit der Erhaltung des bestehenden Wirtschaftssystems war. Nach Koeths Überzeugung hätte nämlich ein Wechsel des Wirtschaftssystems während der Demobilmachung zu einem Zusammenbruch aller wirtschaftlichen Aktivitäten geführt.<sup>69</sup>

Um die Kontinuität des kapitalistischen Wirtschaftssystems wahren zu können, stand die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, Kleidung und Wohnraum, besonders aber die Bekämpfung und Vermeidung von Arbeitslosigkeit im Vordergrund der Demobilmachungspolitik. Dabei stellten Notstandsarbeiten wie auch Erwerbslosenfürsorge die zentralen Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dar, daneben sollte die Lage auf dem Arbeitsmarkt durch die sofortige Kürzung der Arbeitszeit ohne Lohn- oder Gehaltseinbußen entspannt werden. Um weitergehende revolutionäre Unruhen zu vermeiden, sind zur Aufrechterhaltung der Produktion verschiedene Elemente der kriegswirtschaftlichen Planwirtschaft beibehalten worden. Aus sozialpolitischen Gründen galt für die privaten Betriebe zudem die Pflicht zur größtmöglichen Arbeitsstreckung an Stelle des Ziels der Optimierung des Produktionsergebnisses. Statt einer dem privatwirtschaftlichen System immanenten kapitalintensiven, kosten- und arbeitssparenden Produktionsweise war demnach eine extensiv angelegte, auf dem verstärkten Einsatz von Arbeitskräften beruhende Fertigung anvisiert.<sup>70</sup> Im Interesse von öffentlicher Ruhe und Ordnung erfolgte die Umstellung von der Kriegs- auf die Friedensproduktion jedoch nicht abrupt. Der Preis dafür bestand in einer anhaltenden Subventionierung der Industrie in Form fortbestehender Staatsaufträge, wengleich auch unter

68 Vgl. Zunkel, *Industrie und Staatssozialismus* (wie Anm. 66), S. 182ff.

69 Vgl. Heike Knortz: *Wirtschaftliche Demobilmachung 1918/22. Das Beispiel Rhein-Main-Gebiet*. Frankfurt am Main u.a. 1992, S. 23 f.; sowie, sehr ausführlich: Baudis/Nussbaum, *Wirtschaft und Staat* (wie Anm. 32), S. 342-355.

70 Vgl. hierzu insgesamt: Knortz, *Wirtschaftliche Demobilmachung* (wie Anm. 69).



veränderter, Gewinn ausschließender Preisbemessung.<sup>71</sup> War der Staat während des Ersten Weltkriegs zum Hauptkunden der Industrie geworden, blieb er so

„auch in der Demobilmachungs- und Übergangszeit [...] ein Hauptauftraggeber und Motor der Wirtschaft. [...] Waren es früher Syndikate und Interessenverbände, die die Mittel des Staates zu nutzen suchten, um ihre Ziele zu verwirklichen, so benutzte nun der Staat diese Organisationen [...] dazu, Vorräte zu verteilen, die Produktion zu organisieren und die Kontrolle von Valuta und Außenhandel durchzuführen.“<sup>72</sup>

Mit dieser Strategie konnte ein ehemals im Dienst des kaiserlichen Reiches stehender Offizier entscheidenden Einfluss auf die Wirtschaftspolitik ausüben und auf die Entscheidung über die Wirtschaftsordnung der neuen Republik einwirken.

Immerhin konkurrierten 1918/19 im Deutschen Reich drei verschiedene ordnungspolitische Alternativen miteinander: das sozialistische Modell der Rätebewegung, die Ordnung einer liberalen, auf dem Privateigentum beruhenden Marktwirtschaft sowie das Konzept der Gemeinwirtschaft. Die spätestens jetzt divergierenden Vorstellungen zur Gemeinwirtschaft sind bereits während des Ersten Weltkrieges einerseits von Walther Rathenau, andererseits aber vor allem von Wichard von Moellendorff entwickelt worden.<sup>73</sup> Von Moellendorffs 1916 publizierte Denkschrift „Deutsche Gemeinwirtschaft“ beschreibt ein zwischen kapitalistischer Marktwirtschaft und sozialistischer Zentralverwaltungswirtschaft anzusiedelndes Wirtschaftsmodell, in dem unter Beibehaltung privaten Eigentums wirtschaftliche Abläufe von Räten und Fachgremien gesteuert werden sollen.

„Der im Kriege versagenden liberalen Privat- und Weltwirtschaft [...] stellte er die [...] Wirtschaftsordnung der ‚Gemeinwirtschaft der Militärs‘ gegenüber, bei der sich öffentliche Leitung und selbstverantwortliche Mitarbeit wirtschaftlicher Fachleute miteinander verbanden.“<sup>74</sup>

Die Kriegsrohstoffabteilung, das Kriegsamt und das künftige Demobilmachungsamt waren nach dieser Vorstellung „Modelle für eine dauernde staatliche Kontrolle der Wirtschaft oder für die Durchführung bestimmter gesellschaftlicher Zielvorstellungen“.<sup>75</sup> Nach Ausrufung der Republik wurde von

71 Vgl. ebd., S. 130ff.

72 Feldman, *Deutscher Organisierter Kapitalismus* (wie Anm. 52), S. 158.

73 Vgl. Burchardt, *Walther Rathenau und die Anfänge der deutschen Rohstoffbewirtschaftung* (wie Anm. 43), S. 189. Zu den gemeinwirtschaftlichen Vorstellungen Rathenaus vgl. Gall, *Walther Rathenau* (wie Anm. 21), S. 197-212.

74 Zunkel, *Industrie und Staatssozialismus* (wie Anm. 66), S. 60.

75 Feldman, *Deutscher Organisierter Kapitalismus* (wie Anm. 52), S. 160.

Moellendorff unter dem sozialdemokratischen Rudolf Wissel Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsamt; zugleich wurde das Gemeinwirtschaftsmodell zur verbindlichen Konzeption des späteren Reichswirtschaftsministeriums.<sup>76</sup>

Da jedoch das Reichsamt für wirtschaftliche Demobilmachung an Stelle des Reichswirtschaftsamtes zur zentralen Wirtschaftsbehörde geworden war, konnte sich Koeth mit seiner Politik gegen das Konzept einer gemeinwirtschaftlich organisierten Wirtschaft ebenso durchsetzen wie gegen die sozialistische Alternative mit weitergehenden Sozialisierungsbestrebungen. Da es zwischen den beiden Reichsämtern und späteren Ministerien, aber auch mit dem Reichsschatzamt und dem Reichsernährungsamt zu Auseinandersetzungen über die Verfassung der Wirtschaft gekommen war, ersuchte Koeth bereits im Frühjahr 1919 um die Auflösung seines Ministeriums. Schon jetzt aber waren wichtige Fakten für eine Anknüpfung an die ordnungspolitische Variante des Kaiserreiches und die Aufrechterhaltung der privaten Eigentumsrechte an den Produktionsmitteln geschaffen, obgleich rechtliche Anordnungen, die die Demobilmachung betrafen, erst Ende März 1922 ihre Gültigkeit verloren und die wirtschaftliche Demobilmachung formal erst zwei Jahre später, mit der Abschaffung der Ämter der Demobilmachungskommissare, beendet wurde.<sup>77</sup>

Als die ordnungspolitische Entscheidung gefallen war und das privatkapitalistische Wirtschaftssystem aus Sicht der Industriellen konsolidiert schien, kündigte sich im Streit um die Arbeitszeit spätestens 1923 das Scheitern der ZAG an, die zu Beginn des Jahres 1924 formal mit dem Austritt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zerbrach. Obwohl von den Arbeitgeberverbänden unter dem Eindruck der revolutionären Verhältnisse bereits in der Vereinbarung über die zu errichtende Zentralarbeitsgemeinschaft am 15. November 1918 zugestanden, hatten sich die Fronten nach der gesetzlichen Einführung des Achtstundentages mit Lohnausgleich sehr schnell verhärtet. Sie manifestierten sich spätestens mit der – den Zehnstundentag anvisierenden – Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923, mit der die Reichsregierung den vorangeschrittenen Bruch mit dem Achtstundentag sanktionierte, um letztlich im Ruhreisenstreit von 1928 in einem Sieg der Arbeitgeberschaft über die staatliche Arbeitszeitregelung zu gipfeln.<sup>78</sup>

Mit der konjunkturellen Stabilisierung in den 1920er Jahren wandte sich insbesondere die Schwerindustrie immer deutlicher von den 1918 gegebenen Konzessionen ab, sprach sich von nun an nicht nur deutlich gegen den Achtstundentag, sondern auch systematisch gegen jedwede weitere soziale Reform

76 Vgl. Zunkel, *Industrie und Staatssozialismus* (wie Anm. 66), S. 205 f.

77 Vgl. Knortz, *Wirtschaftliche Demobilmachung* (wie Anm. 69), S. 25, 28 und 32.

78 Vgl. Heike Knortz: *Arbeitszeit als Konfliktpotential. Zum Problem sinkender „Arbeitsintensität“ in der frühen Weimarer Republik*. In: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 2004/1, S. 175-193, hier S. 175.

aus, so dass die Konflikte in der Folge eskalieren mussten. Der Fortbestand des marktwirtschaftlichen Systems und der bürgerlichen Gesellschaftsform als Erfolg des tripartistischen Kriegskorporatismus wird im historischen Rückblick auf die Weimarer Zeit hiervon überschattet, da politischer Konsens und sozialer Frieden bis 1933 infolge problematischer industrieller Beziehungen gestört blieben.<sup>79</sup> Teile der Industrie versuchten somit, den unter dem Eindruck des Ersten Weltkriegs endgültig zu einem tripartistischen mutierten Korporatismus zu bekämpfen. Allerdings schien unter den veränderten politischen Rahmenbedingungen auch der Rückgriff auf den bipolaren Korporatismus des Kaiserreichs nicht mehr möglich, hatten doch die Ereignisse die ehemals „verhältnismäßig harmonischen Beziehungen“<sup>80</sup> zwischen Industrie und Staat zerstört. Der Staat schien nun sogar die Interessen der Arbeitnehmer zu vertreten und damit die Gewichte innerhalb des korporativen Systems zu verschieben, das allerdings auch darüber hinausgehende Konflikte nicht mehr zu befrieden vermochte. Denn die „zentrifugalen“ Interessen innerhalb der Industrie „zwischen Produktions- und Verbrauchsgüterindustrien, ‚älteren‘ wie der Schwer- und ‚jüngeren‘ wie der Chemischen Industrie, Centralverband deutscher Industrieller und Bund der Industriellen, usw.“<sup>81</sup> blieben ebenfalls bestehen, wenn sie sich nicht sogar verhärteten.

Die Bewertung des auf den Kriegskorporatismus folgenden Systems fällt entsprechend indifferent aus. Werner Abelshäuser beispielsweise betont die bis vor die Gründung des Kaiserreichs zurückreichenden Kontinuitätslinien, da das System des Interessenausgleichs nach wie vor korporativ geprägt gewesen sei, obschon sich sein Gewicht zunehmend auf den Staat verlagert habe. Der wachsende staatliche Einfluss wiederum, beispielsweise in Form der Zwangsschlichtung, sei nötig geworden, weil sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer selbst kaum noch bei Tarifaufinandersetzungen über die Lohnhöhe hätten einigen können.<sup>82</sup> Mit Blick auf das Verhältnis von Wirtschaft und deutschem Staat im Ersten Weltkrieg erscheint indessen ein Urteil in Anlehnung an Gerald D. Feldman begründeter: Demnach markierte die Zäsur von 1923/24 das Ende der Revolution, die für die Industriellen jedoch nicht 1918, sondern bereits 1914/16 begonnen hatte.

„In der Zeit der Stabilisierung und ‚Sanierung‘ von 1924-25 festigte die Industrie ihre Ideologie, und es folgte ein ständiger Kampf gegen ‚Löhne, soziale Lasten und Steuern‘. Der Erfolg der Industriellen war nicht vollständig, aber er war groß genug, um die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Weimarer Republik im allgemeinen [sic!] zu bestimmen.“<sup>83</sup>

79 Vgl. hierzu auch: Eberhard Kolb: Die Weimarer Republik. 6. Aufl. München 2002, S. 90ff.

80 Feldman, Deutscher Organisierter Kapitalismus (wie Anm. 52), S. 159.

81 Ebd., S. 157.

82 Vgl. Abelshäuser, Freiheitlicher Korporatismus (wie Anm. 11), S. 163.

83 Feldman, Deutscher Organisierter Kapitalismus (wie Anm. 52), S. 165.

An den korporativen Tripartismus von 1916 bis 1923/24 konnte so erst wieder nach 1945 angeschlossen werden.

## Resümee

Entgegen der eingangs zitierten Annahme stellt der seit 1916 ausgebildete Kriegskorporatismus keinen „scharfen Bruch“, keinen Strukturbruch im Hinblick auf die Organisierung des privatkapitalistischen Systems in Deutschland dar. Schon vor dem Ersten Weltkrieg, mindestens seit 1895, hatte der Korporatismus vielmehr bereits „für wesentliche Gestaltungsformen der deutschen Industriewirtschaft des 20. Jahrhunderts die Richtung vorgegeben und zugleich charakteristische Muster des Zusammenspiels von Wirtschaft und Politik entwickelt.“<sup>84</sup> Ebenso war der Weg zum korporativen Tripartismus schon vor Beginn des Ersten Weltkriegs eingeschlagen, dann aber 1916 auch von den Akteuren des bisherigen bipolaren Systems forciert worden. Aus dieser Perspektive markiert eher das Auseinanderbrechen der Zentralarbeitsgemeinschaft 1923/24 eine Zäsur.

Die Tatsache, dass der Kriegskorporatismus in Form des tripartistischen Systems zunächst nur bis 1923/24 bestehen konnte, weil die unter dem Eindruck der militärischen Niederlage gerade erst organisatorisch formierte Sozialpartnerschaft 1923/24 schon wieder aufgekündigt wurde, lässt die Nachkriegszeit als Transformationsphase begreifen, als Übergang vom spätliberalen Wirtschaftssystem des 19. Jahrhunderts zum interventionistischen des 20. Jahrhunderts.<sup>85</sup> Auch wenn sich der Tripartismus während der Weimarer Transformationsphase als äußerst konfliktreich gestaltete, stellt der 1916 eingeschlagene Weg dennoch keine „unerwartete Gewichtsverschiebung im Verhältnis von Staat, Wirtschaft und Arbeit“ dar.

Langfristiges, erst nach 1945 in der Bundesrepublik zur vollständigen Entfaltung kommendes Resultat des Ersten Weltkriegs war damit die vollständige „Integration der organisierten Arbeiterschaft in die sozio-ökonomische Struktur, wobei dem Staat in der [unmittelbaren] Folgezeit die Verpflichtung oblag, Kapital und Arbeit zu befrieden.“<sup>86</sup> Diese Befriedung konnte im Rahmen der bis 1932 bestehenden Wirtschaftsordnung kaum gelingen, da die Gewerkschaften zunehmend den Schutz des Staates vor der „Diktatur des Marktes“ in Anspruch nahmen,<sup>87</sup> während führende Kreise der Industrie schon bald zu

84 Jaeger, *Geschichte der Wirtschaftsordnung* (wie Anm. 6), S. 117.

85 Vgl. Ambrosius, *Staat und Wirtschaftsordnung* (wie Anm. 24), S. 123 und 129.

86 Feldman, *Deutscher Organisierter Kapitalismus* (wie Anm. 52), S. 166.

87 Vgl. Abelshausen, *Freiheitlicher Korporatismus* (wie Anm. 11), S. 163.

verhindern suchten, dass der „staatlich unterstützte Kapitalismus zu einem vom Staat gesteuerten und kontrollierten Kapitalismus wurde.“<sup>88</sup>

Und auch der Blick auf die Produktions- und Marktverfassung legt Kontinuitäten offen, denn schon vor Beginn des Ersten Weltkriegs war die Wirtschaftsordnung des Deutschen Kaiserreichs eine zumindest partiell illiberale, in der die wettbewerbliche Ordnung ungeschützt war und das maßgeblich von kleineren und mittleren Unternehmen getragene liberale Wettbewerbsmodell dadurch zunehmend ausgehöhlt wurde. Wenn nun während der Weimarer Republik die Wirtschaftsordnung trotz des politischen Systemwechsels eine liberale Marktverfassung blieb, so fehlte doch nach wie vor ein

„ordnungspolitisches Instrument, das den Wettbewerb und damit das konstituierende Prinzip dieser Marktverfassung schützte [...]. Die 1923 erlassene Kartellverordnung taugte jedenfalls nicht dazu [...]. Der Staat tat weniger bei der Erhaltung der Wettbewerbsordnung als bei ihrer Ausschaltung. An den Kohle- und Kalisyndikaten, die nach gescheiterten Sozialisierungsversuchen ausgebaut wurden, war er entscheidend beteiligt. Die im Krieg stark ausgeweitete öffentliche Wirtschaftsagiere [...] alles andere als wettbewerbsfördernd, und [...] die Außenwirtschaftsordnung [blieb] durch protektionistische Züge geprägt.“<sup>89</sup>

Indem Wettbewerb wenn schon nicht ver-, so doch behindert worden ist, wurden aber auch dessen gesellschaftspolitisch fruchtbare Funktionen ausgeschaltet, darunter so wichtige wie die Generierung von Produkt- und Prozessinnovationen. Das ist insofern überraschend, als neben anderen Joseph Alois Schumpeter gleich nach der Veröffentlichung im Januar 1918 Kritik an Rathenaus gemeinwirtschaftlichen Vorstellungen geübt hatte. Dessen Vorstellungen<sup>90</sup> von der wirtschaftlichen Entwicklung und dem dynamischen Unternehmer schienen sich in der folgenden Zeit – zumindest in der akademischen Welt und bei der Entscheidung über die künftige Wirtschaftsverfassung – zudem durchzusetzen. Schumpeter betonte nämlich

„nachdrücklich die Rolle von ‚dynamischen Unternehmern‘, von denen der nicht steuerbare Prozeß der [...] wirtschaftlichen Entwicklung abhängt, da nur sie in der Lage seien, Innovationen durchzusetzen und mit dem technischen Fortschritt neues wirtschaftliches Wachstum in Gang zu bringen. Hingegen werde ein solches Wachstum, von dem die Volkswirtschaft zentral abhängig sei, [...] vor allem durch die Verstärkung der Rolle des Staates entscheidend gebremst.“<sup>91</sup>

88 Feldman, *Deutscher Organisierter Kapitalismus* (wie Anm. 52), S. 153.

89 Ambrosius, *Staat und Wirtschaft* (wie Anm. 17), S. 7; erneut auch wieder: Ders., *Staat und Wirtschaftsordnung* (wie Anm. 24), S. 126 f.

90 Vgl. Kerstin Burmeister: *Die Vorstellungen Joseph Alois Schumpeters vom dynamischen Unternehmer*. In: Francesca Schinzinger (Hrsg.): *Unternehmer und technischer Fortschritt. Bänder Forschungen zur Sozialgeschichte 1994 und 1995*. München 1996, S. 23-31, hier S. 23.

91 Gall, *Walther Rathenau* (wie Anm. 21), S. 205 f.

Innerhalb der Wirtschaftshistoriographie wird die Weimarer Volkswirtschaft als eine überforderte diskutiert, in der die sozialpolitischen Ansprüche das zu verteilende Sozialprodukt überstiegen. Das war nicht nur Folge zu hoher Ansprüche, sondern auch des deutlich abgeschwächten ökonomischen Strukturwandels, der in zu geringem Maße Wachstum und damit Einkommen generierte.<sup>92</sup> Ein Grund hierfür dürfte auch in der fehlenden Wettbewerbspolitik zu suchen sein, die in Folge des ökonomische Strukturen deformierenden Ersten Weltkriegs notwendiger war denn je. Aber die Idee vom „Wettbewerb als staatlicher Veranstaltung“<sup>93</sup> wurde offensichtlich erst einige Zeit später formuliert und, ebenso wie der korporative Tripartismus, erst nach 1945 konzeptionell mit der sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik umgesetzt.<sup>94</sup> Die anhaltende wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem konfliktreichen Verhältnis von Weimarer Staat, Wirtschaft und Arbeit verschafft diesem entsprechende, im Vergleich zur fehlenden Wettbewerbspolitik vielleicht deutlich überbewertete historiographische Bedeutung. Es läge an der Liberalismusforschung, die sich im korporativen Tripartismus ausdrückende vermeintliche Gewichtsverschiebung angesichts seiner strukturellen Wurzeln im Deutschen Kaiserreich einmal zu vernachlässigen und stärker auf mögliche frühe ordoliberalen Vorstellungen<sup>95</sup> im Hinblick auf das Verhältnis von Wirtschaft, Staat und Wettbewerb bzw. Wettbewerbspolitik zu fokussieren. Der 100. Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkriegs könnte den Anlass dazu liefern, die Zeit zwischen 1916 und 1923/24 diesbezüglich einmal genauer zu beleuchten.

92 Vgl. hierzu den zusammenfassenden Überblick bei: Heike Knortz: *Wirtschaftsgeschichte der Weimarer Republik*. Göttingen 2010, S. 29-34 u. 157-199.

93 Leonhard Miksch: *Wettbewerb als Aufgabe. Grundsätze einer Wettbewerbsordnung*. 2. Aufl. Godesberg 1947, S. 11 f. Die erste Auflage erschien bereits 1937.

94 Vgl. hierzu insgesamt: Joachim Starbatty: *Ordoliberalismus*. In: Otmar Issing (Hrsg.): *Geschichte der Nationalökonomie*. 4. Aufl. München 2002, S. 251-270.

95 Einen hervorragenden Ausgangspunkt für zeitlich noch weiter zurückliegende Arbeiten zur Theorie der Wirtschaftsordnung bietet beispielsweise: Hans Gestrich: *Liberalismus als Wirtschaftsmethode*. Berlin 1930, bes. S. 10 f., 25 f. und 42.



## „Peace Party at War“? Die britischen Radikalliberalen und der Große Krieg

Die eigene Kriegserklärung an Deutschland vom 4. August 1914 erwischte die britischen Liberalen in der Presse, im Unterhaus und sogar im Kabinett kalt. Noch am 31. Juli konnte Schatzkanzler David Lloyd George keinen Minister im Kabinett ausmachen, der für eine Kriegsbeteiligung Englands stimmen würde, und auch Lewis Harcourt vermerkte, „dass dieses Kabinett niemals in diesen Krieg eintreten werde“.<sup>1</sup> Selbst in der morgendlichen Sitzung des 2. August, als bereits die Meldungen von der deutschen Kriegserklärung an Russland durchgesickert waren, lehnte die Mehrzahl der Kabinettsmitglieder eine britische Beteiligung auch zur Wahrung der belgischen Neutralität noch ab.<sup>2</sup> In den Zusammenkünften der Regierung im Juli dominierten zum einen weiterhin die Irlandfrage sowie zum anderen die anhaltende Finanzkrise die Tagesordnung. Für Lloyd George stand deshalb gerade mit dem Blick auf Letzteres fest, dass sowohl der britische Handel als auch die Londoner Finanzwelt „jede Möglichkeit einer britischen Teilnahme an kontinentalen Konflikten verabscheuten“. Die Wirtschaftsführer, so hätten Befragungen ergeben, würden massive Einbrüche in der Wirtschaftsleistung, Werksschließungen, Massenarbeitslosigkeit und im schlimmsten Falle sogar eine Revolution befürchten.<sup>3</sup> Der Schatzkanzler trat deshalb besonders vehement gegen eine Kriegsbeteiligung auf. In seinem bekannten, aber bis heute viel zu wenig beachteten Memorandum on Resignation bestätigte Lord President John Morley,

- 1 Cameron Hazlehurst, *Politicians at War July 1915 to May 1915*, London 1971, S. 63; David Lloyd George: *Memoirs*. Bd. 1 London 1938, S. 32-54. Lewis Harcourt, *Cabinet Notes*, 31.7.1914, Vormittagssitzung (11 Uhr). NL Harcourt, Bodleian Library Oxford (künftig zit. als: BOD) noch unverzeichnet. Ich danke dem Archivar Colin Harris für seine Unterstützung und eine Kopie dieser wichtigen Quelle.
- 2 Nicholas A. Lambert: *Planning Armageddon. British Economic Warfare and the First World War*. Harvard 2012, S. 195.
- 3 Ebd. S. 193; Lloyd George glaubte „the delicate financial cobweb was likely to be torn to shreds by the rude hand of war“. David Lloyd George: *War Memoirs*. Bd. 1. London 1933, S. 62.



wie sehr das Kabinett zunächst gegen jegliche Intervention eingestellt war.<sup>4</sup> Selbst Premier Henry Herbert Asquith und Marineminister Winston Churchill, die neben Außenminister Edward Grey gemeinhin als die stärksten Befürworter einer englischen Beteiligung zählten, fürchteten zunächst vornehmlich „das Chaos in der Londoner Finanzwelt“.<sup>5</sup> Das einflussreiche liberale Wochenblatt Henry Massinghams, *The Nation*, unterstrich noch in seiner Samstagsausgabe am 1. August, dass es „niemals eine Krise in der jüngeren Vergangenheit gegeben habe, in der die britische Öffentlichkeit so einmütig gegen einen Krieg gestimmt“ gewesen sei.<sup>6</sup> Und das Parlament hatte nach der spontanen Kondolenzbezeugung nach dem Attentat von Sarajewo<sup>7</sup> die daraus folgende internationale Krise überhaupt erst vier Wochen später, am 27. Juli, wieder auf seiner Agenda gehabt, ohne bis dahin auch nur im Entferntesten die Möglichkeit einer kriegerischen Verwicklung im Plenum zu erörtern.<sup>8</sup>

Angesichts der internationalen Krisenfrequenz seit der Jahrhundertwende verwundert dieser fliegende Kaltstart in den Krieg. Ja, die Geschichte des Niedergangs der britischen Liberalen,<sup>9</sup> für die gerade die internationale Vermittlung und der Friede seit jeher zu den wesentlichen politischen Grundpfeilern gehört hatten, erscheint aus der Rückschau beinahe tragisch und untrennbar mit dem plötzlichen Schwenk zum Krieg am ersten Augustsonntag 1914 zu-

- 4 John Morley, Memo on Resignation, August 1914, NL Morley, BOD, MS. Eng.d.3584, fols. 41-65; Das "Morley Memorandum", welches in leicht überarbeiteter und um weitere Schreiben ergänzter Form 1928 veröffentlicht wurde, findet sich weder unter Gerd Krumeichs vermeintlichen „50 Schlüsseldokumenten zur Julikrise“, noch in den ansonsten so wertvollen Quellenspublikationen von Imanuel Geiss oder Erwin Hölzle. Lediglich Annika Mombauer hat zuletzt einen sehr verkürzten Auszug der Denkschrift in ihrer Quellenedition präsentiert. John Morley, Memorandum on Resignation. London 1928. Vgl. Gerd Krumeich: Juli 1914. Eine Bilanz. Paderborn 2013; Imanuel Geiss (Hg.): Juli 1914. Die europäische Krise und der Ausbruch des Ersten Weltkriegs. München 1965; Erwin Hölzle (Hg.): Quellen zur Geschichte des Ersten Weltkrieges. Internationale Dokumente, 1901-1914. Darmstadt 1978; Annika Mombauer (Hg.): The origins of the First World War. Diplomatic and military documents. Manchester 2013, Nr. 259, S. 389-391.
- 5 Zit. nach: Michael und Elenor Brock (Hg.): H.H. Asquith—Letters to Venetia Stanley. Oxford 1985, S. 139, Anm. 3; Churchill an Clementine, 31.7.1914, zit. nach: Mary Soames (Hg.): Churchill and Clementine – The Personal Letters of the Churchills. London 1998, S. 97.
- 6 Events of the Week, *The Nation*, 1.8.1914, S. 653. Zur Bedeutung der *Nation* als Sprachrohr der britischen Liberalen vgl. die fundierte Analyse Heinz-Joachim Müllenbrocks: Literatur und Zeitgeschichte in England zwischen dem Ende des 19. Jahrhunderts und dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Hamburg 1967, S. 114ff.; vgl. Andreas Rose: Zwischen Empire und Kontinent. Britische Außenpolitik vor dem Ersten Weltkrieg, München 2011, bes. S. 557-566.
- 7 Unterhaus, 30.6.1914, Hansard, Parliamentary Debates, Bd. 64, Sp. 214-216; Lords, Sp. 459-461.
- 8 Sieh z. B. die Rede Arthur Ponsonbys im Unterhaus am 10.7.1914, ebd. Sp. 1397.
- 9 Vgl. George Dangerfield: The Strange Death of Liberal England. New York 1935, Chris Cook: The Age of Alignment. London 1975; Trevor Wilson: The Downfall of the Liberal Party 1914-35. London 1966; Roy Douglas: The History of the Liberal Party, 1895-1970. London 1971.

sammenzuhängen.<sup>10</sup> Hatte sich gerade die radikalliberale Mehrheit innerhalb der Partei mit den seit den 1880er Jahren anhaltenden Forderungen von „Peace, Retrenchment und Reform“,<sup>11</sup> ihrer Kritik gegen den Burenkrieg bei den „Khaki-Wahlen“ von 1900 sowie nach einer generellen Abrüstung zugunsten sozialer Reformen in den Vorkriegsjahren wiederholt den Zorn großer Teile der nationalistisch-imperialistischen Öffentlichkeit wie der Tories zugezogen,<sup>12</sup> so sollten die Liberalen nach der 1916 folgenden Koalitionsregierung ausgerechnet unter Leitung David Lloyd Georges nie wieder eine englische Regierung anführen. Während die ältere Parteienforschung nach der Arbeit George Dangerfields zum *Strange Death of Liberal England* den Niedergang der britischen Liberalen bereits lange vor 1914 angelegt gesehen haben,<sup>13</sup> so hat Trevor Wilson vor allem den Krieg selbst hervorgehoben und die Partei als „ailing men run down by the bus of war“ beschrieben.<sup>14</sup> Jüngere Parteiforscher heben deshalb inzwischen zurecht die relative Stärke der Liberalen bis 1914 hervor – die wiederholt überwundenen Spaltungsgefahren seit den 1880er Jahren, die Wahlsiege von 1906 und 1910 sowie die starke Reformpolitik trotz aller öffentlichen Kritik.<sup>15</sup>

Für die historische Außenpolitikforschung galt die Kriegsentscheidung ausgerechnet einer liberalen Regierung lange als weitgehend unproblematisch. Nicht zu Unrecht wird dabei auf die *Midlothian Campaign* William Gladstones und dessen liberalen Interventionismus hingewiesen.<sup>16</sup> Die Liberalen waren schließlich per se keine Pazifisten. Schließlich hatte kein geringerer als Lord Palmerston, alias „Lord Firebrand“, die erste Regierung der 1859 neu geformten Liberal Party angeführt. Militärische Interventionen gehörten für sie selbstverständlich zum politischen Repertoire als Regierungspartei eines Empire. Gleichwohl agierten die Liberalen stets mit viel größerer Vorsicht als die Konservativen, wenn es um den *casus belli* auf dem Kontinent ging. Nicht umsonst

10 Wilson, *Downfall* (wie Anm. 9), S. 18.

11 “Peace, Retrenchment, Reform [...] all of these words [...] are connected with the promotion of human happiness”, Gladstone’s second *Midlothian* speech (1879), zit. nach: M.R.D. Foot (Hg.): *W.E. Gladstone, Midlothian Speeches*. Leicester 1971, S. 90.

12 Vgl. etwa: Charles Trevelyan an Lloyd George, 6.1.1914, NL Lloyd George, House of Lords Record Office (künftig als: HLRO), LG/C/4/12/4.

13 Dangerfield, *Liberal England* (wie Anm. 9); Cook, *Age of Alignment* (wie Anm. 9).

14 Wilson, *Downfall* (wie Anm. 9), Preface.

15 Martin Pugh: *The Making of Modern British Politics, 1867-1939*. 2. Aufl. Oxford 1993, S. 161-181.

16 Vgl. dazu lediglich: A.J.P. Taylor: *The Trouble Makers. Dissent over Foreign Policy, 1792-1939*. London 1956; Howard S. Weinroth: *The British Radicals and the Balance of Power, 1902-1914*, in: *The Historical Journal*, XIII/4 (1970), S. 653-682; Andrew J.A. Morris: *Radicalism against War, 1906-1914. The Advocacy of Peace and Retrenchment*, London 1972. Die klassischen Außenpolitikstudien widmen sich diesem Thema i.d.R. nicht und begründen dies allgemein mit der Kontinuität britischer Außenpolitik, unabhängig von der jeweiligen Regierungspartei. Vgl. beispielhaft Thomas G. Otte: *July Crisis. The World’s decent into War, Summer 1914*. Cambridge 2014.

betonte Edward Grey in seiner entscheidenden Unterhausrede am 3. August 1914 so vehement die Verletzung der belgischen Neutralität als flagranten Vertragsbruch, die vermeintlich neuerliche „napoleonische“ Bedrohung durch Deutschland und die moralische Verpflichtung gegenüber Frankreich, die London keine andere Wahl lassen würde.<sup>17</sup> Die Position der liberalen wie auch der sozialistischen Kriegsgegner um Keir Hardie im Juli/August 1914 gilt daher bis heute vielfach als Minderheitenposition, getragen von unverbesserlichen Gutmenschen, realitätsfernen Idealisten, naiven Pazifisten oder Störenfriede.<sup>18</sup> Schließlich, das scheint für die britische Volksseele bis heute besonders wichtig zu sein und darauf hat zuletzt noch einmal Hew Strachan im Zuge der Diskussionen um Christopher Clarks „Sleepwalkers“ Wert gelegt, hätte es sich 1914 um einen „just war“ – also einen gerechten bzw. gerechtfertigten Krieg gehandelt.<sup>19</sup> Ausgerechnet aber die Radikalliberalen hatten gerade diesbezüglich so ihre Zweifel.<sup>20</sup> So klar und eindeutig die Entscheidungs- und Sachlage aus der Rückschau oftmals erscheint, war sie bei näherer Betrachtung keineswegs. Schließlich votierten noch am Morgen des 2. August mindestens elf von 20 Kabinettsmitgliedern gegen eine britische Kriegsbeteiligung, während lediglich vier, nämlich die Liberalen Imperialisten Edward Grey, Henry Herbert Asquith, Richard Haldane und Winston Churchill, für eine Intervention eintraten.

Im Folgenden möchte ich daher vornehmlich auf der Basis zeitgenössischer liberaler Periodika, Unterhausdebatten sowie einzelner Archivalien noch einmal einen Blick auf jene Krise im Juli 1914 werfen,<sup>21</sup> die wie keine andere die Forschung seit jeher beschäftigt hat.<sup>22</sup> Sie bildet die Projektionsfläche, vor deren Hintergrund es im zweiten Teil um die liberale Partei während des Krie-

- 17 Grey im Unterhaus, 3.8.1914, Hansard, Parliamentary Debates, 5. Serie, Bd. 65, Sp. 1810-1827.
- 18 Taylor, *Trouble Makers* (wie Anm. 16); Weinroth, *Radicals and the Balance of Power* (wie Anm. 16), S. 653.
- 19 Hew Strachan in: *History Today*, 8.3.2014 [<http://www.historytoday.com/gary-sheffield/great-war-was-just-war>] (Aufgerufen, 8.3.2014).
- 20 Vgl. Morley, *Memorandum* (wie Anm. 4); vgl. dazu auch: Harcourt, *Cabinet Notes*, 31.7.1914-2.8.1914, NL Harcourt, BOD.
- 21 Zu nennen sind hier v.a. *The Nation*, *Contemporary Review*, *Economist* sowie die liberale Tageszeitung *Manchester Guardian*.
- 22 Die bis heute beste Studie zur englischen Haltung im Sommer 1914 stammt aus der Feder von Keith Wilson, *The British Cabinet's decision for War*, 2. August 1914, in: *British Journal of International Studies* 1 (1975), S. 148-159; Zara Steiner/Keith Neilson: *Britain and the Origins of First World War*. Basingstoke 2003, S. 229-257; Stephan Valone: "There must be some Misunderstanding": Sir Edward Grey's Diplomacy of August 1, 1914, in: *Journal of British Studies* 27 (1988), S. 405-424.

ges geht – um liberale Reflexionen, Ordnungs- und Friedensvorstellungen während des „Schlachtens“.<sup>23</sup>

## I. Die Liberalen in der Julikrise

### I, 1. Das Attentat von Sarajewo

Als am 28. Juni 1914 Franz Ferdinand und seine Frau Sophie von Chotek auf dem Appelkai in Sarajewo von Gavrilo Princip ermordet wurden,<sup>24</sup> löste das auch in London eine flächendeckende Bestürzung aus. Keine Frage, so der allgemeine Pressetenor: „The Crime was hatched in Belgrade“.<sup>25</sup> Auffällig ist dabei, wie sehr gerade die liberale Presse, bestehend aus dem Manchester Guardian, der Westminster Gazette, der Daily News und dem Daily Chronicle, den Wochenzeitschriften The Nation, New Statesman und dem Economist, sich zunächst eindeutig auf die Seite Österreich-Ungarns stellte. Anders als vielleicht zu vermuten wäre, ordneten die Stimmen dabei eindeutig die Individualrechte einzelner Völker und das Selbstbestimmungsrecht Serbiens der allgemeinen Stabilität unter.<sup>26</sup>

Die Gründe für die eher austrophile Haltung der Liberalen lagen auf der Hand. Erstens: Franz Ferdinand und seine Gattin waren nach ihrem Besuch im November 1913 ausgesprochen beliebt bei der englischen Bevölkerung.<sup>27</sup> Zweitens besaß Serbien dagegen seit der brutalen Ermordung der eigenen Königsfamilie von 1903 und spätestens seit den vorangegangenen Balkankriegen von 1912/13 kaum Freunde in Großbritannien.<sup>28</sup> Bereits während der Anneksionskrise 1908/09 hatte die liberale Nation wiederholt und geradezu prophetisch davor gewarnt, dass die nationalistischen Träume des kleinen Savestaates

23 Vgl. hierzu die Arbeit von Hubert Gebele: Großbritannien und der Große Krieg. Die Auseinandersetzung über Kriegs- und Friedensziele vom Kriegsausbruch 1914 bis zu den Friedensschlüssen von 1919/1920. Regensburg 2009.

24 Vgl. dazu die jüngste Schilderung inklusive einer Karte des Geschehens in Sarajewo Sean McMeekin: July 1914. Countdown to War. New York 2013, S. 1-20.

25 The Pall Mall Gazette, zit. nach: Donald C. Watt: British Reactions to the Assassination at Sarajevo, in: European History Quarterly 1, 1971, S. 233-247, hier S. 239; The Blow at Austria, The Nation, 4.7.1914, S. 512; The Serbs and the Habsburgs, Economist, 4.7.1914, S. 3. Einzige Ausnahme war die konservative Morning Post, die generell eine kritische Haltung gegenüber Österreich-Ungarn verbreitete.

26 Austria and Servia, Economist, 18.7.1914, S. 115; 1.8.1914, S. 232; vgl. Watt, British Reactions (wie Anm. 25), S. 233-247.

27 Vgl. Edith Sellers: The Murdered Archduke, The Nineteenth Century and After, 76/450, 1914, S. 281.

28 Taylor, Trouble Makers (wie Anm. 16), S. 127.

Europa noch einmal in Brand stecken würden.<sup>29</sup> Während konservative Stimmen vor allem dem engen Verhältnis zwischen Berlin und Wien misstrauten und den Prozess von Agram bzw. die Friedjung-Affäre als Belege für ein falsches Spiel Wiens anführten,<sup>30</sup> betonten die liberalen Stimmen drittens die positive anglo-deutsche Annäherung und Kooperation während der Balkankriege sowie die traditionelle Ordnungs- und antirussische Bollwerkfunktion der Doppelmonarchie in Südosteuropa.<sup>31</sup> Hinzu kam viertens, dass insbesondere liberale Blätter jegliche Form von Antisemitismus, Nationalismus, Autokratie, Anarchismus und Terror verabscheuten. Sie lehnten deshalb nicht nur Serbien, sondern vor allem die dahinter stehende zaristische Expansionspolitik ab.<sup>32</sup> Keine Frage, so sehr die Liberalen für die Rechte kleinerer Nationen wie Bulgarien, Griechenland oder Mazedonien eintraten, so wenig galt das als großmannssüchtig, brutal und anarchisch kritisierte Serbien. Bis zu den Balkankriegen hatte es durchaus noch vereinzelt liberale, aber vor allem sozialistische Stimmen gegeben, die den serbischen Kampf gegen das Osmanische Reich als „einen gerechten Krieg“ bzw. einen „Freiheitskampf“ im Sinne des Selbstbestimmungsrechts der Völker verstanden.<sup>33</sup> Nachdem aber Belgrad als großer Gewinner aus den Kriegen hervorgegangen war,<sup>34</sup> erodierte allmählich das Verständnis für weitere Expansionspläne Richtung Adria. Dafür sollte fünftens das europäische Konzert der Großmächte nicht geopfert werden, dies zu bewahren das einzige unmittelbare Interesse Großbritanniens auf dem Balkan sein sollte.<sup>35</sup>

Nichtsdestotrotz machte man sich an der Themse nach dem Attentat zunächst keinerlei größere Sorgen über eine erneute Balkankrise. Dafür war das Vereinigte Königreich im Sommer 1914 zu sehr mit sich selbst beschäftigt: die anhaltende Frage um Home Rule für Irland, innere Reformen und der Curragh Incident (März 1914), bei dem Offiziere der Armee meuterten und sich den

- 29 Daily News, 5.10.1908; 26.2.1909; The Motives of German Policy, The Nation, 27.3.1909, S. 955; 3.4.1909, S. 19; „The Madness of Serbia“, in: The Morning Post, 26.2.1909; „The Near Beast“, The Observer, 28.2.1909, Daily Telegraph, 26.2.1909; Evening Standard, 25.2.1909.
- 30 So die Morning Post und die Times ab dem 1.7.1914, zit. nach: Watt, British Reactions (wie Anm. 25), S. 240.
- 31 The Anglo-German Rapprochement, The Nation, 10.2.1912, S. 766-767; The Necessity of a Concert, The Nation 20.11.1912, S. 380; The Conferences and the Concert, The Nation, 14.12.1912, 481 f.
- 32 Realities of European Politics, The Nation, 20.1.1912, S. 646 f.
- 33 Arthur Evans: The Drama of the Balkans and its closing scenes, in: Contemporary Review 102 (1912), S. 761-776.
- 34 Serbien hatte sich nach den beiden Balkankriegen sowohl territorial als auch demographisch um über 30% vergrößert. Gunnar Hering: Die serbisch-bulgarischen Beziehungen am Vorabend und während der Balkankriege, Teil II, in: Balkan Studies 4 (1962), S. 347-378, bes. S. 376 f.
- 35 The Future of the Near East, The Nation, 9.11.1912, S. 240 f.; Concert or no Concert? The Nation 5.4.1913, S. 5ff.; The Triumph of the Concert, The Nation, 10.5.1913, S. 216 f.

Anordnungen der Regierung, gegen die Ulster Volunteers vorzugehen, wider-  
setzten,<sup>36</sup> bestimmten eindeutig die Tagesordnung.<sup>37</sup> So machte die erste Auf-  
regung nach dem Attentat schnell auch wieder den tagesaktuellen Nachrichten  
Platz wie den Sportergebnissen, der Affäre Caillaux um den Mord an dem  
Verleger des Figaro oder den plötzlichen Tod Joseph Chamberlains.<sup>38</sup> Grey  
und das Foreign Office ließen unterdessen das Kabinett völlig im Dunkeln.  
Grey setzte offenbar darauf, dass Berlin Wien schon von ernsteren Schritten  
abhalten werde. Selbst eine Anfrage des deutschen Botschafters Lichnowsky  
am 6. Juli zu einer gemeinsamen Beschwichtigungsaktion, wobei London wie  
schon bei den Balkankriegen Russland zurückhalten sollte, behandelte er eher  
dilatatorisch.<sup>39</sup> Noch am 23. Juli, einen Tag vor dem österreichischen Ultimatum  
an Serbien, betonte Lloyd George im Unterhaus die enorm verbesserten Be-  
ziehungen zum Kaiserreich. Darüber hinaus ging die auffallend gelassene Hal-  
tung zur internationalen Lage sowohl auf die grundlegenden liberalen Prinzi-  
pen als auch die spezifische Regierungskonstellation und innere Statik der Li-  
beralen Partei bzw. der Mehrheitsverhältnisse im Unterhaus zurück.

Seit den verlorenen Khaki-Wahlen herrschte innerhalb der Partei eine Art  
Gentlemen's Agreement zwischen der linksliberalen Mehrheit der Radicals  
und der liberal-imperialistischen Minderheit. Während die rechtsliberalen Im-  
perialisten um Henry Herbert Asquith, Edward Grey und Richard Burdon  
Haldane sich vornehmlich um das Empire, dessen Prestige, militärische Stärke  
und außenpolitische Sicherung kümmerten, ging es den Radicals in erster Linie  
um dringend nötige soziale Reformen, Handels-, Steuer- und Bildungsfragen  
sowie den inneren gesellschaftlichen Zusammenhalt. Der Erfolg bei den Wah-  
len von 1905/06 gab dieser Aufteilung recht und so folgte auch die Kabinetts-  
zusammensetzung einem ähnlichen Muster. Während die Imperialisten die für  
die Fragen von Krieg und Frieden wichtigen Posten des Premiers, des Außen-  
ministers und des Kriegsministers besetzt hatten, kümmerten sich die Radi-  
kalliberalen vornehmlich um innenpolitische Themenfelder und soziale Re-  
formanstrengungen. Sowohl die von Haldane betriebenen Militärreformen als

- 36 (Partei-)politische Brisanz erhielt die *Curragh Affäre*, da durch zahlreiche Lecks innerhalb  
der Regierung Informationen an die Presse, u.a. an Arthur Gwynne von der Morning Post  
und an Bonar Law von der konservativen Opposition gelangten, und der Eindruck entstand,  
dass das Kabinett Asquith nicht mehr Herr der Lage sei, weil das Militär sich offen gegen  
*Home Rule* stellte. Vgl. Unterhaus Debatte, 23.3.1914, Hansard, Parliamentary Debates, Bd.  
60, Sp. 72-139; 392-458. James Fergusson: *The Curragh Incident*, London 1964; Richard  
Holmes: *The Little Field Marshal: A Life of Sir John French*. New York 2004, bes. S. 179-189.
- 37 D. Lloyd George an Sir Edward Russell, 26.3.1914, NL Lloyd George, HLRO, LG/C/  
7/6/10. Das geht u.a. auch aus dem Brief Asquiths einen Tag nach dem Attentat von Sarajewo  
hervor. Henry H. Asquith an Lloyd George, 29.6.1914, ebd., LG/C/6/11/17; Stamfordham  
(Privatsekretär Georgs V.) an Lloyd George, 20.7.1914, ebd., LG/C/5/6/7. Lloyd George,  
Guildhall-Rede, 17.7.1914, Morris, *Radicalism against War* (wie Anm. 16), S. 376.
- 38 Morris, *Radicalism against War* (wie Anm. 16), S. 384.
- 39 Grey an Rumbold, 6.7.1914, zit. nach: Hölzle, *Quellen* (wie Anm. 4), Nr. 136, S. 315ff.

auch die von Grey forcierte Annäherung an das autokratische Russland führten gleichwohl zu einer stetig wachsenden Kluft zwischen den Parteiflügeln. Insbesondere die Außenpolitik Greys gegenüber Deutschland und Russland schien vielen als zu einseitig und notorisch deutschfeindlich.<sup>40</sup> Die britische Balkanpolitik während der Annexionskrise wurde zuweilen sogar als „russischer als die Russen“ kritisiert.<sup>41</sup> In der Folge versuchte Grey seinerseits alles, allerdings zumeist vergeblich, um die zahllosen antisemitischen Pogrome in Russland und die permanenten Vertragsbrüche in Persien zum Wohle der anglo-russischen Verbindung unter den Teppich zu kehren.<sup>42</sup>

Greys radikalliberale Kritiker betonten wiederholt, dass die anglo-russische Konvention nicht nur das Selbstbestimmungsrecht Persiens mit Füßen trete, sondern auch, dass sich das zaristisch-autokratische Regime noch nicht einmal an die getroffenen Vereinbarungen halte und weiterhin versuche, die Stämme Zentralasiens gegen England aufzuwiegeln. Von der modernen Zivilität oder der Achtung von internationalen Gepflogenheiten wie dem Vertragsrecht hielten die Kritiker das Zarenreich noch viel zu weit entfernt, als dass man der panslawistischen Barbarei über den Weg trauen könne.<sup>43</sup> Gegenüber den Mittelmächten betonten die radikalliberalen Stimmen neben der kulturellen Nähe vor allem die guten Handelsbeziehungen zum Kaiserreich.<sup>44</sup> Darüber hinaus fürchtete man, dass anhaltende Spannungen zu weiteren Rüstungen führen würden und letztlich eine allgemeine Wehrpflicht nötig machen könnten, die aus der klassisch liberalen Werte rundweg abzulehnen war. Damit nicht genug, finden sich unzählige Beiträge in den liberalen Blättern, die gerade in Bezug auf Deutschland und Russland die internationale Ordnungsfrage stellten. Bis heute wird oftmals übersehen, dass gerade die liberalen Diskussionen vor 1914 eben nicht jene vermeintliche Tradition der Balance of Power huldigten, für die auch der liberale Außenminister Edward Grey nach verbreiteter Forschungsmeinung in den Krieg gezogen sei, sondern dem originären „Konzert“-Gedanken. Aus liberaler Sicht widersprach das Gleichgewichtdenken dem „Konzert“-Ideal, weil es durch die fortwährende Geheimdiplomatie, konkurrierende Finanzinteressen und den Imperialismus eine Spirale aus gegenseitigem Misstrauen und Zwietracht säe, bei dem das internationale Recht sich stets

- 40 Henry Massingham, *The personality of Sir Edward Grey*, *The Nation*, 20.1.1912, S. 648ff.
- 41 Dillon an Spring-Rice, 28.8.1909, NL Cecil A. Spring-Rice, Churchill College Archive Centre Cambridge, CASR 1/33.
- 42 Vgl. *The Foreign Policy of Sir Edward Grey*, *The Nation*, 3.8.1907, S. 822-823; *The Policy of Sir Edward Grey*, *The Nation*, 2.12.1911, S. 366 f.
- 43 Emile J. Dillon: *England Russia and Persia*, in: *Contemporary Review*, 101, (1912), S. 109-119. Clement Bundock: *Liberals and the Ruin of Persia*, *The Nation*, 28.9.1912, S. 937-938. *Anglo-Russian Rivalry in Persia*, *Economist*, 18.7.1914, S. 127.
- 44 *Manchester Guardian*, 3.8.1914, zit. nach Harry Hanak: *Great Britain and Austria-Hungary during the First World War: A Study in the Formation of Public Opinion*. Oxford. 1962, S. 38.



dem Stärkeren zu beugen habe, es Rüstungswettlauf in Gang setze und geradezu zwangsläufig zu sich wiederholenden und stetig verschärfenden Krisen führe und für keine nachhaltige Ordnung Sorge. Demgegenüber betonte die liberale Schule der viktorianischen Epoche basierend auf den Ansätzen Richard Cobdens, John Brights, William Gladstones, den Schriften John A. Hobsons, Henry Massinghams und Norman Angells die positiven Wirkung des internationalen Rechts, des Freihandels, der Moral, der Abrüstung und der internationalen Verständigung und Vermittlung.<sup>45</sup> Kriege, so ist etwa bei Angell zu lesen, seien schon angesichts moderner wirtschaftlicher, staatlicher und technischer Entwicklungen irrational. Gleichzeitig bestand für Angell aber auch kein Zweifel, dass Großbritannien für eine nachhaltig stabile Ordnung zu sorgen habe und damit eine größere Verantwortung als bisher zu übernehmen habe.

Bis zum Vorabend der Balkankriege hatten die Radikalliberalen, insbesondere die radikalliberale Presse, daher keine allzu hohe Meinung von der eigenen Außenpolitik.<sup>46</sup> Im Parlament, der Partei und im Kabinett wirkten jedoch die Doppelwahlen von 1910. Diese hatten zwar das radikalliberale Lager innerhalb der Partei gestärkt. Die Regierung insgesamt ging aber geschwächt aus den Wahlen hervor und war fortan auf die Zusammenarbeit mit den irischen Nationalisten angewiesen.<sup>47</sup> Dies ließ die Parteiflügel näher zusammenrücken. So kritisierte die liberale Presse zwar weiterhin den außenpolitischen Kurs Greys, aber seine bisherigen Kritiker im Unterhaus und im Kabinett hielten sich weitgehend zurück. Das hatte zum einen mit Parteiräson und Professionalität im Amt, zum anderen aber auch mit einem Mangel an Prinzipientreue Einzelner zu tun. Winston Churchill zum Beispiel, der als Innenminister zunächst die radikalliberale Kritik teilte und jede Form weiterer Rüstungen und Kostenexplosionen scharf kritisiert hatte, wollte mit seiner Berufung zum Ersten Zivillord der Admiralität (23.10.1911) nichts mehr von Einsparungen wissen und schrieb sich sogar eine noch größere Aufrüstung auf die Fahnen. Schatzkanzler David Lloyd George, der für gewöhnlich ebenfalls eher zum Lager der Radikalliberalen zu rechnen war, verdeutlichte seine Entschlossenheit und seine Unterstützung Greys etwa mit seiner Mansion House Rede (21.7.1911), mit der er die zweite Marokkokrise durch die britische Einmischung auf die Spitze getrieben hatte.

Die liberale Pressekritik an Grey verflachte schlagartig, als Grey Ende 1912 scheinbar eine Kehrtwende vollzog und sich Deutschland annäherte, um das

45 Our Duty to Europe, *The Nation*, 15.3.1913, S. 977 f.

46 Henry Massingham, The personality of Sir Edward Grey, *The Nation*, 20.1.1912, S. 648-650.

47 Wahlergebnisse vom Februar 1910 - Liberal Party: 275 Sitze, Conservatives: 273, Labour: 42, Irish Nationalists: 82; vom Dezember 1910 - Liberal Party 272, Conservatives 272, Labour: 42; Irish Nationalists: 84. David Butler/Jennie Freeman: *British Political Facts, 1900-1967*. 2. Aufl. London 1968, S. 140.



Konzert auf der Londoner Konferenz zur Lösung der Balkanproblematik wiederzubeleben.<sup>48</sup> Seither glaubten die Radikalliberalen offenbar, Grey überzeugt und außenpolitisch auf ihrer Seite zu haben.<sup>49</sup> Das Vertrauen ging soweit, dass die aus Protest gegen die Politik in der Marokkokrise 1911 gegründete Foreign Affairs Group Arthur Ponsonbys, Noel Buxtons und Josiah Wedgwoods, die Grey parlamentarisch an die Kandare nehmen wollte,<sup>50</sup> bis 1914 längst in der Bedeutungslosigkeit verschwunden war.

Ein weiterer Grund für die relative Sorglosigkeit nach dem Attentat von Sarajewo war der inzwischen verbreitete „Norman Angellism“, zurückgehend auf dessen Publikation „The Great Illusion“ (1910).<sup>51</sup> Die Annahme, die auch Henry Noel Brailsford in *The War of Steel and Gold* (1914) noch einmal bestätigte, war, dass sich große Kriege finanziell schlichtweg nicht mehr rechneten und dass auch die vergangenen, glimpflich ausgegangenen Krisen belegten, dass die stetig wachsende internationale Vernetzung gewaltsame Konflikte immer unwahrscheinlicher machen werde. „Er werde schlichtweg keine Kriege mehr zwischen den sechs Großmächten geben“, lautete die Feststellung Brailsfords wenige Monate, bevor es zur „Urkatastrophe“ kommen sollte.<sup>52</sup> Darüber hinaus, und das kam dann ab dem 23. Juli in der Presse bzw. ab dem 27. Juli verstärkt im Parlament zum Tragen, erinnerten die liberalen Interventionsgegner an den traditionellen britischen Isolationismus und das seit den 1890er Jahren stark verankerten Kleinengländertum (Little Englandism). Sich für ein Attentat in einer obskuren bosnischen Stadt in einen Großkrieg verwickeln zu lassen, schien bei einigen Wortführern wie Arthur Ponsonby selbst nach dem Krisenverlauf bis zuletzt nicht nur abwegig, sondern vollkommen irrational.<sup>53</sup>

48 “The credit belongs in equal parts to the statesmen of Germany and Sir Edward Grey. They have found at least a consciousness of their common duties [...]” *The Triumph of the Concert*, *The Nation*, 10.5.1913, S. 216 f. Vgl. Christel Gade: Gleichgewichtspolitik oder Bündnispflege? Maximen britischer Außenpolitik (1909-1914). Göttingen 1997, S. 173-184.

49 *The Triumph of the Concert*, *The Nation*, 10.5.1913, S. 216 f. Taylor, *Trouble Makers* (wie Anm. 16), S. 127 f.; vgl. zu diesem Komplex vgl. Andreas Rose: When „Illusion“ met Reality – British Liberalism and the Balkan Wars 1912/13, in: Dominik Geppert/William Mulligan/Andreas Rose (Hrsg.), *The Wars before the War 1912/13*, Cambridge, erscheint voraussichtlich im Herbst 2014.

50 Buxton und Ponsonby im Unterhaus, 14.12.1911, Hansard, *Parliamentary Debates*, Bd. 32, Sp. 43-166, Sp. 2543-2662; Philip Morrell, *The Control of Foreign Affairs. The Need for a Parliamentary Committee*, in: *Contemporary Review*, 102 (1912), S. 659-667; *Towards a Liberal Foreign Policy*, *The Nation*, 19.10.1912, S. 125 f.

51 Vgl. Paul Laity: *The British Peace Movement 1870-1914*. Oxford 2002.

52 Henry Brailsford, *The War of Steel and Gold*, London 1914, S. 35.

53 *Manchester Guardian*, 27.7.1914, zit. nach Watt, *British Reactions* (wie Anm. 25), S. 246. Vgl. Unterhausdebatte, 3.8.1914, Hansard, *Parliamentary Debates*, 5. Serie, Bd. 65, Sp. 1876-1877.

## I, 2. Die Entscheidung zum Krieg – liberale Parteiräson und „the foul-fetish of Balance of Power“?<sup>54</sup>

In ihre entscheidende Phase trat die Julikrise mit dem österreichisch-ungarischen Ultimatum an Serbien. Generell hielt die liberale Presse das Wiener Vorgehen für „gerechtfertigt“, auch was die Maßnahme selbst und die Schärfe des Tones anbetraf. Der Manchester Guardian, die Daily News und der Daily Chronicle erklärten unisono, dass Serbien gegenüber einer traditionellen Großmacht nicht satisfaktionsfähig sei und zum Wohle des „Konzerts“ zurückstecken müsse.<sup>55</sup> Serbien, und das ist nach wie vor hervorzuheben, galt 1914 auch in liberalen Augen nicht als Großmacht. Vielmehr zählte es wie die anderen Balkanstaaten vielen als Manövriermasse zur Stabilisierung der Großmachtverhältnisse und hatte im Sinne des klassischen Konzertdenkens folglich nicht denselben Anspruch auf Wahrung seiner Souveränität wie die Großmächte. Mit anderen Worten war eine Strafaktion nicht nur nach deutschem oder österreichischem Verständnis solange legitim, wie es das Gesamtkonzert nicht in Mitleidenschaft zog.<sup>56</sup> Während bei den konservativen Blättern die Stimmung mit der serbischen Antwort endgültig kippte, die Times, der Globe, der Daily Telegraph und die Morning Post eine deutsche Verschwörung erkannten bzw. Wien vorwarfen, den Mord von Sarajewo als Vorwand für einen „aggressiven Akt“ gegen Serbien zu instrumentalisieren,<sup>57</sup> betonten die liberalen Zeitungen daher weiterhin, das die Ursache letztlich in Serbien zu suchen sei. „Serbia is a nuisance to Europe“, hieß es im Guardian.<sup>58</sup> Auch die Westminster Gazette verlangte die britische Neutralität: „We care as little for Belgrade as Belgrade for Manchester“. Am 1. August wünschte sich das Blatt, Serbien möge doch bitte gefesselt und in den Ozean versenkt werden, und in der Daily News hieß es bereits am 30. Juli: „We must not have our western civilization drowned in a sea of blood in order to wash out a Serbian conspiracy“.<sup>59</sup> Für Norman Angell stand fest, dass sich Großbritannien entscheiden müsse zwischen Deutschland, einem Staat „of 65 Million highly civilized citizens given mainly to the arts of trade and commerce“ oder einer „slavonic federation of

54 John Bright, zit. von Edmund D. Morrell in seiner Unterhausrede, 3.8.1914, Hansard, Parliamentary Debates, 5 Serie, Bd. 65, Sp. 1837.

55 „We think Austria the better civilizing influence“, The Nation, 1.8.1914, zit. nach: Taylor, Trouble Makers (wie Anm. 16), S. 127. Vgl. Watt, British Reactions (wie Anm. 24), S. 245.

56 Das war eine Argumentation, die kaum hoch genug einzuschätzen ist und auch in den heutigen Debatten etwa um die vermeintlich zu kritische Sicht auf Serbien vielfach unbeachtet bleibt. Vgl. dazu auch die ähnlichen lautenden konservativen Stimmen bis zum 26.7.1914 in der Pall Mall Gazette, dem Daily Telegraph, der Daily Mail, dem Observer und der Morning Post, zit. nach: Watt, British Reactions (wie Anm. 25), S. 245.

57 Vgl. ebd., S. 246.

58 Manchester Guardian, 27.7.1914, zit. nach: ebd.

59 Manchester Guardian und Daily News, 30.7.1914, zit. nach: ebd.

say 200 Million autocratically governed subjects with a very rudimentary civilization".<sup>60</sup> Bei der Gründung der Neutrality League am 28. Juli spitzte er noch einmal zu: „If we are successful in securing the victory of Russia [...] we shall upset the balance enormously, by making her the dominant military power in Europe.“<sup>61</sup> Edmund Dene Morel und Arnold Rowntree verwiesen wiederholt auf die Gefahren des russischen Despotismus und die russische Bedrohung in Asien. Sie pflichteten Angell im Parlament uneingeschränkt bei.<sup>62</sup>

Diese öffentliche Diskussion spiegelte sich auch am Kabinettsstisch in der Downing Street wider. Hier konzentrierte sich die Argumentation zunächst auf die Frage Russland und Frankreich oder Deutschland. Außenminister Grey, so geht aus dem detaillierten Morley Memorandum hervor, drohte bereits in der ersten Sitzung nach dem Wiener Ultimatum (24.7.) seinen Rücktritt für den Fall an, sollte sich das Kabinett gegen eine britische Intervention auf Seiten der Entente entscheiden.<sup>63</sup> Gedrängt von seinen Mitarbeitern Arthur Nicolson und Eyre Crowe, die beide einen unmissverständlichen und bedingungslosen Beistand Frankreichs forderten,<sup>64</sup> erklärte Grey Deutschland schnell zu einem „Aggressor, im Stile Napoleons“. <sup>65</sup> Außerdem, und das war entscheidend, hätte er die englische Unterstützung im Kriegsfall bereits 1912 gegenüber dem französischen Botschafter Cambon zugesagt. Während Winston Churchill, Henry Herbert Asquith und Richard Burdon Haldane (Lord Chancellor) diese anfängliche Ansicht Greys teilten und sich für eine Intervention aussprachen und insbesondere Churchill sich „sehr kriegerisch“ gab,<sup>66</sup> schien sich der Außenminister im Verlauf der Kabinettsitzungen seiner Sache alles andere als sicher. Noch am 31. Juli schlug er, wohl aus Sorge vor dem wirtschaftlichen Ruin durch einen Krieg,<sup>67</sup> beispielsweise vor, Deutschland möge doch dafür sorgen, dass Wien dem Zarenreich etwas anbieten solle und falls dieses dann ablehne, könne sich England von Russland lösen.<sup>68</sup> Am nächsten Vormittag wiederum unterstützte er die kriegerische Stimmung Churchills vorbehaltlos,<sup>69</sup> nur um einen Tag später zunächst zu verkünden, dass eine Truppenentsendung nach Frankreich nach der Neutralitätsbekundung Italiens nicht mehr

60 Norman Angell, *The Menace of War*, *The Times*, 1.8.1914, S. 6.

61 Zit. nach: Taylor, *Trouble Makers* (wie Anm. 16), S. 128.

62 Hansard, *Parliamentary Debates*, 5. Serie, Bd. 65, Sp. 1846.

63 Patrick Jackson: *Morley of Blackburn*, Lanham 2012, S. 452; Wilson, *British cabinet's Decision* (wie Anm. 21), S. 150-151.

64 Vgl. Steiner/Neilson, *Britain* (wie Anm. 12), S. 229-257; Valone; *There must be* (wie Anm. 21), S. 405-424.

65 Morley, *Memorandum*, (wie Anm. 4), S. 4.

66 Harcourt, *Cabinet Notes*, 1.8.1914, NL Harcourt, BOD.

67 Randnotiz Henry Wilsons an einem Telegramm von Sir George Buchanan an das Foreign Office, 31.7.1914, NL Henry Wilson, Imperial War Museum, HHW 3/8/4.

68 Harcourt, *Cabinet Notes*, 31.7.1914, NL Harcourt, BOD.

69 Harcourt, *Cabinet Notes*, 1.8.1914, ebd.

nötig sei und wenig später eine feste Zusicherung an Cambon zu geben.<sup>70</sup> Während Grey changierte, letztlich aber doch auf einem Interventionskurs blieb, organisierte Kolonialminister Lewis Harcourt die Stimmen gegen eine britische Kriegsbeteiligung: neben ihm selbst John Morley, Earl Beauchamp, McKinnon Wood, C. Hobhouse, J. Pease, John Burns, Charles Trevelyan, Herbert Samuel, Sir John Simon und David Lloyd George. Lediglich Walter Runciman und Charles Masterman galten als ungewiss.<sup>71</sup> Die alte Spaltung zwischen Gladstonians und Liberal League, so empfand es Morley, aus Zeiten des Burenkrieges wurde nun wieder sichtbar.<sup>72</sup> Insbesondere Harcourt und Morley galten den Liberalen Imperialisten trotz aller öffentlicher Wertschätzung schon lange als unzuverlässig, hatte man sie doch bereits zu der wichtigen Sitzung des Committee of Imperial Defence am 23. August 1911 absichtlich nicht eingeladen, als es um die Frage einer britischen Expeditionsstreitmacht zur Unterstützung Frankreichs gegangen war.<sup>73</sup> Entscheidend für die Abweichler war, ob sich die Befürworter klar machten, was eine Niederlage der Mittelmächte bedeuten würde:

„Have you ever thought, what will happen if Russia wins? If Germany is beaten and Austria is beaten, it is not England and France who will emerge pre-eminent in Europe. It will be Russia. Will that be good for Western civilisation? [...] Germany is unpopular in England, but Russia is more unpopular still. And people will rub their eyes when they realise that Cossaks are their victorious fellow-champions for Freedom, Justice, Equality of Men (especially Jew man), and respect for treaties (in Persia for instance)“.<sup>74</sup>

Bis zum 1. August war dies die Hauptfrage, die die Reihen der Abweichler geschlossen hielt. Auch noch in der Vormittagssitzung des 2. August war die Mehrzahl gegen eine englische Beteiligung, obwohl nun die Frage der belgischen Neutralität akut geworden war. Henry Asquith erschienen die beiden Sitzungen an diesem Tag als ein „infinite kaleidoscopic chaos of opinions and characters“.<sup>75</sup> Nachdem sich das Kabinett auf die Abendstunden vertagte, kam es zu verschiedenen Aussprachen über die Mittagsstunden.<sup>76</sup> Als man sich um sieben Uhr abends noch einmal zusammensetzte, war die überwiegende Mehrheit des Kabinetts noch immer gegen einen englischen Kriegseintritt. Schließlich gewann allerdings, wie Asquith gegenüber Pamela McKenna später be-

70 Ebd.

71 Als unentschieden galten: Arthur Birrell (Chief Secretary of Ireland), Earl of Crewe (India Office), Reginald McKenna (Home Office).

72 Morley, Memorandum (wie Anm. 4), S. 7.

73 Jackson, Morley (wie Anm. 59), S. 447. Zu diesem C.I.D. Meeting vgl. Niall Ferguson: *Der Falsche Krieg. Der Erste Weltkrieg und das 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1999, S. 103.

74 Morley, Memorandum (wie Anm. 4), S. 6.

75 Zit. nach: Lambert, *Planning Armageddon* (wie Anm. 2), S. 195.

76 Harcourt, Cabinet Notes, 1.8.1914, NL Harcourt, BOD.

tonte, die parteipolitische Rason die Oberhand.<sup>77</sup> Von einem öffentlichen Parteitreffen jedoch sah man aus Rücksicht auf Edward Grey ebenso ab wie von einer offiziellen parlamentarischen Anfrage vor Montag dem 3. August.<sup>78</sup> Vielleicht, so ist zu vermuten, hätte ein großer Parteitag, bei dem sowohl das Für und Wider einer Beteiligung als auch alternative Strategien der Vermittlung erörtert worden wären, einen zusätzlichen Zeitgewinn für den britischen Kriegseintritt und den Krieg selbst erbracht. Denkbar wären hier eine deutlichere Warnung an die Mittelmächte, eine Verweigerung oder zusätzliche Bedingungen gegenüber Frankreich oder zumindest Russland, eine abwartende und zunächst neutrale Haltung oder eine begrenzte Beteiligung nur mit der Flotte in Form einer Schließung des Kanals zum Schutz der französischen Küste gewesen, wie sie Grey kurzzeitig in den Raum geworfen hatte. Auch ein ausgedehnter Handelskrieg, wie er tatsächlich bereits für den casus belli seit 1908 entwickelt worden war, stand zur Wahl.<sup>79</sup> Schließlich wurde diese Option erst in der ersten Augustwoche nach dem Protest Washingtons und der Londoner City ad acta gelegt.<sup>80</sup> Im Kabinett ging es zu diesem Zeitpunkt jedoch vornehmlich um den Partei- und Regierungszusammenhalt für einen bereits sicher erwarteten Konflikt. Nachdem Burns eine Unterstützung Frankreichs kritisierte, fürchtete Walter Runciman am Abend des 1. August: „This is going to break us up to-morrow“.<sup>81</sup> Als die Tories jedoch am 1. und nochmals am 2. August Premierminister Asquith ihre feste Unterstützung auch für den Fall einer Kabinettspaltung zusagten und „dies für alle Maßnahmen zur Unterstützung Frankreichs und Russlands“<sup>82</sup> zusicherten, waren die Würfel gefallen. Es machte für die Abweichler offenbar keinen Sinn mehr, sich gegen eine Intervention zu stemmen, zurückzutreten, die Parteispaltung zu riskieren, nur damit die Konservativen dann im Rahmen einer Koalition mit den Liberalen Imperialisten England doch in den Krieg führen würden. Das, so war man sicher,

77 Asquith an Pamela McKenna, zit. nach: ebd., S. 195. Vgl. Wilson, *British Cabinet's decision* (wie Anm. 22), S. 148-159.

78 Arthur Ponsonby an Winston Churchill, 31.7.1914, Churchill Papers, Churchill College Archive Centre Cambridge, NL Churchill, CHAR 2/64/3. Abgedruckt in: Randolph S. Churchill (Hrsg.): *Winston Churchill, Companion Bd. 2/3: 1911-1914*, London 1969, S. 1990 f. Grey setzte gegenüber Ponsonby auf Zeitgewinn und wollte sich erst am Montag, dem 3. August zu den britischen Verpflichtungen öffentlich äußern. Es ist zu vermuten, dass er seine weitgehenden Zusagen an Cambon umgehen wollte. So der Eindruck aus: Lewis Harcourt, *Cabinet Notes*, 31.7.1914, NL Harcourt, BOD.

79 Harcourt, *Cabinet Notes*, 1.8.1914, NL Harcourt, BOD.

80 Lambert, *Planning Armageddon* (wie Anm. 2), S. 232ff.

81 Morley, *Memorandum* (wie Anm. 4), S. 8.

82 Salisbury an Churchill, 1.8.1914, Churchill College Archive Centre, NL Churchill, CHAR 2/64/7; A. Bonar Law an Asquith, 2.8.1914, privat, NL Lloyd George, HLRO, LG/C/6/11/20.

„wäre der sichere Tod des Liberalismus“.<sup>83</sup> Wenn man schon in einen Krieg gehe, dann sollte es ein liberaler sein!

Die belgischen Integrität hatte bis dahin lediglich „zweitrangige Bedeutung“.<sup>84</sup> Schließlich hatte man noch in der morgendlichen Sitzung trotzdem eine englische Beteiligung abgelehnt. Erst die nachmittäglichen Gespräche zwischen den beiden Sitzungen hatten das Pendel zugunsten der Parteiräson ausschlagen lassen. Vieles deutet somit darauf hin, dass es sich bei der belgischen Frage daher in erster Linie um eine „Schaufensterware“ handelte, um den Interventionsgegnern im Kabinett und im Parlament mithilfe eines klassisch liberalen Grundsatzes wie der Vertragstreue und des Schutzes kleinerer Staaten eine Brücke zu bauen. Weder aus der öffentlichen Meinung, wie Grey in seiner Rede vom 3. August behauptete, noch in den Diskussionen des Kabinetts war bis zu diesem Zeitpunkt überhaupt eine Einstellung dazu abzulesen. Grey avancierte mit seiner Unterhausrede zu einem Agenda-Setter sowohl für die Zeitgenossen als auch die Historiker, denn erst jetzt wurde Belgien von der Presse intensiver thematisiert. In seiner Rede, die das Königreich in den Ersten Weltkrieg führte, verlor der Außenminister kein Wort über mögliche eigene Versäumnisse oder Entspannungsiniciativen. Stattdessen hob er die moralische Verantwortung gegenüber Paris hervor, welches seine Atlantikküste im Vertrauen auf die Royal Navy entblößt hätte, wenngleich er gebetsmühlenartig betonte, dass die Entente England zu nichts verpflichtete.<sup>85</sup> Für Grey war es nicht eine Rede zur Begründung für den englischen Kriegseintritt, sondern vielmehr die erste Rede als Kriegsteilnehmer. Ihm gelang es, die Frage von Deutschland oder Russland, über die sich gerade seine radikalliberalen Kollegen den Kopf zerbrachen, auf Deutschland oder Frankreich zu lenken. Dass er während seiner gesamten Amtszeit sowohl Russland als auch Frankreich immer wieder den Eindruck britischer Treue vermittelt hatte,<sup>86</sup> damit gleichzeitig seinen eigenen Vermittlungsspielraum eingeengt und auch die russischen und französischen Friedensanstrengungen nicht gerade gefördert hatte, wird bis heute immer wieder übersehen.<sup>87</sup> Morley stand indes nicht allein mit der Ansicht, dass es vor allem um die Bündnistreue ging, und dass Grey das Kabinett „sehr kunstvoll über die letzten Jahre hinweg, Schritt für Schritt in einen Krieg

83 Christopher Addison, *Four and a Half Years. Personal Diary from June 1914 to January 1919*. Bd. 1 London 1934, S. 35; Wilson, *Downfall* (wie Anm. 7), S. 23.

84 Morley, *Memorandum* (wie Anm. 4), S. 10. Siehe auch: Harcourt, *Cabinet Notes*, NL Harcourt, BOD.

85 Grey im Unterhaus, 3.8.1914, *Hansard, Parliamentary Debates*, Bd. 65, 5. Serie, Sp. 1810-1827.

86 Vgl. dazu: Rose, *Empire oder Kontinent* (wie Anm. 6).

87 Vgl. etwa: Gerd Krumeich: *Juli 1914. Eine Bilanz*. Paderborn 2013; Margaret MacMillan: *The War that ended Peace. How Europe Abandoned Peace for the First World War*. London 2013.

für Frankreich und Russland getrieben habe“.<sup>88</sup> „England fights a war on behalf of France, the noblest member of the European family, and for Serbia, the basest“.<sup>89</sup> Morleys Rücktrittsbegründung und die zahlreiche Anerkennung, die er dafür erhielt, spiegelt deshalb das Dilemma der Liberalen im Juli 1914 wider.<sup>90</sup> Eine Spaltung wurde ebenso als Abgesang betrachtet wie sein Rücktritt als Fanal für die Überlebensfähigkeit des Liberalismus insgesamt.<sup>91</sup>

Am Morgen des 3. August – der konservative Lord Milner verwünschte diese „radikalen Pazifisten bereits in die Hölle“<sup>92</sup> – lichteten sich schließlich die Reihen der Abweichler. Ein wichtiger Umstand dafür, dass sich die Mehrheit zu einer militärischen Intervention entschloss, scheint der Schwenk Lloyd Georges gewesen zu sein, den die Radikalliberalen bis dahin trotz seiner Mansion House Rede als einen der ihren betrachtet hatten und der wiederholt zwischen den Flügeln vermittelt hatte. Nun stellte er, der nach eigenem Bekunden „niemals überhaupt darüber nachgedacht habe, ob man mit dem Entschluss auch für das autokratische Russland kämpfe“<sup>93</sup> die Parteiinteressen und den Machterhalt sowie die britische Einflussnahme auf eine eventuelle Nachkriegsordnung in den Vordergrund.<sup>94</sup> Damit folgte er der Argumentation Edward Greys, der ebenfalls wiederholt auf die Gefahren der Isolation im Falle eines Abseitsstehens angemahnt hatte.<sup>95</sup> Lediglich John Burns, John Morley und Charles Trevelyan blieben standhaft und verließen die Regierung. „The Entente“, so ihre Begründung, „was an alliance after all, no less real in Grey’s mind because it was not written“.<sup>96</sup>

Widerstand leisteten jetzt nur noch einige prinzipientreue Abgeordnete und Pressevertreter. Im Unterhaus erklärten sich 19 Abgeordnete von den Liberalen und Labour alles andere als überzeugt von den Ausführungen des Außenministers. Zu wenig sei er auf die eigentliche Ursache des Konfliktes auf dem Balkan eingegangen und habe das autokratische Russland, dessen Mobilisierung, dessen aggressives Vorgehen gerade in Persien und dessen notorische

88 Morley, Memorandum (wie Anm. 4), S. 15.

89 The Nation, 8.8.1914, zit. nach: Taylor, Trouble Makers (wie Anm. 16), S. 127.

90 Morley selbst empfand den Zuspruch, aber auch die Kritik an seinem Entschluß als „zermürbende Tage“, Morley an Massingham, 6.8.1914, NL Massingham, Norfolk Record Office, MS 41/98/48, 604.

91 Lewis Harcourt an John Morley, 6.8.1914, NL Morley, BOD, Ms Eng. D. 3585, fols 122-123; Arthur Acland an Morley, ebd., fols. 131-132; C.P. Scott an Morley, ebd., fols. 142-143. Vgl. dazu auch: Lewis Harcourt, Cabinet Notes, 31.7.1914-2.8.1914, NL Lewis Harcourt, BOD.

92 Milner, an Wilson, 3.8.1914, NL Henry Wilson, Imperial War Museum, HHW 1/73/39.

93 Morley, Memorandum (wie Anm. 4), S. 6.

94 J.L. Garvin an Lloyd George, privat und vertraulich, Sunday, August 1914; NL Lloyd George, HLRO, LG/C/4/13/3. J.L. Garvin an Lloyd George. 1.3.1915, HLRO, LG/C/4/13/4.

95 Morley, Memorandum (wie Anm. 4), S. 7.

96 Hazlehurst, Politicians at War (wie Anm. 1), S. 123.



Vertragsbrüche mit keiner Silbe erwähnt.<sup>97</sup> Wie Morley im Kabinett, so äußerten die Parlamentarier, dass man nicht vergessen dürfe, mit einer Kriegsbeteiligung nicht nur Frankreich, sondern insbesondere den russischen Despotismus zu unterstützen.<sup>98</sup> Da Deutschland versprochen habe, die Integrität Belgiens nicht anzutasten und auch Frankreich nicht an der Atlantikküste anzugreifen, seien die Ausführungen Greys zur moralischen Verpflichtung gegenüber Paris irrelevant.<sup>99</sup> Angesprochen wurde ferner der jahrelange anti-deutsche Kurs Edward Greys im Vergleich zu dessen viel zu nachsichtiger Frankreich- und Russlandpolitik, die größere Nähe zu Deutschland als zu Russland, die gelungene Kooperation während der Balkankriege,<sup>100</sup> sowie die allgemein kritisierte Geheimdiplomatie, die überhaupt für die Lage verantwortlich sei, wie auch der „foul-fetish of Balance of Power“.<sup>101</sup> Statt kopflös in einen Krieg zu stolpern, dessen Konsequenzen nicht abzusehen seien, plädierten die liberalen Abgeordneten dafür, die deutsche Versicherung einer Integrität Belgiens zu akzeptieren und einen zeitlich begrenzten Durchmarsch zu gestatten.<sup>102</sup>

Bis heute wird die englische Entscheidung zum Krieg als eine Art Notwehr betrachtet.<sup>103</sup> Die vernachlässigten Einwände der Radikalliberalen zeichnen dagegen ein differenzierteres Bild. Sie verweisen nicht nur auf die lange Phase britischer Vorkriegspolitik, die allzu einseitig die Entente pflegte und das Konzert vernachlässigte, sondern auch darauf, dass die Entscheidung alles andere als eindeutig war. So sehr die belgische Frage im Nachgang vornehmlich in der öffentlichen Debatte eine Rolle spielte, so wenig war sie das entscheidende Kriterium im Kabinett. Bedeutsamer war dagegen die von Edward Grey eigenmächtig entschiedene und privat, am Kabinett vorbei, geleistete moralische Unterstützung Frankreichs in den Vorkriegsjahren und der Julikrise. Die Unterhausrede des englischen Außenministers belegt zudem, wie sehr im Moment der Krise aus moralischen Verpflichtungen schnell politisch-militärische Verpflichtungen abgeleitet wurden. Beschränkten sich die Zusagen anfangs noch auf die französische Atlantikküste, so definierte Grey bald die Integrität

97 Rowntree im Unterhaus, 3.8.1914, Hansard, Parliamentary Debates, 5. Serie, Bd. 65, Sp. 1846-1848.

98 MacDonald im Unterhaus, 3.8.1914, ebd., Sp. 1831 f.

99 Morell im Unterhaus, 3.8.1914, ebd., Sp. 1834 f.

100 Outhwaite im Unterhaus, 3.8.1914, ebd. Sp. 1861ff.

101 Molteno im Unterhaus, 3.8.1914, ebd., Sp. 1849-1853; Morrell im Unterhaus, 3.8.1914, ebd., Sp. 1837.

102 Morrell und Wedgwood im Unterhaus, 3.8.1914, ebd., Sp. 1834-1839.

103 Zuletzt: Michael Epkenhans, Interview, „Ein sehr gefährliches Spiel“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, (<http://www.bundestag.de/dasparlament/2013/01-03/Themenausgabe/48461627.html>) (Aufgerufen, 10.12.2013) und John C.G. Röhl, Wie Deutschland 1914 den Krieg plante, Süddeutsche Zeitung, 5.3.2014 [<http://www.sueddeutsche.de/politik/ausbruch-des-ersten-weltkriegs-wie-deutschland-den-krieg-plante-1.1903963>] (Aufgerufen am 5.3.2014).



Frankreichs insgesamt als eine Frage der britischen Ehre.<sup>104</sup> Dass damit eine automatische Kopplung an das Zarenreich verbunden war, bereitete den Liberalen die größten Probleme. Was als Greys größte Rede in die Geschichte eingehen sollte, war deshalb bei näherer Betrachtung ein Lavieren. Während er Russland mit keinem Wort erwähnte, arbeitete er sich über eine Stunde an den vermeintlich nicht vorhandenen Verpflichtungen gegenüber Frankreich ab, die er selbst dann auch wieder relativierte, indem er die deutsche Bereitschaft erklärte, Frankreich nicht an der Atlantikküsten angreifen zu wollen.<sup>105</sup> So blieb letztlich nur der direkt an seine Parteigenossen gerichtete Appell, der moralischen Autorität Gladstones zu erinnern und sich für die belgische Neutralität zu engagieren: „We are going to suffer, I am afraid terribly in this war, whether we are in it or whether we stand aside“.<sup>106</sup> Der Gedanke, dass London selbst im Falle der Neutralität seinen Spielraum behielt, ein vorzeitiges Ende der Kampfhandlungen zu erwirken, kam ihm offenbar ebenso wenig in den Sinn wie die Gefahr, dass durch die britische Teilnahme aus einem „dritten Balkankrieg“ ein Weltkrieg werden konnte. Entscheidend war das britische Prestige und die Bündnispflege: „If we [...] would stand aside, we should, I believe, sacrifice our respect and good name and reputation before the world, and should not escape the most serious and grave economic consequences“.<sup>107</sup>

## II. Die Liberalen im Krieg

### II.1. Die Unterhöhlung liberaler Prinzipien und der Ruin der Friedenspartei

Bei Kriegsausbruch hatte sich die Liberale Partei bereits neun Jahre im Amt befunden. Sie hatte drei Wahlen gewonnen und längst überfällige Reformen umgesetzt sowie eine mögliche Parteispaltung mehrfach verhindert. Während des vierjährigen Krieges, der alle Ressourcen des Landes und der britischen Gesellschaft in Anspruch nahm, wurden die klassisch liberalen Prinzipien bei dem Versuch überdehnt, sie mit den Erfordernissen des „totalen Krieges“ in Einklang zu bringen. Friede, Nicht-Intervention, Freihandel, soziale Reformen, Home Rule für Irland und der Schutz des Einzelnen und seiner Freiheitsrechte gehörten zu den ersten „Kriegsopfern“. Sie waren unvereinbar geworden mit der Kriegserklärung an die Mittelmächte, der nun nötigen nationalistischen Propaganda, die man seit jeher abgelehnt hatte, mit der ebenfalls stets

104 Grey im Unterhaus, 3.8.1914, Hansard, Parliamentary Debates, 5. Serie, Bd. 65, Sp. 1810, bes. Sp. 1858; Keir Hardy im Unterhaus, 3.8.1914, ebd., Sp. 1841.

105 Grey im Unterhaus, 3.8.1914, ebd., Sp. 1818.

106 Ebd., Sp. 1823.

107 Ebd., Sp. 1825, vgl. dazu: Morris, *Radicalism against War*, S. 415-418; McMeekin, *July 1914* (wie Anm. 24), S. 362-372.

abgelehnten allgemeinen Wehrpflicht, mit den explodierenden Kosten, die jeder liberalen Haushaltspolitik widersprachen usw. Noch am gleichen Tag, als Grey seine Unterhausrede hielt, protestierte mit dem „Neutrality Committee“ eine kleine Gruppierung liberaler Intellektueller öffentlich gegen eine englische Kriegsbeteiligung. Die „British Neutrality League“, getragen von herausragenden Persönlichkeiten wie Lord Welby, the Lord Provost of Glasgow, the Lord Mayor of Manchester, the Bishop of Hereford und Charles P. Scott vom Manchester Guardian, schaltete eine landesweite Anzeigenkampagne: „Englishmen, do your duty and keep your Country out a wicked and stupid war“ und proklamierten, dass die „Verletzung der belgischen Neutralität keinen ausreichenden Grund darstelle, um England in den Krieg zu bringen“.<sup>108</sup> „The War Party does not tell the truth. The facts are these:

1. If we too side with Russia and France the Balance of Power would be upset as it has never been done. It would make the military Russian empire of 160,000,000 the dominant power of Europe. You know the kind of country Russia is.
2. We are not bound to join in a general European war to defend the neutrality of Belgium. [...] And if we are to fight for the neutrality of Belgium, we must be prepared to fight France as well as Germany.
3. The Prime Minister and Sir Edward Grey have both emphatically and solemnly declared in the House of Commons that we have no undertaking whatever, written or spoken, to go to war for France. We discharged our obligations in the Morocco affair. The Entente cordiale was a pact of peace and not alliance of war.
4. If Germany did attempt to annex a part of Belgium, Holland or Normandy – and there is no reason to suppose that she would attempt such a thing – she would be weaker than she is now, for she would have used all her forces for holding her conquests down. [...] It would be monstrous to drag this country into war on so vague a suspicion”.

Es folgten Protestveranstaltungen im ganzen Land und während eine Reihe von liberalen Cambridge-Gelehrten den Kriegsgrund öffentlich anzweifelten, erarbeiteten ihre konservativen Kollegen aus Oxford eine Begründungsschrift „Why we are at War“ und zeichneten das kaiserliche Deutschland dabei als neue napoleonische Herausforderung.<sup>109</sup> Die Nation betonte dagegen noch am 15. August, dass die nun drohende russische Hegemonie eine weitaus größere Gefahr für die liberalen Freiheitsrechte in Europa bedeute als eine vermeintliche deutsche Hegemonie, die ohnehin bereits seit längerem immer unwahr-

108 Manchester Guardian, 3.8.1914; Daily News & Reader, 5. August 1914. Ich danke Frau Carina Matiszik für den Hinweis auf diese landesweite Anzeigenkampagne. Dort auch die folgenden Zitate.

109 Members of the Oxford Faculty for Modern History: Why we are at War. Great Britain's Case. Oxford 1914.

scheinlicher geworden sei.<sup>110</sup> Nicht nur der Economist hatte nämlich längst errechnet, dass es dem Kaiserreich schlichtweg an den Mitteln zu einer vermeintlichen napoleonischen Hegemonie über Europa mangelte.<sup>111</sup>

Augenscheinlich wurde die Aushöhlung liberaler Grundsätze sogleich im Defence of the Realm Act (DORA) noch im August 1914.<sup>112</sup> Dieser schränkte die persönlichen Freiheitsrechte der Briten massiv ein und garantierte die staatliche Einflussnahme in nahezu alle Lebensbereiche. Dieser Act bildete u. a. die Grundlage für eine umfassende Pressezensur. Alle Briten mussten von nun an Ausweise bzw. Reisepässe beantragen. Im Zuge der kriegsbedingten Maßnahmen stieg die Einkommensteuer um 1200 % von sechs Pence auf sechs Schillinge. Lebensmittel wurden rationiert, Alkohol und Tabak wurden exzessiv besteuert, der freie Handel von Waren wurde dirigiert und kontrolliert. Das Streikrecht wurde aufgehoben und Arbeiter wurden etwa zur Munitions- und Waffenproduktion zwangsverpflichtet.<sup>113</sup>

Wie gravierend der Bruch mit den liberalen Prinzipien während des Krieges war, beweist vor allem die Frage der allgemeinen Wehrpflicht.<sup>114</sup> Obwohl sich gerade zu Beginn des Krieges enorm viele freiwillig zu den Waffen gemeldet hatten, konnten diese die immensen Verluste an der Westfront gegen Ende 1915 nicht mehr auffangen. Anfang 1916 sah sich Asquith deshalb zum Military Service Act im Rahmen von DORA gezwungen. Der Service Act verpflichtete alle Männer im Alter von 18 bis 41 Jahren zum Wehrdienst. 50 prinzipienfeste Liberale wehrten sich noch im Unterhaus gegen die Einführung der Wehrpflicht, aber angesichts der Kriegslasten wurde die Gesetzesvorlage schließlich mithilfe des Liberal War Committees (LWC) mit einer großen Mehrheit angenommen.<sup>115</sup> Das Komitee deutete einmal mehr auf eine zunehmende Spaltung der Liberalen hin. Während die Einführung der Wehrpflicht, so die Begründung der Gegner, in eklatanter Weise gegen den liberalen Grundsatz individueller Freiheitsrechte verstoße, begründeten die LWC-Mitglieder dies mit der außergewöhnlichen Kriegssituation und verwiesen auf den spezifischen Patriotismus, den auch die Liberale Imperialisten während des Bu-

110 The Nation, 15.8.1914, zit. nach: Taylor, *Trouble Makers* (wie Anm. 16), S. 128.

111 The German Levy and Continental Armies, *Economist*, 8.3.1913, S. 566.

112 Defence of the Realm Act, 8.8.1914. Siehe Online Quelle: [[http://www.nationalarchives.gov.uk/pathways/firstworldwar/first\\_world\\_war/p\\_defence.htm](http://www.nationalarchives.gov.uk/pathways/firstworldwar/first_world_war/p_defence.htm)] (Aufgerufen 10.1.2014.).

113 Zu den Folgen von DORA siehe Spencer C. Tucker (Hg.), *The Encyclopedia of World War I: A Political, Social, and Military History*, Santa Barbara, Ca. 2005, Bd. 2, S. 341 f.; G.R. Searle: *The Liberal Party: Triumph and Disintegration 1886-1926*. London 1992; John Turner: *British Politics in the Great War: Coalition and Conflict 1915-18*. London 1992.

114 David Singeisen, *Liberals and Armaments 1900-1918*, in: *Les Cahiers du Mimmoc* 7, 2011: <http://mimmoc.revues.org/734> (Aufgerufen 10.10.2013.).

115 Vgl. Unterhausdebatte, Januar 1916, *Hansard Parliamentary Debates*, 5. Serie, Bd. 78, passim.

renkriege für sich reklamiert hatten.<sup>116</sup> Nichtsdestotrotz waren die parteiinternen Gräben nicht mehr zu übersehen. Das Gesetz bedeutete somit den Anfang vom Ende der Regierung Asquith, die schließlich im Dezember 1916 von David Lloyd George (bis dahin Munitionsminister) als Chef einer Koalitionsregierung abgelöst wurde.<sup>117</sup> Die Ablösung spaltete die Partei nun endgültig in zwei Lager. Lloyd George profitierte dabei im besonderen Maße, weil er in der Öffentlichkeit als Gegner der Kriegsintervention vom August 1914 galt, der sich danach professionell den Herausforderungen stellte, während Asquith sich schon mit der Kriegsentscheidung gegen liberale Prinzipien gestellt habe und sodann eklatante Führungsschwächen offenbart hatte.<sup>118</sup> Lloyd Georges Amtsführung, die fortan nahezu völlig ohne das Parlament auskam und sich demonstrativ auf außerparlamentarische Experten oder die Konservativen stützte, untergrub weiter die liberale Basis. Bis zum Kriegsende wurden nahezu alle liberalen Grundsätze über Bord geworfen: Während die Kriegsteilnahme bereits den Grundsatz der Friedenspartei strapaziert hatte, so zerstörte die flächendeckende Regulierung der Wirtschaft den Grundsatz des Freihandels, die Pressezensur wie auch die Wehrpflicht die individuellen Freiheitsrechte.

Die Rückwirkungen dieser offensichtlichen Verstöße gegen urliberale Prinzipien ließen nicht lange auf sich warten. Bereits Ende 1916 kam es zur „Leadership Crisis“ zwischen Asquith und Lloyd George, bei der sich 130 von 272 liberalen Abgeordneten gegen Asquith und für Lloyd George als neuen Premier entschieden, wobei Asquith weiterhin Parteiführer blieb. Das sorgte für die einmalige Situation, dass Asquith eine liberale Opposition gegen eine liberal-konservative Koalitionsregierung anführte, was schließlich für die Partei insgesamt zu massiven Problemen an der Wahlurne führte,<sup>119</sup> so dass Herbert Gladstone nach den Wahlen von 1918 lamentierte:

“Masses of our best men passed away to Labour. Others drifted to Conservatism or independence. Funds were depleted and we were short of workers all over the country. There was an utter lack of enthusiasm or even zeal”.<sup>120</sup>

Es gibt keinen Zweifel daran, dass die Liberalen zwischen 1914 und 1918 unwiederbringlich Terrain einbüßten. Die irischen Nationalisten, von denen die liberale Mehrheit im Unterhaus seit 1910 abhing, fühlten sich in der Frage

116 Matthew Johnson: The Liberal War Committee and the Liberal Advocacy of Conscription in Britain, 1914-1916, in: *Historical Journal* 51/2, 2008, 399-420.

117 Vgl. dazu: Wilson, *Downfall* (wie Anm. 7), S. 51-96.

118 Ebd., S. 38.

119 Die Anhänger Asquiths wurden 1918 auf 28 Sitze reduziert gegenüber 63 Labourabgeordneten und 133 liberalen Koalitionären und 335 Konservativen. Butler/Freemann, *Political Facts* (wie Anm. 47), S. 141.

120 Zit. nach: Charles S. Mack: *When Political Parties Die. A cross national analysis of disalignment and realignment*: Santa Barbara 2010, S. 172.

um Home Rule verraten und wandten sich Labour zu. Der anhaltende Widerstand gegen das Frauenwahlrecht und die Drangsalierung der Arbeiter und Gewerkschaften für die Kriegsproduktion kostete weiteren Boden zugunsten Labours. Und schließlich wurden die Liberalen vor allem außerhalb des Parlaments permanent an ihren außenpolitischen Sündenfall vom 3. August 1914 erinnert. Die Speerspitze eines alternativen Kurses war die Union of Democratic Control, kurz U.D.C.

## II.2. Liberale „Pressure Groups“: Das Beispiel der Union of Democratic Control

Die Kriegsentscheidung einer liberalen Regierung blieb für viele ein Widerspruch in sich. Nicht nur in Anbetracht der genannten liberalen Grundpfeiler, sondern auch was die weitgehende Konzeptionslosigkeit einer Kriegsbeendigung anbetraf.

An die Lösung dieser Frage machten sich indes nicht die abtrünnigen Kabinettsmitglieder. Morley und Burns zogen sich ins Privatleben zurück. Es waren vor allem Gruppierungen von Politikern und Intellektuellen außerhalb des etablierten Parteienspektrums, die sich weitergehende Gedanken über einen Ausweg aus dem Krieg machten. Der Historiker und Bruder des jungen Abweichlers Charles Trevelyan, George Macauley Trevelyan, lieferte eine Erklärung für den Rückzug einiger prominenter Radikalliberaler. Seinem Bruder riet er nämlich, es Morley und Burns gleichzutun. Es handele sich nun schließlich nicht mehr wie noch beim Krimkrieg oder dem Burenkrieg um einen der vielen „sporting wars“, sondern um einen totalen Konflikt auf Leben und Tod, bei dem es darauf ankäme, entweder die alte anti-napoleonische Geschlossenheit zu pflegen oder sich vollständig zurückzuziehen. „You will all be more effective for peace when the time comes if you show patriotism now and don't make yourself widely unpopular.“<sup>121</sup> Den Kopf einzuziehen und den Sturm abzuwarten, war aber für Charles Trevelyan keine Option: Als Privatmann schloss er sich zunächst der bereits erwähnten „Neutrality League“ Norman Angells an und wurde am 6. August zum Vorsitzenden einer parlamentarischen Gruppe von 30, vornehmlich liberalen Abgeordneten gewählt mit dem Ziel, den „Kriegsverlauf scharf zu beobachten und sobald als möglich eine Friedensinitiative zu starten“.<sup>122</sup> Zunächst als bloße parlamentarische Gruppierung angedacht, entwickelte sich daraus mit der Union of Democratic Control (U.D.C.) schnell eine breit angelegte Oppositionsbewegung gegen den

121 Zit. nach: Hazlehurst, *Politicians at War*, S. 124, Taylor, *Trouble Makers* (wie Anm. 16), S. 132 f.

122 Hazlehurst, *Politicians at War* (wie Anm. 1), S. 130.

Krieg. Getragen wurde die U.D.C. vor allem von Intellektuellen außerhalb des Parlaments.<sup>123</sup> Lediglich zwei radikalliberale MPs, Arthur Ponsonby und Charles Trevelyan, und zwei Mitglieder der Independent Labour Party gehörten zu den Gründungsmitgliedern. Herausragende Führungsfiguren waren daneben John A. Hobson, Norman Angell, Bertrand Russell, Lowes Dickinson und Edmund Dene Morel. Anlass war neben der nun in Gang gebrachten Kriegspropaganda der Times, der Morning Post oder des Globe die Veröffentlichung der diplomatischen Korrespondenz noch im August 1914.

Während die Tory-Presse eine von langer Hand geplante deutsche Konspiration hinter dem Krieg vermutete und die Julikrise als bloßen Vorwand zu einem „napoleonischen“ Abenteuer wertete,<sup>124</sup> plädierte die U.D.C. für eine nüchternere Betrachtung der Ereignisse. Grundlage bildete die bereits seit langem kritisierte imperialistische Großmacht- und Geheimdiplomatie, wie sie von John A. Hobson, Henry Massingham, Leonard Courtney in Blättern wie der Nation, dem Manchester Guardian oder der Fortnightly Review und in verschiedenen Einzelpublikationen angeprangert worden waren. Vor allem Lord Leonard Courtney fuhr geradezu aus der Haut, als er nach der Veröffentlichung des Weißbuches am 8. August anhand von Dokument Nr. 123 erkannt haben wollte, wie weitgehend der deutsche Botschafter, Fürst Lichnowsky, Edward Grey in der belgischen Frage entgegengekommen sei.<sup>125</sup> Für Courtney war die Sachlage damit klar, Edward Grey hatte sich heimlich über die Mehrheit des Kabinetts hinweg gesetzt, diese im Dunkeln gelassen und von vornherein die unbedingte Bündnisloyalität gegenüber Frankreich und damit den englischen Kriegseintritt forciert.<sup>126</sup> Um Courtney herum gruppierte sich nun ein harter Kern von zunächst 23 prominenten liberalen Politikern, Journalisten und Intellektuellen sowie zwei Mitgliedern der Independent Labour Party (ILP).<sup>127</sup>

Auf der Basis von Norman Angells „Great Illusion“ und den U.D.C. eigenen Pamphleten, wie „The Morrow of War“ (1914) oder den Schriften Bertrand

123 Vgl. Marvin Swart: *The Union of Democratic Control in British Politics during the First World War*. Oxford 1971; Keith Robbins: *The Abolition of War: The 'Peace Movement' in Britain, 1914-1919*. Cardiff 1976; Gebele, Großbritannien und der Große Krieg (wie Anm. 23).

124 Vgl. Watt, *British Reactions* (wie Anm. 24), S. 245 f.

125 Correspondence respecting the European Crisis, Cd. 7467, 8.8.1914, Nr. 123, S. 66. Gleiches galt für Charles P. Scott, Scott an Morley, 9.8.1914, NL Morley, Bodleian Library Oxford, Ms Eng.d.3585, fols. 142-143, fol. 143.

126 Courtney an Charles P. Scott, 8.8.1914, zit nach: George P. Gooch, *Life of Lord Courtney*, London 1920, S. 581 f.

127 James Ramsay MacDonald (ILP), Fred Jowett of Bradford (ILP), Arnold Rowntree, Norman Angell, Arthur Ponsonby, Edmund D. Morel, Philip Morell Bertrand Russell, Henry Brailsford, John A. Hobson, Charles Trevelyan, George P. Gooch, Arthur Henderson, M. Phillips Price, Philip Snowden, Lord Leonard Courtney, Leonard Wolf, John M. Keynes, Lowes Dickinson.

Russells „Is a permanent Peace possible“, „The Policy of the Entente“ (beide 1916)<sup>128</sup> oder Morels „Ten Years of Secret Diplomacy“ (1915), einigten sich die „Gründerväter“ auf eine klassisch-liberale Einschätzung der Kriegsursachen, die nicht umsonst an Jeremy Bentham und Tom Paine erinnerte: „The Theory of the Balance of Power and secret diplomacy are the two main factors which, in combination, made for war“.<sup>129</sup> Ein zukünftiger Friede müsse sich deshalb auf die Abschaffung der Geheimdiplomatie und die Verbreitung der Demokratie stützen. Das Aktionsprogramm der U.D.C. beruhte deshalb auf den folgenden vier Grundsätzen zur Befriedung Europas, wie sie in den Hauptorganen, dem Manchester Guardian, dem Cambridge Magazine und der UDC eigenen Zeitschrift „War and Peace“ fortan unermüdlich gepredigt wurden:<sup>130</sup>

1. “Peace without Victory” [...] “No Province shall be transferred [...] without the consent, by plebiscite or otherwise, of the population of such province”.
2. “No Treaty, Arrangement, or Undertaking shall be entered upon in the name of great Britain without the sanction of the Parliament”.
3. “The Foreign Policy of Great Britain shall not be aimed at creating Alliances for the purpose of maintaining the Balance of Power; but shall be directed to concerted action between the Powers and the setting up of an international Council [...] with such machinery for securing international agreement”.
4. Sowohl die nationale Außenpolitik als auch die internationale Politik sollten demnach institutionalisiert und einer öffentlichen Kontrolle unterworfen werden.
5. Hinzu kam die Forderung nach einer „drastic reduction of arms“ im Zuge eines Friedensvertrages.

Unter dem Eindruck der Pariser Wirtschaftskonferenz im Mai 1916, die eine dauerhafte wirtschaftliche Ausbeutung Deutschlands nach dem Krieg vorsah,<sup>131</sup> erweiterte das U.D.C. seinen Forderungskatalog noch um die Vorgabe: “No economic war after the war”.

Von Cambridge und dem Londoner Stadtteil Bloomsbury aus suchten die Aktivisten den Kontakt zu anderen Anti-Kriegs-Bewegungen, um nach den Worten Edmund D. Morels eine Massenbasis zu beschaffen. Noch 1914 erhöhte sich die Mitgliederzahl auf 5 000, auf 300 000 1915, und schließlich auf 750 000 bei Kriegsende. Die besondere Stärke des U.D.C. war es, nicht nur Einzelpersonen, sondern auch andere Körperschaften zu vernetzen.<sup>132</sup> So

128 Bertrand Russell, “Is a Permanent Peace Possible?” in: Bertrand Russell, *Justice in War-Time*, Chicago 1916, S. 80-100, bes. S. 83, S. 98; Ders., “The Entente Policy, 1904-1915: A Reply to Professor Gilbert Murray,” in: ebd., S. 118-206, bes. S. 123, S. 137, S. 209-210.

129 Zit. nach: Michael Howard: *War and the Liberal Conscience*. London 1977, S. 75. Edmund D. Morel: *Ten Years of Secret Diplomacy*, London 1915.

130 Zit. nach: Gebele, Großbritannien und der Große Krieg (wie Anm. 23), S. 56 f.

131 Sönke Neitzel: *Blut und Eisen. Deutschland im Ersten Weltkrieg*, Zürich 2003, S. 149.

132 Gebele, Großbritannien und der Große Krieg (wie Anm. 23), S. 57 f.



wuchs allein die Zahl der bis 1918 angeschlossenen Arbeiterorganisationen auf über 350, die über eine Million Arbeiter repräsentierten. Aber auch kleinere christliche und lokale Bruderschaften wie der „Fellowship of Reconciliation“, das „National Council against Conscription“, der „No Conscription Fellowship“ oder die „Society of Friends“ waren mit dem U.D.C. in engem Kontakt.<sup>133</sup>

Die größere Zahl von Mitgliederorganisationen bedeutete gleichzeitig aber auch eine Abschwächung der intellektuellen liberalen Basis und Diversifizierung der unterschiedlichen Ziele und Interessenlagen. Eine Bündelung der Kräfte war so während des Krieges letztlich nicht möglich. Zum Nachteil wirkte sich zudem die immer größere Nähe zu Organisationen der Independent Labour Party aus, die das liberale Fundament in Großbritannien weiter erodieren ließ. So schloss sich die U.D.C. vor dem Hintergrund der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht mit führenden Repräsentanten Labours und der Liberal Party zusammen. Gemeinsam entwickelten sie ein Friedenskonzept. Der Londoner Regierung wurde dabei vorgeworfen, alle Friedensinitiativen der Mittelmächte zu blockieren und damit auch die langfristige Befriedung des Staatensystems zu gefährden. Statt auf einen uneingeschränkten „knock-out-blow“, wie ihn Lloyd George inzwischen forderte,<sup>134</sup> setzte das Konzept der U.D.C. auf einen „Peace without Victory“. Die Interessen und die Integrität der Mittelmächte sollten dabei ausdrücklich gewahrt bleiben. Im Juli 1917, also lange vor Lenins Friedensdekret (November 1917), legte die U.D.C. ihre Konzeption einer Nachkriegsordnung vor:<sup>135</sup>

1. Wiederherstellung der Unabhängigkeit Belgiens,
2. Räumung Frankreichs durch deutsche Truppen,
3. Militärische Räumung und Wiederherstellung der Unabhängigkeit Serbiens, Montenegros und Rumäniens,
4. Plebiszite über die Zukunft Elsass-Lothringens, des Trentinos sowie der polnischen Gebiete Preußens und Österreich-Ungarns,
5. Ein freies und unabhängiges Polen,
6. Keine Zerstörung Österreich-Ungarns, aber Autonomierechte für die Minderheiten,
7. Einrichtung einer internationalen Kommission zur Regelung schwieriger Grenzfragen, etwa polnische Ansprüche auf Danzig etc.,
8. Neutralisierung und Internationalisierung der Meerengen und Konstantinopels,
9. Internationale Kontrolle des Osmanischen Reiches,
10. Keine Annexion deutscher Kolonien und kein Verbot deutscher Kolonien.

133 Ebd.

134 David Lloyd George: War Memoirs 1915-1916. Bd. 2 London 1933, 263-286.

135 Vgl. dazu: Gebele, Großbritannien und der Große Krieg (wie Anm. 23), S. 59.



Garantiert werden sollten diese Ziele, die in einem nicht geringen Maße einer Restauration des Vorkriegszustandes entsprachen, durch den von Lowes Dickinson vorgeschlagenen Völkerbund. Dessen System kollektiver Sicherheit sollte von nun an zum Inbegriff liberaler Außenpolitik auch über 1918 hinaus werden. Allerdings zeigte sich sowohl in der Gruppierung der U.D.C. als auch in der flächendeckenden Unterstützung des bekannten „Peace Letters“ des konservativen Lord Lansdowne im November 1917, dass originär liberale Vorstellungen ihre Basis längst verbreitert und von der Partei gelöst hatten. Bereits ein Jahr zuvor hatte der ehemalige Außenminister Lansdowne seinen Eindruck, dass der Krieg die westliche Zivilisation insgesamt gefährde, dem britischen Kabinett unterbreitet und dafür plädiert, Friedensverhandlungen auf der Basis des status quo ante bellum einzuleiten.<sup>136</sup> Nachdem seine Vorschläge aber sowohl von den Unionisten im Kabinett, Arthur Balfour und Roberts Cecil, als auch dem Herausgeber der Times, Geoffrey Dawson entsetzt abgelehnt worden waren,<sup>137</sup> wurden seine Ideen im November von Daily Telegraph publiziert. Während die gesamte konservative Presse Lansdownes Vorstoß kritisierte,<sup>138</sup> waren es vor allem die liberalen Blätter, allen voran der Manchester Guardian und die Daily News, die sich die Argumente Lansdownes schnell zu eigen machten.<sup>139</sup> So war es auch nur folgerichtig, das sie das nach dem Verfasser benannte, aber hauptsächlich von U.D.C.-Mitgliedern gebildete „Lansdowne Committee“ im Oberhaus zur Erlangung eines Verständigungsfriedens, nach Kräften unterstützten.<sup>140</sup> Einige liberale Politiker wie Reginald McKenna erkannten sogar die Gelegenheit, die Partei auf der Basis von Lansdownes Vorschlägen wieder zu vereinen, aber Asquith blieb unentschlossen.<sup>141</sup> James Ramsay MacDonald schlug Lansdowne sogar als zukünftigen Labour Premier vor, um die Kriegsspirale endlich zu durchbrechen.<sup>142</sup> Lansdowne selbst wahrte, vornehmlich aus Loyalität zur amtierenden Regierung, vornehme Distanz

136 Zum Inhalt und zur Geschichte des „Peace Letters“ vgl. Douglas Newton: The Lansdowne „Peace Letter“ and the Prospect of Peace by Negotiations with Germany, in: Australian Journal of Politics and History 48/1 (2002), S. 16-39; Frank Winters: Exaggerating the Efficiency of Diplomacy: The Marquis of Lansdowne’s „Peace Letter“ of November 1917, in: The International History Review 32/1 (2010), S. 25-46.

137 The Times, 30.11.1917, S. 9.

138 The Times, 15.12.1917, S. 7.

139 Manchester Guardian, 30.11.1917, S. 4, 1.12.1917, S. 6; Daily News, 1.12.1917, S. 4.

140 A. J. P. Taylor: English History 1914 – 1945. Oxford 1990, S. 65 f.

141 Manchester Guardian, 4.12.1917, S. 4. Vgl. jetzt auch: Winters, Exaggerating the Efficiency of Diplomacy (wie Anm. 136), S. 38.

142 Sally Harms: Out of Control: British Foreign Policy and the Union of Democratic Control, 1914-1918. Hull 1996, S. 46, S. 202.

zu den radikalliberalen Unterstützern seiner Ideen. Sie waren ihm aber alles andere als „peinlich“, wie A.J.P. Taylor vermutete.<sup>143</sup>

So sehr die außer- und überparteiliche Erinnerung an klassisch liberale Werte der liberalen Partei den Spiegel vorhielt und weiter deren Basis untergrub, so sehr diente die allgemeine Debatte dem britischen Liberalismus insgesamt. Dessen außer und überparteiliche Vielfalt bei gleichzeitiger organisatorischer Beliebigkeit bedeutete daher sowohl Stärke und Schwäche zugleich.

### III. Abschließende Bemerkungen

Die Julikrise und der Erste Weltkrieg waren fraglos eine entscheidende Zäsur für den britischen Liberalismus und die Liberal Party. Auch wenn es zahlreiche Hinweise dafür gibt, dass sich bereits lange vor 1914 ein langsamer Niedergang abzeichnete, so spricht doch vieles, wie etwa die permanente Selbsterneuerung nach der Spaltung Mitte der 1880er Jahre, die Krise während des Burenkrieges und die Wahlsiege von 1906 und 1910 dafür, dass das erste Augustwochenende 1914 tatsächlich die nachhaltigste Zäsur bildete, als das Kabinett die liberalen Prinzipien dem parteipolitischen Ziel der Machterhaltung unterordnete. Allen voran David Lloyd George, der vom 2. auf den 3. August aus dem Lager der Kriegsgegner in das der Befürworter wechselte, erkannte nach der Unterstützungszusage der Tories darin die einzige Chance, die liberale Partei geeint an der Regierung zu halten. Seine Bemerkung gegenüber Morley, dass er einen möglichen Sieg Russlands bei seinen Überlegungen noch gar nicht erwogen hatte, deutet einerseits darauf hin, dass ihm die internationale Gemengelage weniger beschäftigte als die parteiinterne. Während Morley offenbar glaubte, damit eine besonders für liberalen Ohren alarmierend klingende Warnung ausgesprochen zu haben, könnte die Reaktion Lloyd Georges andererseits auch dahingehend verstanden werden, dass dieser erst jetzt verstand, dass es bei der Frage der englischen Beteiligung auch darum ging, möglichst auf Seiten der Gewinner zu stehen und den britischen Einfluss auf eine Nachkriegsordnung zu wahren. In der Entscheidungssituation selbst waren die Folgen wohl kaum abzuschätzen und die britischen Kabinettsmitglieder erwiesen sich tatsächlich als Schlafwandler, unfähig alternative Handlungsmuster zu erkennen oder die Konsequenzen ihrer Entscheidung bzw. die Realität der Gräuere zu erkennen.

143 Lansdowne an Ponsonby, 8.12.1917, NL Lansdowne, British Library London, Working File: 'Papers relating the Peace Letter', MSS Box (5), 85; "As for myself, I shall hold my peace until I know more of the attitude of our own government". Lansdowne an Lord Beauchamp, 9.10.1918, ebd., MSS, Box (5) 88; Taylor, *Trouble Makers*, (wie Anm. 16), S. 150. Lansdowne an Lansdowne Committee, 31.7.1918, zit. nach: Newton, *Lord Lansdowne* (wie Anm. 136), S. 475 f. Vgl. jetzt auch: Winters, *Exaggerating the Efficiency of Diplomacy* (wie Anm. 136), S. 38.

Nicht von ungefähr erklärte es Edward Grey sogar für unerheblich, ob England aktiv in den Krieg eingriff oder nicht, denn „leiden“ müsse es in jedem Fall. Mit einer Teilnahme, so der Außenminister, würde es sich aber nicht ins moralische Abseits stellen und weiterhin seinen internationalen Einfluss sichern.<sup>144</sup>

Die wirtschaftlichen und finanziellen Risikoerwägungen der City wurden durchaus ernst genommen, auch wenn sich Lloyd George später nicht mehr daran erinnern wollte.<sup>145</sup> Gerade diese Erinnerungslücken belegen, dass es umso dringlicher erschien, nicht nur aus Gründen des nationalen Zusammenhalts, des Siegeswillens und der aufzubringenden Opfer, sondern auch aus Gründen der nachträglichen Rechtfertigung, aus dem Krieg einen „just war“ zu führen. Auch hierin, das bleibt noch weiter zu untersuchen, lag vermutlich einer der Gründe für die aggressive Kriegspropaganda gegen die deutschen „Hunnen“, die man zuvor stets zu seinem eigenen Kulturkreis gezählt hatte. Als die „Lichter in Europa ausgingen“, begannen somit auch die politischen Aussichten der Liberalen Partei zu dämmern.

Die Notwendigkeiten eines total geführten Krieges, aber auch die Zerfaserung in unzählige außer- und überparteiliche Gruppierungen, die zum einen immer wieder auf die Fehler der Kriegsentscheidung pochten und sich zum anderen immer näher an die Independent Labour Party annäherten, wie das Beispiel der Union of Democratic Control belegt, bedeuteten letztlich den Ruin der englischen Liberalen Partei als potentielle Mehrheitspartei. Gleichzeitig, so ist zu vermuten, sicherten die dynamischen Debatten aber auch das Überleben des englischen Liberalismus, so paradox es auch klingen mag. Aber es war die Vielfalt der Ansätze und Meinungen sowie die Form des Protestes, die große Teile des britischen Liberalismus im Gegensatz zu der Koalitionsregierung während des Großen Krieges auszeichneten. Während die Regierung mit dem Londoner Abkommen der Alliierten im September 1914 und der Ausweitung des Konfliktes jeglichen Friedensinitiativen frühzeitig den Garaus machte und damit auch jede Möglichkeit eines schnelleren und versöhnlicheren Kriegsendes mit verhinderte, ohne aber eine eigene Ausstiegsstrategie aus dem Krieg zu entwickeln, strengten gerade die oppositionellen Bewegungen weitergehende Überlegungen zu einer Nachkriegsordnung an. Die Spannweite der liberalen Forderungen von einem Verständigungsfrieden auf der Grundlage der Vorkriegszustände bis hin zur völligen Desintegration der Mittelmächte,

144 Grey im Unterhaus, 3.8.1914, Hansard Parliamentary Debates, 5. Serie, Bd. 65, Sp. 1858 f.

145 Lewis Harcourt, Cabinet Notes, 31.7.1914, NL Harcourt, BOD.

namentlich Österreich-Ungarns, deutet aber auch die Problematik der Diversifizierung unter dem Eindruck des totalen Krieges an.<sup>146</sup>

Die Bedeutung der Liberalen für die Weltkriegsforschung, sowohl vor dem Krieg als auch während des Krieges, ist bis heute nicht abgeschlossen. Sie liegt nicht zuletzt in ihrem Denken in Alternativen und ihrer Debattierfreudigkeit, welches historischen Interpretationen neue Erkenntnismöglichkeiten eröffnet.<sup>147</sup> Für die Vorkriegsphase und Entscheidungssituation im Juli 1914 lenken sie den Blick beispielsweise konträr zur lange dominanten Kontinuitätsthese britischer Außenpolitik, die davon ausgeht, dass London für das Gleichgewicht der Mächte eintrat und zum Krieg durch deutsche Hegemonialstreben gezwungen wurde. Die liberalen Zweifel an dieser Meistererzählung verdeutlichen darüber hinaus, dass die britische Diplomatie nicht nur, wie lange vermutet, eine Sache der Entscheidungsträger, des „official minds“, der „high politics“ oder eine bloße Sache von „maps and chaps“ war. Lange wurde in der Weltkriegsforschung von der Alternativlosigkeit auf Seiten der Ententemächte ausgegangen und damit indirekt eine vermeintliche Vielfalt von Alternativen auf Seiten der Mittelmächte impliziert. So sehr dies für die Mittelmächte in den letzten Jahren relativiert worden ist, so sehr gilt es sich nun auch den Möglichkeitsräumen der Ententemächte zuzuwenden. Eine Geschichte der liberalen „trouble makers“ bietet dazu einen Einstieg.

146 So riet Noel Buxton bei seiner Mission in Bulgarien nicht, wie gemeinhin angenommen, zu einer Neutralisierung, sondern zu seiner Ausdehnung des Konfliktes um Bulgarien. Buxton an Lloyd George, 5.10.1914, NL Lloyd George, HLRO, LG/C/6/7/1A. Vgl. Noel Buxton/Charles Roden: *The War and the Balkans*. London 1915.

147 Vgl. dazu: Rose, *Empire und Kontinent* (wie Anm. 6), bes. S. 557-566.



## Krise und Kontinuität. Französischer Liberalismus und Erster Weltkrieg

Als die internationale Krise des Sommers 1914 in der letzten Juliwoche ihrem Höhepunkt entgegenging, galt die Aufmerksamkeit der französischen Öffentlichkeit nicht in erster Linie der wachsenden Kriegsgefahr am Balkan. Man stand vielmehr unter dem Eindruck einer innenpolitischen Affäre, der ein Kriminalfall mit tödlichem Ausgang zugrunde lag. Am 16. März hatte sich eine Dame Zutritt zum Büro des Chefredakteurs der konservativen Tageszeitung „Le Figaro“ verschafft und den Journalisten nach kurzem Wortwechsel mit mehreren Pistolenschüssen getötet. Was auf den ersten Blick in die Rubrik der Gerichts- und Gesellschaftsnachrichten zu fallen schien, hatte hochpolitischen Charakter, denn bei der Attentäterin handelte es sich um Henriette Caillaux, die Ehefrau eines der profiliertesten liberalen Politiker der Dritten Republik.<sup>1</sup>

Der Anlass für den Mord lag in einer heftigen Meinungskampagne, die der „Figaro“ über mehrere Monate hinweg gegen den amtierenden Finanzminister Joseph Caillaux geführt hatte. Seit 1899 wiederholt Kabinettsmitglied und 1911/12 kurzzeitig Ministerpräsident, seit 1913 Parteichef des linksliberalen „Parti républicain radical et radical-socialiste“, stach Caillaux nicht nur aufgrund seiner intellektuellen Brillanz und der bewiesenen Fachkompetenz aus der Masse des politischen Personals heraus. In Lebensführung und Habitus eigenwillig und angreifbar, war er seit 1906 überdies mit dem Anspruch auf Erneuerung des französischen Abgabensystems hervorgetreten. Insbesondere das Projekt der Einführung einer Einkommensteuer hatte ihn vielen seiner ehemaligen Förderer und Weggenossen auf der Rechten und in der republikanischen Mitte des politischen Spektrums entfremdet. Damit nicht genug, hatte er sich die Feindschaft der Pariser Massenpresse aufgrund seiner Verhandlungspolitik gegenüber Deutschland während der zweiten Marokkokrise zugezogen; vor allem auf seiten der nationalistischen Rechten wurde diese als zu nachgiebig, ja als unpatriotisch erachtet. Es war nicht zuletzt diese Einschätzung, die Caillaux‘ Gegner um Raymond Poincaré, Louis Barthou und Aristide Briand befürchten ließ, dass ein starker Linksliberalismus unter seiner Führung

1 Vgl. zum Mordfall und nachfolgenden Prozess: Charles-Maurice Chenu: *Le procès de Madame Caillaux*. Paris 1960; Peter Shankland: *Death of an Editor*. London 1981; Edward Berenson: *The Trial of Madame Caillaux*. Berkeley/ Los Angeles/ Oxford 1992.

im Begriff stand, zusammen mit den Sozialisten die Umsetzung einer neuen, stärker offensiv orientierten Sicherheitsdoktrin zu torpedieren, die sie selbst anstrebten. Unbegründet waren solche Besorgnisse nicht: Die Verlängerung der Wehrpflicht von zwei auf drei Jahre, die auf deutsche Aufrüstungsanstrengungen antworten sollte, war im Juli 1913 parlamentarisch nur nach heftigen Debatten und mit knappem Abstimmungsergebnis durchzusetzen gewesen. Und wie der Ausgang der Parlamentswahlen vom April/Mai 1914 erneut deutlich machte, konnten die Verfechter einer aggressiveren Außen- und Verteidigungspolitik keineswegs auf eindeutige Mehrheiten in der Bevölkerung rechnen.<sup>2</sup>

Die Veröffentlichung eines kompromittierenden Briefes aus der Privatkorrespondenz des Ministers durch die Redaktion des „Figaro“ am 13. März 1914 sollte Caillaux daher als Träger eines umfassenderen Politikentwurfs treffen. Nicht zufällig erfolgte die publizistische Kampagne während der komplizierten Senatsdebatten über die Einführung der Einkommensteuer, die unter seiner dominierenden Beteiligung geführt wurden. Dass der Pressecoup auf so fatale Weise wirksam sein würde, war nicht vorherzusehen gewesen. Zwar konnten der Mord an Chefredakteur Calmette und der Rücktritt Caillaux' vom Ministeramt noch am Tag danach die Zweite Kammer nicht daran hindern, das Gesetzesprojekt am 15. Juli endgültig passieren zu lassen.<sup>3</sup> Der Parti Radical indes geriet, obschon buchstäblich in unmittelbarer Reichweite der Macht, nur Wochen vor den anstehenden Parlamentswahlen in eine schwere Identitäts- und Führungskrise. Caillaux' berechnete Hoffnungen auf eine neuerliche Ministerpräsidentschaft im Gefolge des Wahlentscheids vom April/Mai 1914 zerschlugen sich praktisch über Nacht. Fraglich musste bleiben, inwieweit dies auch für die Zielorientierungen und Werte horizonte eines (links-)republikanischen Politikentwurfs galt, den er und seine Partei vertraten.

Der vorliegende Beitrag wird der Frage nach den Gestaltungschancen liberaler Politik im Frankreich des Ersten Weltkriegs nachgehen. Er stützt sich dabei auf die Beobachtung, wonach das „sehr aktive“<sup>4</sup> politische Leben der Kriegszeit bislang vorwiegend mit Blick auf die erstarkenden Kräfte an den Flügeln des Spektrums, also die extreme Rechte und vor allem die sozialisti-

2 Vgl. zur Biographie von Caillaux Jean-Claude Allain: Joseph Caillaux: Le défi victorieux, 1863-1914. Paris 1978; Jean-Denis Bredin: Joseph Caillaux. Paris 1980. Immer noch hilfreich auch Rudolph Binion: Defeated Leaders. The political fate of Caillaux, Jouvenel, and Tardieu. New York 1960, S. 17-116. Die Debatten um die „Loi de trois ans“ finden sich eingehend analysiert bei Gerd Krumeich: Aufrüstung und Innenpolitik in Frankreich vor dem Ersten Weltkrieg. Die Einführung der dreijährigen Dienstpflicht 1913-1914. Wiesbaden 1980; Jean-Jacques Becker: 1914: Comment les Français sont entrés dans la guerre. Contribution à l'étude de l'opinion publique, printemps-été 1914. Paris 1977, S. 62-83.

3 Allain: Joseph Caillaux (wie Anm. 2), S. 227-269.

4 Jean-Jacques Becker/Serge Berstein: Victoire et frustrations 1914-1929. Paris 1990, S. 52.

sche Bewegung, untersucht wurde.<sup>5</sup> Demgegenüber geriet die politische Mitte als Objekt der Forschung deutlich ins Hintertreffen. So dominiert in Darstellungen zur Geschichte der wichtigsten liberalen Gruppierung der Dritten Französischen Republik, des Parti Radical, für die Periode von 1914 bis 1918 nach wie vor jenes Bild des Niedergangs und des Identitätsverlustes, das Serge Berstein in seiner umfangreichen Studie entworfen hat.<sup>6</sup> Mit diesem Befund korrespondiert die jüngst vorgetragene, zweifellos zutreffende These einer über die späteren Verliererstaaten Deutschland und Österreich-Ungarn hinausreichenden „Krise des Liberalismus“, die bereits vor 1918 unter anderem auch in Frankreich Form angenommen habe.<sup>7</sup>

Im Mittelpunkt der folgenden Analysen wird das Wechselverhältnis von Krisensymptomen *und* Kontinuität stehen. Denn immerhin drängt sich die Beobachtung auf, dass das Ende des Ersten Weltkriegs in Frankreich nicht mit einer Änderung des politischen Systems einherging – und dies ganz im Gegensatz zum Verlauf zurückliegender Kriege und innerer Krisen während des gesamten 19. Jahrhunderts bis hin zur Gründung der Dritten Republik im Jahr 1870.<sup>8</sup> Die elementare Tatsache, dass Frankreich zu den Siegernationen der „Grande Guerre“ zählte, kann dieses Überleben der liberal inspirierten, demokratischen Republik nur zum Teil erklären. So wird im Folgenden die Frage zu stellen sein, in welcher Weise und wie erfolgreich die liberale Bewegung Frankreichs, die spätestens seit den 1880er Jahren in unterschiedlichem Maße Anteil an der politischen Macht hatte, mit den unerhört neuen Problemstellungen des Krieges und der Kriegsführung umgegangen ist.

Eine methodische Herausforderung liegt dabei darin, den politischen Liberalismus überhaupt als solchen zu identifizieren. Noch für das Frankreich der Dritten Republik mit ihrer stark individualistisch geprägten politischen Kultur entziehen sich politische Kräfte und Persönlichkeiten vor allem in der Mitte

- 5 Vgl. stellvertretend etwa die Schwerpunktsetzung bei Jean-Jacques Becker/Gerd Krumeich: *La vie politique pendant la guerre*. In: Stéphane Audoin-Rouzeau/Jean-Jacques Becker (Hrsg.): *Encyclopédie de la Grande Guerre 1914-1918. Histoire et culture*. Paris 2004, S. 567-580; darüber hinaus seien genannt: Jean-Jacques Becker/Annie Kriegel: *1914. La guerre et le mouvement ouvrier français*. Paris 1964; Annie Kriegel: *Aux origines du communisme français (1914-1920)*. Paris 1964; Eugen Weber: *L'Action française*. Paris 1964; Madeleine Rebérioux: *Le socialisme et la Première Guerre mondiale (1914-1918)*. In: Jacques Droz (Hrsg.): *Histoire générale du socialisme*. Bd. 2 (1875-1918). Paris 1974, S. 585-641; Christophe Prochasson: *Les intellectuels, le socialisme et la guerre 1900-1938*. Paris 1993; Romain Ducoulombier (Hrsg.): *Les socialistes dans l'Europe en guerre. Réseaux, parcours, expériences, 1914-1918*. Paris 2010.
- 6 Serge Berstein: *Histoire du Parti Radical*. Bd. I: *La recherche de l'âge d'or, 1919-1926*. Paris 1980; Jean-Thomas Nordmann: *Histoire des radicaux, 1820-1973*. Paris 1974; dazu auch Serge Berstein/Pierre Milza, *Histoire de la France au XX<sup>e</sup> siècle*. Bd. 1. Paris 1999, S. 282; Pierre Lévêque: *Histoire des forces politiques en France*. Bd. 2: *1880-1940*. Paris 1994, S. 95-97.
- 7 Jörn Leonhard: *Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs*. München 2014, S. 758-767, hier S. 758.
- 8 Fabienne Bock: *Un parlementarisme de guerre, 1914-1919*. Paris 2002, S. 9.



des politischen Spektrums vielfach eindeutigen Etikettierungen. Entsprechend lassen sich parlamentarische Mehrheitsverhältnisse oft nur annäherungsweise in Zahlen fassen, und auch die Signatur von Kabinetten erschließt sich gewöhnlich nicht über die Kategorie der Koalitionsregierung, sondern nur durch aufwändige Analysen der personellen „Dosierung“. Um zu tragfähigen Aussagen zu kommen, konzentriert sich diese Arbeit daher in pragmatischem Zugriff auf die beiden wichtigsten liberalen Gruppierungen des Betrachtungszeitraums, den bereits genannten „Parti Radical“ und sein rechtsliberales Pendant, die „Alliance Républicaine Démocratique“.<sup>9</sup>

Um die Notwendigkeit der breiteren Kontextualisierung nicht aus dem Blick zu verlieren, wird sich ein erster Abschnitt mit dem historischen Ort der Liberalen in der politischen Topographie Frankreichs um 1914 befassen (I.). Danach wird es in einem zweiten Teil darum gehen, für die Zeit zwischen 1914 und 1918 die Rolle liberaler Politik im Hinblick auf die Bewältigung von vier Herausforderungen näher zu beleuchten (II.): die Behauptung im Verhältnis zur politischen Macht (1.), die Ausgestaltung von Rechtsstaat und parlamentarischem System unter den Bedingungen des Krieges (2.), die Bestimmung von Kriegszielen gegenüber Deutschland (3.) und die Selbstpositionierung im Hinblick auf den ökonomisch intervenierenden Staat (4.). Ein Fazit (III.) wird wichtige Einsichten zusammenfassen.

## I. Liberalismus in Frankreich um 1914

Mit Beginn des Krieges nahmen alle Parteien Frankreichs unmittelbare Einbußen an politischem Einfluss hin. So stimmte die Abgeordnetenkammer am 4. August 1914 einmütig sämtlichen Regierungsvorlagen zur legislativen Vorbereitung der Kriegsführung und zur Aufnahme von Kriegskrediten zu, vertagte sich auf unbestimmte Zeit und stellte vorerst die Debattentätigkeit im Plenum ein. Anfang September verließen der Staatspräsident, das Kabinett und

9 Siehe hierzu auch Abschnitt I. Vgl. für den Betrachtungszeitraum neben der in Anm. 6 genannten Literatur: Rosemonde Sanson: *L'Alliance républicaine démocratique. Une formation de centre (1901-1920)*. Rennes 2003; Georges Lachapelle: *L'Alliance démocratique*. Paris 1935; Rosemonde Sanson: *Centre et gauche (1901-1914). L'Alliance républicaine démocratique et le parti radical et radical-socialiste*. In: *Revue d'histoire moderne et contemporaine* (demn. RHMC) 39 (1992), S. 493-512; Donald G. Wileman: *L'Alliance républicaine démocratique. The dead centre of french politics, 1901-1947*. Diss. Downsview 1988; ders.: *Caillaux and the Alliance 1901-1912. The evolution of a disillusioned conservative*. In: *Canadian Journal of History* 23/3 (1988), S. 355-373. – Die getroffene Auswahl impliziert die Entscheidung, den französischen Radikalismus für die Zeit seit der Jahrhundertwende dem Liberalismus zuzurechnen. Vgl. dazu Thomas Raithe: *Liberalismus in Frankreich um 1890*, in: *Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung* 19 (2007), S. 163-176, hier S. 169.

das Parlament die Hauptstadt und zogen sich nach Bordeaux zurück, um dort den Gefahren eines deutschen Vorstoßes auf Paris zu entgehen.<sup>10</sup>

Der Funktionsverzicht der Legislative geschah mit Einverständnis der republikanisch-liberalen Kammermitglieder, und er hatte noch in den ersten Monaten des Krieges durchaus den Charakter eines freiwilligen Rückzugs: Man war sich einig darin, dass „Parteigeist“ und politische Auseinandersetzungen auch in der Volksvertretung zurückzutreten hatten, und dass Armee und Regierung möglichst freie Hand haben sollten, um rasch zum Sieg zu gelangen. Angesichts der dominierenden Überzeugung von der deutschen Kriegsschuld und der Suggestivkraft, die Poincarés Begriffsschöpfung der „Union sacrée“ entfaltete, war diese Haltung kaum überraschend. Dass Frankreich legitime Verteidigungsanstrengungen in einem Krieg unternahm, den Deutschland in zynischer Weise herbeiführe, hatte die radikalsozialistische Parteipresse bereits Anfang August betont.<sup>11</sup> Darüber hinaus mochte ein in den Reihen der Liberalen vielfach selbstverständlicher Patriotismus und vor allem die Hoffnung auf einen kurzen Krieg dazu beitragen, eine Politik der dezidierten Kriegsführung akzeptabel erscheinen zu lassen, und zwar auch in den Augen jener linksliberalen Radicaux, die sich noch ein Jahr zuvor als Gegner der „Loi de trois ans“ hervorgetan hatten. Es lag daher in der Akzeptanz des vielberufenen Einheitsgedankens ebenso begründet wie in den Zwängen der einsetzenden Mobilisierungsmaßnahmen, dass Parteiarbeit im liberalen Milieu seit Sommer 1914 außerhalb des engeren Kreises der Parlamentsabgeordneten für geraume Zeit praktisch zum Erliegen kam. Infolge der Einberufungen zum Kriegsdienst, die ab Mitte August fast 3,8 Millionen männliche Franzosen erfassten, wurde den lokalen Wahlkomitees rasch die personelle Basis entzogen. Darüber hinaus trugen der von den Parteiführungen als Devise ausgegebene, bewusste Verzicht auf Parteipolitik, die „trêve des partis“, oder schlichtes

- 10 Hierzu und zum folgenden Becker/Berstein: *Victoire et frustrations* (wie Anm. 4), S. 9-152; Jean-Marie Mayeur: *La vie politique sous la Troisième République 1870-1940*. Paris 1984, S. 233-250; Jean-Jacques Becker: *Frankreich*. In: Gerhard Hirschfeld/ Gerd Krumeich/ Irina Renz (Hrsg.): *Enzyklopädie Erster Weltkrieg*. Paderborn u.a. 2009, S. 31-43; Raithel: *Liberalismus in Frankreich* (wie Anm. 9).
- 11 *Journal Officiel de la République Française (JO)*. Chambre des Députés. Débats parlementaires. Séance du 4 août 1914, S. 3109-3120, hier S. 3111; *Le Radical*, 1.8.1914. Zu den Reaktionen in der deutschen und französischen Öffentlichkeit während der Julikrise: Thomas Raithel: *Das „Wunder“ der inneren Einheit*. Studien zur deutschen und französischen Öffentlichkeit bei Beginn des Ersten Weltkrieges. Bonn 1996, S. 139 ff., bes. S. 212-221. Zur Charakteristik der „Union sacrée“ auch: Leonard V. Smith/Stéphane Audoin-Rouzeau/Annette Becker (Hrsg.): *France and the Great War, 1914-1918*. Cambridge 2003, S. 25-30. In vergleichendem Zugriff Wolfram Pyta/Carsten Kretschmann (Hrsg.): *Burgfrieden und Union sacrée. Literarische Deutungen und politische Ordnungsvorstellungen in Deutschland und Frankreich 1914-1933*. München 2011.

Desinteresse vor Ort das Ihre dazu bei, dass vorhandene Strukturen sich lockerten oder zerfielen.<sup>12</sup>

Deutlich später als in Deutschland hatte sich das liberale Spektrum Frankreichs erst um die Wende zum 20. Jahrhundert in politischen Parteien organisiert. Den Zugang zur politischen Macht hatte sie indes bereits Jahrzehnte zuvor erlangt. Im Gefolge der Kriegsniederlage von 1870 und der Gründung der Dritten Republik im gleichen Jahr waren die Träger der ehemals liberalen Opposition des Zweiten Kaiserreichs Zug um Zug in Führungspositionen des neuen Staatswesens gelangt. Sie hatten maßgeblichen Anteil an einem konfliktreich verlaufenen Konsolidierungsprozess, der bis gegen Ende der 1890er Jahre zur inneren Stabilisierung der parlamentarischen Republik führte und den „parti républicain“ zur tonangebenden politischen Kraft werden ließ. Wesentliche Etappen auf dem Weg dorthin lagen bereits in der Frühphase des neuen Staatswesens. So endete im Jahr 1877 eine Kraftprobe zwischen Parlament und Staatspräsident, die in Gestalt eines Verfassungskonflikts ausgetragen wurde, zu Ungunsten des Letzteren: Ein wichtiges Residuum aus der Zeit der konstitutionellen Monarchie, das Recht des Staatspräsidenten zur Kammerauflösung, wurde damit in der politischen Praxis völlig desavouiert und bis 1940 nicht mehr ausgeübt. Das in den Verfassungsgesetzen von 1875 noch angelegte parlamentarisch-präsidentielle Mischsystem verlor seine präsidentiale Komponente weitgehend, das Parlament entwickelte sich zur gewichtigsten Institution im politischen System der Dritten Republik.<sup>13</sup>

Darüber hinaus hatte das liberale Kräftefeld anders als in Deutschland seit den 1870er Jahren einen kontinuierlichen Zuwachs an politischem Gewicht zu verzeichnen. Voraussetzung dafür waren die breiten republikanischen Mehrheiten, die sich in der Abgeordnetenkammer einstellten und seit Mitte der 1880er Jahre verstetigten. Sie bahnten der Durchsetzung des parlamentarischen Systems den Weg und eröffneten zugleich die legislativen Möglichkeiten, um monarchistische Republikgegner aus dem Staatsdienst zu entfernen oder das neue Staatswesen symbolpolitisch zu verankern. Erst jetzt und als Ergebnis eines komplizierten Differenzierungsvorgangs gewann das liberale Lager Frankreichs jene Kontur, die es im Wesentlichen noch um 1914 aufwies. Zwei Strömungen lassen sich feststellen: Als politische Erben der liberalkonservativen Gegner Napoleons III. profilierten sich die „Opportunistes“ oder „Modérés“. Sie erhielten nach der Republikgründung einigen Zulauf von ehemaligen Monarchisten sowie von republiktreuen Katholiken und stellten in der

12 Berstein: *Parti Radical I* (wie Anm. 6), S. 87 f.; Sanson: *L' Alliance* (wie Anm. 9), S. 421-424.

13 Zur Bedeutung der „Crise du mai 1877“ im vergleichenden Zugriff: Thomas Raithel: *Der preußische Verfassungskonflikt 1862-66 und die französische Krise von 1877 als Schlüsselperioden der Parlamentarismusgeschichte*. In: Stefan Fisch/Florence Gauzy/Chantal Metzger (Hrsg.): *Machtstrukturen im Staat in Deutschland und Frankreich – Les structures de pouvoir dans l'Etat en France et en Allemagne*. Stuttgart 2007, S. 29-50.

„Chambre des Députés“ über mehr als eineinhalb Jahrzehnte hinweg bis an den Beginn des 20. Jahrhunderts die stärkste parlamentarische Vertretung. In dieser Position wurden sie von den Radicaux als dem starken linken Flügel des französischen Liberalismus abgelöst. In den späten 1870er Jahren gegründet, nahmen diese für sich in Anspruch, als „Partei des kleinen Mannes“ für die Verwirklichung einer unmittelbaren und menschlichen Demokratie, somit für die Aufhebung der „Antinomie von Demokratie und Macht“ zu stehen.<sup>14</sup> Ungeachtet der gewählten Selbstbezeichnung handelte es sich bei den „Radikalsozialisten“ freilich weder um eine radikale noch um eine sozialistische Gruppierung. Wie die „Modérés“ beriefen sich die Vertreter des französischen Radikalismus auf den Wertekanon der Revolution von 1789, auf die Prinzipien von Rechtsgleichheit, Privateigentum, sozialer Gerechtigkeit, Laizität und Antiklerikalismus. Eine wichtige konzeptionelle Trennungslinie zwischen den beiden liberalen Hauptströmungen schwächte sich ab, seit die Radicaux ihre Forderung nach Radikaldemokratisierung der französischen Gesellschaft und des politischen Systems zurückstellten, den Verfassungskompromiss von 1875 akzeptierten und damit auch als zunehmend entschiedene Verteidiger des repräsentativen Parlamentarismus auftraten. Um die Jahrhundertwende gehörten die Einführung des imperativen Mandats oder die Abschaffung des Senats nicht mehr zum Kernbestand radikaler Politikziele, wohl aber der unbedingte Vorrang der Volksvertretung im Spiel der Gewalten und die dauerhafte Einhegung der präsidentiellen Macht. Seit sich im Laufe der 1880er Jahre in zunehmendem Maße auch Angehörige der Mittelschichten in den Reihen der „Opportunistes“ politische Aufstiegsmöglichkeiten eroberten und damit die Vorherrschaft der großbürgerlichen Notabeln beendeten, nahmen zudem die sozialhistorisch fassbaren Unterschiede zwischen den beiden Flügeln des französischen Liberalismus deutlich ab.<sup>15</sup>

Klarer akzentuiert blieben divergierende Positionen hingegen vor allem im Bereich der Gestaltung sozialökonomischer Fragen und generell auf dem Feld des staatlichen Interventionshandelns. Weithin akzeptiert und aktiv vertreten wurde in beiden liberalen Hauptströmungen ein Leitbild, wonach im neuen Staatswesen die politische und die soziale Emanzipation des Einzelnen Hand in Hand zu gehen hätten. Gesellschaftlicher Fortschritt sollte die Erweiterung von persönlichen Lebenschancen für möglichst breite Schichten mit sich bringen: Den Zugang zur Bildung zu fördern und vor allem den Weg aus der Lohnarbeit zur Selbstständigkeit zu bahnen, machte daher ein Kernelement liberaler Sozialpolitik vor 1914 aus. Während man allerdings in den Reihen der „Opportunistes“ eher auf die Ermutigung zur Eigeninitiative abzielte,

14 Zitat bei Nordmann: *Histoire des Radicaux* (wie Anm. 6), S. 321.

15 Berstein: *Parti Radical I* (wie Anm. 6), S. 23-86; Raithe: *Liberalismus in Frankreich* (wie Anm. 9); Stefan Grüner: *Paul Reynaud (1878-1966). Biographische Studien zum Liberalismus in Frankreich*. München 2001, S. 25-40, 124-134.

Staatstätigkeit begrenzen und die freie Selbstorganisation der Betroffenen in Genossenschaften und kollektiv finanzierten Hilfskassen fördern wollte, bauten die Radicaux in höherem Maße auf Eingriffe der öffentlichen Hand. Die Einrichtung von Staatsbetrieben in Schlüsselbranchen und die normative Regelung der Arbeitsbeziehungen sowie des Arbeiterschutzes zählten zu den favorisierten sozialpolitischen Instrumenten. Unter dem Vorsitz von Joseph Caillaux nahm der Parti Radical ab 1913 erneut die Einführung der progressiven Einkommensteuer auf die Agenda, womit sich unter anderem die Modernisierung der Staatstätigkeit und die begrenzte Umverteilung des Nationaleinkommens verbinden sollten.<sup>16</sup>

Auch die Skepsis gegenüber dem disziplinierenden Anspruch von Parteiformationen war dem französischen Liberalismus seit seinen Anfängen eingeschrieben. Als Teil einer gelebten politischen Kultur war diese Disposition eng verschwistert mit einer dezidiert individualistischen Politikauffassung, die freilich nicht in erster Linie in nationalpsychologischen Eigenarten begründet lag.<sup>17</sup> Erst im Vorfeld der Parlamentswahlen von 1902 waren mit der „Alliance Républicaine Démocratique“ und dem „Parti Républicain Radical et Radical-socialiste“ Gruppierungen gegründet worden, die den Anspruch erhoben, den „gemäßigten“ und den „radikalen“ Flügel des republikanischen Lagers zu repräsentieren.<sup>18</sup> Die Herausbildung straffer Parteistrukturen ging damit jedoch noch bis in die Jahre zwischen den Weltkriegen nicht einher. Weder im Parti Radical noch in der Alliance entstanden vor 1940 Organisationsformen, die an Stabilität und Verbindlichkeit jenen gleichgekommen wären, welche zur gleichen Zeit in linken Gruppierungen oder im deutschen Liberalismus existierten. Während im Parti Radical bereits vor 1914 zumindest Versuche unternommen wurden, die regionale Verankerung zu stärken, eine eigene Parlamentsfraktion zu konstituieren und diese zu disziplinieren, blieb die Alliance zeit ihrer Existenz eine Honoratiorenformation, die vorwiegend als Wahlhilfsorganisation agierte, keine festumrissene Kammerfraktion aufwies und mehr noch als der Parti Radical von einer Gruppe einflussreicher Abgeordneter dominiert wurde. Die für den Parteibildungsprozess in Deutschland während des 19. Jahrhunderts so wichtige Verknüpfung von außerparlamentarischen (Vereins-)Organi-

16 Ausführlich hierzu: Stefan Grüner: Arbeit, Bildung, Alterssicherung. Sozialer Liberalismus im Frankreich der Dritten Republik 1870-1914. In: Detlef Lehnert (Hrsg.): Sozialliberalismus in Europa. Herkunft und Entwicklung im 19. und frühen 20. Jahrhundert, Wien/Köln/Weimar 2012, S. 269-300; Bredin: Caillaux (wie Anm. 2), S. 67-76.

17 In diesem Sinne argumentiert zeitgenössisch der Politikwissenschaftler André Siegfried: Das heutige Frankreich. Sein Charakter, seine Politik, seine Parteien. Stuttgart/Berlin 1931, S. 39 ff. (frz.: ders.: *Tableau des partis en France*. Paris 1930).

18 Zur innenpolitischen Topographie der frühen Dritten Französischen Republik im Überblick: Jean-Marie Mayeur: *Les débuts de la Troisième République 1871-1898*. Paris 1973.

sationen und parlamentarischen Fraktionen kam vor allem im französischen Rechtsliberalismus bis 1940 nicht in vergleichbarer Weise zustande.<sup>19</sup>

Noch am Vorabend des Ersten Weltkriegs wirkte jeder organisatorischen Verfestigung vor allem der habituell gepflegte Selbstbehauptungswille von tonangebenden Parlamentariern entgegen, die um ihre persönliche Unabhängigkeit und um den erworbenen Einfluss fürchteten. Überdies machte sich ein publizistisch hartnäckig vertretener politischer Mythos bemerkbar, der nichts weniger als den Anspruch umfasste, „Partei über den Parteien“ zu sein. Die Vorstellung, wonach die ehemals vermeintlich gegebene Einheit aller Republikaner wiederherzustellen sei, um der politischen Vision von der „wahren Republik“ zum Durchbruch zu verhelfen,<sup>20</sup> lebte in beiden liberalen Gruppierungen bis über den Ersten Weltkrieg hinweg fort. Je nach Standpunkt hatte dabei der Parti Radical oder aber die Alliance als Kristallisationskern einer republikanischen Sammlungsbewegung zu fungieren.<sup>21</sup>

Diese grundsätzliche Disposition macht einmal mehr plausibel, warum es französischen Liberalen im Sommer 1914 auch aus Gründen der politischen Teleologie leicht fiel, sich dem Leitbild von der „Union sacrée“ zunächst ohne größere Vorbehalte anzuschließen. Über die gängigen Auffassungen von nationaler Solidarität, notwendiger Selbstverteidigung und patriotischem Zusammenstehen hinaus war im liberalen Milieu ein attentistischer Partei- und politischer Gemeinschaftsbegriff weit verbreitet. Die Einheitserfahrung der frühen Kriegsmomente wurde daher vielfach als Vorentwurf und als Wegbereiter für eine bessere Nachkriegszeit verstanden, in der die politischen „Egoisten von Individuen oder Gruppenvertretungen, Kasten oder Glaubensgemeinschaften“ dauerhaft zurücktreten würden.<sup>22</sup>

- 19 Hierzu für den deutschen Fall eingehend: Dieter Langewiesche: Die Anfänge der deutschen Parteien. Partei, Fraktion und Verein in der Revolution von 1848/49. In: *Geschichte und Gesellschaft* 4 (1978), S. 324-361.
- 20 Daniel Mollenhauer: Auf der Suche nach der „wahren Republik“. Die französischen „radicaux“ in der frühen Dritten Republik (1870-1890). Bonn 1997.
- 21 Vgl. zur Parteiengeschichte Frankreichs, zu jener des Liberalismus und zum deutsch-französischen Vergleich: Rudolf von Albertini: Parteiorganisation und Parteibegriff in Frankreich. In: *Historische Zeitschrift* 193 (1961), S. 529-600; Stefan Grüner: Zwischen Einheitssehnsucht und Massendemokratie. Zum Parteien- und Demokratieverständnis im deutschen und französischen Liberalismus der Zwischenkriegszeit. In: Horst Möller/Manfred Kittel (Hrsg.): *Demokratie in Deutschland und Frankreich 1918-1933/40. Beiträge zu einem historischen Vergleich*. München 2002, S. 219-249, hier S. 234-241.
- 22 So die Stellungnahme von Adolphe Carnot im Rahmen der Umfrage „Vers une France Nouvelle. Enquête sur „La France d’après la guerre““. In: *La Renaissance*, 1.5.1915, S. 1413-1417, hier S. 1416.

## II. Liberale und Krieg

Es zeigte sich rasch, dass die geradezu „spektakulär“ vorherrschende Wahrnehmung von nationaler Einheit, die sich in der französischen Öffentlichkeit des Sommers 1914 feststellen lässt, in einem zunächst latenten, doch dann immer offener zutage tretenden Spannungsverhältnis zur Tatsache fortbestehender und neuer politischer Konfliktfelder stand. Gewiss: Wie ein systematisch angelegter deutsch-französischer Vergleich deutlich gemacht hat, reichte die integrative Kraft gemeinsamer Werte horizonte in Frankreich zu diesem Zeitpunkt tiefer als in Deutschland, während die gesellschaftlichen „Zerklüftungen“ dort weniger gravierend, die politisch umsetzbare Substanz von Einheitsbekundungen hingegen größer waren.<sup>23</sup> Auch verloren zentrale Streitfragen wie die Einführung der Einkommensteuer an Relevanz, welche die Öffentlichkeit über Monate hinweg und noch bis kurz vor Kriegsbeginn bewegt hatten. Demgegenüber trat jedoch neuer politischer Regelungsbedarf in den Vordergrund, dessen Zustandekommen unmittelbar dem Krieg geschuldet war: die Aushandlung der Kräfteverhältnisse zwischen zivilen und militärischen Autoritäten; die Verknüpfung der parlamentarischen Demokratie mit den Erfordernissen effektiver Kriegsführung; die Bestimmung von konsensfähigen Kriegszielen; schließlich die Definition der Rolle des Staates in der Kriegswirtschaft.

Dass diese Problemstellungen die Fähigkeit der republikanisch-liberalen Kräfte zur Selbstbehauptung unmittelbar betreffen würden, lag auf der Hand: Die demokratische Dritte Republik war im Wesentlichen ihre Schöpfung, liberale Prinzipien waren weitgehend durchgesetzt worden, das parlamentarische System trug die Signatur liberalen Selbstbewusstseins und hatte ungeachtet der zahlreichen Regierungskrisen seine Funktionsfähigkeit bewiesen; zudem war der Liberalismus um 1914 nach wie vor als der „wichtigste Anwalt“ des nationalen Gedankens akzeptiert.<sup>24</sup> In der Abgeordnetenkammer nahmen republikanisch-liberale Gruppierungen seit Juni 1914 eine starke Position ein: Mit 172 Abgeordneten stellten die Radikalsozialisten die größte Fraktion, gefolgt von den Sozialisten mit 102 Sitzen. Innerhalb der politischen Mitte, die

23 Raithel: „Wunder“ der inneren Einheit (wie Anm. 11), S. 498 u. 505 (Zitate).

24 Hartmut Kaelble: *Nachbarn am Rhein. Entfremdung und Annäherung der französischen und deutschen Gesellschaft seit 1880*. München 1991, S. 66-70, hier S. 67; Raithel: *Liberalismus in Frankreich* (wie Anm. 9), S. 173-175.



177 Abgeordnete zählte, dominierte die Alliance mit annähernd 100 Vertretern, während die Rechte etwa 120 Abgeordnete aufbieten konnte.<sup>25</sup>

## 1. Das Verhältnis zur politischen Macht

Inwieweit es gelingen würde, den gegebenen Einfluss liberaler Politik zu erhalten, musste im Sommer 1914 indes durchaus offen erscheinen. Seit der Ministerpräsidentenschaft des radikalen Senators Emile Combes in den Jahren 1902 bis 1905 hatte der Parti Radical die Zusammensetzung und Politik der nachfolgenden Regierungen beeinflusst. Die verfügbaren Regierungsmehrheiten in dauerhafte Ausübung der politischen Macht umzumünzen, gelang jedoch nicht, da es an verlässlichen Parteistrukturen, interner Disziplin und hinreichend machtbewusstem Personal mangelte. Eine erste Zusammenarbeit mit Georges Clemenceau, der zwischen 1906 und 1909 bereits das Amt des Regierungschefs innehatte, erwies sich als eine ambivalente Zerreißprobe: Während sich die Mehrheit der Radicaux dem harten Ordnungskurs Clemenceaus gegen die streikende Arbeiterbewegung anschloss, fürchtete der linke Flügel um den Kontakt zur Arbeiterschaft und tat das Seine dazu, um das Kabinett zu Fall zu bringen. Einen veritablen Einschnitt stellte die Wahl Poincarés zum Staatspräsidenten im Januar 1913 dar. Er war gegen einen radikalsozialistischen Gegenkandidaten überwiegend mit den Stimmen der Rechten und der Mitte gewählt worden, und in der Folge entwickelte sich die Amtsführung des neuen Staatsoberhaupts zur dauerhaften Provokation von großen Teilen des Parti Radical und der Linken. Denn Poincaré trat mit der festen Absicht an, die seit 1877 außer Kurs geratenen Amtsbefugnisse des Staatspräsidenten wieder stärker wahrzunehmen. Er beanspruchte in nationalen politischen Fragen die oberste schiedsrichterliche Autorität, forderte das Recht zur dezidierten Einflussnahme auf die Ernennung des Regierungschefs und nahm die enge Überwachung der Außenpolitik für sich in Anspruch. Zum ersten Mal seit 1901 erachtete sich der Parti Radical daher ab Frühjahr 1913 wieder als in der Opposition stehend: Poincarés Position als führender Kopf der nationalen Rechten war unübersehbar geworden, seine Ernennungspolitik zu eindeutig auf Minis-

25 Aufgrund der starken Fluktuation sowie der schwankenden oder ausbleibenden Selbstzuordnung der Abgeordneten sind eindeutige Zahlenangaben nicht möglich. Die Zusammenstellung folgt der bislang eingehendsten Auswertung des Quellenmaterials bei Bock: *Parlementarisme de guerre* (wie Anm. 8), S. 50 und Sanson: *L'Alliance* (wie Anm. 9), S. 409. Abweichende Zahlen bieten Berstein: *Parti Radical I* (wie Anm. 6), S. 81 sowie Alistair Cole/ Peter Campbell: *French Electoral Systems and Elections since 1789*. Essex 1989, S. 59 f.



terpräsidenten konservativer Couleur ausgerichtet, deren politische Praxis zu „klerikal“ und „unsozial“.<sup>26</sup>

Die wenigen Monate zwischen Januar 1913 und Frühsommer 1914 markieren daher eine Schlüsselphase in der Neudefinition der politischen Kräfteverhältnisse: Hatten es Radicaux und Sozialisten unter der Führung Caillaux' noch im Dezember 1913 geschafft, ihre politischen Kräfte zu bündeln, das Kabinett des Poincaré-Vertrauten Louis Barthou zu stürzen und damit zugleich ein Zeichen parlamentarischen Selbstbewusstseins zu setzen, zerstob nur ein Vierteljahr später das Kalkül des Finanzministers und politisch angeschlagenen Poincaré-Gegners auf Übernahme der Ministerpräsidentenschaft. Die politische Distanz zur rechtsliberalen Alliance, der Poincaré und Barthou nahestanden, hatte sich zu einer kaum mehr überbrückbaren Kluft erweitert.<sup>27</sup> Wichtiger noch waren die mittelfristigen Konsequenzen, die bis in die politischen Debatten der Kriegszeit ihre Wirkungen entfalteten. Seitens der politischen Rechten sahen sich weite Teile des Parti Radical und insbesondere Joseph Caillaux dauerhaft dem Verdacht zweifelhafter nationaler Zuverlässigkeit ausgesetzt. Das Verhalten der Parteimehrheit in den Debatten um die „Loi de trois ans“ und die publizistischen Anwürfe gegen den Parteichef lieferten hinreichend Munition, um der Öffentlichkeit dieses Bild mit einiger Aussicht auf Erfolg zu vermitteln. In der Wahrnehmung der Radicaux hingegen verknüpften sich die Richtungskämpfe, die in der politisch-militärischen Führung Frankreichs spätestens zur Jahreswende 1914/15 um Grundfragen der Kriegsführung entbrannten, nicht zufällig mit der Sorge um die Funktion des Parlamentarismus und die Gestalt der demokratischen Republik überhaupt.

Auch nach Kriegsbeginn führte an den Radicaux politisch kein Weg vorbei, doch unter den gegebenen Verhältnissen blieben ihre Entfaltungsmöglichkeiten begrenzt. Sie waren in allen Kabinetten, die seit August 1914 unter René Viviani, Aristide Briand, Alexandre Ribot, Paul Painlevé und Georges Clemenceau berufen wurden, zumeist mit mehreren Ministern präsent; damit behielten sie auch zu Kriegszeiten deutlich größeres Gewicht als die Rechtsliberalen der Alliance.<sup>28</sup> Der Zugang zum Amt des Regierungschefs blieb ihnen jedoch für die Dauer des Krieges und darüber hinaus bis 1924 verwehrt. Gravierender noch, geriet das Führungspersonal des Parti Radical unter massiven Beschuss. Zunächst traf es Jean-Louis Malvy, der seit August 1914 das Amt des Innenministers wahrnahm. Er wurde beschuldigt, sich gegenüber pazifistischen Meinungskampagnen der Linken zu nachsichtig verhalten und antimilitaristische Pressepublikationen nicht unterbunden zu haben. Im August 1917

26 Charles Bloch: Die Dritte Französische Republik. Entwicklung und Kampf einer parlamentarischen Demokratie. Stuttgart 1972, S. 206-221; Berstein: Parti Radical I (wie Anm. 6), S. 49-86, hier S. 72 (Zitate).

27 Sanson: L'Alliance (wie Anm. 9), S. 384-420.

28 Ebd., S. 424 f.

wurde er nach heftigen Angriffen Clemenceaus im Senat zum Rücktritt gezwungen und ein Jahr später zu fünfjähriger Aberkennung der staatsbürgerlichen Rechte verurteilt.

Als dann im Herbst 1917 weitere Politiker der Radicaux mit Verratsvorwürfen konfrontiert wurden, war auch Caillaux unter ihnen. Er hatte bereits seit 1915/16 wenig Hehl aus seiner Ansicht gemacht, dass ein Verständigungsfrieden mit Deutschland anzustreben sei; seither wurde er als Hauptverfechter dieser Option angesehen. Alleine stand er damit nicht. Dies galt besonders im Krisenjahr 1917, in dessen Verlauf sich die französische Kriegsführung mit militärischen Fehlschlägen, Meutereien in den Reihen der Fronttruppen, Anzeichen von Kriegsmüdigkeit in der Bevölkerung und Streiks in der Kriegsindustrie konfrontiert sah. Einzelne radikalsozialistische Abgeordnete, aber auch exponierte Politiker wie Briand oder Painlevé planten Treffen mit deutschen Gesprächspartnern oder führten über Mittelsmänner erste Kontaktgespräche. Caillaux selbst hatte offenkundig den Meinungsaustausch mit dem deutschen Vertreter in Bern angestrebt. Dass er außerdem Kontakte zu Journalisten unterhielt, die der Spionage beschuldigt wurden, erlaubte es seinen Gegnern, ihn in eine Grauzone von Pazifismus und Landesverrat zu rücken. Ausschlaggebend hierfür war aber wohl, dass er nach wie vor Ambitionen zeigte, eine parlamentarische Mehrheit aus Radicaux und Sozialisten mit dem Ziel zu sammeln, einen Friedensschluss ohne Sieger und Besiegte herbeizuführen. Im November 1917 ins Ministerpräsidentenamt berufen, zögerte Clemenceau nicht lange und ließ seinen politischen Gegner noch im Januar 1918 verhaften. Im April 1920 wurde Caillaux zu drei Jahren Haft und zum zeitweiligen Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt.<sup>29</sup>

Für den Parti Radical kam diese Wendung einem Debakel gleich, hatte man doch nun nicht nur mit der Gefahr des politischen Bedeutungsverlustes, sondern überdies mit einem nachhaltigen Prestigeschaden zu kämpfen. Die große Mehrheit der Parteimitglieder zeigte denn auch wenig Zeichen von Solidarität mit Caillaux und Malvy: Energische Stellungnahmen zu deren Gunsten blieben aus, einige Radicaux nahmen wie selbstverständlich Ministerämter in der Regierung Clemenceau wahr und radikale Mitglieder des Senats trugen im August 1918 den Urteilsspruch des Gremiums gegen Malvy bereitwillig mit. In der Folge unterstützte die Mehrheit der Radicaux die Clemenceausche Kriegsführung sowohl in der Abgeordnetenversammlung als auch im Senat.

29 Serge Berstein: *Le Parti radical-socialiste durant la Première Guerre mondiale*. In: Patrick Fridenson (Hrsg.): *1914-1918. L'autre front*. Paris 1977, S. 65-79; ders.: *Parti Radical I*, (wie Anm. 6) S. 87-103; Jean-Claude Allain: *Joseph Caillaux. L'oracle (1914-1944)*. Paris 1981, S. 80. Vgl. zu Caillaux auch die *Memoiren seines engen Vertrauten: Emile Roche: Avec Joseph Caillaux. Mémoires, souvenirs et documents*. Paris 1980, S. 37 f.; Guy Pedroncini: *Les négociations secrètes pendant la Grande Guerre*. Paris 1969; Becker/Berstein: *Victoire et frustrations* (wie Anm. 4), S. 104-121.

Das bislang entfaltete Bild eines in sich gespaltenen, von Führungsproblemen oder der Gefahr der politischen Domestizierung geplagten Liberalismus wäre freilich einseitig gewichtet, bliebe die Rolle der Abgeordnetenkammer und ihrer republikanisch-liberalen Mehrheit bei der Gestaltung der Machtverhältnisse zwischen militärischer und ziviler Führung unberücksichtigt. Drei Phasen dieses Verhältnisses lassen sich hierbei unterscheiden: der weitgehende Stillstand parlamentarischer Tätigkeit im Zeichen der „Union sacrée“ bis Ende 1914, die allmähliche Auflösung der seit Sommer 1914 gepflegten parlamentarischen Konsenskultur ab 1915 sowie schließlich die Ära Clemenceau seit Herbst 1917.

## 2. Parlamentarische Arbeit in Zeiten des Krieges: die Herausbildung eines „Parlementarisme de guerre“<sup>30</sup>

In der Praxis stellte sich das ostentative Beiseitretreten der Parlamentarier vom 4. August 1914 als keineswegs umfassend und zudem von begrenzter Dauer dar. Zahlreiche Abgeordnete und Senatoren blieben, sofern sie nicht selbst der Mobilmachung unterlagen, in der Hauptstadt, um dort weiteren Einfluss auf die Politik der „nationalen Verteidigung“ zu nehmen. Besonderes Engagement zeigten dabei zunächst die Vertreter der Pariser Wahlkreise und jene der vom Krieg besonders betroffenen nordöstlichen Départements. Als nach einigen Monaten deutlich wurde, dass die Kampfhandlungen kein rasches Ende finden würden, formierte sich breiterer Widerstand gegen die Machtfülle, die sich mittlerweile auf Seiten des Militärs angesammelt hatte. So trat die Kammer der Abgeordneten Ende Dezember 1914 wieder zusammen und einigte sich darauf, ab Januar 1915 in Permanenz zu tagen. Zudem wurden per Beschluss vom 23. Dezember Neuwahlen für die Dauer des Krieges ausgesetzt. Erst im November 1919, also mehr als fünf Jahre nach Kriegsbeginn, hat man in Frankreich wieder auf nationaler Ebene gewählt.<sup>31</sup>

Die auf solche Weise verstetigte Legislative und die zivile Exekutive eroberten sich in der Folgezeit entscheidende Mitwirkungsrechte zurück, die bis dahin beschränkt oder verlorengegangen waren. Sonderbefugnisse, die der Armee nach dem Erlass des Belagerungs- und Kriegszustands seit August 1914 zugewachsen waren, wurden auf Druck der republikanisch-liberal dominierten Abgeordnetenkammer wieder zu großen Teilen rückgängig gemacht. In den einschlägigen Parlamentsdebatten setzten sich Kritiker wie der radikalsozialistische Abgeordnete Paul Meunier formal mit der Frage auseinander, wie die

30 Bock: *Parlementarisme de guerre* (wie Anm. 8).

31 Mayeur: *La vie politique* (wie Anm. 10), S. 253-259; Bock: *Parlementarisme de guerre* (wie Anm. 8), S. 49-118.

Aufrechterhaltung des „état de siège“ mit der offenkundigen Rückkehr des Verfassungsorgans Parlament zur Normalität vereinbar sei. Im Kern ging es um die Auslegung der existierenden, bis ins Jahr 1849 zurückreichenden Notstandsgesetzgebung, um die Wahrung von Bürgerrechten in Zeiten des Krieges und nicht zuletzt um die Prerogative der Kammer, autonom über die Gestaltung des Ausnahmezustands zu befinden. Von Belang war dies unter anderem für Präfekten und Bürgermeister, die ihre zwischenzeitlich verlorenen polizeilichen Befugnisse Anfang September 1915 zurückerhielten; betroffen waren darüber hinaus sämtliche Zivilisten, die ab Mitte 1916 der militärischen Gerichtsbarkeit wieder weitgehend entzogen wurden, der man sie seit Kriegsbeginn unterworfen hatte.<sup>32</sup>

Insgesamt gelang es der „Chambre des Députés“ zwischen 1915 und 1917, ihren Anspruch auf politische Kontrolle der Kriegsführung sowohl gegenüber der zivilen Exekutive als auch der militärischen Führung durchzusetzen. Der auf diese Weise entstehende „Kriegsparlamentarismus“ war ab 1915 zunächst von der anwachsenden Bedeutung einschlägiger Kommissionen, dann in den Jahren 1916 und 1917 durch die sukzessive Abkehr des Plenums von der Praxis der konsensuell orientierten Debatten gekennzeichnet. Insbesondere die Armeekommissionen der Abgeordnetenkammer und des Senats entwickelten sich zu engagierten Aufsichtsgremien, die eine rege Berichts- und Anhörungstätigkeit entfalteten: Zwischen Dezember 1914 und November 1918 führte die einschlägige Kommission des Senats nicht weniger als 125 „Auditions“ mit Regierungsmitgliedern durch; die „Commission de l’Armée“ der Kammer bat zwischen Januar 1915 und November 1916 den Regierungschef und seinen Kriegsminister 42mal zum Gespräch. Im Jahresverlauf 1916 gelang es, die Entsendung von parlamentarischen Kontrolleuren an die Front oder in die Rüstungsbetriebe zu institutionalisieren und die Armeeführung zu einem Kompromiss über deren Befugnisse zu bringen: Der Verlauf der Schlacht um Verdun und die als defizitär erachteten Verteidigungsvorbereitungen hatten die Volksvertreter entrüstet und das Kriegsministerium nachgiebiger gemacht. Im Ergebnis resultierte aus der forcierten Informationsbeschaffung und -bewertung eine äußerst aktive Meinungsbildung der Parlamentarier über Fragen der

32 JO. Chambre des Députés. Débats parlementaires. Séance du 4 mars 1915, S. 302-305 (Paul Meunier); Becker/ erstein: Victoire et frustrations (wie Anm. 4), S. 52-69.

Kriegsführung, ein Zugewinn von militärischem Wissen und damit auch eine wachsende Autorität gegenüber den Militärs.<sup>33</sup>

Die Herausbildung dieses „parlementarisme de guerre“ wurde vor allem von der linksliberalen Mitte und von der sozialistischen Linken der Kammer vorangetrieben.<sup>34</sup> Hier war das Bewusstsein für die Wahrung parlamentarischer Rechte besonders ausgeprägt; hier nahm die Bereitschaft, sich seitens der Legislative dem Geist des „Gehorchens und des stillen Opfers“<sup>35</sup> anzuschließen, am schnellsten ab. Deutlich stärker gespalten zeigten sich die Modérés. Während prominente Mitglieder der Alliance wie Henry Chéron, Pierre-Étienne Flandin und Paul Deschanel die Kommissionsarbeit aktiv mittrugen oder zumindest die Wiederkehr der parlamentarischen Kontrolle befürworteten, gab sich die Parteiführung kritisch. Insbesondere Generalsekretär Charles Pallu de la Barrière wandte sich gegen jegliche Versuche, die Legislative zu Lasten der zivilen Exekutive zu stärken.<sup>36</sup> In seiner Argumentation schimmerte ein parlamentskritisch gerichtetes Gleichgewichtsdenken durch, das in der französischen Staatsrechtslehre seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert vorhanden war, noch bevor es Robert Redslob in einer 1918 publizierten, einflussreichen Schrift in einen – sachlich angreifbaren – interpretatorischen Rahmen spannte.<sup>37</sup>

Durchsetzen konnten sich derart kritische Sichtweisen zunächst nicht. Vielmehr führte die politische Fortentwicklung des „parlementarisme de guerre“ dazu, dass sich zur Jahreswende 1915/16 das parlamentarische Spiel der Vorkriegszeit in seinen Grundzügen wieder einstellte. Die Kontrolltätigkeit der Kommissionen war in der Sicht einer zunehmenden Zahl von Abgeordneten an Grenzen gestoßen, da sie das Dilemma parlamentarischer Arbeit im Krieg nicht lösen konnte: Denn wie sollte man konstruktive Kritik üben und die selbst zugeschriebene Rolle der „beratenden Nation“ auch in Zeiten größter

33 Hierzu und zum Folgenden: Pierre Renouvin: *Les formes du gouvernement de guerre*. Paris 1925; Inge Saatmann: *Parlament, Rüstung und Armee in Frankreich 1914/18*. Düsseldorf 1978; Bock: *Parlementarisme de guerre* (wie Anm. 8), S. 121-274; dies.: *Parlement, pouvoir civil et pouvoir militaire (Allemagne, France, Italie, Royaume-Uni)*. In: Audoin-Rouzeau/Becker (Hrsg.): *Encyclopédie* (wie Anm. 5), S. 495-507; Nicolas Roussellier: *Le Parlement dans la tourmente, 1914-1940*. In: Jean Garrigues (Hrsg.): *Histoire du Parlement de 1789 à nos jours*. Paris 2007, S. 315-336; ders.: *Le Parlement français et la Première Guerre mondiale*. In: *Revue d'histoire politique* 10 (2008), S. 13-30.

34 Vgl. dazu unter anderem die Stellungnahmen des radikalen Abgeordneten Léon Accambay (z.B. JO. *Chambre des Députés. Débats parlementaires. Séance du 15 juillet 1914*, S. 3082) oder des Mitglieds der Kammergruppe „Gauche radicale“, Abel Ferry. Hierzu auch Michel Baumont: *Abel Ferry et les étapes du Contrôle aux Armées, 1914-1918*. In: *RHMC* 15 (1968), S. 162-209.

35 Baumont: *Abel Ferry* (wie Anm. 34), S. 172.

36 Sanson: *L'Alliance* (wie Anm. 9), S. 426 f.

37 Robert Redslob: *Die parlamentarische Regierung in ihrer wahren und in ihrer unechten Form, Tübingen 1918*; dazu Armel Le Divellec: *Robert Redslob, juriste alsacien entre la France et l'Allemagne*. In: *Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart N.F.* 55 (2007), S. 479-507.

Krisen wahren, ohne dem nationalen Zusammenhalt zu schaden oder gar dem Feind ein Bild der Zwietracht zu bieten?

Erneut gab der Verlauf der Schlacht von Verdun den entscheidenden Impuls: Um die Waffe der Interpellationen wieder nutzen zu können, einigte sich die liberal dominierte Abgeordnetenkammer mit der amtierenden Regierung Briand darauf, im Plenum künftig unter Ausschluss der Öffentlichkeit als „Comité secret“ zu tagen. Zwischen Juni 1916 und Oktober 1917 versammelte sich die „Chambre des Députés“ achtmal, der Senat viermal zu solchen Sitzungszyklen. Mit ihnen nahm nicht nur der parlamentarische Zugriff auf die Machtansprüche des Oberkommandos der Armee neue, energischere Formen an, die bis hin zur erzwungenen Ablösung des Oberbefehlshabers Joffre im Dezember 1916 reichten. Überdies konnten zum ersten Mal seit Kriegsbeginn im Plenum kritische Fragen an die Regierung gerichtet werden. Im Gegenzug wies die Kammer – wiederum vorwiegend auf Betreiben von Linksliberalen und Sozialisten – selbstbewusst ein Gesetzesvorhaben der Regierung zurück, das es erlaubt hätte, wesentliche Aspekte der Kriegsführung über gesetzvertretende Verordnungen („décrets-lois“) seitens des Ministerrats zu regeln. Im Zuge dieser und anderer Debatten taten sich Kontroversen auf, verlagerten sich Mehrheiten, und im Zuge von Regierungskrisen „klassischen“ Stils wurden allein im Jahr 1917 nicht weniger als vier Kabinette gestürzt.<sup>38</sup>

Es war diese als Systemkrise wahrgenommene Wiederkehr parlamentarischer Gepflogenheiten in Kombination mit den militärischen Rückschlägen des Jahrs 1917 und dem Bruch der „Union sacrée“ im Herbst, die Clemenceau den Weg zur Ministerpräsidentenschaft bahnte. Das Ausscheiden der Sozialisten aus der Regierungsverantwortung im September 1917 ebenso wie die Anschuldigungen gegen radikalsozialistische Spitzenpolitiker bereiteten den Weg für eine neue, „zahmere“ und weiter rechts angesiedelte parlamentarische Mehrheit, auf die Clemenceau sich in der Folge dauerhaft stützen konnte. Der langjährige Senator und einflussreiche Publizist hatte sich seit 1914 als schroffer Kritiker der gouvernementalen und militärischen Kriegsführung hervorgetan und war öffentlichkeitswirksam für das Prinzip der „Comités secrets“ sowie gegen die vermeintlichen Machenschaften Malvys und Caillaux' eingetreten. Nicht zuletzt aufgrund seiner zahlreichen Frontbesuche hatte er sich außerordentliche Popularität bei den Soldaten und in der Bevölkerung erworben. Obwohl 1908/09 nur wenige Monate tatsächlich Mitglied des Parti Radical, galt er vielen Zeitgenossen bis in die letzten Vorkriegsjahre aufgrund seiner linksrepublikanischen Vergangenheit während der frühen Dritten Republik als eine der großen Figuren des französischen Radikalismus. Das Selbstbild des „alten Jakobiners“<sup>39</sup> pflegte Clemenceau noch im Jahr 1917, auch wenn er realiter

38 Bock: *Parlementarisme de guerre* (wie Anm. 8), S. 211-275.

39 Aristide Jobert: *Souvenirs d'un ex-parlementaire*. Paris 1933, S. 155, zitiert nach ebd., S. 290.

bis dahin längst eine politische Rechtswendung vollzogen hatte. Seine persönliche Energie, seine Fähigkeit, die Kräfte des Landes neu zu bündeln, und sein erworbener Ruf, als Mann der Ordnung für eine antikollektivistische Politik zu stehen, erlaubten es ihm – wohl auch mangels echter Alternativen –, im Herbst 1917 auf breite parlamentarische Unterstützung zu bauen. Lediglich die Sozialisten hielten sich eindeutig fern. Als Regierungschef konnte Clemenceau somit auf die übliche „dosage“ bei der Kabinettsbildung weitgehend verzichten: Er installierte eine Art von persönlichem Regime und umgab sich mit politischen Vertrauten, darunter vor allem Radicaux und einige Modérés, die durch parteilose Experten ergänzt wurden.<sup>40</sup>

Das Bild, das der französische Liberalismus in der Zeit der Ministerpräsidentenschaft Clemenceaus bot, war daher von einiger Ambivalenz. Politiker des liberalen Spektrums besetzten wichtige Funktionen im Kabinett oder an der Spitze von Kommissionen. Dort verfügten sie allerdings nur dann über erweiterte persönliche Handlungsspielräume, wenn sie, wie im Falle des radikalsozialistischen Wirtschaftsfachmanns Étienne Clémentel, auf Kompetenzen zurückgreifen konnten, die dem Regierungschef selbst fehlten. Clemenceaus präponderante Stellung im Ministerrat und innerhalb der Exekutive generell, die ihm schon zeitgenössisch den Beinamen des „Diktators“<sup>41</sup> eintrug, markiert daher die Möglichkeiten und Grenzen „liberaler“ Politik in seinem Umfeld. Differenziert präsentierte sich auch die Situation im Parlament. Dort nahm die Sitzungstätigkeit, die über den Kriegsverlauf hin kontinuierlich angewachsen war, auch nach November 1917 weiter zu. Clemenceau vertraute auf die ungeschützte Deliberation, machte die Debatten des Plenums wieder öffentlich und stellte sich kritischen Interpellationen ebenso wie drängenden Anfragen in den Kommissionen. Damit setzte er sich dem Risiko des parlamentarischen Scheiterns aus, ohne doch mehr als ein kalkuliertes Wagnis einzugehen: In einer Abgeordnetenversammlung, die 1917/18 noch knapp 480 Mitglieder zählte, musste die Regierung Clemenceau mit kaum mehr als etwa 100 oppositionellen Stimmen rechnen. In der politischen Praxis schlossen sich die Abgeordneten des republikanisch-liberalen Spektrums bis auf einzelne Ausnahmen dieser stabilen Mehrheit an, die ihre Motivation aus der national orientierten, auf totale Kriegsführung ausgerichteten, antisozialistischen und antipazifistischen Politik Clemenceaus bezog.<sup>42</sup>

40 Berstein: *Parti Radical I* (wie Anm. 6), S. 69; Marcel Agulhon/André Nouschi/Antoine Olive/ Ralph Schor: *La France de 1848 à nos jours*. Paris 2008, S. 291; Jean-Jacques Becker: *Clemenceau, chef de guerre*. Paris 2012, S. 87-141; zur Gesamtbibliographie Clemenceaus vor allem Jean-Baptiste Duroselle: *Clemenceau*. Paris 1988.

41 Vgl. etwa Marie Bernain de Ravissie: *Sous la dictature de Clemenceau*. Paris 1926.

42 Bock: *Parlementarisme de guerre* (wie Anm. 8), S. 275-309; Roussellier: *Le parlement français* (wie Anm. 33), S. 25-28.



Systemtheoretisch formuliert, hatte die Herausbildung einer stabilen ministeriellen Exekutive im Zeichen der drohenden Niederlage zu einer bis dahin nicht dagewesenen präzisen Konturierung von Regierungsmehrheit und Opposition sowie zur Stärkung der regierungstragenden Funktion des Parlaments geführt. Akzeptabel war diese Selbstbindung für viele Liberale jedoch nur in der Ausnahmesituation des Krieges. Als Clemenceau Anstalten machte, Formen der Zurücksetzung des Parlaments in die Friedenszeit zu übertragen, und die Volksvertretung von jeglicher Einflussnahme auf die Friedensverhandlungen ausschloss, zerfiel seine parlamentarische Mehrheit. Im Scheitern seiner Kandidatur um das Amt des Staatspräsidenten im Januar 1920 manifestiert sich daher auch eine Gegenreaktion republikanisch-liberaler Politiker, die nicht mehr bereit waren, sich durch eine erstarkte Exekutive auf Dauer in die Defensive drängen zu lassen.

### 3. Bilder vom Krieg, vom Feind und vom Frieden

Außenpolitische Fragen haben in den liberalen Gruppierungen Frankreichs im Betrachtungszeitraum stets nur eine Minderheit von Interessierten bewegt. Soweit sich Positionen und Konzepte fassen lassen, gehen sie auf einzelne Vordenker zurück, sind Teil von eher abstrakt gehaltenen Parteiprogrammen oder reflektieren die Überlegungen kleiner parteiinterner Zirkel. Das gilt bereits während der Periode wachsender internationaler Spannungen seit der Jahrhundertwende. Erkennbar ist im Parti Radical das Bemühen, sich auf dem Feld der internationalen Politik sowohl vom Revanchegeist der nationalistischen Rechten als auch vom militanten Pazifismus der anwachsenden sozialistischen Bewegung abzugrenzen. Alternativ dazu setzte man weniger auf eine Politik der Blockbildung und des Mächtigegleichgewichts als auf die Idee der Friedenssicherung durch internationale Organisationen. So wurden die einschlägigen Passagen des Parteiprogramms 1907 von Léon Bourgeois' Konzept der „Solidarität“ beeinflusst. Das in seinem Kern sozialphilosophisch-gesellschaftspolitisch angelegte Reformprogramm des mehrfachen Ministers und Vertreters Frankreichs bei den Haager Friedenskonferenzen der Jahre 1899 und 1907 wies auch eine internationale Komponente auf. In Anlehnung daran warb Lucien Le Foyer innerhalb des Parti Radical etwa seit der Jahrhundertwende für den Gedanken der Konfliktregelung durch Entscheidungen eines Internationalen Gerichtshofs und für die Einrichtung einer „Société des Nations civilisées“.<sup>43</sup>

43 Parti Républicain Radical et Radical-socialiste. Sixième Congrès annuel. Lille (Octobre 1906), Paris 1907, S. 140.



Zur breit verankerten außenpolitischen Doktrin der Partei avancierten solche Ideen jedoch nicht. In Parteiversammlungen stießen sie allenfalls auf „prinzipielle Zustimmung“, sofern man ihnen nicht ohnehin mit „höflichem Schweigen“ begegnete.<sup>44</sup> Deutlich gespalten zeigten sich die Radicaux in der brennenden Streitfrage der angemessenen Organisation der Landesverteidigung. In den Debatten um die „Loi de trois ans“ sah sich die Partei im Jahresverlauf 1913 einmal mehr vor die Aufgabe gestellt, traditionelle linksrepublikanische Positionen entweder politisch operationalisierbar zu machen oder aber zu modifizieren. Von einer einheitlichen Haltung blieb man jedoch weit entfernt: Zu schwer vereinbar war das in den Reihen der Partei verbreitete Anliegen, angesichts der „menace allemande“ öffentlich den eigenen Patriotismus zu demonstrieren, mit dem überkommenen Ideal der friedliebenden „République radicale“ oder auch mit dem Misstrauen vieler Radikaler gegenüber einer „reaktionär und klerikal“ geprägten Armee. Während die Mehrheit der Radicaux zusammen mit der nationalen Rechten für die Verlängerung des Wehrdienstes von zwei auf drei Jahre optierte, sympathisierte eine Minderheit um Caillaux mit Positionen der sozialistischen Linken und lehnte das Gesetz – allerdings vergeblich – ab.<sup>45</sup>

Die liberale Mitte Frankreichs, das deutet sich hier an, war uneins in der „nationalen Frage“, jedoch verlief die politische Frontlinie nicht zwischen Alliance Républicaine Démocratique und Parti Radical, sondern durch den Linksliberalismus hindurch. Die rechte Mitte, wie sie sich in der Alliance fassen lässt, hatte bereits im Zuge der beiden Marokkokrisen von 1905 und 1911 eine klare Annäherung an außenpolitische Positionen der nationalen Rechten vollzogen. Man begann zu zweifeln an der Wirksamkeit des internationalen Interessenausgleichs und reagierte insbesondere auf die immer vernehmbareren militärkritischen Stellungnahmen der Sozialisten und der Gewerkschaft CGT, die man als unpatriotisch und gefährlich einschätzte. Etwa seit 1906 zeigte sich in der Parteipresse der Alliance ein wachsendes Interesse an militärischen Fragen. Da man eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen Frankreich und Deutschland zunehmend in den Bereich des Möglichen rücken sah, unterstütz-

- 44 Léon Bourgeois: *Solidarité*. Paris 1896; ders.: *Pour la Société des Nations*. Paris 1910. Vgl. dazu J.E.S. Hayward: *The official Social Philosophy of the French Third Republic: Léon Bourgeois and Solidarism*. In: *International Review of Social History* 6/1 (1961), S. 19-48, hier S. 41-46; Berstein: *Parti Radical I* (wie Anm. 6), S. 64 (Zitate); Catherine Nicault: *Léon Bourgeois, militant de la Paix (1899-1918)*. In: Alexandre Niess/Maurice Vaisse (Hrsg.): *Léon Bourgeois (1851-1925). Du solidarisme à la Société des Nations*. Langres 2006, S. 43-72; Scott G. Blair: *Les origines en France de la SDN. Léon Bourgeois et la Commission interministérielle d'Études pour la Société des Nations (1917-1919)*. In: ebd., S. 73-102; Grüner: *Arbeit, Bildung, Alterssicherung* (wie Anm. 16), S. 276ff.
- 45 *Parti Républicain Radical et Radical-socialiste. Treizième Congrès du Parti Républicain Radical et Radical-socialiste, tenu à Pau les 16, 17, 18 et 19 octobre 1913*. Paris 1913; Berstein: *Parti Radical I* (wie Anm. 6), S. 65-67; Lévêque: *Forces politiques* (wie Anm. 6), S. 93; Krumeich: *Aufrüstung und Innenpolitik* (wie Anm. 2), S. 79-86, 121-138.

te man seit Frühjahr 1913 die symbolträchtige „Loi de trois ans“ in ungewöhnlich einmütiger Weise.<sup>46</sup>

Als sich nach der „trêve des partis“ der frühen Kriegszeit das Parteileben ab 1916/17 neu regte, tat sich, quellenmäßig fassbar, im republikanisch-liberalen Milieu vor allem die Presse der Alliance mit intensiven propagandistischen Anstrengungen hervor. Der Bezug auf deutsche Gewalttaten in Nordfrankreich und in Belgien fungierte als Leitmotiv bei der Repräsentation des Feindes; der Krieg stellte sich durchweg als Auseinandersetzung zwischen deutscher Barbarei und französischer Zivilisation dar. Damit griff die rechtsliberale Presse Schlüsselbegriffe auf, die bei unterschiedlicher Akzentsetzung über die politischen Lagergrenzen hinweg weithin konsensfähig waren.<sup>47</sup> Es erstaunt vor diesem Hintergrund kaum, dass rechtsliberale Politiker auch schon früh eigene Stellungnahmen zu den französischen Kriegszieldebatten beisteuerten. Zu einem Zeitpunkt, da sich regierungsoffizielle Stellen noch zurückhaltend zeigten, schloss sich die Alliance in ihren Forderungen dem Hauptstrom der patriotischen und nationalistischen Kräfte an. Man ging wie selbstverständlich von dem parteiübergreifend vertretenen Ziel der Rückgewinnung Elsass-Lothringens aus, forderte darüber hinaus Reparationen und lancierte den Gedanken der territorialen Zerstückelung Deutschlands; auch wurden wieder einmal Ansprüche auf die „frontières naturelles“, also auf das linke Rheinufer, und auf weitere „Garantieleistungen“ formuliert.<sup>48</sup>

In sich gespalten, widersprüchlich und ohne klare Festlegung seitens der Parteispitze präsentierte sich demgegenüber der Parti Radical. Zwar mahnte die Parteipresse noch in der Frühphase des Krieges zur Zurückhaltung im Hinblick auf den Revanche-Gedanken, da daraus nur eine Kaskade von Gewalt und Gegengewalt entstehen könne. Auch schlossen sich sämtliche Radicaux im Verlauf der sechsten Geheimsitzung der Abgeordnetenkammer vom Juni 1917 einem „Ordre du jour“ an, der die Rückkehr Elsass-Lothringens zu Frankreich und die „gerechte Reparatur der Kriegsschäden“ forderte, von jeglichem „Geist der Eroberung und der Unterdrückung fremder Völker“ je-

46 Sanson: *L'Alliance Républicaine* (wie Anm. 9), S. 375-389.

47 Raithel: „Wunder“ der inneren Einheit (wie Anm. 11), S. 105-113, 345-356 u. 371-380; Michael Jeismann: Propaganda. In: Hirschfeld/ Krumeich/ Renz (Hrsg.): *Enzyklopädie* (wie Anm. 10), S. 198-209; ders.: *Das Vaterland der Feinde. Studien zum nationalen Feindbild und Selbstverständnis in Deutschland und Frankreich 1792-1918*. Stuttgart 1992, S. 339-373.

48 *L'Alliance Républicaine Démocratique*, 24.1.1915; ebd., 27.8.1916; ebd., 24.6.1917 (Zitat); Sanson: *L'Alliance Républicaine* (wie Anm. 9), S. 427-448; Pierre Renouvin: *Die Kriegsziele der französischen Regierung 1914-1918*. In: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 17 (1966), S. 129-158; D. Stevenson: *French war aims against Germany 1914-1919*. Oxford 1982; Georges-Henri Soutou: *L'or et le sang. Les buts de guerre économiques de la Première Guerre mondiale*. Paris 1989; ders.: *Die Kriegsziele des Deutschen Reiches, Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten während des Ersten Weltkrieges: ein Vergleich*. In: Wolfgang Michalka (Hrsg.): *Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse*. München/ Zürich 1994, S. 28-53.

doch Abstand nahm; „dauerhafte Garantien“ seien für Frankreich in erster Linie aus der Errichtung einer „Société des Nations“ zu gewinnen. Bei näherem Hinsehen wird deutlich, dass die positive Sanktion der Regierungspolitik zu einem Zeitpunkt erfolgte, da den Kammerabgeordneten weitergehende Kriegsziele auf indirekte Weise bereits bekanntgegeben worden waren: Diese sahen im Nordosten des Landes die Rückkehr zu den Grenzen von 1790 vor, was unter anderem die Annexion der Saarregion durch Frankreich bedeutet hätte. Weitere deutsche Gebiete links des Rheins sollten neutralisiert, als Pufferstaaten organisiert und zeitweise besetzt werden.<sup>49</sup>

Erst im zeitlichen Umfeld des Waffenstillstands sowie während und nach dem Friedenskongress von Paris klärten sich die Positionen im Parti Radical: Nur eine Minderheit im Umfeld der Zeitschrift „La Vérité“ hielt an der von Léon Bourgeois inspirierten Vorkriegsdoktrin fest. Die Mehrheit unterstützte harsche deutschlandpolitische Konzepte, wie sie im näheren Umfeld der Partei im „Comité de la rive gauche du Rhin“ vertreten wurden. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, fand sich daher nahezu die Gesamtheit der radikalsozialistischen Kammerabgeordneten bereit, den Friedensvertrag von Versailles zu ratifizieren. Die Vorbehalte, die gleichwohl formuliert wurden, zielten auf vermeintliche Schwächen ab: auf unzureichende Abrüstungsvorschriften, auf unbefriedigende Regelungen in der Saarland- und Rheinlandfrage sowie auf ein Völkerbunds-konzept, das keine eigenen Streitkräfte zur Friedenssicherung vorsah.<sup>50</sup> Von den Positionen, die in der Alliance vertreten wurden, unterschieden sich jene der Radicaux zu diesem Zeitpunkt nurmehr unwesentlich.<sup>51</sup>

#### 4. Kriegswirtschaft und ökonomische Reform

Versucht man sich der Praxis liberaler Politik im Frankreich des Ersten Weltkriegs anzunähern, stößt man unweigerlich auf die Rolle des Staates in der Kriegswirtschaft und damit auf die Tätigkeit von Étienne Clémentel. Zwischen Oktober 1915 und November 1919 hatte dieser die Leitung des Handels- und Industrieministeriums inne, zeitweise ergänzt um das Arbeits-, Landwirtschafts- und Marineressort. Innerhalb von etwas mehr als vier Jahren entwickelte sich der radikalsozialistische Politiker Clémentel so zum wohl einflussreichsten Regierungsmitglied seiner Partei. Unter seiner Ägide wuchs das bis

49 Le Radical, 13.8.1914; zum Verlauf des sechsten Comité secret der Abgeordnetenkammer vom 1.-4.6.1917: George Bonnefous: Histoire politique de la Troisième République. Bd. 2: La Grande Guerre 1914-1918. Paris 1957, S. 241-267, hier S. 265 (Zitate); Berstein: Parti radical I (wie Anm. 6), S. 90-93.

50 Berstein: Parti radical I (wie Anm. 6), S. 97-103.

51 Sanson: L'Alliance (wie Anm. 9), S. 456 f.

dahin zweitrangige Handelsministerium in die Rolle eines Schlüsselressorts, dem zusammen mit dem Rüstungsministerium die Umstellung der französischen Wirtschaft auf die Erfordernisse des Krieges zufiel. Die wirtschaftspolitischen Handlungsspielräume, die sich Clémentel neben seinen Kollegen an der Spitze des „Ministère de l'Armement“, dem Sozialisten Albert Thomas und dem parteilosen Louis Loucheur, erwarb, hatten konkrete Grundlagen: Verfügte er doch über die nachhaltige Unterstützung der radikalsozialistischen Kammergruppe ebenso wie über anerkannte Fachkompetenz, die sich der Jurist und wirtschaftspolitische Autodidakt im Amt erworben hatte.<sup>52</sup>

Ähnlich der Situation in anderen kriegführenden Staaten, lagen in Frankreich im Jahr 1914 keine Konzepte für einen langwierigen, industriell geprägten Abnutzungskrieg bereit. Erschwerend kam hier hinzu, dass bis Jahresende 1914 ein großer Teil der montanindustriellen Produktionskapazitäten im Nordosten des Landes verlorengegangen war, deutsche Lieferungen in Schlüsselbereichen wie dem Maschinenbau hingegen ausblieben.<sup>53</sup> Auf eine Phase der improvisierten Ressourcenschöpfung folgte angesichts dieser Lage eine allmähliche Ausweitung staatlicher Interventionsmaßnahmen. Jenseits reiner Rüstungsfragen, die nicht in die Zuständigkeit des Handelsministeriums fielen, konzentrierte man sich dort zunächst auf Fragen der ökonomischen Kriegsführung im Bereich des internationalen Handels, bevor um 1916 das drängende Problem der Abstimmung von Rohstoffversorgung und nationaler Produktion in den Mittelpunkt trat. Als Kernstück der staatlichen Wirtschaftslenkung unter Kriegsbedingungen fungierten sogenannte „Konsortien“: Sie waren jeweils einem bestimmten Rohstoff oder Industrieprodukt zugeordnet und vereinten Hersteller wie Importeure in institutionalisierten Gesprächskreisen. Ihnen gegenüber traten staatliche Stellen, allen voran das Handelsministerium, als Vermittler und steuernde Instanzen auf, denen die Kontrolle von Preisgestaltung, Rohstoffverteilung und unternehmerischen Gewinnmargen zukam. Zur Absicherung des Zugriffs auf internationale Rohstoffvorräte und zur Erweiterung des französischen ökonomischen Einflusses in Europa plädierte man außerdem für die Zusammenarbeit mit Großbritannien und für die Schaffung von Zollunionen mit Belgien und Italien.<sup>54</sup>

Im Laufe des Krieges rückte für Clémentel und den „Thinktank“ von Wirtschaftsexperten, den er im Ministerium um sich versammelt hatte – Hochschuldozenten, Ingenieure, Juristen und ehemalige Geschäftsleute wie Jean

52 Bislang existiert keine Gesamtbioographie zu Clémentel, vgl. daher: Guy Rousseau: Étienne Clémentel (1864-1936): Entre idéalisme et réalisme, une vie politique (essai biographique). Exposition 24 novembre 1998 – 23 janvier 1999. Clermont-Ferrand 1998.

53 Gerd Hardach: Industrial Mobilization in 1914-1918: Production, Planning, and Ideology. In: Patrick Fridenson (Hrsg.): The French Home Front 1914-1918. Providence/ Oxford 1992, S. 57-88.

54 Soutou: Kriegsziele (wie Anm. 48), S. 35 f.; ders.: L'or et le sang (wie Anm. 48), S. 234-245, 481-492 und passim.

Monnet – zunehmend das nationale wirtschaftspolitische Reformpotential der Lenkungsmaßnahmen in den Mittelpunkt. So entwickelte man seit 1917 vermehrt Pläne für die Modernisierung der französischen Nachkriegswirtschaft. Im Kern ging es um die Fortentwicklung der liberalen Marktökonomie der Vorkriegszeit, deren Schwächen im Krieg offenbar geworden waren. Im Sinne eines dritten Weges jenseits sozialistischer Konzepte setzte man auf die Implementierung „etatistisch-korporatistischer“ Elemente in das Wirtschaftssystem des Landes: Staatlich geduldete und beaufsichtigte Produktionskartelle, nationale Arbeitgebervereinigungen und regionale Wirtschaftskammern sollten die Vorzüge koordinierter Interessen und staatlicher Lenkung in die Friedenszeit übertragen, die industrielle Konzentration und Produktivität steigern sowie der individualistischen, kleinteiligen Prägung der französischen Wirtschaftsstruktur entgegenwirken. Ein nationales Produktionsministerium würde künftig zentrale Planungsaufgaben übernehmen.<sup>55</sup> Um nach Kriegsende international wettbewerbsfähig zu sein, musste in der französischen Industriewirtschaft nach Ansicht der Reformier ein modernes Produktionsregime Einzug halten, das von Maßnahmen zur Standardisierung und zur Förderung der Massenproduktion, von industriell getragener Forschungstätigkeit und staatlich unterstützten Produktionskartellen gekennzeichnet sein sollte.<sup>56</sup>

Diese ambitionierten Entwürfe scheiterten 1918/19 in ihren wesentlichen Teilen am Widerstand, den die Unternehmerschaft dem modifizierten Beibehalt der „Konsortien“ entgensetzte; auch die auslaufende Notwendigkeit, alliierten Forderungen nach rationaler Organisation der französischen Produktionswege nachzukommen, wirkte in diesem Sinne. So schwand die gewohnte politische Rückendeckung für den Handelsminister. Angesichts des massiven Drucks, den regionale Handelskammern, Unternehmervereinigungen sowie wirtschaftsliberal gesonnene Politiker und Ökonomen in der ersten Jahreshälfte 1919 zugunsten des Abbaus von kriegswirtschaftlichen Steuerungsinstanzen entfalteten, war die Entmachtung Clémentels nurmehr eine Frage der Zeit. Noch bevor er im November 1919 sein Abgeordnetenmandat verlor und daraufhin zurücktrat, avancierte sein Kabinettskollege Loucheur zur tonangebenden wirtschaftspolitischen Autorität im Kabinett Clemenceau. Mit ihm ge-

55 Richard F. Kuisel: *Capitalism and the state in modern France. Renovation and economic management in the twentieth century.* Cambridge u.a. 1981, S. 37-48, hier S. 44 (Zitat); John F. Godfrey: *Industrial Policy and Bureaucracy in France 1914-1918.* Leamington Spa/Hamburg/New York 1987, S. 82-143; Michel Letté: *Le rapport d'Étienne Clémentel (1919). L'avènement administratif des technocrates et de la rationalisation.* In: *Documents pour l'histoire des techniques* 20/2 (2011), S. 167-195.

56 Vgl. dazu die Bestandsaufnahmen, Analysen und Empfehlungen eines annähernd 2.400 Seiten umfassenden Berichts: *Ministère du Commerce, Rapport général sur l'industrie française, sa situation, son avenir. D'après les travaux des sections du Comité Consultatif des Arts et Manufactures et de la Direction des études techniques.* 3 Bde. Paris 1919; dazu eingehend Letté: *Le rapport* (wie Anm. 55).

wann und behielt die Maxime der raschen Rückkehr zur freien Marktwirtschaft die Oberhand.<sup>57</sup>

### III. Fazit

Die notwendigerweise knapp gehaltenen Analysen dieses Beitrags zeigen einen von Krisenphänomenen erfassten Liberalismus; eine eindimensionale Geschichte des Niedergangs und der politischen Domestizierung lassen sie jedoch nicht erkennen.

Zweifellos verdeutlicht das Gesagte die weitreichende Bereitschaft von Liberalen linker und rechter Provenienz, am Krieg der Ideen und der Feindbilder teilzunehmen. Deutlich auszumachen ist diese Tendenz in der Alliance, doch wirksam blieb sie selbst im Parti Radical: Sofern es dort eine Minderheit gab, die gewillt war, den weitreichenden Kriegszielen der Regierung Widerstand entgegenzusetzen, so manifestierte sie sich weder in der Parteipresse noch in den parlamentarischen Debatten. Zu den idealistisch getönten Parteitageklärungen der Vorkriegszeit stand diese Haltung in einem unvermittelten Gegensatz. In diesem Sinne blieben französische Liberale in ihrer überwältigenden Mehrheit der Praxis der „Union sacrée“ auch dann noch verbunden, als diese im Kriegsverlauf zunehmend konservativ-nationalistischen Charakter annahm. Die außen- und koalitionspolitischen Konzepte, die sich mit den Namen von Joseph Caillaux und Jean-Louis Malvy verknüpften, konnten sich im liberalen Spektrum zu keinem Zeitpunkt durchsetzen.

Die dauerhafte Aufweichung von Bürgerrechten im Zeichen des kriegsbedingten Ausnahmerechts tolerierte man jedoch nicht, und auch der symbolpolitische Funktionsverzicht des Parlaments wurde auf Betreiben der republikanisch-liberalen Kammermehrheit seit 1915 rückgängig gemacht. Als Ergebnis eines intensiv gepflegten „Kriegsparlamentarismus“ blieb die militärische Macht im Staat politisch eingeehgt. Eine Militarisierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, die in ihrem Ausmaß dem deutschen Fall auch nur annähernd gleichgekommen wäre, erfolgte in Frankreich nicht. Es gelang vielmehr, die Vorrangstellung des Parlaments im Spiel der Gewalten und damit eine zutiefst liberal inspirierte Errungenschaft der Vorkriegszeit über den Krieg hinaus zu erhalten. Die Wirkungen waren ambivalent: Das Fortleben der parlamentarischen Kontroll- und Gesetzgebungstätigkeit erhöhte die Effektivität der Kriegsanstrengungen, hielt die überwiegend integrativ wirksame Kraft des

57 Kuisel: *Capitalism and the state* (wie Anm. 55), S. 41-43 u. 48-58; Adrian Rossiter: *Experiments with corporatist politics in Republican France, 1916-1939*. PhD Oxford 1986, S. 34-56 u. 69; Marc Trachtenberg: „A New Economic Order“: Étienne Clémentel and French Economic Diplomacy during the First World War. In: *French Historical Studies* 10/2 (1977), S. 315-341.

parlamentarischen Diskurses am Leben und schob dem Regimewechsel einen Riegel vor. Mittelfristig überdauerte damit aber auch die deliberative Form des französischen Parlamentarismus unverändert in die Zwischenkriegszeit und mit ihr die Praxis häufiger Regierungsstürze innerhalb eines systemischen Rahmens, der von Stabilität in der Instabilität gekennzeichnet war.

Das wohl erstaunlichste und weitreichendste Innovationspotential liberaler Politik manifestierte sich hingegen auf dem Feld der Kriegswirtschaft. Lange bevor die Folgen der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre das Leitbild des ökonomisch intervenierenden Staates auch in Frankreich mit bis dahin ungekannter Anziehungskraft versahen, wandte sich eine Minderheit linksliberaler Politiker und Wirtschaftsexperten zwischen 1914 und 1918 von der Vorkriegsordnung der Wirtschaft ab und stellte tradierte Auffassungen vom freien Spiel der ökonomischen Kräfte in Frage. Angesichts der gegebenen Dominanz von orthodox wirtschaftsliberalen Vorstellungen in der zeitgenössischen Wirtschaftskultur Frankreichs kamen vergleichbare Konzepte eines weithin staatlich gelenkten ökonomischen Wiederaufbaus freilich erst nach dem Zweiten Weltkrieg zum Zug.

## Die „österreichischen“ Liberalen und der Erste Weltkrieg

### 1. Vorbemerkung I: „Franz Josefs-Land“

Außenpolitik spaltet Parteien, insbesondere liberale Parteien: Die Debatten um den britischen Kriegseintritt oder die Friedensresolution des Reichstages, der Konflikt zwischen Clemenceau und Caillaux während des Weltkrieges liefern dafür anschauliche Beispiele. In der Habsburgermonarchie gab es derlei Spannungen selbstverständlich auch, aber sie wurden überdeckt vom Nationalitätenkonflikt, wie sich das am Beispiel der beiden wichtigsten ethnischen Gruppen der westlichen, „österreichischen“ Reichshälfte, von Deutschen und Tschechen, gut ablesen lässt. Maßgeblich für die Einstellung einzelner Politiker oder Flügel von Parteien waren weniger unterschiedliche politische oder weltanschauliche Zielsetzungen, sondern die Einschätzung ihrer Realisierungschancen, die wiederum eng mit dem Verlauf des Krieges zusammenhängen.

Nicht bloß die Liberalen, wie immer man sie auch definiert, sondern alle Parteien des alten Österreich, befanden sich – verglichen mit ihren reichsdeutschen, französischen, britischen, italienischen, ja selbst russischen Kollegen in einer besonderen, nämlich besonders ohnmächtigen Situation, was die Außenpolitik des Reiches betrifft. Außenpolitik galt in konstitutionellen Monarchien im besonderen Maße als Teil der monarchischen Prerogative. Daraus ergaben sich auch anderswo Konflikte; ja selbst in Republiken unterlief die Geheimdiplomatie, die bald darauf von Wilson so sehr aufs Korn genommen wurde, vielfach parlamentarische Kontrollmechanismen. Doch nur in Österreich-Ungarn waren Außenpolitik und Militär der Kontrolle des Parlaments von vornherein entzogen. Diese Materien wurden als „gemeinsame Angelegenheiten“ vielmehr von einem Ausschuß beider Häuser des österreichischen bzw. des ungarischen Parlaments verhandelt, den sogenannten Delegationen, die nur wenige Wochen im Jahr tagten und auf Grund des Votums der Mitglieder des Oberhauses fast nie oppositionelle Mehrheiten produzierten.

Ein ungarischer Delegierter fasste das Resultat – in einer Anspielung auf rezente, arktische Entdeckungen – einmal so zusammen: Außenpolitik – das ist für uns Franz Josefs-Land, eine dunkle, unbekannte Welt, in die kein



Lichtschein fällt, es sei denn die Reflexion von der Spitze eines Bajonetts.<sup>1</sup> Eduard Herbst, der umstrittene Führer der deutschösterreichischen Liberalen in ihrer Glanzzeit, hatte 1878/79 den Verfassungskonflikt über die Kontrolle der Außenpolitik noch einmal aufgerollt und war damit gescheitert.<sup>2</sup> Seine Nachfolger hatten diese Lektion nur allzu gut beherzigt. Die Delegationen wurden auch während der Krisen der Jahre 1912/13 nur zu patriotischen Deklamationen benützt, verbunden mit Seitenhieben auf nationale Gegner im Inneren des Vielvölkerreiches. Ein agrarischer Delegierter wies im Herbst 1912, bei Ausbruch des 1. Balkankrieges, jegliche Versuchung mit den Worten von sich: „Halten wir uns zurück mit superklugen Vorschlägen. Wenn wir auch dazu berufen sind, halte ich doch in diesem Moment die wenigsten von uns dazu für auserwählt...“<sup>3</sup>

Doch selbst diese Bühne, die keine wirklich tiefschürfenden Debatten oder begleitende Kontrolle zuließ, war den österreichischen Parteien im 1. Weltkrieg versperrt. Die Delegationen tagten während des gesamten Krieges nur ein einziges Mal, im Dezember 1917, zu einer Zeit, als die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk gerade in Gang kamen und man dem Außenminister kaum mehr als gute Wünsche mit auf den Weg mitgeben konnte,<sup>4</sup> auch wenn sich in der Öffentlichkeit eine Debatte zwischen Siegfriedensbefürwortern und Anhängern eines Verständigungsfriedens entspann, die viele Ähnlichkeiten mit der Debatte im Deutschen Reich aufwies.<sup>5</sup> Der Grund, warum die Delegationen so lange nicht einberufen wurden, aber lag darin, dass zwar der ungarische Reichstag den gesamten Krieg über weiterhin tagte, der Reichsrat in der österreichischen Reichshälfte aber schon im März 1914 vertagt worden war und erst von Kaiser Karl im Mai 1917 wiederum einberufen wurde.

Dazu kam ein Element, das Österreich-Ungarn in subtiler Weise von den Weltmächten unterschied. Die Wiener Diplomatie entwickelte im Laufe des Krieges eine gewisse, vielfach unterschätzte Meisterschaft darin, ‚the leverage of the weak‘ einzusetzen und in Verhandlungen mit dem großen Bruder, dem Deutschen Reich, in eigenen Belangen ihren Willen immer wieder durchzu-

- 1 Zitiert nach Istvan Dioszegi: *The Independent Opposition and the Monarchy's Foreign Policy, 1900-1914*. In: *Etudes Historiques Hongroises* 1975. Budapest 1975, S. 207-238, hier S. 217.
- 2 Lothar Höbelt: *Der „schwarz-gelbe“ Reichskritikus. Eduard Herbst (1820-1892)*. In: *Jahrbuch zur Liberalismusforschung* 19 (2007), S. 193-209; ders.: *The Bosnian Crisis Revisited: Why did the Austrian Liberals oppose Andrássy?* In: ders./T. Otte (Hrsg.), *A Living Anachronism. European Diplomacy and the Habsburg Monarchy*. Festschrift für Francis Roy Bridge zum 70. Geburtstag. Wien 2010, S. 177-198.
- 3 *Stenographische Sitzungs-Protokolle der Delegaten des Reichsrates*, 47. Session, S. 57 (16.11.1912).
- 4 Czernin erkrankte nach der Eröffnung der Delegationen und reiste dann sofort nach Brest ab; vgl. *Statni Oblastni Archiv (SOA) Zámorsk, Familienarchiv (RA) Parish, Tagebuch Oswald Parish v. Senftenberg*, 10. u. 18. Dezember 1917.
- 5 Vgl. dazu Birgitt Morgenbrod: *Wiener Großbürgertum im Ersten Weltkrieg. Die Geschichte der ‚Österreichischen Politischen Gesellschaft‘ 1916-1918*. Wien 1994, S. 130 ff.

setzen oder zumindest die Pläne des Verbündeten zu konterkarieren. Man war sich aber sehr wohl darüber im Klaren, die wirklich großen Entscheidungen nur am Rande beeinflussen zu können, wie es Österreich-Ungarn z.B. anhand der fatalen Entscheidung für den uneingeschränkten U-Boot-Krieg Anfang 1917 ad oculos demonstriert wurde. Oder wie der österreich-ungarische Außenminister Graf Ottokar Czernin dem frischgebackenen Übergangskanzler Michaelis in der ihm eigenen saloppen Art im August 1917 versicherte: „Österreich-Ungarn stehe und falle mit seinem Bündnisse. Was er aber nicht wisse, sei, ob es stehen oder fallen werde.“<sup>6</sup>

Wenn diese gewisse Ohnmacht den Ereignissen gegenüber schon für den Außenminister und das Armeeoberkommando (AOK) galt, um wie viel mehr dann erst für die Parteien und ihre Repräsentanten, die im Dunkeln tappten, vielfach auf die Gerüchtebörse angewiesen waren und um ihre Meinungen nicht einmal gefragt wurden. Was blieb, war das Bestreben, die großen weltpolitischen Konjunkturen, die man kaum beeinflussen konnte, für eigene Anliegen zu nützen, als Trittbrettfahrer oder gegebenenfalls auch Bremsen, aber nicht als Steuermänner des Staatsschiffes. Es gab sehr wohl eine intensive Kriegszieldebatte in Österreich, aber weniger um Annexionen und Grenzstreifen, Flottenstützpunkte oder gar Kolonien, sondern um „innere Kriegsziele“, um die Umgestaltung des Reiches zugunsten der eigenen nationalen Interessen. Der jungtschechische Abgeordnete und Historiker Zdeněk Tobolka, brachte es auf den Punkt, wenn er Anfang 1917, als die Situation wieder einmal besonders unübersichtlich geworden war, dem Sozialistenchef Bohumil Smeral gegenüber bemerkte: „Irgendwie müssen wir den Krieg doch ausnützen.“<sup>7</sup>

## 2. Vorbemerkung II: Die drei Lager und die ‚petka‘

Die liberalen Parteien, wer waren sie? Offiziell gab es keine Liberalen mehr, nicht einmal in Ungarn, wo die von Kalman Tisza gegründete, lange Zeit regierende Liberale Partei 1906 aufgelöst worden war und sich seit ihrer Neugründung unter Tiszas Sohn Istvan 1910 Partei der nationalen Arbeit nannte.<sup>8</sup> Freilich: Die ungarische Politik, bei einem weiterhin sehr eingeschränkten Elektorat ein Elitensport sondergleichen, der nach außen hin oft den Eindruck

6 Andre Scherer/Jacques Grunewald (Hrsg.): *L'Allemagne et les Problèmes de la Paix pendant la première Guerre Mondiale*, Bd. 2 (= APP II). Paris 1966, S. 297 (1.8.1917); vgl. auch Ingeborg Meckling: *Die Aussenpolitik des Grafen Czernin*, Wien 1969.

7 Martin Kucera (Hrsg.): Zdeněk Tobolka, *Muj denik z prni svetove války*. Prag 2008, 22.1.1917.

8 Gabor Vermes: *Istvan Tisza*. New York 1985, S. 121, 134 f.

vermittelte, dass Familienfehden wichtiger genommen wurden als Parteipolitik,<sup>9</sup> soll hier schon mangels Sprachkenntnissen nicht weiter verfolgt werden.

In der österreichischen Reichshälfte, „Cisleithanien“, das erst seit Herbst 1915 offiziell den Namen Österreich führte, war die Ausdifferenzierung des Parteienspektrums bei manchen der kleineren Nationalitäten noch nicht hinreichend weit gediehen. Man hielt hier oft noch bei nationalen Sammelparteien, z.B. bei den Ukrainern. Bei Rumänen und Kroaten war eine gewisse Auffächerung des politischen Spektrums in konservative und progressive Strömungen zu beobachten. Bei den Slowenen war der Einzugsbereich der Liberalen seit der Wahlreform auf einen einzigen Wahlkreis (die Stadt Laibach) beschränkt; bei den Italienern standen die Nationalliberalen seit Kriegsausbruch mit wenigen Ausnahmen im Verdacht des Irredentismus, sofern sie nicht überhaupt nach „Reichsitalien“ geflohen waren.

Es blieben die drei großen nationalen Blöcke „Cisleithaniens“, Deutsche, Tschechen und Polen. Die Rolle der Polen in der österreichischen Politik lässt sich kaum überschätzen. Die Polen, zumindest die konservativen Polen, waren die Regierungspartei par excellence. Sie machten ihren Einfluß in Wien über den Polenklub geltend, der zwar nach Einführung des allgemeinen und gleichen (Männer-)Wahlrechts 1906/07 gewisse Turbulenzen durchgemacht, seit 1915/16 seine Reihen aber wieder dicht geschlossen hatte – und für ein möglichst unabhängiges, möglichst geeintes Polen kämpfte, das mit Habsburg im Rahmen einer „trialistischen“ Lösung oder auch nur über eine Personalunion weiterhin verbunden bleiben sollte.

Die Verhältnisse innerhalb des Polenklubs waren komplex: Die demokratische Strömung repräsentierte das städtische Milieu Galiziens und damit vielfach jüdische Wähler; politisch folgte sie meist weiterhin der Führung der Krakauer Konservativen mit ihrer anti-russischen Orientierung. Unter der polnischen Minderheit in Ostgalizien hingegen dominierten die eher antisemitischen Nationaldemokraten, im Bündnis mit den konservativen „Podoliern“, die in der ukrainischen Nationalbewegung eine größere Gefahr sahen als im Zarenreich. Weltanschauliche ‚cleavages‘ wurden von dieser „Orientierungsfrage“ überlagert. Während das geschlossene Auftreten des Polenklubs nach außen als Vorbild sehr wohl seine Wirkung ausübte, eignet sich das polnische Parteienspektrum daher für einen Vergleich weniger gut. Die „Sonderstellung“ Galiziens, wie das Schlagwort lautete, war in dieser Beziehung längst gegeben.<sup>10</sup>

Deutsche und Tschechen der Habsburgermonarchie hingegen verfügten über ein Parteienspektrum, das – bei aller Gegnerschaft – große Ähnlichkeiten

9 Graf Julius Andrassy: *Diplomatie und Weltkrieg*. Berlin 1920, S. 294: „So gestaltete sich die politische Krise zu einer Familienkrise.“

10 Vgl. Teresa Stochel-Nabielska: *Das polnische Parteienspektrum in Galizien vor 1914*. Un gedr. Phil. Diss. Wien 2008.

aufwies, ja nahezu ident war. Nur in den Größenverhältnissen gab es gewisse Unterschiede; in der Ausdifferenzierung war eine gewisse zeitliche Verschiebung zu bemerken. Bei den Tschechen als „underdogs“ hatte sich die Abkehr von der Tradition der nationalen Sammelpartei erst spät, kurz vor der Jahrhundertwende, vollzogen. Deutsche und Tschechen bewohnten die industriellen Kernzonen des Reiches. Es gab in Böhmen daher eine starke Sozialdemokratie – diese „kleine Internationale“ war übrigens 1911 ebenfalls entlang nationaler Scheidelinien entzweigebrochen.<sup>11</sup> Vor allem aber: Wie fast überall in katholischen Europa verlief die Hauptkampflinie der bürgerlichen Politik entlang der Kulturkampffronten. Das hieß: Liberale waren per definitionem in erster Linie Antiklerikale. Ob sie daneben auch Freihändler oder Demokraten waren, fiel als parteibildender Faktor weniger ins Gewicht.

Innerhalb dieses freisinnigen Spektrums gab es keine klar erkennbare Scheidung in Links- und Rechtsliberale, sondern eine Differenzierung nach sozialen oder „ständischen“ Kriterien. Es gab eine Agrarpartei, eine Arbeiterpartei (die sich auf beiden Seiten früher oder später den Namen Nationalsozialisten zulegte) und eine städtisch-bürgerliche Gruppierung. Das „flache Land“ wurde mit Ausnahme Böhmens (und Kärntens) von den katholischen Parteien dominiert. Die Agrarpartei spielte daher bei den Tschechen eine weit größere und zentralere Rolle als bei den Deutschen. Auch die Nationalsozialisten galten hier mit Recht als eigenständige Kraft. Man sprach daher bei den Tschechen nicht von drei politischen Lagern wie bei den Deutschen, sondern von der „pětká“, der Fünfergruppe. Das zugrundeliegende Muster war dennoch das gleiche, bloß die Emanzipation der ständischen Untergruppen, wie sie sich nach 1918 dann auch bei den Deutschen vollzog, war bei den Tschechen schon früher vorweggenommen worden.<sup>12</sup>

Die städtisch-bürgerlich-freisinnigen Gruppen, die Liberalen oder zumindest Erben der Liberalen, waren bei den Deutschen im Nationalverband der deutschfreiheitlichen Abgeordneten zusammengefasst (der auch die Agrarier einband). Sein Pendant war die sogenannte „jungtschechische“ National-freisinnige Partei. Die Binnendifferenzierung erfolgte in erster Linie nach regionalen Kriterien. Der Nationalverband war ein Dachverband von Abgeordneten aus nicht weniger als einem Dutzend Kronländern. In den Alpenländern, wo die Freiheitlichen eine Minderheit darstellten, standen dahinter in der Regel ziemlich einheitliche Parteivereine. In den Sudetenländern, wo die Nationalliberalen die Mehrheit stellten, unterschied man mittelständische Deutschradikale und elitäre Deutschfortschrittliche. Auch diese Unterscheidung ging

- 11 Raimund Löw: Der Zerfall der ‚kleinen Internationale‘: Nationalitätenkonflikte in der Arbeiterbewegung des alten Österreich (1889-1914). Wien 1984.
- 12 Robert Luft: Parlamentarische Führungsgruppen und politische Strukturen in der tschechischen Gesellschaft. München 2012; Lothar Höbelt: Kornblume und Kaiseradler. Die deutschfreiheitlichen Parteien Altösterreichs 1882-1918. Wien 1993.

zum Teil auf regionale Gegebenheiten zurück: Die Deutschradikalen dominierten im geschlossenen deutschen Sprachgebiet, die Fortschrittlichen im gehobenen Milieu des sogenannten „Inseldeutschtums“ in Prag,<sup>13</sup> Brünn, Budweis etc. Auch bei den Jungtschechen war zwischen Böhmen und Mähren eine Spaltung eingetreten. Die böhmischen Jungtschechen repräsentierten das Establishment; ihr mährischer Flügel (der sich Volkspartei nannte) war wegen der Übermacht der Katholisch-Nationalen Partei in Mähren ein oppositionelles Element.

Daneben gab es auf deutscher wie tschechischer Seite innerhalb des freiheitlichen Spektrums auch Kleinparteien, die auf Grund des Wahlsystems im Parlament zuweilen als „Ein-Mann-Parteien“ auftraten. Auf tschechischer Seite war ihr berühmtester Vertreter zweifellos Tomas G. Masaryk mit seinen „Realisten“, der in den neunziger Jahren eine Zeitlang mit den Jungtschechen kooperierte, dann aber seine eigenen Wege ging.<sup>14</sup> Die übrigen Kleinparteien füllten die Lücke zwischen Jungtschechen und Nationalsozialisten, darunter auch die Staatsrechtlich-Fortschrittlichen, die insofern aus dem Rahmen fielen, weil sie sich auch in den Kriegsjahren allen Vereinnahmungsversuchen widersetzen. Das Pendant zu den dogmatischen Staatsrechtlern stellte auf deutscher Seite das Kleeblatt der unentwegten Alldeutschen dar. Darüber hinaus war die Reichshaupt- und Residenzstadt Wien das Refugium der „wilden“ Abgeordneten, die ihr Mandat einem Stichwahlbündnis mit der Sozialdemokratie verdankten, das 1911 gegen den Willen des Nationalverbands und der Regierung abgeschlossen wurde. Am ehesten vergleichbar mit den Linksliberalen im Reich, fand sich erst 1917 eine Handvoll von ihnen in der Freiheitlichen Vereinigung zusammen. Ihr prominentester Vertreter war der freihändlerische Industrielle Max Friedmann, der 1916 mit einigen seiner Anhänger kurz auch dem Nationalverband beitrug.<sup>15</sup>

13 Vgl. Lothar Höbelt: Drei Lager und drei Zonen. Deutsche und italienische Nationalliberale in der Habsburgermonarchie. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 16 (2004), S. 75-88. In Prag führte ein Vetter Franz Kafkas die Deutschfortschrittliche Partei.

14 Zbynek Zeman: The Masaryks. The Making of Czechoslovakia. London 1976, S. 67 ff.; Josef Kalvoda: The Genesis of Czechoslovakia. Boulder 1986, S. 17 ff.

15 Kurioserweise handelte es sich bei seinen Bundesgenossen um ehemalige Christlichsoziale, Vertreter der „Hörndlbauern“, die wegen der Hochschutzzollpolitik mit ihrer Partei gebrochen hatten, zu Friedmann vgl. auch Roman Sandgruber: Traumzeit für Millionäre. Die 929 reichsten Wienerinnen und Wiener im Jahr 1910. Wien 2013, S. 344; Marie-Therese Arnbom: Friedmann, Gutmann, Lieben, Mandl, Strakosch. Fünf Familienporträts aus Wien vor 1938. Wien 2002, S. 160-167; Morgenbrod, Großbürgertum (wie Anm. 5), S. 45ff.

### 3. Die „inneren Kriegsziele“

Die Debatte um die Umgestaltung der Habsburgermonarchie wurde von einem deutsch-polnischen Doppelprojekt beherrscht, wie es bereits in den ersten Wochen des Krieges – noch vor den ersten Schlachten – erörtert wurde: „Mitteleuropa“, die Vorstellung einer Ausgestaltung des Bündnisses mit dem Deutschen Reich, war verbunden, ja in gewisser Weise geradezu bedingt durch die sogenannte „austro-polnische“ Lösung. Das russische Kongreß-Polen mit seinen 12 Mio. Einwohnern sollte mit Galizien zu einer „dritten Reichshälfte“ der Monarchie vereinigt werden. Sobald die galizischen Abgeordneten aus dem Wiener Reichsrat ausschieden, ergab sich im verbleibenden „Westösterreich“ wiederum eine deutsche Mehrheit. Ein polnischer Reichsteil ließ in Berlin jedoch Zweifel an der Verlässlichkeit des Bündnispartners aufkommen. Deshalb forderte das Deutsche Reich von Österreich zusätzliche Garantien, Militärkonvention oder Zollunion, „ever closer union“, eine „Annäherung“, von der sich nicht zuletzt die Deutschösterreicher verstärkten politischen Rückhalt versprachen.<sup>16</sup>

Für die Deutschösterreicher auf der einen, die galizischen Polen auf der anderen Seite bedeuteten diese miteinander verschränkten „inneren Kriegsziele“ die Quadratur des Kreises, die Erfüllung nationaler Einigungsbestrebungen, verbunden mit der Bewahrung ihrer dominanten Stellung in den bisherigen Kronländern. Nationalverband und Polenklub waren deshalb von Anfang an Feuer und Flamme für diese Lösung. Die Regierungen in Wien und Berlin traten diesen Plänen beide jeweils nur mit gewissen Mentalreservationen näher. Im Auswärtigen Amt erklärte Jagow: „Alle Lösungen der polnischen Frage sind bekanntlich schlecht.“<sup>17</sup> In Wien legte Ministerpräsident Stürgkh zwar Lippenbekenntnisse ab, ließ intern aber deutlich seine Skepsis durchblicken und wollte alle Änderungen, aber auch jegliche Einberufung des Reichsrats, am liebsten auch alle öffentlichen Erörterungen, bei der diese Fragen zur Sprache kämen, vertagen, „bis der letzte Schuß gefallen ist“.<sup>18</sup>

Diese Passivität wurde Stürgkh von deutscher und polnischer Seite schwer angekreidet; sie stieß dafür auf das Wohlgefallen der Tschechen, die seine

16 Achim Müller: Zwischen Annäherung und Abgrenzung. Österreich-Ungarn und die Diskussion um Mitteleuropa im Ersten Weltkrieg. Marburg 2001; Heinz Lemke: Allianz und Rivalität. Die Mittelmächte und Polen im Ersten Weltkrieg (bis zur Februarrevolution). Wien 1977.

17 Andre Scherer / Jacques Grunewald (Hrsg.): *L'Allemagne et les Problemes de la Paix pendant la premiere Guerre Mondiale*, Bd. 1 (= APP I). Paris 1962, S. 270-272 (Brief an Tschirschky, 16. Februar 1916).

18 Vgl. die Memoiren des mit der Ausarbeitung der Verfassungsentwürfe betrauten Innenministers: Max Frh. v. Hussarek (Hrsg.): *Erinnerungen des Erasmus Freiherrn von Handel*. In: *Jahrbuch der Leo-Gesellschaft* 1930, S. 39-116; hier S. 68.

„konsequente Passivität“ ausdrücklich lobten.<sup>19</sup> Denn die Tschechen hatte der Krieg auf dem falschen Fuß erwischt: Seit die Regierung nach Jahren der deutschen Obstruktion und der Vertagung der Verhandlungen über einen nationalen Ausgleich die Selbstverwaltung Böhmens 1913 aufgehoben hatte, obstruierten die Tschechen im Wiener Parlament unter der Devise: Ohne Landtag auch kein Reichsrat. Der Krieg gegen Russland war alles andere als populär; tschechische Politiker bemühten in diesem Zusammenhang gern die Hypothese, genauso wenig wie ein Krieg gegen Deutschland bei den Deutschösterreichern populär gewesen wäre. Eine ganze Reihe von tschechischen Politikern wurde wegen des Verdachts hochverräterischer Aktivitäten vom Militär verhaftet, in erster Linie Nationalsozialisten (ihre Fraktion wurde nahezu halbiert), mit einem Paukenschlag achtundvierzig Stunden vor dem italienischen Kriegseintritt dann auch Karel Kramář, der führende Kopf der Jungtschechen, in gewisser Weise der österreichische „leader of the opposition“.

Einen Burgfrieden, eine Union Sacrée, wie sie in Deutschland und Frankreich bei aller Kritik an ihrer mythischen Überhöhung denn doch zumindest eine Zeitlang bestand, gab es in Österreich daher nicht einmal in Ansätzen. Im Gegenteil: Man erging sich in „zielbewußter Vernaderei [i. e. Denunziation, L. H.]“, wie der Statthalter von Böhmen schrieb: „Die Deutschen betätigen sich großartig patriotisch auf allen Gebieten. Die Politiker derselben hetzen unverantwortlich gegen die Böhmen.“<sup>20</sup> Die Furcht, die nationalen Rivalitäten würden sich eruptiv entladen, sobald man ihnen wiederum eine Bühne verschaffte, war nicht von der Hand zu weisen; dagegen waren die Krokodilstränen der Regierung darüber, dass sie ohne Parlament auskommen musste, keineswegs für bare Münze zu nehmen. Im Gegenteil: Bethmann-Hollwegs Pendant, der österreichische Ministerpräsident Graf Karl Stürgkh (1911-16) entwickelte in den ersten beiden Kriegsjahren geradezu eine Meisterschaft darin, nach allen Seiten hin ungedeckte politische Wechsel auszuteilen – einzulösen wohlgernekt freilich erst nach Kriegsende.

Gerade weil es den Waffenstillstand zwischen den Nationen nicht gab, gewann der Gedanke an einen Waffenstillstand zwischen den Parteien an Attraktivität. Die Regierung Stürgkh hatte bis 1914 mit einer „Politik der Diagonale“ versucht, einen Fuß in jedem nationalen Lager zu behalten, das hieß: Sie nutzte die Rivalitäten innerhalb des jeweiligen politischen Spektrums, um Parteien oder auch verschiedene Flügel von Parteien gegeneinander auszuspielen. Mit der Ausschaltung des Parlaments, der im September 1914 auch die Aufhebung der Immunität der Abgeordneten folgte, wurde die Politik –

19 Kucera (Hrsg.): Tobolka (wie Anm. 7), 15. Februar 1917.

20 Jan Galandauer: Franz Fürst Thun. Statthalter des Königreiches Böhmen. Wien 2014, S. 321 f.



wie es einmal treffend ausgedrückt wurde – reprivatisiert.<sup>21</sup> Die Konventikel und Tischrunden, die sich während der parlamentslosen Zeit bildeten, bedeuteten eine gewisse Gefahr für die etablierten Hierarchien der Fraktionen und Parteivereine. Um diese Gefahren zu steuern, kam es auf deutscher wie auf tschechischer Seite 1915/16 zu Versuchen, parteienübergreifende Verbände zu schaffen, einen nationalen Burgfrieden zustande zu bringen, wenn schon keinen „österreichischen“, insbesondere aber auch das zersplitterte bürgerlich-liberale Spektrum zu einigen.

#### 4. Bürgerliche Sammlungspolitik und Domestizierung der Radikalen

Deutsche und Tschechen gingen dabei von unterschiedlichen Nahzielen aus, folgten jedoch einem gemeinsamen Trend. Bei den Deutschen ging es darum, ihre Kräfte zu bündeln, um das Eisen zu schmieden, solange es noch heiß war, sprich: der Regierung noch während des Krieges jene Zugeständnisse abzutrotzen, die Stürgkh zwar immer wieder augenzwinkernd zugesagt hatte, die er jedoch gern auf den St. Nimmerleinstag oder doch zumindest auf das Kriegsende vertagt hätte: Von Mitteleuropa im großen bis zur nationalen Autonomie im kleinen, beileibe nicht für alle Völker des Reiches, sondern speziell zugeschnitten auf die Wünsche der Sudetendeutschen („administrative Zerteilung Böhmens“).

Bei den Tschechen handelte es sich zunächst einmal darum, ihre politische Handlungsfähigkeit zu bewahren, sobald ein wesentlicher Teil ihrer politischen Eliten in den Augen der Wiener Regierung arg kompromittiert erschien. Gleichzeitig sollte ein Riss innerhalb der Tschechen, die von Wien oft geforderte feinsäuberliche Scheidung in potenziell hochverräterische „Radikale“ und schwarz-gelbe, loyale „Gemäßigte“ vermieden werden. Wie der Krieg ausgehen würde, stand schließlich in den Sternen: Klar war nur, dass sich alle geirrt hatten, die mit einem raschen Sieg der einen oder anderen Seite gerechnet hatten. Wichtig war, für jede Eventualität gerüstet zu sein, oder wie es Antonin Švehla, der Obmann der Agrarier, ausdrückte: zwei Eisen im Feuer zu haben.<sup>22</sup>

21 John Boyer: *Culture and Political Crisis in Vienna. Christian Socialism in Power, 1897-1918.* Chicago 1995, S. 379.

22 Lubos Velek: Die tschechischen bürgerlichen Parteien im Weltkrieg 1914-1918. In: Heeresgeschichtliches Museum (Hrsg.), *Der Erste Weltkrieg und der Vielvölkerstaat.* Symposium 4. November 2011. Wien 2012, S. 165-178, hier S. 174; H. Louis Rees: *The Czechs during World War I. The Path to Independence.* Boulder 1992, S. 54; Victor Mamatey: *The Union of Czech Political Parties in the Reichsrat.* In: Robert A. Kann/Bela Kiraly/Paula S. Fichtner (Hrsg.), *The Habsburg Empire in World War I.* New York 1977, S. 3-28, hier S. 8 bezeichnet Švehla als den „tschechischen Giolitti“.



In dieser speziellen Situation waren übrigens gerade die Konkurrenten der Liberalen, die beiden Massenparteien, Agrarier und Sozialdemokraten, äußerst interessiert daran, im städtisch-bürgerlichen Lager einen paktfähigen Partner zu haben, der eine nationale Einheitsfront komplettieren sollte. Denn die beiden berufenen Vertreter dieses Milieus, Jungtschechen und Nationalsozialisten, waren beide vom Wirken der Militärjustiz schwer in Mitleidenschaft gezogen und daher zum Teil aktionsunfähig. Die Lösung lag in der Gründung einer Sammelpartei, die beide umfassen sollte, dazu auch noch alle Kleinparteien,<sup>23</sup> inklusive der nur mehr in Spurenelementen vorhandenen sogenannten „Altschechen“, des konservativen Restes der alten Nationalpartei der siebziger und achtziger Jahre. Ausgerechnet ihrem Doyen, dem achtzigjährigen Karel Matuš, übertrug man auch die Führung der neuen Partei, die im Frühjahr 1916 aus der Taufe gehoben wurde. Man wollte eine bürgerliche Einheitspartei schaffen, gerade weil man sich ganz offensichtlich nicht einig war, zumindest in den Erwartungen über den Kriegsausgang. Die Verfolgten und Verhafteten wurden nicht „ausgegrenzt“: Dem verhafteten Jungtschechen-Chef Kramář z.B. wurde für den Fall seines Freispruches ausdrücklich die Anwartschaft auf die Obmannstelle der neuen Partei freigehalten. Die „Radikalen“ wurden von der persönlichen Solidarität getragen, aber durch den Wechsel der Kulissen politisch neutralisiert. Sie konnten unter geänderten Umständen – im Sinne der Zwei-Eisen-Theorie – wiederum nützliche Dienste leisten, sobald sich die Siegeschancen wieder mehr der Entente zuneigten, stellten in der Zwischenzeit aber keine Belastung mehr dar.<sup>24</sup>

Bei den Deutschen war die Ausgangsposition eine andere, in gewissem Sinne spiegelverkehrte: Der Krieg wurde von allen politischen Parteien bejaht; nur Sozialdemokraten und Alldeutsche waren stolz darauf, ihre Stimme so lange wie möglich gegen den Krieg erhoben zu haben, nahmen sich von der Kriegssolidarität aber ebenfalls nicht aus. Seit dem Herbst 1915 sonnte man sich in der Gewissheit des sicheren Sieges. Doch auch hier wirkte der Imperativ der nationalen Solidarität. Der Unterschied war: Während bei den Tschechen die katholisch-nationale Partei ins Abseits gedrängt wurde, waren es bei den Deutschen die Sozialdemokraten, die ihren internationalen Charakter beibehalten wollten. Dafür galten die Kulturkampffronten als weitgehend überwunden. Nationalverband und Christlichsoziale einigten sich im Herbst 1915 auf gemeinsame „Richtlinien zur deutschen Politik“, die im Jänner 1917 noch einmal in einem „Zehn Punkte Programm“ zusammengefasst wurden. Im Nachhinein ist der nationale Grundzug dieses Programms oft als Sündenfall der Christlichsozialen interpretiert worden; für die Zeitgenossen war der umge-

23 Auch Masaryks Realisten waren inbegriffen; sein Vertrauensmann Přemysl Šamal erklärte sich mit dem Manöver im Prinzip einverstanden.

24 Otto Urban: Die tschechische Gesellschaft 1848 bis 1918, Wien 1994, S. 869 f.; Rees, Czechs (wie Anm. 22), S. 19 f.

kehrte Eindruck vorherrschend. Die Christlichsozialen hatten sich durchgesetzt, nicht bloß in Kulturkampffragen, sondern auch in punkto Länderautonomie, die sie gestärkt wissen wollten.<sup>25</sup>

Auch hier sollte der Einigung im Großen eine Einigung innerhalb des deutschfreiheitlichen Lagers zur Seite gestellt werden. Ein großer Teil des Nationalverbandes war auf der Ebene der Kronländer in Parteivereinen organisiert, z.B. der Fortschrittspartei, im Reichsrat jedoch fraktionslos. Seit der Gründung des Nationalverbandes gab es – von den Agrariern abgesehen – nur mehr eine klar abgegrenzte Fraktion innerhalb des Dachverbandes, die Deutschradikalen, die bürgerliche Mehrheitspartei Deutschböhmens, Mehrheitspartei freilich im Sinne der französischen Gaullisten in der V. Republik: Mit einem Stimmenanteil von ca. 20 % schaffte man es in der Regel in den zweiten Wahlgang und setzte sich dort in der Stichwahl gegen die Sozialdemokraten durch. Solange auch die deutschböhmisches Agrarier in taktischen Fragen meist der Führung der Deutschradikalen folgten, verfügte diese Kombination innerhalb des Nationalverbandes über eine knappe, allerdings nicht sehr belastbare Mehrheit.

Doch zwischen dem Nationalverband und der deutschböhmisches Lobby begann sich spätestens Ende 1915 ein Zwiespalt abzuzeichnen. Viele Mitglieder des Nationalverbandes waren an Vorstößen beteiligt, entweder den Reichsrat wiedereinzuberufen oder zumindest das Ministerium Stürgkh abzulösen. Stürgkh hingegen wusste sich der Unterstützung der Deutschradikalen zu versichern mit dem Versprechen, er werde zum gegebenen Zeitpunkt ihre Wünsche, was die Zweiteilung Böhmens betraf, mittels Oktroi durchzusetzen wissen, sofern er daran nicht von einem unberechenbaren Parlament gehindert werde. Die Politik der Diagonale feierte Triumphe, wenn Stürgkh auf der einen Seite im Prozess gegen Kramář – den Gottseibeius der Deutschnationalen – für den Angeklagten aussagte, auf der anderen Seite mit der Nibelungentreue des deutschradikalen Volkstribunen Karl Hermann Wolf rechnen konnte.

Gegen die Dominanz der Deutschradikalen begann sich im Frühjahr 1916 eine Gegenbewegung zu formieren, die – ganz nach dem Muster der tschechischen Bestrebungen – den Nationalverband zu einer Einheitspartei umgestalten wollte. Die Deutschradikalen wären damit integriert, aber auch domestiziert worden. Die Parallelen waren unübersehbar, mit dem kleinen Unterschied freilich, daß es sich bei den Radikalen auf deutscher Seite nicht um Gegner, sondern – zumindest im Augenblick – um die Patent-Anhänger der Regierung handelte. Die Bewegung zur Reform des Nationalverbandes ging von den Gründervätern der Deutschnationalen in den Alpenländern aus, dem

25 Als Gegner dieser Anlehnung an die Christlichsozialen profilierte sich das Organ der deutschböhmisches Fortschrittlichen, das Prager Tagblatt, vgl. auch Heinz Meier, Die österreichischen Christlichsozialen während des Ersten Weltkrieges. Ungedr. Phil. Diss. Wien 1966, S. 38-42 u. 55.

Kärntner Otto Steinwender und dem Oberösterreicher Karl Beurle. Sie erhielt Zulauf aus allen möglichen Richtungen: So schlossen sich ihr Friedmann in Wien und auch viele der Fortschrittlichen aus den Sudetenländern an.

Der Trend zur immer stärkeren Differenzierung des Parteiensystems, wie er besonders bei den Tschechen die Vorkriegszeit bestimmt hatte, wurde von einer Tendenz abgelöst, Ballast abzuwerfen und sich um die stärkeren Bataillone zu scharen. Dieser Befund erscheint haltbar, selbst wenn die konkreten Anläufe zur Bildung einer bürgerlich-freisinnigen Einheitspartei schließlich in beiden Fällen stecken blieben: Die bürgerliche Einheitspartei löste sich bei den Tschechen bereits im Mai 1916 stillschweigend wiederum auf. Auf deutscher Seite brachte Steinwender im September 1916 nur eine Fraktion der Fraktionslosen innerhalb des Nationalverbandes zustande. Doch auch diese „Arbeitsgemeinschaft“ war immerhin imstande, den Deutschradikalen Paroli zu bieten und eine Resolution für die Einberufung des Parlaments zu verabschieden.<sup>26</sup>

## 5. Der Schwanengesang des Parlaments

Ministerpräsident Stürgkh wurde am 21. Oktober 1916 beim Mittagessen im Hotel Meißl & Schadn vom Sohn des sozialdemokratischen Parteivorsitzenden Viktor Adler erschossen. Das Attentat wurde mit Stürgkhs Ablehnung des Parlaments motiviert, war jedoch in erster Linie Ausfluss einer innerparteilichen Kontroverse (einmal ganz abgesehen vom Vater-Sohn-Konflikt im Hause Adler).<sup>27</sup> Der junge Kaiser Karl, ein Monat nach dem Attentat zur Regierung gekommen, kokettierte noch eine Zeitlang mit dem Oktroi, entschied sich im Frühjahr 1917 jedoch gegen einen „Staatsstreich von oben“. Die genauen Umstände dieser Abkehr von den bisherigen Planungen, die mit der Russischen Revolution und der Haltung der tschechischen Sozialdemokraten, mit dem vorläufigen Scheitern der austro-polnischen Lösung und den Friedensbemühungen Czernins zu tun haben, sollen hier nicht weiter erörtert werden.

Innerhalb des Nationalverbandes hatte Steinwenders Richtung seit langem ihre Zweifel bekundet, ob Stürgkh und seine Nachfolger ihre Versprechungen auch tatsächlich einhalten würden. Steinwender suchte deshalb auch den Kontakt zu den Tschechen. Unter den Deutschböhmen war es in erster Linie der

26 Höbelt, Kornblume (wie Anm. 12), S. 333 ff.

27 Der Attentäter, Friedrich Adler, war ein Anhänger Haases und der Richtung, die im Reich zur Gründung der USPD führte; sein Vater Viktor Adler, als Führer der „Mehrheitssozialisten“, vermochte eine solche Spaltung jedoch zu vermeiden, vgl. Rudolf Neck: *Arbeitschaft und Staat im Ersten Weltkrieg 1914-1918*, Bd. 1. Wien 1964, S. 64-66 u. 122-143; Wolfgang Maderthaner: *Friedrich Adler und Graf Stürgkh – zur Psychopathologie eines Attentats*. In: Ders./Michaela Maier (Hrsg.), *Physik und Revolution*. Wien 2006, S. 19-53.

parteilose Rudolf Lodgman von Auen, der spätere Obmann der Deutschen Nationalpartei in der Ersten Tschechoslowakischen Republik, der das blinde Vertrauen seiner Landsleute auf die Hilfe „von oben“, von der Wiener Regierung, oder „von außen“, vom Deutschen Reich, für verfehlt hielt. Man solle sich „nicht immer zum allseits verhaßten Polizeibüffel des Staates hergeben“, sondern auf der Basis der nationalen Autonomie einen Ausgleich mit den Tschechen suchen. Allerdings stieß er mit dieser Idee 1917 weder auf der einen noch auf der anderen Seite auf viel Verständnis.<sup>28</sup>

Die Wiedereinberufung des Parlaments Ende Mai 1917 war von zwei stillschweigenden Voraussetzungen begleitet. Für die Regierung galt: Hatte man den Reichsrat nach langem Zögern doch noch einberufen, so konnte man ihn nicht einfach kurz darauf ohne Gesichtsverlust wiederum „heimschicken“. Eine Rückkehr zum Notverordnungsregime wäre als Eingeständnis des Scheiterns zu verbuchen gewesen, als ein Prestigeverlust nach außen, den man nach Möglichkeit zu vermeiden suchte. Auf der anderen Seite hatten auch die Abgeordneten in den drei Jahren des „Säbelregiments“ den Wert der parlamentarischen Immunität zu schätzen gelernt und waren ebenso wenig bereit, diese Sicherheiten aufs Spiel zu setzen. Die Hoffnungen auf eine Verständigung zwischen den Nationen erfüllten sich nicht. Im Gegenteil: Die Öffentlichkeit der Kontroversen leistete einer Verschärfung der Gegensätze Vorschub. Dennoch erlebte das altösterreichische Parlament so etwas wie einen Altweibersommer, ohne jede Anzeichen von Obstruktion. Fundamentalopposition äußerte sich im Niederlegen von Ausschussmandaten und Referaten, nicht in turbulenten Szenen, wie sie das österreichische Abgeordnetenhaus einst berühmt-berüchtigt gemacht hatten.

Bei den Tschechen nahmen die innerparteilichen Spannungen nach der Einberufung des Parlaments, das von den Abgeordneten konkrete Entscheidungen forderte, bei fast allen Gruppen zu. Umso mehr bewährte sich die Politik der zwei Eisen im Feuer. Der Český Svaz, der Verband aller tschechischen Abgeordneten, vermied es, sich für Regierungskombinationen oder auch nur für die Mitarbeit an Verfassungsentwürfen einfangen zu lassen, die eine allfällige Besserstellung nach Kriegsidee präjudizieren oder der Arbeit Masaryks im Exil die Legitimation entziehen könnten. Als entscheidend erwies sich in diesem Zusammenhang eine Abstimmung am 12. Juli 1917, die auf Grund des Votums der Agrarier mit 43 über 39 Stimmen knapp gegen eine „aktivistische“ Politik der positiven Mitarbeit ausfiel. Während Švehla diese Entscheidung mitrug, legten die Wortführer des „Aktivismus“ bei den Jungtschechen, Tobolka, und den Sozialdemokraten, Šmeral, bald darauf ihre Parteifunktionen nieder. Hier

28 Kucera (Hrsg.): Tobolka (wie Anm. 7), 31. März u. 1. Mai 1917; Lothar Höbelt: Zwischen Militärregime und nationaler Autonomie. Die Pläne zur Veränderung der böhmischen Verfassung im 1. Weltkrieg. In: Karel Maly/Ladislav Soukup (Hrsg.), *Vyvoj ceske ustavnosti v letech 1618-1918*. Prag 2006, S. 757-764, hier S. 761.

schlug sich eine Erwartungshaltung nieder, die von der Stimmung des Winters 1915/16 wiederum weit entfernt war und maßgeblich vom Kriegseintritt der USA beeinflusst war, der selbst den schrittweisen Verlust der russischen Operation im Laufe des Jahres 1917 aufwog.<sup>29</sup>

Anstelle der bürgerlichen Einheitspartei kam zumindest eine einheitliche freisinnige Fraktion im Abgeordnetenhaus zustande, nicht mehr unter dem konservativen Mattuš, sondern – als sichtbarer Ausdruck der Politik der zwei Eisen im Feuer – diesmal unter dem gerade erst aus der Haft entlassenen Klofč. Kramář wurde vom Kaiser im Juli 1917 zwar amnestiert, zusammen mit neun seiner Kollegen als „verurteilter Verbrecher“ zu den Beratungen des Hauses aber nicht mehr zugelassen.<sup>30</sup> Er revanchierte sich dafür auf andere Weise. Ein Beobachter notierte: „Bei den Tschechen ist jetzt gegen Kramář große Wut, weil er selbst im Hintergrund bleibt, dafür aber durch die [Parteizeitung] *Narodny Listi* die Abgeordneten in Alles hineinhetzt.“<sup>31</sup> Als Kramář im Februar 1918 schließlich seine eigene Partei (Staatsrechtliche Demokratie, die späteren Nationaldemokraten) gründete, nahm er nach außen hin das Programm der bürgerlichen Einheitspartei wiederum auf; in Wirklichkeit handelte es sich dabei jedoch um jenen offenen Bruch zwischen „Radikalen“ und „Gemäßigten“, den man so lange hatte vermeiden wollen; von den jungtschechischen Abgeordneten im Reichsrat folgte ihm damals zunächst nur ein einziger.

Auch auf deutscher Seite versuchten sich die frustrierten Deutschradikalen mit der Sprengung des Nationalverbandes im Oktober 1917 Luft zu verschaffen. Sie wollten die Regierung mit der Drohung des Übergangs in die offene Opposition vor ein Entweder – Oder stellen. Wiederum spielte die militärische Großwetterlage eine Rolle, der endgültige Kollaps Russlands und die Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk, die zum Bruch mit dem Polenklub führten. Die Wechselwirkung von Außen- und Innenpolitik kam erstmals seit 1878 voll zum Tragen. Die Regierung konnte im Abgeordnetenhaus auf keine sichere Mehrheit mehr rechnen. Die Lage verschärfte sich sogar noch, als im April 1918 infolge der Indiskretionen über die Kontakte Kaiser Karls nach Frankreich die Sixtus-Affäre platzte und selbst die Person des Herrschers in Mitleidenschaft zog.

In dieser Situation griff Ministerpräsident Seidler zum alten Kunstkniff, der Opposition die Spitze abzubrechen, indem man ihren radikalen Flügel auskaufte: Im Mai 1918 sagte er den Deutschradikalen die Erfüllung einiger ihrer Forderungen bezüglich der administrativen Zweiteilung Böhmens zu. Die damals zugesagte Errichtung einiger Kreisbehörden war an sich keine weltbe-

29 Rees, *Czechs* (wie Anm. 22), S. 39 f. u. 50-56; Kucera (Hrsg.): *Tobolka* (wie Anm. 7), 13. u. 25./26.7.1917.

30 Stenographische Protokolle des Abgeordnetenhauses, XXII. Session, S. 13 (30. Mai 1917). Betroffen waren sechs Tschechen, zwei russophile Ukrainer und ein Slowene.

31 SOA Zamrsk, Parish-Tb. 3. Dezember 1917.

wegende Maßnahme; grotesk überschätzt wurde von Freund und Feind ihr symbolischer Charakter, als Bestätigung des „deutschen Kurses“ der Regierung. Oder wie es das kritische ‚Prager Tagblatt‘ einmal formulierte: Natürlich handle es sich dabei um einen „Sturm im Wasserglas“: Doch leider ist „dieses Glas, in dem der Sturm entfacht worden ist, unsere Welt, es ist Deutschböhmen.“<sup>32</sup>

Im Sinne der Frage, wie sie im Deutschen Reich diskutiert wurde, nämlich der Parlamentarisierung des Kabinetts, war in Österreich nahezu ein Kampf mit verkehrten Fronten zu verzeichnen: Die „Gemäßigten“ sahen keine Möglichkeit, in Kriegszeiten mit der Tradition der „neutralen“ Beamtenregierungen zu brechen. Der Gang in die Opposition war für sie in dieser Situation ausgeschlossen. Einige bürgerliche Abgeordnete wurden sogar schon zitiert: „In dieser Situation könne man selbst einem Kabinett Klofáč nicht die Staatsnotwendigkeiten verweigern.“<sup>33</sup> Es waren die Deutschradikalen mit ihrem Entweder-Oder, die im Sommer 1918 eine deutsch-ukrainische Mehrheit (inklusive der Sozialdemokraten!) zimmern oder zum § 14 Notverordnungsparagraphen zurückkehren wollten. Diese Strategie war der Mehrheit des Nationalverbandes denn doch zu riskant. Sie desavouierte die Deutschradikalen und ließ im Juli 1918 das Ministerium Seidler fallen. Nur ein halbes Dutzend Abgeordneter unter Oskar Teufel und Gustav Hummer rang sich daraufhin tatsächlich zum Gang in die Opposition durch und gründete die „Deutsche Unabhängigkeitspartei“, in diesem Sinne ein Pendant zu Kramařs Neugründung.<sup>34</sup>

## 6. Brot und Friede

Österreichische politische Kultur wurde auch im Kriege von staatsrechtlichen und verwaltungstechnischen Fragen dominiert, die im direkten Zusammenhang mit den Nationalitätenkonflikten standen. Auch die Kriegszieldebatte war vor diesem Hintergrund zu sehen. Die deutsch-polnische Allianz, wie sie sich hinter den Kulissen in den ersten beiden Jahren gegen Stürgkh abzeichnete, wies dabei gewisse Parallelen auf zur konservativen Fronde gegen Bethmann-Hollweg im Reich. Die Übergriffe des AOK in den ersten beiden Jahren gingen zweifelsohne sogar viel weiter als im Reich; mit der Demontage Conrads als Generalstabschef 1916/17 ging jedoch eine sehr weitgehende Entmachtung des

32 Prager Tagblatt, 13. Oktober 1917.

33 Neue Freie Presse 25./26. Juli 1918. Die Aussage wurde bereits am nächsten Tag dementiert, war aber dennoch bezeichnend.

34 Lothar Höbelt, Karl I., der „Teufelspuk“ und die Deutschböhmen. In: Andreas Gottsmann (Hg.), Karl I. (IV.), der Erste Weltkrieg und das Ende der Donaumonarchie. Wien 2007, S. 47-58.

Militärs einher. Der Aufstieg Hindenburgs und Ludendorffs im Rahmen von „Oberost“ war ein Teil dieses Prozesses: Er steigerte die Macht des Militärs im Reich, aber er hatte die gegenteilige Wirkung auf Österreich.

In gesellschaftspolitischen Fragen war der Nationalverband widerstrebenden Trends ausgesetzt: Er rückte weltanschaulich nach rechts, praktisch nach links. Auf der einen Seite stand die Konvergenz mit den Christlichsozialen, die alte Kulturkampf-Fronten im Sinne eines „schwarz-blauen Blocks“ in den Hintergrund treten ließ. Auf der anderen Seite stand der Konflikt zwischen städtischen Konsumenten und agrarischen Produzenten, der auf Grund der Versorgungskrise in Österreich noch viel schärfer ausgeprägt war als bei anderen kriegführenden Staaten. Die Fraktion der Christlichsozialen bestand ganz überwiegend aus Agrariern; die Mehrzahl des Nationalverbandes vertrat städtische Wahlkreise. Die Agrarier innerhalb des Nationalverbandes aber waren bis zu einem gewissen Grad durch ihre spezifisch deutsch-böhmischen Interessen immobilisiert.

Diese immer zentralere „Approvierungsfrage“, der Lebensmittelmangel, prägte auch die Reaktion des Bürgertums auf den massiven Zugriff des Staates auf Gesellschaft und Wirtschaft. Konsumenteninteressen schufen Gemeinsamkeiten mit den Sozialdemokraten. So sehr die Führung der Sozialdemokratie – schon einmal, um keine Parteispaltung nach reichsdeutschem Muster zu provozieren – auch Wert darauf legte, sich in nationalen Fragen nicht vom Nationalverband vereinnahmen zu lassen, die freiheitlichen Abgeordneten setzten zwangsweise im Kielwasser der Sozialdemokraten, die eine immer schärfere staatliche Bewirtschaftung der Lebensmittel forderten. Diese Ambivalenz wurde noch bei den letzten Verhandlungen um das Schicksal des Kabinetts Seidler deutlich: Deutschradikale und Sozialdemokraten hatten in der Kriegszieldebatte heftig gegeneinander polemisiert, doch im Sommer 1918 waren die Deutschradikalen ohne weiteres bereit, für die Unterstützung eines ihnen genehmen Kabinetts den Sozialdemokraten weitreichende Zugeständnisse zu machen, von der Demokratisierung des Kommunalwahlrechts bis zur Schaffung von Arbeiterkammern.<sup>35</sup>

Die Bewirtschaftung (und ihre Mängel) riefen freilich auch überall Gegenbewegungen hervor, die bis zu einem gewissen Grad liberale Themen aufgriffen. Schon die Mitteleuropa-Bewegung war zum Teil von freihändlerischen Strömungen getragen worden, die sich gegen die österreichische Hochschutzzollpolitik mit ihren Kartellen wandte. Gegen die halbstaatlichen-halbprivaten „Zentralen“, die vielfach auf Vorkriegskartelle als Instrument der Wirtschaftslenkung zurückgriffen, erhob sich 1918 eine Mittelstandsbewegung, die zwar

35 Vgl. das Tagebuch des Handelsministers Friedrich v. Wieser, des letzten Ausläufers der österreichischen Schule der Nationalökonomie, im Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien, insbesondere die Einträge vom 10. u. 13. Juli 1918.



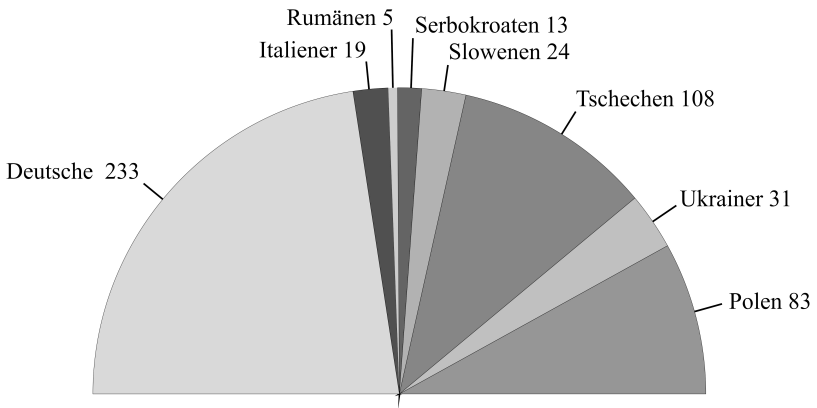
mit national-chauvinistischen Stimmungen unterlegt war und vielfach antisemitische Motive aufgriff, mit liberalen Zielsetzungen aber zweifellos ebenfalls Berührungspunkte aufwies. Umgekehrt stand die Schwerindustrie, im gemischtsprachigen Gebiet angesiedelt und mit starken Bindungen an das jüdische Milieu, zum Unterschied vom Reich der deutschnationalen Bewegung in der Regel fern. Manche dieser Strömungen wären in Preußen vielleicht im Einzugsbereich der Konservativen zu verorten gewesen. Doch eine konservative Partei jenseits des politischen Katholizismus gab es in Österreich eben nicht.

Ihren Höhepunkt erlebte diese „Verwerfung“ liberaler Themen zweifellos, sobald die schweigende Mehrheit der Agrarier nach 1918, bis zum Ende der Inflationszeit, zu Befürwortern des *laissez faire* mutierten,<sup>36</sup> während die sogenannten Nationaldemokraten, die in Österreich die Reste des Nationalverbands als Kristallisationspunkt der späteren Großdeutschen Volkspartei ablösten, offen gestanden: „Von der Sozialdemokratie trennt uns vielfach nur deren internationaler Charakter.“<sup>37</sup> Die Ausnahmesituation der Kriegswirtschaft hatte die ordnungspolitischen Orientierungen nachhaltig durcheinander gebracht. Die Nachkriegszeit war geprägt von einem national-sozialen Diskurs, gegen den liberal-konservative Strömungen erst langsam wieder an Boden gewannen. Für Deutsche wie für Tschechen brachte der Krieg die Abkehr vom Vielvölkerstaat, ein Prozes, der in der Tschechoslowakei gerne als „Entösterreicherung“, in Österreich später einmal als „Habsburg-Kannibalismus“ bezeichnet wurde.

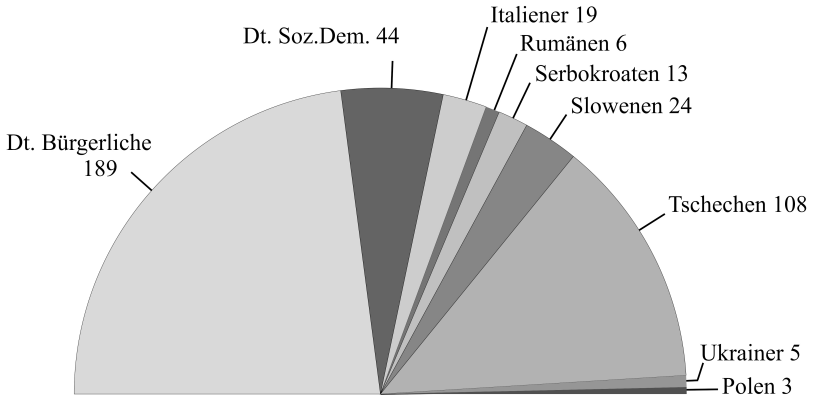
- 36 Ulrich Kluge: *Bauern, Agrarkrise und Volksernährung in der europäischen Zwischenkriegszeit. Studien zur Agrargesellschaft und –wirtschaft der Republik Österreich.* Stuttgart 1988.
- 37 Lothar Höbelt: *Deutschnationale – Nationaldemokraten – Großdeutsche – Bauernpartei. Das „nationale Lager“ 1918-1922.* In: Willibald Rosner/Reinelde Motz-Linhart (Hrsg.), *Niederösterreich 1918-1922.* St. Pölten 2007, S. 101-135, hier S. 106.



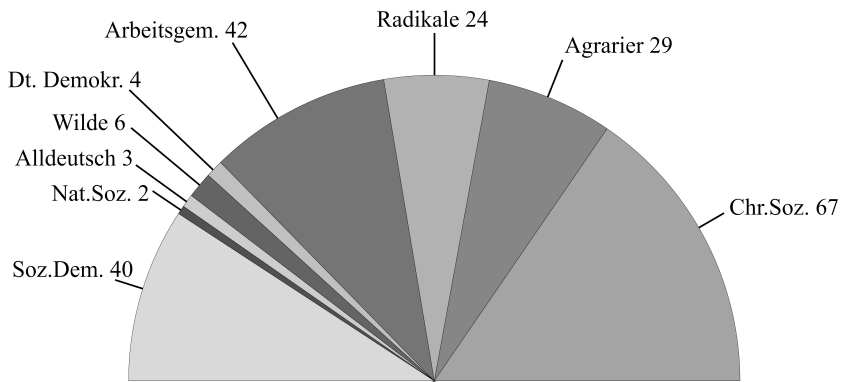
Verteilung der Nationalitäten im Österreichischen Abgeordnetenhaus



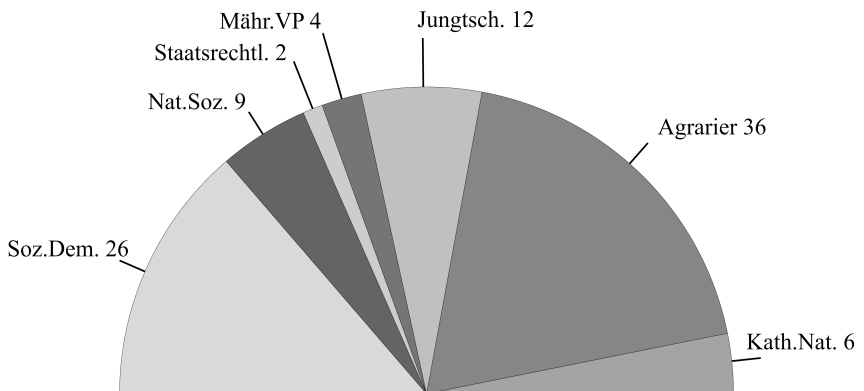
Hypothetische Verteilung der Nationalitäten im Österreichischen Abgeordnetenhaus unter Ausschluss Galiziens



## Die deutschen Fraktionen im Österreichischen Abgeordnetenhaus 1917



## Die tschechischen Fraktionen im Österreichischen Abgeordnetenhaus 1917





## Der Erste Weltkrieg – Vollendung des liberalen Italiens?

### I. Das liberale Italien als objektives Ergebnis der Geschichte<sup>1</sup>

Aus dem Ersten Weltkrieg ging Italien als scheinbar auf der ganzen Linie gestärkter moderner Nationalstaat hervor. Seine Leitidee des Risorgimento, die Erringung der nationalen Einheit mit einer liberalen Ordnung im Inneren, schien erreicht. Seit 1861 propagierte Italien, u. a. in seinen Bildungseinrichtungen,<sup>2</sup> und durch die Einweihung von zahlreichen Denkmälern diese Leitidee als Gründungsmythos<sup>3</sup> und Zukunftsversprechen in einem. Parallel zur staatlichen Erinnerungskultur entstanden seit den 1880er-Jahren in zahlreichen italienischen Städten durch patriotische Bürger errichtete sog. Risorgimento-Museen.<sup>4</sup>

Am 4. November 1918 kapitulierte das sich im Stadium der Auflösung befindende Österreich-Ungarn. Italienische Truppen besetzten kampflos Trient und Triest, die „terre irredente“, die unerlösten Gebiete, die so lange unter österreichischer Herrschaft verblieben waren. Die als „Völkergefängnis“ titulierte Habsburgermonarchie, die seit dem Wiener Kongress bis 1866 die He-

1 Benedetto Croce: *Geschichte Italiens 1871-1915*. Berlin 1928, S. 7-27.

2 Camilla Weber: *Camillo Cavour in den Schulbüchern des liberalen Italien. Nationale Selbstdarstellung im Geschichtsunterricht zwischen Risorgimento und Faschismus*. Frankfurt u. a. 2010.

3 Kathrin Mayer: *Mythos und Monument. Die Sprache der Denkmäler im Gründungsmythos des italienischen Nationalstaates 1870-1915*. Köln 2004.

4 Vorbild war die landesweite Ausstellung *Esposizione Generale Italiana*, eröffnet am 26. April 1884 in Turin. Dem dominierenden positivistischen Paradigma folgend, handelte es sich um eine kulturelle, ökonomische und wissenschaftliche Leistungsschau der jungen Nation, der ein patriotischer Bereich über die bürgerliche Emanzipation im Einheitsstaat vorangestellt wurde. Vor dem Hintergrund der nur unzureichenden Wettbewerbsfähigkeit mit den führenden Industrieländern kam der Hervorhebung der Risorgimento-Helden eine wichtige einheitsstiftende Funktion zu, vgl. Patrick Ostermann: *Von nationalreligiösen zu pluralen Erinnerungs- und Lernorten. Zum Funktionswandel der Geschichtsmuseen im Trienter Grenzraum*. In: ders./Claudia Müller/Karl-Siebert Rehberg (Hrsg.): *Der Grenzraum als Erinnerungsort. Über den Wandel zu einer postnationalen Erinnerungskultur in Europa*. Bielefeld 2012, S. 81-103, hier S. 85ff. Das kann als Versuch der bürgerlichen Eliten gelesen werden, so der Arezzoer Historiker Massimo Baioni, mit „laizistischen Tempeln des Patriotismus“ den ihnen zu entgleiten drohenden Bildungsdiskurs ideologisch durch ihre eigene risorgimentale Zivilreligion zu bestimmen. Verwendet wurde dabei eine der katholischen Kirche entlehnte Terminologie, so dass eine zivilreligiöse Aura entstand, an der später die Faschisten anknüpfen konnten. Erst ab 1915 kamen verstärkt nationalistische Bezüge zum Tragen, vgl. Massimo Baioni: *La ‚religione della patria‘. Musei e istituti del culto risorgimentale (1884-1918)*. Quinto di Treviso 1994, S. 23ff.

gemonie über die Apenninen-Halbinsel innegehabt und gegen die die italienische Nationalbewegung 1848/49, 1859 und 1866 drei blutige Kriege geführt hatte, hörte auf zu existieren. Die italienische Intervention von 1915 bis 1918 galt aus dieser risorgimentalen Perspektive als vierter auf der Seite des Fortschritts geführter Unabhängigkeitskrieg,<sup>5</sup> durch den die autokratischen Kaiserreiche von den Demokratien der Entente zerschlagen wurden. Das liberale Italien begriff seine Prinzipien als Teil der neuen, auf dem Wilsonschen Selbstbestimmungsrecht der Völker fußenden Wertegemeinschaft. Der Versailler Vertrag bestätigte dann auch die Rolle Italiens als Großmacht und Garanten der neuen Ordnung durch einen ständigen Sitz im Völkerbundrat.<sup>6</sup>

Groß war die Hoffnung der politischen Klasse im Jahr 1918, das außenpolitisch eingelöste Versprechen des Risorgimento nun auch innenpolitisch zu realisieren. Denn die nationale Einigung galt nie als Selbstzweck, sondern war ideologisch eng mit dem liberalen Emanzipationsprojekt verbunden. Die hegelianische teleologische Geschichtsdeutung des führenden italienischen Intellektuellen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Benedetto Croce, das liberale Italien sei das „objektive Ergebnis“ der Geschichte, schien sich erneut zu bestätigen. Bis in die 1960er-Jahre blieb die risorgimentale Deutung bestimmend, der Erste Weltkrieg sei Teil des Risorgimento gewesen. Allerdings wurden in diese Leitidee fortwährend neue Ideologeme inkorporiert, so dass sie zusehends sinnentleert wurde. In dieser Hinsicht emblematisch ist der Versuch des Bologneser Historikers Mario Montanari, der 1963 zehn Politikbereiche anführte, in denen die „Werte des Risorgimento“ für Italien und Europa weiterhin universelle Bedeutung hätten. Dazu zählte er die westliche Demokratie, den europäischen Einigungsprozess, die NATO und die Entwicklungspolitik, wobei Montanari den Faschismus bewusst ausklammerte.<sup>7</sup> Noch heute verklären die antifaschistischen und republikanischen italienischen Regierungen den italienischen Kriegseintritt – zu Unrecht, so der Turiner Politikwissenschaftler Gian Franco Rusconi, – als notwendige Intervention eines demo-

5 Der Erste Weltkrieg wurde in der italienischen Geschichtsschreibung, zumal von der liberalen Schule, lange als nationaler Befreiungskrieg angesehen. Erst in den 1970er-Jahren setzte sich durch Arbeiten von Historikern wie Mario Isnenghi und Antonio Gibelli eine kritischere Sicht durch, vgl. Giorgio Rochat: *L'Italia nella prima guerra mondiale*. Mailand 1976, S. 49 f.

6 Obwohl Italien erst im August 1916 und nie direkt Krieg mit dem Deutschen Reich geführt hatte, sollte es deutsche Reparationszahlungen erhalten. Zudem verbot der Vertrag die Vereinigung Deutsch-Österreichs mit dem Reich, so dass Italien an seiner Nordgrenze einen Pufferstaat hatte. Im Unterschied zu den Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie war es nicht dazu verpflichtet worden, seine nationalen Minderheiten zu schützen, vgl. Geoffrey A. Haywood: *Failure of a dream. Sidney Sonnino and the Rise and Fall of liberal Italy 1847-1922*. Florenz 1999, S. 505.

7 Mario Montanari: *Die geistigen Grundlagen des Risorgimento*. Köln/Opladen 1963, S. 28 f.

kratischen Staates.<sup>8</sup> Doch keine vier Jahre nach dem Sieg von 1918 implodierte nach dem faschistischen Marsch auf Rom die seit 1861 bestehende liberale Ordnung. Bis 1926 blieb von der Verfassung nur eine leere Hülle übrig. Bis auf wenige Ausnahmen war die alte liberale Elite komplett verdrängt und ausgewechselt worden.

Wie konnte es zu diesem schnellen und vollständigen Zusammenbruch kommen? Und inwieweit ist hierfür der Erste Weltkrieg ursächlich? – Diese Fragen beschäftigen die italienische Geschichtsschreibung bis heute, wobei der Fokus meist auf das komplexe Phänomen des Faschismus gerichtet ist und der Weltkrieg ebenso wie das liberale Italien nur eine Nebenrolle spielen. Will man systemimmanente Gründe, die zum Ende der liberalen Ordnung führten, ermitteln, scheint ein Blick auf die Geschichte Italiens bis 1915 vielversprechender. Dies ist umso mehr geboten, als die unzähligen neueren Veröffentlichungen zum Ersten Weltkrieg – mit Ausnahme weniger Werke wie von Mario Isnenghi und Giorgio Rochat<sup>9</sup> oder Giovanna Procacci<sup>10</sup> – überwiegend Teilaspekte beleuchten. Außerdem widmet sich die Weltkriegsforschung traditionell stärker militärgeschichtlichen Aspekten und gibt der politischen Analyse weniger Raum. Überdies neigt die italienische Geschichtsschreibung dazu, wie Oliver Janz feststellt, einen vermeintlichen italienischen Sonderweg zu behaupten, und vernachlässigt den systematischen Vergleich mit der internationalen Forschung.<sup>11</sup>

Von den neueren Studien zum liberalen Italien ist m. E. die des Bologneser Liberalismus-Experten Fulvio Cammarano<sup>12</sup> diejenige mit der größten Substanz.<sup>13</sup> Cammarano arbeitet in seiner 2011 erschienenen Monografie über das liberale Italien bis zum Beginn des Novecento konzipiert die strukturellen Deformationen des Einheitsstaates heraus. Er stellt damit ein Analyseraster zur Verfügung, das sich auf die Untersuchung der liberalen Politik während des

- 8 Gian Franco Rusconi: Das Hasardspiel des Jahres 1915. Warum sich Italien für den Eintritt in den Ersten Weltkrieg entschied. In: Johannes Hürter/ders. (Hrsg.): Der Kriegseintritt Italiens im Mai 1915. München 2007, S. 13-52, hier S. 16.
- 9 Mario Isnenghi/Giorgio Rochat: La Grande Guerra 1914-1918. Mailand 2000.
- 10 Giovanna Procacci: L'Italia nella Grande Guerra. In: Giovanni Sabbatucci/Vittorio Vidotto (Hrsg.): Storia d'Italia, Bd. 4. Guerre e fascismo 1914-1943. Rom/Bari 1998, S. 3-99.
- 11 Oliver Janz: Zwischen Konsens und Dissens. Zur Historiographie des Ersten Weltkriegs in Italien. In: Arnd Bauerkämper/Elise Julien (Hrsg.): Durchhalten! Krieg und Gesellschaft im Vergleich 1914-1918. Göttingen 2010, S. 195-213.
- 12 Fulvio Cammarano: Storia dell'Italia liberale. Rom/Bari 2011. Die Ergebnisse dieser Monografie liegen gekürzt jetzt auch auf Deutsch vor: ders.: Das Zeitalter des klassischen Liberalismus. Politische und nationale Identität in Italien nach der Einigung. In: Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento 38/2012-2, S. 11-50.
- 13 Hingegen können andere Arbeiten, wie z. B. die von Haywood und Körner, nicht überzeugen, vgl. Haywood (wie Anm. 6) sowie Axel Körner: Politics of Culture in Liberal Italy. From Unification to Fascism. New York 2009. Interessanter ist dagegen Luigi Musella: Il trasformismo. Bologna 2003.

Ersten Weltkrieges übertragen lässt. Fünf Thesen Cammaranos lassen sich hierfür heranziehen:

1. Die konstitutionelle Verfassung, das „Statuto Albertino“ von 1848, sei uneindeutig gewesen, weil sie sich weder auf das monarchische Prinzip noch auf das Prinzip der Volkssouveränität festgelegt habe. Der Ministerpräsident sei gleichermaßen vom Vertrauen der Kammer wie des Souveräns abhängig gewesen.<sup>14</sup> Der Monarch habe dann in der Praxis v. a. versucht, in der Außenpolitik Einfluss zu nehmen. Dabei habe er sich auf den Hof gestützt, der kaum intellektuell geprägt gewesen sei.
2. Die risorgimentale Tradition habe König Vittorio Emanuele II. und seine Nachfolger glauben lassen, auch die Zukunft ihres Hauses liege in der militärischen Expansion. Daher hätten sie dem Heer große Bedeutung zugemessen. Im Unterschied zum preußischen Militärstaat hätte Italien aber weder über einen fähigen Generalstab noch über eine schlagkräftige Armee verfügt.<sup>15</sup>
3. Italien sei eine Oligarchie geblieben. Die herrschende politische Klasse der Notabeln,<sup>16</sup> vereint in sozialer Herkunft, Werthaltung und Lebensstil, habe sich von der Gesellschaft abgeschottet. Ihre Herrschaftsinstrumente seien manipulierte Wahlen, kontrollierte Kandidatenlisten und Korruption gewesen.<sup>17</sup> Entsprechend habe es im Parlament – trotz zweier liberaler Strömungen – keine wirkliche Opposition, sondern nur Abgeordnete, die sich als Teil des liberalen Lagers empfanden, gegeben. Überdies habe es die liberale Kultur vermieden, Konflikte offen auszuhandeln, weil sie als potenziell systemgefährdend gegolten hätten. Im Gegenteil, soziale Spannungen seien mit obrigkeitstaatlichen Mitteln bekämpft und ihnen sei bestenfalls mit administrativem Handeln begegnet worden. Die Konflikte seien auf diese Weise immer im vorpolitischen Raum verblieben. Insbesondere habe man keinen pluralen und offenen politischen Wettbewerb

14 Cammarano: *Storia dell'Italia liberale* (wie Anm. 12), S. 4.

15 Ebd., S. 30ff.

16 Thomas Kroll hat die Genese und Zusammensetzung der „Notabilitä“ für die Toskana beschrieben, die einen stadtrepublikanischen und merkantilen Ursprung hatte, vgl. Thomas Kroll: *Die Revolte des Patriziats. Der toskanische Adelsliberalismus im Risorgimento*. Tübingen 1999. Seine Entsprechung hatte er in Deutschland nicht im Feudaladel, sondern am ehesten im Patriziertum der Hanse-Städte. Im Süden waren die Notabeln vorwiegend Großgrundbesitzer. Als zweite große Gruppe neben den Notabeln sind die Juristen (1882: 47 %) zu nennen. Die Tätigkeit der Notabeln war von Klientelbeziehungen bestimmt: Präfekte und Magistrate unterstützten bei Wahlen die Kandidaten der Regierung. Sie erhielten ihrerseits Vergünstigungen, denn die Regierung war umgekehrt auf die Notabeln angewiesen, da die Ausführung der Bestimmungen der Zentralregierung den Präfekten vor Ort vorbehalten blieb. Die Durchführung der Wahlen durch die Präfekten und die Auslegung der Zensur beispielsweise stärkten die Rolle der Notabeln, vgl. Cammarano: *Storia dell'Italia liberale* (wie Anm. 12), S. 21ff.

17 Ebd., S. 153ff.

zugelassen. Die „liberale Politik“ intendierte, das Land zu entpolitisieren.<sup>18</sup>

4. Die politische Klasse, so Cammaranos vierte These, habe sich auf den klassischen Liberalismus nach britischem Vorbild berufen, die Durchsetzung liberaler Prinzipien aber blockiert.
5. Diese Haltung habe die Entwicklung einer nationalen Identität unmöglich gemacht. Das Parlament – als das Machtzentrum des Liberalismus – sei so zu einem Symbol der geografischen Zersplitterung und der Unfähigkeit des nationalen Bürgertums geworden.

## II. Das Vorkriegsitalien

Im italienischen Parlament gehörte die große Mehrheit der Abgeordneten von 1861 bis 1914 dem liberalen Lager an, das sich in zwei Strömungen, die konservative „historische Rechte“ und die moderat reformorientierte „historische Linke“, unterteilte. Während die „historische Rechte“ die konstitutionelle Politik Cavours fortführen wollte, identifizierte sich die „Linke“ mit den Bestrebungen Mazzinis. Zunächst konkurrierten beide Seiten um die politische Vorherrschaft. Im Jahr 1883 begann jedoch eine als „trasformismo“ bezeichnete neue politische Phase, als der Anführer der „historischen Rechten“ Marco Minghetti die Regierung der „historischen Linken“ unter Führung von Agostino Depretis unterstützte. In der Folge bildeten nun beide liberale Strömungen ein genauso informelles wie stabiles politisches Bündnis. Dies hatte für das Institutionengefüge des liberalen Italiens weitreichende, langfristig negative Folgen: Das Parlament war durch das Fehlen einer Opposition nicht mehr Ort der Debatte und der Auseinandersetzung mit der Regierung, die sich dadurch einer Kontrolle tendenziell entzog. Der liberale Senator und Antifaschist Olinde Malagodi bezeichnete daher kurz vor seinem Tod 1934 das liberale Herrschaftssystem dieser Periode zugespitzt als eine Reihe von Diktaturen, die allerdings allesamt das fragile politische System hätten bewahren wollen: „Die erste war die Diktatur einer Klasse durch ein extrem beschränktes Wahlrecht, dann Depretis mit der Korruption des Parlaments, dann Crispi durch seine frühe nationalistische Schwärmerei und schließlich Giolitti durch die Verwaltung und das Spiel mit den gesellschaftlichen Kräften.“ [Übers. d. Verf.]<sup>19</sup>

- 18 Zunächst seien die Demokraten und Garibaldi-Anhänger, die Radikale Partei sowie die Anarchisten, später die beiden großen Volksbewegungen Katholiken und Sozialisten delegitimiert, ausgegrenzt und verfolgt worden, vgl. Cammarano: *Storia dell'Italia liberale* (wie Anm. 12), S. 61ff.
- 19 Vgl. Fulvio Cammarano: *Introduzione*. In: Olinde Malagodi: *Il regime liberale e l'avvento del fascismo*. Soveria Mannelli 2005, S. 5-46, hier S. 30.



Seit der Jahrhundertwende bis zum italienischen Kriegseintritt 1915 dominierte der moderate Liberale Giovanni Giolitti als mehrfacher Ministerpräsident die italienische Politik. Bis heute wird diese Epoche als „Giolitti-Ära“ bezeichnet. Politisch versuchte der meisterhafte Taktiker, ein liberales Reformprogramm umzusetzen, das sich von der Repressionspolitik seiner Vorgänger klar unterschied. Zu seinen Erfolgen gehörten die partielle Einbindung der beiden großen katholischen und sozialistischen Massenbewegungen sowie die Erweiterung der Arbeiterrechte, wobei der Staat bei gesellschaftlichen Konflikten vermitteln sollte.<sup>20</sup> Der folgende Ausschnitt der Rede Giolittis, die er als Innenminister 1900 anlässlich des ersten italienischen Generalstreiks der Arbeiter hielt, ist für sein ganzes progressives, liberales Politikverständnis programmatisch: „Lange hat man versucht, die Organisierung der Arbeiter zu verhindern. Wer heute die Situation in unserem Land wie in allen anderen zivilisierten Ländern kennt, muß zu der Überzeugung kommen, daß dies vollständig unmöglich ist. [...] Wir stehen am Anfang einer neuen historischen Epoche. [...] Neue Schichten des Volkes nehmen am öffentlichen Leben teil. [...] Niemand kann sich einbilden, verhindern zu können, daß die unteren Volksklassen ihre Beteiligung an den wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen des Landes durchsetzen. Die Freunde der Verfassung haben vor allem die Pflicht, diese Klassen davon zu überzeugen, daß sie von den bestehenden Institutionen mehr zu erwarten haben als von Zukunftsträumen.“<sup>21</sup>

Im März 1914 übernahm jedoch der konservative Liberale Antonio Salandra<sup>22</sup> das Amt des Ministerpräsidenten von Giolitti, der allerdings – was im System des „trasformismo“<sup>23</sup> durchaus üblich war – weiter über die Mehrheit im Parlament verfügte. Salandra schwebte eine autoritäre Regierung nach dem Vorbild des wilhelminischen Kaiserreichs vor. Außenpolitisch war Italien 1914 mit Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reich im Dreibund zwar seit über drei Dekaden alliiert, das Verhältnis untereinander war aber von Missgunst, Argwohn und Konkurrenz geprägt.<sup>23</sup> Darüber hinaus beanspruchte Italien von Österreich Trient und Triest.<sup>24</sup>

20 Vgl. Patrick Ostermann: Duell der Diplomaten. Die Propaganda der Mittelmächte und ihrer Gegner in Italien während des Ersten Weltkrieges. Weimar 2000, S. 53ff.

21 Vgl. Giovanna Procacci: Geschichte Italiens und der Italiener. München 1983, S. 318.

22 Antonio Salandra (1853-1931) verfolgte innenpolitisch einen konservativen und außenpolitisch einen expansiven Kurs. Nach dem Krieg unterstützte er den Faschismus, vgl. Ronald S. Cunsolo: Libya, Italian Nationalism and the Revolt against Giolitti. In: *The Journal of Modern History*, 37/1965, S. 185-207.

23 Fritz Fellner: Der Dreibund. München 1960, S. 83.

24 Außerdem wollte Italien keinesfalls wegen der deutschen Weltpolitik in einen Konflikt mit der weit überlegenen britischen Mittelmeerflotte und mit Frankreich geraten. Daher hatte Italien Frankreich in einem Geheimabkommen für den Kriegsfall bereits 1902 die Neutralität zugesichert, ebd., S. 82 u. S. 92; Leo Valiani: *La dissoluzione dell’Austria-Ungheria*. Mailand 1966, S. 103, sowie Holger Afflerbach: *Der Dreibund. Europäische Großmacht- und Allianzpolitik vor dem Ersten Weltkrieg*. Wien u. a. 2002.

Am 3. August 1914 erklärte sich Italien zunächst für neutral, auch weil es während der Juli-Krise von Wien nicht konsultiert worden war. Salandra setzte sich im Gegensatz zu seinem Vorgänger für eine dynamischere Machtpolitik ein. In seltener Offenheit sprach er am 18. Oktober vom „heiligen Egoismus“ Italiens („sacro egoismo“). Bis zur Marneschlacht erwog er durchaus einen Kriegseintritt auf Seiten der Mittelmächte, wollte hierfür allerdings Trient als Kompensation. Später sollte Trient der Preis für die italienische Neutralität werden. Die strikte Weigerung Wiens, dem nachzugeben, brachte Italien im April 1915 durch die Unterzeichnung des Londoner Vertrages auf die Seite der Entente. Die Geheimdiplomatie von Außenminister Sonnino,<sup>25</sup> die zum Londoner Vertrag mit Frankreich, Großbritannien und Russland führte, entsprach der klassischen Kabinetts- und Realpolitik des 19. Jahrhunderts. Grob verletzt Italien dabei das Nationalitätenprinzip, auf das sich die Irredenta-Bewegung so gerne berief.<sup>26</sup> Am 23. Mai 1915 übermittelte das Königreich Italien Österreich-Ungarn die Kriegserklärung, die den Beginn der Feindseligkeiten für den 24. Mai festsetzte.

Diese Interventionspolitik Salandras wurde von der Mehrheit der Italiener abgelehnt: Gegen den Krieg waren ganz überwiegend die Arbeiter und Bauern, aber auch das Bürgertum. Patriotisch entflammt für die Intervention waren höchstens die Patrizier der Hafenstädte, die sich ökonomisch auf den Überseehandel stützten und daher eine Auseinandersetzung mit Großbritannien fürchteten. Gegen die Intervention war an erster Stelle Giolitti, der die Mehrheit der Kammer hinter sich hatte. Dies war umso mehr der Fall, als gerade die konservativen Salandra-Anhänger zögerten, gegen das politische Vorbild Deutschland Krieg zu führen, und daher geneigt waren, Giolittis Neutralitätskurs zu folgen. Insbesondere das Bürgertum im industrialisierten Norden Italiens war durch Handels- und Kapitalbeziehungen ohnehin eng mit dem Deutschen Reich verbunden und votierte daher zunächst ganz überwiegend neutralistisch. Unterstützung erhielt die Regierung – außer von den Nationalisten – von Teilen der Linken, von Republikanern, Radikalen, Reformsozialisten, revolutionären Syndikalisten und den wenigen Liberalen, die sich als Mazzini-Anhänger verstanden. Anders als den rechten Kriegsbefürwortern ging es ihnen nicht nur um Trient und Triest, sondern auch um den ideologisch moti-

25 Rolando Nieri: *Liberalismo e democrazia. Considerazioni sui presupposti dell'agire politico di Sonnino fra Ottocento e Novecento*. In: Pier Luigi Ballini/ders. (Hrsg.): *Quaderni Sydney Sonnino*. Bd. 1. Florenz 2008, S. 23-64.

26 Italien bekam den Alpenhauptkamm als Grenze, also nicht nur Trient, sondern auch das deutschsprachige Südtirol, dazu Triest, Istrien und Teile Dalmatiens sowie das Protektorat über Albanien zugesprochen. Während Triest und Istrien einen starken slawischen Bevölkerungsanteil hatten, waren in Dalmatien die Italiener eine kleine Minderheit. Darüber hinaus erhielt Italien für die Intervention ein britisches Darlehen von 50 Millionen Pfund, vgl. Massimo Mazzetti: *La prima guerra mondiale*. In: *Storia dell'Italia contemporanea*, Bd. 3, *Guerra e Fascismo*, hrsg. unter d. Leitung v. Renzo De Felice. Neapel 1978, S. 1-165, hier S. 19.

vierten Kampf gegen den österreichischen Autokratismus und die Durchsetzung demokratischer Prinzipien. Dies galt insbesondere für die in der Tradition Mazzinis stehende irredentistische Bewegung um den Trentiner Cesare Battisti.<sup>27</sup> Sie forderte zwar die Angliederung der Irredenta, d. h. der sog. unerlösten Gebiete, vor allem von Trient und Triest, verstand sich aber als eine demokratische Bewegung und lehnte nach dem Krieg die faschistische Gewalt- und Eroberungspolitik ab.<sup>28</sup>

Gemeinsam war allen Interventionisten, dass sie das von Giolitti geführte Parlament für die Unterlegenheit Italiens gegenüber den anderen Industrieländern verantwortlich machten, die an den militärischen Desastern wie der gescheiterten Eroberung Abessinien 1896 und den Misserfolgen in Libyen seit 1911 festgemacht wurde. Dieses Unbehagen an der liberalen politischen Kultur während der Giolitti-Ära belegt emblematisch ein Artikel des nationalistischen Organs „Idea Nazionale“ von Mai 1915: „Derjenige, mit dessen Namen sich die Schande, die Dekadenz, der Verrat verbinden: Giolitti. [...] Giolitti ist das Parlament: Das Synonym unserer Schande. [...] Parlament, das bedeutet Verfälschung der Nation.“<sup>29</sup> Den aktivistischen Interventionisten gelang es, während des so genannten „maggio radioso“, dem „leuchtenden Mai“, – gegen eine passive Mehrheit – den öffentlichen Raum zu besetzen: Gewaltsam gingen organisierte interventionistische Schlägertrupps – mit wohlwollender Duldung der Regierung Salandra sowie teilweise auch mit Unterstützung der Ordnungskräfte – nicht nur gegen Einrichtungen der Mittelmächte vor, sondern auch gegen alle Neutralisten. Ihr unbestrittener Führer war der abtrünnige Sozialist Benito Mussolini. Mussolini übertrug die straffe Organisation der sozialistischen Partei auf seine neue Bewegung, die sich jetzt nicht zuletzt gegen die

- 27 Cesare Battisti war ein sozialistischer Parlamentarier im Wiener Reichsrat. Nach der italienischen Intervention gegen Österreich-Ungarn kämpfte der Trentiner Battisti als italienischer Kriegsfreiwilliger zusammen mit rund 1.000 weiteren Landsleuten und im Gegensatz zu der ganz überwiegend kaisertreuen Bevölkerung der Provinz gegen die Habsburgermonarchie. Am 12. Juli 1916 wurde er von den Österreichern gefangen genommen und von einem hastig einberufenen Kriegsgericht zum Tode verurteilt und exekutiert, vgl. Patrick Ostermann: Von nationalen Weihetempeln zu demokratischen europäischen Erinnerungs- und Lernorten? Die Grenzlandmuseen in Trient und Rovereto als geschichtsdidaktische Laboratorien. In: Zeitschrift für Geschichtsdidaktik 10/2011, S. 149-162, hier S. 151.
- 28 Vgl. Gaetano Salvemini, enger Freund Battistis, der 1925 ins Exil flüchtete, Brief vom 12. Juni 1923 an die Witwe Ernesta Battisti Bittanti. In: Vincenzo Cali (Hrsg.): Salvemini e i Battisti. Carteggio 1894-1957. Trient 1987, S. 115-117.
- 29 Vgl. L’Idea Nazionale vom 15. Mai 1915, übersetzt und zitiert nach: Franco Gaeta (Hrsg.): La stampa nazionalista. Bologna 1965, S. 105. Ein siegreicher Krieg an der Seite der großen Demokratien sollte aus dem kleinen giolittischen Italien eine große Nation machen. Von den politischen Strömungen waren die gemäßigten Liberalen, die Republikaner, die Sozialisten und die Katholiken gegen den Krieg, vgl. Giovanna Procacci: L’Italia nella Grande Guerra. In: Giovanni Sabbatucci/Vittorio Vidotto (Hrsg.): Storia d’Italia, Bd. 4, Guerre e fascismo 1914-1943. Rom/Bari 1998, S. 3-99, hier S. 9.

neutralistischen Aufmärsche der überraschten Sozialisten wendete.<sup>30</sup> Nicht wenige Historiker sehen diese Mobilisierung gewaltbereiter Gruppen als Laboratorium für die Genese des Faschismus.<sup>31</sup>

In diesem bürgerkriegsähnlichen Klima spitzte sich die politische Lage noch einmal zu, als Giolitti zur Eröffnung der Parlamentssitzungen am 9. Mai nach Rom kam und ihm die Mehrheit der liberalen Abgeordneten ihre Unterstützung ausdrückte. Am 13. Mai trat Salandra als Regierungschef zurück. Der italienische Kriegseintritt schien in letzter Minute verhindert. Doch unter dem Eindruck der Unruhen zögerte Giolitti, das Amt des Ministerpräsidenten anzunehmen. Daraufhin lehnte der König Salandras Rücktrittsgesuch ab. Giolitti verließ Rom. Damit war die Entscheidung für die Intervention endgültig gefallen und das Parlament schwenkte zu Salandras Kriegskurs um, indem es der Regierung umgehend die erforderlichen Vollmachten erteilte. Wenn auch der Druck der Interventionisten eine nicht unerhebliche Rolle spielte, beruhte die Intervention allein auf der Entscheidung der liberalen Regierung. Auch Benedetto Croce, der bis zum Kriegsbeginn Neutralist geblieben war, trug wie alle Liberalen den Kriegskurs nun vorbehaltlos mit. Entsprechend betonte er im Sinne des „trasformismo“ den neuen Burgfrieden: „Diese Entwicklung und der Entschluß zum Kriege waren das Werk der liberalen Partei, die in ihren verschiedenen Schattierungen Italien in den ersten fünfundfünfzig Jahren seiner Einheit regiert hatte.“<sup>32</sup>

### III. Die Perzeption Italiens durch die Entente

Auch den neuen Verbündeten Italiens war von Anfang an klar, dass die Italiener nicht aus liberalem mazzianischem Idealismus auf der Seite der Demokratie in den Krieg eingetreten waren, sondern aus reinem Machtkalkül: Solange die italienische Neutralität bestanden hatte, konnte Italien außerhalb der alliierten Deutungssysteme verharren. Nach der Unterzeichnung des Londoner Abkommens stellte die fehlende Integration Italiens in die Wertvorstellungen der Alliierten hingegen eine latente Infragestellung des nunmehr gemeinsamen Bündnisses dar. Insofern wurde die italienische Politik nun auch an ihrem

30 Renzo De Felice: Mussolini. Bd.1: Il rivoluzionario (1883-1920). Turin 1965.

31 Entsprechend wies Fernando Esposito jüngst zu Recht darauf hin, dass D'Annunzios Rede am 5. Mai am Felsen von Quarto die zukünftige Rhetorik und Gestik sowie die damit verbundene Semantik des Faschismus vorweggenommen habe u. a. durch den „römischen Gruß“ sowie den Schlachtruf „eia eia alalalà“, vgl. Fernando Esposito: Mythische Moderne. Aviatik, Faschismus und die Sehnsucht nach Ordnung in Deutschland und Italien. München 2011, S. 105ff. Vgl. Mario Isnenghi: L'Italia in piazza. I luoghi della vita pubblica dal 1848 ai giorni nostri. Bologna 2004, sowie Giovanni Sabbatucci/Vittorio Vidotto: Introduzione, in: dies. (Hrsg.): Storia d'Italia, Bd. 4 (wie Anm. 29), S. 3-99, hier S. 6.

32 Benedetto Croce: Geschichte Italiens (wie Anm. 1), S. 278.

Wertebezug zur Allianz gemessen, d. h., die gemeinsame Allianz verlangte eine Anerkennung von für alle Partner verbindlichen Kriegszielen. Die Kriegserklärung nur an Österreich-Ungarn am 23. Mai 1915 führte Italien daher an die Seite der Entente, ohne jedoch mit Großbritannien und Frankreich eine Entente cordiale zu erreichen. Im Gegenteil, die Signaturmächte des Londoner Abkommens wurden „Alliierte, aber keine Freunde“ („alleati non amici“), wie Luca Riccardi seine Monographie über die bilateralen Beziehungen während des Ersten Weltkrieges betitelte.<sup>33</sup> Der von den herrschenden italienischen Eliten im Sinne des „sacro egoismo“ intendierte separate Eroberungsfeldzug gegen die Habsburgermonarchie konnte zwar nach innen gegenüber den urbanen Mittelklassen – wenn auch mühsam – als Risorgimentkrieg zugleich im Dienste der nationalen Expansion und des universalen Fortschritts verklärt werden, doch die italienische Propaganda agierte während des gesamten Krieges im „context of a strained and fragile state-society relationship“,<sup>34</sup> der bewirkte, dass die Mehrheit der Italiener dieser Deutung nicht folgte. Die alliierten Diplomaten, mit denen Italien den Londoner Vertrag aushandelte, waren sich über die enge dynastisch-machtpolitische Motivation der italienischen Eliten noch deutlicher im Klaren als die gespaltene italienische Öffentlichkeit. Mit Argwohn nahmen sie zur Kenntnis, dass die italienische Regierung dem Hauptgegner Londons und Paris‘, dem Deutschen Reich, erst am 28. August 1916 den Krieg erklärte, fast 16 Monate nachdem sich Italien im Londoner Vertrag vom 26. April 1915 dazu verpflichtet hatte, gegen alle feindlichen Mächte vorzugehen.

Die Italienperzeption der Entente war deshalb dadurch geprägt, dass intern einerseits ein großer Unmut aufgrund des italienischen Abseitsstehens im Kampf der Werte bestand, andererseits die offizielle Propaganda die augenscheinlich stark differierenden italienischen und alliierten Motivationen leugnen musste, um so das Militärbündnis politisch zu stabilisieren.

Die Diplomaten und Akteure der Propaganda aus Belgien, Frankreich und Großbritannien entwarfen dabei – trotz sporadischer Absprache – verschiedene Italienbilder, die kompatibel mit ihrer jeweiligen Kriegslegitimation sein mussten. Insofern stellte das so gezeichnete italienische Freundbild nur die Folie für die eigene Selbstvergewisserung dar, was allerdings nicht ohne Folgen blieb. Denn gerade in dem Maße, wie Selbstbilder in das Italienbild projiziert wurden – teils aus Berechnung, um die Wirksamkeit der Argumentation

33 Ihre Politik gegenüber Rom sei geprägt gewesen durch „ein wenig herzliches, wenn nicht gar kaltes Verhältnis, in dem Sinne dass die Entente-Staaten streng darauf achteten, dass Italien seine vertraglichen Verpflichtungen einhielt, sie aber nie versuchten, bestehende Streitfragen mit Italien auszuräumen.“ [Übers. d. Verf.], vgl. Luca Riccardi: *Alleati non amici. Le relazioni politiche tra l'Italia e l'Intesa durante la prima guerra mondiale*. Brescia 1992, hier S. 10.

34 Thomas Row: *Mobilizing the Nation: Italian Propaganda in the Great War*. In: *The Journal of Decorative and Propaganda Arts*, 24/2002, S. 141-169, hier S. 166.

zu erhöhen, teils aufgrund paradigmatischer Grundannahmen<sup>35</sup> –, vergrößerte sich die Distanz zur realen italienischen Politik und erhöhte sich zugleich der Druck auf letztere.

Als ein Beispiel für Belgien soll hier der Propagandist Jules Destrée angeführt werden, der in Italien von 1914 bis 1918 zahllose Rednerauftritte absolvierte und eine Flut von Broschüren und Artikeln schrieb, in denen er Italien als solidarische und wertegeleitete Nation glorifizierte, die dem von den Deutschen überfallenen Belgien selbstlos zur Seite stehe. Im Gegensatz zu der pathetischen Propaganda über die Solidarität Italiens mit ihrem besetzten Land waren die Belgier tatsächlich sehr besorgt über die Haltung Roms, das – wie Destrée intern äußerte – einen egoistischen Separatkrieg gegen Österreich-Ungarn führe. Zu Kriegsbeginn seien 90% des italienischen Volkes gegen den Krieg gewesen, wenn auch die restlichen 10% von den wichtigsten Intellektuellen des Landes gestellt würden. Destrée charakterisierte die Italiener, so heißt es in einem Bericht des Leiters der Nachrichtenabteilung des Foreign Office, Montgomery, vom August 1915, gar als völlig unzuverlässig: „Finally he was very insistent as to the complete untrustworthiness of the Italians and the probability of their desertion of the Allies if that should turn out to be to their advantage.“<sup>36</sup>

Auch die Franzosen stellten einen grundsätzlichen Mangel an Werten sowie an politischen und wirtschaftlichen Gemeinsamkeiten mit Italien fest.<sup>37</sup> Das Machtstreben des politischen Italiens schien dem britischen Botschafter in Italien, Rennell Rodd, insgesamt selbst den bedrohlichen Weltmachtsanspruch des wilhelminischen Deutschland in den Schatten zu stellen: „It is clear to any observant person that the Italian people, of all the belligerent nations, is the most egoistical and the most self-centred.“<sup>38</sup> Der zu Ungunsten Italiens ausfallende Vergleich mit Deutschland rückte das Land damit in die Nähe eines Feindes. Nüchtern stellte der Verfasser fest, dass die Somme-Schlacht, da sie nicht mit dem italienischen Krieg gegen dessen Erbfeind Österreich-Ungarn in Verbindung zu bringen sei, in keiner Zeitung Eingang auf die erste Seite

35 Das eigene Handeln zu legitimieren, wurde in allen kriegführenden Staaten die Aufgabe der Intellektuellen. Paradigmatische Grundannahmen sind in Stellungnahmen zum Krieg enthaltene schulenübergreifende, disziplintypische theoretische Voraussetzungen, die die Wahrnehmung und Deutung des Krieges präformieren. Dabei basierten diese Grundannahmen während des Ersten Weltkriegs auf nationalen Wissenschaftstraditionen, vgl. Hans Joas: Studien zur Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts. Weilerswist 2000, S. 89.

36 Public Record Office (PRO) in London. Group Foreign Office (FO). General Correspondance News, War Miscellaneous News 1915. FO 371/2570, Berichte vom 14 und 17. August 1915 über eine Unterredung mit Destrée: 2.

37 Patrick Ostermann: Un „protagonista deviato della modernizzazione“: l'Italia della guerra mondiale agli occhi delle potenze in guerra. In: Archivio Trentino 2/2003, S. 251-285, hier S. 268ff.

38 PRO. FO. General Correspondance News – Italy 1917, FO 395/20, Italian Public Opinion and the English Effort, Bericht ohne Datum [ca. August 1916].

gefunden habe. Stattdessen finde dort etwa die vergleichsweise unbedeutende Exekution des trentinischen Überläufers Cesare Battisti breite Erwähnung. Nach Auffassung der Briten war der Krieg in Italien nicht populär und werde nicht für universelle Werte, sondern zur Machterweiterung geführt: Kaum jemand in Italien wolle durch den Krieg die Überwindung des deutschen Militarismus erreichen. Für Italien sei das Ziel die Kontrolle der Adria, lautet es etwa in einer Kabinettsvorlage vom Februar 1916.<sup>39</sup> Den Briten entging auch nicht die Erosion der politischen Institutionen Italiens, und dass der Vergleich mit dem in Jahrhunderten gewachsenen stabilen britischen Parlamentarismus offenbar nicht zutreffend war. In einem Lagebericht vom Frühjahr 1918 heißt es, das Parlament tage zu selten und werde von der Presse verachtet, die nach einer Diktatur riefe.<sup>40</sup>

#### IV. Italien zieht in den Krieg

Nur 8.000 Freiwillige, hauptsächlich junge Männer aus dem Bildungsbürgertum und der Intelligenz, meldeten sich zur Front.<sup>41</sup> Dass die große Mehrheit der Italiener vor der Intervention mehrheitlich gegen den Krieg gewesen war, ließ die Regierung Salandra unbeeindruckt. Sie glaubte, den Ersten Weltkrieg weiter als Kabinettskrieg ohne Rücksicht auf die öffentliche Meinung führen zu können, denn sie war der Ansicht, selbst die Nation zu repräsentieren. Daher verzichtete sie zunächst weitgehend auf staatliche Kriegspropaganda und überließ dieses Feld den patriotischen Verbänden wie dem 1915 gegründeten Dachverband der Lehrer- und Hochschullehrerverbände „Unione generale degli insegnanti italiani per la guerra nazionale“ und den linken interventionistischen Gruppierungen. Entsprechend ist die Geschichte der italienischen Propaganda im Ersten Weltkrieg zunächst v. a. eine Geschichte ihrer Versäumnisse.<sup>42</sup> Nicola Labanca fällt diesbezüglich das folgende vernichtende Urteil: Es werde daraus ersichtlich, so der Sieneser Militärhistoriker, wie langsam sich in Italien eine nationale Identität herausgebildet, wie wenig und spät sich das liberale Italien mit der Kriegspropaganda befasst habe und wie groß der interne Dissens im Vergleich zu den anderen europäischen Ländern geblieben sei. Darüber hinaus hätten nirgendwo sonst die Frontsoldaten so gleichgültig den

39 PRO. FO, General Correspondance Political – Italy. FO 371/2684, Notes respecting the attitude of Italy vom 18. Februar 1916.

40 PRO. FO. General Correspondance News – Italy 1918. FO 395/175, General Survey vom 27. April 1918.

41 Janz: Zwischen Konsens und Dissens (wie Anm. 11), S. 202.

42 Ostermann: Duell der Diplomaten (wie Anm. 20), S. 205ff.



Kriegszielen der herrschenden Klasse gegenübergestanden.<sup>43</sup> Doch auch auf das Parlament mit seiner ehemals neutralistischen Mehrheit wollte sich die Regierung nicht stützen. Plenarsitzungen wurden nur einberufen, wenn es sich nicht vermeiden ließ, wie etwa bei der Verabschiedung des Haushalts. Für die Abgaben und Krieganleihen erließ die Regierung stattdessen Verordnungen. In einem Kommentar der Giolitti-nahen Tageszeitung „Stampa“ hieß es dazu lakonisch, nur in Österreich-Ungarn und der Türkei habe es während des Krieges noch weniger Sitzungen gegeben als in Italien.<sup>44</sup>

Statt auf Aufklärung und Überzeugung setzte die Regierung auf Repression, die sie weitgehend der Armee überließ: Das „Comando Supremo“ kontrollierte die Kriegszone, die Presse durch die Zensur und die Opposition durch den Ausbau der Militärgerichtsbarkeit sowie eines militärischen Geheimdienstes. Die Militärjustiz leitete 870.000 Verfahren ein, sprach 4.000 Todesurteile aus, wovon sie 750 vollstreckte. Die Streitkräfte durchdrangen indessen immer weitere zivile Bereiche, so dass sogar von einer Doppelherrschaft gesprochen wurde.

Beide, Salandra und sein Generalstabschef Luigi Cadorna, ignorierten die Erfahrungen des Stellungskrieges im Westen. Sie gingen von einer kurzen Kriegsdauer aus. Cadorna beabsichtigte einen schnellen und improvisierten Durchmarsch in die Habsburgermonarchie, um sich in Ungarn mit den russischen Streitkräften zu vereinigen.<sup>45</sup> Wie bereits 1866<sup>46</sup> gab es 1915 keine ausgearbeitete Generalstabsplanung, die dem Schlieffenplan vergleichbar gewesen wäre.<sup>47</sup> Als alleinig adäquates taktisches Mittel galt der Frontalangriff. Bis ins Jahr 1917 hielt General Cadorna starrsinnig daran fest. Die Ausrüstung war bei Kriegsausbruch schlecht, die Armee verfügte über nur wenige Maschinengewehre, Kanonen und Munition. Letztlich war sich die Armeeführung nicht bewusst, dass sie einen totalen und industriellen Abnutzungskrieg und keinen

43 Nicola Labanca: Studiando la propaganda di guerra: temi e generazioni. In: Giulia Albanese/Mario Isnenghi (Hrsg.): *L'intellettuale militante. Scritti per Mario Isnenghi*. Portogruaro 2008, S. 155-178, hier S. 177.

44 Procacci: *L'Italia nella Grande Guerra* (wie Anm. 29), S. 39.

45 Ebd., S. 21.

46 1866 bestand der Plan der Armee v. a. darin, Garibaldi an die Seite zu drängen. Trotzdem errang Letzterer den einzigen italienischen Sieg, vgl. Cammarano: *Storia dell'Italia liberale*, (wie Anm. 12) S. 36.

47 Nicola Labanca: Welches Interventionstrauma für welche Militärs? Der Kriegseintritt von 1915 und das italienische Heer. In: Johannes Hürter/Gian Enrico Rusconi (Hrsg.): *Der Kriegseintritt Italiens im Mai 1915*. München 2007. S. 73-84, hier S. 81.



Kabinettskrieg führen würde.<sup>48</sup> Erst im August 1915 wurde im Rahmen der „Mobilizzazione industriale“ ein „Untersekretariat“ für Waffen und Munitionierung eingerichtet.<sup>49</sup> Nur 221 Betriebe wurden im ersten Kriegsjahr miteinbezogen (knapp 2.000 im Jahr 1918).<sup>50</sup> Doch es war nicht nur die Vorstellung eines kurzen Krieges, die Salandra von der Etablierung einer gelenkten Kriegswirtschaft Abstand nehmen ließ. Als überzeugter Liberaler war er vehement gegen jede Form von Zwangswirtschaft mit verheerenden Folgen für die Versorgung der Zivilbevölkerung.<sup>51</sup> In Venedig stieg 1916 die Kindersterblichkeit der unter Fünfjährigen auf 41 %.<sup>52</sup> Trotzdem, so Isnenghi und Rochat in ihrem Standardwerk über den Ersten Weltkrieg, habe das liberale Italien die Mobilisierung des Landes letztlich erfolgreich bewältigt, während das faschistische Italien daran 25 Jahre später kläglich gescheitert sei.<sup>53</sup>

Eine erste erfolgreiche österreichische Gegenoffensive im Mai 1916 führte zum Sturz Salandras und zur Bildung eines Kabinetts der nationalen Einheit unter Ministerpräsident Paolo Boselli, gestützt auf alle Fraktionen außer der sozialistischen. Die neue Regierung versuchte verstärkt, Wirtschaft und Gesellschaft des Landes zu mobilisieren. Im November 1916 ernannte sie erstmals einen Propagandaminister.<sup>54</sup> Die „Dante Alighieri“-Gesellschaft und der Lehrerverband fusionierten ab Frühjahr 1917 zu den „Opere federate di assistenza e propaganda nazionale“ mit 80 Provinzsekretariaten und 4.500 Dienststellen. Das Propagandaministerium arbeitete ab 1918 effektiv mit den patrio-

- 48 Überdies waren bis zu 100.000 Mann in Libyen gebunden, vgl. Angelo Ventrone: *La seduzione totalitaria. Guerra, modernità, violenza politica (1914-1918)*. Rom 2003. Dass sich der Anteil Italiens an der weltweiten Industrieproduktion im Jahr 1913 nur auf 2,4 % belief (USA 32 %, Deutschland 15 % und Österreich-Ungarn immerhin noch 4 %), belegt zudem die grundlegende Schwierigkeit des Landes, einen modernen Krieg zu führen, vgl. Paul Kennedy: *Ascesa e decline delle grandi potenze*. Mailand 1989. Gewaltig waren daher die Gesamtkosten des Krieges, die auf 128,2 Milliarden Lire geschätzt werden, vgl. Isnenghi/Rochat: *La Grande Guerra* (wie Anm. 9), S. 306.
- 49 Im Unterschied zu Frankreich und England wurde es von einem Militär, Alfredo Dallolio, geleitet. Erst später erhielt es den Rang eines Ministeriums, vgl. Douglas J. Forsyth: *The crisis of liberal Italy: Monetary and financial policy. 1914-1922*. Cambridge 1993.
- 50 Procacci: *L'Italia nella Grande Guerra* (wie Anm. 29), S. 46.
- 51 Konzerne wie Ansaldo, Ilva oder Fiat vervielfachten ihre Belegschaft und Gewinne. Des Weiteren entstanden chemische und aeronautische Betriebe. Weil das an Bodenschätzen arme Italien auf Importe und Kredite angewiesen war, war die Handelsbilanz dramatisch defizitär, ebd., S. 43-49.
- 52 Bruna Bianchi: *Crisi economica e protesta popolare a Venezia durante la Grande Guerra*. In: Hermann J. W. Kuprian/Oswald Überegger (Hrsg.): *Der Erste Weltkrieg im Alpenraum. Erfahrung, Deutung, Erinnerung – La Grande Guerra nell'arco alpino*. Esperienze e memoria. Innsbruck 2006, S. 197-212, hier S. 203.
- 53 Isnenghi/Rochat: *La Grande Guerra* (wie Anm. 9), S. 307.
- 54 Luciano Tosi: *La propaganda italiana all'estero nella prima guerra mondiale*. Pordenone 1977 sowie ders.: *L'Italie et les négociations de paix séparée en 1917*. In: *Guerres mondiales et conflits contemporains* 4/1993, S. 105-117, hier S. 108 f.

tischen Vereinigungen zusammen. Nach dem Vorbild der Kasernen wurden die Fabriken unter Aufsicht des Militärs gestellt.<sup>55</sup>

Trotzdem führte der italienische Offensivkrieg zu einem katastrophalen Resultat: Von 2,2 Millionen bis zur Schlacht von Karfreit/Caporetto ins Feld geführten Soldaten waren 800.000 gefallen, verwundet oder gefangen.<sup>56</sup> Deutschen und österreichischen Verbänden gelang dort im Oktober 1917 der Durchbruch bis zum Piave. Ganz Norditalien war nun bedroht. Cadorna wurde abgesetzt. Die neue Defensivtaktik der Italiener ließ die Verluste daraufhin um Dreiviertel fallen. Weil die neue Front viel kürzer war, Italien darüber hinaus massive alliierte ökonomische Hilfe sowie Truppen erhielt und die massiv gesteigerte Propaganda jetzt die Verteidigung des Vaterlandes gegen feindliche Invasoren propagieren konnte, stieg nach der Niederlage von Caporetto paradoxerweise der Konsens in der Bevölkerung. Das neue Kabinett Orlando schloss jetzt sogar Sozialisten ein.

## V. Vom nationalen Eroberungskrieg zum kollektiven Kampf für die Freiheit der Völker

Auch außenpolitisch bedeutete das Jahr 1917 für Italien eine Zäsur, denn durch den Kriegseintritt der USA wurde der Erste Weltkrieg endgültig zu einem Krieg der Werte.<sup>57</sup> Die liberale Vorstellung von einer friedlichen Modernisierung war vor 1914 unter amerikanischen Intellektuellen weit verbreitet gewesen, weshalb der Ausbruch des Weltkrieges als Zeichen der europäischen Dekadenz und Rückständigkeit gegenüber der amerikanischen Moderne wahrgenommen wurde. Krieg galt gleichsam als Atavismus aus der Feudalzeit, erst nach der Oktoberrevolution wurde er als Kampf der Demokratie gegen die Autokratie umgedeutet. Von den reformerischen Intellektuellen, die der neutralistischen Linie Wilsons folgten, ging wohl der Ökonom der Chicagoer Schule und Wilson-Berater Thorstein Veblen am weitesten: Für ihn war der Nationalismus schlicht ein Relikt aus barbarischen Zeiten. Demgemäß be-

55 Es galt das Kriegsrecht. Bei katastrophalen hygienischen Verhältnissen und fehlender Arbeitssicherheit wurden die Arbeitszeiten bis zum 16-Stunden-Tag und bis zu 36-Stunden-Schichten erweitert. Der Frauen- und Kinderarbeitsschutz wurde gelockert. Immerhin kontrollierte der Staat bei sozialen Konflikten zum ersten Mal in der italienischen Geschichte die Unternehmer, auch wenn er meist in deren Sinne entschied, vgl. Giovanna Procacci (Hrsg.): *Stato e classe operaia in Italia durante la Prima Guerra Mondiale*. Mailand 1983, sowie dies.: *L'Italia nella Grande Guerra* (wie Anm. 29), S. 47 f.

56 Ebd., S. 26-29.

57 Ostermann: *Un „protagonista deviato della modernizzazione“* (wie Anm. 37), S. 282.

trachtete er Deutschland, aber auch Japan als Irrläufer der Modernisierung, deren Innen- und Außenpolitik demokratisiert werden müsse.<sup>58</sup>

Vor dem Hintergrund eines solchen optimistischen republikanisch-liberalen Fortschrittsdenkens propagierte Wilson nach der amerikanischen Kriegserklärung an das Deutsche Reich vom 6. April 1917 das Modell einer Friedenssicherung mit den Kernelementen Demokratisierung, Selbstbestimmung, Freihandel, Rüstungsbegrenzung, institutionalisierte Friedensbewahrung durch Errichtung eines Völkerbundes und einer neuen Transparenz in der internationalen Politik, ermöglicht durch die Kontrolle der Weltöffentlichkeit. Dieses Konzept war allerdings nicht rein altruistisch motiviert und diente durchaus nationalen Interessen, allein schon deswegen, weil es unilateral definiert war.<sup>59</sup> Allerdings setzte Wilson mit seiner Rede vom 2. April 1917, in der er behauptete, die Amerikaner verfolgten keine eigensüchtigen Absichten, sondern seien lediglich Vorkämpfer für die Rechte der Menschheit, verbindliche Maßstäbe, denen sich die Entente-Staaten nicht entziehen konnten.

Wie Italien dabei propagandistisch in das Wilsonsche Deutungsschema integriert wurde, zeigen die Ansprachen von US-Vertretern anlässlich des amerikanischen Nationalfeiertags am 4. Juli 1918 in Rom.<sup>60</sup> Der amerikanische Senator Cutillo erklärte, der 24. Mai 1915, der Tag des italienischen Kriegseintrittes, sei der bedeutendste Tag „des Prinzips eurer politischen und wirtschaftlichen Befreiung“<sup>61</sup> und werde daher auch in Amerika als Feiertag begangen. Dieses Datum bedeute einen wichtigen Schritt für den Sieg der Freiheit in der Welt. Er betonte, es sei unwahr, dass die USA nicht die gerechten italienischen territorialen Forderungen gutheißen würden, wobei die Ambivalenz seiner Worte offensichtlich unbemerkt blieb. Italien solle alle Gebiete erhalten, in denen „die süße Sprache Dantes erklinge“ sowie diejenigen Territorien, welche für die legitime Entwicklung Italiens vonnöten seien. Er verwies aber gleichzeitig auch auf das Selbstbestimmungsrecht für alle unterdrückten Völker, einschließlich des explizit genannten Jugoslawien.<sup>62</sup> Der amerikanische Botschafter in Rom, Nelson Page, konstruierte in seinem Beitrag eine ideelle Einheit der alliierten Nationen, die nicht nur zwischen Amerika und Großbri-

58 Gunnar Schmidt: Die konstruierte Moderne. Thorstein Veblen und der Erste Weltkrieg. In: *Leviathan* 1/2000, S. 39-68, hier S. 60ff.

59 Hans-Jürgen Schröder: Demokratie und Hegemonie. Woodrow Wilsons Konzept einer Neuen Weltordnung. In: Wolfgang Michalka (Hrsg.): *Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse*. München 1994, S. 159-177, hier 162ff.

60 *Festa nazionale americana*, Roma IV luglio MCMXVIII. Mailand 1918. Die US-Propagandabroschüre erschien ohne Nennung des Herausgebers. In Rom kamen 100.000 Menschen zum Festakt vor dem Monumento Vittorio Emanuele II. Der Tag der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung wurde auch in anderen italienischen Städten gefeiert: 50.000 Menschen beteiligten sich in Mailand, 30.000 in Florenz, vgl. Charles E. Merriam 1919: *American Publicity in Italy*. In: *American Political Science Review* 4/1919, S. 541-555, hier S. 552.

61 *Festa nazionale americana* (wie Anm. 60), S. 19 [Übers. d. Verf.].

62 Ebd., S. 20 [Übers. d. Verf.].

tannien bestünde, sondern auch zwischen Italien, Belgien, Serbien und allen freiheitsliebenden Nationen Europas und der Welt.<sup>63</sup> Deshalb sei der 4. Juli als das Fest der Freiheit bedeutender als jeder Staat, jedes Land oder jede Nation, wichtiger auch als sämtliche „Ismen“ wie Imperialismus, Sozialismus und Patriotismus. In den ganzen Vereinigten Staaten gebe es keinen Ort, in dem man Italien nicht liebe, weil man es als Vorbild der Freiheit betrachte.<sup>64</sup> Die Herzen der Amerikaner und Italiener würden unisono schlagen, denn obgleich sie verschiedene Sprachen sprächen und Bürger verschiedener Länder seien, würden beide dem „Land der Freiheit“ („paese della Libertà“) angehören. Auf dem Schlachtfeld würden daher beide die gleiche Sprache, nämlich diejenige der Freiheit, sprechen.<sup>65</sup>

Von den Liberalen begeisterten sich nun nicht mehr nur die wenigen irredentistischen Mazzini-Anhänger für die Konzeption von Wilson. Den Höhepunkt der Wilson-Euphorie bildete der im April 1918 auf dem Kapitol durchgeführte „Kongress der von Österreich-Ungarn unterdrückten Völker“, an dem jugoslawische, polnische, rumänische und tschechoslowakische sowie Entente-Vertreter, darunter US-Botschafter Page, teilnahmen.<sup>66</sup> Italienischerseits waren – neben sämtlichen interventionistischen Gruppen mit Mussolini an der Spitze – auch wichtige liberale Persönlichkeiten zugegen. Dass sich nicht nur Linksliberale engagierten, zeigt emblematisch die Teilnahme von Luigi Albertini, der als Herausgeber des „Corriere della Sera“ die Meinungsführung des konservativ-liberalen Lagers innehatte.<sup>67</sup>

Auch die italienische Propaganda vertrat jetzt diese Ziele, obgleich sie offensichtlich nicht mit dem Londoner Geheimvertrag kompatibel waren. Die italienischen Ansprüche auf Dalmatien und Istrien kollidierten nämlich diametral mit den jugoslawischen Forderungen, diese Gebiete gemäß dem Selbstbestimmungsrecht der Völker ihrem neu zu gründenden Staat einzuverleiben. Während Ministerpräsident Orlando sämtliche Delegationen der verschiedenen Nationalitäten empfing, blieb Außenminister Sonnino, der für den Fortbestand Österreich-Ungarns war und die Gründung eines jugoslawischen Staats vehement ablehnte, dem Kongress ostentativ fern.

Doch wurde dieser Widerspruch durch die gemeinsame interalliierte Propaganda bis zum Zusammenbruch der Mittelmächte im Herbst 1918 überdeckt, als Italien in der Schlacht von Vittorio Veneto das sich in Auflösung befindende habsburgische Heer besiegte. Jetzt forderte Italien die ihm im Londoner

63 Ebd., S. 33.

64 Ebd., S. 36.

65 Ebd., S. 36.

66 Ostermann: Duell der Diplomaten (wie Anm. 20), S. 259.

67 Giorgio Candeloro: Storia dell'Italia moderna. Volume ottavo: La prima guerra mondiale, il dopoguerra, l'avvento del fascismo. Mailand 1984, S. 207.

Vertrag versprochenen Gebiete und zusätzlich die Hafenstadt Fiume, die von D'Annunzios Freikorps handstreichartig besetzt wurde.

## VI. Vom Sieg zum Zusammenbruch des liberalen Italiens

Während der Friedensverhandlungen von Versailles war Präsident Wilson von der erkennbar imperialistischen Grundlage der italienischen Außenpolitik maßlos enttäuscht. Wenn Luigi Albertini, in seinem Tagebuch über die italienische Politik in Versailles notiert, „das Vorgehen unserer Delegation in Paris ist erschreckend“,<sup>68</sup> übersieht er, dass die dortige italienische Isolation nur vordergründig im unglücklichen Taktieren lag, sondern dass die Ursache des vermeintlich antiitalienischen Handelns von Wilson in dessen Denkmuster einer weltweiten friedlichen demokratischen Modernisierung zu finden ist. Italien, dessen Delegation die Verhandlungen vorübergehend verließ, musste in Versailles auf das 1915 versprochene Dalmatien verzichten. Bei den Verbündeten galt Italien als besonders imperialistische, berechnende und eigennützige Macht.

Welche Erklärung gibt es – ungeachtet der offensichtlichen Machtdifferenz zwischen der schwächsten Großmacht Italien und den Weltmächten Großbritannien und Frankreich – dafür, dass Italien als Irläufer der Modernisierung galt, nicht aber Frankreich und Großbritannien, obwohl beide Nationen – das monierte Salvemini in der Zeitung *l'Unità* schon im Mai 1919 zu Recht<sup>69</sup> – ähnlich machtpolitisch handelten? Die Antwort liegt in der ambivalenten Wahrnehmung Italiens durch die Entente. Einerseits erwiesen sich deren Italienperzeptionen als weitgehend homogen – Italien galt als Macht, die eine expansive und egoistische Politik verfolgte –, andererseits aber war die Einordnung Italiens in das jeweilige Deutungssystem<sup>70</sup> höchst heterogen und unvollkommen.

In der Propaganda der Entente-Staaten wurde Italien insgesamt als eine fortschrittliche Nation vermittelt: Gemäß diesen Interpretationslinien trat Ita-

68 Luigi Alberini: *I giorni di un liberale. Diari 1907-1925*. Bologna 2000, S. 239 [Übers. d. Verf.].

69 Giorgio Candeloro: *Storia dell'Italia moderna* (wie Anm. 67), S. 253.

70 Der Soziologe Hans Joas geht in seiner Untersuchung „Kriege und Werte“ von der Kernthese aus, dass Kriege in starkem Maße zur „Produktion großer Deutungen“ führen. Nach Joas werden diese verschiedenen Deutungen von den einzelnen Kriegsparteien zu „Deutungssystemen“ gebündelt, die dann als Metaerzählungen fungieren. Ein Beispiel hierfür wäre im vorliegenden Kontext die erwähnte Deutung des Ersten Weltkriegs als Risorgimento-Krieg, vgl. Joas: *Kriege und Werte* (wie Anm. 35), S. 11 ff. Joas' Terminologie ähnelt der gängigen wissenssoziologischen Begrifflichkeit von Karl Mannheim, der von „Denkstilen“ bzw. „Denksystemen“ spricht, vgl. Karl Mannheim: *Wissenssoziologie*. Neuwied/Berlin 1964, S. 374 ff.

lien aus belgischer Sicht für das Selbstbestimmungsrecht der Völker ein; neben Drohgebärden der Ungeduld waren nach französischer Deutung Risorgimento und 1789 als gemeinsames lateinisches freiheitliches Erbe verwandte Phänomene. In der britischen Propaganda war Italien Teil eines informellen internationalen Staatensystems zur Sicherung des Weltfriedens auf der Basis des liberalen Freihandels unter einer moderaten Hegemonie der Pax Britannica.

Entgegen ihren propagandistischen Deutungssystemen betrachteten jedoch die Entente-Staaten in ihren internen Analysen Italien als fremd und daher als außerhalb der eigenen Wertegemeinschaft stehend: Das Italienbild der neuen Verbündeten war damit nicht positiver, im Einzelfall sogar negativer als die Perzeption durch seine nun zum Feind gewordenen ehemaligen Dreibundpartner. Nach britischer Interpretation etwa war der italienische Nationalismus nichts anderes als eine Imitation der deutschen Weltpolitik. Dass das inoffizielle italienische Fremdbild der Alliierten eher Züge eines Feind- denn eines Freundbildes trug, ist mit darauf zurückzuführen, dass die jeweiligen Deutungssysteme bei Kriegsausbruch entstanden, das heißt zu einem Zeitpunkt, als sich das neutrale Italien außerhalb des jeweiligen Wir-Bezuges positionierte. Nach 1915 fand eine Integration nur in der Propaganda, nicht aber im Urteil der Alliierten statt. Dies spielte allerdings so lange lediglich eine sekundäre Rolle, wie die Deutungssysteme der Alliierten vorwiegend der Integration nach innen und weniger der Rechtfertigung nach außen dienten, in keinem Falle aber handlungsleitend waren, weil die kriegführenden Staaten weiterhin klassische Machtpolitik betrieben. Mit der US-Intervention im April 1917 wurde der Erste Weltkrieg zum ersten wirklich medialen Krieg der Geschichte, indem die der internationalen Öffentlichkeit vermittelten Deutungen in nie gekanntem Ausmaß auf das politische Handeln einwirkten. Italien war wie die anderen kriegführenden Staaten nunmehr gezwungen „sich bei der Definition der Kriegsziele zumindest annäherungsweise auf solche Grundsätze zu berufen, die auch öffentlich verkündet werden konnten“.<sup>71</sup> Gerade deshalb weil die Alliierten, einschließlich der Vereinigten Staaten, Italien nur in der Propaganda integrierten, ansonsten aber mental aus ihrer Wertegemeinschaft ausgrenzten und den italienischen Nationalismus weitgehend als antimodern und fortschrittsfeindlich wahrnahmen, wurde die Siegermacht Italien schließlich gleichwohl zum moralischen Verlierer gestempelt.

Innenpolitisch standen die Nachkriegsjahre 1919/20 in Italien im Zeichen der Demobilisierung, die in eine wirtschaftliche Krise führte. Die im Krieg unterdrückten sozialen Konflikte traten jetzt offen zutage. Es kam zu Streiks sowie Fabrik- und Landbesetzungen, die Giolitti als Ministerpräsident 1921

71 Georges-Henri Soutou: Die Kriegsziele des Deutschen Reiches, Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten während des Ersten Weltkrieges. In: Michalka (Hrsg.): Der Erste Weltkrieg (wie Anm. 59), S. 28-53, hier S. 38.

mit seiner auf Ausgleich abzielenden Vermittlungspolitik zwischen Arbeitern und Unternehmern jedoch noch einmal beenden konnte. Die Wahlen vom 16. November 1919 brachten als die freiesten, die Italien bis dato erlebt hatte, drei große Lager hervor: ein sozialistisches, ein katholisches und ein liberales. Die Liberalen blieben mit fast 39 % stärkste Fraktion, bildeten aber weder mit den Sozialisten noch den Katholiken eine dauerhafte Koalition. Gleichzeitig erstarkten die von der italienischen Politik sträflich unterschätzten faschistischen „Squadre d'azione“, deren widerrechtliche Gewaltanwendung von staatlichen Stellen geduldet und nicht selten sogar ermuntert wurde.<sup>72</sup> In den Mai-Wahlen 1921 traten die Faschisten im liberalen Block an, der nur mit den 35 faschistischen Abgeordneten noch knapp die Mehrheit erhielt. Als die Faschisten die Zusammenarbeit mit den Liberalen verweigerten, war der alte Taktiker Giolitti bereits im Juni mit dem Versuch gescheitert, die Mussolini-Bewegung zu „konstitutionalisieren“. Bis zuletzt fehlte den Liberalen ein organisatorisches Fundament, der „Partito Liberale Italiano“ wurde erst 1924 gegründet. Nach dem Marsch auf Rom und der Einsetzung Mussolinis durch den König war der Weg in die faschistische Diktatur frei.

## VII. Fazit

Überprüft man die Geschichte des Ersten Weltkrieges anhand der Thesen Cammaranos, so lassen sich folgende Schlussfolgerungen ziehen:

1. König Vittorio Emanuele III. unterstützte 1915 die Interventionspolitik der Regierung Salandra und ernannte im Jahre 1922 Mussolini zum Ministerpräsidenten einer Koalitionsregierung. Während der König 1915 lediglich die rechtsliberale Außenpolitik stützte, stellte die Investitur Mussolinis insofern eine Zäsur dar, als eine Bewegung, die nicht durch Wahlen legitimiert war, an die Stelle des Parlaments als der liberalen Kerninstitution schlechthin trat. Dementsprechend bedeutete die Ernennung des Faschistenführers einerseits einen Bruch mit der liberalen Tradition. Andererseits entsprach dieser Akt aber durchaus der autoritären Komponente, die der italienische Staat seit seiner Gründung in sich trug.
2. Wenig überzeugend erscheint die These von einer entscheidenden Rolle des italienischen Militärs als ursächlich für den Zusammenbruch der liberalen Ordnung. Ebenso wie Cammarano betonen die italienischen Militärhistoriker zwar fast unisono das besondere Versagen der italienischen Ar-

<sup>72</sup> Politisch flankiert wurden die sozialen Unruhen 1919/20 durch eine pseudorevolutionäre Rhetorik des PSI, der sozialistischen Partei, die zwar keine Entsprechung in seiner Politik fand, jedoch dazu führte, dass die Partei von den Liberalen als umstürzlerisch angesehen wurde, vgl. Giovanni Sabbatucci: *La crisi dello Stato liberale*. In: ders./Vittorio Vidotto (Hrsg.): *Storia d'Italia* (wie Anm. 29), S. 101-167, hier S. 128ff.



meeführung, die sich von Politik und Gesellschaft abgeschottet und deren unmenschliche Offensivstrategie zu besonders hohen Verlusten und deshalb zu großem Dissens geführt habe. Zudem sei die italienische Militärjustiz mit 750 vollstreckten Todesurteilen extrem erbarmungslos gewesen. Oliver Janz bestreitet diese Sonderwegsthese und weist zu Recht darauf hin, dass die diesbezüglichen britischen Zahlen vergleichbar seien.<sup>73</sup> Die Weltkriegshistoriker Jay Winter und Antoine Prost sehen in Italiens Kriegführung ebenfalls keinen Sonderfall.<sup>74</sup> Betrachtet man, wie rücksichtslos in Deutschland die 3. Oberste Heeresleitung agierte, so fallen auch bezüglich der Menschenverachtung keine qualitativen Unterschiede zwischen deutscher und italienischer Armeeführung auf. Denn zu Beginn des Jahres 1918 erfuhr Max Weber, dass der Generalstab für seinen geplanten zweiten Marsch auf Paris mit „600.000 Toten für uns kalkuliert“.<sup>75</sup> Richtig ist hingegen, dass die antisozialistischen Militärs nach 1918 auf der Seite der „Parteien der Ordnung“ standen.

3. Vieles spricht allerdings für die These Cammaranos, dass sich die herrschende Klasse den Erfordernissen der Moderne nicht gewachsen zeigte. Dies scheint der ursächliche Grund für das liberale Scheitern zu sein, denn der Aufstieg des Faschismus nach dem Ersten Weltkrieg ist nur vor dem Kontext der versuchten, völlig unrealistischen Restauration der liberalen Hegemonie zu sehen.<sup>76</sup> Der liberale Historiker Giovanni Sabbatucci von der römischen „Sapienza“ betont, dass der Übergang von einem oligarchischen Parlamentarismus, der von der risorgimentalen liberalen Elite getragen wurde, zu einem auf dem allgemeinen Wahlrecht basierenden pluralistischen Mehrparteiensystem nicht vollzogen worden sei. In diesem Kontext spricht er gar von politischem Selbstmord der liberalen Klasse. Die Liberalen rangen sich nicht dazu durch, mit der katholischen und noch viel weniger mit der sozialistischen Partei eine Koalition einzugehen. Das aus dem 19. Jahrhundert stammende liberale Rezept zur Bewältigung der Moderne habe lediglich in der vagen Hoffnung bestanden, die „Massen“ zu einem bürgerlichen „Virtus“ zu erziehen.<sup>77</sup>

73 Die Briten vollstreckten insgesamt 346 ihrer 3.080 Todesurteile, wobei die italienische und die britische Armee mit ca. sechs Millionen Soldaten in etwa gleich stark gewesen seien, vgl. Janz: Zwischen Konsens und Dissens (wie Anm. 11), S. 212.

74 Jay Winter/Antoine Prost: *The Great War in History. Debates and Controversies 1914 to the Present*. Cambridge 2005, S. 95. Sie beziehen sich dabei u. a. auf Isnenghi und Rochat, die für die Periode nach Caporetto einen wachsenden Konsens feststellen.

75 Vgl. Joachim Radkau: Die Wildkatze und das Schaf. 'Bä, Bä!' Die späten Briefe Max Webers enthüllen das größte Geheimnis des berühmten Soziologen. In: *Die Zeit* vom 9. August 2012, S. 46.

76 Sabbatucci/Vidotto: *Introduzione* (wie Anm. 31), S. 9.

77 Cammarano: *Introduzione* (wie Anm. 19), S. XLV.



4. Die These, das liberale Italien habe sein eigenes Wertesystem ignoriert, stellte Cammarano in Bezug auf die innenpolitische Entwicklung auf. Sie ist aber hinsichtlich der chauvinistischen Außenpolitik noch viel zutreffender. Gerade der Bankrott der mit der Risorgimento-Ideologie nur oberflächlich bemäntelten Annexionspolitik führte dazu, dass die alliierten Siegermächte Frankreich, Großbritannien und v. a. die USA Italien in Versailles aus ihrer Wertegemeinschaft ausgrenzten, so antimodern und fortschrittsfeindlich nahmen sie den italienischen Nationalismus wahr. Letztlich stempelten sie die Siegermacht Italien zum moralischen Verlierer.
5. Das liberale Italien mit dem Parlament als seinem Machtzentrum ging durchaus an seiner mangelnden Integrationsleistung zugrunde. Dem Ersten Weltkrieg kam allerdings nur insofern eine Katalysatorfunktion zu, als er die Dysfunktion des Systems dramatisch verschärfte. Mit der Machtübergabe an die Faschisten hatte sich der Ordnungsblock jener Kräfte durchgesetzt, die die Intervention vom Mai 1915 gewollt hatten.<sup>78</sup> Der römische Historiker Emilio Gentile zeigt auf, wie die faschistische Deutung des Krieges das risorgimentale Opfergedenken vereinnahmte, um den Mythos eines „neuen Italiens“ zu schaffen.<sup>79</sup> Dabei wurde paradoxerweise die Kontinuität des Risorgimento behauptet, als dessen Vollendung der Faschismus sich sah. Durch die gesellschaftlich nur unzureichende Verankerung der Institutionen hielten die Faschisten die liberale Ordnung für delegitimiert und überwunden. Sie waren entschlossen, mittels einer totalitären Herrschaftspraxis alle Italiener in die Nation einzubinden und das Risorgimento im Schwarzhemd zu vollenden.<sup>80</sup>

78 Giovanni Procacci: Die italienische Forschung über den Ersten Weltkrieg: Die ‚patriotische Deutung‘ des Krieges und die Kontroversen über die Legitimations- und Delegitimationsprozesse. In: Oswald Überegger (Hrsg.): Zwischen Nation und Region: Weltkriegsforschung im interregionalen Vergleich – Ergebnisse und Perspektiven, Innsbruck 2004, S. 34-62, hier S. 34.

79 Emilio Gentile: La nazione del fascismo. Alle origine del declino dello Stato nazione. In: Giovanni Spadolini (Hrsg.): Nazione e nazionalità in Italia: dall'alba del secolo ai nostri giorni. Rom/Bari 1994, S. 65-124, hier S. 69.

80 Massimo Baioni: Risorgimento in camicia nera. Studi, istituzioni, musei nell'Italia fascista. Rom 2006.

## Das Dilemma von Erwartungen und Erfahrungen. Liberale im Ersten Weltkrieg

### 1. Einleitung: Der defensive Liberalismus nach 1918

Auf dem Davoser *Zauberberg* ließ Thomas Mann 1924 mit Ludovico Settembrini und Leo Naphta zwei Protagonisten, wie sie gegensätzlicher kaum sein konnten, den Ideenhaushalt des europäischen Liberalismus verhandeln. Aus der Erfahrung des Ersten Weltkriegs und dem skeptischen Rückblick der 1920er Jahre auf das lange 19. Jahrhundert inszenierte Mann einen Streit darüber, aus welchen Traditionslinien jenes Europa hervorgegangen sei, das sich in den Schweizer Lungensanatorien abbildete und durch den Erfahrungsbruch des Weltkrieges doch schon Vor-Vergangenheit geworden war. Unübersehbar waren in dieser Diagnose Krankheit und Auflösung zu Abbildern der umfassenden Krise am Ende eines Zeitalters geworden, in dem man den Triumph von Liberalismus und Fortschrittsglauben gesehen zu haben glaubte. Der endlose Streit zwischen Settembrini, dem Renaissancehumanisten, Aufklärungsoptimisten und unerschütterlichen Repräsentanten des bürgerlichen Fortschritts, und Leo Naphta, dem kommunistisch infizierten Jesuiten und gnadenlosen Apokalyptiker, um die Seele von Hans Castorp, dieses naiven Nachkommen hanseatischer Patrizier, endete nicht zufällig mit einem Selbstmord und der Auflösung der Zauberberg-Gesellschaft in den Wirren des Ersten Weltkrieges.<sup>1</sup>

Während sich Settembrini zur Fortschrittsgeschichte Europas bekannte, die mit der Renaissance ihren Ausgang genommen habe, ohne die es weder Humanismus noch Sittlichkeit, weder Aufklärung noch Freiheit, weder die bürgerlichen Revolutionen noch den modernen Staat habe geben können, hielt Naphta den emphatischen Hochherzigkeiten seines italienischen Krankheitsgenossen die unterkühlte Logik entgegen: Das „heroische Lebensalter“ sei längst vorüber. Die Revolution der Zukunft gehe nicht mehr um liberale Ideale, sondern ruhe auf Disziplin, Opfer und Ich-Verleugnung. Für den wollenden Menschen könne bürgerliche Freiheit und humanistische Gerechtigkeit nur Lähmung, Schwäche und Nivellierung aller Gegensätze bedeuten. Man sei

1 Jörn Leonhard: Historik der Ungleichzeitigkeit: Zur Temporalisierung politischer Erfahrung im Europa des 19. Jahrhunderts. In: *Journal of Modern European History* 7/2 (2009), S. 145-168, hier S. 145.

„gerecht gegen den einen Standpunkt oder gegen den anderen. Der Rest war Liberalismus, und kein Hund war heutzutage mehr damit vom Ofen zu locken“.<sup>2</sup>

Der Erste Weltkrieg bedeutete für das liberale Erbe aller direkt und indirekt beteiligten Gesellschaften eine krisenhafte Herausforderung. Im Wissen um die Ergebnisse des Krieges und der politischen Belastungen der Zwischenkriegszeit entwickelte sich eine bis heute einflussreiche Interpretation: Danach sei in den Staaten, die 1918 zu den Verlierern gehörten, die politische Mitte, der bürgerliche Liberalismus ausgehöhlt worden, die extremen Ränder links und rechts hätten sich verstärkt, und die Linke sei in den besiegten Gesellschaften in der Phase der Revolutionen und der territorialen Auflösung der multiethnischen Empires zur dominierenden Macht geworden. Eine solche Entwicklung sei in den alliierten Siegerstaaten Großbritannien und Frankreich ausgeblieben. Hier, wie auch in Italien, Spanien und Portugal, hätten politisch in erster Linie und langfristig die Konservativen vom Umbruch des Ersten Weltkrieges profitiert.<sup>3</sup> Solche holzschnittartigen Interpretationen speisen sich vor allem aus dem Wissen um die weiteren Entwicklungen der 1920er und 1930er Jahre. Sie unterschätzen die ausgesprochene Offenheit, das Nebeneinander verschiedener politisch-sozialer Ordnungsmodelle am Ende des Krieges und damit die spannungsreiche Utopienkonkurrenz.<sup>4</sup>

## 2. Erbe und Variabilität: Ausgangsbedingungen und Herausforderungen für europäische Liberale im Ersten Weltkrieg

Wie lässt sich die Wirkung des Ersten Weltkriegs für den Liberalismus aus der Vogelschauperspektive analytisch fassen?<sup>5</sup> Die Voraussetzungen und Handlungsbedingungen für Liberale waren 1914 unterschiedlich gewesen. Die große Bandbreite politisch-konstitutioneller Möglichkeiten spiegelte dabei die historischen Entwicklungsstufen des Liberalismus wider. Neben den parlamentarisch-demokratischen Republiken in Frankreich und den USA dominierte zunächst ein Spektrum von konstitutionellen und parlamentarischen Monarchien: Am schwächsten waren die Grundlagen in der russischen Duma,

2 Thomas Mann: Der Zauberberg. In: Ders.: Große kommentierte Frankfurter Ausgabe, Bd. 5.1, hrsg. von Michael Neumann. Frankfurt/M. 2002, S. 603 und 1047.

3 John A. Turner: The Challenge to Liberalism: The Politics of the Home Fronts. In: Hew Strachan (Hrsg.): The Oxford Illustrated History of the First World War, Oxford 1998, S. 163-178, hier S. 178; Michael Cox: E. H. Carr and the Crisis of Twentieth-Century Liberalism. Reflections and Lessons. In: Millennium: Journal of International Studies 38 (2010), S. 523-533.

4 Vgl. im folgenden Jörn Leonhard, Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs, 3. Aufl. München 2014, S. 758-767 und 796-805.

5 Ebd., S. 758-759.

die sich nach 1906 nicht zu einem stabilen Forum liberaler Politik entwickeln konnte. In Konfliktfällen vom Zaren vertagt, fehlte dem parlamentarischen Liberalismus hier ein politisches Selbstbewusstsein. Liberale trugen zwar 1915 zur Bildung des oppositionellen Progressiven Blocks bei, aber die restaurative Wende des Zaren 1915/16 nahm man letztlich hin und verspielte damit auch jenes Vertrauen, dessen die Duma in der Krise 1917 bedurft hätte, um sich gegen konkurrierende Machtzentren durchzusetzen.<sup>6</sup>

In Österreich-Ungarn war die Krise des konstitutionellen Liberalismus vor 1914 besonders offenkundig: Während das Parlament in Wien seit Frühjahr 1914 sistiert war, setzten die ungarischen Magyaren auf einen repressiven Kurs gegenüber anderen ethnischen Gruppen – eine konstitutionelle Integration der multiethnischen Monarchie gelang also weder in dem einen noch in dem anderen Reichsteil.<sup>7</sup>

Im Deutschen Reich setzten sich auch im Reichstag die Spannungsmomente der inneren Nationsbildung seit 1871 fort. Die historischen Zeitschichten des Liberalismus waren in Deutschland gleichsam übersetzt in die Komplexität des Wahlrechts, von dessen Ausgestaltung auch die Stärke der liberalen Parteien abhing: Denn während das allgemeine Männerwahlrecht für den Reichstag tendenziell eher den Sozialdemokraten und dem Zentrum als den liberalen Parteien zugute kam, sicherte das beschränkte Wahlrecht in vielen Kommunen den Liberalen die Grundlage für eine sehr erfolgreiche Politik. Ihr Verhalten zum preußischen Dreiklassenwahlrecht war schließlich für viele Zeitgenossen der Maßstab für ihre Glaubwürdigkeit im Blick auf die politisch-konstitutionelle Zukunft des kleindeutschen Nationalstaats.<sup>8</sup>

In all. diesen Staaten agierten Liberale zumeist als Opposition, waren also von konkreter politischer Mitwirkung ausgeschlossen. In Italien dagegen waren sie im Rahmen der *Destra storica* unter Ministerpräsident Giovanni Giolitti an der Macht. Aber hier war der Gegensatz zwischen der formal parlamentarischen Monarchie und der Realität eines vielfach korrupten Parlamentarismus, einer wachsenden Entfremdung zwischen Parlament und Bevölkerung besonders evident. Die wachsende Kritik am „liberalen System“ von Ministerpräsident Giolitti vor 1914 stellte auch den nationalen und säkularen Liberalismus in seiner Frontstellung gegen Katholizismus und Sozialismus infrage. 1914/15 wurde der Liberalismus in Italien bereits vielfach mit der Neutralitätsstrategie

6 Michael F. Hamm: *Liberal Politics in Wartime Russia. An Analysis of the Progressive Bloc*. In: *Slavic Review* 33 (1974), S. 453-468; William G. Rosenberg: *Liberals in the Russian Revolution. The Constitutional Democratic Party, 1917-1921*, Princeton 1974; Raymond Pearson: *The Russian Moderates and the Crisis of Tsarism 1914-1917*. London 1977; Dietmar Neutatz: *Träume und Alpträume. Eine Geschichte Russlands im 20. Jahrhundert*, München 2013, S. 110-151.

7 Mark Cornwall: *Austria-Hungary and „Yugoslavia“*. In: John Horne (Hrsg.): *A Companion to World War I*. Malden/Mass. 2010, S. 371-385, hier S. 372 ff.

8 Dieter Langewiesche: *Liberalismus in Deutschland*, Frankfurt/M. 1988, S. 211-227.

Giolittis gleichgesetzt und entsprechend mit den Negativattributen der Feigheit, des Defätismus und des fehlenden Patriotismus, des Verrats an den Irredenta identifiziert.<sup>9</sup> Weil man in Frankreich den ausgeprägten Parlamentarismus und die Schwäche der Exekutive mit über 50 Regierungen zwischen 1871 und 1914 als problematisches Erbe der Revolutionsabfolgen seit 1789 und damit auch des konstitutionellen Liberalismus ansah, wurde die Frage nach der Überlebensfähigkeit einer politisch derart organisierten Republik in einem künftigen Krieg umso kontroverser diskutiert.<sup>10</sup> In Großbritannien schließlich existierten vor 1914 nicht allein vergleichsweise hochorganisierte Parteien; hier war der Liberalismus seit 1906 auch an der Regierung, und das sollte zunächst auch die Politik im Krieg prägen, bis sich dann bald die Krisensymptome zeigten.<sup>11</sup>

Vor diesem Hintergrund markierte der Weltkrieg nicht nur den Ursprung neuer Krisenmomente, sondern auch die Fortsetzung und Zuspitzung von Entwicklungen der Vorkriegszeit. Mit immer längerer Dauer des Krieges schälten sich mindestens vier strukturell neue Herausforderungen des Liberalismus heraus.<sup>12</sup> Das waren zunächst, erstens, die inneren Krisen- und Spannungsmomente der Gesellschaften, die als nationale Kriegsgemeinschaften Stärke nach außen und Geschlossenheit nach innen mobilisieren mussten. Aber in der Praxis bedeutete die Suche nach der uneingeschränkten Loyalität der Bürger, dass mit den Prinzipien von Inklusion und Exklusion und der um sich greifenden Herrschaft des Verdachts das liberale Paradigma einer pluralen Gesellschaft unter immer größeren Rechtfertigungsdruck geriet. Gerade mit der ideologischen Mobilisierung von Kriegsgesellschaften im Zeichen eines ausgrenzenden Kriegsnationalismus wurden viele der liberalen Wertideen in Europa teils radikal in Frage gestellt.<sup>13</sup> So erfuhren Liberale gleich zu Beginn des Krieges, wie schnell und relativ leicht sich erkämpfte Grund- und Bürgerrechte im Rahmen von Kriegsregimes und Notstandsordnungen suspendieren ließen.

Dazu kamen zweitens die in allen Kriegsgesellschaften bald von führenden Militärs entwickelten politischen Gestaltungsansprüche; so veränderte sich das Verhältnis zwischen ziviler und militärischer Sphäre. Das zeigte sich in den

- 9 D. J. Forsyth: *The Crisis of Liberal Italy 1914-1922*. Cambridge 1993; Hans Woller: *Geschichte Italiens im 20. Jahrhundert*. München 2010, S. 33-42 und 62-77.
- 10 Robert Gildea: *Children of the Revolution. The French, 1799-1914*. Cambridge/Mass. 2008, S. 437-443.
- 11 Cameron Hazlehurst: *Politicians at War July 1914 to May 1915: A Prologue to the Triumph of Lloyd George*. London 1971; John Turner: *British Politics and the Great War*. New Haven 1992; Adrian Gregory: *The Last Great War. British Society and the First World War*. Cambridge 2008, S. 70-111.
- 12 Leonhard: *Büchse der Pandora* (wie Anm. 4), S. 759-761.
- 13 Jörn Leonhard: *Vom Nationalkrieg zum Kriegsnationalismus – Projektion und Grenze nationaler Integrationsvorstellungen in Deutschland, Großbritannien und den Vereinigten Staaten im Ersten Weltkrieg*. In: Ulrike v. Hirschhausen/Jörn Leonhard (Hrsg.): *Nationalismen in Europa. West- und Osteuropa im Vergleich*. Göttingen 2001, S. 204-240.

Auseinandersetzungen zwischen dem britischen Premierminister Herbert Asquith und dem Oberkommandierenden John French und später zwischen David Lloyd George und Douglas Haig. Aber in Großbritannien ging die zivile Regierung 1917/18 letztlich gestärkt aus diesen Konflikten hervor. Auch in Frankreich behauptete sich das Parlament gegen die Eigendynamik der Generalstäbe und sicherte sich nicht allein Mitsprache, sondern auch eine politische Kontrolle des Militärs. In Italien dagegen weigerte sich der Oberbefehlshaber Luigi Cadorna lange Zeit erfolgreich, die Politik in militärische Entscheidungsprozesse einzubinden.<sup>14</sup> Das österreichisch-ungarische Armeekommando verfügte angesichts des bis Frühjahr 1917 sistierten Parlaments in Wien über enormen politischen Einfluss. Im Deutschen Reich schließlich manifestierte sich der umfassende Anspruch der Dritten Obersten Heeresleitung (OHL) unter Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff besonders stark, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft unter das Primat der Kriegführung zu zwingen und ohne Rücksichtnahme auf Parlament und Regierung eine eigene Politik zu verfolgen. Das Militär wurde zu einem extra-konstitutionellen Machtzentrum, das angesichts der Bedeutung des Krieges lange Zeit hohe Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung genoss und dabei auch den Kaiser immer mehr in den Schatten stellte – der Sturz von Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg im Sommer 1917 war daher gerade nicht Ausdruck der Stärke der Opposition im Reichstag, sondern reflektierte die Macht der Militärs.<sup>15</sup>

Eine dritte Herausforderung für die Liberalen markierten die expandierenden Kriegsstaaten. Sie standen für die politische, ökonomische und soziale Mobilisierung im Namen des Krieges. Der Krieg wurde für den Interventionsstaat zu einem Möglichkeitsraum; nicht zufällig beflügelte das bei den Progressivisten in den Vereinigten Staaten auch weitgespannte Hoffnungen auf politische und soziale Reformen.<sup>16</sup> Aber die institutionelle Ausweitung der Kriegsstaaten, ihre ökonomische Machtposition und vor allem die Aufhebung von Grund- und Bürgerrechten im Zeichen einer immer dichteren Überwachung und Kontrolle stellte viele Liberale vor ein Dilemma. Die Privatsphäre

- 14 David R. Woodward: *Lloyd George and the Generals*. London 1983; Jere Clemens King: *Generals and Politicians: Conflict between France's High Command, Parliament and Government, 1914-1918*. Berkeley 1951; J. Whittam: *The Politics of the Italian Army*, London 1976.
- 15 Turner: *Challenge to Liberalism* (wie Anm. 3), S. 173-175; Martin Kitchen: *The Silent Dictatorship: The Politics of the German High Command under Hinderburg and Ludendorff, 1916-1918*. London 1979; Manfred Nebelin: *Ludendorff. Diktator im Ersten Weltkrieg*. München 2010.
- 16 John A. Thompson: *Reformers and War: American Progressive Publicists and the First World War*. Cambridge 1987; Jörn Leonhard: *Progressive Politics and the Dilemma of Reform: German and American Liberalism in Comparison, 1880-1920*. In: Maurizio Vaudagna (Hrsg.): *The Place of Europe in American History: Twentieth Century Perspectives*. Turin 2007, S. 115-132.

des Individuums geriet im Krieg stärker als je zuvor in den Fokus staatlichen Handelns.

Viertens schließlich bildeten sich durch den Krieg neue Strukturen im Verhältnis von Kapital, Arbeit und Staat heraus. Max Weber fürchtete vor diesem Hintergrund, dass die staatlich verwalteten Monopole überhandnehmen könnten. Dagegen müsse man „den gewaltigen Faktor der industriellen selbständigen Unternehmen und ihrer Beamten als Hauptträger der deutschen Wirtschaft“ konservieren. Das deutsche Staatsbeamtentum benötige stets „einen belebenden Gegenpart im privaten Unternehmer“ und Ingenieur. Dieser „Dualismus von ‚staatlich‘ und ‚frei‘ in Beziehung auf die Ordnung des Volkslebens“ charakterisiere die ganze deutsche Geschichte.<sup>17</sup>

Die neuen Kooperationsformen zwischen Unternehmern und Staatsbürokratien, wie sie Walther Rathenau in Deutschland oder der Eisenbahnunternehmer Eric Geddes in Großbritannien verkörperten, die zahlreichen neuen Mischformen zwischen privatwirtschaftlichen und öffentlich-staatlichen Ordnungsmodellen, aber auch das Auftauchen neuer Interessenorganisationen wie des Zentralvereins deutscher Industrieller in Deutschland oder der Federation of British Industries in Großbritannien, veränderten die Handlungsmöglichkeiten von Liberalen.<sup>18</sup> Hinzu kamen noch die Veränderungen in den Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern: Auf all‘ diesen Ebenen spielten der Kriegsstaat und seine Behörden eine entscheidende Rolle. Staatlich-bürokratische Regelungswut, der Fokus auf korporativen Elementen, die Diskussion um den „organisierten Kapitalismus“, um soziale Gewinner und Verlierer des Krieges – all‘ das stellte überkommene wirtschaftsliberale Vorstellungen infrage, und es lenkte den Blick von der bürgerlichen Mitte der Gesellschaft auf andere soziale Gruppen, die für den Fortgang des Krieges wichtiger schienen als klassische Kreise des liberalen Bürgertums.<sup>19</sup>

- 17 Josef Redlich: Das politische Tagebuch Josef Redlichs, Bd. 2: 1915-1919, bearb. von Fritz Fellner. Graz 1954, hier Bd. 2, 6. Juni 1916, S. 120 f.
- 18 Turner: Challenge to Liberalism (wie Anm. 3), S. 177; Jay Winter: Großbritannien. In: Gerhard Hirschfeld/Gerd Krumeich/Irina Renz (Hrsg.): Enzyklopädie Erster Weltkrieg, 2. Aufl. Paderborn 2004, S. 50-63, hier S. 55; Bernd-Jürgen Wendt: War Socialism – Erscheinungsformen und Bedeutung des Organisierten Kapitalismus in England im Ersten Weltkrieg. In: Heinrich August Winkler (Hrsg.): Organisierte Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge. Göttingen 1974, S. 117-149.
- 19 Rudolf Hilferding: Arbeitsgemeinschaft der Klassen? (1915). In: Cora Stephan (Hrsg.), Zwischen den Stühlen oder über die Unvereinbarkeit von Theorie und Praxis. Schriften Rudolf Hilferdings 1904 bis 1940. Berlin 1982, S. 63-76; Heinrich August Winkler: Einleitende Bemerkungen zu Hilferdings Theorie des Organisierten Kapitalismus. In: Ders. (Hrsg.), Organisierte Kapitalismus (wie Anm. 18), S. 9-18.



### 3. Erwartungen: Liberale Selbstpositionierungen am Beginn des Krieges

Krisensymptome für den Liberalismus hatten sich bereits bei Kriegsausbruch gezeigt. Innerhalb weniger Tage und Wochen wurden ein bestimmter Politikstil und ein Ordnungsdenken suspendiert, das bei allen nationalen Unterschieden doch ein anerkanntes Erbe des Liberalismus war. Praktisch überall wurden unter dem Vorwand politisch-konstitutioneller Ausnahmezustände und Notfallregimes zahlreiche Grundrechte aufgehoben. Die sich häufig ausbildende Doppelstruktur von politisch-zivilen und militärischen Behörden in den Heimatgesellschaften dominierte, während nach den symbolischen parlamentarischen Momenten – der Bewilligung der Kriegskredite – die Parlamente zunächst in den Hintergrund traten, wenn sie nicht wie in der österreichischen Reichshälfte der Doppelmonarchie bereits vor 1914 sistiert worden waren.<sup>20</sup> An den vielfältigen Burgfriedenskonstellationen in den Kriegsgesellschaften waren die Liberalen aktiv beteiligt, aber die eigentliche Aufmerksamkeit galt nicht ihnen, sondern der Integration der Linken. Deutsche Liberale waren vor diesem Hintergrund dazu bereit, ihre innenpolitischen Reformziele bis nach Kriegsende zu vertagen. Emphatisch vertraten viele von ihnen die deutschen „Ideen von 1914“ gegen die von 1789 und beteiligten sich intensiv an den Kriegszieldiskussionen. Die Forderungen der preußischen Nationalliberalen hinsichtlich eines künftigen deutschen Siedlungsraums im Osten deckten sich schon 1915 mit denen der Alldeutschen.<sup>21</sup>

Aber der Blick auf einen Liberalen wie Ernst Troeltsch zeigt doch auch, wie komplex sich der Erwartungshorizont zu Kriegsbeginn darstellte. Seit 1894 in Heidelberg als Professor für Systematische Theologie tätig, hatte sich Troeltsch in seinen Werken vor 1914 mit der Frage auseinandergesetzt, wie die sozialen Ordnungsmodelle der Weltreligionen und zumal des Protestantismus an der Herausbildung einer europäischen Moderne mitgewirkt hatten und damit einen Entwicklungsprozess in den Mittelpunkt seiner Forschungen gestellt, der sich gerade nicht mehr auf die Grenzen einzelner Nationalstaaten beschränken ließ.

In einer Rede in Heidelberg Anfang August 1914 betonte er allerdings die Leistungen des neuen deutschen Nationalstaats, seine wirtschaftliche Kraft und die Ausstrahlungen seiner bürgerlichen Kultur in alle Teile der Gesellschaft.

20 Leonhard: Büchse der Pandora (wie Anm. 4), S. 208-209.

21 Langewiesche: Liberalismus in Deutschland (wie Anm. 8), S. 228; Ernest A. Menze: War Aims and the Liberal Conscience: Lujo Brentano and Annexationism During the First World War. In: Central European History 17 (1984), S. 140-158; Klaus von See: Die Ideen von 1789 und die Ideen von 1914. Völkisches Denken in Deutschland zwischen Französischer Revolution und Erstem Weltkrieg. Frankfurt/M. 1975; Steffen Bruendel: Volksgemeinschaft oder Volksstaat. Die „Ideen von 1914“ und die Neuordnung Deutschlands im Ersten Weltkrieg, Berlin 2003.



Aber er warnte auch vor den „großen Friedenstäuschungen“ und der Annahme, dass der allgemeine Fortschritt allein „von selber mit Notwendigkeit durch die Macht des Geistes vorwärtstreibe“. Vielmehr komme „stets der Punkt, wo diese geistige Entwicklung verteidigt und behauptet werden muß [sic!] durch entschlossene Tat und den Einsatz des Lebens“. Dieser notwendige Wechsel zwischen Frieden und Krieg war für Troeltsch wie für viele Zuhörer aus dem Bildungsbürgertum ein Leitmotiv der deutschen Geschichte, das es ihm erlaubte, den Krieg der Gegenwart als den neuen dritten Schlesischen Krieg nach 1866 und 1870 zu bezeichnen und damit die Selbstbehauptung des deutschen Nationalstaates gegen „Neid und Haß [sic!] der Fremden“ mit dem Kampf des friderizianischen Preußens im Siebenjährigen Krieg zu vergleichen.<sup>22</sup>

Das Feindbild konzentrierte sich weniger auf Frankreich mit der erwartbaren Revanche für die Niederlage von 1871. Vielmehr begründete Troeltsch den Krieg mit einem generellen Zivilisationsgefälle und im Blick auf die Slawen, deren Unfreiheit und Barbarei die ungleiche Allianz der Gegner von vorneherein unglaubwürdig machte: „Genährt von einer hetzenden Journalistik ohne Bedenken, arbeitend mit allen Künsten verbrecherischer Verschwörung, barbarischer Wut und asiatischer Tücke bricht das Slaventum gegen uns los, und ein geistvolles Volk wie die Franzosen, das Volk der europäischen Demokratie und Freiheit, will mit ihnen zusammen in widerspruchsvollem Bunde über uns herfallen und seine Revanchesuppe kochen an diesem allgemeinen Brand.“<sup>23</sup> War es 1870/71 um den Abschluss der Nationalstaatsbildung gegangen, so stehe nun „Sein und Leben“ der Nation und die Sicherung des Erreichten im Zentrum, die Troeltsch aber programmatisch mit der „inneren Freiheit des deutschen Bürgers“ als einem Erbe des bürgerlichen Liberalismus identifizierte und von der Unfreiheit Russlands unterschied. Es ging also nicht allein um die Befreiung von der russischen Gefahr, sondern auch darum, diese Freiheit in Deutschland auszugestalten und damit auch dem Anspruch auf politische Modernität zu entsprechen. Troeltsch erinnerte daran, dass dieser Krieg mit den von allen zu tragenden Lasten und Opfern auch die äußere Freiheit, die Ausgestaltung der gleichen politischen Teilhabe für alle Deutschen mitbedinge. Das zielte schon jetzt auf politische Reformen, etwa die des preußischen Dreiklassenwahlrechts: „Wir bringen die Dauer unseres Vaterlandes und den Sieg der Freiheit nach Hause, der Freiheit nicht nur vom zaristischen Absolutismus, sondern auch der inneren Freiheit des deutschen Bürgers. Wo es an ihr noch fehlt, wird man daran gedenken, daß das Wohl des Vaterlandes allen Männern vom 17. bis 45. Lebensjahre gleichermaßen anvertraut ward und daß [sic!] nur ihr guter Wille, ihre freudige Vaterlandsbegeisterung das große

22 Ernst Troeltsch: Nach der Erklärung der Mobilmachung, 2. August 1914. In: Peter Wende (Hrsg.): Politische Reden Bd. 3: 1914-1945, Frankfurt/M. 1994, S. 9-19, hier S. 11.

23 Ebd., S. 11.

Werk möglich machte.“ Aus dem unifizierenden Kriegsoffer leitete Troeltsch die Vision einer nationalen Gemeinschaft jenseits der überkommenen Klassenkonflikte ab, denn der gemeine Mann werde die „Notwendigkeit der Disziplin und Einigkeit nicht nur für den Klassenkampf der Agrarier oder Handarbeiter, sondern für die Gesamtheit der Nation“ begreifen.<sup>24</sup> Hier vor allem setzte Troeltschs Idee einer besonderen deutschen Konzeption der Freiheit an, die ihn zu einem der Protagonisten deutscher „Kulturwerte“ gegenüber den Feinden im Osten und Westen machte und die in seiner 1916 publizierten Schrift *Die deutsche Idee von der Freiheit* kulminierte.<sup>25</sup>

Bemerkenswert war nicht nur die Erwartung des Liberalen Troeltsch, der auf politisch-konstitutionelle Fortschritte und soziale Versöhnung im Zeichen des Krieges hoffte, die seit 1871 unvollkommen geblieben waren und alle Erfolge des jungen Nationalstaates stets ambivalent erscheinen ließen. Der Theologe Troeltsch sah in diesem modernen Krieg auch ein widersprüchliches Nebeneinander von Rationalität, Planung, Sachverstand und einem Einbruch des Irrationalen, Unberechenbaren. Dieser Krieg werde nicht mehr mit den poetischen Waffen und im Zeichen ritterlicher Kampfethiken des frühen 19. Jahrhunderts ausgetragen. Im Zeichen von neuen Maschinenwaffen war ein klassischer Heldenkampf nicht mehr vorstellbar: „Es sind die technischen, mühseligen Waffen des modernen Krieges mit unendlicher Vorbereitung und Berechnung, mit der Unsichtbarkeit des Gegners und der Bedrohtheit aus unbekanntem Richtungen, mit der verwickelten Fürsorge für ungeheure Massen und einem gewaltigen Sicherungs- und Deckungsdienst. Es sind Waffen der Berechnung, der Besonnenheit, der Ausdauer, und nur an einzelnen Höhepunkten gibt es das dramatische Heldentum, nach dem die Seele der Jugend lechzt.“<sup>26</sup>

Der Krieg stellte auch alle überkommenen bürgerlichen Sekuritätsversprechen, die auf Rationalität beruhenden sozialen und staatlichen Ordnungsstrukturen aus dem 19. Jahrhundert und damit auch die Basis bürgerlicher Kultur radikal in Frage: „So zerbrechen auch uns heute alle rationellen Berechnungen. Alle Kurszettel und Kalkulationen, die Versicherungen und Zinsberechnungen, die Sicherstellungen gegen Unfälle und Überraschungen, der ganze kunstreiche Bau unserer Gesellschaft hat aufgehört, und über uns allen liegt das Ungeheure, das Unberechenbare, die Fülle des Möglichen.“<sup>27</sup> Das war bei aller Zuspitzung von nationalen Selbstentwürfen und Feindbildern eine ungemein klarsichtige Analyse, und sie nahm viele Aspekte der militärischen, politischen und sozialen Erfahrungsräume des Krieges, nicht zuletzt seinen Charakter als Basis für ganz neue Entwicklungen vorweg.

24 Ebd., S. 16.

25 Ernst Troeltsch: *Die deutsche Idee von der Freiheit*. In: *Die neue Rundschau* 27 (1916), S. 50-75.

26 Troeltsch: *Nach der Erklärung der Mobilmachung* (wie Anm. 22), S. 12.

27 Ebd., S. 17f.

Liberalen nahmen in vielen Ländern auch am Kulturkrieg teil, aber gerade in diesem Zusammenhang zeigten sich auch früh dezidiert antiliberalen Spiegelungen und Antiliberalismen, etwa bei dem englischen Philosophen Thomas Ernest Hulme oder auf deutscher Seite bei Max Scheler und Ferdinand Tönnies: Sie alle betonten die organische Gemeinschaft gegen die Prinzipien der pluralen Gesellschaft. Diese Frontstellungen gegen den Liberalismus waren durchaus transnational, und sie nahmen im Laufe des Krieges erheblich zu. Programmatisch gerieten Liberalen schon hier scheinbar in die Defensive.<sup>28</sup>

#### 4. Erfahrungen im Krieg: Kriegsstaatlichkeit, Zwang und Kontrolle

Als im Laufe des Jahres 1915 die Zahlen der Kriegsfreiwilligen in Großbritannien sanken, während die Verlustzahlen auf hohem Niveau verharrten, intensivte sich die Diskussion um die Wehrpflicht. Daraus entwickelte sich bald ein Kristallisationskern der innenpolitischen Entwicklung: Nicht nur für die Liberalen markierte die Einführung der Wehrpflicht ab Januar 1916 eine entscheidende Veränderung; an dieser Maßnahme wurde exemplarisch erkennbar, wie der Handlungsdruck den Staat und das überkommene liberale Erbe des 19. Jahrhunderts veränderte. Auch für das Britische Empire sollte die Wehrpflicht große Auswirkungen haben, wie sich in Australien und vor allem in Kanada zeigte.<sup>29</sup>

Die Wehrpflicht wurde für viele Zeitgenossen zum Symbol für einen expandierenden Kriegsstaat, der unmittelbar in das Leben von Millionen von Menschen eingriff. Das wog umso schwerer, als diese Form der Staatlichkeit in Großbritannien so nie existiert hatte. Vielmehr hatte sie über lange Zeit als kontinentaleuropäisches Feindbild gedient, um das eigene Selbstbewusstsein als freiheitlich-parlamentarische Ordnung von den stehenden Heeren als militärische Verfügungsmasse absoluter Fürsten umso wirkungsvoller abzuheben. Für die Whig interpretation of history, jene Meistererzählung, in der die eigene Geschichte als Abfolge von erfolgreichen Freiheitskämpfen erschien, um die Parlamentssouveränität gegen Armeen und die Herrschaftsansprüche katholischer und absolutistisch gesinnter Monarchen durchzusetzen, hatte dies stets große Bedeutung gehabt.<sup>30</sup> 1916 widersprach das Ende des Freiwilligen-

28 Peter Hoeres: *Krieg der Philosophen. Die deutsche und die britische Philosophie im Ersten Weltkrieg*. Paderborn 2004.

29 Leonhard: *Büchse der Pandora* (wie Anm. 4), S. 490 f.; Ralph James Q. Adams/Philip P. Poirier: *The Conscription Controversy in Great Britain, 1900-18*. Basingstoke 1987, S. 119-170; Peter Simkins: *Kitchener's Army. The Raising of the New Armies, 1914-16*. Manchester 1988, S. 138-161.

30 Jörn Leonhard: *Bellizismus und Nation. Kriegsdeutung und Nationsbestimmung in Europa und den Vereinigten Staaten 1750-1914*. München 2008, S. 83 ff., 282-285 u. 464-472.

prinzips gerade für viele Liberale den etablierten Freiheitstraditionen des Landes. Die Einführung der Wehrpflicht Anfang 1916 schien in ihren Augen genau jenen Prinzipien des preußischen Militärstaates zu folgen, um deren Bekämpfung es in diesem Krieg hatte gehen sollen.

In der politischen Auseinandersetzung hatten die Schlüsselbegriffe „conscription“ und „compulsion“ schon 1915 den Konflikt vieler Liberaler mit dem expandierenden Kriegsstaat und die Kritik auch außerhalb des Parlaments geprägt, zumal er sich unter der liberalen Regierung von Premierminister Asquith vollzog. Hier deutete sich die Krise des politischen Liberalismus im Krieg an. Während „compulsion“ für die immer umfassenderen Regulierungen und Eingriffe des Rüstungsministeriums unter Lloyd George in die Bewegungsfreiheit der Arbeiter und die Handlungsspielräume der Gewerkschaften stand, war „conscription“ für viele britische Liberale gleichbedeutend mit einem Militärstaat, der die Freiheitsrechte des Individuums immer mehr einschränkte. Im Juni 1915 hatte man in der „Westminster Gazette“, einem der Sprachrohre der New Liberals, zwar die besondere Situation eines Krieges anerkannt: „We place no limits on the claims of the state to the service of its individual citizens in a struggle in which its honour, and it may be its existence, is at stake.“<sup>31</sup> Aber je näher die Einführung der Wehrpflicht rückte, desto stärker wurde die Angst, das Land könne seine historischen Freiheitstraditionen verraten, indem es unter dem Zwang des Krieges und seiner Opfer den „Prussianism“ zu seinem eigenen Prinzip erhebe. Die konkrete Verkörperung von Machtstaat und militärischem Absolutismus aber identifizierte man mit dem Prinzip der Wehrpflicht. Die partizipatorische Dimension des Vaterlandsverteidigers in der Tradition der Französischen Revolution spielte in dieser britischen Diskussion dagegen keine Rolle.

In der Zeitschrift „Nation“ ging man bereits im Oktober 1915 so weit, mit der Wehrpflicht den Verrat an den liberalen Prinzipien und das Ende der Liberal Party zu identifizieren: „We go to war professedly to fight for freedom, and are rapidly introducing industrial and military slavery here... There will be no Liberal Party as we have known it. It is abdicating its birthright; it will have lost its soul.“<sup>32</sup>

31 Methods of Controversy. In: Westminster Gazette, 2. Juni 1915, zitiert nach: Michael Freedden: Liberalism Divided. A Study in British Political Thought 1914-1939. Oxford 1986, S. 20.

32 J. R. Tomlinson: Liberalism and the War. Letter to the Editor. In: Nation, 23. Oktober 1915, zitiert nach: Freedden: Liberalism Divided (wie Anm. 31), S. 22.

## 5. Das Jahr 1917 als Scharnier – Krise, Polarisierung und Antiliberalismus

1917 spitzten sich die ideologischen Polarisierungen zu – mit erheblichen Folgen für den Liberalismus nicht allein in Deutschland. Zur innenpolitischen Defensive, der Konfliktstellung der Liberalen gegenüber links und rechts, trat die ideologische Konkurrenz von außen, nämlich gegenüber den konkurrierenden Utopien des demokratisch-egalitären und des bolschewistischen Internationalismus. Mit Lenin und Wilson entstand eine Utopienkonkurrenz – an diesen neuen politischen, sozialen und internationalen Ordnungsmodellen konnte die Überzeugungskraft der Liberalen ab jetzt gemessen werden. In Petrograd konnte man wie in einem Laboratorium beobachten, wie sich Krieg und Revolution miteinander verbanden und Institutionen wie Dynastie, Monarchie und Imperium innerhalb kurzer Zeit weggefegt wurden.<sup>33</sup>

Die Hoffnungen, die sich mit dem Programm des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson verbanden, die Kopplung von Frieden, nationaler Selbstbestimmung und demokratischem Prinzip kamen nicht zum Durchbruch – weder innenpolitisch, noch im Bereich der internationalen Beziehungen: Der „Wilsonian Moment“ scheiterte insofern doppelt. Das grundsätzlichere Problem aber, das sich den Liberalen im Krieg stellte, brachte Thomas Mann 1917 auf den Punkt: Was waren politische, konstitutionelle, soziale Reformen wert, wie glaubwürdig waren sie, wenn sie allein aus der zunehmenden Erschöpfung der Kriegsgesellschaften resultierten. Im Dezember 1917 schrieb er: „Weltfriede ... Wir Menschen sollten uns nicht allzu viel Moral einbilden. Wenn wir zum Weltfrieden, zu einem Weltfrieden gelangen – auf dem Wege der Moral werden wir nicht zu ihm gelangt sein. Scheidemann sagte neulich, die Demokratie werde auf Grund der allgemeinen Erschöpfung reißende Fortschritte machen. Das ist nicht sehr ehrenvoll für die Demokratie – und für die Menschheit auch nicht. Denn die Moral aus Erschöpfung ist keine so recht erbauliche Moral.“<sup>34</sup>

Dennoch resultierte aus den mit Wilson und Lenin identifizierten Programmen und Strategien eine neue Situation. Das aber gab der Tatsache, dass die innenpolitischen Burgfriedenskonstellationen 1917 auch in den kriegführenden Gesellschaften des Westens erodierten, eine besondere Dramatik – denn jetzt existierte ein Gegenmodell, auf das man sich konkret berufen konnte. Vor allem schien der reformorientierte Kurs der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien in Europa für die sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen, aber auch für die Politikpraxis mit der faktischen Anerkennung der Gewerkschaften, nicht nur geeignet, sondern den liberalen Ordnungsmo-

33 Leonhard: Büchse der Pandora (wie Anm. 4), S. 762-763.

34 Thomas Mann: Weltfrieden? (27. Dezember 1917). In: ders.: Große kommentierte Frankfurter Ausgabe Bd. 15/1, hrsg. von Hermann Kurzke, Frankfurt/M. 2002, S. 212-215, hier S. 212.

dellen sogar überlegen. Einerseits wurden Sozialisten in die Kriegsregierungen in Paris und London integriert – so Alexandre Millerand in Frankreich und Arthur Henderson in Großbritannien – nicht jedoch in Deutschland.<sup>35</sup> Andererseits nahmen die Spannungen innerhalb der Linken in der Frage zu, ob man die Fortsetzung des Krieges weiterhin unterstützen sollte. Die Abspaltung der USPD in Deutschland unterstrich, wohin diese Konflikte führen konnten. Darin spiegelten sich weniger ideologische Entscheidungen und die Ergebnisse der Exilkonferenzen der radikalen Linken in Zimmerwald und Kiental wider, sondern die seit 1916/17 immer drängenderen Probleme und sozialen Kosten der Durchhalte-Gesellschaften im Krieg.<sup>36</sup>

Etwas anderes kam 1917 hinzu: die aggressive Mobilisierung von rechts gegen den politischen Liberalismus. In Deutschland wurden die maximalistischen Kriegsziele der Alldeutschen, darin unterstützt von der Dritten OHL, immer mehr zur Belastung der Kanzlerschaft BethmannHollwegs. In der Krise um den Übergang zum unbeschränkten U-Boot-Krieg kollabierte faktisch die konstitutionelle Praxis des deutschen Parlaments, und das Militär erzwang in einer Art von negativer Koalition mit den Fraktionen von der Rechten bis zum Zentrum und durch Ludendorffs Rücktrittsdrohung den Fall des Kanzlers.

Aus der Friedensresolution der bisher ausgeschlossenen Oppositionsparteien im Reichstag ging zwar eine grundlegend veränderte Parteienkonstellation hervor. Aber bei näherem Hinsehen erwies sich, wie widersprüchlich deutsche Liberale dabei agierten: Nationalliberale forderten mehr Macht für den Reichstag und die Aufhebung der Pressezensur, weil sie den in ihren Augen schwachen Reichskanzler und seinen Kurs gegen maximalistische Kriegsziele ablehnten. Insbesondere Gustav Stresemann kritisierte die „Politik des Entgegenkommens und der Konzessionen“, während die Linksliberalen die Regierung zu stärken suchten: Friedrich Naumann wandte sich entsprechend gegen die „Ministerstürzer“ und das „Herumgreifen in uneroberten Ländern“.<sup>37</sup> Obwohl sich die Nationalliberalen im Streit um die Reform des preußischen Dreiklassenwahlrechts von der konstitutionellen Monarchie distanzieren, blieb ein klares Bekenntnis zur konsequenten Parlamentarisierung aus. Doch auch die Linksliberalen scheuten den Konflikt. So blieb in Deutschland die evolutionäre stille Parlamentarisierung unvollkommen. Ihre Verknüpfung mit der Hoffnung auf einen milden Wilson-Frieden 1918 wurde vielmehr zu einer langfristigen Belastung.<sup>38</sup>

35 Turner: *Challenge to Liberalism* (wie Anm. 3), S. 166 und 168 f.; Majorie Farrar: *Principled Pragmatist: The Political Career of Alexandre Millerand*. London 1991.

36 Leonhard: *Büchse der Pandora* (wie Anm. 4), S. 763 f.

37 Zitiert nach: Langewiesche: *Liberalismus in Deutschland* (wie Anm. 8), S. 229.

38 Alastair P. Thompson: *Left Liberals, the State, and Popular Politics in Wilhelmine Politics*. Oxford 2000, S. 359-390.

Obwohl 1917 die Parlamente in vieler Hinsicht an Gewicht gewannen, offenbarte sich, wie problematisch ihre Rolle sein konnte. Weder in Russland, noch in Deutschland und auch nicht in Österreich-Ungarn gelang eine innenpolitische Stabilisierung auf parlamentarisch-konstitutioneller Grundlage und im Rekurs auf einen gemeinsamen Konsens. Vielmehr wurden die Petrograder Duma, der Berliner Reichstag und der Wiener Reichsrat zu Foren ideologischer Polarisierung, so etwa in der Gründung der Vaterlandspartei in Deutschland im September 1917 als Sammelbecken für alle diejenigen, die pangermanische Kriegsziele verfolgten.<sup>39</sup> Aber auch die Spaltung der parlamentarischen Linken SPD/USPD und die nationalistisch aufgeheizten Konflikte zwischen deutschen und tschechischen Abgeordneten in Wien illustrierten dieses Problem. Eine Basis für konstitutionell-parlamentarische Integration oder ein Forum für eine inkrementale Konsenssuche innerhalb von Kriegsgesellschaften stellten die Parlamente in diesen Gesellschaften nicht dar.

Aber 1917 markierte auch in Frankreich und Großbritannien eine Krise der liberalen Politikgestaltung. Nachdem das Briand-Kabinett noch vor der Katastrophe der Nivelle-Offensive und der Massenmeuterei gestürzt worden war, wurde nun die neue Regierung unter Alexandre Ribot umso mehr für die doppelte Krise verantwortlich gemacht. An dieser paradigmatischen Situation der liberalen Mitte ließ sich die Polarisierung des politischen Spektrums besonders eindrücklich zeigen. Die Kritik von links konzentrierte sich auf die Verantwortung für das militärische Desaster und die Meutereien, während die Regierung aus dem rechten Lager dafür angefeindet wurde, den Krieg nicht konsequent genug weiterführen zu wollen. Nach weiteren Regierungswechseln folgte im November 1917 das Kriegskabinett unter Georges Clemenceau; mit dem Ende der Regierungsbeteiligung der Sozialisten wurde die *Union sacrée* in der bisherigen Form praktisch aufgehoben. In der Praxis trat das Parlament hinter die besondere Popularität Clemenceaus zurück, der den Krieg nutzte, um sich als charismatischer Politiker und Verkörperung des Siegeswillens zu etablieren.<sup>40</sup>

Tendenziell setzte sich auch mit Lloyd George Ende 1916 ein ähnlicher Politikertypus in Großbritannien durch. Er profitierte von der Krise der Liberal Party, die sich durch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und angesichts der immer stärkeren Einwirkung des Kriegsstaates auf die Wirtschaft entwickelt hatte. Viele liberale Abgeordnete und Labour-Vertreter gingen im Unterhaus auf Distanz zur Regierung Asquith, weil sie die Übermacht des zentralisierenden Kriegsstaates auf immer mehr Bereiche auch des privaten

39 James N. Retallack: *Notables of the Right: The Conservative Party and Political Mobilization in Germany, 1876-1918*, London 1979; Heinz Hagenlücke: *Deutsche Vaterlandspartei. Die nationale Rechte am Ende des Kaiserreiches*. Düsseldorf 1997.

40 David Newhall: *Clemenceau: A Life at War*. New York 1992; Jean-Jacques Becker: *Clemenceau: L'Intraitable*. Paris 1998; ders.: *Clemenceau, Chef de Guerre*. Paris 2012.



Lebens fürchteten. Die britischen Konservativen dagegen warfen – wie die republikanische Rechte in Frankreich – der Regierung vor, den Krieg nicht energisch genug zu betreiben. Der regierende Liberalismus schien für „defeatism“ zu stehen. Nachdem Lloyd George das neue Kabinett gebildet hatte, verstärkte er 1917 die Polarisierung durch gezielte Maßnahmen zugunsten derjenigen liberalen und konservativen Abgeordneten, die seinen Kriegskurs unterstützten. Dabei kam ihm das Schreckbild einer unter Pazifismus-Verdacht stehenden Koalition aus Labour und Linksliberalen entgegen. So trugen seine Kampagnen und die Gleichsetzung von „pacifism“ und „defeatism“ ganz enorm zur Spaltung der Liberalen bei.<sup>41</sup>

1917 ließ sich die Kriegssituation also in fast allen Kriegsgesellschaften instrumentalisieren, um den Liberalismus politisch in die Defensive zu drängen. Auch in einer weiteren Hinsicht erwies es sich als Schicksalsjahr der Liberalen im Krieg. Denn überall griff nun die Befürchtung um sich, dass der militärische Krieg immer mehr von einem globalen Wirtschaftskrieg begleitet werde, in dem die siegreiche Macht auf lange Sicht mit Waffengewalt ihre ökonomischen Positionen durchsetzen würde. Als Konsequenz wurden in allen kriegführenden Gesellschaften die Grundsätze des Freihandels und der staatlichen Nichtintervention in die Wirtschaft ausgehöhlt. In Großbritannien dominierten wirtschaftspolitisch jetzt die Konservativen, die gegenüber den liberalen Anhängern des Freihandels für Zolltarife eintraten. In Frankreich orientierte sich die Regierung noch stärker an den national bestimmten Interessen der Großindustrie, und in Deutschland entwarf man die Utopie eines möglichst autarken, germanisierten Wirtschaftsraums auf dem Kontinent.<sup>42</sup>

## 6. Beschleunigte Desillusionierung: Die Progressivists in den Vereinigten Staaten

Wie unter einem Brennglas ließ sich der Zusammenhang zwischen liberalen Reformervorstellungen und Desillusionierungen auch in den Vereinigten Staaten beobachten. Die liberal-intellektuellen Progressivists standen im April 1917 mitten in den großen innenpolitischen Debatten zum Wesen der amerikanischen Nation und der Frage, was die Einwanderergesellschaft jenseits der Aussicht auf Wirtschaftswachstum und materielle Gewinne für den Einzelnen bedeuten sollte. Der Krieg in Europa konfrontierte auch die Liberalen in den Vereinigten Staaten mit dem eigenen Selbstbild und ihrem Zukunftsentwurf.

41 Leonhard: Büchse der Pandora (wie Anm. 4), S. 764 f.

42 Ebd., S. 765.



Das betraf vor allem die Rolle des Staates sowie die Möglichkeiten einer liberalen Reformagenda.<sup>43</sup>

Zum Leitbild der Politiker um Präsident Theodore Roosevelt war nach 1910 das Programm einer „national reconstruction“ geworden, das durch eine institutionelle, politische und kulturelle Erneuerung den Zusammenhalt der amerikanischen Nation wieder stärken sollte. In den Augen vieler Zeitgenossen war er durch den rapiden ökonomischen und sozialen Wandel seit den 1860er Jahren immer weiter erodiert. Ideologisch knüpfte man mit diesem Programm wieder an die Politik der Gründerväter Alexander Hamilton und Thomas Jefferson an: Nationale Stärke setze eine demokratische Gesellschaft voraus. Konkret forderte man, politische und ökonomische Entscheidungen stärker zu zentralisieren und dem Staat dabei eine aktivere Funktion zuzuweisen. Hier wirkte der Kriegseintritt der USA als unmittelbarer Katalysator: Denn in der Organisation der Kriegswirtschaft durch Präsident Wilson deutete sich das Leitbild eines aktiven und regulativen Staates an.<sup>44</sup>

Von der einflussreichen Gruppe der sogenannten Progressivists um John Dewey als Kriegssozialismus, als Sieg organisierter politischer und ökonomischer Planung gefeiert, nahm die amerikanische Kriegswirtschaft Maßnahmen des New Deal unter dem späteren Präsidenten Franklin Delano Roosevelt vorweg. In den Organisationen der Kriegswirtschaft bildete sich, vergleichbar der Entwicklung in Deutschland und anderen europäischen Kriegsgesellschaften, eine Tendenz zu korporativen Entscheidungsstrukturen heraus. Sie basierte auf staatlichen Sonderbehörden und band die wichtigsten industriellen Interessengruppen der Arbeitgeber und der Gewerkschaften mit ein und erkannte sie damit staatlich an. Zugleich gingen diese Maßnahmen mit einem ideologisch zugespitzten Konzept von „Americanism“ einher. Es enthielt einerseits das Versprechen politischer und sozialer Teilhabe, aber es entwickelte andererseits in der Praxis auch starke Tendenzen eines aggressiven Nationalismus und Vigilantismus gegenüber den „feindlichen Ausländern“.<sup>45</sup>

Die amerikanischen „progressive intellectuals“ um Herbert Croly, Walter Lippmann und John Dewey betonten, ganz im Sinne Max Webers, die Bedeutung der rationalen Organisation für moderne Industriegesellschaften und ihre Repräsentation durch charismatische Führungspersönlichkeiten. Im Blick auf die nationale Integration der amerikanischen Gesellschaft erkannten sie im Krieg eine Chance: Denn die Prämissen der „Good Administration“, die

43 Leonhard: *Progressive Politics* (wie Anm. 16), S. 115-132; vgl. im folgenden ders.: *Büchse der Pandora* (wie Anm. 4), S. 704 ff.

44 Hans Vorländer: *Hegemonialer Liberalismus. Politisches Denken und politische Kultur in den USA 1776-1920*. Frankfurt/M. 1997, S. 195-205.

45 Jörg Nagler: *Nationale Minoritäten im Krieg. „Feindliche Ausländer“ und die amerikanische Heimatfront während des Ersten Weltkriegs*. Hamburg 2000; Katja Wüstenbecker: *Deutsch-Amerikaner im Ersten Weltkrieg: US-Politik und nationale Identitäten im Mittleren Westen*. Stuttgart 2007.

Dewey in seinem Buch „Progressive Democracy“ 1915 entwickelt hatte, sollten ab Frühjahr 1917 unter Beweis gestellt werden. Präsident Wilson hatte die Vorbereitung des Kriegseintritts unter das national-integrative Motto einer „military and industrial preparedness“ gestellt. Der Krieg, so die Hoffnung der linksliberalen Reformer, würde die Vereinigten Staaten dazu zwingen, innergesellschaftliche Integration mit staatlich-ökonomischer Rationalität zu verbinden. Diese wissenschaftliche Rationalität verkörpernden Vorstellungen sollten schließlich einen neuen Typus der Demokratie als Auszeichnung der amerikanischen Nation hervorbringen. Aber diese weitgespannten Erwartungen sollten bitter enttäuscht werden: Bereits während des Krieges und erst recht nach 1918 mussten die Vertreter der Progressiven erkennen, dass die amerikanische Variante des Kriegssozialismus eine Episode blieb und sich die mit Wilson verknüpften innen- und außenpolitischen Hoffnungen schnell zerschlugen.<sup>46</sup>

Das Nationskonzept der liberalen Intellektuellen in den USA ging nicht, wie etwa die bürgerliche Kriegszieldiskussion in Deutschland, von geopolitischen Annexionsforderungen aus, sondern zielte auf eine soziale und nationale Demokratie und ein neues Konzept von Loyalität für die heterogene amerikanische Einwanderergesellschaft. Die Progressiven setzten sich auch für ein internationales und kollektives Sicherheitssystem unter Einschluss der Vereinigten Staaten ein, aber ihr primärer Fokus blieb doch die nationale Politik. Lippmann betonte im Februar 1916, erst der Krieg habe den Amerikanern „a new instinct for order and national purpose“ gegeben und damit die Chance für ein „integrated America“ eröffnet. Croly unterstrich die Perspektive eines „national purpose“, durch den jenseits materialistischer Kultur und partikularer Klasseninteressen das Gemeinwohl neu definiert werden sollte. Dieses Nationskonzept sollte sowohl den staatslosen Individualismus der Pionierzeit als auch den einseitig ökonomisch begründeten materiellen Egoismus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts überwinden. Die „New Republic“, Sprachrohr der Progressiven, gab diesen Hoffnungen der amerikanischen Liberalen Ausdruck. Anlässlich des Kriegseintritts der Vereinigten Staaten im April 1917 hieß es dort: „Never was a war fought so far from the battlefield for purposes so distinct from the battlefield.“<sup>47</sup>

46 Herbert Croly: *Progressive Democracy*, New York 1915, S. 73; Charles Forcey: *The Crossroads of Liberalism: Croly, Weyl, Lippmann, and the Progressive Era 1900-1925*. New York 1961, S. 273-315; Stuart Rochester: *American Liberal Disillusionment in the Wake of World War I*, University Park/Penn. 1977, S. 88-104; Vorländer: *Hegemonialer Liberalismus* (wie Anm. 44), S. 203-204.

47 *The New Republic*, 19. Februar 1916, S. 62-67 und ebd., 21. April 1917, S. 337; Vorländer: *Hegemonialer Liberalismus* (wie Anm. 44), S. 207.

7. Zusammenfassung und Ausblick: Krisensymptome und Reformulierungen des Liberalismus im Kontext des Ersten Weltkriegs
  1. Liberale erfuhren im Ersten Weltkrieg die Mechanismen von Inklusion und Exklusion im Namen von Zugehörigkeit und Loyalität. Dazu gehörten ganz neue Erfahrungen mit der Herrschaft des Verdachts, der Kontrolle, der Überwachung, des Zwangs: Zu den ernüchternden Kriegserfahrungen gehörten die immer engeren Grenzen der pluralen Gesellschaftsvorstellungen und der Privatsphäre des Individuums. Der Krieg wirkte als beschleunigte Erfahrung, wie schnell und relativ leicht sich über Jahrzehnte erkämpfte Grundrechte im Rahmen von Kriegsregimes und Notstandsordnungen suspendieren ließen. Zur Erfahrung des Krieges gehörte für die Liberalen auch die radikale Delegitimierung: von Dynastien und Monarchien, von Nationalstaaten und Empires im Krieg. Innergesellschaftlich wurden soziale und politische Rollen neu verteilt – nach dem zugespitzten Kriterium der Kriegsrelevanz, Nützlichkeit und Effizienz. Schließlich erwies sich der Krieg als Mutter von revolutionären Veränderungen, also der Erfahrung von gewaltsamer Veränderungsdynamik in kurzer Frist im Namen radikaler Ideologien. Daraus resultierte eine neue Konkurrenz von Ordnungsmodellen.
  2. Vor diesem Hintergrund entwickelten sich spezifische Frontstellungen gegen den Liberalismus, nicht als vereinzelte Kritik, sondern als systematische ideologische Entgegensetzung im Sinne des Antiliberalismus. Dazu gehörte in Deutschland der Fokus auf integrative Gemeinschaftsvorstellungen und Kriegssozialismus oder in Großbritannien die Wirkung von „compulsion“ und „conscription“ im Zeichen eines immer weiter expandierenden Kriegsstaates. Gerade Repräsentanten einer dezidiert unpolitisch apostrophierten Bürgerlichkeit beriefen sich vor und nach 1918 auf den nationalen Gesinnungsbegriff der „Liberalität“, um sich so von demokratisch-partizipatorischen Konnotationen des Liberalismus abzugrenzen. Stellvertretend für viele hob Thomas Mann in seinen vor allem während der letzten beiden Kriegsjahre verfassten „Betrachtungen eines Unpolitischen“ ein bürgerlich-unpolitisches Verständnis von „Liberalität“ hervor, das er vom ideologischen Gehalt des Liberalismus zu unterscheiden suchte. Sei er „liberal“, so nur „im Sinne der Liberalität und nicht des Liberalismus. Denn ich bin unpolitisch, national, aber unpolitisch gesinnt, wie der Deutsche der bürgerlichen Kultur und wie der der Romantik, die keine andere

politische Forderung kannte, als die hoch-nationale nach Kaiser und Reich“.<sup>48</sup>

3. Aus dem Ersten Weltkrieg entwickelte sich ein veränderter Begriff der Politik. Max Weber sollte in seiner Grundschrift 1919 über „Politik als Beruf“ die traditionellen Vorstellungen legitimer Herrschaft, die auf Monarchen, Dynastien und Imperien beruhten, historisieren – stattdessen hob er nicht zuletzt gegenüber den Liberalen die Massen und die Demokratie als neue Bedingungsfaktoren der Politik in Nationalstaaten hervor. Und Weber forderte eine neue analytische Qualität und rationale Bestimmung von Politik: „Wer Politik betreibt und wer vollends Politik als Beruf betreiben will, hat sich jener ethischen Paradoxien und seiner Verantwortung für das, was aus ihm selbst unter ihrem Druck werden kann, bewußt zu sein. Er läßt sich... mit den diabolischen Mächten ein, die in jeder Gewaltsamkeit lauern... Wer das Heil seiner Seele und die Rettung anderer Seelen sucht, der sucht das nicht auf dem Wege der Politik, die ganz andere Aufgaben hat: solche, die nur mit Gewalt zu lösen sind.“<sup>49</sup> Aber die Debatte um das Wesen des Politischen barg noch ganz andere Positionen. Die „eigentlich politische Unterscheidung“ sei, so Carl Schmitt 1927, die „von Freund und Feind“. Sie ermögliche erst jene begriffliche Bestimmung, ohne die es keine Kriterien in den Formen, Prozessen und Inhalten der Politik geben könne. Alle politischen Begriffe und Vorstellungen rekurrierten, so Schmitt, auf diese Gegensätzlichkeit, deren „letzte Konsequenz“ sich „in Krieg oder Revolution“ äußere. Wenn aber das Politische auf das Paradigma von Freund und Feind zurückging und der Krieg die „äußerste Realisierung der Feindschaft“ war, dann ließ sich die permanente Möglichkeit des Krieges argumentativ als Voraussetzung des Politischen selbst beschreiben: „Das Politische liegt nicht im Kampf selbst, der wiederum seine eigenen technischen, psychologischen und militärischen Gesetze hat, sondern in einer von der realen Möglichkeit eines Krieges bestimmten Situation und in der Aufgabe, Freund und Feind richtig zu unterscheiden.“ Daher sei eine Welt, in der es gelänge, die „Möglichkeit eines Krieges“ restlos auszuschließen, eine

48 Thomas Mann: Betrachtungen eines Unpolitischen. In: ders., Große Kommentierte Frankfurter Ausgabe, Bd. 12/1, hrsg. von Hermann Kurzke, Frankfurt/M. 2009, S. 108; Jörn Leonhard: Semantische Deplazierung und Entwertung – Deutsche Deutungen von *liberal* und *Liberalismus* nach 1850 im europäischen Vergleich. In: Geschichte und Gesellschaft 29/1 (2003), S. 5-39.

49 Max Weber: Politik als Beruf. In: ders.: Gesammelte politische Schriften, hg. von Johannes Winckelmann. 2. Aufl. Tübingen 1958, S. 493-548, hier S. 545; Herfried Münkler: Machiavelli. Die Begründung des politischen Denkens der Neuzeit aus der Krise der Republik Florenz: ND Frankfurt/M. 2004, S. 299; Sabine Marquardt: Polis contra Polemos. Politik als Kampfbegriff der Weimarer Republik. Köln 1997.

„Welt ohne die Unterscheidung von Freund und Feind und infolgedessen eine Welt ohne Politik“.<sup>50</sup>

4. Liberale in Deutschland mussten im Verlauf des Krieges und danach erleben, wie ihr tradiertes Deutungsmonopol für die Grundbegriffe „Nation“ und „Bürgertum“ durch den Krieg fundamental erschüttert worden war. Demgegenüber blieben „society“ und „individual“ lange Zeit relativ stabile Referenzen für die britischen Liberalen. Aber selbst ein so prominenter Vertreter des reformorientierten New Liberalism in Großbritannien wie John Atkinson Hobson, der noch 1916 das Ideal des organischen britischen Liberalismus gegen die Staatszentriertheit Preußens betont hatte, war sich 1918 darüber im Klaren, dass es nach dem Krieg keine einfache Rückkehr in die Welt des Vorkriegs-Liberalismus geben könne. Das zeige jeder Blick auf den Staat: „Nobody can seriously argue that at the end of the war... the State will or can return to pre-war conditions and the competitive laissez-faire which prevailed over wide fields of industry and commerce“.<sup>51</sup> Obgleich Hobson die Übergriffe gerade des britischen Kriegsstaates kritisierte, musste er zugeben: „Any sudden lapse from the State Socialism of war-time, with its enormous governmental control of engineering, agriculture, mining, transport and other vital industries... into the pre-war conditions, would spell disorder and disaster. The State must continue to retain a large proportion of this control and this spending power, if unemployment, industrial depression, a fall of wages and something like social revolution are to be averted.“<sup>52</sup> Solche Positionen spiegelten die Differenz von Erwartungen und Erfahrungen von Liberalen im Ersten Weltkrieg wider. Nachdem in den Vereinigten Staaten der Kriegseintritt zunächst die Reformhoffnungen der Progressivists um Walter Lippman, Walter Weyl und Herbert Croly und ihre Kritik an der Anti-Staats-Ideologie des radikalen Wirtschaftsliberalismus beflügelt hatte, machte sich bald Ernüchterung breit. Denn obwohl es den regulativen Zentralstaat nun in zahlreichen neugeschaffenen Institutionen wie dem War Industries Board, dem National War Labor Board oder der Food Administration gab, ging dies zugleich mit einer Praxis der Exklusion vermeintlicher Verräter und feindlicher Ausländer einher, die dem liberalen Credo der Vielfalt und Toleranz widersprach. Das Kriegsende bedeutete nicht nur das Ende der Experimente mit

50 Carl Schmitt: *Der Begriff des Politischen* (1927). Hamburg 1933, S. 7, 13 und 15-18; Ernst Wolfgang Böckenförde: *Der Begriff des Politischen als Schlüssel zum staatsrechtlichen Werk Carl Schmitts*. In: Heinz Quaritsch (Hrsg.): *Complexio Oppositorum. Über Carl Schmitt*. Berlin 1988, S. 283-299; Leonhard, *Büchse der Pandora* (wie Anm. 4), S. 1008 f.

51 John Atkinson Hobson: *Capital, Labor, and the Government*, zitiert nach: Freedon: *Liberalism Divided* (wie Anm. 31), S. 28.

52 John Atkinson Hobson: *Democracy After the War*, London 1917, S. 164 f.; Freedon: *Liberalism Divided* (wie Anm. 31), S. 42.

einem proaktiven Staat, sondern auch den Rückfall in nationale Abschließung.<sup>53</sup>

5. Langfristig geriet durch den Krieg also nicht nur das liberale Politikmodell unter Druck, sondern auch das plurale Gesellschaftsbild. Gegen die konstitutionell-parlamentarische Praxis konnte man argumentieren, dass moderne Staaten im Krieg allein durch bürokratisch-militärischen Sachverstand, durch Experten und Fachleute, überleben konnten. Die Rekonfiguration von vormodernen Gemeinschaftsidealen, die man nach 1918 gegen den Liberalismus wandte, verband sich nach dem Krieg mit dem Rückgriff auf moderne Techniken: Die plurale Gesellschaft erschien als atomistisch. Jetzt sollten Sozialingenieure, die den Krieg als Möglichkeitsraum erfahren hatten, etwa in der pronatalistischen Praxis der französischen Regierung, ein zunehmendes Gewicht bekommen.
6. Aber es gab auch andere Wirkungen und Ansätze für eine Reformulierung des liberalen Paradigmas. So schufen Kriegsende und Revolution für Ernst Troeltsch eine neue Situation. Die Distanzierung von seinen Positionen zu Kriegsbeginn setzte bereits in den *Spectator*-Briefen mit der Hoffnung an, der Ausgang des Weltkrieges werde auch das „Ende des Militarismus“ bedeuten.<sup>54</sup> In den Vordergrund rückte nun die Stabilisierung der neuen demokratischen Republik und die entscheidende Frage, wie vor dem Hintergrund der Traumatisierung des deutschen Bildungsbürgertums, das sich als der eigentliche Träger und Garant des 1871 begründeten Nationalstaates empfunden hatte und 1918 vor den Trümmern des Kaiserreichs und in gewisser Weise seiner eigenen Geschichte stand, eine Aussöhnung mit der demokratischen Republik gelingen konnte. Dabei erwiesen sich Friedrich Naumanns Versuche um eine positive Renaissance des Demokratie-Begriffes, in dem er Liberalismus und Sozialismus politisch verbunden sehen wollte, zumindest bei Troeltsch als erfolgreich. 1919 wählten er und Walter Rathenau die Bezeichnung Demokratischer Volksbund, um ganz in der Tradition der bürgerlichen Sammlungspolitik einen politischen Neuanfang unter republikanischen Zeichen hervorzuheben. Das Ziel bestand in der Sammlung aller bürgerlichen Reformkräfte unter Einschluss der Mehrheitssozialdemokraten zur Abwehr der politischen Extreme von „Bolschewismus“ und „Faschismus“. Das politisch-soziale Programm, konzipiert von Rathenau, markierte bereits eine weitestgehende Abkehr von den „Ideen von 1914“ und rekurrierte eher auf eine durch den Krieg veränderte

53 Leonhard: *Büchse der Pandora* (wie Anm. 4), S. 868-872.

54 Ernst Troeltsch: *Spektator-Briefe. Aufsätze über die deutsche Revolution und die Weltpolitik 1918/1924*. Tübingen 1924, S. 1; vgl. im folgenden Jörn Leonhard: „Über Nacht sind wir zur radikalsten Demokratie Europas geworden“ – Ernst Troeltsch und die geschichtspolitische Überwindung der Ideen von 1914. In: Friedrich Wilhelm Graf (Hrsg.): „Geschichte durch Geschichte überwinden“. Ernst Troeltsch in Berlin. Gütersloh 2006, S. 205-230.

Tektonik zwischen Staat, Gesellschaft und organisierten Interessen sowie eine institutionalisierte Garantie von sozialen Teilhaberechten.<sup>55</sup>

Troeltschs Antwort auf die neue Situation, die er gemäß einer von Max Weber beeinflussten rationalen Wahrnehmungsstrategie als „Sachlage“ charakterisierte, auf ihre Notwendigkeiten aber auch die durch sie vergrößerten Handlungsspielräume, setzte auf eine geistige Regeneration, auf die Mobilisierung sozialmoralischer Ressourcen, wo auf andere zunächst nicht zu hoffen war. Zu Beginn der Verfassungsberatungen der Nationalversammlung betonte er: „Das Werk Bismarcks muss erneuert und ersetzt werden, ohne den Hintergrund einer starken, realen Macht, ganz wesentlich mit Hilfe rein ideeller Kraftquellen.“<sup>56</sup> Deutschland sei von einer neuen „Fülle der Gegensätze“ bedroht, die an die Situation nach 1648 erinnere, und die nur im Zeichen einer Anknüpfung an die positiven Ideale von 1848 und deren konsequenter Weiterentwicklung überwunden werden könne. „Über Nacht“ sei Deutschland „zur radikalsten Demokratie Europas“ geworden, so Troeltsch in einem Vortrag vor dem Demokratischen Studentenbund am 16. Dezember 1918. Aber er machte sofort klar, dass diese krisenhafte Transformation sich nicht allein aus dem Zusammenhang von Kriegsniederlage und Revolution ergeben habe, sondern Konsequenz langfristiger Strukturveränderungen sei: „Bedenkt man es genauer, dann ist es freilich doch nicht so ganz über Nacht geschehen. Die Demokratie ist die natürliche Konsequenz der modernen Bevölkerungsdichtigkeit, verbunden mit der zu ihrer Ernährung notwendigen Volksbildung, Industrialisierung, Mobilisierung, Wehrhaftmachung und Politisierung.“<sup>57</sup>

Die zweite radikal-sozialistische Revolution von 1918/19 vehement ablehnend, plädierte Troeltsch dafür, die politischen Ideale des Liberalismus von 1848 im Hinblick auf die neu eingetretene Situation zur sozialen Demokratie fortzuentwickeln: Die Demokratie sei heute „das einzige Mittel, die umgekehrte Klassenherrschaft, die Herrschaft des Proletariats, in die Bahnen einer gesunden und gerechten Staatsbildung hineinzuführen und den gesunden Kern eines staaterhaltenden Sozialismus zu retten“. Die Demokratie sei in Deutschland eben kein bloßes „Erzeugnis der Doktrin“, sondern ein „Ausdruck der wirklichen gesellschaftlichen, durch Krieg und Niederlage klar aufgedeckten und wirksam gewordenen Sachlage“. Das aber bedeute, dass „sie anders als die rein bürgerliche Demokratie von 1848 nicht auf Verwirklichung von bloßen politischen Formen ausgehen kann und darf, sondern zugleich ein beginnender

55 Gangolf Hübinger: Einleitung: Ernst Troeltsch und die Gründungsgeschichte der Weimarer Republik. In: Ernst Troeltsch: Schriften zur Politik und Kulturphilosophie (1918-1923), hrsg. von Gangolf Hübinger in Zusammenarbeit mit Johannes Mikuleit. Berlin 2002, S. 1-52, hier S. 6.

56 Ernst Troeltsch: Nationalgefühl (Februar 1919). In: Ebd., S. 55-59, hier: S. 56 und 59.

57 Ders.: Demokratie (August 1919), In: Ebd., S. 207-224, hier S. 211.



Umbau der sozialen Ordnung sein muß... Es kann sich nicht bloß um eine rechtlich und ethisch gedachte ‚Formaldemokratie‘ handeln“.<sup>58</sup>

Auch in einer weiteren Hinsicht kam es bei Troeltsch zu einer bemerkenswerten Neupositionierung. Wo es im Krieg noch um die Distanzierung von der westeuropäischen Aufklärung und die Abqualifizierung englischen Materialismus und französischer Zivilisation gegangen war, die erst zur Einkreisung und zum Kulturkrieg gegen Deutschland geführt hätten, stand jetzt der Versuch der Synthese überstaatlicher und transnationaler Ideenmuster und die Suche nach den Berührungen zwischen deutscher und europäischer Kulturgeschichte. Der kontrastierende Vergleich, der den „Ideen von 1914“ zugrundegelegt hatte, wurde ersetzt durch den Blick auf Transfers und Verflechtungen. Dem galt vor allem Troeltschs programmatische Grundschrift über „Naturrecht und Humanität in der Weltpolitik“ von 1922.<sup>59</sup> Das musste auch der Verfasser der „Betrachtungen eines Unpolitischen“ anerkennen, der um 1922 selbst auf der Suche nach einer Brücke zur demokratischen Republik war. Thomas Mann anerkannte Troeltschs Einsatz für eine „Wiederannäherung des deutschen Gedankens an den mit bestimmten religiösen und ideologischen Elementen unseres Kulturkreises unlöslich verbundenen westeuropäischen“. Mit einem Anflug selbstkritischer Ironie fügte Mann hinzu: „Was... hier von einem gelehrten Denker mit stärkender Bestimmtheit ausgesprochen wurde, das war, gefühlswise, als dunkle Wissensregung, seit Jahr und Tag in manchem Deutschen lebendig gewesen – in solchen vielleicht sogar, die im Zauberberge des romantischen Ästhetizismus recht lange und gründlich geweiht.“<sup>60</sup>

58 Ebd., S. 215 und 219.

59 Ernst Troeltsch: Naturrecht und Humanität in der Weltpolitik (April 1923). In: ebd., S. 477-512.

60 Thomas Mann: Naturrecht und Humanität in der Weltpolitik. In: Frankfurter Zeitung, 25. Dezember 1923. Zitiert nach ders.: Gesammelte Werke in dreizehn Bänden Bd. 12. Frankfurt/M. 1974, S. 627 ff.



*Michael Wettengel*

### Politische Vereine und liberal-demokratische Bewegung in der Rhein-Main-Taunus-Region im Zeitalter von Restauration und Vormärz\*

#### 1. Einleitung

Die Umbruchzeit im frühen 19. Jahrhundert nahmen schon die Zeitgenossen als grundlegende Veränderung des Organisationsprinzips der Gesellschaft wahr. Dieser Wandel von einer korporativ strukturierten, ständischen Ordnung hin zur bürgerlichen Gesellschaft wurde mit dem neuen Organisationstyp der Assoziation in Verbindung gebracht. Assoziation ist der klassischen Definition von Thomas Nipperdey zufolge ein „freier organisatorischer Zusammenschluß von Personen, [...] in ihr besteht Freiheit zum Beitritt, zum Austritt und zur Auflösung; sie ist sodann unabhängig vom rechtlichen Status der Mitglieder und verändert diesen Status auch nicht [...]“; sie ist schließlich dazu begründet, selbst und frei gesetzte und in gewisser Weise spezifizierte Zwecke zu verfolgen<sup>1</sup>. Dieses Assoziationsprinzip äußerte sich in einem seit dem 18. Jahrhundert sprunghaft expandierenden Vereinswesen im kulturellen, ökonomischen, sozialen und auch politischen Bereich. Französische und englische Beispiele

\* Druckfassung eines Vortrags bei der Tagung „Politik und Kultur – die Rhein-Main-Taunus-Region im Vormärz 1814-1848“ in Bad Homburg am 21.4.2012.

1 Thomas Nipperdey: Verein als soziale Struktur im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert, in: Ders.: Gesellschaft, Kultur, Theorie, Göttingen 1976, S. 174-205, hier S. 174. Dagegen sieht neuerdings Klaus Nathaus: Organisierte Geselligkeit. Deutsche und britische Vereine im 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen 2009, S. 23 ff., 37ff. u. 291 f. die Bedeutung des Vereinswesens für die Vergesellschaftung des Bürgertums als primär deutsches Phänomen. Zum Vereinswesen im frühen 19. Jahrhundert vgl. u. a. Otto Dann (Hrsg.): Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft in Deutschland, München 1984; Dieter Hein: Soziale Konstituierungsfaktoren des Bürgertums, in: Lothar Gall (Hrsg.): Stadt und Bürgertum im Übergang von der traditionellen zur modernen Gesellschaft, München 1993, S. 151-181; Stefan-Ludwig Hoffmann: Geselligkeit und Demokratie. Vereine und zivile Gesellschaft im transnationalen Vergleich 1750-1914, Göttingen 2003.

boten das Vorbild für die deutschen Vereine, die bereits in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts eine eigenständige Entwicklung nahmen.

Am Beispiel der Region zwischen Rhein, Main und Taunus lässt sich zeigen, wie dieses Vereinswesen immer mehr Lebensbereiche, weitere Bevölkerungsgruppen und soziale Schichten erfasste. Ein regionaler Ansatz bietet sich hierbei angesichts der territorialen Gemengelage in besonderem Maße an. Waren die ersten Vereine im frühen 18. Jahrhundert noch überwiegend wissenschaftlich-musischer oder aufklärerischer Art sowie auf gebildete bürgerliche und adlige Kreise in größeren Städten beschränkt, so hatte sich das Vereinswesen um die Mitte des 19. Jahrhunderts bereits bis in kleine Landstädte und Marktflecken ausgebreitet und weite Bevölkerungskreise bis hin zu unterbürgerlichen Schichten erfasst. Auch die Zielsetzungen des Vereinswesens differenzierten sich immer weiter aus und betrafen nun die unterschiedlichsten Lebensbereiche. Besonders der Vormärz war eine fruchtbare Zeit für Vereinsgründungen. „Unsere Zeit ist die Zeit der Association“,<sup>2</sup> verkündete ein Frankfurter Periodikum 1845. Im Geiste eines noch ungebrochenen Fortschrittsoptimismus schien das Vereinswesen als „Mittel der Selbstmobilisierung“<sup>3</sup> der Gesellschaft geeignet, die vielfältigen Probleme jener Zeit zu lösen. Entsprechend enthusiastisch war das Urteil, das Carl Theodor Welcker, einer der aus der Region stammenden maßgeblichen liberalen Protagonisten seiner Zeit, 1835 im „Staatslexikon“ über die freien Assoziationen fällte: Sie seien nicht weniger als der Ausgangspunkt „aller höheren Menschlichkeit und Cultur“. Und weiter hieß es über die Vereine an derselben Stelle, sie seien „die stets frische Lebensquelle von Thätigkeit und Bildung, von Wohlstand und Kraft der Bürger und des Staats“.<sup>4</sup> Erst durch die Revolution von 1848 wurde dieser Optimismus erschüttert, da das Vereinswesen als „Universalformel zur Konfliktlösung“<sup>5</sup> hier versagen musste.

Von besonderem Interesse sind in diesem Zusammenhang die politischen Vereine, die die Öffentlichkeit für ihre Ziele zu gewinnen und Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse zu nehmen suchten. Ursächlich für die Gründung politischer Vereine in der Region war dabei die liberal-demokratische und nationale Bewegung, die in mehreren Staaten des Deutschen Bundes in

2 Frankfurter Gemeinnützige Chronik 5, H. 7, 1845, S. 53, zitiert nach Ralf Roth: Stadt und Bürgertum in Frankfurt am Main. Ein besonderer Weg von der ständischen zur modernen Bürgergesellschaft 1760-1914, München 1996, S. 323.

3 Carola Lipp: Verein als politisches Handlungsmuster. Das Beispiel des württembergischen Vereinswesens von 1800 bis zur Revolution 1848-1849, in: Étienne François (Hrsg.): Gesellschaft, Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft in Frankreich, Deutschland und der Schweiz, 1750-1850, Paris 1986, S. 275-297, hier S. 275.

4 Carl Theodor Welcker: Association, Verein, Gesellschaft, Volksversammlung, in: Staats-Lexikon oder Encyclopädie der Staatswissenschaften, hrsg. von Carl von Rotteck und Carl Theodor Welcker, Bd. 2, Altona 1835, S. 21-53, hier S. 23.

5 Wolfgang Hardtwig: Strukturmerkmale und Entwicklungstendenzen des Vereinswesens in Deutschland 1789-1848, in: Dann, Vereinswesen (wie Anm. 1), S. 11-54, hier S. 49.

Opposition zu den einzelstaatlichen Regierungen stand. Diese Bewegung trat in der Rhein-Main-Taunus-Region vergleichsweise früh auf und verfügte über eine aktive und starke Anhängerschaft. Nachfolgend wird zu zeigen sein, inwieweit die Vereinsstruktur die Formierung und Organisation der Opposition förderte und welche Rolle hierbei gesellige Vereine spielten. Dabei wird auch das Verhältnis zwischen Stadt und Land Berücksichtigung finden, denn in der Region bestand ein Nebeneinander von städtischen Zentren an Rhein und Main, darunter mit Frankfurt ein herausragender Mittelpunkt des politischen Geschehens, sowie von ausgeprägt ländlichen Gebieten vor allem im Taunus. Aufgrund des Umfangs des Beitrages können hier nur Grundlinien skizziert werden.

## 2. Die Anfänge des Vereinswesens in der Region

Die ersten Vereine wurden in den größeren Städten gegründet. In der Rhein-Main-Taunus-Region entstanden vor allem in Frankfurt schon zu Beginn des 18. Jahrhunderts geschlossene Gesellschaften zum Zweck des Gedankenaustauschs, der musikalischen Unterhaltung oder der Beschäftigung mit wissenschaftlichen Sachverhalten.<sup>6</sup> Auffällig war dabei von vornherein der ständeübergreifende Ansatz im Sinne einer Elitenbildung, denn es fanden sich in ihnen das gehobene städtische Bürgertum, Adlige und akademisch Gebildete zusammen. Ähnliches galt auch für die zeitgleich in Frankfurt entstehende Freimaurerloge.<sup>7</sup> Auf diese Weise bildete sich ein erweiterter Kommunikationsraum für den gebildeten Diskurs heraus. Allerdings waren dies noch weitgehend geschlossene Gesellschaften, die Mitglieder in der Regel nur durch Kooptation aufnahmen.

Eine neue Stufe der Entwicklung manifestierten die im Geist der Aufklärung gegründeten Lesegesellschaften und pragmatisch-nützlichen Gesellschaften gegen Ende des 18. Jahrhunderts – zu letzteren zählte beispielsweise die 1799

6 Roth (wie Anm. 2), S. 176 f., hier das Collegium Musicum, das Collegium Frosch, die Naturwissenschaftlich-technische Gesellschaft und die Alte Gesellschaft.

7 Ebd., S. 123ff., die erste Frankfurter Loge entstand schon 1742.

gegründete Gemeinnützige Gesellschaft in Wetzlar.<sup>8</sup> Diese Vereine strebten eine öffentliche Wirksamkeit an und hatten eine prinzipiell offene Mitgliedschaft. Allerdings sorgte nicht selten der Mitgliedsbeitrag für eine soziale Auslese. Vor allem die Lesegesellschaften waren weit verbreitet und entstanden oft im Zusammenhang mit Leihbüchereien in allen größeren Städten. Allein in Frankfurt gab es mehrere von ihnen, und sogar in Kleinstädten wie in Hachenburg und Usingen sind sie nachweisbar.<sup>9</sup> Gegen Ende des Untersuchungszeitraums, in der Zeit unmittelbar vor und während des Jahres 1848, breiteten sich die Lesevereine auch im ländlichen Bereich der Region aus, wobei häufig Pfarrer als Initiatoren hervortraten.<sup>10</sup> Die Lesegesellschaften boten neben einem kostengünstigeren Zugang zu den teuren Zeitungen und Publikationen auch die Möglichkeit zum Meinungs- und Erfahrungsaustausch und zum Rasonnement über das Gelesene.

Es folgten die Casino- und Museumsgesellschaften, die in Frankfurt, Gießen, Wetzlar und Wiesbaden meist zu Beginn des 19. Jahrhunderts gegründet wurden, manche aus Lesegesellschaften oder in Zusammenhang damit.<sup>11</sup> Dieser neue Typ geselliger Vereine, der sich in den städtischen Zentren herausbildete, war in der Regel durch ein ausgeprägtes Interesse seiner Mitglieder für Kultur und Bildung gekennzeichnet. Die Ausrichtung und Zusammensetzung dieser Gesellschaften hing stets eng mit der jeweiligen städtischen Sozialstruktur zusammen. In der Regel kamen in ihnen stadtbürgerliche Honoratioren

- 8 Vgl. Hans-Werner Hahn: Altständisches Bürgertum zwischen Beharrung und Wandel. Wetzlar 1689-1870, München 1991, S. 399; Eckhart G. Franz: „Im Verein pulsiert das Leben...“. Vereinsgeschichte und Geschichtsvereine in Wetzlar, in: Mitteilungen des Wetzlarer Geschichtsvereins 43 (2007), S. 43-55, hier S. 45. Zu den Lesegesellschaften vgl. Marlies Prüsener: Lesegesellschaften im 18. Jahrhundert. Ein Beitrag zur Lesergeschichte, in: Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel – Frankfurter Ausgabe – Nr. 10 vom 4.2.1972, S. 189-301; Otto Dann (Hrsg.): Lesegesellschaften und bürgerliche Emanzipation. Ein europäischer Vergleich, München 1981; zu den patriotischen Gesellschaften Rudolf Vierhaus (Hrsg.): Deutsche patriotische und gemeinnützige Gesellschaften, München 1980; dazu auch Richard van Dülmen: Die Gesellschaft der Aufklärer. Zur bürgerlichen Emanzipation und aufklärerischen Kultur in Deutschland, 2. Aufl., Frankfurt a. M. 1996.
- 9 Roth (wie Anm. 2), S. 176 f., die erste Frankfurter Lesegesellschaft entstand um 1770, die Lesegesellschaft des Buchhändlers Eßlinger 1788. Vgl. auch Hans-Werner Hahn: Umbruch oder Aufbruch? Die Stadt Gießen und ihre Bürger zwischen 1770 und 1830, in: Ludwig Brake/Heinrich Brinkmann (Hrsg.): 800 Jahre Gießener Geschichte 1197-1997, Gießen 1997, S. 117-149, hier S. 137 f.; Michael Wettengel: Die Revolution von 1848/49 im Rhein-Main-Raum: Politische Vereine und Revolutionsalltag im Großherzogtum Hessen, Herzogtum Nassau und in der Freien Stadt Frankfurt, Wiesbaden 1989, S. 399 f. u. 443 f.; Prüsener (wie Anm. 8), S. 275-294; Guntram Müller-Schellenberg: Wiesbadens Pressegeschichte. Von Napoleon bis Adenauer, Bd. 1, Taunusstein 2011, S. 3ff.; Hardtwig (wie Anm. 5), S. 13.
- 10 Vgl. Ueber Dorfbibliotheken und Lesevereine, in: Landwirthschaftliches Wochenblatt für das Herzogthum Nassau, 30, N.F. 6 (1848), S. 38 f.
- 11 So in Wiesbaden, vgl. Thomas Weichel: Die Bürger von Wiesbaden: Von der Landstadt zur „Weltkurstadt“ (1780-1914), München 1997, S. 126-130; Franz Götting: Die Geschichte der Wiesbadener Casino-Gesellschaft, in: 150 Jahre Wiesbadener Casino-Gesellschaft, Wiesbaden 1966, S. 5-41.

und Angehörige des Bildungsbürgertums mit höheren Beamten und Offizieren zusammen. Neben der Tendenz zur gruppenübergreifenden Verschmelzung im Sinne einer bürgerlichen Vergesellschaftung zeigte sich im Vereinswesen insgesamt ein Trend hin zur Differenzierung nach unterschiedlichen Interessen und Zwecken, wie dies bei den naturwissenschaftlichen, historischen und musischen Vereinen deutlich wurde.<sup>12</sup> Den nicht konfessionell gebundenen Vereinen war in der Regel die Überwindung der konfessionellen Schranken innerhalb der christlichen Religion gemeinsam.

Frauen konnten im Vormärz keine Mitgliedschaft in den hier vorgestellten Vereinen erwerben. Allerdings war beispielsweise in Frankfurt der Zutritt von Damen zu den Veranstaltungen der Casino-Gesellschaft ausdrücklich erwünscht, und dies dürfte auch bei anderen geselligen Gesellschaften der Fall gewesen sein.<sup>13</sup> Generell wurden weibliche Vereine relativ früh in der Region gegründet. Bereits 1810 sind in Frankfurt die ersten Initiativen zur Gründung eines Frauenvereins zur Förderung des „weiblichen Kunstfleißes“ nachweisbar, aus dem drei Jahre später im Zuge der Befreiungskriege der „Vaterländische Frauenverein“ entstand, der sich der Pflege von Verwundeten widmen wollte. Aus diesem Verein entwickelte sich später der Frankfurter Frauenverein für wohltätige Zwecke.<sup>14</sup> Wohltätige Frauenvereine bildeten sich 1815-1817 in mehreren hessischen und nassauischen Städten sowie im preussischen Wetzlar.<sup>15</sup> Ein karitatives Engagement in der Öffentlichkeit war für Frauen gesellschaftlich akzeptiert und daher ein klassischer Ansatzpunkt für weibliche Vereinsgründungen.<sup>16</sup>

Manche Regierungen deutscher Staaten zeigten sich aufgeschlossen für das Vereinswesen, das sie für ihre Zwecke nutzen wollten. Besonders früh ergriff die Regierung in Nassau die Initiative, wo 1820 ein Landwirtschaftlicher Verein und bereits 1812 eine „Altertumsgesellschaft für das Herzogthum Nassau und die angrenzenden Länder“ ins Leben gerufen wurden; letztere sollte wohl

12 Vgl. Hardtwig (wie Anm. 5), S. 15ff.

13 Roth (wie Anm. 2), S. 180f.; vgl. zu Frauen im Vereinswesen des Vormärz u. a. Ulrike Weckel: Der „mächtige Geist der Assoziation“. Ein- und Ausgrenzung bei der Geselligkeit der Geschlechter im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert, in: *Archiv für Sozialgeschichte* (AfS) 38 (1998), S. 57-77; Gisela Mettele: Bürgerliche Frauen und das Vereinswesen im Vormärz. Zum Beispiel in Köln, in: *Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung* (JzLF) 5 (1993), S. 23-45.

14 Roth (wie Anm. 2), S. 187 f.

15 Vgl. Weichel (wie Anm. 11), S. 130f., 186; Wettengel (wie Anm. 9), S. 31; Franz (wie Anm. 8), S. 45; Dirk Reder: *Frauenbewegung und Nation. Politische Frauenvereine in Deutschland im frühen 19. Jahrhundert (1813-1830)*, Köln 1998; Ute Planert: *Der Mythos vom Befreiungskrieg: Frankreichs Kriege und der deutsche Süden: Alltag – Wahrnehmung – Deutung 1792-1841*, Paderborn u. a. 2007, S. 489ff.; vgl. als Überblick Rita Huber-Sperl: *Bürgerliche Frauenvereine in Deutschland im „langen“ 19. Jahrhundert – eine Überblicksskizze (1780-1910)*, in: Dies. (Hrsg.): *Organisiert und engagiert. Vereinskultur bürgerlicher Frauen im 19. Jahrhundert in Westeuropa und den USA*, Königstein/ Ts. 2002, S. 41-74.

16 Vgl. Mettele (wie Anm. 13), S. 29.

nicht zuletzt der staatlichen Legitimation und Integration des jungen Herzogtums dienen.<sup>17</sup> Neben historischen und landwirtschaftlichen Vereinen wurden insbesondere auch Gewerbevereine und wohltätige Vereine von staatlicher Seite gefördert. Als vereinsfreundlich erwies sich selbst die preußische Verwaltung in Wetzlar, die nicht nur einen Landwirtschaftlichen Verein und einen Sparkassenverein initiierte, sondern auch einen Verein „gegen den Ankauf gestohlenen Holzes“.<sup>18</sup>

### 3. Die ersten politischen Vereine

Im Grunde hatten der freie Meinungs-austausch und die Erörterung öffentlicher Belange zwischen Mitgliedern eines Lesevereins oder einer Casinogesellschaft bereits eine politische Qualität, ebenso wie die Aktivitäten von Vereinen zur Verbesserung der sozialen Lage. Schon die demokratische Struktur der Vereine mit der formalen Gleichheit ihrer Mitglieder, gewählten Vorständen und der Entscheidungsbefugnis der Mitgliederversammlung stand in offenem Kontrast zu den sie umgebenden monarchisch regierten Staaten. Der bereits zitierte Welcker stellte daher fest, dass die politischen Vereine eigentlich „durch gar keine erkennbare Grenzlinie von den nicht politischen zu sondern“ waren.<sup>19</sup> Trotz dieser sicherlich zutreffenden Beobachtung der dem Vereinswesen insgesamt innewohnenden Tendenz zur Partizipation an öffentlichen Angelegenheiten stellten Vereine, die offen für politische Ziele warben, dennoch einen grundlegend neuen Entwicklungsschritt dar.

Im Herzogtum Nassau und im Großherzogtum Hessen kam es bereits 1814 im Zuge der Befreiungskriege zu den ersten Gründungen dezidiert politischer Vereine, den sogenannten „Teutschen Gesellschaften“, die sich zu einer politischen Zielsetzung bekannten und eine Änderung bestehender Verhältnisse anstrebten. Sie entstanden vor dem Hintergrund des Bündniswechsels der Regierungen Hessen-Darmstadts und Nassaus, die sich nach der Völkerschlacht

17 Vgl. Wolf-Heino Struck: Gründung und Entwicklung des Vereins für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung, in: Nassauische Annalen 84 (1973), S. 98-144; Fritz Geisthardt: Idsteins Geschichte, Idstein 1979, S. 109ff.; Otto Renkhoff: Die Geschichte des Hofs Gassenbach mit einer Darstellung der landwirtschaftlichen Reformen in Nassau, in: Nassauische Annalen 57 (1937), S. 230-293; Hans-Joachim Häbel: Land- und Forstwirtschaft, in: Herzogtum Nassau 1806-1866. Politik – Wirtschaft – Kultur, Wiesbaden 1981, S. 173-185, hier S. 177.

18 Vgl. Hahn (wie Anm. 8), S. 400. Zum Landwirtschaftlichen Verein und zum Gewerbeverein im Großherzogtum Hessen vgl. Peter Fleck: Agrarreformen in Hessen-Darmstadt. Agrarverfassung, Reformdiskussion und Grundlastenablösung (1770-1860), Darmstadt u. a. 1982, S. 317 f.; ders.: „Darmstädter Realismus“ im Vormärz: Realschulwesen, Berufsbildungsfrage und höhere technische Bildung im Großherzogtum Hessen, Darmstadt u. a. 1999, S. 121ff. u. 134ff.

19 Welcker (wie Anm. 4), S. 42.

von Leipzig quasi in letzter Minute im November 1813 dem siegreichen anti-napoleonischen Bündnis anschlossen. Die Aushebung von nassauischen und hessischen Soldaten gegen Napoleon trug Züge einer Volksbewaffnung und löste in Teilen des gebildeten Bürgertums der Region eine nationale Begeisterung aus.<sup>20</sup> Diese bildete die Grundlage für die hier im Vergleich mit anderen Teilen Deutschlands sehr frühe Konstituierung politischer Vereine.

Die Deutschen Gesellschaften beruhten vor allem auf dem antinapoleonischen und nationalistischen Gedankengut eines Ernst Moritz Arndt, der zu dieser Zeit als Mitarbeiter des Freiherrn vom Stein in Frankfurt tätig war. Schon im Frühjahr 1814 formulierte Arndt seine Pläne für Deutsche Gesellschaften zur Förderung der nationalen Einigung.<sup>21</sup> Die erste dieser Gesellschaften wurde im nassauischen Idstein gegründet. Ihre Statuten wurden am 24. August 1814 beschlossen, doch bestand der Verein bereits vorher.<sup>22</sup> Seine Mitglieder bekannten sich dazu, „wahre Deutsche zu sein bis in den Tod [und] die der deutschen Nation eigenen Tugenden Edelmut, Treue, Tapferkeit, Frömmigkeit“ zu beleben und zu verbreiten.<sup>23</sup> Ähnliche Gesellschaften bildeten sich schon bald danach in Langenschwalbach und Wiesbaden sowie auf hessischer Seite in Butzbach, Darmstadt und Gießen, wo Studenten eine „Teutsche Lesegesellschaft zur Erreichung vaterländischer Zwecke“ errichteten. Darüber hinaus gab es zahlreiche Kontaktpersonen in anderen Städten in der Rhein-

- 20 Winfried Schüler: *Das Herzogtum Nassau 1806-1866*, Wiesbaden 2006, S. 52; Eckhart G. Franz/Fritz Kallenberg/Peter Fleck (Bearb.): *Großherzogtum und Volksstaat Hessen 1806-1945*, in: *Handbuch der hessischen Geschichte*, Bd. 4: *Hessen im Deutschen Bund und im neuen Deutschen Reich. (1806) 1815 bis 1945*, 2. Tlbd., Marburg 2003, S. 733ff.; Peter Wacker: *Das herzoglich-nassauische Militär 1813-1866. Militärgeschichte im Spannungsfeld von Politik, Wirtschaft und sozialen Verhältnissen eines deutschen Kleinstaates*, Taunusstein 1998, S. 26ff. u. 41ff., durch das Edikt vom 4./5.12.1813 wurde der nassauische Landsturm aufgeboten, vgl. ebd. S. 49-57. Zu den Deutschen Vereinen: Karin Luys: *Die Anfänge der deutschen Nationalbewegung von 1815 bis 1819*, Münster 1992; Friedrich Meinecke: *Die deutschen Gesellschaften und der Hoffmannsche Bund. Ein Beitrag zur Geschichte der politischen Bewegungen in Deutschland im Zeitalter der Befreiungskriege*, Stuttgart 1891; zu den regionalen Differenzierungen und der Problematik der Bezeichnung „Befreiungskrieg“ neuerdings Planert (wie Anm. 15), S. 482ff. u. 487ff.
- 21 Vgl. Franz/Kallenberg/Fleck (wie Anm. 20), S. 735; Luys (wie Anm. 20), S. 29ff.
- 22 Vgl. Kurt Richter: *Ludwig Snells politische Wirksamkeit in den Jahren 1812-1827*, in: *Nassauische Annalen* 53 (1933), S. 85-128, hier S. 97 f.
- 23 Statuten der Deutschen Gesellschaft in Idstein, zitiert nach Schüler (wie Anm. 20), S. 54; vgl. auch Geisthardt (wie Anm. 17), S. 114; Weichel (wie Anm. 11), S. 93 f. Zu den aus den Erfahrungen kriegerischer Gewalt hervorgegangenen nationalen Legitimationsmustern vgl. Jörn Leonhard: *Bellizismus und Nation. Kriegsdeutung und Nationsbestimmung in Europa und den Vereinigten Staaten 1750-1914*, München 2008.



Main-Taunus-Region.<sup>24</sup> Am 18. Oktober 1814 begingen die Deutschen Gesellschaften zum Jahrestag der Völkerschlacht bei Leipzig ein Nationalfest mit großen Freudenfeuern im Taunus, Westerwald, in der Wetterau und Rheinhessen.<sup>25</sup>

Zu den Initiatoren der Deutschen Gesellschaften zählten neben den Brüdern Carl Theodor und Friedrich Gottlieb Welcker, beide zu dieser Zeit Professoren in Gießen, der Solmsische Justizrat Carl Hoffmann in Rödelheim, der Konrektor der Lateinschule in Butzbach Friedrich Ludwig Weidig sowie die Brüder Wilhelm und Ludwig Snell aus Nassau, Hofgerichtsadvokat der eine und Prorektor am Idsteiner Gymnasium der andere. Alle Genannten spielten später noch eine herausragende Rolle in der politischen Opposition.<sup>26</sup> Die Mitglieder der Deutschen Gesellschaften waren in der Mehrzahl Pfarrer, Advokaten, Lehrer, Ärzte, Studenten und meist jüngere Beamte, daneben aber auch Angehörige stadtbürgerlicher Berufe, wie dies beispielsweise für Wiesbaden und Darmstadt nachgewiesen werden kann.<sup>27</sup> Die interne Struktur der Deutschen Gesellschaften war straff: Die Verwendung französischer Begriffe durch Mit-

- 24 Vgl. Richter (wie Anm. 22); Franz/Kallenberg/Fleck (wie Anm. 20), S. 736; Paul Krüger: „Hochverräterische Unternehmungen“ in Studentenschaft und Bürgertum des Vormärz in Oberhessen (bis 1838), in: Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins N.F. 49/50 (1965), S. 73-136, hier S. 78 f.; Wolf-Heino Struck: Das Streben nach bürgerlicher Freiheit und nationaler Einheit aus der Sicht des Herzogtums Nassau, in: Nassauische Annalen 77 (1966), S. 142-216, hier S. 152 f.; Wettengel (wie Anm. 9), S. 29; Erich Zimmermann: Für Freiheit und Recht! Der Kampf der Darmstädter Demokraten im Vormärz (1815-1848), Darmstadt 1987, S. 17ff.; Herman Haupt: Wilhelm Snell und sein Deutscher (sog. Hoffmannscher) Bund von 1814-1815 und dessen Einwirkung auf die Urburschenschaft, in: Quellen und Darstellungen zur Geschichte der Burschenschaft und der deutschen Einheitsbewegung, hrsg. von Hermann Haupt u. Paul Wentzcke, Bd. 13, Heidelberg 1932, S. 133-208; Luys (wie Anm. 20), S. 43ff.
- 25 Vgl. u. a. Dieter Düding: Das deutsche Nationalfest von 1814: Matrix deutscher Nationalfeste im 19. Jahrhundert, in: Ders./Peter Friedemann/Paul Münch (Hrsg.): Öffentliche Festkultur. Politische Feste in Deutschland von der Aufklärung bis zum Ersten Weltkrieg. Reinbek 1988, S. 67-88.
- 26 Vgl. Wolfgang Klötzer: Hoffmann, Karl, in: NDB 9 (1972), S. 431; Richter (wie Anm. 22); Stefan G. Schmid: Snell, Wilhelm, in: NDB 24 (2010), S. 516-518; ders.: Snell, Ludwig, in: NDB 24 (2010), S. 515-516; Helma Brunck: Die Brüder Ludwig und Wilhelm Snell und die Verfassungsdiskussion im Herzogtum Nassau, in: Fürstenhof und Gelehrtenrepublik, Wiesbaden/ Eltville 1996, S. 72-83; Rainer Schöttle: Politische Theorien des süddeutschen Liberalismus im Vormärz: Studien zu Rotteck, Welcker, Pfizer, Murhard, Baden-Baden 1994; Karl Mihm: Alexander Friedrich Ludwig Weidig. Ein Beitrag zur Geschichte des vormärzlichen Liberalismus, in: Archiv für Hessische Geschichte und Altertumskunde, N.F. 15 (1928), S. 348-384 u. 574-608; Harald Braun: Das politische und turnerische Wirken von Friedrich Ludwig Weidig. Ein Beitrag zur Geschichte der revolutionären Bestrebungen im deutschen Vormärz, St. Augustin 1983; Dieter Wolf/ Annette Reiter (Red.): Friedrich Ludwig Weidig, 1791-1837: Neue Beiträge zur 200. Wiederkehr seines Geburtstages, Butzbach 1991; Hans-Joachim Müller (Hrsg.): Friedrich Ludwig Weidig. Gesammelte Schriften, Darmstadt 1987.
- 27 Vgl. Weichel (wie Anm. 11), S. 94. In Darmstadt scheint ein Ableger der Gießener Verbindung bestanden zu haben, vgl. Zimmermann (wie Anm. 24), S. 17ff.



glieder wurde rigide sanktioniert, und vier „Rüger“ kontrollierten die öffentlichen Stellungnahmen von Mitgliedern in Wort und Schrift.<sup>28</sup> Zunehmend wurden aus diesen Kreisen auch liberale und demokratische Forderungen nach politischer Teilhabe der Bevölkerung erhoben. War der Gegner bis 1815 noch vorwiegend das napoleonische Herrschaftssystem, so richtete sich die Nationalbewegung zunehmend auch gegen die deutschen Fürsten, die in den Augen der Opposition dem deutschen Volk seine Selbstbestimmungsrechte vorenthielten.<sup>29</sup> Auch die in Artikel 13 der Bundesakte versprochenen landständischen Verfassungen<sup>30</sup> erfüllten, soweit sie überhaupt eingeführt wurden, deren Erwartungen meist nicht.

In Gießen zählte der Student Carl Follen zu den Wortführern der dortigen Teutschen Lesegesellschaft, aus der 1815 die Studentenverbindung Germania hervorging, die auch Germanenbund genannt wurde. Wegen ihrer dunklen Kleidung, die auf Anregungen Arnchts zurückging und der Uniform des Lützowschen Freikorps angelehnt war, wurden diese national gesonnenen Studenten als „Schwarze“ bezeichnet. Im studentischen Milieu Gießens entstand somit ein politischer Verein im Zusammenhang mit frühburschenschaftlichen Organisationsbildungen.<sup>31</sup> In einem Prozess der zunehmenden Radikalisierung rechtfertigte Follen zur Durchsetzung der Volksfreiheit schließlich auch Gewalt und Tyrannenmord.<sup>32</sup> Diese radikalen Tendenzen bei einem Teil der akademischen Jugend boten später die Rechtfertigung für ein massives staatliches Vorgehen gegen studentische Verbindungen. Schon im August 1818 bemerkte das hessische Staatsministerium, es sei nicht zu dulden, wenn Studenten „sich so weit vergäßen, sich tätig und auffordernd in öffentliche Angelegenheiten zu mischen, zu deren Beurteilung ihnen die Reife des Verstandes gänzlich ermangele“.<sup>33</sup>

Etwa gleichzeitig wurde im Rhein-Main-Taunus-Gebiet auch die Turnbewegung begründet. Angeregt durch Friedrich Ludwig Jahn, für den das Turnen

28 Vgl. Hans Wißkirchen: Die Butzbacher Deutsche Gesellschaft und ihre Beeinflussung durch Ernst Moritz Arndt, in: Burghard Dedner (Hrsg.): Das Wartburgfest und die oppositionelle Bewegung in Hessen, Marburg 1994, S. 161-181, hier S. 162 f.

29 Vgl. ebd., S. 176 f.

30 Ernst Rudolf Huber (Hrsg.): Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 1: Deutsche Verfassungsdokumente 1803-1850, Stuttgart, <sup>3</sup>1978, S. 88.

31 Vgl. Luys (wie Anm. 20), S. 123ff. u. 131ff.; Wolfgang Hardtwig: Studentische Mentalität – politische Jugendbewegung – Nationalismus. Die Anfänge der deutschen Burschenschaft, in: Historische Zeitschrift (HZ) 242 (1986), S. 581-628, hier S. 590; Hans-Walther Roth: Studentische Opposition in Oberhessen zwischen 1800 und 1850, in: Einst und jetzt 17 (1972), S. 7-16.

32 Vgl. Krüger (wie Anm. 24), S. 79ff.; Luys (wie Anm. 20), S. 141; Herman Haupt: Karl Follen und die Gießener Schwarzen, in: Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins N.F. 15 (1907), S. 1-156; Frank Mehring: Karl/Charles Follen: Deutsch-Amerikanischer Freiheitskämpfer, Gießen 2004; Ernst Rose: Follen, Karl, in: NDB 5 (1961), S. 286 f.

33 Zitiert nach Zimmermann (wie Anm. 24), S. 29.

nicht nur Körperertüchtigung, sondern auch eine eminent politische Betätigung im Sinne einer nationalen Wehrhaftmachung für den Kampf gegen Frankreich war, erfasste die Bewegung reformerisch orientierte und national gesonnene Pädagogen, Studenten und Schüler. Die meist jugendlichen Turner stellten eine Art früher Jugendbewegung dar, die mit den politischen Vorstellungen und den gesellschaftlichen Verhaltensnormen ihrer Zeit brach. Dies wurde auch in Kleidung und Umgang deutlich, die auf eine Überwindung von Standesgrenzen abzielten: Turner trugen einheitlich graue Leinenkleidung und sprachen sich mit dem brüderlichen „Du“ an. Schon 1814 richtete Friedrich Ludwig Weidig auf dem Schrenzer bei Butzbach den ersten hessischen Turnplatz ein, auf dem Turn- und Exerzierübungen stattfanden.<sup>34</sup> Außer in Butzbach entstanden in Gießen, Darmstadt und Hanau Turngemeinden, und auch in Frankfurt, wo „Turnvater“ Jahn 1815 zu Besuch weilte, wurden auf seine Initiative hin öffentliche Turnübungen abgehalten.<sup>35</sup> Während in den frühen Turnvereinen zunächst in paternalistischer Manier meist ältere, aus Honoratioren bestehende Turnräte bestimmenden Einfluss ausübten, setzte sich schon 1818 im kurhessischen Hanau die freie Wahl der Turnwarte und Vorturner durch.<sup>36</sup> Eine gesellschaftliche Dynamik war entfesselt worden, die auch die innere Struktur des Vereinswesens ergriff. Innerhalb kurzer Zeit entwickelte sich eine Vielzahl von politischen Organisationsbestrebungen, die die Regierungen beunruhigten.

Als erster Staat verbot das Herzogtum Nassau die Deutschen Gesellschaften schon im Februar 1815. Der Herzog hatte sein Missfallen über deren Bestrebungen mit der klassischen Formulierung bekundet, es „ist eine ebenso unvernünftige als gesetzwidrige Idee, wenn Privatpersonen glauben mögen, berufen oder ermächtigt zu sein, einzeln oder auch in Verbindung mit andern selbständig oder unmittelbar jetzt als künftig zu den großen Nationalangelegenheiten Deutschlands mitzuwirken“.<sup>37</sup> Der unmittelbare Auslöser für die Maßnahme waren vermutlich die Agitationsreisen von Justizrat Hoffmann, die

34 Vgl. Braun, Weidig (wie Anm. 26), S. 31.

35 Vgl. Dieter Düding: Organisierte gesellschaftlicher Nationalismus in Deutschland (1808-1847). Bedeutung und Funktion der Turner- und Sängervereine für die deutsche Nationalbewegung, München 1984, S. 59-70; Roth (wie Anm. 2), S. 413; Dieter Langewiesche: „...für Volk und Vaterland kräftig zu wirken...“ Zur politischen und gesellschaftlichen Rolle der Turner zwischen 1811 und 1871, in: Ommo Gruppe (Hrsg.): Kulturgut oder Körperkult? Sport und Sportwissenschaft im Wandel, Tübingen 1990, S. 22-61; Jörg Schweigard: Politische Turnvereine in Deutschland 1817-1849, in: Helmut Reinalter (Hrsg.): Politische Vereine, Gesellschaften und Parteien in Zentraleuropa 1815-1848/49, Frankfurt a. M. 2005, S. 51-87; zu den badischen Turnvereinen vgl. Lothar Wieser: Die „künftige Armee der radikalen Partei“? – Badische Turner in Vormärz und Revolution von 1848/49, in: Martin Furtwängler/Christiane Pfanz-Sponagel/Martin Ehlers (Hrsg.): Nicht nur Sieg und Niederlage. Sport im deutschen Südwesten im 19. und 20. Jahrhundert, Ostfildern 2011, S. 123-154.

36 Vgl. Düding (wie Anm. 35), S. 68.

37 Meinecke (wie Anm. 20), S. 30; Struck, Streben (wie Anm. 24), S. 152.

bei der nassauischen Regierung Befürchtungen hervorriefen. Da ein solches Verbot offenbar schon erwartet worden war, hatten die Initiatoren der Deutschen Gesellschaften zeitgleich mit den Vereinen auch einen geheimen Bund gegründet. Dieser sogenannte Hoffmannsche Bund löste sich jedoch schon 1815 wieder auf, da der außenpolitische Kurswechsel Preußens und die Gründung der Heiligen Allianz die Pläne einer nationalen Einigungsbewegung unter preußischer Führung obsolet werden ließen.<sup>38</sup>

Als am 18. Oktober 1817 unter reger Beteiligung hessischer Studenten auf der Wartburg ein sogenanntes Nationalfest stattfand, zu dem die Jenaer Burschenschaft eingeladen hatte, alarmierte dies die Obrigkeit. Neben Bücheratrappen angeblich reaktionärer Autoren wurden auch Uniformteile und andere Gegenstände symbolisch verbrannt.<sup>39</sup> In dieser angespannten Lage wirkten die Ermordung des Schriftstellers und russischen Generalkonsuls August von Kotzebue in Mannheim am 23. März 1819 durch den Studenten Carl Ludwig Sand und der gescheiterte Anschlag des Apothekers Carl Löning auf den nassauischen Regierungspräsidenten Carl Ibell am 1. Juli wie ein Fanal. Sand war Burschenschafter und Turner und besaß enge Verbindungen zu Carl Follen; Löning hingegen hatte der Deutschen Gesellschaft in Idstein angehört. Nicht nur in nassauischen und hessischen Regierungskreisen breitete sich Revolutionsfurcht aus. Der österreichische Staatskanzler Fürst von Metternich nutzte diese Stimmung bei den Karlsbader Ministerialkonferenzen vom August 1819, die zu den Karlsbader Beschlüssen führten. Am 20. September 1819 wurden diese von der Deutschen Bundesversammlung bestätigt. Sie hatten eine umfassende Bekämpfung liberaler und nationaler Bestrebungen zur Folge, so unter anderem die disziplinarische und strafrechtliche Verfolgung sogenannter Demagogen, die Auflösung der Burschenschaften und Überwachung der Universitäten, die Zensur der Presse, die Schließung der Turnplätze, das Verbot

38 Vgl. Franz/Kallenberg/Fleck (wie Anm. 20), S. 736; Philipp Menger: Die Heilige Allianz – „La garantie religieuse du nouveau système Européen“?, in: Wolfram Pyta (Hrsg.): Das europäische Mächtekonkordat. Friedens- und Sicherheitspolitik vom Wiener Kongreß 1815 bis zum Krimkrieg 1853, Stuttgart 2009, S. 209-236; Werner Näf: Zur Geschichte der Heiligen Allianz, Bern 1928; Wolfram Pyta: Idee und Wirklichkeit der „Heiligen Allianz“, in: Frank-Lothar Kroll (Hrsg.): Neue Wege der Ideengeschichte. Festschrift für Kurt Kluxen zum 85. Geburtstag, Paderborn 1996, S. 315-345.

39 Vgl. u.a. Klaus Malettko (Hrsg.): 175 Jahre Wartburgfest. 18. Oktober 1817 – 18. Oktober 1992, Heidelberg 1992; Peter Brandt: Das studentische Wartburgfest vom 18./19. Oktober 1817, in: Düding u. a. (Hrsg.): Öffentliche Festkultur (wie Anm. 25), S. 89-112; Helmut Asmus: Das Wartburgfest. Studentische Reformbewegungen 1770-1819, Magdeburg 1995.

von Turnvereinen sowie die Einsetzung einer Zentraluntersuchungskommission in Mainz.<sup>40</sup>

#### 4. Von den Karlsbader Beschlüssen zu den Bundesbeschlüssen von 1832 und ihren Folgen

Im Großherzogtum Hessen wurden als Folge der Karlsbader Beschlüsse politische Gesellschaften, Burschenschaften und Turnvereine verboten. Davon betroffen war hier insbesondere auch die hessen-darmstädtische Verfassungsbewegung, die sich 1818/19 für eine auf „echte Volksvertretung gegründete landständische Verfassung“ einsetzte, die auf dem „Wege des Vertrages festgesetzt werden möge“.<sup>41</sup> Dennoch ist es bemerkenswert, dass der am 17. Dezember 1820 erlassenen Verfassung für das Großherzogtum Hessen eine in ihrer Breite beeindruckende Volksbewegung vorausging: Allein in Oberhessen hatte die Verfassungsbewegung durch Protestversammlungen in Gießen am 17. Juli 1818 sowie in Grünberg am 23. August und 20. Dezember 1818 großen Rückhalt in der Bevölkerung erhalten.<sup>42</sup>

Da öffentliche Parteinahmen für liberale und nationale Ziele unterdrückt wurden, bekundete die politische Opposition in den deutschen Ländern ihre Sympathien für die Bestrebungen zur Selbstbestimmung anderer Nationen. Auf diese Weise konnten vergleichbare politische Zielsetzungen im eigenen Land propagiert werden, ohne dass dies offen ausgesprochen werden musste. Den Anfang machte die sogenannte Philhellenenbewegung, die zugunsten des griechischen Unabhängigkeitskampfes seit 1821 Geld sammelte. Unterstützungsvereine bildeten sich in Oberhessen beispielsweise in Gießen und Butzbach, darüber hinaus wurde an vielen Orten Geld gesammelt.<sup>43</sup> Aus dem Gebiet des heutigen Hessen meldeten sich 39 Freiwillige, um an den Kämpfen der griechischen Freiheitsbewegung gegen die osmanische Herrschaft aktiv teil-

40 Vgl. Huber (wie Anm. 30), S. 100ff. Dazu u. a. Edgar Liebmann: Der Deutsche Bund, in: Werner Daum u. a. (Hrsg.), Handbuch der europäischen Verfassungsgeschichte im 19. Jahrhundert. Institutionen und Rechtspraxis im gesellschaftlichen Wandel. Bd. 2: 1815-1847, Bonn 2012, S. 783-822; Jürgen Müller: Der Deutsche Bund 1815-1866, München 2006, S. 8 f.

41 Franz/Kallenberg/Fleck (wie Anm. 20), S. 748-750; vgl. ferner Siegfried Büttner: Die Anfänge des Parlamentarismus in Hessen-Darmstadt und das Thilsche System, Darmstadt 1969, S. 246; Zimmermann (wie Anm. 24), S. 271-274.

42 Vgl. Franz/Kallenberg/Fleck (wie Anm. 20), S. 750 f.; solche Versammlungen fanden auch an anderen Orten des Großherzogtums Hessen statt, vor allem in den standesherrlichen Gebieten.

43 Vgl. Christoph Hauser: Anfänge bürgerlicher Organisation: Philhellenismus und Frühliberalismus in Südwestdeutschland, Göttingen 1990, S. 29ff. u. 34 f.; dazu zuletzt auch Anne-Rose Meyer (Hrsg.): Vormärz und Philhellenismus, in: Jahrbuch Forum Vormärz Forschung 18 (2012).

zunehmen, darunter der Wiesbadener Republikaner Georg Böhning und der ehemalige Darmstädter Schwarze Carl Kahl, der 1825 bei Nauplia im Kampf fiel.<sup>44</sup>

Noch stärker war die Anteilnahme für den Unabhängigkeitskampf der Polen gegen das zaristische Russland seit November 1830. Vor allem nach der Niederschlagung des Aufstandes 1831 erhob sich eine Welle der Hilfsbereitschaft. Um die Verpflegung und Versorgung der polnischen Soldaten zu organisieren, die durch Deutschland in die französische Emigration zogen, wurden Vereine gegründet, die über die karitativen Zwecke hinaus als Manifestationen der eigenen nationalen Ziele dienten. Die Vereine waren meist informelle Gründungen ohne besondere Satzung. Wie bei der Philhellenenbewegung so traten auch bei der Unterstützung der polnischen Flüchtlinge wieder führende Liberale und Demokraten als Initiatoren hervor. Bemerkenswert war neben der weiten Verbreitung der Vereine vor allem die Beteiligung von Frauen. Ein Beispiel aus der Rhein-Main-Taunus-Region war der „Wetterauer Frauenverein für gastliche Pflege polnischer Patrioten“, der Filialen in Gießen, Friedberg, Butzbach und Nauheim hatte. In allen genannten Orten gab es zudem Polenvereine für männliche Mitglieder, dazu noch in Homburg, Frankfurt, Hofheim und Wiesbaden.<sup>45</sup> Allein in Gießen wurden im Januar 1832 ungefähr 400 polnische

44 Zu Georg Böhning (1788-1849) vgl. Wacker (wie Anm. 20), S. 563 f.; zu Jakob Carl Kahl (1797-1825) vgl. Wilhelm Barth/Max Kehrig-Korn: Die Philhellenenzeit: Von der Mitte des 18. Jahrhunderts bis zur Ermordung Kapodistrias' am 9. Oktober 1831, München 1960, S. 149.

45 Vgl. u. a. Georg W. Stobel: Die liberale deutsche Polenfreundschaft und die Erneuerungsbewegung Deutschlands, in: Peter Ehlen (Hrsg.): Der polnische Freiheitskampf 1830/31 und die liberale deutsche Polenfreundschaft, München 1983, S. 31-47; Jan Kosim: Zur Geschichte der Vereine zur Unterstützung der Polen in Deutschland unter Berücksichtigung der Bayerischen Pfalz und der Landgrafschaft Hessen-Homburg, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 4 (1978), S. 313-355, hier S. 328 u. 353; Christian Waas: Die Chroniken von Friedberg in der Wetterau, Friedberg 1963, S. 43; Jan Kosim: Der polnische Aufstand von 1830 im Spiegel der deutschen Öffentlichkeit und die Zusammenarbeit zwischen deutschen und polnischen Demokraten, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 35 (1986), S. 29-41; Helmut Asmus: Die Polenvereine 1830-1833, in: Reinalter (wie Anm. 35), S. 183-197; Wolf-Heino Struck: Vormärz im Herzogtum Nassau und Hambacher Fest, in: Alois Gerlich (Hrsg.): Hambach 1832. Anstöße und Folgen, Wiesbaden 1984, S. 131-163, hier S. 140; Eberhard Kolb: Polenbild und Polenfreundschaft der deutschen Frühliberalen. Zu Motivation und Funktion außenpolitischer Parteinahme im Vormärz, in: Saeculum 26 (1975), S. 111-127; Wolfgang Michalka/Erardo C. Rautenberg/Konrad Vanja (Hrsg.): Polenbegeisterung. Ein Beitrag im Deutsch-Polnischen Jahr 2005/2006 zur Wanderausstellung „Frühling im Herbst. Vom polnischen November zum deutschen Mai. Das Europa der Nationen 1830-1832“, Berlin 2005; Joachim Kermann: Die deutsch-polnischen Beziehungen zur Zeit des Hambacher Festes, Speyer 1981; Gabriela Brudzyńska-Némec: Polenvereine in Baden. Hilfeleistung süddeutscher Liberaler für die polnischen Freiheitskämpfer 1831-1832, Heidelberg 2006; Joachim Kermann/Gerhard Nestler/Dieter Schiffmann (Hrsg.): Freiheit, Einheit und Europa. Das Hambacher Fest von 1832. Ursachen, Ziele, Wirkungen, Ludwigs-hafen 2006.

Flüchtlinge versorgt.<sup>46</sup> Im Herzogtum Nassau wurde die Sammeltätigkeit des Wiesbadener Polenvereins bereits im April und Mai 1832 verboten.<sup>47</sup>

Inzwischen trat die Opposition vielerorts erneut offen hervor. Im Gefolge der Julirevolution von 1830 in Paris hatte auch in den deutschen Staaten die Hoffnung auf einen politischen Wandel Auftrieb erhalten. In Kurhessen war die liberale Verfassungsbewegung erfolgreich: Angesichts von Unruhen in der Hauptstadt Kassel hatte Kurfürst Wilhelm II. am 15. September 1830 die Einberufung eines konstituierenden Landtags und wenige Tage später die Gewährung einer Verfassung zugesagt.<sup>48</sup> Auch im Großherzogtum Hessen rummte es: Als einer der wichtigsten Wortführer der oberhessischen Demokraten organisierte der Konrektor und spätere Pfarrer Friedrich Ludwig Weidig am 17. Dezember 1831 in Butzbach ein „Konstitutionsfest“ unter breiter Beteiligung der Bürgerschaft, und am 19. Februar 1832 wurde in Gießen beim sogenannten „Fest der Freunde Hessischer Eintracht“ eine Zusammenarbeit zwischen Liberalen in den hessischen Staaten gefordert.<sup>49</sup>

Wenig erfreut waren Liberale und Demokraten dagegen über die gewaltsamen Proteste der oberhessischen Landbevölkerung im September 1830, die sich vor allem gegen die Abgabenbelastung und gegen die Zollgrenzen richteten. Nicht zuletzt aufgrund der Befürchtung, diese könnten von der Regierung als Vorwand für die Unterdrückung der politischen Opposition genutzt werden, bezogen führende hessen-darmstädtische Liberale gegen die protestierenden Bauern öffentlich Stellung.<sup>50</sup>

Das Nationalfest in Hambach am 27. Mai 1832, an dem auch Delegationen aus Oberhessen teilnahmen, führte zu Nachfolgefesten, so am 22. Juni 1832 in Wilhelmsbad bei Hanau, wo zur Steuerverweigerung aufgerufen wurde, um die verfassungsmäßigen Rechte einzufordern und zu verteidigen.<sup>51</sup> Die Initiatoren des Hambacher Festes, Philipp Jakob Siebenpfeiffer und Johann Georg August Wirth, hatten bereits im Januar 1832 im pfälzischen Zweibrücken den Deutschen Vaterlandsverein zur Unterstützung der freien Presse gegründet, der in den hessischen Staaten zahlreiche Anhänger fand. Er repräsentierte einen

46 Vgl. Franz/Kallenberg/Fleck (wie Anm. 20), S. 788.

47 Hessisches Hauptstaatsarchiv (HHStA) Wiesbaden 246/151; Weichel (wie Anm. 11), S. 150 f.

48 Vgl. Ewald Grothe: Verfassungsgebung und Verfassungskonflikt. Das Kurfürstentum Hessen in der ersten Ära Hassenpflug 1830-1837, Berlin 1996.

49 Vgl. Zimmermann (wie Anm. 24), S. 106; Franz/ Kallenberg/ Fleck (wie Anm. 20), S. 786-788.

50 Vgl. Franz/Kallenberg/Fleck (wie Anm. 20), S. 784-786; Christoph Crößmann: Die Unruhen in Oberhessen im Herbst 1830, Darmstadt 1929; Manfred Köhler: Im Feuer der sozialen Republik. Lebensbild des demokratischen Achtundvierzigers Christian Heldmann (1808-1866), Darmstadt 1998, S. 110-114.

51 Vgl. Eckhart G. Franz: Nachhall Hambachs in Kurhessen. Die Volksfeste von Bergen und Wilhelmsbad, in: Ders.: Aus Hessens Geschichte. Aufsätze, Festschrift zum 75. Geburtstag, Darmstadt 2007, S. 273-283; Grothe (wie Anm. 48), S. 209-212.

„relativ weit entwickelten Prototyp einer Parteiorganisation“,<sup>52</sup> der auch Angehörige klein- und unterbürgerlicher Schichten für sich gewann und bestrebt war, sich auf alle deutschen Staaten auszudehnen. Bald bildeten sich Zweigvereine des Pressvereins, die die oppositionelle Presse und ihre Redakteure unterstützten und für die Verbreitung politischer Bildung sorgten. Im April 1832 unterschrieben mehr als 230 Frankfurter Bürger eine Petition für die Wiederherstellung der Pressefreiheit, wobei die Unterzeichnenden aus fast allen Gruppen des städtischen Bürgertums kamen.<sup>53</sup> Außer in Frankfurt wurde unter dem Einfluss Weidigs auch in Butzbach ein Verein gebildet, dem 170 Gründungsmitglieder angehört haben sollen.<sup>54</sup> Mit dem Pressverein wurden die Verbindungen von Liberalen und Demokraten im Süden und Westen des Deutschen Bundes gefestigt, und vor allem im Rhein-Main- und Rhein-Neckar-Raum entstand ein dichtes Kommunikationsnetz.

Die liberal-demokratische Opposition bildete jedoch keine Einheit: Sie reichte von gemäßigten Konstitutionellen, die mit der Gewährung liberaler Zugeständnisse und der tatsächlichen Umsetzung der in den Landesverfassungen garantierten Rechte zufrieden gewesen wären, bis hin zu entschiedenen Republikanern, die einen Umsturz der politischen Verhältnisse und die Einführung einer deutschen Republik anstrebten. Viele gemäßigte Liberale missbilligten beispielsweise das Hambacher Fest und hielten die dort erhobenen Forderungen für zu radikal, während ihnen selbst wiederum mangelnde Entschiedenheit vorgeworfen wurde.<sup>55</sup> Dass die unterschiedlichen Flügel der Opposition dennoch zusammenhielten, war einerseits das Verdienst liberaler Integrationspersönlichkeiten wie des badischen Oppositionspolitikers Johann Adam von Itzstein, andererseits aber eine Folge des Drucks der Regierungen und der restriktiven Beschneidung verfassungsmäßig zugestandener Rechte. Die große Härte, mit der beispielsweise die nassauische Regierung im Domänenstreit gegen den gemäßigt liberalen Kammerpräsidenten Georg Herber vorging, sorgte in weiten Teilen des nassauischen Bürgertums für Empörung.<sup>56</sup>

Bald nach dem Hambacher Fest beschloss der Bundestag neue, noch umfassendere Maßnahmen zur Unterdrückung der Opposition. Der österreichische Staatskanzler Clemens Fürst von Metternich erklärte „die richtige Auffassung des aller Orten lebendigen Vereinswesens [...] zu den wichtigsten

52 Cornelia Foerster: Der Preß- und Vaterlandsverein von 1832/33. Sozialstruktur und Organisationsformen der bürgerlichen Bewegung in der Zeit des Hambacher Festes, Trier 1982, S. 181.

53 Vgl. Roth (wie Anm. 2), S. 374ff.

54 Vgl. Krüger (wie Anm. 24), S. 98.

55 Vgl. Struck, Vormärz (wie Anm. 45), S. 153 f.; Büttner (wie Anm. 41), S. 178 f.

56 Vgl. Wolf-Heino Struck: Vom Kampf um den Verfassungsstaat. Der politische Prozeß gegen den nassauischen Volkskammerpräsidenten Georg Herber 1831/33, in: Nassauische Annalen 79 (1968), S. 182-244.



und zugleich dringendsten Aufgaben des Tages“.<sup>57</sup> Für Metternich untergruben die meisten Vereine das monarchische Regierungssystem: „Man fasse die wie Unkraut hervorschießenden Vereine in's Auge und [...] man wird sich ohne Mühe überzeugen, daß ihre Zwecke meist dem Leben der Staatsgesellschaft feindlich entgegenstehen und daß sie von nützlichen Verbindungen nur die Form tragen.“<sup>58</sup> Metternich forderte daher ein strenges Konzessionssystem des Staates für Vereine: „Deren Grundidee und die zu deren Beförderung in Aussicht gestellten Mittel und Wege müssen der obersten Behörde sonach, bevor der Verein in's Leben tritt, zur Kenntniß gebracht werden, und nur in Folge der Bewilligung der Regierung dürfen Vereine in's wirkliche Leben treten.“<sup>59</sup>

Mit den Bundesbeschlüssen vom 28. Juni und vom 5. Juli 1832 wurden unter anderem alle politischen Vereine und Versammlungen sowie das Tragen von Abzeichen verboten.<sup>60</sup> Auch Vereine, die nicht offen politisch auftraten, wie das von liberalen Juristen in Frankfurt gegründete Mittwochskolleg, wurden aufgelöst.<sup>61</sup> Angesichts der erneuten Unterdrückungsmaßnahmen setzte die Opposition ihre Aktivitäten im Geheimen fort. So wurde beispielsweise in nichtöffentlichen Versammlungen in Frankfurt am 22. Juli und 10. September 1832 die Fortsetzung der Arbeit des Pressvereins unter den neuen, erschwerten Bedingungen besprochen.<sup>62</sup> Es bildeten sich gerade in Oberhessen geheime Verbindungen, deren Ziele angesichts des behördlichen Drucks immer radikaler wurden. Die Verschwörungen mündeten schließlich in den Frankfurter Wachensturm vom 3. April 1833, der allerdings niedergeschlagen wurde und in einem Fiasko endete. Trotz verstärkter Verfolgungen hielt die Opposition in Oberhessen unter der Führung von Weidig zusammen. Georg Büchner gründete im März 1834 zunächst in Gießen eine geheime Gesellschaft der Menschenrechte, und am 3. Juli 1834 fand auf der Badenburg bei Gießen eine Versammlung statt, bei der sich Oppositionelle aus Marburg und Gießen auf

57 Klemens Wenzel Fürst von Metternich: Über das Vereinswesen, in: Fürst Richard Metternich-Winneburg (Hrsg.): Aus Metternich's nachgelassenen Papieren Bd. 7 (5. Bd. des 2. Teils), Wien 1883, S. 137-140, bes. S. 137. Zur Biografie Metternichs vgl. Wolfram Siemann: Metternich. Staatsmann zwischen Restauration und Moderne, München 2010.

58 Fürst von Metternich (wie Anm. 57), S. 138.

59 Ebd., S. 139.

60 Huber (wie Anm. 30), S. 132-135. Vgl. Liebmann (wie Anm. 40).

61 Vgl. Roth (wie Anm. 2), S. 377 f.

62 Vgl. Braun, Weidig (wie Anm. 26), S. 64 f.



gemeinsame politische Ziele einigten.<sup>63</sup> Die Versuche Weidigs und Büchners, in Fortsetzung der Flugschriftenpropaganda mit dem „Leuchter und Beleuchter für Hessen“ und dem „Hessischen Landboten“ die Landbevölkerung zu revolutionieren, führten jedoch nach einem Verrat 1835 zu Weidigs Verhaftung und schließlich zur Zerschlagung der oberhessischen Opposition. Als Weidig am 23. Februar 1837 im Gefängnis in Darmstadt Selbstmord beging, verlor die hessische politische Opposition eine ihrer zentralen Persönlichkeiten.<sup>64</sup>

## 5. Die politische Opposition im Vorfeld der Revolution von 1848/49

Es dauerte fast ein Jahrzehnt, bis sich politische Organisationen neu formieren konnten. Eine wichtige Rolle spielten zunächst die Gesangsvereine, die durch die Pflege deutschen Liedguts dem Herderschen Verständnis von Sprache und Kultur als Ausdruck der „Nationalität“ verpflichtet waren.<sup>65</sup> Die Gesangsvereine breiteten sich rasch bis in kleine Orte aus, wobei an Seminaren ausgebildete Volksschullehrer als Chorleiter eine maßgebliche Rolle spielten. Die Sänger knüpften durch Sängerbünde früh überregionale Kontakte und schlossen sich zu Sängerbünden zusammen. In der Rhein-Main-Taunus-Region gründeten preußische, nassauische und hessische Gesangsvereine schon 1844 den Ländergrenzen übergreifenden Lahntalsängerbund. Nicht alle Gesangsvereine verfolgten politische Ziele, doch vielen Vereinsvorständen gehörten führende Liberale an. So saß neben anderen prominenten Liberalen der spätere Abgeordnete der Nationalversammlung Friedrich Schulz 1847 beim dritten Sängerbundfest in Weilburg im Festausschuss.<sup>66</sup>

Noch wichtiger für die liberal-demokratische Bewegung waren die Turnvereine, deren Mitgliedschaft in der Regel jünger und stärker politisiert war. Noch waren die Turnvereine allerdings in vielen Staaten des Deutschen Bundes verboten, und erst allmählich zeichnete sich ein Wandel ab. Den Anfang mach-

63 Vgl. Thomas Michael Mayer: Die „Gesellschaft der Menschenrechte“ und „Der Hessische Landbote“, in: Georg Büchner: 1813-1837. Revolutionär, Dichter, Wissenschaftler (Katalog), Basel/ Frankfurt a. M. 1987, S. 168-186; Eckhart G. Franz: Das „Brunnenvergiftherhandwerk“ oder die „revolutionäre Bearbeitung des Volkes“, in: Ebd., S. 187-193; Kurt Immelt: Der „Hessische Landbote“ und seine Bedeutung für die revolutionäre Bewegung des Vormärz im Großherzogtum Hessen-Darmstadt, in: Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins N.F. 52 (1967), S. 13-77, hier S. 41 f.

64 Vgl. Wolf/ Reiter (wie Anm. 26); Mihm (wie Anm. 26); Braun, Weidig (wie Anm. 26).

65 Zur Sängerbewegung im Vormärz vgl. Dietmar Klenke: Der singende „deutsche Mann“. Gesangsvereine und deutsches Nationalbewußtsein von Napoleon bis Hitler, Münster 1998; Dieter Langewiesche: Die schwäbische Sängerbewegung in der Gesellschaft des 19. Jahrhunderts – ein Beitrag zur kulturellen Nationsbildung, in: Zeitschrift für württembergische Landesgeschichte 52 (1993), S. 257-301; Sebastian Nickel: Männerchorgesang und bürgerliche Bewegung 1815-1848 in Mitteldeutschland Weimar/ Wien 2013.

66 Vgl. Wettengel (wie Anm. 9), S. 39 f.

te Frankfurt, wo sich 1833 ein Verein unter Leitung von August Ravenstein bilden konnte, der sich mit dem aus Schülern bestehenden „Clässer Turnverein“ zusammenschloss. 1838 gründete Ravenstein eine Turnanstalt, die auch weibliche Schülerinnen aufnahm. Elf Jahre später turnten bereits 38 Mädchen in der Frankfurter Turnanstalt.<sup>67</sup> In Hanau bildete sich vermutlich schon 1835 eine Turngemeinde, die seit 1841 unter der Leitung des deutlich radikaleren späteren Freischaren-Führers August Schärttner stand.<sup>68</sup> Auffallend war wie schon bei der Sängerbewegung die Bedeutung von höheren Schulen und Seminaren für die Entstehung von Turnvereinen. Darüber hinaus sorgten auch wandernde Handwerksgesellen für die Verbreitung des Turnwesens. Zu Beginn der 1840er Jahre wurde in Nassau und Hessen-Darmstadt das Verbot von Turnvereinen gelockert, wobei diese allerdings einer strengen behördlichen Aufsicht unterlagen und ihnen jede politische Betätigung untersagt war. Dessen ungeachtet entstanden innerhalb weniger Jahre bis 1848 insgesamt 21 Vereine in Nassau und mindestens 17 Vereine in Hessen-Darmstadt, einer in Homburg und einer im preußischen Wetzlar. Selbst in einer kleinen Gemeinde wie Anspach bestand ein Turnverein.<sup>69</sup>

Sehr früh wurden Turnfeste organisiert, 1841 in Frankfurt, in den folgenden Jahren in Mainz und Hanau. Nach dem Vorbild des bereits erwähnten Nationalfestes vom Oktober 1814 wurde am 25. Juni 1843 auf dem Großen Feldberg im Taunus das erste Feldbergfest gefeiert, das nun jedes Jahr begangen wurde. So fand am 23. Juni 1844 unter Anwesenheit von tausenden Besuchern nach Gesängen und Ansprachen ein Schauturnen statt.<sup>70</sup> Als unmittelbare Folge der Feldbergfeste kam es zu weiteren Turnvereinsgründungen in kleineren Städten, beispielsweise in Idstein, Dillenburg und Usingen.<sup>71</sup> Turnfahrten und Turnfeste dienten so der Ausbreitung der Turnvereine, der Festigung des Zusammenhalts der Turnbewegung über die Landesgrenzen hinweg und einer

67 Zu August Ravenstein (1809-1881) vgl. Peter H. Meurer: Ravenstein, in: NDB, Bd. 21, Berlin 2003, S. 221 f.; zum Frauenturnen vgl. Gertrud Pfister: 1848 und die Anfänge des Mädchen- und Frauenturnens, in: Deutsches Turnen (1981), H. 1, S. 8-10; H. 2, S. 29-30; H. 3, S. 47-49.

68 Zur Gründung des Hanauer Turnvereins vgl. Müller, Weidig (wie Anm. 26), S. 520ff., für Hinweise danke ich Dr. Dieter Wolf, Butzbach. Der Verein hat sich bald wieder aufgelöst und ist 1837 wiedergegründet worden, vgl. Alfred Tapp: Hanau im Vormärz und in der Revolution von 1848-1849. Ein Beitrag zur Geschichte des Kurfürstentums Hessen, Hanau 1976, S. 230 f.

69 HHStA Wiesbaden 211/7985; vgl. Wettengel (wie Anm. 9), S. 40; Bernd-Michael Neese: Die Turnbewegung im Herzogtum Nassau in den Jahren 1844-1852, Bd. 1, Wiesbaden 2002, passim.

70 Zum ersten Turnfest auf dem Feldberg 1843 vgl. Tapp (wie Anm. 68), S. 231; häufig wird das 1844 nachfolgende Fest als Beginn angegeben, vgl. Harald Braun: Geschichte des Turnens in Rheinhessen. Ein Beitrag zur wechselseitigen Beeinflussung von Politik und Turnen, Bd. 1: 1811-1850, Alzey 1986, S. 31 f.; Neese (wie Anm. 69), S. 36 f.

71 Vgl. Neese (wie Anm. 69), S. 208 f., 280 f., 335 u. 679.

Vernetzung und Verbindung der Turnerschaft im gesamten süd- und westdeutschen Raum.

Vom 31. Juli bis 2. August 1847 fand in Frankfurt ein nationales Turnfest statt, an dem etwa 750 Turner teilnahmen und 137 Turnvereine aus vielen Teilen Deutschlands vertreten waren.<sup>72</sup> Damit wurde zugleich die Stärke der Turnvereinsregion im nationalen Kontext demonstriert. Auf dem Frankfurter Turntag wurden bereits Pläne zur Schaffung eines organisatorischen Zusammenschlusses der Turnvereine auf nationaler Ebene zu einer allgemeinen deutschen Turnerschaft erörtert, aber möglicherweise nicht weiterverfolgt, um die ohnehin beunruhigten Regierungen nicht noch mehr zu provozieren.<sup>73</sup> Neben den Turnfesten und Turnfahrten trafen sich Delegierte von südwestdeutschen, hessischen und nassauischen Turnvereinen im Vorfeld der Revolution von 1848 zunehmend zu Versammlungen, bei denen politische Fragen erörtert wurden, so beispielsweise am 7. November 1847 in Bergen bei Frankfurt und am 9. Januar 1848 im nassauischen Hattersheim. Dabei wurde deutlich, dass eine breite politische Radikalisierung die Turnbewegung erfasst hatte.

Die überregionale Vernetzung, die bei den Turnvereinen deutlich wurde, war kennzeichnend für die politische Opposition der 1840er Jahre insgesamt. Auch die liberalen Politiker und Führungspersonlichkeiten der südwestdeutschen und hessischen Staaten sowie des preußischen Rheinlandes pflegten enge Verbindungen, wie schon seit 1835 die Zusammenkünfte auf dem Weingut des badischen Landtagsabgeordneten von Itzstein im nassauischen Hallgarten und nicht zuletzt die Heppenheimer Versammlung liberaler Abgeordneter von 1847 belegen, wo Abgeordnete aus Baden, Hessen-Darmstadt, Nassau, Preußen und Württemberg Wege zur Schaffung eines deutschen Nationalstaats und einer Nationalvertretung erörterten.<sup>74</sup>

Die liberal-demokratische Bewegung hatte darüber hinaus eine nicht zu unterschätzende religiöse Komponente. Dies zeigte sich an der Affinität zu religiösen Bewegungen wie den Deutschkatholiken, Lichtfreunden und anderen Freireligiösen, die wiederum nationale und liberale Zielsetzungen verfolgten. Die Agitationsreise von Johannes Ronge in den Jahren 1845/46 nach Süddeutschland führte zu ungeheuren Menschaufläufen und einer Welle von

72 Vgl. Düding (wie Anm. 35), S. 238; Neese (wie Anm. 69), S. 33ff.

73 Vgl. Düding (wie Anm. 35), S. 247 f. u. 297ff.; Wolfram Siemann: „Deutschlands Ruhe, Sicherheit und Ordnung“. Die Anfänge der politischen Polizei 1806-1866, Tübingen 1985, S. 110 f.; Wettengel (wie Anm. 9), S. 41.

74 Vgl. Birgit Bublies-Godau: Johann Adam von Itzstein (1775-1855), in: Walter Schmidt (Hrsg.): Akteure eines Umbruchs. Männer und Frauen der Revolution von 1848/49, Bd. 3, Berlin 2010, S. 303-357; Roland Hoede: Die Heppenheimer Versammlung vom 10. Oktober 1847, Frankfurt 1997; Dieter Hein: Vom Gemeinde- zum Elitenliberalismus. Die Heppenheimer Versammlung, in: JzLF 10 (1998), S. 9-31; Hans-Peter Becht: Badischer Parlamentarismus 1819 bis 1870. Ein deutsches Parlament zwischen Reform und Revolution, Düsseldorf 2009, S. 438, 460 f., 589ff.

Gründungen deutschkatholischer Gemeinden. So traf sich Ronge beispielsweise 1845 in Wiesbaden mit dem Wortführer der nassauischen Liberalen, August Hergenhahn, was Max von Gagern zu der Bemerkung veranlasste, die Deutschkatholiken seien in politischer Hinsicht für den Herzog gefährlicher als in religiöser für die katholische Kirche.<sup>75</sup> Auch der Vorstand der Wiesbadener Gemeinde, Bernhard May, war ein bekannter Liberaler.

Religiöse Reformen gehörten auch zu den Zielen des 1845 in Frankfurt gegründeten Vereins mit dem harmlos klingenden Namen Montagskränzchen. Sein Vorsitzender, der Lehrer Nikolaus Hadermann, betonte 1846, „der Verein sei bestimmt eine Versammlung wahrer Reformfreunde aus allen Confessionen und Religionsparteien zu sein, welche sich daselbst zu gemeinsamer Besprechung, gemeinsamem Ideenaustausch zusammenfänden, und Alles zu vermeiden hätten, was über diese Grenze hinausgehe“.<sup>76</sup> Mit diesen Worten wollte Hadermann einem Verbot des Montagskränzchens vorbeugen, da jede politische Betätigung von Vereinen verboten war. Doch allein schon die Tatsache, dass dies der erste gesellige Verein Frankfurts war, der Juden als gleichberechtigte Mitglieder aufnahm, besaß politische Sprengkraft. Auch die Polizeibehörden mutmaßten, dass das Montagskränzchen unter dem Deckmantel der Geselligkeit eine Organisation der liberal-demokratischen Opposition war. Tatsächlich sollte das Montagskränzchen nach Ausbruch der Revolution von 1848 in einen offen politischen Verein umgewandelt werden.<sup>77</sup> Wie das Montagskränzchen in Frankfurt, so entstanden in mehreren Städten kryptopolitische gesellige Vereine, in denen sich liberale Protagonisten zusammenfanden; nachgewiesen ist dies beispielsweise für die Mittwochsgesellschaft in Wiesbaden. Etwa 1846/47 als literarisches Kränzchen gegründet, versammelte sich in ihr die liberale Führungsgruppe um den späteren Märzminister Hergenhahn.<sup>78</sup> In Friedberg wahrten die Mitglieder des 1847 verbotenen Turnvereins ihren Zusammenhalt in dem Bürgerverein Harmonie, bis die Revolution eine Neugründung ermöglichte.<sup>79</sup>

Die Verbote von einzelnen Vereinen liefen somit ins Leere. Außerdem handelten die Regierungen uneinheitlich: Während in Hessen-Darmstadt die Turnvereine im Juni 1847 und in Frankfurt im Januar 1848 verboten wurden, durften

75 Vgl. Wettengel (wie Anm. 9), S. 43. Deutschkatholische und freie Gemeinden entstanden u. a. noch in Marburg, Hanau, Diez, Freiendiez, Idstein und Hachenburg, vgl. Sylvia Paletschek: Frauen und Dissens. Frauen im Deutschkatholizismus und in den freien Gemeinden 1841-1852, Göttingen 1990, S. 44-55, 79 u. 281, Anm. 13; vgl. allgemein Friedrich W. Graf: Die Politisierung des religiösen Bewußtseins. Die bürgerlichen Religionsparteien im deutschen Vormärz, Stuttgart 1978.

76 Anonym: Staat und Stadt Frankfurt, in: Die Gegenwart 5, Leipzig 1850, S. 371-415, hier S. 378; vgl. Wettengel (wie Anm. 9), S. 43; Roth (wie Anm. 2), S. 408.

77 Vgl. Wettengel (wie Anm. 9), S. 107.

78 Vgl. ebd., S. 44.

79 Vgl. ebd., S. 42.

sie in Nassau fortbestehen.<sup>80</sup> Wie explosiv die Stimmung zu diesem Zeitpunkt bereits war, belegen Spitzelberichte der Polizei über eine Versammlung von Turnern in einem Gasthaus im nassauischen Hattersheim am 9. Januar 1848, bei der vor 300 bis 400 Zuschauern offen zum gewaltsamen Umsturz aufgerufen wurde.<sup>81</sup> Der Mannheimer Turner und Student Carl Blind, der den Vorsitz innehatte,<sup>82</sup> umriss in seinem Eröffnungsvortrag die Ziele der Turner: „Unser Zweck [...] ist die Revolution im weitesten Sinne. Jeder Turner ist ein Revolutionair [...]. Unser Bestreben muß seyn, das Volk allmählig aufzuwiegeln, die Fürsten, unsere Tyrannen, zu verjagen und Alles anzuwenden, um die Freiheit Deutschlands zu begründen.“ Er führte weiter aus: „Wir müssen alles thun um die Revolution zu befördern, ja dahin trachten, daß solche Vereine oft und viel aufgelöst werden, das steigert die Erbitterung des Volkes auf’s Höchste. Vor Allem müssen wir uns an das Proletariat, an die Handwerksgehlen namentlich anschließen.“<sup>83</sup> Besonders radikal gab sich der Hanauer Turner Gottfried Una: „Auf Niemand müsse Rücksicht genommen werden, nicht auf Stand, Alter und Geschlecht. Vorerst müsse man die Köpfe der Tirannen holen, dieser Blutsauger, und deshalb keinen Unterschied machen, ob für den Einen oder den Andern noch dieses oder jenes spreche, [...]“<sup>84</sup>

Erstaunlich war vor allem der öffentliche Charakter der Hattersheimer Versammlung. So wurde ausdrücklich auch Nicht-Turnern die Teilnahme gestattet, darunter auch vielen Ortsansässigen.<sup>85</sup> Geradezu provokant und herausfordernd erscheint das Auftreten der Wortführer der Versammlung, die in nächster Nähe des Sitzes des Bundestages und von Bundestruppen stattfand. Ganz offen wurde zur Tat, zur offenen Revolution aufgerufen.<sup>86</sup> Sieben Wo-

80 Vgl. ebd., S. 41.

81 Vgl. Michael Wettengel: Turnvereine und ihr Verhältnis zu demokratischen Vereinen und zur Arbeiterbewegung im Rhein-Main-Raum 1848/49, in: Lothar Wieser/Peter Wanner (Hrsg.): Adolf Cluss und die Turnbewegung. Vom Heilbronner Turnfest 1846 ins amerikanische Exil, Heilbronn 2007, S. 31-44, hier S. 31 f.; Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStA PK) Berlin 2.4.1. I Nr. 8252, Bl. 239: an 300; 2.4.1. I Nr. 8252, Bl. 224: beiläufig 400, abgedr. bei Neese (wie Anm. 69), S. 498 f.; Generallandesarchiv (GLA) Karlsruhe 236/8491, Bl. 7: ca. 300.

82 Zu Carl Blind (1826-1907) vgl. Arbeitskreis der Archive im Rhein-Neckar-Dreieck (Hrsg.): Der Rhein-Neckar-Raum und die Revolution von 1848/49, Ubstadt-Weiher 1998, S. 89ff.; Rudolf Muhs: Karl Blind: Ein Talent in der Wichtigmacherei, in: Sabine Freitag (Hrsg.): Die Achtundvierziger: Lebensbilder aus der deutschen Revolution 1848/49, München 1998, S. 81-98; zum Turnverein Mannheim vgl. Lothar Wieser: 150 Jahre Turn- und Sportverein Mannheim von 1846 e.V., Mannheim 1996.

83 GStA PK Berlin 2.4.1. I Nr. 8252, Bl. 239ff., abgedr. bei Neese (wie Anm. 69), S. 499 f.; vgl. auch GStA PK Berlin 2.4.1. I Nr. 8252, Bl. 224 f.; GLA Karlsruhe 236/8491, Bl. 7-23; 48/1802, Bl. 50-53; Hessisches Staatsarchiv Darmstadt Abt. C 1 (Hs.), Nr. 189/10 (Lorenz Nover: Promemoria über die politisch-revolutionären Verbindungen in den Jahren 1816 bis 1852), Bl. 61-64.

84 GLA Karlsruhe 236/8491, Bl. 9 f.

85 Vgl. Düding (wie Anm. 35), S. 295 f.

86 GLA Karlsruhe 236/8491, Bl. 8.

chen später begann die Revolution in Deutschland, und es ist nach diesen Vorgängen zu fragen, ob diese vielleicht nicht auch ohne den revolutionären Impuls aus Paris ausgebrochen wäre. Die Hattersheimer Zusammenkunft war jedoch nicht nur Ausdruck einer zunehmenden Radikalisierung, sie belegte darüber hinaus die Konflikte innerhalb der politischen Opposition. Hier deuteten sich bereits die späteren Auseinandersetzungen zwischen gemäßigten Liberalen und radikalen Republikanern in der Revolutionszeit an.<sup>87</sup>

## 6. Resümee

Zusammenfassend ist festzustellen, dass in der Rhein-Main-Taunus-Region zu Beginn des 19. Jahrhunderts ein differenziertes Vereinswesen vorhanden war, das bereits auch kleine Landstädte wie Butzbach, Idstein und Usingen erreichte. Dies hing zu diesem frühen Zeitpunkt im Wesentlichen von den jeweiligen lokalen Gegebenheiten und von einflussreichen Einzelpersonlichkeiten ab. Die generelle Entwicklung des Vereinswesens ging dagegen maßgeblich vom Bürgertum in den größeren Städten aus, hier vor allem von Frankfurt, das als ein Zentrum für die Entstehung neuer Formen der Vergesellschaftung und der Herausbildung der modernen Bürgergesellschaft gelten darf. Politische Vereine wurden in der Rhein-Main-Taunus-Region ungewöhnlich früh, schon zu Beginn des Betrachtungszeitraums gegründet. Diese Vereine sind durchweg der frühen Nationalbewegung zuzurechnen und dienten vor allem der Verbreitung ihrer politischen Auffassungen und Ziele. Die Nationalbewegung besaß in der Region eine bemerkenswert breite und aktive Unterstützung in bürgerlichen Kreisen, was sicherlich auf die politische Situation der Jahre 1813/14 in den hessischen Staaten und in Nassau sowie den Einfluss von Protagonisten wie Arndt und dem Freiherrn vom Stein zurückzuführen war. In den Deutschen Vereinen und frühen Turnvereinen konnte sich eine politische Opposition formieren, deren Ziele nicht mehr nur auf die Errichtung eines deutschen Nationalstaats beschränkt blieben, sondern auch verfassungsmäßig garantierte Freiheits- und Mitwirkungsrechte einschlossen.

Der Erfolg der Behörden bei der Zerschlagung der politischen Vereine in der Region war einerseits eine Folge der massiven Unterdrückungsmaßnahmen der deutschen Einzelstaaten und des Deutschen Bundes. Andererseits waren diese vor allem auch deshalb wirksam, weil die Mitgliedschaft der frühen Vereine weitgehend auf eine schmale Schicht von meist jugendlichen Intellektuellen, Bürgern und Beamten begrenzt blieb. Führungspersönlichkeiten wie Weidig und die Brüder Snell spielten in ihnen eine herausragende Rolle. Die Ausschaltung der Wortführer, die in der Regel verhaftet oder zur Emigra-

87 Vgl. Wettengel (wie Anm. 81), S. 31 f.

tion gezwungen wurden, vermochte in dieser Phase noch die oppositionellen Kräfte nachhaltig zu schwächen.

Der kurze Abriss zeigt, dass das Vereinswesen die Grundlage für die Organisation der liberal-demokratischen Opposition im Vormärz bildete. Dieses diente als erfolgreiche organisatorische Struktur, politisches Erfahrungs- und Übungsfeld, Rekrutierungsreservoir, Mobilisierungsinstrument, als Forum für den politischen Meinungs austausch sowie für die Propagierung und Verbreitung der politischen Ziele der Opposition in den Gemeinden. Der Weg in den politischen Untergrund und in Geheimbünde, den die Opposition nach 1832 infolge der staatlichen Repression beschritt, erwies sich dagegen als ein Irrweg, der in einem Fiasko endete.

Zu Beginn der 1840er Jahre trat erneut eine oppositionelle Bewegung in Vereinen auf, die aber nun sozial breiter aufgestellt war. Ein Gemeindeliberalismus<sup>88</sup> bildete sich heraus, der in den Kommunen fest verankert war. Die liberal-demokratische Bewegung besaß in den 1840er Jahren in unterschiedlichsten Vereinen, kommunalen Gremien, regelmäßigen Zusammenkünften und Festveranstaltungen eine feste und breite Basis. Zudem fanden sich die Anhänger der liberal-demokratischen Opposition nicht nur im Bürgertum und bei Gebildeten, sondern auch in unterbürgerlichen Schichten sowie zunehmend in der Landbevölkerung. Das Vereinswesen war generell in der Region schon um die Mitte des 19. Jahrhunderts nicht mehr auf die bürgerliche Gesellschaft und auf die Städte beschränkt.

Gegen die neue Qualität der Bewegung griffen die bisherigen Mechanismen staatlicher Repression nicht mehr, auch Vereinsverbote erwiesen sich als wirkungslos. Bei den hessen-darmstädtischen Landtagswahlen im Herbst 1847 führte die liberal-demokratische Opposition bereits einen organisierten Wahlkampf, der trotz aller Beeinflussungs- und Unterdrückungsmaßnahmen der Behörden zu einem großen Wahlerfolg der liberalen Kandidaten führte.<sup>89</sup>

Es war daher für die Entwicklung des Vereinswesens in der Rhein-Main-Taunus-Region von nicht zu unterschätzender Bedeutung, dass es hier Staaten mit Verfassungen gab. Trotz aller Einschränkungen boten die Landtage in Darmstadt und Wiesbaden doch Handlungsmöglichkeiten und eine parlamentarische Öffentlichkeit für Abgeordnete,<sup>90</sup> die wiederum über die Vereine Verbindungen zu ihrer Wählerschaft in den Gemeinden aufnehmen konnten. Was

88 Vgl. Paul Nolte: Gemeindeliberalismus. Zur lokalen Entstehung und sozialen Verankerung der liberalen Partei in Baden 1831-1855, in: HZ 252 (1991), S. 57-93.

89 Vgl. z.B. die Darstellung des Gießener Studenten Fendt über die Wahlkampf-Agitation in Oberhessen, Rudolf Fendt: Von 1846 bis 1853. Erinnerungen aus Verlauf und Folgen einer akademischen und politischen Revolution, Darmstadt 1875, S. 69-73.

90 Vgl. u. a. Volker Eichler (Bearb.): Nassauische Parlamentsdebatten. Restauration und Vormärz 1818-1847, Wiesbaden 1985; Eckhart G. Franz/ Peter Fleck (Hrsg. u. Bearb.): Der Landtag des Großherzogtums Hessen, 1820-1848. Reden aus den parlamentarischen Reform-Debatten des Vormärz, Darmstadt 1998.

im Vormärz nur in Ansätzen möglich war, konnte sich nach dem Ausbruch der Revolution von 1848/49 in aller Breite durchsetzen. Es begann die Entstehung und Ausdifferenzierung von offen auftretenden politischen Vereinen, die sich nun auch regional und überregional zusammenschlossen sowie feste Verbindungen zwischen den Abgeordneten in den Parlamenten und dem Vereinswesen vor Ort bildeten.<sup>91</sup>

91 Vgl. u. a. Michael Wettengel: Parteibildung in Deutschland. Das politische Vereinswesen in der Revolution von 1848, in: Dieter Dowe/ Heinz-Gerhard Haupt/ Dieter Langewiesche (Hrsg.): Europa 1848. Revolution und Reform, Bonn 1998, S. 701-738.





## Büchners Feinde. Liberaler und Konstitutioneller in seinen Briefen und im „Hessischen Landboten“<sup>“\*</sup>

### I

Mit der genauen politischen Einordnung Georg Büchners und der historischen Kontextualisierung seines Werkes haben sich schon etliche Forschergenerationen beschäftigt. Denn eine präzise Verortung von Büchners politischer Meinung ist problematisch. Dies hat zum einen mit der sehr begrenzten Quellenlage und zum anderen mit dem Zeitkontext zu tun. Von Büchner selbst finden sich nämlich nur relativ wenige aussagekräftige politische Stellungnahmen in Briefen und Werken. Zudem war die Ausdifferenzierung verschiedener politischer Richtungen im Vormärz noch im Fluss. In der Zeit der Entwicklung politischer Parteien und der Entstehung parlamentarischer Fraktionen gab es somit viele Spielräume für die individuelle Ausprägung politischer Ansichten. Die Quellenlage eröffnet somit Spielraum für zeitgebunden politische und damit oft problematische Interpretationen.

Nachfolgend soll Georg Büchner in die politische Szenerie des Vormärz eingeordnet werden. Es gilt näher zu bestimmen, welche politischen Ansichten er vertrat und wie sich diese von anderen Meinungen unterschieden. Dabei spielte die Abgrenzung von Liberalen und Konstitutionellen für ihn eine besondere Rolle.

### II

Der Vormärz ist im Hinblick auf politische Ideen und parlamentarische Gruppierungen ein weithin unübersichtliches Feld. Zum ersten: Es gab damals in Deutschland, d. h. in den rund vierzig Einzelstaaten des Deutschen Bundes, noch keine Parteien im modernen Sinne mit Mitgliedschaft und Organisati-

\* Bei dem Aufsatz handelt es sich um die überarbeitete und ergänzte Fassung eines Vortrags bei der Tagung „Georg Büchner in Gießen und Marburg. Forschungsergebnisse und Forschungsperspektiven zum „Hessischen Landboten“, die am 7. Juni 2013 im Landgrafensaal des Hessischen Staatsarchivs Marburg stattfand und von Burghard Dedner geleitet wurde. Ich danke sehr herzlich meinen Korrekturlesern Edgar Liebmann und Ulrich Sieg.

on.<sup>1</sup> Die erste, auch nach heutigem Verständnis moderne Partei, die liberal ausgerichtete Deutsche Fortschrittspartei, wurde 1861 in Berlin gegründet.<sup>2</sup> Erst knapp zwei Jahre später, 1863, trat der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein von Ferdinand Lassalle ins Leben, aus dem später die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hervorging.<sup>3</sup> Zum zweiten: Es existierten in den 1830er Jahren zwar einzelstaatliche Landtage, die in den verschiedenen hessischen Staaten, vor allem in Kassel für Kurhessen, in Darmstadt für das Großherzogtum Hessen und in Wiesbaden für Nassau zusammentraten.<sup>4</sup> Aber in diesen Ständeversammlungen gab es nur ansatzweise politische Gruppierungen, die man mit aller gebotenen Vorsicht als Fraktionen oder vielleicht eher als Proto-Fraktionen bezeichnen könnte.<sup>5</sup> Weder waren sämtliche Abgeordnete Mitglieder einer bestimmten Fraktion, noch agierten sie nach festen Spielregeln. Es gab keine Mitgliedschaften, regelmäßige Treffen oder eine Fraktionsdisziplin, der man hätte folgen müssen. Der Abgeordnete stimmte entweder nach seinem Gewissen oder nach dem Rat eines ihm politisch nahestehenden oder menschlich sympathischen Meinungsführers. Dieses Abstimmungsverhalten war darüber hinaus recht unsystematisch, damit auch wechselhaft und folgte keineswegs immer politischen, schon gar nicht parteipolitischen Vorgaben. Vielmehr gab es allenfalls Grundrichtungen, denen man sich zuordnete und die sich selbst als *gouvernemental*, gemäßigt liberal oder entschieden bzw. *ultraliberal* bezeichneten.<sup>6</sup> Noch in der Paulskirche 1848 saßen 150 sogenannte „Wilde“, etwa ein Drittel aller Parlamentarier, die zu keiner Fraktion gehörten.<sup>7</sup>

Neben der Tatsache, dass es keine Parteien im modernen Sinne gab, waren ihre Vorläufer darüber hinaus bei vielen Zeitgenossen nicht erwünscht. Es

- 1 Gerhard A. Ritter: Die deutschen Parteien 1830-1914. Parteien und Gesellschaft im konstitutionellen Regierungssystem, Göttingen 1985, S. 11.
- 2 Christian Jansen: Die Fortschrittspartei – ein liberaler Erinnerungsort? Größe und Grenzen der ältesten liberalen Partei in Deutschland. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung (im Folgenden: JzLF) 24 (2012), S. 43-56.
- 3 Peter Brandt/Detlef Lehnert: „Mehr Demokratie wagen“. Geschichte der Sozialdemokratie 1830-2010, Berlin 2013, S. 15-47, über die frühe Arbeiterbewegung und die Entstehung des ADAV.
- 4 Ewald Grothe: Konstitutionalismus in Hessen vor 1848. Drei Wege zum Verfassungsstaat im Vormärz. Eine vergleichende Betrachtung. In: Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde 107 (2002), S. 245-262. Online unter: [http://www.vhghessen.de/inhalt/zhg/ZHG\\_107/11\\_Grothe\\_Konstitutionalismus.pdf](http://www.vhghessen.de/inhalt/zhg/ZHG_107/11_Grothe_Konstitutionalismus.pdf) (17.3.2014).
- 5 Zum Teil überholt, dennoch komparativ grundlegend: Helmut Kramer: Fraktionsbindungen in den deutschen Volksvertretungen 1819-1849, Berlin 1968.
- 6 Ewald Grothe: Verfassungsgebung und Verfassungskonflikt. Das Kurfürstentum Hessen in der ersten Ära Hassenpflug 1830-1837, Berlin 1996, S. 397-425.
- 7 Hartwig Brandt u.a. (Bearb.): Werkstatt Demokratie. 140 Jahre Paulskirchenverfassung, Frankfurt a.M. 1989, S. 82.

existierte eine Art Parteienverdrossenheit *avant la lettre*.<sup>8</sup> Der Begriff „Partei“ war im Vormärz fast durchgehend negativ behaftet.<sup>9</sup> War jemand „Partei“, so galt er als abhängig, beeinflusst, manipuliert. Als Beispiel für die verbreitete skeptische Einstellung gegenüber Parteien mag die Ansicht der als liberal angesehenen Brüder Jacob und Wilhelm Grimm dienen. Wilhelm Grimm bemerkte gegenüber dem befreundeten Theologen Julius Müller nach dem Protest der Göttinger Sieben 1837:

„Bei unserm Schritte lag bloß die religiöse Überzeugung zu Grunde, dasz wir so handeln müßten, wenn wir unser Gewissen rein erhalten wollten [...]. Mit dem politischen Parteiwesen hat die Sache nichts zu schaffen und wir müßen die albern Lobeserhebungen der Liberalen ebenso ertragen als die hoffärtigen Verhöhnungen der andern Secte.“<sup>10</sup>

Im Vormärz sahen sich die Liberalen als eine umfassende politische Bewegung.<sup>11</sup> Sie erblickten in sich das Widerlager der Regierung, welche die andere Seite, den Staat und seine Verwaltung, repräsentierte. Und die praktische Agentur dieses Liberalismus war die Ständeversammlung. Doch als in den 1830er Jahren Abgeordnete auftraten, welche die Regierungsmeinung vertraten und somit „parteiisch“ handelten, änderten sich die Ansichten. Jetzt sortierte man sich, grenzte sich ab und formierte sich zur Opposition. Von einer geschlossen auftretenden Gruppierung war man jedoch noch deutlich entfernt. Es gab im Vormärz nach wie vor den fraktionslosen Deputierten, der zwar mit einer Gruppe im Landtag sympathisierte, sich ihr aber nicht oder nicht dauerhaft anschloss.<sup>12</sup> Außerdem entdeckten die liberal eingestellten Mandatsträger erhebliche Meinungsdivergenzen untereinander: so bei der Frage der Volkssouveränität, beim allgemeinen oder beschränkten Wahlrecht, beim Umgang mit der sozialen Frage, schließlich und nicht zuletzt auch in den Agitationsformen und im damit zusammenhängenden Verhältnis zur Gewalt. Liberalismus und Demokratie schieden sich allmählich, dies wurde zuerst und am deutlichsten beim Hambacher Fest 1832 erkennbar. Dabei handelte es sich um eine Veranstaltung, an der überwiegend entschiedene Liberale und Demokraten

- 8 Ders.: Frühkonstitutionalismus und Parteienbildung in Deutschland. In: Adolf M. Birke/ Magnus Brechtken (Hrsg.): Politikverdrossenheit. Der Parteienstaat in der historischen und gegenwärtigen Diskussion. Ein deutsch-britischer Vergleich, München u.a. 1995, S. 29-40.
- 9 Siehe zur Begriffsgeschichte: Klaus von Beyme: Partei, Faktion. In: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hrsg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland Bd. 4, Stuttgart 1978, S. 677-733.
- 10 E.[dmund] Stengel: Private und amtliche Beziehungen der Brüder Grimm zu Hessen. Eine Sammlung von Briefen und Actenstücken als Festschrift zum 100. Geburtstag Wilhelm Grimms den 24. Februar 1886. Bd. 1 Marburg <sup>2</sup>1895, Nr. 135, S. 286-294 (30.12.1837/ 3.1.1838), hier S. 292.
- 11 Dieter Hein: Partei und Bewegung. Zwei Typen moderner politischer Willensbildung. In: Historische Zeitschrift 263 (1996), S. 69-97, hier S. 76-79.
- 12 Dieter Langewiesche: Liberalismus in Deutschland, Frankfurt a.M. 1988, S. 50.

teilnahmen, während die gemäßigten Liberalen zumeist fernblieben. Im Vorfeld der 48er Revolution versammelten sich die gemäßigten Liberalen in Heppenheim, während die Demokraten und Ultraliberalen in Offenburg zusammenkamen.<sup>13</sup> Links von den Demokraten entstand der politische Radikalismus und Republikanismus, der allerdings aufgrund der politischen Verfolgung durch die staatlichen Behörden auf Bundes- oder Staatenebene im Untergrund oder im Exil agieren musste.<sup>14</sup>

### III

In diese flüssig werdende und sich allmählich ausdifferenzierende politische Szene traten zu Beginn der 1830er Jahre die Bestrebungen der hessischen Opposition. Die Liberalen in den konstitutionellen Landtagen hatten sich Reformen zum Ziel gesetzt, um das Funktionieren von Staat und Verwaltung zu verbessern. Diese modernisierenden Maßnahmen waren systemimmanent gedacht, allenfalls systemüberleitend, aber keinesfalls systemsprengend. Dagegen zeigten sich die weiter links stehenden Gruppierungen überzeugt davon, dass man sofort handeln müsse und nicht warten dürfe, bis sich die Regierungen bewegten. Während die gemäßigten und entschiedenen Liberalen in den Landtagen auf politische Kompromisse setzten, zielten die außerparlamentarischen Radikalen auf Konfrontation – notfalls unter Einsatz von Gewalt.

Von Beginn an gab es in der hessischen Protestbewegung mehrere Gruppierungen und verschiedene Richtungen.<sup>15</sup> Als sich im Dezember 1830 in Marburg etliche Bürger unter Leitung des Obergerichtsanwalts Heinrich Henkel zusammenfanden, um eine Petition beim konstituierenden Landtag einzureichen, setzten die gemäßigten Kräfte in Kassel auf eine allgemein gewählte

- 13 Roland Hoede: Die Heppenheimer Versammlung vom 10. Oktober 1847, Frankfurt a.M. 1997. Gegen eine endgültige Spaltung von Liberalen und Demokraten zu diesem Zeitpunkt argumentiert: Dieter Hein: Vom Gemeinde- zum Elitenliberalismus. Die Heppenheimer Versammlung von 1847 und die bürgerlich-liberale Bewegung in Deutschland. In: JzLF 10 (1998), S. 9-31, insbes. S. 28. Zur Offenburger Versammlung vgl. Rainer Schimpf: Offenburg 1802-1847. Zwischen Reichsstadt und Revolution, Karlsruhe 1997, bes. S. 263-288; Hans-Peter Becht: Badischer Parlamentarismus 1819-1870. Ein deutsches Parlament zwischen Reform und Revolution, Düsseldorf 2009, S. 586-591.
- 14 Peter Wende: Radikalismus im Vormärz. Untersuchungen zur politischen Theorie der frühen deutschen Demokratie, Wiesbaden 1975; Hartwig Brandt: Republikanismus im Vormärz. Eine Skizze. In: Klaus Maletke (Hrsg.): 175 Jahre Wartburgfest. 18. Oktober 1817 – 18. Oktober 1992. Studien zur politischen Bedeutung und zum Zeithintergrund der Wartburgfeier, Heidelberg 1992, S. 121-152.
- 15 Als Quellengrundlage: Reinhard Görisch/Thomas Michael Mayer (Hrsg.): Untersuchungsberichte zur republikanischen Bewegung in Hessen 1831-1834, Frankfurt a.M. 1982.

Volksvertretung unter einem konstitutionellen Monarchen.<sup>16</sup> Henkel selbst gab Anfang der 1840er Jahre zu Protokoll, dass er es in seiner Schrift „den Scheißkerls“ habe zeigen wollen, „welche sich als Freiheitshelden aufwarfen und unter Freiheit nur die Befriedigung ihres Egoismus verstanden“.<sup>17</sup> Henkel zählte im Landtag seit 1833 zu den entschiedenen, sogenannten ultraliberalen Abgeordneten, zumal er oft eigensinnig und unkonventionell agierte und abstimmte. Im Vergleich zu den anderen Marburger Akteuren aber verhielt er sich doch eher gemäßigt. Weit radikaler als Henkel agierten der Gastwirt Wilhelm Weiß und der Schreinermeister Wilhelm Bersch. „Unser Landtag hält uns [...] für wahnsinning [...] Unsere Landstände sind auch Menschen und in 10-20 Jahren ist die Broschüre kein Wahnsinn mehr, dann wird die Willkür und Gewaltherrschaft [...] Wahnsinn heißen.“ Mit Bittschriften könne man auf Dauer nichts ausrichten, sondern man müsse „statt der Feder mit Bajonetten und Dreschflegeln“ vorgehen.<sup>18</sup> Die Behörden versuchten diese gewaltbereite Opposition mit mehrjährigen Haftstrafen für die beiden Protagonisten ruhig zu stellen. Aber das gelang nur bedingt und vorübergehend, denn nun übernahmen radikalisierte Bildungsbürger in Marburg die Führung: ein Apotheker, ein Buchhändler und ein Privatdozent der Medizin.

Auch im benachbarten, schon in Hessen-Darmstadt gelegenen Gießen und Umgebung entwickelte sich zu Beginn der dreißiger Jahre eine außerparlamentarische Opposition. Oberhessische Bürger und Gießener Studenten schickten Vertreter zum Hambacher Fest. Mitte Juni 1832 trafen sich Marburger und Gießener Radikale in Butzbach bei dem Rektor Friedrich Ludwig Weidig. Zwar war man sich einig, dass man breitere Schichten der Bevölkerung mobilisieren müsse. Gleichwohl setzte man auf eine „Unterstützung der freisinnigen landständischen Wünsche“.<sup>19</sup>

Die Gießener und Marburger vorwiegend studentischen Kreise radikalisierten sich im Laufe der nächsten Monate. Dass der Deutsche Bund auf das Hambacher und das Wilhelmsbadener Fest mit Vereins- und Versammlungs-

16 Siehe zu den folgenden Vorgängen: Ewald Grothe: „Neigung zur Widersetzlichkeit und zum Auffuhr“. Heinrich Henkel und die Anfänge des kurhessischen Liberalismus. In: Burghard Dedner (Hrsg.): Das Wartburgfest und die oppositionelle Bewegung in Hessen, Marburg 1994, S. 79-107. Siehe auch Thomas Michael Mayer (Bearb.): Georg Büchner. Leben, Werk, Zeit, Marburg 1985, S. 97 f.

17 Hessisches Staatsarchiv Marburg, Bestand 340 Henkel, Nr. 17 (an einen Freund, 20.2.1842).

18 Ebd., Bestand 16, Nr. 7226. Siehe auch: Thomas Michael Mayer: Georg Büchner und „Der Hessische Landbote“. Volksbewegung und revolutionärer Demokratismus in Hessen 1830-1835. Ein Arbeitsbericht. In: Otto Büsch (Hrsg.): Die demokratische Bewegung in Mitteleuropa im ausgehenden 18. und frühen 19. Jahrhundert. Ein Tagungsbericht, Berlin 1980, S. 360-390, hier S. 368 f.

19 Zitiert nach: Mayer, Georg Büchner Leben (wie Anm. 16), S. 103 f.

verboten reagierte<sup>20</sup> und dass im Juli 1832 der Kasseler Landtag aufgelöst wurde,<sup>21</sup> schien in ihren Augen zu zeigen, dass man weder auf einen schnellen Erfolg hoffen, noch sich auf die kompromissbereiten Liberalen in den Landtagen verlassen konnte. Die Neigung, zu gewaltsamen Mitteln zu greifen, stieg dementsprechend an. Der Frankfurter Wachensturm vom April 1833 war einer von mehreren Aufstandsversuchen in den hessischen Staaten.<sup>22</sup> Die Maßnahmen, die bereits nach dem Hambacher Fest eingeleitet worden waren, wurden nun weiter verschärft. Im Laufe des Jahres 1833 wurde nicht nur der Kasseler erneut, sondern auch der Darmstädter Landtag aufgelöst.<sup>23</sup> In beiden Fällen war die Politik der Liberalen dem Regenten und der Regierung zu forsch gewesen. Auch die Vereinsverbote und die Verhinderung politischer Versammlungen wurden seitdem strikter gehandhabt. Schließlich führte auch die verschärfte Zensur zur Schließung von weiteren Zeitungsredaktionen.<sup>24</sup> 1834 versammelten sich in Wien die Regierungen der Staaten des Deutschen Bundes, um geheime Beschlüsse gegen unbotmäßige Landtage und „revolutionäre Umtriebe“ zu fassen.<sup>25</sup>

#### IV

Die politische Situation stellte sich 1833/34 für liberale und radikale Zeitgenossen äußerst schwierig dar, weil sie im Vergleich zu den Vorjahren 1830-32 zunehmend behördlichen Druck und weitreichenden Überwachungsmaßnahmen ausgesetzt waren. Genau in dieser kritischen politischen Phase traf der zwanzig Jahre alte Student Georg Büchner nach zweijährigem Aufenthalt in Straßburg im Oktober 1833 in Gießen ein.<sup>26</sup> Mehrere seiner früheren Darm-

- 20 Quellen zur Geschichte des Deutschen Bundes Bd. 2: Reformpläne und Repressionspolitik 1830-1834, bearb. von Ralf Zerback, München 2003, S. 199-386; Ernst Rudolf Huber (Hrsg.): Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte Bd. 1: Deutsche Verfassungsdokumente 1803-1850, 3. Aufl., Stuttgart u.a. 1978, S. 132-135. Siehe auch Edgar Liebmann: Der Deutsche Bund. In: Werner Daum u.a. (Hrsg.): Handbuch der europäischen Verfassungsgeschichte im 19. Jahrhundert. Institutionen und Rechtspraxis im gesellschaftlichen Wandel Bd. 2: 1815-1847, Bonn 2012, S. 783-822, hier S. 803 f.
- 21 Grothe, Verfassungsgebung (wie Anm. 6), S. 217-227.
- 22 Quellen zur Geschichte des Deutschen Bundes (wie Anm. 20), S. 387-428.
- 23 Siegfried Büttner: Die Anfänge des Parlamentarismus in Hessen-Darmstadt und das du Thilsche System, Darmstadt 1969; Grothe, Verfassungsgebung (wie Anm. 6). Generell zur Verfassungsgeschichte der deutschen Mittelstaaten: Hartwig Brandt: Die deutschen Staaten der ersten Konstitutionalisierungswelle. In: Daum u.a., Handbuch (wie Anm. 20), S. 823-877; Ewald Grothe: Die deutschen Staaten der zweiten Konstitutionalisierungswelle. In: ebd., S. 879-926.
- 24 Grothe, Verfassungsgebung (wie Anm. 6), S. 262-282.
- 25 Quellen zur Geschichte des Deutschen Bundes (wie Anm. 20), S. 429-606; Huber, Dokumente (wie Anm. 20), S. 137-149; Liebmann (wie Anm. 20), S. 797.
- 26 Mayer, Georg Büchner Leben (wie Anm. 16), S. 114.

städter Schulfreunde hatten sich in den zurückliegenden Jahren politisch engagiert und waren an Unruhen direkt oder indirekt beteiligt gewesen. Nach dem Frankfurter Wachensturm im April 1833 hatte Büchner, damals noch in Straßburg lebend, kaum zweifelnd vermutet: „Sollte keiner von meinen Freunden in die Sache verwickelt sein?“<sup>27</sup> Tatsächlich wurden einige von Büchners Bekannten im Nachgang zu diesem Ereignis verhaftet. Um seine Eltern von vornherein zu beruhigen, hatte er ihnen im Juni 1833 noch aus Straßburg mitgeteilt, dass er sich „in die Gießener Winkelpolitik und revolutionären Kinderstreiche nicht einlassen werde“.<sup>28</sup> Bereits hier zeigt sich Büchners realistischer und zugleich ironischer Blick auf die deutschen, die hessischen und insbesondere die Gießener Verhältnisse.

Zunächst konzentrierte sich Büchner tatsächlich auf sein Studium, das er zügig abschließen wollte. Aber Mitte November 1833 berichtete er seinen Eltern, dass er auf einem „Bankett zu Ehren der zurückgekehrten Deputierten“ gewesen sei. Etwa zweihundert Personen versammelten sich, um die Abgeordneten des am 2. November aufgelösten fünften darmstädtischen Landtags zu empfangen. Büchner bemerkte: „Einige loyale Toaste, bis man sich Courage getrunken, und dann das Polenlied, die Marseillaise gesungen und den in Friedberg Verhafteten ein Vivat gebracht! Die Leute gehen ins Feuer, wenn’s von einer brennenden Punschbowle kommt!“<sup>29</sup> Die zuvor sichtbare Ironie hatte sich in beißenden Spott verwandelt. Büchners Bild sah so aus: Erst im ange-trunkenen Zustand Mut fassend, ließ sich das Publikum dazu hinreißen, sich revolutionär zu gebärden und die nach dem Wachensturm Inhaftierten hochleben zu lassen. In Gießen anwesend war im Übrigen auch Carl Vogt, ein Kommilitone und Intimfeind Büchners. Er schrieb viele Jahre später in seinen Lebenserinnerungen: „Dieser Büchner trug einen hohen Cylinderhut, der ihm immer tief unten im Nacken saß, machte beständig ein Gesicht wie eine Katze, wenn’s donnert.“<sup>30</sup>

Immer wieder schlugen Ironie und Spott bei Büchner in blanke Wut, zuweilen in Verzweiflung um. Im Dezember 1833 teilte er seinem Straßburger Freund August Stöber mit: „Die politischen Verhältnisse könnten mich rasend machen. Das arme Volk schleppt geduldig den Karren, worauf die Fürsten und Liberalen ihre Affenkomödie spielen. Ich bete jeden Abend zum Hanf und zu d.[en] Latern[en].“<sup>31</sup> Büchner solidarisiert sich mit den Unterschichten der Gesellschaft, zeigt Hass auf die Regenten und diejenigen, die sich diesen an-

27 Georg Büchner: Sämtliche Werke und Schriften Bd. 10: Briefwechsel, hrsg. von Burghard Dedner, Tilman Fischer, Gerald Funk, Darmstadt 2012, hier Bd. 10,1, S. 19 (an die Eltern, 5.4.1833).

28 Ebd., S. 21 (an die Familie, Juni 1833).

29 Ebd., S. 27 f. (an die Familie, 14.11.1833).

30 Carl Vogt: Aus meinem Leben, Stuttgart 1896, S. 121.

31 Büchner, Sämtliche Werke und Schriften 10,1 (wie Anm. 27), S. 28 f. (9.12.1833).



geblich andienen. Die Liberalen hatten nichts anderes als den Tod verdient.<sup>32</sup> Sie unterstützten die herrschenden Schichten und arbeiteten mit ihnen zusammen. Wie die Fürsten waren die „Liberalen“ eine Chiffre für Büchner. Aus seiner Sicht ließen sie die himmelschreienden sozialen Verhältnisse zu und nutzten sie sogar aus. Der Liberalismus, so sahen es Büchner und seine politischen Freunde, hatte sich ganz und gar den Fürsten angeschlossen und spielte mit ihnen auf dem Rücken der Unterdrückten eine „Affenkomödie“, womit die Politik im Allgemeinen und das „Treiben“ in den konstitutionellen Landtagen im Besonderen gemeint waren. Außerdem sei „die liberale Partei [...] zerstückelt“<sup>33</sup> und deshalb zu wenig schlagkräftig, um einen nachhaltigen Erfolg gegen die Fürsten zu erringen.

Bei Büchner wandelte sich die Einstellung gegenüber seinen politischen Gegnern. Es wechselten zudem Form und Art, wie er über die Gegnerschaft sprach oder schrieb und wie er die politische Auseinandersetzung betrieb und verarbeitete. Dies geschah mal im Brief, mal im Lustspiel, mal im Drama. In jedem Fall bearbeitete Büchner das Thema mit genauer Beobachtung und spürbarer Sensibilität, wobei Ironie, Spott, Wut, Ärger, manchmal aber auch schiere Verzweiflung zum Ausdruck kamen.

Die politischen Verhältnisse lasteten schwer auf Büchner. Er sei, so teilte er seinen Eltern in Darmstadt im April 1834 mit, „in tiefe Schwermuth verfallen; dabei engten mich die politischen Verhältnisse ein, ich schämte mich, ein Knecht mit Knechten zu sein, einem vermoderten Fürstengeschlecht und einem kriechenden Staatsdiener-Aristokratismus zu Gefallen.“<sup>34</sup> Hier wiederholt sich das Bild vom Fürsten und von den Dienern, die es dem Fürsten recht machten. Unter diesen „Staatsdiener-Aristokraten“ befanden sich gewiss auch Liberale. Büchner gründete noch im selben Monat die Gießener „Gesellschaft der Menschenrechte“.<sup>35</sup>

Als Büchner im April 1834 seinen Eltern schrieb, war die erste Ausgabe des „Hessischen Landboten“ wohl bereits fertig redigiert.<sup>36</sup> Mit dem „Landboten“ versuchten Büchner, sein Ko-Autor Friedrich Ludwig Weidig und ihre Gesinnungsgenossen, die ärmeren Volksschichten aufzurütteln und gegen die Obrigkeit in Stellung zu bringen. Der Ton des „Landboten“ ist aggressiv und zur Aktion auffordernd. Auch im Brief hatte Büchner geschrieben: „Wenn in unserer Zeit etwas helfen soll, so ist es G e w a l t.“<sup>37</sup> Einen anderen Ausweg

32 Der Hanf für den Strick zum Hängen und die Laternen in der Funktion als Galgenersatz spielen darauf an, ebd., Bd. 10,2, S. 178.

33 Ebd., Bd. 10,1, S. 72 f. (an Wilhelm Büchner, September 1835).

34 Ebd., S. 38 f. (nach 27.3.1834).

35 Mayer, Georg Büchner Leben (wie Anm. 16), S. 144-146.

36 Georg Büchner: Sämtliche Werke und Schriften Bd. 2.1: Der Hessische Landbote, hrsg. von Burghard Dedner, Darmstadt 2013, S. 3-13 (Juli-Ausgabe).

37 Büchner, Sämtliche Werke und Schriften Bd. 10,1 (wie Anm. 27), S. 19 (an die Familie, 5.4.1833).

sahen er und seine Gesinnungsgenossen nicht. Dementsprechend betrachteten sie diejenigen, die andere, weniger gewalttätige Wege befürworteten, als Gegner und – schärfer noch – als Feinde. Dazu zählten aus ihrer Sicht neben den Fürsten, die ihre eigenen selbstsüchtigen Interessen vertraten, vor allem diejenigen, die dem Volk viel versprochen, aber am Ende doch nur eigensüchtig handelten: die Liberalen. Die hessischen Radikalen fällten ihr Urteil nach dem, was sie vom Verhalten der Liberalen im Landtag hörten oder wie man diese in den Bürgervereinen erlebte. Die Liberalen setzten auf Kompromiss und Reform, wollten die Monarchen nicht absetzen, beabsichtigten auch kein allgemeines Wahlrecht einzuführen, sondern das Zensuswahlrecht zu erhalten. Das war aus Büchners Sicht nicht allein falsch, es war auch moralisch verwerflich, denn es handelte sich um Verrat an den wahren Volksinteressen.

„Unsere Landstände sind eine Satyre auf die gesunde Vernunft, wir können noch ein Säculum damit herumziehen, und wenn wir die Resultate dann zusammennehmen, so hat das Volk die schönen Reden seiner Vertreter noch immer theurer bezahlt, als der römische Kaiser, der seinem Hofpoeten für zwei gebrochene Verse 20,000 Gulden geben ließ.“<sup>38</sup>

## V

Der Mainzer Germanist Hermann Kurzke hat in seiner neuen Büchner-Biographie mit einem Kunstgriff mehrere Stellen des „Hessischen Landboten“ in einer „Rückredaktion“ ergänzt, von denen er annimmt, dass Weidig sie kurz vor Redaktionsschluss gestrichen habe. Dazu zählen vor allem auch einige deutlich-deftige Passagen gegen die Liberalen.

„Vertraut auch den sogenannten Liberalen nicht, sie sind Wölfe im Schafspelz und haben nur ihre eigenen egoistischen Zwecke im Auge. Ihre Ansichten sind die modernsten, aber wenn sie dieselben, von den Schikanen der Zensur befreit, ungehindert drucken lassen dürfen, werdet ihr immer noch hungern. Sie wollen die Schurkenaristokratie durch eine Geldaristokratie ersetzen, die euch die Hosen ausziehen wird wie es bisher die Schurken getan haben. Von ihren Vorteilen habt ihr nichts. Die Pressefreiheit füllt eure Bäuche nicht, wärmt euch im Winter nicht, schmälzt eure Suppen nicht.“<sup>39</sup>

Andere Textpassagen – so diejenigen über die Verfassung und die Landstände – sind auch nach Weidigs Redaktion im „Landboten“ enthalten geblieben und lassen gleichfalls nichts an Deutlichkeit zu wünschen übrig.

„Eine solche [gemeint ist eine konstitutionelle, E.G.] Verfassung ist ein elend jämmerlich Ding. Was ist von Ständen zu erwarten, die an eine solche Verfassung

38 Ebd.

39 Hermann Kurzke: Georg Büchner. Geschichte eines Genies, München 2013, S. 95 f.

gebunden sind? Wenn unter den Gewählten auch keine Volksverräther und feige Memmen wären, wenn sie aus lauter entschlossenen Volksfreunden bestünden?! Was ist von Ständen zu erwarten, die kaum die elenden Fetzen einer armseligen Verfassung zu vertheidigen vermögen!“<sup>40</sup>

Hier klingt Realismus und Resignation gleichermaßen durch. Büchner erwartet nichts von Volksverräthern, er hält die Anhänger der Verfassung, die Konstitutionellen, für Feinde. So gilt für ihn, dass man sich nicht auf diese vorgeblichen Volksfreunde, die Liberalen und die Konstitutionellen, verlassen dürfe. Vielmehr schlussfolgert er: Nicht die angeblichen Repräsentanten in den Parlamenten würden nach Freiheit streben, sondern: „Das ganze deutsche Volk muß sich die Freiheit erringen.“<sup>41</sup>

Volksaufstand gegen die Herrschenden, das klingt deutlich: Büchners politische Haltung ist mit einem gewissen Recht als frühsozialistisch oder frühkommunistisch eingestuft worden.<sup>42</sup> Denn Büchners sozialrevolutionäre Thesen stammten gedanklich aus Frankreich. In der als neobabouvistisch, d.h. frühsozialistisch eingeschätzten Straßburger „Société des Droits de l’homme“ hat sich Büchner seinen Ideenhaushalt angeeignet, den er später nach Deutschland mitnahm.<sup>43</sup> Büchners Weltbild war ohne Zweifel tief von seiner Frankreich-Erfahrung geprägt.

## VI

Viel weniger Beachtung als die Einordnung von Büchners politischer Haltung und seinen Urteilen und Zielen hat bisher die Frage gefunden, welchen Ursprung sein Weltbild eigentlich hatte. Woher stammen seine antiliberalen Ausfälle, sein antiparlamentarischer Affekt, der den Briefen und dem „Hessischen Landboten“ deutlich zu entnehmen ist?

Büchners Haltung gegenüber den Liberalen entspricht durchaus einem Feindbild, denn es erfüllt die Kriterien, die dieses definieren. Die Wahrnehmung der Liberalen ist selektiv, stereotyp und auch zutiefst moralisch. Dabei mischen sich der französische und der deutsche bzw. hessische Erfahrungshintergrund Büchners. In Straßburg hatte er die politischen Ereignisse nach der

40 Büchner, Sämtliche Werke und Schriften Bd. 2.1 (wie Anm. 36), S. 11.

41 Ebd.

42 Explizit bei Thomas Michael Mayer: Büchner und Weidig. Frühkommunismus und revolutionäre Demokratie. In: Heinz Ludwig Arnold (Hrsg.): Georg Büchner I/II. Text + Kritik, München 1979, S. 16-298. Aus der neueren Literatur vgl. Michael Hoffmann/ ulian Kanning: Georg Büchner. Epoche – Werk – Wirkung, München 2013, bes. S. 182ff.; Kurzke, Büchner (wie Anm. 39), S. 100-103; Ariane Martin/Isabelle Stauffer (Hrsg.): Georg Büchner und das 19. Jahrhundert, Bielefeld 2012; Jan-Christoph Hauschild: Georg Büchner. Verschwörung für die Gleichheit, Hamburg 2013.

43 Mayer, Georg Büchner Leben (wie Anm. 16), S. 77-96.

Julirevolution von 1830 miterlebt. Als er 1831 eintraf, hatte der sogenannte Bürgerkönig Louis Philippe den Bourbonen Karl X. abgelöst. Aber der neue Monarch hatte neben einigen Reformen auch gezeigt, wen er bekämpfte. So ließ er einen Aufruhr in Paris im Juni 1832 niederschlagen und das Militär gegen Lyoner Arbeiter und Pariser Republikaner im April 1834 vorgehen. Aber selbst mit den bürgerlichen Rechten nahm man es in der orléanistischen Julimonarchie nicht so genau: So wurde das Verbot politischer Versammlungen und Vereine im April 1834 nochmals erheblich verschärft. In der Pariser Deputiertenkammer saßen nach 1830 zwei liberale Gruppierungen in der Mitte sowie etliche nicht gebundene Abgeordnete. Diese Gruppen stützten die Herrschaft Louis Philippes gegen die Legitimisten auf der Rechten und die Demokraten und Republikaner bzw. Radikalen auf der Linken. Die politische Mitte, die gemäßigte Partei des Großbürgertums um die Politiker Adolphe Thiers und François Guizot, das sogenannte Juste-Milieu-Regime, stand an der Seite des Königtums, billigte das Zensuswahlrecht und die restriktiven Vereins- und Versammlungsverbote, trat aber auch für erste wirtschaftsliberale Grundsätze ein; von vielen Autoren des Jungen Deutschland wurde diese Partei deshalb für ihre angeblichen politischen Halbheiten heftig bekämpft. Die politische Opposition saß rechts oder links.<sup>44</sup>

Im Unterschied zu Frankreich befanden sich die Liberalen sowohl im Kurfürstentum Hessen (-Kassel) wie im Großherzogtum Hessen (-Darmstadt) in der Opposition.<sup>45</sup> Immer wieder aber gingen sie Kompromisse mit der Regierung ein, um wenigstens einige der von ihnen erstrebten Reformen durchzusetzen. In den Jahren 1832-34 wurden indes die Konflikte mit den jeweiligen Regierungen schärfer, die Landtage in Darmstadt und Kassel mehrfach von den Monarchen aufgelöst. So stellte sich für die radikalisierte außerparlamentarische Opposition im Untergrund oder im Exil die Frage, ob man mit der reformorientierten Politik der Liberalen in den Parlamenten überhaupt weiterkommen könne.

44 Martin Kirsch/Daniela Kneißl: Frankreich. In: Daum u.a., Handbuch (wie Anm. 20), S. 265-340. Zu Büchners Rezeption des französischen Republikanismus und Sozialismus sowie des Aufstandes der Lyoner Seidenweber vgl. neuerdings auch Bodo Morawe: „Bonjour Citoyen!“ Georg Büchner und der französische Republikanismus der 1830er Jahre. In: Martin/Stauffer, Georg Büchner (wie Anm. 42), S. 29-60; Burghard Dedner: „Mehr Socialist als Republikaner“. Politischer und ökonomischer Egalitarismus im Hessischen Landboten. In: ebd., S. 61-82.

45 Büttner, Anfänge des Parlamentarismus in Hessen-Darmstadt (wie Anm. 23); Grothe, Verfassungsgebung (wie Anm. 6).

Büchner lehnte sowohl die französischen als auch die hessischen politischen Zustände ab. In beiden Fällen trat er für eine grundlegende Wahrung der Menschenrechte und die Verbesserung der sozialen Verhältnisse ein. Sowohl in Frankreich als auch in Hessen sah er die politischen und sozialen Probleme als potentiellen Sprengstoff an. Staat und Gesellschaft waren zu ändern, sofern man die Massen, vor allem die Unterschichten, zu mobilisieren vermochte. Genau darauf zielte die Flugschrift „Der Hessische Landbote“. Hier galt es, in knapper, anschaulicher und drastischer Form die Zustände zu schildern. Es kam dabei nicht auf feine Differenzierungen an, sondern eine klare, verständliche Sprache war gefragt. In einer solchen Flugschrift konnte Büchner – selbst wenn er es gewollt hätte – nicht zwischen verschiedenen liberalen Gruppen unterscheiden. Und aus seiner Sicht war das überdies nicht wichtig. Die Liberalen, egal ob gemäßigt oder entschieden, agierten aus Büchners Sicht in den Parlamenten zahm und zahnlos, sie schützten das ungleich verteilte Eigentum, sie kämpften für ihre Privilegien auf Kosten der Unterschichten. Keine Frage, dass die Liberalen für Büchner der eindeutige politische Gegner waren. Zudem galt es klarzustellen, dass die vorgeblichen Volksvertreter aus Büchners Sicht sich eher wie Volksverräter verhielten.

Die Liberalen und Konstitutionellen als politische Gegner wurden im „Hessischen Landboten“ stereotyp dargestellt, gezielt denunziert und moralisch verurteilt. Freiheits- und Verfassungsfreunde, Liberale und Konstitutionelle, waren in Büchners Augen nicht nur „normale“ politische Gegner, denen man im Dialog hätte begegnen können, sie waren politische Feinde, mit denen keine Diskussion möglich war, die es zu bekämpfen und die es – wenn nötig mit Gewalt – politisch auszuschalten galt. Nur indem man die Fürsten und die Liberalen gemeinsam niederrang, war es möglich, die politische und soziale Situation der Unterschichten nachhaltig und dauerhaft zu verbessern.

Der „Hessische Landbote“ schien als radikale politische Flugschrift für den Kampf gegen die politischen Feinde und den Aufruf zu einem Aufstand geeignet, so glaubten Büchner und Weidig 1834. Sie täuschten sich. Büchner musste nur wenige Monate später, im März 1835, vor der drohenden Verhaftung ins Straßburger Exil fliehen.<sup>46</sup> Dort angekommen, sah er geringe Aussichten, seine politischen Ziele in Deutschland zu erreichen. Auf die Liberalen und Konstitutionellen in den Landtagen setzte er allerdings noch weniger. „Unsre Zeit“, schrieb er an Karl Gutzkow im Juni 1836, „braucht Eisen und Brod – und dann ein K r e u z oder sonst so was.“ Allein „materielles Elend und r e l i g i ö s e r F a n a t i s m u s“ könnten revolutionäre Veränderungen bewirken. „Jede Parthei, welche dieße Hebel anzusetzen versteht, wird sie-

46 Mayer, Georg Büchner Leben (wie Anm. 16), S. 202-204.

gen.“<sup>47</sup> Das klingt prophetisch und bietet vielfältige Optionen zur politischen Einordnung Büchners. Der Liberalismus als Feindbild,<sup>48</sup> so wie es Büchner pflegte, passt auch zu anderen politischen Bewegungen, die ihm folgten und sich zum Teil auf ihn beriefen.

47 Büchner, Sämtliche Werke und Schriften Bd. 10,1 (wie Anm. 27), S. 92 f., hier S. 93.

48 Vgl. den von Ulrich Sieg und mir herausgegebenen Tagungsband mit diesem Titel (Göttingen 2014), der aus einer Konferenz in der Theodor-Heuss-Akademie in Gummersbach im März 2013 hervorgegangen ist.



„...fort mit der Reactionspolitik, fort mit dem inneren Bismarck“.<sup>1</sup>

## Wilhelm Büchner und der Fortschrittsliberalismus in Hessen

Als Wilhelm Büchner 1877 von Hessen aus erstmals in die nationale Politik wechselte, befanden sich das Deutsche Reich und die liberale Bewegung im Umbruch. Die innere Ausgestaltung der 1871 neu geeinten Nation hatte aus Sicht der Liberalen verheißungsvoll begonnen, doch in der zweiten Hälfte der 1870er Jahre erschütterten der Politikwechsel des Kanzlers und die Wirtschaftskrise die Liberalen in ihrem Selbstverständnis. Die Wirkungen waren nicht nur im konfliktgewohnten Preußen zu spüren, sondern reichten bis in die Länder. Im Großherzogtum Hessen konzentrierten sich die Hoffnungen vieler Bürger, die vom nationalliberalen Kurs der Hessischen Fortschrittspartei enttäuscht waren und der liberalen Bewegung neues Profil geben wollten, auf Ludwig und vor allem auf Wilhelm Büchner. Die Familie Büchner war – anders als heute – weniger durch den früh verstorbenen Autor Georg bekannt, sondern mehr durch seine jüngeren Brüder Ludwig, 1855 Verfasser des im Kaiserreich zum Bestseller avancierenden *Materialismus-Werkes* „Kraft und Stoff“, und den Fabrikanten Wilhelm, dem die Herstellung von künstlichem Ultramarin gelungen war. Die Produktion und der weltweite Vertrieb dieses beliebten Farbstoffs hatten ihn zum erfolgreichen mittelständischen Unternehmer gemacht. Auch die 1877 verstorbene Schwester Luise war als Frauenrechtlerin in bürgerlichen Kreisen ein Begriff.

Obwohl Wilhelm Büchner viele Jahrzehnte auf lokaler, regionaler und schließlich auch nationaler Ebene politisch tätig gewesen ist, wurde er bislang

1 Wilhelm Büchner, Rede am 10.7.1881. In: Frankfurter Journal Nr. 189 vom 11.7.1881, Abendblatt, S. 1, zitiert nach Manfred H.W. Köhler: Fortschritt, Demokratie und soziale Frage. Der hessische Abgeordnete Wilhelm Büchner im Reichstag (1877-1884). In: Matthias Gröbel u.a. (Hrsg.): „Fortschritt der Menschheit in der Entwicklung des Menschen“. Georg Büchners Geschwister in ihrem Jahrhundert, Darmstadt/Marburg 2012, S. 3-155, hier S. 111 f. Der folgende Beitrag ist die überarbeitete und ergänzte Fassung eines Vortrags bei der Jahrestagung der Georg Büchner Gesellschaft e.V. und des Hessischen Staatsarchivs Darmstadt zum Thema „Revolution und Freiheit – Georg Büchner und seine Geschwister“ am 31.10.2013.



nur selten Gegenstand der Forschung.<sup>2</sup> Welche Rolle spielte der Reichstagsabgeordnete und Unternehmer in der liberalen Bewegung und welche politischen Traditionen prägten ihn? Wie wirkte sich Bismarcks nationaler Politikwechsel konkret auf die Liberalen außerhalb Preußens aus? Der Blick auf Büchners politisches Profil wirft ein schärferes Licht auf die Auseinandersetzungen im hessischen Liberalismus, die Ende der 1870er Jahre kulminierten und schließlich in die Spaltung der Hessischen Fortschrittspartei mündeten.<sup>3</sup> Auf dieser Phase, in der Büchner mit der Kandidatur zum Reichstag sein öffentliches Engagement für die Liberalen noch einmal besonders verstärkte, liegt der Schwerpunkt des folgenden Beitrags.

## I.

1878 berichtete Wilhelm Büchner dem Biographen Karl Emil Franzos über eine kleine politische Diskussion, die er mit seinem Bruder Georg mehr als vierzig Jahre zuvor, 1835, geführt habe: „Es wurde darüber debattiert“, so erinnerte sich Wilhelm, „ob es wünschenswerter sei und erfolversprechender, gleich eine einheitliche Republik zu proklamieren, oder ob man nicht zuerst dahin streben müsse, zugunsten der Krone Preußens die anderen Dynastien zu beseitigen. Mein Bruder meinte damals, das gäbe doppelte Arbeit, und wollte von dem stationsweisen Vorgehen nichts wissen. – Er würde niemals Nationalliberaler geworden sein, so wenig wie ich es heute bin.“<sup>4</sup>

Diese vieldeutige Briefstelle, bei der dahingestellt bleiben kann, ob sich das Gespräch tatsächlich so ereignet hat, schrieb Büchner unter dem unmittelbaren Eindruck des innenpolitischen Kurswechsels, den Bismarck Ende der 1870er Jahre einleitete. Der Entwurf des „Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ – nach den beiden Attentaten auf Kaiser

- 2 Als biographischen Überblick s. Heiner Boehncke/Peter Brunner/Hans Sarkowicz: Die Büchners oder der Wunsch, die Welt zu verändern, Frankfurt a.M. 2008, S. 25-57; Eckhart G. Franz: Fabrikant und sozialer Demokrat. Wilhelm Büchner. In: Georg Büchner. 1813-1837 Revolutionär, Dichter, Wissenschaftler. Ausstellung Mathildenhöhe, Katalog, Basel/Frankfurt a.M. 1987, S. 376-379; zu Büchners parlamentarischer Tätigkeit Köhler, Fortschritt (wie Anm. 1). Ältere Studie: Anton Büchner: Die Familie Büchner. Georg Büchners Vorfahren, Eltern und Geschwister, Darmstadt 1963, S. 27-43.
- 3 Grundlegend zum hessischen Liberalismus im Kaiserreich Dan S. White: The Splintered Party. National Liberalism in Hessen and the Reich 1867-1918, Cambridge 1976; zur politischen Geschichte s. Eckhart G. Franz/Peter Fleck/Fritz Kallenberg: Großherzogtum Hessen (1800) 1806-1918. In: Walter Heinemeyer (Hrsg.): Handbuch der hessischen Geschichte Bd. 4.2.: Die hessischen Staaten bis 1945, Marburg 2003, S. 667-884, bes. S. 847-866.
- 4 Schreiben vom 9.9.1878. In: Georg Büchner. Werke und Briefe, hrsg. von Fritz Bergemann, Wiesbaden 1958, S. 566. Franzos bereitete eine Biographie über Georg Büchner vor. Zu Georg Büchners Ansichten über die Liberalen s. den Beitrag von Ewald Grothe: Büchners Feinde, oben S. 242-253.

Wilhelm I. zügig vom Reichskanzler ins Parlament eingebracht – sollte wenige Tage später in die erste Lesung gehen, an der auch Büchner beteiligt war. Im Frühjahr hatte Bismarck seine Wendung in der Steuer- und Finanzpolitik, darunter die Erhöhung der Tabaksteuer und das neue Tabakmonopol, proklamiert und sein Ziel offengelegt, das Reich finanziell unabhängiger von den Matrikularbeiträgen der Länder und der jährlichen Budgetbewilligung durch das Parlament zu machen. Hinzu kam später noch das soziale Engagement des Staates mit Unfall- und Krankenversicherungen zugunsten großer Teile der Industriearbeiterschaft. Den politischen Kern dieser Trias von staatlichen Eingriffen in Wirtschaft und Gesellschaft bildete – das hatten die Liberalen jeder Couleur verstanden – die Abkehr von den Nationalliberalen als informeller Regierungspartei und an deren Stelle das teilweise Zusammengehen mit den vormaligen „Reichsfeinden“, dem katholischen Zentrum. Auch für die Linksliberalen bedeutete dies eine mehr als spürbare Zäsur; sie werteten das Geschehen als Bestätigung der „rückschrittlichen“ Bewegung im Reich – als Triumph der „Reaction“, so das weit verbreitete Urteil der „entschiedenen Liberalen“.<sup>5</sup>

Die Liberalen schockierte Bismarcks Wende umso mehr, als sie sich nach einem politisch sehr erfolgreichen Jahrzehnt der Nationsbildung begründete Hoffnung auf mehr staatsbürgerliche Rechte und Mitbestimmung sowie eine weitere Parlamentarisierung des Reichs und seiner Einzelstaaten machen durften.<sup>6</sup> Selbst für die Perspektive der oppositionellen Fortschrittspartei konnte dies gelten, hatte sie doch beispielsweise bei den Reichstagswahlen 1877 mit ihrer für die Nation „fruchtbringende[n] Tätigkeit“ in den vergangenen Jahren um Stimmen geworben, viele Gesetze würden die „Spuren der Arbeit und des Einflusses auch unserer Partei“ aufweisen.<sup>7</sup>

Auch bei Wilhelm Büchner finden sich Beispiele derart zukunftsgeisser Stimmung in den Jahren nach der Reichsgründung. Seine bei der Gedenkfeier für seinen Bruder Georg in Zürich 1875 vorgetragenen Verse intonierten den erreichten und noch zu erwartenden Fortschritt der Nation unmissverständlich:

„Ruh Du nun immer hier; ist's auch in Deutschlands Gauen anders / Als zu der Zeit  
wo Du gelebt, die Freiheit birgt's noch nicht / Die Du erstrebst, // doch auch Dein

5 Zur „inneren Reichsgründung“ vgl. im Einzelnen Dieter Langewiesche: Liberalismus in Deutschland, Frankfurt a.M. 1988, S. 164-180; Wolther von Kieseritzky: Liberalismus und Sozialstaat. Liberale Politik zwischen Machtstaat und Arbeiterbewegung 1878-1893, Köln u.a. 2002, S. 177-295.

6 Wolther von Kieseritzky: Liberalisierung der Nation? Liberale Reformperspektiven und die innere Ausgestaltung des Nationalstaats in Deutschland. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 16 (2004), S. 115-140.

7 Wahlauftritt der Deutschen Fortschrittspartei vom 23.12.1876, in: Ludolf Parisius: Deutschlands politische Parteien und das Ministerium Bismarck. Ein Beitrag zur Vaterländischen Geschichte mit einem Vorwort zur gegenwärtigen Kanzlerkrise. Berlin 1878, S. 223-225, hier S. 224.

Auge würde leuchten / Wenn Du den deutschen Geist jetzt säh'st / Wie mächtig seine Schwingen sich entfalten, / Das Recht der Menschheit sich bewegt. / Der Kampf um's Licht er hat begonnen, / Mög' er der ganzen Welt auch frommen.<sup>48</sup>

Den Fortgang dieser Entwicklung sahen Liberale wie Büchner Ende der 1870er Jahre in Frage gestellt und durch das in ihren Augen kompromittierende Einverständnis der Nationalliberalen mit Bismarcks neuem Kurs verraten. Aus historischer Rückschau lässt sich allerdings sagen, dass die Sorge der Linksliberalen nur teilweise berechtigt war: Bismarck hat seine Ziele weitgehend verfehlt,<sup>9</sup> was schon das Beispiel der erwähnten Sozialreform zeigt: Deren Gestalt etwa wurde durch den jahrelangen, öffentlichen und parlamentarischen Entscheidungs- und Diskussionsprozess bestimmt, am Ende stellte sie sich als ein Mixtum aus konservativ-autoritärer Regierungspolitik und den Vorstellungen der Liberalen und des Zentrums dar – im Ergebnis also ein Herrschaftskompromiss, weshalb Bismarck sich schließlich davon distanzierte. Auch in der Zoll- und Steuergesetzgebung setzte sich der Kanzler nur teilweise durch. Am größten war noch sein Erfolg, mit dem „Sozialistengesetz“ ein illiberales Gesetz unter partieller Zustimmung der darüber zerstrittenen Liberalen auf den Weg gebracht zu haben.

Sorge und Unruhe der Liberalen lassen sich auch aus der hessischen Perspektive nachvollziehen: Zum einen hatte die 1862 – ein Jahr nach der Entstehung der preußischen Deutschen Fortschrittspartei<sup>10</sup> – gegründete Hessische Fortschrittspartei die Spaltung des preußischen Liberalismus von 1867 nicht mitvollzogen, sondern an der Einheit der liberalen Partei festgehalten. Zum anderen war der Liberalismus im Großherzogtum Hessen in den 1870er Jahren – stärker noch als im Reich – faktisch zur „regierenden Partei“ aufgestiegen, soweit es unter den verfassungsmäßig eingeschränkten Rechten des Parlaments möglich war.<sup>11</sup> Während nach Bismarcks „Bruderkrieg“ 1866 die eher auf Österreich orientierte öffentliche Stimmung in Hessen den Liberalen wenig gewogen war, entspannte sich die Situation erheblich angesichts der letztlich auch für das Großherzogtum vorteilhaften Ergebnisse des zweiten Krieges 1871: Bis Mitte der 1870er Jahre stellten die Liberalen etwa 80 Prozent der Abgeordneten im Landtag und hielten eine deutliche absolute Mehrheit noch bis Ende des Jahrhunderts – nicht zu Unrecht wurde vom „Paradies der

8 Wilhelm Büchner, Juni 1875, zit. nach Jan-Christoph Hauschild: Georg Büchner. Studien und neue Quellen zu Leben, Werk und Wirkung. Mit zwei unbekanntem Büchner-Briefen, Königstein/Ts. 1985, S. 439 f. Diese erste zentrale Gedenkfeier für Georg Büchner fand anlässlich der Umbettung und Neuerrichtung der Grabstätte statt. Zu Hintergründen und Verlauf vgl. ebd., S. 427-442.

9 Lothar Gall: Bismarck. Der weiße Revolutionär. Frankfurt am Main u.a. 1980, S. 643ff.

10 Zur Gründung der ältesten deutschen Partei im modernen Sinne vgl. Christian Jansen: Die Fortschrittspartei – ein liberaler Erinnerungsort? Größe und Grenzen der ältesten liberalen Partei in Deutschland. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 24 (2012), S. 43-56.

11 Ausführlich dazu White, Splintered Party (wie Anm. 3), S. 37-83.

Liberalen“ gesprochen.<sup>12</sup> Die beginnende Kehrtwendung Bismarcks beim inneren Ausbau des Reiches verschärfte nun aber die latenten Konflikte zwischen den Flügeln der liberalen Partei in Hessen und führte auch hier nach 1878 zur Abspaltung. Diese Entwicklung begann auf der lokalen Ebene mit der Gründung eigener Wahlkomitees für Kandidaten, die sich vom dominierenden Nationalliberalismus abkehrten und zum Linksliberalismus bekannten; in einem zweiten Schritt entstanden lokale Vereine, die sich unmittelbar der Deutschen Fortschrittspartei zuordneten. Für deren Parteivorsitzenden Eugen Richter bildete Hessen in der zweiten Hälfte der 1870er Jahre den Probelauf für die organisatorische Straffung und Ausrichtung der Partei auf die Berliner Zentrale. In dieser Gemengelage spielte Wilhelm Bücher eine wesentliche Rolle – seine erfolgreiche Kandidatur zum Reichstag 1877 und sein Sieg über den Kandidaten der alten Hessischen Fortschrittspartei gab dem Linksliberalismus die Initialzündung für die organisatorische und politische Verbreitung.<sup>13</sup>

## II.

Über 35 Jahre, von 1848/49 bis 1884, engagierte sich Bücher in der Politik: als Stadtrat in der Selbstverwaltung seiner Kommune Pfungstadt, als Abgeordneter im Landtag des Großherzogtums Hessen und auf der Reichsebene im Berliner Parlament. Über seine Tätigkeit sind wir vor allem aus den Berichten der zeitgenössischen Presse informiert, manchmal auch durch Flugblätter des liberalen Wahlvereins in Hessen. Sehr viel seltener besitzen wir Büchners direktes Wort, auch die parlamentarischen Quellen sind rar, denn Bücher trat lediglich mit wenigen, zumeist knappen Redebeiträgen hervor. Es herrscht also das über ihn Gesagte und Wiedergegebene vor, der Konjunktiv – und manchmal auch nur die Kritik der gegnerischen Leitartikler. Diese magere und nicht unkomplizierte Quellenlage muss betont werden, zumal auch persönliche Quellen zum politischen Wirken eher rar sind.<sup>14</sup>

Während seiner politischen Arbeit auf den verschiedenen Ebenen blieb Bücher im Hauptberuf Unternehmer; während der Sitzungszeiten des Reichstags musste er sich mehrfach abmelden, um seinen wirtschaftlichen Aufgaben

12 Zitat: Frankfurter Zeitung, Nr. 324, 19.11.1876, Morgenblatt, zit. nach Köhler, Fortschritt (wie Anm. 1), S. 7; für die Zusammensetzung der hessischen Abgeordnetenversammlung vgl. James J. Sheehan: Der deutsche Liberalismus. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg, 1770-1914, München 1983, S. 176, 268.

13 Zu den Vorgängen im einzelnen White, Splintered Party (wie Anm. 3), S. 51-83.

14 Im Stadtarchiv Pfungstadt (Depositum „Wilhelm Bücher“) und im Besitz der Familie Bücher befinden sich wenige persönliche Aufzeichnungen von Wilhelm Bücher. Seine „Familien-Notizen“ im blauen Buch „Zur Erinnerung 1841-1890“ sind ausgewertet in Boehncke/Brunner/Sarkowicz, Die Büchners (wie Anm. 2), die zeitgenössische lokale Berichterstattung über Veranstaltungen mit Bücher ist ausführlich zitiert in Köhler, Fortschritt (wie Anm. 1).

in Pfungstadt nachzugehen.<sup>15</sup> Dies war in der liberalen Bewegung nicht ungewöhnlich: In einer Zeit der Honoratiorenpolitik prägten noch nicht Parteiapparate, Parteitage und Programme das politische Geschehen. Parteien waren zunächst noch eher locker gefügte Gesinnungsgemeinschaften, bei denen die Zuordnung einzelner Abgeordneter auch wechseln konnte.<sup>16</sup> Erst allmählich begann sich im Kaiserreich das persönlichkeitsgebundene Agieren der traditionellen Honoratiorenpolitik mit seiner Bevorzugung individueller Autonomie – lockere Bindung untereinander, wenig differenziert ausgebauter Parteiapparat, geringe Machtorientierung<sup>17</sup> – zu wandeln. Es wurde durch ein intensives Streben nach Positionen auf dem politischen Markt und der Teilnahme an der Machtkonkurrenz abgelöst.

Den Hintergrund dieses Wandels bildeten die Veränderungen auf nationaler Ebene. Unter den Bedingungen des allgemeinen gleichen und weitgehend geheimen Männerwahlrechts waren die Liberalen nach 1867 in eine strukturell neue Situation geraten, die mit der erzwungenen vielfachen Konkurrenz der Parteien, der Wahlkämpfe und der politisierten Öffentlichkeit auch substantielle Änderungen in den Formen der politischen Aktion verlangte. Diese Professionalisierung wurde gerade in der Deutschen Fortschrittspartei unter Eugen Richter sehr intensiv vorangetrieben: In den 1870er Jahren etablierte er einen Rednerdienst, lenkte Publikationen und Flugschriften von der Zentrale aus und erhöhte deren Zahl um ein Vielfaches; zudem führte er eine inner- wie außerhalb der Partei umstrittene Diätanzahlung für Abgeordnete ein, was deren Abhängigkeit vom Berliner Parteiapparat noch beförderte.<sup>18</sup> Nicht zuletzt versuchte er, personell wie inhaltlich das Geschehen in den Ländern von der preußischen Parteizentrale aus zu bestimmen.

Praktisch erprobt wurden diese Mittel bei den in Hessen auftretenden Auseinandersetzungen über den Kurs der gesamtliberalen Partei; Richter nutzte die Konflikte in der (alten) Hessischen Fortschrittspartei, indem er die Kandidatur Büchners förderte – mit Erfolg: Von 1877 bis 1884 vertrat dieser den Wahlkreis Darmstadt Groß-Gerau im Reichstag.<sup>19</sup> Zur Wahl 1884 trat Büchner nicht mehr an; der Wahlkreis fiel wieder an die Nationalliberalen zurück, die

15 Im Einzelnen genannt bei Köhler, Fortschritt (wie Anm. 1).

16 Zusammenfassend dazu Kieseritzky, Liberalismus (wie Anm. 5), S. 145-158; immer noch grundlegend Thomas Nipperdey: Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918, Düsseldorf 1961.

17 Zum Begriff der „Honoratiorenpolitik“ Max Weber: Wirtschaft und Gesellschaft. 5. rev. Aufl. Tübingen 1976, S. 170 f.

18 Ursula Steinbrecher: Liberale Parteiorganisation unter besonderer Berücksichtigung des Linkliberalismus. 1871-1893, Diss. Köln 1960.

19 1898 siegte die SPD, danach wechselte der Wahlkreis zwischen SPD und Nationalliberalen. Thomas Klein: Die Hessen als Reichstagswähler. Tabellenwerk zur politischen Landesgeschichte 1867-1933 Bd.3: Großherzogtum/Volksstaat Hessen 1867-1933, Marburg 1995, S. 163-195 u. S. 1357; Fritz Specht: Die Reichstagswahlen von 1867 bis 1897, Berlin 1898, S. 324.

ihn bis 1898 verteidigten. Welche weiteren politischen Funktionen übte Büchner aus? Auf regionaler Ebene wurde er in den Darmstädter Landtag 1849 und 1850 für Zwingenberg gewählt, was aber wegen der Auflösung der Landtage faktisch jeweils nur wenige Monate währte. 1862 zog Büchner erneut in den Landtag ein und vertrat bis 1866 den Wahlkreis Waldmichelbach (Odenwald). Bei den Wahlen zum Zollparlament im März 1868 scheiterte seine Kandidatur in Bensheim-Erbach; getragen vom liberalen Aufschwung gelang ihm dann die Wahl 1872 in Gernsheim, ein Mandat, das er nun kontinuierlich bis 1881 im Landtag des Großherzogtums innehatte.<sup>20</sup>

Büchner gehört zu einer Generation liberaler Politiker, deren Lebensspanne fast das ganze 19. Jahrhundert umfasste. Zäsuren wie die Revolution 1848/49, die Einigungskriege 1866 und 1871 prägten diese Generation, zu der auch Rudolf Virchow und der fast gleichaltrige Theodor Mommsen gehörten, und beeinflussten auch die Reaktionen auf den radikalen Politikwechsel 1878/79. Anders als Mommsen, der die Bewegung von 1848/49 aus nächster Nähe miterlebt und journalistisch begleitet hatte, war Büchner allerdings kein „48er“, obwohl er mit demokratischen Ansichten durchaus sympathisiert und seine politisch radikaleren Brüder Ludwig und Alexander bei der Flucht unterstützt hatte.<sup>21</sup> Jedoch war Wilhelm 1848 bereits mehr als sieben Jahre unternehmerisch eigenverantwortlich tätig gewesen: zuerst in der Darmstädter Zündholzfabrik, 1841 in einer Fabrik für Schellack und Firnisse, 1842 dann in der eigenen „Chemischen Fabrik für künstlichen Farbstoff, Farb- und Bleichmittel“. 1845 erwarb er – dank der Mitgift seiner Frau – eine stillgelegte Zuckerfabrik in Pfungstadt und begann mit der Herstellung des Ultramarin. Nun besaß er einen aufstrebenden Betrieb in einer zukunftsorientierten Branche. Die Neigung zur Revolution dürfte dies nicht gestärkt haben.

Auch die familiäre Lage sprach im „tollen“ Jahr<sup>22</sup> gegen eine aktive Beteiligung: Anfang 1848 wurde eine Tochter geboren, die Ende des Jahres verstarb, zudem zog die Familie von Darmstadt nach Pfungstadt um und richtete sich neu ein. Büchner – so lässt sich der Befund zusammenfassen – war kein zentraler Akteur in dieser Zeit. Doch beteiligte auch er sich politisch zumindest im liberalbürgerlichen Rahmen: Im Frühjahr 1848 ließ er sich als Wahlmann für die Wahl zur Nationalversammlung aufstellen, anlässlich der Verabschiedung der Grundrechte organisierte er im Januar 1849 Veranstaltungen zur Un-

20 Hans Georg Ruppel/Birgit Groß (Bearb.): Hessische Abgeordnete 1829-1933. Biographische Nachweise für die Landstände des Großherzogtums Hessen (2. Kammer) und den Landtag des Volksstaates Hessen, Darmstadt 1980, S. 77.

21 Dazu genauer Matthias Gröbel: Die Geschwister Georg Büchners in der Revolution 1848/49. In: Georg Büchner Jahrbuch 12 (2009-2012), S. 371-406.

22 Die familiären Verwicklungen in das revolutionäre Geschehen hat anschaulich Wilhelms Bruder beschrieben – Alexander Büchner: Das „tolle“ Jahr. Vor, während und nach. Von einem, der nicht mehr toll ist. Erinnerungen, Gießen 1900.

terstützung der Nationalversammlung.<sup>23</sup> Anfang 1850 beantragte er zusammen mit einigen Fraktionskollegen die Amnestie für alle politischen Vergehen der Jahre 1848/49, um die Freilassung der außerhalb des Großherzogtums inhaftierten hessischen Teilnehmer der Reichsverfassungskämpfe vom Frühsommer 1849 zu bewirken: „Auch in unserem Lande hat sich jene traurige, für immer entschwunden geglaubte Zeit erneuert, da unzählige Familien ihre Angehörigen als Verbannte oder Eingekerkerte beweinen.“<sup>24</sup> Weitere Anträge in dieser Zeit bezogen sich auf die Demokratisierung der Gemeindeverwaltung, die freie Wahl der Ortsbürgermeister und die Öffentlichkeit von Gemeinderatssitzungen.<sup>25</sup>

Größere politische Bedeutung erlangte 1866 seine Stellungnahme gegen die von der großherzoglichen Regierung Dalwigk beantragten Kredite zur Mobilmachung im Bundesfeldzug gegen Preußen. Büchner stimmte zusammen mit der Kammermehrheit gegen die Regierung, distanzierte sich aber zugleich vom preußischen Vorgehen: Er sei „Föderativ-Republikaner“; die „Föderation und ihre Spitze“, an der – so Büchner – „ein jeder ehrliche Mann stehen könne“, müsse „im Volk basieren“, müsse das „Werk“ des Volkes sein, nicht das einer Abmachung zwischen den abgewirtschafteten, „impotenten“ Dynastien und ihren Regierungen.<sup>26</sup> Mit dem Begriff „Volk“ zitierte er noch das vormärzliche Selbstverständnis der Liberalen als Vertreter des Allgemeinwohls im Widerstand gegen Ancien Régime und Adel.

Büchner bekannte sich zeitlebens politisch zum fortschrittlichen oder freisinnigen Liberalismus und sympathisierte nicht – anders als sein Bruder Ludwig – mit der Süddeutschen Volkspartei. Bemerkenswert ist deshalb seine Reaktion auf geplante Ordensverleihungen: Als der von den Liberalen wenig geschätzte Ministerpräsident Freiherr von Dalwigk ihn 1868 mit dem Ritterkreuz des Ludwigsordens auszeichnen wollte, lehnte Büchner ab. Seine politische Anschauung, so formuliert er in seiner Absage, „wonach ich das Wohl des Staates nur in der Anwendung demokratischer Grundsätze zu finden glaube“, mache ihm die Annahme unmöglich.<sup>27</sup> In seinen autobiographischen Aufzeichnungen vermerkt er lapidar – und doch nicht ohne Stolz: „Orden erhalten und ihn prinzipiell abgelehnt.“ So prinzipiell war dies sechs Jahre später dann nicht mehr: 1874 nahm er das von der großherzoglichen Regierung verliehene Ritterkreuz des Philippsordens an und warb auf seinen Geschäftsformularen künftig mit beiden Orden. Entscheidend für den inzwischen wohlwollenden

23 Gröbel: Geschwister (wie Anm. 21), S. 403ff.

24 Amnestiegesuch vom 5.1.1850, zit. nach Franz, Fabrikant (wie Anm. 2), S. 377.

25 Ebd., S. 377 f.

26 Rede vom 13.6.1866, zit. nach Franz, Fabrikant, (wie Anm. 2), S. 378; die Rede ist abgedruckt bei Manfred W. Köhler/Christof Dipper (Hrsg. u. Bearb.): Einheit vor Freiheit. Die hessischen Landtage in der Zeit der Reichseinigung 1862-1875, Darmstadt 2010, S. 490-494.

27 Entwurf des Absageschreibens, zit. nach Boehncke/Brunner/Sarkowicz, Die Büchners (wie Anm. 2), S. 52. Danach auch das Folgende.



Umgang mit staatlichen Ehrerweisen wird sicherlich der Aufstieg der hessischen Liberalen zur gouvernementalen Partei gewesen sein, nachdem seit 1872 der eher liberale Karl Hofmann die Regierungsgeschäfte im Großherzogtum führte.

Möglicherweise spielten bei der veränderten Haltung aber auch geschäftliche Gründe eine Rolle: Büchners Firma war inzwischen international tätig, das Gewerbeverzeichnis der Stadt weist ihn Anfang der 1860er Jahre mit über 40 Beschäftigten als einen der wichtigsten Arbeitgeber aus; Mitte der 1870er Jahre waren es bereits mehr als 100 Mitarbeiter.<sup>28</sup> Die starke wirtschaftliche Stellung in Pfungstadt gab Büchner den Rückhalt für sein kommunalpolitisches Engagement. Dabei verzeichnen seine Biographen hier ausschließlich Aktivitäten, wie sie für einen liberalen, ortsansässigen Unternehmer charakteristisch sind: Er war Mitglied im Gewerbeverein, im Schulvorstand und im Vorschuss- und Kreditverein; 1868 initiierte er eine Kleinkinderschule (Kindergarten) und 1875 eine „Höhere Bürgerschule für Knaben und Mädchen“. Zudem verhinderte er 1877 die Einführung von Schulgeld in der Volksschule. In stärkerem Umfang setzte er sich für den Anschluss Pfungstadts an die Eisenbahn ein. Nach zahlreichen Eingaben bei der Regierung wurde diese „Secundärbahn“ nach Eberstadt schließlich 1886 eingeweiht – der technische Fortschritt kam nicht zuletzt seiner Ultramarinfabrik zugute, deren Leitung er allerdings schon 1882 an seinen Sohn Ernst abgegeben hatte.

### III.

In der Reichstagswahl 1877 trat Büchner als Kandidat des neuen linksliberalen Wahlkomitees an. In der Stichwahl besiegte er den nationalliberalen Kandidaten Hermann Welcker dank der Unterstützung sozialdemokratischer Wähler, obwohl deren Parteiführung eine Empfehlung zugunsten des Liberalen noch abgelehnt hatte.<sup>29</sup> 1878 wurde Büchner wiedergewählt, ebenso 1881, bei einer Wahl, die dem Linksliberalismus im Reich wie im Großherzogtum einen erdrutschartigen Erfolg bescherte. Das Plebiszit über die protektionistische Politik Bismarcks begünstigte die oppositionellen Liberalen, zumal in vielen hessischen Wahlkreisen (weniger in Büchners Bezirk) die Sorge vor dem geplanten staatlichen Tabakmonopol den Ausschlag gegeben haben dürfte.

28 Zahlen nach Armin Hildebrandt: Industrialisierung in Pfungstadt – von der Gründung der Krapp-Manufaktur bis zum modernen Industriebetrieb (1767-1945). In: J. Friedrich Battenberg (Hrsg.): Pfungstadt. Vom fränkischen Mühlendorf zur modernen Stadt, Pfungstadt 1985, S. 219-260, hier S. 233 f. Das „Verzeichniß der Gewerbetreibenden mit Angabe ihrer sämtlichen Gewerbe und der dabei verwendeten Gehülffen“ von 1859 bis 1864 ist abgedruckt ebd., S. 245-252.

29 White, Splintered Party (wie Anm. 3), S. 76-78; Köhler, Fortschritt (wie Anm. 1), S. 15-21.



Auch wenn Büchner selbst Honoratiorenpolitik betrieb, also während seiner Tätigkeit als Reichstagsabgeordneter im Hauptberuf Unternehmer blieb, wurde sein Wahlkreis professionell organisiert. Hierbei spielte sein Bruder Ludwig eine entscheidende Rolle. Als Ortsvorsitzender des neu gegründeten Lokalkomitees der Fortschrittspartei in Darmstadt agierte er gleichsam als Wahlkampfmanager und Parteiorganisator für Wilhelm.<sup>30</sup> Ludwig, der sich als Demokrat verstand und zeitweilig sogar mit der Sozialdemokratie liebäugelte, wollte mit der neuen Ausrichtung der Fortschrittspartei „der großen Masse der freisinnigen Bestrebungen, welche sich in der weiten Lücke zwischen Sozialdemokratie und Nationalliberalismus finden, freien Spielraum [...] gewähren“ – wählbar für Bürger wie Arbeiter.<sup>31</sup> Folgerichtig überlegten die Parteistrategen – mit Zustimmung auch von Wilhelm Büchner –, die neue Fortschrittspartei nun „Nationaldemokratische Partei“ zu nennen, um den beiden Hauptzielen, der inneren Einheit der Nation und der Parlamentarisierung, mehr Gewicht zu verleihen.<sup>32</sup> Dies war nicht von Erfolg gekrönt, weil es sowohl auf den Widerstand der Deutschen Fortschrittspartei, insbesondere bei Eugen Richter, stieß, als auch bei der Basis der hessischen Liberalen, die eine derart demonstrative Zuwendung zum von Preußen dominierten Nationalstaat und die Abkehr von der ursprünglichen Gemeinsamkeit aller Liberalen skeptisch werteten.

In den Kommissionen und Führungsgremien der Fortschrittspartei auf Reichsebene wirkte Büchner meist dann mit, wenn es um die Berücksichtigung der hessischen Liberalen ging. So gehörte er beispielsweise 1877 zu den zehn Kommissionsmitgliedern für die Überarbeitung des alten Parteiprogramms, 1878 zu den Autoren des Wahlaufrufs für die Reichstagswahl und 1884 zu den Mitgestaltern des Fusions-Parteitag zur Gründung der Deutschen Freisinnigen Partei. Auf hessischer Ebene war er 1877 entscheidend am ersten reformorientierten Programmentwurf beteiligt, mit dem die neue Fortschrittspartei in die Öffentlichkeit treten wollte. Zentrale Forderungen des Entwurfs waren etwa die Ministerverantwortlichkeit und die Ausdehnung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts auf die Länder.<sup>33</sup>

Dass Wilhelm Büchner stärker am Geschehen in der liberalen Bewegung beteiligt war, als es seine seltenen Redebeiträge oder Kommissionsarbeiten in den Parlamenten nahelegen, wird durch seine Mitwirkung in den informellen Kreisen der Politik, den gesellschaftlichen und politischen Orten der Diskus-

30 Matthias Gröbel: Ludwig Büchner – Ein Heilssucher im Industriezeitalter. In: ders. u.a. (Hrsg.), *Fortschritt* (wie Anm. 2), S. 232-411, hier S. 361-364.

31 Ludwig Büchner in der *Darmstädter Zeitung*, Nr. 98, 10.4.1877, zit. nach ebd., S. 362.

32 Antrag auf dem ersten „Provinzial-Parteitag der deutschen Fortschrittspartei für Hessen-Nassau und Großherzogtum Hessen“ am 28.4.1878, *Frankfurter Journal*, Nr. 119, 30.4.1878, Erste Beilage, zit. nach ebd., S. 363.

33 Köhler, *Fortschritt* (wie Anm. 1), S. 26-30, 62.

sion und des Austausches belegt. Salons und kleinere Zirkel fungierten als Ideenlaboratorien. So nahm Büchner zeitweilig an der liberalen Runde um Ludwig Bamberger, Theodor Barth, Heinrich Rickert, Karl Schrader u.a. im Berliner „Sezessionshaus“ teil, in dem während der parlamentarischen Session viele auswärtige Reichstagsabgeordnete vor allem der Linksliberalen zusammentrafen.<sup>34</sup> Der Name geht auf diejenigen Abgeordneten zurück, die sich nach der innenpolitischen Wende 1878/79 von der Nationalliberalen Partei lösten und 1884 mit der Fortschrittspartei zur Deutschen Freisinnigen Partei fusionierten.<sup>35</sup> Nach Aufgabe des „Sezessionshauses“ durch die Liberalen zog zur Jahrhundertwende die Gesandtschaft des Großherzogtums Hessen in das Gebäude ein.

Innerhalb der Reichstagsfraktion befasste sich Büchner fast ausschließlich mit Themen, bei denen er aufgrund seiner unternehmerischen Tätigkeit und als Betreiber eines chemischen Betriebs eigene Erfahrungen besaß – mit Fragen der Gewerbeordnung und Zollpolitik sowie der Unfallverhütung und des Arbeitsschutzes. Die Diskussion darüber war generell recht neu: Arbeitsbedingte Erkrankungen waren lange eher als unumgängliche Begleiterscheinungen des Gewerbebetriebs eingeschätzt worden. Besondere Gefährdungen galten in den Heimindustrien der Tabakverarbeitung und Zündholzproduktion, die auch in Büchners eigener Lebenswelt in Pfungstadt eine beträchtliche wirtschaftliche Rolle spielte. Die Arbeit in diesen Branchen führte nicht selten zur Invalidität bzw. zum Tod, etwa durch Phosphornekrose oder Arsenvergiftung; betroffen waren besonders die in der Heimindustrie beschäftigten Frauen und Kinder.<sup>36</sup>

Angesichts dieser Situation kam den Arbeitsbedingungen in den Fabriken und der Modernisierung der Produktionsverfahren eine wesentliche Rolle zu. In der 1878 im Reichstag geführten Debatte über das Fabrikinspektorat konstatierte Büchner grundsätzlich die Notwendigkeit der staatlichen Inspektion zum Schutz der Arbeiter. Seine Haupteinwände bezogen sich auf die nächtliche Überprüfung der Fabriken und die mitunter mangelnde fachliche Kompetenz der Inspektoren. Seine Forderung, dass bei der Auswahl der Fabrikinspektoren auf deren „Fähigkeit Rücksicht genommen“ werden müsse und nicht branchenfremde Gemeindebeamte oder ehemalige Militärangehörige diese Arbeit

34 Dazu Wolther von Kieseritzky: Liberales Netzwerk für soziales Engagement. Bausteine zu einer Biographie des freisinnigen Politikers und Sozialreformers Karl Schrader In: Mitteilungen des Vereins für die Geschichte Berlins 109 (2013), S. 234-248.

35 Die Nationalliberalen seien „von Kompromiß zu Kompromiß gesunken“, fasste Ludwig Bamberger die – in seiner Sicht – opportunistische Haltung seiner ehemaligen Fraktionskollegen zusammen. Ludwig Bamberger: Die Sezession In: Ders.: Gesammelte Schriften, Bd. 5, Berlin 1897, S. 39-134, hier S. 111.

36 Zusammenfassend mit weiteren Literaturhinweisen Kieseritzky, Liberalismus (wie Anm. 5), S. 74-77.

übernehmen, wurde später aufgegriffen.<sup>37</sup> Als Unternehmer in der risikobehafteten Farbenindustrie gehörte Büchner selbst zu den Betroffenen derartiger Bestimmungen. Zwar hatte er weniger Probleme mit Kinderarbeit, die es in seinem Betrieb kaum gab, aber umso mehr mit Krankheitsgefahren für die Beschäftigten aufgrund der verwendeten Chemikalien. Hinzu kamen noch die von der Fabrik ausgehenden Umweltgefahren: Schon 1858 erhob etwa ein Nachbar in Pfungstadt, der Tabakpflanzer und Müllermeister Philipp Engel, Klage gegen die Ultramarinherstellung. Vor dem Bürgermeister gab Engel zu Protokoll: „Mein Taback auf meinem Viertelacker wurde so ruiniert, dass ich bei dem später erfolgten Verkauf 1/3 Teil weniger dafür löbte, was einzig und allein diesen Dünsten pp. zuzuschreiben ist. [...] Nicht einmal meine Wäsche kann ich in meiner Behausung trocknen [...]“.<sup>38</sup>

Am engagiertesten beteiligte sich Büchner im Reichstag an der Diskussion über die Einführung von Importzöllen.<sup>39</sup> Übereinstimmend mit dem linksliberalen Argumentationsmuster betonte Büchner, dass Schutzzölle nicht Arbeitsplätze sichern oder verbessern würden, sondern, im Gegenteil, das Fortdauern veralteter Produktionsmethoden und schlechter Arbeitsbedingungen zur Folge hätten. Ganz ähnlich votierte er in der 1884 im Parlament intensiv behandelten Frage der Zündholzproduktion, mit der Büchner sich gut auskannte: 1840 hatte er seine unternehmerische Tätigkeit in der Linckschen Bleiweißfabrik mit der Produktion von Zündhölzern begonnen. Die Regierungsvorlage zur Erhöhung der Einfuhrzölle auf schwedische (Sicherheits-)Zündhölzer lehnten die Linksliberalen ab, weil damit nur die veraltete Produktion von Weißphosphorzündhölzern geschützt würde. Sein Wahlbezirk Darmstadt sei, so Büchner, die „Pflanzschule für die ganze Industrie der Weißphosphorzündhölzer“ gewesen. „Es ist kaum eine Industrie denkbar, die in wirtschaftlicher Richtung von so großer Bedeutung war, die aber zugleich wieder bezüglich der Arbeiter so kolossale Nachteile mit sich geführt hat, wie gerade diese Industrie.“ Statt durch innovative Verfahren die Situation zu verbessern, habe sich die deutsche Industrie aber „auf die geistig faule Haut gelegt, sie hat sich nicht bestrebt, das zu erreichen, was später die Schweden erreicht haben, und heute noch befinden wir uns auf demselben Stande [...]“. „Es sei deshalb aberwitzig, nun gerade auf die schwedische Produktion Zölle zu erheben. Der alleinige Gesichtspunkt, so Büchner, müsse sein, „daß die Fabrikation mit weißem Phosphor so rasch als möglich unterdrückt werde“.<sup>40</sup> Auch wenn die Linksliberalen mit dieser Argumentation keinen Erfolg hatten, gab ihnen die langfristige Entwicklung

37 Büchner am 9. Mai 1878, Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstags, Bd. 48, S. 1183 f.

38 Protokoll des Bürgermeisters vom 8.9.1858, zit. nach Boehncke/Brunner/Sarkowicz, Die Büchners (wie Anm. 2), 43 f.

39 Büchner am 11. Juli 1879, Verhandlungen (wie Anm. 37), Bd. 53, S. 2278 f.

40 Alle Zitate: Büchner am 28.4.1884, Verhandlungen (wie Anm. 37), Bd. 75, S. 359.

recht: Erst als die inländische Produktion von Zündholzern mit weißem Phosphor aufgrund der günstigeren Importe aus Schweden unrentabel geworden war, wurde die Produktion schließlich gänzlich verboten.

Die Frage des – durch Wettbewerb geförderten – Fortschritts in den Produktionsbedingungen prägte auch Büchners weitere Stellungnahmen im Reichstag. Die deutsche Industrie kranke nicht am unzureichenden Schutzzoll, so sein *ceterum censeo*, sondern an den nicht konkurrenzfähigen, rückständigen Bearbeitungs- und Produktionsverfahren.<sup>41</sup> Dabei erging es Büchner mit seinem eigenen Farbenbetrieb nicht viel anders: 1891 feierte sein Unternehmen, dessen Betriebsführung er bereits 1882 an seinen Sohn abgegeben hatte, das 50. Jahr seines Bestehens, wenige Jahre später wurde der Betrieb geschlossen – die Konzentrationsprozesse in der Branche ließen die Weiterführung nicht aussichtsreich erscheinen.<sup>42</sup>

#### IV.

Die Entschiedenheit, mit der Wilhelm Büchner im Schreiben vom September 1878 für sich und seinen Bruder Georg jedwede Nähe zum Nationalliberalismus zurückgewiesen hatte, täuscht über das unverändert starke Bewusstsein hinweg, das liberale Bürger für die Einigkeit ihrer politischen Bewegung bewahrt hatten. Dies gilt auf regionaler und lokaler Ebene gerade auch in Süddeutschland trotz der Spaltungstendenzen des organisierten Liberalismus im Reich und in Ländern wie Hessen, Württemberg oder Baden. Versuche, diese Einigkeit nicht nur zu beschwören, sondern auch gegen die anderen politischen Gruppen zu organisieren, gab es immer wieder. An einem entscheidenden Projekt dieser Art, der Schaffung einer „liberalen Mittelpartei“, war auch Büchner beteiligt. Der Begriff selbst ging auf die Revolutionszeit zurück; später sollten sich unter dieser Losung fraktions- und parteiübergreifend alle Kräfte sammeln, die weder dem Ancien Régime noch der radikaldemokratischen Richtung zuneigten<sup>43</sup> – darunter vor allem die Kräfte des „dritten Deutschland“, wie die von Albert Hänel geführte Schleswig-Holsteinische Liberale Partei und die Hessische Fortschrittspartei. Das wesentlich von Eduard Lasker bis zu seinem Tod 1884 vorangetriebene Vorhaben zielte neben der weiteren Kräftigung der liberalen Bewegung – getragen vom Aufschwung des

41 Siehe die Stellungnahmen zum Gesetzentwurf betr. „Verkehr mit Nahrungs- und Genußmitteln“ sowie der Diskussion über die Erhöhung des Einfuhrzolls auf kalzinierte Soda, 1.4.1879, Verhandlungen (wie Anm. 37), Bd. 48, S. 772, und 11.7.1879, Bd. 49, S. 2278.

42 Büchner, Familie Büchner (wie Anm. 2), S. 27-43.

43 Klaus von Beyme: Partei, Faktion. In: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hrsg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Bd. 4, Stuttgart 1978, S. 677-733, hier S. 717.

linksliberalen Wahlsiegs von 1881 – auch auf die Einhegung der preußischen Dominanz in der Fortschrittspartei unter Eugen Richter. Auf einem Parteitag der thüringischen Liberalen in Gotha wurde 1882 eine „Verständigungsformel“ ausgearbeitet, die als verbindendes Element eine – zu Bismarcks Staatspolitik – alternative Form der liberalen Sozialpolitik mit Vorschlägen zur Absicherung der industriellen Arbeiter gegen Unfälle (Reichshaftpflichtversicherung), zur Gewerbeordnung und zum Arbeitsrecht enthielt.<sup>44</sup>

Büchner war auf dem Gothaer Parteitag nicht dabei, schloss sich den Vereinbarungen aber ausdrücklich an und stimmte in der Reichstagsfraktion für das Vorhaben.<sup>45</sup> In der Fortschrittspartei war der politische Kompromiss aber umstritten und wurde schließlich abgelehnt: Die kleine demokratische Linke etwa meldete Protest an, weil die Frage der Parlamentarisierung des Reichs weitgehend ausgeklammert geblieben war, Eugen Richter fürchtete Auswirkungen auf seine Parteiführung, und die Fraktion wiederum befürchtete mehrheitlich eine Verlagerung der Entscheidungsbefugnis in die Wahlkreise und an die Parteibasis.<sup>46</sup> Mit der Abstimmungsniederlage in der Reichstagsfraktion wurde, so Lothar Gall, eine „mögliche Sternstunde des deutschen Liberalismus versäumt“.<sup>47</sup> Fortan drifteten „entschiedener“ und Nationalliberalismus dauerhaft auseinander.

## V.

Im Grundsatz war Büchner der Überzeugung – hierin ganz freisinniger Liberaler –, dass Fortschritt am ehesten und nachhaltigsten durch freiheitliche Entwicklung erreicht werde. Gewerblicher Fortschritt helfe, auch die sozialen Fragen zu lösen. „Fortschritt“ wurde verstanden als Aufgabe, Stadt und Gesellschaft umfassend zu modernisieren: Dies betraf die Infrastruktur wie Verkehr, Technik und Verwaltung ebenso wie die Bereiche Bildung und Schule – entsprechend dem Credo, die Menschen zum selbständigen Leben in Eigenverantwortung zu befähigen. Mit dem allgemeinen Kulturfortschritt werde, so erwartete optimistisch einer der populärsten Linksliberalen, Rudolf Virchow, die Gleichberechtigung der Schichten gefördert: „Der Unterschied der Stände wird mit jedem Tag geringer. Jede neue Einrichtung, die Wasserleitung, die

44 Erhard Würfel: Liberalismus in den thüringischen Staaten im Kaiserreich. In: Lothar Gall/Dieter Langewiesche (Hrsg.): Liberalismus und Region, München 1995, S. 217-252, hier S. 233 f.; zur Mittelpartei Kieseritzky, Liberalismus (wie Anm. 5), S. 244-252.

45 Tribüne, Nr. 607/2, 3.12.1882.

46 Schon im Frühjahr 1882 wurde vermutet, dass Richter das Vorhaben grundsätzlich hintertreiben werde (Schreiben von Karl Baumbach an Eduard Lasker, 14.4.1882, Bundesarchiv Berlin, Nachlass Lasker, 90 La 6, Nr. 16).

47 Gall, Bismarck (wie Anm. 9), S. 645. Dagegen hatte die Fraktion im preußischen Abgeordnetenhaus der Vereinbarung zugestimmt.

Kanalisation, die Beleuchtung, falls sie allgemein wird, bringt etwas Demokratisches in die Verhältnisse.<sup>48</sup> Sich persönlich zu engagieren, einen Teil der eigenen Ressourcen für die Gemeinschaft aufzuwenden, gehörte zum bürgerlich-liberalen Wertekanon.

Dass auch Büchner sich diesem Prinzip verpflichtet fühlte, lässt sich an seinem kommunalen Engagement erkennen, aber auch an der Führung seines Betriebs. 1870 erfolgte die Einrichtung eines Pensionsfonds als Invaliden-Unterstützungskasse, die später als Betriebskrankenkasse mit Zuschüssen des Arbeitgebers weitergeführt wurde; die Arbeiter wurden, wenn auch in geringem Umfang, am Gewinn des Unternehmens beteiligt. Büchner war Mitglied im „Verein zur Förderung des Wohles der Arbeiter ‚Concordia‘ 1878/79“, einer sozialpolitischen Arbeitgebervereinigung, die der nationalliberale hessische Reichstagsabgeordnete und Chemiefabrikant Fritz Kalle gegründet hatte. Diese Vereinigung verfolgte einen parteiübergreifenden sozialharmonischen Ansatz, der dem für unwirksam erachteten Sozialistengesetz eine „positive reformerische Tätigkeit“ auf „friedlichem Weg“ entgegensetzen sollte. Als Aufgabe nahm man sich vor, „die sittliche und materielle Hebung des Arbeiterstandes nach Kräften zu befördern und allen hierauf gerichteten Bestrebungen als Mittel- und Stützpunkt zu dienen.“<sup>49</sup>

Die Regularien in Büchners Fabrik entsprachen – der Fabrikordnung zufolge – einer üblichen Verbots- und Gebotslage.<sup>50</sup> Konflikte mit seinen Arbeitern, Streiks, Auseinandersetzungen um die Lohnzahlung oder politische Einflussnahme – etwa das Verbot sozialdemokratischer Agitation – sind aus seiner Unternehmensführung nicht überliefert. Doch wird auch dieser Betrieb mit widerständigem Verhalten und „Eigensinn“ (A. Lütke) seitens der Arbeiter konfrontiert worden sein. Darauf deutet zumindest ein Rundschreiben von 1875, in dem Büchner den Arbeitern mitteilte, „dass für die Folge unachtsamlich Strafen gegen alle Diejenigen verhängt werden, welche zu spät kommen oder zu frühe sich fertig machen. Zehn Minuten vor dem Weggehen ist zeitig genug, sich zu reinigen. Faullenzereien und nicht genügende Leistung im Quantum der Arbeit wird gleichfalls bestraft“.<sup>51</sup> Sicherlich führte er keinen Musterbetrieb liberaler Sozialpolitik mit Mitbestimmung der Arbeiter und

48 Rudolf Virchow: Vortrag zum 25-jährigen Bestehen des Berliner Handwerker-Vereins 1884, Berlin 1884, S. 7.

49 Konstituierende Versammlung am 25. Mai 1879, zit. nach Karl-Heinz Gorges: Der christlich geführte Industriebetrieb im 19. Jahrhundert und das Modell Villeroy & Boch, Stuttgart 1989, S. 29.

50 Eine Fabrikordnung des Ultramarin-Betriebes von 1887 ist abgedruckt in Hildebrandt, Industrialisierung (wie Anm. 28), S. 237.

51 Rundschreiben vom 1.11.1875 „An die Arbeiter und Beamten der Ultramarin-Fabrik“, zit. nach Boehncke/Brunner/Sarkowicz, Die Büchners (wie Anm. 2), S. 45. Zur Fabrikordnung vgl. Gerhard A. Ritter/Klaus Tenfelde: Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871-1914, Bonn 1992, S. 397-406; zum „Eigensinn“ Alf Lütke: Arbeitsbeginn, Arbeitspausen, Arbeitsende, in: Gerhard Huck (Hrsg.): Sozialgeschichte der Freizeit, Wuppertal 1980, S. 95-122.

Acht-Stunden-Tag, wie etwa seine Berliner Partei- und Unternehmenskollegen Heinrich Freese (Jalousien-Fabrik) oder Ludwig Löwe (Maschinenbau und Waffenfabrik),<sup>52</sup> die allerdings auch eine Ausnahme im Linksliberalismus blieben.

Insgesamt lag Büchners Engagement in der betrieblichen Sozialpolitik wohl auf einer „mittleren Linie“ zwischen Paternalismus, wie er bei konservativen und teilweise auch nationalliberalen Unternehmern nicht selten anzutreffen war, und arbeitsrechtlicher Betriebsverfassung, wie sie einige linksliberale Unternehmer pflegten. Gemeinsam war letzteren – so unterschiedlich die betriebliche Praxis auch sein mochte –, dass Selbständigkeit, Staatsferne und Privatwirtschaft die *conditio sine qua non* jeder Sozialpolitik zu bilden hatte. Alles andere sei lediglich „scheinbare Sozialreform“, so Theodor Barth. „Wirkliche Sozialreform“ bestehe in der Anwendung freiheitlicher Mittel: Arbeitervereinigungen, Koalitionsfreiheit, Bildung von Genossenschaften und Konsumvereinen, Kranken- und Unterstützungskassen, Sparkassen, Bibliotheken, Schulen etc.<sup>53</sup>

Wilhelm Büchner – so lässt sich zusammenfassen – verkörperte einen Typus des linksliberalen Honoratiorenpolitikers, der sich, entsprechend dem „bürgerlichen Wertehimmel“,<sup>54</sup> noch als Vertreter des „Allgemeinwohls“ empfand, was zugleich den Interessen des bürgerlichen Mittelstandes entsprach. Diesen Anspruch – und die Enttäuschung, schließlich nur als „Partei“, als Interessenvertreter, wahrgenommen zu werden – hatte sein Altersgenosse, Theodor Mommsen, am Ende des Jahrhunderts in die berühmte Formel gefasst, er hätte gewünscht, „ein Bürger zu sein“, was aber in dieser Nation nicht möglich gewesen wäre.<sup>55</sup> Als zeitweilig sehr erfolgreicher liberaler Unternehmer war Büchner dieses resignative Selbstverständnis fremd. Erst die Erkenntnis, die innere freiheitliche Entwicklung des Reichs bedroht zu finden, brachte ihn Ende der 1870er Jahre in die grundsätzliche Opposition, aus der ein neu formierter Liberalismus in Hessen und die Umkehr in der nationalen Politik Abhilfe schaffen sollten: „Deshalb fort mit der Reactionspolitik, fort mit dem inneren Bismarck, bei aller Anerkennung seiner Leistungen in der äußeren Politik.“<sup>56</sup>

52 Zu den Erfahrungen mit der Mitbestimmung in seinem Betrieb vgl. Heinrich Freese: Zehn Jahre in einem Arbeiterparlament. In: Preußische Jahrbücher 80 (1895), S. 110-125.

53 Theodor Barth: Scheinbare und wirkliche Socialreform. Vortrag gehalten in der Berliner Volkswirtschaftlichen Gesellschaft am 28. Januar 1888, Berlin 1888. Die Ideen wurden von Barth bereits 1883 formuliert, vgl. Die Nation, 10 v. 8.12.1883.

54 Manfred Hettling/Stefan-Ludwig Hoffmann (Hrsg.): Der bürgerliche Wertehimmel, Göttingen 2000.

55 Vgl. Lothar Gall: „... ich wünschte ein Bürger zu sein“. Zum Selbstverständnis des deutschen Bürgertums im 19. Jahrhundert. In: Historische Zeitschrift 245 (1987), S. 601-623, hier S. 601.

56 Rede Wilhelm Büchners am 10.7.1881 (wie Anm. 1).



## „Keine Wohltaten – besseres Recht“.<sup>1</sup> Ernst Abbe als Wissenschaftler, Unternehmer und Stifter

„Jede politische Partei sehen wir vor die Alternative gestellt: Entweder sie leugnet, daß in unseren wirtschaftlichen Einrichtungen und sozialen Zuständen ernstliche Übel überhaupt vorhanden seien, sie behauptet, alles sei der Hauptsache nach in bester Ordnung und deshalb liege zu Verbesserungen und Reformen Anlaß gar nicht vor, oder sie erkennt solche Übel als wirklich vorhanden an – damit aber auch die Verpflichtung, positiv mitzuarbeiten zu ihrer Beseitigung auf dem Weg gesetzlicher Reformen, unbekümmert darum, von welcher Seite dabei Bundesgenossen zu finden man hoffen oder fürchten mag.“<sup>2</sup>

Mit diesen Worten wandte sich der aus Jena stammende Ernst Abbe (1840-1905), ein erfolgreicher Unternehmer und ein zu seiner Zeit vielfach umworbener Naturwissenschaftler in einem als höchst politisch empfundenen Vortrag, den er am 7. März 1894 vor dem Freisinnigen Verein Jena hielt, an die Öffentlichkeit seiner Universitätsstadt.

Abbe verstand sich als Liberaler und neigte dem Freisinn zu. Er trat immer für Reformen ein und sah sich nicht als jemand, der vor allem seine Privilegien verteidigte. In seinem Bekenntnis zum Liberalismus spiegelt sich die Vielschichtigkeit des 19. Jahrhunderts, das häufig als „Ursprung der Moderne“ apostrophiert wird. In der Tat sind viele politische Programme und Ideologien, aber auch politische Verhaltensweisen im 19. Jahrhundert in der politischen Auseinandersetzung um Konstitutionalismus und Parlamentarismus, um Selbstverwaltung und Repräsentation, um Interessenvertretung und Gemeinwohlorientierung entwickelt worden. Die Bürger begriffen sich nicht mehr als Untertanen, sondern als Bürger.

- 1 Ernst Abbe: Welche soziale Forderungen soll die Freisinnige Volkspartei in ihr Programm aufnehmen? B. Arbeiterschutz. Rede gehalten am 21. März 1894 im Freisinnigen Verein zu Jena, in: Ders.: Vorträge, Reden und Schriften sozialpolitischen und verwandten Inhalts. 2. unveränderte Auflage. Jena 1921, S. 54. Vgl. zum gesamten Artikel auch: Sebastian Demel: Auf dem Weg zur Verantwortungsgesellschaft. Ernst Abbe und die Carl Zeiss-Stiftung im deutschen Kaiserreich. Göttingen 2014.
- 2 Ernst Abbe: Welche soziale Forderungen soll die Freisinnige Volkspartei in ihr Programm aufnehmen? A. Steuersystem. Rede gehalten am 7. März 1894 im Freisinnigen Verein zu Jena. In: ders.: Vorträge (wie Anm. 1), S. 2.



In folgendem Beitrag soll versucht werden, beispielhaft an Ernst Abbe seinen Veränderungswillen und einen selbst geschaffenen Gestaltungsrahmen eines selbstbewussten Liberalen des 19. Jahrhunderts auszuleuchten, der eine nachhaltige Wirkung erzielte, weil er seinen Privatbesitz weitgehend in eine gesellschaftliche, kulturelle und politische Akzente setzende Stiftung einbrachte und diese nutzte, um über seinen Tod hinaus Einfluss auszuüben. So wird an Abbes Lebens- und Erfolgsgeschichte deutlich, wie er nach seinem Durchbruch als Wissenschaftler seinen unternehmerischen Erfolg nutzte, um mit Hilfe einer Stiftung nachhaltig zu wirken und politische und gesellschaftliche Grundsätze zu vertreten, die sich aus der Überzeugung erklären, die Zukunft zu prägen. Abbe setzte mit Hilfe einer Stiftung seine Überzeugungen durch und sicherte die Stiftungsziele auf eine Weise ab, die erklärt, weshalb sich die Carl Zeiss-Stiftung bis in die Gegenwart behaupten konnte.<sup>3</sup>

Zu den Persönlichkeiten, die dem 19. Jahrhundert Richtung und Kontur geben konnten, zählten in einem Maß wie niemals zuvor Wissenschaftler, die sich zugleich als Forscher und Unternehmer profilierten. Manche von ihnen machten sich – wie Ernst Abbe – zugleich einen Namen als Mäzene und Stifter. Abbe hatte mit zwei Partnern, mit Carl Zeiss und Otto Schott, in Jena zwei Unternehmen gegründet, die den Fortschritt der Optik und Glastechnologie verbanden und innerhalb weniger Jahre zu Weltmarktführern wurden. Gemeinsam gingen die drei Unternehmer aber nicht nur wissenschaftlich, unternehmerisch und technologisch neue Wege,<sup>4</sup> sondern sie entwickelten – mit Abbe als Impulsegeber – ein Stiftungsmodell, das den Anspruch verband, fortschreitende Bildung und wissenschaftliche Erkenntnis mit dem liberalen Konzept der Selbstverantwortung zu kombinieren.

Eindeutig war das Bild, das sich die Nachwelt von Abbe machte, allerdings nie. Im NS-Staat galt er als einer der frühen Protagonisten der Volksgemeinschaftsideologie.<sup>5</sup> In der DDR hingegen wurde er als Unternehmer geschmäht, aber dennoch als Wissenschaftler gewürdigt,<sup>6</sup> der als „Helfer der Menschheit“

3 Vgl. Werner Plumpe (Hrsg.): Eine Vision – zwei Unternehmen. 125 Jahre Carl-Zeiss-Stiftung. München 2014.

4 Friedrich Schomerus: Geschichte des Jenaer Zeisswerkes 1846-1946. Stuttgart 1952. Edith Hellmuth/Wolfgang Mühlfriedel: Zeiss 1846-1905. Vom Atelier für Mechanik zum führenden Unternehmen des optischen Gerätebaus. Köln/Weimar 1996. Jürgen Steiner/Uta Hoff: Vom Versuchslaboratorium zum Weltunternehmen. Das Jenaer Glaswerk 1884-1934 In: Jürgen John/Volker Wahl (Hrsg.): Zwischen Konvention und Avantgarde. Doppelstadt Jena-Weimar. Köln, Weimar 1995, S. 209-232. Jürgen Steiner: Otto Schott – Wissenschaftler, Technologe, Unternehmer mit gesellschaftlicher Verantwortung. Biographische Facetten zum 150. Geburtstag. In: Jenaer Jahrbuch zur Technik- und Industriegeschichte 3 (2001), S. 7-26.

5 Vgl. Rüdiger Stutz: "Das Wunder von Jena". Zur Deutung des Abbeschen Stiftungswerks in der Zwischenkriegszeit. In: Jürgen John/Justus H. Ulbricht (Hrsg.): Jena. Ein nationaler Erinnerungsort? Köln u.a 2007, S. 507 f.

6 Monika Gibas: Das Abbe-Bild in der DDR. Deutungskonkurrenzen und Deutungsvarianten in einer reglementierten Geschichtskultur. In: John/Ulbricht: Jena (wie Anm. 5), S. 530-545.

sogar auf einer Sonderbriefmarke des SED-Staates gewürdigt wurde. Im Westen Deutschlands wurde Abbe hingegen vor allem als Begründer eines Unternehmens – der Zeiss- und Schott-Werke – und eines Stiftungsmodells gewürdigt, das alle Systemumbrüche überstand und durch die Verbindung von optischer sowie glaschemischer Hochleistungstechnologie den Bestand zweier Unternehmen nicht zuletzt durch die Stiftungskonstruktion gesichert hatte.<sup>7</sup> Abbe setzte dabei voraus, dass seine Vorausverfügung – denn darum handelt es sich bei einer Stiftung – über den Tod der Stifter hinaus Bestand hatte. Deshalb hat man Stiftungen zutreffend als „Herrschaft der Toten über die Lebenden“ bezeichnet.<sup>8</sup>

Der vorliegende Beitrag konzentriert sich auf die Anfangsphase von Abbes Überlegungen und deutet sie als Folge seiner Auseinandersetzung mit den politisch-kulturellen und verfassungsgeschichtlichen Strukturen des deutschen Kaiserreichs, das immer wieder als Obrigkeitsstaat gedeutet wurde und zugleich zivilgesellschaftliche Kernelemente enthielt, die in die Zukunft wiesen. Es zeigt sich dabei, auf welche Weise Angehörige des liberalen Bürgertums im wilhelminischen Kaiserreich Spielräume entwickeln konnten, wenn sich Unternehmergeschick mit einer Vision verband, die Voraussetzung des Willens zur kulturellen, gesellschaftlichen und sozialen Veränderung ist. Dies hat Thomas Nipperdey angedeutet. In seiner Geschichte des 19. Jahrhunderts erwähnt er die Zusammenarbeit des Physikers Ernst Abbe, des Mechanikers und Apparatebauers Carl Zeiss und des Glasmachers Otto Schott als gelungenes Beispiel für das „Zusammenwirken von Wissenschaft und Technologie“ und stellt Abbe in eine Reihe mit Carl Duisberg und Carl Bosch als Unternehmer, die zugleich Wissenschaftler waren.<sup>9</sup>

Wenn Abbe dem Historiker Nipperdey dazu diene, die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen zu illustrieren, so verweist dieser nicht nur auf Abbes wissenschaftliche Leistungen, sondern zugleich auf dessen sozialpolitisches Engagement, das in den Bemühungen um eine konstitutionelle Betriebsverfassung als vorbildlich beschrieben wird: „Die Arbeitnehmer waren am Unternehmen und am Gewinn beteiligt, es hatte die Form einer Stiftung. Der entscheidende Punkt ist, daß es sich nicht mehr um Einrichtungen eines betrieb-

7 Walter Bauersfeld: Ernst Abbe. In: Hermann Heimpel/Theodor Heuss/Benno Reifenberg (Hrsg.): Die Großen Deutschen. Deutsche Biographie Bd. 3: Von Georg Wilhelm Friedrich Hegel bis Friedrich Nietzsche. Berlin 1956, S. 562-571 vgl. auch Theodor Heuss: Art. „Abbe“. In: Neue Deutsche Biographie. Band 1. Berlin 1953, S. 2-4. In der ersten Auflage der „Großen Deutschen“ wurde Abbe zusammen mit Josef Fraunhofer und Carl Zeiss in einem von Paul Karlson verfassten Artikel gewürdigt. Vgl. Willy Andreas/Wilhelm von Scholz (Hrsg.): Die Großen Deutschen. Neue Deutsche Biographie. Band 5 (Ergänzungsband). Berlin 1937, S. 232-247.

8 Jörg E. Allgäuer: Die linke und die rechte Hand. Motive der Gründung einer Stiftung. Baden-Baden 2008, S. 100.

9 Thomas Nipperdey: Deutsche Geschichte 1866-1918. Bd. 1: Arbeitswelt und Bürgergeist, München 1990, S. 232 u. 241.

lichen Patriarchalismus, sondern um ‚rechtliche‘ Institutionen handelte.“<sup>10</sup> So integrierte sich in Abbes Wirken und Zielen die in die Zukunft weisende Verbindung, um die es Thomas Nipperdey ging: um die Verschränkung von Arbeitswelt und Bürgergeist.

Abbes Unternehmens- und Stiftungsziele gehören heute zu den Grundlagen eines zeitgemäßen Verständnisses von angewandter Wissenschaft. Denn in der Nachfolge entstanden weitere Stiftungen, die Abbes Überlegungen aufgriffen. Deshalb wurde er in den bildungsbürgerlichen Werken über „Die Großen Deutschen“, die Hermann Heimpel und Theodor Heuss herausgaben, als „ein Mann“ gewürdigt, der als „Bahnbrecher in der naturwissenschaftlichen Erkenntnis“ zugleich „theoretische Grundlagen in praktischen Ausführungen“ umzusetzen wusste.<sup>11</sup> Bemerkenswert schien sein sozialpartnerschaftliches Ausgleichsmodell. So hob Walther Bauersfeld, Mitglied der Zeiss-Geschäftsleitung, hervor, dass Abbe „in aller Stille einen Weg zur Überwindung der sozialen Gegensätze nicht nur sorgfältig durchdacht, sondern in seinem Bereich praktisch vollständig durchgeführt“<sup>12</sup> habe.

## I.

Ziel der 1889 gegründeten „Carl Zeiss-Stiftung“<sup>13</sup> war die nachhaltige Weiterführung der Unternehmen Zeiss und Schott mit dem Ziel der Wissenschaftsförderung an der Universität Jena sowie der Hebung der rechtlichen und sozialen Lage der Arbeiterschaft in den Eigenbetrieben und in der Stadt Jena.<sup>14</sup> Dabei setzte Abbe auf den Staat als Garanten seiner in die Zukunft weisenden Verfügungen.

Stifter wie Abbe trauten sich zu, die Welt, in der sie lebten, zu verändern. Das ist ein genuin liberales Anliegen. „Stiften heißt nicht nur, Geld zur Verfügung zu stellen“.<sup>15</sup> Dies hatte einige Jahrzehnte später ein anderer bedeutender Unternehmer-Stifter, der Stuttgarter Industrielle Robert Bosch, festgestellt. Vielmehr sei es „Aufgabe und Vorrecht des Stifters, [...] auch den Zweck zu definieren und die Ziele zu formulieren“, die er mit seiner Stiftung verfolge. Bosch wusste, dass „ein solch konkret geäußelter Wille [...] Chance, aber auch Bürde sein“ könne. Zugleich nahm er sich und den Stifter in die Pflicht. Er müsse das Ziel seiner Initiative „im Auge [...] behalten“, dies sei die „Aufgabe

10 Ebd., S. 361.

11 Bauersfeld: Abbe (wie Anm. 7), S. 565.

12 Ebd., S. 562.

13 § 2, Statut der Carl Zeiss-Stiftung. In: Abbe: Vorträge (wie Anm. 1), S. 265.

14 § 1, Statut der Carl Zeiss-Stiftung. In: ebd., S. 264.

15 Max Hägler: Das schwierige Erbe. In: Süddeutsche Zeitung 178 vom 3./4.8.2013, S. 34. Daraus auch die unmittelbar folgenden Zitate.

der Verantwortlichen. Es mit Leben zu erfüllen, die der Mitarbeiter.“ Diese Überlegungen stellen einen Maßstab zur Verfügung, der einer Bewertung von Stiftungsinitiativen dient.

Am Beginn der Carl-Zeiss-Stiftung stand jedoch der Erfolg des Naturwissenschaftlers. Als Abbe, damals noch ein junger Wissenschaftler, 1871 „erste Rechnungsergebnisse für hochwertige Mikroskop-Objektive“<sup>16</sup> vorlegte, schuf er eine entscheidende Grundlage für einen epochalen naturwissenschaftlichen Fortschritt. Ein Jahrzehnt später konnte Robert Koch bereits mit einem leistungsfähigeren Mikroskop den Tuberkel-Bazillus nachweisen und Voraussetzungen für die Bekämpfung von Seuchen schaffen, die bis dahin als Geißeln der Menschheit gegolten hatten.

Die Anfänge des Unternehmens ließen diese Wirkungen noch nicht erahnen. In der optischen Werkstatt von Carl Zeiss hatten der Meister dieser Werkstatt und der junge Jenaer Physiker Ernst Abbe seit Jahren mit kaum zu lähmendem Engagement an einem wissenschaftlich konsequent durchdachten Herstellungsverfahren zur Konstruktion des Mikroskops gearbeitet.<sup>17</sup> Nachdem aus der erfolgreichen Berechnung anschließend ein sehr leistungsfähiges Mikroskop-Objektiv hervorgegangen war, versuchten Abbe und Zeiss sich an der fertigungstechnisch durchdachten Umsetzung ihrer Forschungen in einer Werkstatt, die erste fabrikähnliche Strukturen bestenfalls erahnen ließ. Trotz mancher Rückschläge gelang es, eines der technisch anspruchsvollsten Produkte der Zeit, das aus vielen Linsen zusammengesetzte Mikroskop, gewinnbringend als Hochleistungsprodukt zu fertigen.<sup>18</sup>

Abbe war aber nicht allein Wissenschaftler, sondern empfand, wie etwa Rudolf Virchow,<sup>19</sup> stets Sympathie für die linksliberale, die „fortschrittlich-freisinnige“ Opposition zum monarchischen Obrigkeitsstaat. Er hegte anscheinend eine tiefe Abneigung gegen Preußen und Bismarck<sup>20</sup> und verstand sich selbst als „alter Demokrat“.<sup>21</sup> „Wie mancher trotziger Knabe sich abseits hält [...], so trieb es Abbe oft unwiderstehlich, sich in Gegensatz zu stellen zu denen, die den herrschenden Gewalten offenkundig dienen“;<sup>22</sup> beschrieb der von Abbe zu seinem Nachfolger aufgebaute Siegfried Czapski einmal die Haltung seines Mentors.

16 Bauersfeld: Abbe (wie Anm. 7), S. 565.

17 Hellmuth/Mühlfriedel: Zeiss (wie Anm. 4), S. 68-84.

18 Schomerus: Geschichte (wie Anm. 4), S. 35 f.

19 Vgl. Constantin Goshler: Rudolf Virchow. Köln 2002.

20 Felix Auerbach: Ernst Abbe. Sein Leben, sein Wirken, seine Persönlichkeit, nach den Quellen und aus eigener Erfahrung geschildert. 2. Auflage Leipzig 1922, S. 17, 47, 362.

21 Ernst Abbe: Über die Aufgaben des Arbeiterausschusses. Vortrag in der Sitzung des Arbeiterausschusses der Firma Zeiss, 27. Januar 1902. In: ders.: Vorträge (wie Anm. 1), S. 254.

22 Siegfried Czapski: Trauerfeier für Ernst Abbe, in: Andreas Flitner/Joachim Wittig (Hrsg.): Optik – Technik – Soziale Kultur. Siegfried Czapski, Weggefährte und Nachfolger Ernst Abbes. Briefe, Dokumente, Schriften. Rudolstadt 2000, S. 494.

Es ist deshalb nicht überraschend, dass Abbe zu den Gründungsmitgliedern des Freisinnigen Vereins in Jena gehörte.<sup>23</sup> Vor seinen liberalen Gesinnungs-  
genossen hielt er mehrfach Reden, die lokale, aber auch überregionale Ziele  
der Freisinnigen aufnehmen und erweitern sollten. Neben seinem Eintreten für  
die Versammlungsfreiheit im Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach  
fragte er sich auch, „welche soziale Forderungen ... eine 'freisinnige Volks-  
partei' in ihr Programm auf[-]nehmen [müsse], damit sie ihren Namen mit Ehre  
führen könne?“<sup>24</sup> Im Jahr 1900 trat er bei der Stichwahl schließlich als Kan-  
didat gegen den Vertreter der Nationalliberalen an.<sup>25</sup>

Eine freimütig bekannte freiheitlich-liberale Gesinnung verschaffte im 19.  
Jahrhundert nicht den erwünschten Einfluss auf politische Entscheidungen,  
denn prägend blieben für das nationalliberal oder deutsch-konservativ geprägte  
Bürgertum und die Regierungen lange Zeit kritische Vorbehalte, die sich auf  
die Revolutionszeit von 1848/49 bezogen und die Ablehnung ihrer politischen  
Forderungen bewirkten. „Unentwegt“, so erklärte Abbe vor dem Freisinnigen  
Verein, „wollen wir [...] zu denen stehen, deren politische Arbeit darauf ge-  
richtet ist, dem Deutschen Volk das größere Maß von bürgerlicher Freiheit und  
Selbstbestimmung noch zu erringen, welches den nordischen und anglo-säch-  
sischen Zweigen des germanischen Stammes eine glücklichere Geschichte  
schon vor Jahrhunderten hat zuteil werden lassen.“<sup>26</sup>

Im Konstitutionalismus eröffnete selbst das demokratischste Wahlrecht je-  
ner Zeit, das allgemeine, gleiche, geheime und direkte (Männer-)Wahlrecht,  
nicht die Veränderungs- und Mitsprachemöglichkeiten, die ein parlamentari-  
sches System bot. Eigentlich war die stärkste Waffe der Volksvertretung das  
Haushaltsbewilligungsrecht. Aber es ließ sich im Konfliktfall nur obstruktiv  
nutzen und stärkte in der Regel sogar die Regierung, die sich im Zuge von  
Neuwahlen direkt an die Wählerschaft wenden und durch eigene Beamte und  
Regierungsorgane den Wahlkampf prägen konnte. Vielleicht war es Folge der  
Einsicht in die begrenzten Einwirkungsmöglichkeiten auf Staat und Gesell-  
schaft, die Abbe veranlasste, frühzeitig über einen anderen Weg der Verände-  
rung der Strukturen nachzudenken, die zunächst auf die Förderung von Wis-  
senschaft und Bildung gerichtet waren, aber doch früh darüber hinausgingen.

23 Dies geht aus einem Artikel hervor. Unterlagen zur Gründung der Partei sind bisher nicht  
aufgefunden worden. Siehe: Carl Zeiss Archiv, Bestand BACZ, Nr. 20617: Die politische  
Gesinnung von Professor Abbe, Bericht von E. Harmening. In: Jenaer Volksblatt, 9. Februar  
1907.

24 Abbe: Soziale Forderungen Steuersystem (wie Anm. 2), S. 3. Ders.: Die rechtswidrige Be-  
schränkung der Versammlungsfreiheit im Großherzogtum Sachsen. Rede, gehalten in öf-  
fentlicher Versammlung zu Jena, 17. November 1900, in: Ders.: Vorträge (wie Anm. 1),  
S. 170-202.

25 Carl Zeiss Archiv, Bestand BACZ, Nr. 12257: Max Vollert an Siegfried Czapski, 20. No-  
vember 1900.

26 Abbe: Soziale Forderungen Steuersystem (wie Anm. 2), S. 1.

Zur „Fahne des politischen Fortschritts“ bekannte er sich und wollte zugleich die „Übermacht der Gegner“ und die „Teilnahmslosigkeit des Bürgertums“ bekämpfen.<sup>27</sup>

Auch wenn Abbe sich damit in Gegensatz zur Obrigkeit brachte, bedeutete dies für ihn noch nicht die Ablehnung des Staates. „Nur der Staat“, so stellte er fest, „als Vertreter und Organ der Interessen der Gemeinschaft gegenüber denen aller einzelnen und aller Klassen, kann in seiner Rechtsordnung die Garantien dafür schaffen, daß [...] zwischen Starken und Schwachen die Resultate noch dem Gemeinwohl diene.“<sup>28</sup>

Abbe erblickte die Aufgabe des Staates in der freiheitlichen Organisierung der Gesellschaft, ohne Rücksicht auf Klassen- und Standesprivilegien. Er wurde als Stifter aktiv, um gleichsam ein darauf ausgerichtetes Stiftungsmodell zu realisieren, das anderen zugleich als Vorbild dienen sollte. In diesem Sinne stellte sein Nachfolger Czapski bei der Trauerfeier nach Abbes Tod fest: „der Erfolg des hier [in Jena] unternommenen Versuchs sollte ermutigen, gleiches oder doch ähnliches auch anderwärts zu tun.“<sup>29</sup>

In der Tat zeichnete sich Abbe in politischer und sozialpolitischer Hinsicht durch ein entschiedenes und klares Urteil aus. Kritikern beschied er selbstbewusst und ebenso bündig: „Hierüber noch ein Wort zu verlieren scheint mir überflüssig, solange ich nicht den gesehen habe, der den Mut haben wird, beweisen zu wollen: es gehöre zu den Bedingungen einer sittlichen Gesellschaftsordnung, daß solche vorhanden sein müßten, die ohne irgend einen anderen Vorzug, bloß weil sie ein genügend großes Vermögen irgendwie erworben oder ererbt haben, berechtigt sind, ohne alle eigene Arbeit in begünstigter Stellung zu leben, nicht etwa von diesem Vermögen, mittelst dessen Verwendung, sondern durch dieses Vermögen, ohne Minderung seiner Substanz, allein von der Arbeit anderer.“<sup>30</sup>

Hier zeigten sich seine Entschlossenheit ebenso wie sein Augenmaß, denn Abbe wollte seine Firmenbeteiligungen nicht in privat zu nutzende Geldvermögen verwandeln, gleichsam als Rentier seines Kapitals existieren, sondern er bekannte sich zur persönlichen Genügsamkeit und Bescheidenheit, zugleich aber zur Orientierung auf die Förderung des Gemeinwohls. Er wollte einen – allerdings maßvollen – gehobenen Lebensstil pflegen, seiner Familie Auskömmlichkeit sichern, aber zugleich auch Vorsorge für eine nicht nur sein Kapital verzehrende, sondern zukunftsprägende Einrichtung schaffen, die ein neues Verhältnis zum sozial verpflichtenden Eigentum spiegelte. Dies bedeutete aber, dass seine Angehörigen seiner Vorausverfügung über das hinterlassene Vermögen zustimmen mussten. Zugleich war Abbe bestrebt, den wirt-

27 Ebd., S. 1 f.

28 Abbe: Soziale Forderungen Arbeiterschutz (wie Anm. 1), S. 37.

29 Czapski: Trauerfeier für Ernst Abbe (wie Anm. 22), S. 495 f.

30 Abbe: Soziale Forderungen Steuersystem (wie Anm. 2), S. 14.

schaftlichen Erfolg seines Unternehmens für die Verbesserung der Lebensbedingungen seiner Arbeiter umsetzen. Er wollte also nicht die „Zwangslage eines anderen“, etwa seiner Arbeiter, „benutzen, um sich Vorteile auszubedingen, welche außer Verhältnis zu den Leistungen stehen“. Abbe moralisierte sogar jede Ausnutzung ökonomischer Zwangslagen, wenn er von „Wucher“ sprach.<sup>31</sup>

## II.

Wenn „im Mäzenatentum die Idee der Aufopferung von Finanzmitteln für etwas, was man für kulturell wertvoll hält, steckt, so ist der Grundantrieb dieses Mäzenatentums [lediglich, die Verf.] die Liebhaberei“.<sup>32</sup> Abbe ging es nicht um die Demonstration seiner Kunstgesinnung oder um kulturelle Performanz. Er wollte den wissenschaftlichen Fortschritt fördern und dem gesellschaftlichen Zusammenleben dienen und engagierte sich so für eine gedeihliche Gestaltung der Zukunft. Letztlich ging es dem Arbeitersohn Abbe um die Förderung oder gar die Festigung des Zusammenhalts der Gesellschaft, die ihm durch Bildung einen außerordentlichen sozialen Aufstieg ermöglicht hatte und der er durch seine innovative Stiftung gleichsam doppelt etwas zurückgeben wollte: wissenschaftlich abgesicherten Aufstieg und individuelle Förderung von begabten Leistungsträgern, die ihrer Zeit neue Impulse geben konnten.

Insofern führte er seine Stiftungsidee und ein erfolgreiches Unternehmertum zusammen, die durchaus zwei Säulen seines Konzepts darstellen. Ziele der Gewinnsicherung und der Wissenschaftsförderung verbanden sich. Diese Kombination hob seine Initiative aus dem Umfeld anderer Stiftungen seiner Zeit hervor und stärkte seinen Anspruch auf Orientierung am Gemeinwohl. Dies bedeutete also nicht, auf Gewinnoptimierung und betriebliche Rationalisierung zu verzichten. Jede Mark, die verdient wurde, kam zu einem erheblichen Teil den Stiftungszwecken zugute.<sup>33</sup> Aber jede Mark, die gestiftet wurde, war abhängig von Umsatz und Produktivität.

Grundlegende Voraussetzung der langfristigen Sicherung seiner Stiftung war eine erfolgreiche Unternehmensführung. Abbe stellte sicher, dass der Stiftungszweck nicht nur zukunftsicher definiert, sondern auch realistisch begrenzt wurde. Zugleich verfolgte er neben stiftungspolitischen Zielen weitergehende Perspektiven: Wissenschaftsförderung, aber auch Veränderung gesellschaftlicher Strukturen finden sich nebeneinander. Er konnte sein ganz persönliches Ziel durch sein Vermögen nicht nur befördern, sondern Wirk-

31 Ebd., S. 15.

32 Peter Richter u.a.: Elektrisierend. In: Süddeutsche Zeitung 181 vom 7.8.2013, S. 3.

33 § 100, Statut der Carl Zeiss-Stiftung In: Abbe: Vorträge (wie Anm. 1), S. 308.



lichkeit werden lassen. Sein Stiftungsmodell lässt sich daher ebenso exemplarisch wie paradigmatisch als ein „Instrument bürgerlichen Handelns“<sup>34</sup> in einer Gesellschaft begreifen, die politische und gesellschaftliche Beteiligung noch nicht zu ihren politischen Grundwerten erhoben hatte.

Seine Entscheidung, als Zinsertrag geschaffenes, gleichsam arbeitsloses Einkommen auf eine Weise zu verwenden, die nicht mehr profitorientiert war, sondern „gemeinwohlorientiert“ verstanden werden sollte, gründete sich auf die Überzeugung eines Liberalen, die soziale und kulturelle Wirklichkeit, in der er lebte und wirkte, unabhängig von Wahlauseinandersetzungen verändern zu können. Selbstlos war seine Initiative insofern nicht, als Abbe immer auf die Absicherung des Unternehmens orientiert blieb. Es ging also nicht nur um „Gerechtigkeit in der Zinswirtschaft“, sondern auch um den Versuch, mit Hilfe des Staates eine neue Form gesellschaftlicher Aneignung und Verteilung zu erproben. Abbe war insofern staatsorientiert, als er überzeugt war, erst der Staat sichere durch seine „Obhut“ die „Verwahrung des Besitzes“.<sup>35</sup>

### III.

Der im Januar 1840 geborene Ernst Abbe wuchs in einer – um einen heute gängigen Begriff zu verwenden – bildungsfernen Schicht auf. Entscheidend förderten ihn seine Lehrer, die den Lerneifer ihres Schülers erkannten und Grund legten für seine umfassende Bildung, die sich keineswegs nur auf die Naturwissenschaften erstreckte.<sup>36</sup> Die beruflichen Anfänge waren keineswegs vielversprechend. Abbe musste sogar verkraften, dass seine ausbaufähige Stelle im populärwissenschaftlichen Frankfurter Physikalischen Verein nicht verlängert wurde.<sup>37</sup> Nach Jena zurückgekehrt, bezog sich eine der Aufgaben, die er als junger Privatdozent übernommen hatte, auf die Pflege der Geräte des Physikalischen Kabinetts. Für Reparaturen der Apparate wandte sich Abbe an einen vor Ort ansässigen Mechaniker, „der im Einzelnen sehr geschickt und

34 Dieter Hein: Das Stiftungswesen als Instrument bürgerlichen Handelns im 19. Jahrhundert In: Bernhard Kirchgässner/Hans-Peter Becht (Hrsg.): Stadt und Mäzenatentum. Sigmaringen 1997, S. 75-92.

35 Abbe: Soziale Förderungen Steuersystem (wie Anm. 2), S. 18.

36 Auerbach: Ernst Abbe (wie Anm. 20), S. 11-55. Joachim Wittig: Ernst Abbe. Leipzig 1989, S. 8-30.

37 Auerbach: Ernst Abbe (wie Anm. 20), S. 60-69.



präzise arbeitet, aber mit derartigen Instrumenten bisher gar nicht bekannt war“<sup>38</sup> und der sich auf die Herstellung von Mikroskopen spezialisiert hatte.

Zeiss erwähnte gegenüber dem jungen Physiker Abbe Schwierigkeiten, mit denen er täglich in seiner Werkstatt zu kämpfen hatte. Er vermutete, dass die Konstruktion leistungsfähiger Mikroskope entscheidend von verbesserten Herstellungsverfahren des Glases und der genauen Berechnung der Linsen abhängig war.<sup>39</sup> „Er sagte sich: da alle Wirkungen, die eine Linsenkombination begleiten, auf Gesetzen beruhen, die durch die wissenschaftliche Optik genau festgestellt, in allen Einzelheiten mathematisch bestimmbar sind, und da auch alle maßgebenden Eigenschaften des wirksamen Stoffes, des Glases, auf das strengste meßbar sind – so muß es für den Aufbau der Linsensysteme jeder Art noch einen ganz anderen Weg geben, um eine verlangte Wirkung mit Sicherheit des Erfolges herbeizuführen.“<sup>40</sup> Abbe machte Verbesserungsvorschläge, die sich sehr schnell positiv auf die Fertigung von Mikroskopen, die Zeiss bereits 1846 aufgenommen hatte, auswirkte.<sup>41</sup>

Abbe und Zeiss schätzten sich als verlässliche Geschäftspartner, die einvernehmlich an der Lösung von technisch komplizierten Problemen arbeiteten. Gewinnerwartungen standen zunächst nicht im Vordergrund, sondern sie trieb wissenschaftlicher und technologischer Ehrgeiz an. Sie vertrauten einander, konnten die jeweiligen Probleme und Erwägungen des Partners gegenseitig durchdenken und – dies war entscheidend – nach den Berechnungen, die Abbe anstellte, in der Werkstatt von Zeiss praktisch überprüfen. Insofern sind sie auch Repräsentanten einer auf Evidenz gerichteten empirischen Technologie.

Abbe war sich sicher, dass die Berücksichtigung physikalischer Gesetzmäßigkeiten die Produktion von Mikroskopen verbessern müsste. Er glaubte an den wissenschaftlichen Fortschritt. Dieser Optimismus bestimmte auch sein Vertrauen in die weitere Entwicklung der Gesellschaft. Rückschläge bestärkten ihn nur in seinem Ziel, so dass er gezwungen war, seine „bürgerliche Existenz auf das Spiel“<sup>42</sup> zu setzen. Für Zeiss waren die langwierigen Versuche mit finanziellen Einbußen für seine Werkstatt verbunden. Im Jahre 1896 erinnerte

- 38 Ernst Abbe an Harald Schütz, 12. Dezember 1863. In: Volker Wahl/Joachim Wittig (Hrsg.): Ernst Abbe. Briefe an seine Jugend- und Studienfreunde Carl Martin und Harald Schütz 1858-1865. Berlin 1986, S. 268. Vgl. Auerbach: Ernst Abbe (wie Anm. 20), S. 81. Schomerus: Geschichte Zeisswerk (wie Anm. 4), S. 32. Wittig: Ernst Abbe (wie Anm. 36), S. 43. Hellmuth/Mühlfriedel: Zeiss (wie Anm. 4), S. 65 f.
- 39 Hellmuth/Mühlfriedel: Zeiss (wie Anm. 4), S. 59-114.
- 40 Ernst Abbe: Gedächtnisrede zur Feier des 50jährigen Bestehens der Optischen Werkstätte (gehalten am 12. Dezember 1896. In: ders.: Vorträge (wie Anm. 1), S. 64. Siehe auch: Schomerus: Geschichte Zeisswerk (wie Anm. 4), S. 15; Horst Alexander Willam: Carl Zeiss 1816-1888. München 1967, S. 41; Hellmuth/Mühlfriedel: Zeiss (wie Anm. 4), S. 47.
- 41 Hellmuth/Mühlfriedel: Zeiss (wie Anm. 4), S. 66-68.
- 42 Die Denkschrift vom 4. Dezember 1887. In: Ernst Abbe: Werden und Wesen der Carl Zeiss-Stiftung an der Hand von Briefen und Dokumenten aus der Gründungszeit (1886-1896). Jena 1940, S. 63.

sich Abbe: „Und mein alter Freund Zeiss hat mir vollkommen zugegeben, daß es ohne diesen [letztendlich] Erfolg mit ihm zu Ende gewesen wäre; mit seiner gewohnten Ehrlichkeit hat er mir gesagt, daß er von anderen überholt worden sei, wenn es nicht gelänge, einen neuen Anlauf zu nehmen, so würde der bisherige Erfolg wieder verloren gehen.“<sup>43</sup> Den Durchbruch erzielte Abbe im Herbst 1871 mit einer neuen Theorie der Bildentstehung im Mikroskop. Als Fazit konnte er festhalten: „Es zeigt sich dabei, dass eine hinreichend gründliche Theorie in Verbindung mit einer rationellen Technik, die alle Hilfsmittel benutzt, welche die Physik der praktischen Optik bietet, auch bei der Construction der Mikroskope die empirischen Verfahrungsweisen mit Erfolg ersetzen kann.“<sup>44</sup>

Ein Jahrzehnt später wiederholte sich ein vergleichbarer Durchbruch, als es dem Chemiker Otto Schott gelang, die Glastechnologie entscheidend zu verbessern und so ein relativ spannungsarmes und von störenden Farbsäumen freies Glasprodukt herzustellen. „Man schlug mir vor, in Vereinigung mit Abbe und Zeiss hier am Orte eine Fabrik für die Herstellung gewöhnlicher optischer Gläser und unserer Spezialgläser zu bauen“,<sup>45</sup> so berichtete der damals noch fast mittellose Otto Schott später einem Studienfreund. In dieser durch technologische Innovationen und hohen Mitteleinsatz angespannten finanziellen Lage wandten sich Abbe und Schott sogar an den preußischen Staat und beantragten – ganz in der Tradition staatlich geförderter Gewerbepolitik – Subventionen für das neu errichtete Glaswerk Schott & Genossen, da „die Erfüllung dieser Aufgabe so sehr als eine Sache von allgemeinem Interesse erachtet wird“.<sup>46</sup> Mit Hilfe der neuen Glassorten von Schott war es der Firma Zeiss möglich, die Qualität ihrer Mikroskop-Objektive entscheidend zu verbessern.<sup>47</sup>

43 Ernst Abbe: Über die Grundlagen der Lohnregelung in der Optischen Werkstätte. Rede gehalten in einer allgemeinen Versammlung der Geschäftsangehörigen der Firma Carl Zeiss am 15. Dezember 1897. In: ders.: Vorträge (wie Anm. 1), S. 139.

44 Ernst Abbe: Beiträge zur Theorie des Mikroskops und der mikroskopischen Wahrnehmung. In: ders.: Abhandlungen über die Theorie des Mikroskops. Jena 1904, S. 47.

45 Otto Schott an Gottfried Brügelmann, 3. Dezember 1882. In: Herbert Kühnert (Hrsg.): Briefe und Dokumente zur Geschichte des VEB Optik Jenaer Glaswerk Schott & Genossen. I. Teil: Die wissenschaftliche Grundlegung (Glastechnisches Laboratorium und Versuchsglashütte) 1882-1884. Jena 1953, S. 37.

46 Ernst Abbe/Otto Schott: Vorläufiger Bericht über eine wissenschaftliche Untersuchung zur Verbesserung des optischen Glases. In: Ernst Abbe: Unveröffentlichte Schriften wissenschaftlich-technischen Inhalts. Erste Hälfte: Arbeiten zum Glaswerk zwischen 1882 und 1885. Jena 1928, S. 21.

47 Steiner: Otto Schott (wie Anm. 4), S. 12-14.

#### IV.

Im Rückblick wird die große Bedeutung dieser Verbindung von Produktion, Technologie und Naturwissenschaften deutlich. Zweimal hatte sich gezeigt, dass Fabrikanten wie Carl Zeiss und Otto Schott durch die Verbindung von Technologie und Grundlagenforschung einen außerordentlichen Erfolg als Unternehmer aufweisen konnten. Die Kombination von neuen Berechnungsmethoden, Fertigungsweisen und wissenschaftlicher Reflexion enthielt einen in die Zukunft weisenden Ansatz und schuf so erst die finanzielle Voraussetzung für eine stiftungsrechtliche Innovation, die zugleich ein Grundziel des Liberalismus zu realisieren half: die Selbstentwicklung der Gesellschaft.

Denn nachdem Carl Zeiss am 3. Dezember 1888 im Alter von 72 Jahren verstorben war, stellte sich für Abbe die Frage, wie mit den Unternehmen weiter verfahren werden sollte. Aus dem Werkstattbetrieb Zeiss war in nicht einmal zwei Jahrzehnten ein Weltunternehmen entstanden, dessen entscheidende Erfolge nicht allein die Leistung eines „wagenden Unternehmers“, sondern auch durch das Wissen und die Leistungsbereitschaft seiner Teilhaber errungen worden waren.<sup>48</sup> Vielleicht liegt in dieser Kombination eine Erklärung für die Gründung einer Stiftung, die auf den unternehmerischen Erfolg angewiesen war, und die zugleich, da gemeinwohlorientiert, zum Beispiel eines verantwortungsvollen Handelns wurde.

Der gelungene Ausbau von zwei technologischen Großbetrieben wurde zum Ausgangspunkt eines gesellschaftlichen Engagements, das auf zwei Säulen beruhte. Denn es entstand seit Beginn der neunziger Jahre neben den Unternehmen eine Stiftung, die in ihrer gemeinnützigen Arbeit auf den wirtschaftlichen Erfolg angewiesen war, gleichzeitig aber auch die Eigenständigkeit der Unternehmung sicherte. Zugleich aber offenbarte sich die sehr ambivalente Motivation, die Abbe als Stifter antrieb und eine gesellschaftsverändernde Stiftung zum Leben erweckte, die immer „eine fragile Balance aus egoistischen und altruistischen Motiven“<sup>49</sup> darstellte.

Abbe setzte zunächst auf den Einfluss des Staates, den er als Garant von Zielen und einer Ordnung wahrnahm, die gesellschaftliche Selbsttätigkeit nicht behinderte. Diese Hoffnung erwies sich später im Verlauf des 20. Jahrhunderts als trügerisch, weil die späteren beiden deutschen Diktaturen den Willen unabhängiger Stifter nicht respektierten, sondern ihrer eigenen Ideologie unterwarfen. Abbes Erwartung, im Staat und in der Bürokratie einen Treuhänder seiner Absichten zu sehen, konnte sich nur dann als realistisch erweisen, wenn

48 Hellmuth/Mühlfriedel: Zeiss (wie Anm. 4), S. 121-123, 151-159. Schomerus: Geschichte Zeisswerk (wie Anm. 4), S. 68.

49 Elisabeth Kraus: Aus Tradition modern. Zur Geschichte von Stiftungswesen und Mäzenatentum in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, in: Historisches Jahrbuch 121 (2001), S. 400-420, hier S. 402.

sein ursprünglicher Wunsch verlässlich von staatlicher Seite respektiert und erfüllt wurde. Dies bedeutete, dass die Interessen des Staates und seiner als Treuhänder der Stiftung wirkenden Vertreter in der gebotenen Zurückhaltung gegenüber einer Stiftung und ihrer Verwaltung unter Berücksichtigung der Stiftungsziele realisiert wurden.<sup>50</sup>

Im Jahr 1886 begründete Abbe einen „Ministerialfonds“, indem er der Ministerialregierung einen Fonds zur Verfügung stellte, um mathematische und naturwissenschaftliche Forschungen an der Universität Jena zu fördern. Abbe wollte aber mehr. Deshalb entwickelte er gemeinsam mit der Regierung des Großherzogtums Sachsen-Weimar-Eisenach 1889 die Idee zur Gründung einer Stiftung. Mit der gemeinnützigen Verwendung der überschüssigen Erträge seiner eigenen Unternehmensanteile wurde zunächst eine kleine Stiftungsverwaltung betraut, während die unternehmerischen Aufgaben weiterhin unabhängig von den Geschäftsleitungen der Betriebe erfüllt wurden. So schälte sich allmählich das spätere „Zwei-Säulen-Modell“ heraus.<sup>51</sup>

Nachdem Abbes Angehörige ihren Anspruch auf ihr Erbe aufgegeben hatten, war eine erste Voraussetzung der langfristigen Bildung eines Stiftungsvermögens erfüllt. Die Anwartschaft auf die ihm zustehenden Unternehmensanteile sei „in keiner Form zu Gunsten meiner Familie“<sup>52</sup> gedacht, erklärte Abbe. Seiner Frau Elise und den beiden Töchtern billigte er lediglich den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestanteil zu, was für damalige Zeiten jedoch noch immer eine ansehnliche Summe ergab.<sup>53</sup> Auch den Erben seines langjährigen Unternehmenspartners, Roderich Zeiss, konnte er 1891 zum Abtritt seiner Anteile an die Stiftung bewegen. Otto Schott sicherte vertraglich zu, später ebenso mit seinen Anteilen zu verfahren.<sup>54</sup> Abbe konnte allerdings nur dann eine Vorausverfügung mit einem gewissen Ewigkeitswert durchsetzen, wenn es ihm gelang, mit dem Ministerium Einigkeit zu erzielen und eine vertragliche Regelung abzustimmen, die seinen Absichten entgegenkam.

Da es für sein Stiftungsvorhaben keine Vorbilder gebe, müsse er selbst eine Lösung und detaillierte Festschreibung seiner Ziele finden, erklärte Abbe. So schuf er mit dem dann 1896 veröffentlichten Stiftungsstatut ein stiftungstheoretisch gründlich reflektiertes Werk, das ihm schließlich sogar den juristischen

50 Vgl. Die Denkschrift vom 4. Dezember 1887, in: Abbe: Werden und Wesen (wie Anm. 42), S. 48-73.

51 § 4-20, Statut der Carl Zeiss-Stiftung, in: Abbe: Vorträge (wie Anm. 1), S. 265-272.

52 Die Denkschrift vom 4. Dezember 1887, in: Abbe: Werden und Wesen (wie Anm. 42), S. 36.

53 Der Erbeinsetzungsvertrag vom 23./28. Mai 1889, in: Abbe: Werden und Wesen (wie Anm. 42), S. 111-114.

54 Wortlaut des Vertrags zwischen Roderich Zeiss und der Carl Zeiss-Stiftung, 20. Juni 1891. In: Abbe: Werden und Wesen (wie Anm. 42), S. 208-214. Vertrag zwischen der Carl Zeiss-Stiftung und Otto Schott, 27. November/28. Dezember 1891. In: Abbe: Werden und Wesen (wie Anm. 42), S. 238-241.

Ehrendoktor einbrachte.<sup>55</sup> Abbe betonte in einer Denkschrift 1887 das allgemeine Interesse, das er mit seinem Schritt fördern wolle: „Erhalt, Förderung und dauernde Sicherung“ der Unternehmen seien „eine Sache von öffentlichem Interesse“.<sup>56</sup> Die Betriebe von Zeiss und Schott hätten viele Möglichkeiten geschaffen, um auf wissenschaftlicher Grundlage neue Produkte zu entwickeln und sich auf den internationalen Märkten durchzusetzen.

Abbe übertrug den Erfolg der Unternehmen auf sein Projekt: Die wirtschaftliche Prosperität der Unternehmen würde wiederum dem gesamten Umfeld zugutekommen. Der grundlegende Wandel von einer handwerklich geprägten Wirtschaft zur fabrikmäßigen oder gar industriellen Organisation sei dabei offensichtlich geworden. Durch die Arbeitsteilung, die mit der Entstehung einer Fabrikanlage mit annähernd 1000 Beschäftigten notwendig geworden war, würden Arbeitskräfte nicht freigesetzt, sondern könnten sich auf neue Tätigkeitsfelder konzentrieren. Dies verlange aber eine ständige Fortbildung und innerbetriebliche Weiterqualifikation. Löhne und Gehälter der Belegschaften würden steigen und wachsenden Konsum ermöglichen, der den Einzelnen und ihren Familien, aber auch der Gemeinde zugutekäme und somit den örtlichen Kaufleuten nütze. Daher würde durch weitere betriebliche Förderung und Expansion ein größerer Personenkreis als nur die Belegschaft von Zeiss und Schott begünstigt.

Mit den technischen Neuerungen und dem langfristigen unternehmerischen Erfolg müsste vor allem die optische Werkstatt von Zeiss eine wachsende Bedeutung für die akademische Forschung erzielen, denn als Produzent hochwertiger Instrumente würde eine Voraussetzung für weitere naturwissenschaftliche Entdeckungen geschaffen. In der Vergangenheit hätte sich das Unternehmen Zeiss so zu einer „Stätte für die Pflege und Weiterbildung der optischen Kunst überhaupt“<sup>57</sup> entwickelt und damit eine Wandlung durchgemacht, die sich aus der Verbindung von wissenschaftlichem Fortschritt, Qualifikation der Arbeitskräfte, Verbesserung ihrer Fertigungsmethoden und der betrieblichen Organisation erklärte.

Nach dem Tod von Carl Zeiss hatte Abbe einige unternehmerische Grundsätze neu formuliert. Bislang waren die technischen Neuentwicklungen von Zeiss und Abbe, die jeweils einen Vorteil der optischen Produktion gegenüber Konkurrenten sicherten, nicht öffentlich gemacht worden. Jetzt aber bestünde „keinerlei Geschäftsgeheimnis“ mehr, „die leitenden Gedanken für alle konstruktiven Ausführungen [...] werden stets veröffentlicht“ und „ausnahmslos in den freien Wettbewerb gestellt, so daß jeder, der will und kann, an den hier

55 Wittig: Ernst Abbe (wie Anm. 36), S. 139. Hellmuth/Mühlfriedel: Zeiss (wie Anm. 4), S. 309.

56 Die Denkschrift vom 4. Dezember 1887. In: Abbe: Werden und Wesen (wie Anm. 42), S. 41.

57 Ebd., S. 44.

erreichten Fortschritten ohne weiteres teilnehmen darf.“<sup>58</sup> Die Unternehmen sollten sich durch ständige Neuentwicklungen wettbewerbsfähig halten und nicht durch Patente auf dem bisher erreichten Fortschritt ausruhen.

Neben das Vertrauen in die eigene Fähigkeit zur Behauptung auf dem Markt trat aber die Erwartung, dass staatliche Institutionen die Stabilität der Stiftung sicherten. Nur staatliche Behörden, die dem unternehmerischen Egoismus entzogen seien und gleichsam als Vertreter des Interesses aller fungierten, waren nach Abbes Überzeugung in der Lage, vielschichtige und vielfältige Interessen zu berücksichtigen und die Ziele von Universität und Belegschaft, Gemeinde und Industrie sowie der Wissenschaft gleichsam selbstlos zu fördern und zu sichern.

## V.

Aufgrund dessen schien es Abbe wichtig, die Sachsen-Weimar-Eisenacher Regierung in ihrer Verantwortung für die Wirksamkeit der Stiftung auch mit der positiven Beeinflussung der Unternehmensführung zu beauftragen.<sup>59</sup> Diese Überzeugung macht einen Widerspruch im Denken Abbes sichtbar, denn einerseits traute er sich zu, gesellschaftliche Entwicklungen durch Stiftungen anzustoßen, andererseits aber misstraute er dem menschlichen Egoismus.

In seinem Staatsverständnis unterschied er sich von anderen Liberalen, etwa von Eugen Richter<sup>60</sup> als dem Führer der deutschen Fortschrittspartei, der staatliche Institutionen in den Konflikten zwischen preußischer Regierung und der linksliberalen Fraktion des deutschen Reichstags durchaus als Gefahr für die Selbstentfaltung von Gruppen und Individuen erkannt und erfahren hatte. „Staat“ war, das muss deutlich betont werden, für Abbe so weniger Obrigkeit als vielmehr eine über den gesellschaftlichen, egoistischen und durchaus auch bornierten Interessen verortete Institution, die selbstlos, also relativ unbeeinflusst von Eigeninteressen, agierte. Damit präferierte er ein durchaus staatsfreundliches, vertrauensvolles Verständnis für Regierungsvertreter, mit denen er gut zusammenarbeitete. Aus diesem Grundverständnis erklärte sich schließlich sein Wunsch, mit vertrauenswürdigen Regierungsvertretern zusammen zu arbeiten, weil er fest überzeugt war, dass sein Anliegen bei ihnen in guten Händen lag und weiterhin gefördert würde. Denn die dem Gemeinwohl angeblich verpflichteten Beamten waren in Abbes Verständnis Garanten von Unabhängigkeit und Sachlichkeit. Deshalb erklärte er, „daß der gewöhnliche

58 Ebd., S. 45.

59 Ebd., S. 46.

60 Ina Susanne Lorenz: Eugen Richter – Der entschiedene Liberalismus in wilhelminischer Zeit 1871 bis 1906. Husum 1980. Jürgen Frölich: Der linksliberale Freisinn – die Partei Eugen Richters? In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 19 (2007), S. 31–46.

Zweck privater Geschäftstätigkeit, der bloße Gelderwerb, niemals die maßgebende Richtschnur der Verwaltung dieser Institute werde – daß vielmehr jener Zweck immer bewußter Weise untergeordnet bleibe der Rücksicht auf die Pflichten des überkommenen Berufs.“<sup>61</sup>

Die der Regierung des kleinen Staates Sachsen-Weimar-Eisenach angebotene großzügige Wissenschaftsförderung markierte für ihn nur den Ausgangspunkt seiner weiteren Überlegungen und zielte auf die Aufforderung zum flankierenden staatlichen Engagement und nicht zuletzt auf die Verpflichtung zur weiteren Förderung seiner Initiative mit staatlichen Mitteln. Stiftungsmittel sollten so letztlich einer Initiierung von Förderungsschwerpunkten dienen, die anschließend mit staatlichen Mitteln weiter finanziell gestärkt werden sollten. Abbe war bewusst, dass sich die Sachsen-Weimar-Eisenacher Regierung wegen der von ihr klar gesehenen und auch befürchteten Risiken einer unternehmerischen Verantwortung verweigern würde, auf eine direkte Übernahme der Verantwortung für sein Projekt einzugehen. Aber er ließ nicht nach und rang im Ergebnis der Regierung eine bürokratisch ungewöhnliche und deshalb schwierige Entscheidung ab. Dieser Erfolg, als Stifter zugleich auch staatliches Handeln zu beeinflussen, macht seinen Versuch zu einem ganz besonderen Beispiel innerhalb der Stiftungsgeschichte, das seitdem eher selten Schule gemacht hat.

Abbe hatte nach einem Weg gesucht, nicht gegen, sondern mit der Großherzoglichen Regierung einen Ausweg zu finden und war letztlich erfolgreich geblieben. Auf Vorschlag der Regierung wurde eine Lösung entwickelt, die, so scheint es, eine Bewältigung des fast entscheidenden Dilemmas eröffnete: die Gründung einer Stiftung, die den spezifischen persönlichen Vorstellungen und Interessen Abbes entsprach und seine Erwartungen, die indirekt ja auch Befürchtungen spiegelten, abdeckte.<sup>62</sup> Das aber konnte zweierlei bedeuten: die Beteiligung am Erfolg des Unternehmens, aber auch die Verpflichtung, Einbrüche durch eine Regierungsintervention abzufedern oder im Verbund der Unternehmen partielle Schwierigkeiten oder krisenhafte Entwicklungen auszugleichen.

Schließlich war – und dies lag im Interesse der übervorsichtigen Regierung – gewährleistet, dass staatliche Etats fernerhin nicht belastet würden. Die Verwaltung der Stiftung durch Regierungsbeamte wiederum schien eine sachgerechte und transparente Kontrolle der Stiftungsgeschäfte zu garantieren. Sie bezog Beamte in forschungsrelevante Entscheidungen ein. Dass dies zum Vorteil der Forschung sein konnte, hatte der preußische Ministerialdirektor Althoff gezeigt, der die Grundlagen für die außergewöhnlich erfolgreiche preußische

61 Die Denkschrift vom 4. Dezember 1887. In: Abbe: *Werden und Wesen* (wie Anm. 42), S. 46.

62 Abbe: *Gedächtnisrede* (wie Anm. 40), S. 91.



Wissenschaftspolitik legen konnte. Dass eine Politisierung der Verwaltung aber zugleich auch Gefahren bot, wurde noch vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs deutlich und durchzog in den folgenden Jahrzehnten die Geschichte der Stiftung.

## VI.

Zunächst aber konnte Abbe die von ihm angestrebte, rein sachorientierte Unternehmensverwaltung mit seiner Anknüpfung an seine Stiftungsbegründung von 1889 verwirklichen, während gleichzeitig durch die bewusste Zweckbestimmung seine Pläne bis in letzte Förderungsdetails hinein fixiert werden konnten. Mit der Übergabe seiner Unternehmensanteile weitete Abbe die Verantwortung der Stiftung in weitere Bereiche aus, die stärker durch die Bedingungen des Arbeitslebens bestimmt waren, um die Nachteile der Industrialisierung – Zeitdruck und einseitige körperliche Belastung durch Arbeitsteilung und Akkordsystem sowie als deren Folge Erschöpfung und gesundheitliche Belastungen – abzufangen.

Im Zuge seiner Überarbeitung der Stiftungsurkunde 1889 wurde Abbe immer bewusster, dass ihm seine Stiftung weitaus größere Handlungsmöglichkeiten eröffnen konnte, als er sie sich bis dahin hatte vorstellen können. So festigte sich Abbes Wunsch, über seinen Tod hinaus zu wirken, ganz konkret im Zuge seiner ständigen Korrektur der Stiftungssatzungen, die zunehmend sein Denken bestimmte. Besonders deutlich wurde dies, als der stufenweise Ausbau des „Ministerialfonds“ betrieben wurde. Nach 1891 reichte es Abbe nicht mehr, nur eine Stiftung zu hinterlassen, sondern er verspürte den Wunsch, seine präzisierten Erwartungen in eine Form zu gießen, die zukünftige Zeitleläufe überdauerte. Das Ergebnis war schließlich eine grundlegend überarbeitete Stiftungsordnung mit dem Statut von 1896.

Entscheidend aber war vor allem, dass Ernst Abbe bis zu seinem Tode im Januar 1905 nicht müde wurde, höchstpersönlich Einfluss auf die konkrete weitere Ausgestaltung der Stiftungspraxis zu nehmen. Mit seiner Umtriebigkeit weckte er jedoch niemals bei seinen Partnern Aversionen.<sup>63</sup> Für die Ausarbeitung der neuen Stiftungsstatuten benötigte Abbe viele Jahre, denn immer ging es fast um die Quadratur eines Kreises: Die klar geregelte Verteilung der Aufgaben sollte garantieren, dass die Betriebe sich wirtschaftlich frei entfalten konnten und nicht durch Begehrlichkeiten des Staates oder durch Ausweitung der gemeinnützigen Fördermittel in Mitleidenschaft gezogen wurden. Hier wird deutlich, in welchem Maße Abbe von den politischen Ordnungsvorstellungen des 19. Jahrhunderts geprägt war.

63 Vgl. Demel: Auf dem Weg zur Verantwortungsgesellschaft (wie Anm. 1), S. 286-323.



Neben der Förderung der Wissenschaften und der Universität Jena bestimmten zunehmend sozialpolitische Überlegungen Abbes Denken. Er war der Meinung, die „Großindustrie treibe zu Lasten der Gesamtheit gemeinschädlichen Raubbau“, wenn sie sich „nicht darauf einrichtet, von sich aus aufzukommen für den ganzen, regelmäßigen und exzeptionellen, Verbrauch menschlicher Arbeitskraft in ihren Betrieben“.<sup>64</sup> Negative Auswirkungen der Industriearbeit müssten letztlich die Leistungsfähigkeit der Arbeiter und damit auch den Erfolg der Betriebe mindern, denn als „ein dringendes Volks- und Staatsinteresse gilt unbestritten die Erhaltung, beziehungsweise Wiedererneuerung eines breiten gesunden Mittelstandes, dessen Glieder noch Vollbürger sein können, nicht hinsichtlich der persönlichen und bürgerlichen Verhältnisse schon auf irgend einer Zwischenstufe zum Helotentum stehen und nicht in ihrer wirtschaftlichen Existenz einem Proletariat, welches nichts mehr zu verlieren hat, verfallen oder jederzeit zu verfallen bedroht sind“.<sup>65</sup> Um die Gesellschaft vor möglichen schädlichen gesundheitlichen und politischen Folgen dieser Entwicklungen zu bewahren, sah er auch den Staat aufgefordert, eine „Milderung der Gegensätze“ und Verringerung möglicher Nachteile zu befördern.<sup>66</sup>

Abbe war fest davon überzeugt, dass private Initiativen die gegenwärtigen Missstände mildern oder überwinden müssten, solange die Einführung der dafür notwendigen Gesetze versäumt werde.<sup>67</sup> Die Carl Zeiss-Stiftung weitete deshalb in den zwei Jahrzehnten vor dem Ausbruch des Krieges 1914 angesichts der zunehmend kritisch gesehenen Gesundheits- und Arbeitsverhältnisse ihre Wirksamkeit aus, um auf die gesellschaftlichen Verhältnisse lenkend einzuwirken. Wohnungen, soziale Einrichtungen und schließlich ein „Volkshaus“ wurden errichtet, das auch der Sozialdemokratie zur Verfügung gestellt wurde und erklärt, weshalb Jena dreimal einen sozialdemokratischen Parteitag erlebte. Abbe lehnte die Sozialdemokratie zwar entschieden ab, wollte sie aber nicht durch Repression, sondern durch Aufklärung bekämpfen, zumindest zurückdrängen. Auch insofern war er ein typischer Linksliberaler.

Durch sein Beispiel hatte Abbe das Bürgertum veranlassen wollen, ähnliche Initiativen in Angriff zu nehmen. Zugleich galt es, durch die aus der Mitte der Gesellschaft kommenden Initiativen staatliches Handeln zu beeinflussen und auf soziale Probleme hinzuweisen, indem Möglichkeiten aufgezeigt wurden, soziale Fehlentwicklungen durch gesellschaftliches Engagement zu korrigieren, zumindest aber abzuschwächen.<sup>68</sup> Ein jährlich mit Jahresschlussrechnung

64 Ernst Abbe: Motive und Erläuterungen zum Entwurf eines Statuts der Carl Zeiss-Stiftung, Mai 1895. In: Ders.: Vorträge (wie Anm. 1), S. 351.

65 Ebd., S. 347.

66 Abbe: Soziale Forderungen Arbeiterschutz (wie Anm. 1), S. 37.

67 Abbe: Motive und Erläuterungen (wie Anm. 64), S. 364.

68 Vgl. ebd., S. 363 f.

ausgewiesener Unternehmensgewinn sollte nach Abzug der jährlichen Betriebskosten und der Bedienung eines Rücklagenfonds festgelegt werden und der Realisierung der „gemeinnützigen“ Zwecke der Stiftung dienen: der Förderung allgemeiner Interessen der feintechnischen Industrie, kommunaler Projekte zugunsten der Arbeiterschaft in Jena und Umgebung sowie der Unterstützung naturwissenschaftlicher und mathematischer Studien in Forschung und Lehre an der Universität Jena.<sup>69</sup> Diese allgemeinpolitischen Zwecke definierte Abbe im neuen Statut relativ unpräzise. Vermutlich wollte er deren Erfüllung der Stiftungsverwaltung überlassen. Mindestens die Hälfte der gesamten Fördersumme aber sollte den Wissenschaften zugutekommen.<sup>70</sup>

Die Modifizierung von Förderinhalten machte deutlich, dass mit dem fortentwickelten Stiftungskonzept der Schutz individueller Freiheitsrechte vergrößert und damit die freie Entfaltung aller Bürger inklusive der Arbeitnehmerschaft gefördert werden sollten. Ein ähnlicher Gedanke leitete Abbe beim Ergänzungsstatut von 1900, als er die Freiheit von Forschung und Lehre als Voraussetzung für eine umfangreichere Wissenschaftsförderung festlegte.<sup>71</sup>

Es kam in seinen Augen zunehmend darauf an, den sozialen Ausgleich zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu fördern und darüber hinaus den von ihm bedauerten, zugleich sehr klar gesehenen unerwünschten Folgen der Industrialisierung entgegenzuwirken. Mit der Ausweitung der großbetrieblichen Produktion verloren traditionelle Strukturen, die das „alte Handwerk“ geprägt hatten, im Laufe des 19. Jahrhunderts an Bedeutung. Die entscheidende Voraussetzung eines ebenso geregelteren wie gewaltlosen Übergangs zu einer modernen Gesellschaft sah Abbe daher in der Erstarkung eines breiten Mittelstandes – nicht durch Umverteilung von Besitz sollte er entstehen, sondern durch Bildung, durch wissenschaftlichen Fortschritt und durch rechtliche Reformen. Die Carl Zeiss-Stiftung setzte sich deshalb für eine Verbesserung sozialer Aufstiegschancen der Jenaer Arbeiterschaft ein und wollte sie besser in die Stadtgesellschaft durch Beteiligung an öffentlichen Belangen integrieren. Abbe hielt es hingegen für undenkbar, sozialdemokratisch gesonnene Arbeiter zu disziplinieren. Dies bedeutete nicht, dass er zuweilen gewerkschaftliche Forderungen als persönlichen Angriff verstehen und entsprechend zurückweisen konnte.<sup>72</sup>

Die zielstrebige betriebene Wissenschaftsförderung zugunsten der Universität Jena rechtfertigte sich auch aus diesen Bestrebungen. Denn in den Augen

69 § 1, Statut der Carl Zeiss-Stiftung. In: Abbe: Vorträge (wie Anm. 1), S. 290.

70 § 107, Statut der Carl Zeiss-Stiftung. In: ebd., S. 312. Siehe auch: § 100-109, Statut der Carl Zeiss-Stiftung. In: ebd., S. 308-313.

71 § 56, Statut der Carl Zeiss-Stiftung. I: ebd., S. 287. § 10, Ergänzungsstatut zum Statut der Carl Zeiss-Stiftung, 24. Februar 1900 In: ebd., S. 326.

72 Vgl. zum Beispiel: SCHOTT Archiv, Nr. 5/43: Mitschrift der Rede Ernst Abbes vor dem Arbeiterausschuss und den Beamten von Zeiss, 13. April 1904.

von Ernst Abbe ermöglichte der Fortschritt der Wissenschaften eine grundlegende und positive Veränderung der Gesellschaft. Damit wurden überkommene, obrigkeitlich geprägte Machtstrukturen relativiert oder sogar aufgebrochen, während die im Zuge der Stiftungsgründung und des Stiftungswirkens beeinflussten Rahmenbedingungen die Strukturen zivilgesellschaftlichen Zusammenlebens und politisch-ethischer Verantwortung beeinflussten und in sich den Keim zur Korrektur des wilhelminischen Obrigkeitsstaats bewahrten.<sup>73</sup>

Zwar kam es im Vorfeld der Anerkennung der Statuten zur Auseinandersetzung um einzelne sozialreformerische Bestimmungen mit der großherzoglichen Regierung, doch Abbe blieb hartnäckig. Mit dem Sprichwort: „Eine fleißige Biene saugt auch aus der Distel Honig“,<sup>74</sup> verdeutlichte er seinen Standpunkt. Eine erneute Auseinandersetzung zwischen der Sachsen-Weimar-Eisenacher Regierung und Abbe begleitete die Überprüfung des Ergänzungsstatutes durch die Verwaltung. Der zuständige Beamte akzeptierte Abbes Forderung nicht, die kompromisslose Verteidigung der Freiheit von Lehre und Forschung als Voraussetzung für weitere Förderung der Wissenschaften und der Universität Jena festzuschreiben – auch in dieser Hinsicht entpuppte sich der Beamte als ein Kind seiner Zeit, Abbe hingegen hielt als selbstbewusster Liberaler Forschungsfreiheit für unverzichtbar. Er verteidigte sie gerade unter dem Einfluss der Debatte über die Frage, ob dem Berliner Sozialdemokraten und Physiker Leo Arons die Lehrbefugnis entzogen werden dürfe.<sup>75</sup> Abbe und die Regierung einigten sich schließlich auf den Kompromiss, die Regelung solle für die akademischen Pflichten der Universitätsdozenten, nicht aber für deren private Belange gelten.<sup>76</sup>

Diese Kontroversen zeigen, dass Ernst Abbe mit seiner Stiftung staatlichen Versäumnissen eine Handlungsmöglichkeit entgegensetzen wollte und politisch wirkte, um seine eigenen Vorstellungen einer besseren Gesellschaft gegenüber der Staatsregierung festzuschreiben. Das Volkshaus schließlich, das größte Einzelprojekt, das Abbe mit der Stiftung anregte und das die kommunale Integration der Arbeiterschaft beabsichtigte, beherbergte nicht nur Veranstaltungsräume, sondern eine Lesehalle mit einer Bibliothek. Das Gebäude war im Jahr 1903 mit einem Kostenaufwand von fast einer Million Mark errichtet worden.<sup>77</sup> In diesem Projekt offenbart sich neben der sozialen Komponente Abbes Stiftungsziels sein Anspruch, nicht nur politisch auf Gesellschaft und

73 Demel: Auf dem Weg zur Verantwortungsgesellschaft (wie Anm. 1), S. 150 f, 532 f.

74 Ernst Abbe an Carl Rothe, 9. Juli 1896. In: Abbe: Werden und Wesen (wie Anm. 42), S. 267.

75 Vgl. Nipperdey: Deutsche Geschichte 1866-1918 Bd. 1 (wie Anm. 9), S. 575.

76 Vgl. SCHOTT Archiv, Nr. 5/57: Ernst Abbe an Max Vollert, 28. Oktober 1899. § 10, Ergänzungsstatut zum Statut der Carl Zeiss-Stiftung, 24. Februar 1900. In: Abbe: Vorträge (wie Anm. 1), S. 326.

77 Carl Zeiss Archiv, Bestand BACZ, Nr. 189: Bericht des Stiftungskommissars Vollert an das preußisches Innenministerium, Oktober 1903.

Obrigkeitsstaat einzuwirken, sondern auch seine politische Toleranz zu demonstrieren. Auslöser für das Volkshausprojekt war die Behinderung politischer Aktivitäten der Arbeiterbewegung. Es war sowohl der örtlichen SPD als auch den Gewerkschaftsmitgliedern auch nach der Aufhebung der Sozialistengesetze nicht ohne Weiteres möglich, verlässlich Versammlungsräume für politische Veranstaltungen anzumieten. Abbe wollte dies nicht hinnehmen.<sup>78</sup> Für ihn waren Versammlungs- und Meinungsfreiheit unverzichtbar.

1897 schloss Abbe sogar einen Vertrag mit dem Jenaer Turnverein. Dieser stellte seine Turnhalle für Versammlungen der Firma Zeiss und gleichzeitig „allen hiesigen Vereinen, Corporationen und Einzelpersonen ohne Rücksicht auf die Parteistellung“<sup>79</sup> zur Verfügung. Ferner unterstützte die Carl Zeiss-Stiftung die Jenaer Lesehalle, ein Projekt der Jenaer Bürgerschaft, die 1895 einen Lesehallenverein gegründet hatte. Abbe sicherte durch seine Stiftung zu, für die Einrichtung und den kontinuierlichen Unterhalt aufzukommen – vorausgesetzt, dass der Verein bei der Literaturbeschaffung „strenge Parität gegenüber allen politischen, wirtschaftlichen, religiösen, litterarischen Parteien dauernd gewährleistet“.<sup>80</sup> Konservative Kreise des Bürgertums und das Kultusministerium befürchteten, mit dieser Regelung vor allem eine Agitationsplattform für die Sozialdemokratie zu schaffen.<sup>81</sup> Dies entsprach aber nicht der Meinung der Mehrheit der Bürger, die daher für ein Engagement der Stiftung votierten. Bis 1900 wandte die Stiftung etwa 48.000 Mark für die Lesehalle auf.<sup>82</sup>

Politisch motivierten Widerspruch artikuliert 1899 der Jenaer Oberbürgermeister Heinrich Singer, der bereits die Vereinbarung mit dem Turnverein kritisch kommentiert hatte.<sup>83</sup> Er beklagte, dass „in unserem Jena eine größere jährliche Zuwendung aus einer unter staatlicher Aufsicht stehenden Stiftung davon abhängig gemacht worden [ist], daß auch sozialdemokratische Werke und Zeitungen in der Lesehalle ausliegen.“<sup>84</sup> Abbe sah darin einen erneuten Affront. Denn Singer stellte sich nicht nur dem Ziel entgegen, dem Abbe mit

78 Vgl. Abbe: Beschränkung der Versammlungsfreiheit (wie Anm. 24), S. 170-202.

79 Carl Zeiss Archiv, Bestand BACZ, Nr. 44: Ernst Abbe an den Vorstand des Turnvereins Jena, 14. Juli 1897.

80 Carl Zeiss Archiv, Bestand BACZ, Nr. 20484: Die Errichtung einer öffentlichen Lesehalle, Pressebericht, Jenaer Volksblatt, 20. Dezember 1895.

81 Genehmigung der Volkslesehalle in Jena durch die Stiftungsverwaltung in Weimar, 20. Januar 1896. In: Flitner/Wittig: Technik – Optik – Soziale Kultur (wie Anm. 22), S. 540.

82 SCHOTT Archiv, Nr. 5/66: Zusammenstellung der Verwilligungen aus der Carl Zeiss-Stiftung seit 1. April 1886, 24. November 1900.

83 Carl Zeiss Archiv, Bestand BACZ, Nr. 44: Heinrich Singer an Ernst Abbe, 22. Juli 1897 (Weiterleitung des Ministerialreskripts vom 16. Juli 1897).

84 Carl Zeiss Archiv, Bestand BACZ, Nr. 43: Lokales, Jenaer Volksblatt, 19. Juli 1899 (Wiedergabe der am Vortag in der Jenaischen Zeitung erschienenen Erklärung des Oberbürgermeisters Heinrich Singer über den Wortlaut seiner Aussage auf dem Thüringischen Stadte- tag).

dem Versammlungssaal und der Lesehalle begegnen wollte: einem freiheitlichen, nicht durch Repression gekennzeichneten Umgang mit der Arbeiterschaft und ihrer politischen Bewegung. Zum anderen empfand er die Behauptung Singers, die Carl Zeiss-Stiftung stünde durch die Verwaltung von Beamten des Staatsministeriums unter einer besonderen Staatsaufsicht, als eine Gefährdung der Stiftungsautonomie, die er gerade durch die staatliche Seite gefestigt sehen wollte. In einem privaten Briefwechsel, aber auch im öffentlichen Streit, der in zwei Jenaer Tageszeitungen ausgefochten wurde, drohte Abbe, Singer mit einer Klage zu konfrontieren, sollte er weiter seine falschen Behauptungen verbreiten.<sup>85</sup>

Die öffentliche Kritik und der Widerstand gegen die Stiftungsprojekte bestärkten ihn darin, seine Ziele noch hartnäckiger und entschiedener zu verfolgen. Noch Ende 1899 fasste die Stiftung deshalb, vielleicht auch als Reaktion auf in Abbes Sicht unangemessene Beeinflussungsversuche, den Plan, das „Volksbildungshaus“<sup>86</sup> zu errichten. In seinem Konzept spiegelte sich noch einmal, was für Abbes Entwicklung bestimmend war: Befriedigung des Wissensdurstes, Bildungsmöglichkeiten, freier Austausch von Gedanken und Meinungen. So fand sich neben der Lesehalle, der Bibliothek und dem Schäfer'schen Instrumentenmuseum zusätzlich ein Konzert- und Versammlungssaal in dem Neubau.

## VII.

Abbes Ziele mussten nicht nur gegenüber dem Sachsen-Weimar-Eisenacher Staatsministerium durchgesetzt werden, sondern sie stießen durchaus auch im Jenaer Bürgertum auf Widerspruch. Zu ungewöhnlich war Abbes Verhaltensweise. Nicht einmal Sozialdemokraten verstanden seine Bemühungen und taten sich schwer, Abbes Stiftungsinitiative unvoreingenommen zu bewerten.<sup>87</sup> Handelte er selbstlos, gar altruistisch? Oder hatte er durch die Bindung der Beschäftigten an den Betrieb vor allem im Auge, hochqualifizierte Arbeitskräfte für seine Unternehmen zu halten. Konnte er die Folgen seiner Vorausverpflichtungen überschauen? Oder riskierte er zu leichtfertig die Gefahr, dass die Unternehmungen aus den Verpflichtungen Leistungsversprechen übernehmen mussten, die möglicherweise irgendwann sowohl die Stiftung wie auch die Unternehmen gefährdeten?

85 Carl Zeiss Archiv, Bestand BACZ, Nr. 43: Carl Zeiss-Stiftung contra Oberbürgermeister Singer, Jenaer Volksblatt, 27. August 1899.

86 SCHOTT Archiv, Nr. 5/66: Sitzungsprotokoll der Geschäftsleitung Zeiss, 2. Dezember 1899.

87 Carl Zeiss Archiv, Bestand BACZ, Nr. 24: Hermann Leber: Ernst Abbe als Arbeiterfreund und Sozialpolitiker, in: Das Volk, 14. Januar 1930.

Abbe selbst war als Linksliberaler, als „Freisinniger“ bereit, öffentlich für seine Ideale und Ziele einzutreten. Er machte sich und damit auch anderen gesellschaftliche Entwicklungszusammenhänge bewusst und legte auf seine Weise ein durchaus praktisches Bekenntnis zu jenem freiheitlichen Gesellschaftsideal ab, das dann eineinhalb Jahrzehnte nach seinem Tod die Weimarer Verfassung mit ihrem Bekenntnis zum politischen Pluralismus prägte. Durch die Integration der Arbeiterschaft in die Jenaer Stadtgesellschaft und in seine Unternehmungen erhoffte sich Abbe, dass sich ein gegenseitiges Verständnis unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen ausbildete. Er verkörpert einen sowohl programmatisch wie auch pragmatisch zukunftsfähigen Liberalismus der gesellschaftlichen Verantwortung, der in den politischen Auseinandersetzungen der Kriegszeit, der Konflikte der Weimarer Republik und der Diffamierung des Liberalismus in den beiden deutschen Diktaturen aufgerieben wurde.



## Liberale Alternativen für die Krise der Demokratie. Der Nationalökonom Moritz Julius Bonn als politischer Denker im Zeitalter der Weltkriege

Die Welt des Kalten Krieges hat lange Zeit die Wahrnehmung befördert, im Jahr 1945 die markanteste Epochenzäsur des vergangenen Jahrhunderts zu sehen. Dafür gibt es nach wie vor gute Gründe, auch wenn man weder einer Legende der Stunde Null für das besiegte Deutschland noch einem kompletten Paradigmenwechsel der internationalen Beziehungen, die von nun an einer Logik der Blockkonfrontation gehorchen sollten, das Wort reden muss. Die Zeitgenossen hatten als Überlebende eines Weltenbrands die Hoffnung auf einen Neubeginn. Das Zeitalter der Weltkriege, später von Eric Hobsbawm zur schauerlichen Hälfte eines „Age of Extremes“ erkoren, war an ein Ende gelangt, nachdem die 200 Tage zwischen der Befreiung von Auschwitz am 27. Januar 1945 und der Kapitulation Japans die Destruktivität und Gewalt der Schlussphase des Zweiten Weltkrieges bis dato ungekannte Ausmaße offenbart hatten.<sup>1</sup>

Auch das Okular der Ideengeschichte muss den Epochen Einschnitt des Jahres 1945 aus unterschiedlichen Blickwinkeln fixieren. Zum einen gelangte in der Tat die kurze, aber verheerende Folgen zeitigende Hochzeit des Faschismus und des Nationalsozialismus an ein abruptes Ende. Die liberale Demokratie, die in der Zwischenkriegszeit ideell erledigt und dem Angriff der radikalen Massenbewegungen links und rechts fast wehrlos ausgeliefert schien, kehrte mit dem Sieg der Alliierten nach Westeuropa und in Teile Mitteleuropas zurück. Sie war ideologisch gesehen die eigentliche Kriegsgewinnerin. Unter der Ägide der Vereinigten Staaten setzten sich der Liberalismus und die Idee der repräsentativen Demokratie erneut durch. Beides galt noch in den 1920/30er Jahren als Relikt des abgelebten bürgerlichen Jahrhunderts, während die Ideologien einer alternativen Moderne mit ihren kollektivistischen Gesellschaftsbildern und Vorstellungen vom neuen Menschen zu reüssieren begannen. Nun hatte nicht nur militärisch, sondern normativ, politisch und ökonomisch die liberale Demokratie zumindest in der westlichen Hemisphäre den Sieg davon getragen und damit die dringend benötigten Legitimations-

1 Vgl. Hamburger Institut für Sozialforschung (Hrsg.): 200 Tage und 1 Jahrhundert. Gewalt und Destruktivität im Spiegel des Jahres 1945. Hamburg 1995.



gründe geltend gemacht. Es ist nicht in Abrede zu stellen, dass ohne die Interventionsbereitschaft der USA eine verjüngte Wiederkehr von parlamentarischer Demokratie, leistungsfähiger kapitalistischer Wirtschaft und liberalen Werten schwer vorstellbar geblieben wäre. Gleichwohl erschließen sich dem Betrachter Analogien und ideelle Kontinuitäten zwischen den beiden Nachkriegszeiten – 1918 und 1945 –, die zumindest nahelegen, dass es sich nicht lediglich um einen US-amerikanischen Ideologietransfer oder einen Re-Import exilierten Gedankenguts handelte, sondern dass vor allem in Deutschland auch an die demokratischen und republikanischen Erfahrungen der 1920er Jahre angeknüpft wurde. Zwar lebte die junge Bundesrepublik unter der Beschwörungsformel „Bonn ist nicht Weimar“ (Fritz René Allemann), und der „Weimar-Komplex“ (Sebastian Ullrich) blieb in erster Linie eine Negativfolie, vor der sich die Bundesrepublik im Zuge ihrer Konsolidierung positiv abzuheben gedachte.<sup>2</sup> Aber die Weimarer Republik und das mit ihr verbundene demokratische Experiment wären einseitig verstanden, wenn man es nur aus der Perspektive des Scheiterns betrachten würde. Umgekehrt lässt sich argumentieren: „Weimars lange Schatten“ waren keineswegs nur als Bürde zu verstehen. Ohne die Einsichten, die Lernprozesse und die praktischen politischen Errungenschaften der ersten deutschen Republik hätte es weder Anknüpfungspunkte noch Überlebenschancen für die Verfassungsordnung des Grundgesetzes und für eine Stabilisierung der westdeutschen Demokratie insgesamt gegeben.

Im Sinne einer geschichtspolitischen Deutung gehörte die Berufung auf das Schicksal der Weimarer Republik nach 1945 zum festen Argumentationsreservoir für jede intellektuelle Debatte. Ob es um die vieldiskutierten Verfassungsmängel (Stellung des Reichspräsidenten, Schwäche des Parlaments, Fehlen eines konstruktiven Misstrauensvotums, von Preußen dominierter Föderalismus etc.), das Eigenleben der Reichswehr, die starken sozialen Spannungen, die republikfeindliche Rolle von Justiz und Beamtenschaft, die politische Dominanz der Großindustrie u.v.m. ging – stets war man bemüht, aus den vermeintlichen Ursachen des Untergangs, aus der „Selbstpreisgabe einer Demokratie“ zu lernen.<sup>3</sup> Nicht selten hat man dabei die „Geburtsfehler“ der Republik dramatisiert und eine gewisse Zwangsläufigkeit der Entwicklung unterstellt, anstatt sich die prinzipielle Offenheit der historischen Entwicklung zu vergegenwärtigen. Denn ohne die Weltwirtschaftskrise hätte es durchaus Chancen auf eine kontinuierliche Weiterentwicklung des demokratischen Sozialstaats gegeben, und sogar die Anbahnung der Machtübertragung an Hitler war kaum zwingend, hatten doch schon Zeitgenossen das Gefühl, dass die NSDAP ihren

2 Sebastian Ullrich: Der Weimar-Komplex. Das Scheitern der ersten deutschen Demokratie und die politische Kultur der frühen Bundesrepublik. Göttingen 2009.

3 Siehe Karl Dietrich Erdmann/Hagen Schulze (Hrsg.): Selbstpreisgabe einer Demokratie. Eine Bilanz heute. Düsseldorf 1984.

Zenit überschritten hätte. Eine solche Einsicht in die Kontingenz geschichtlicher Prozesse soll die Frage nach den vielfältigen Gründen für die Abkehr einer modernen komplexen Gesellschaft vom Rechtsstaat, von der Demokratie und von einer politischen Kultur der Zivilität keineswegs aushebeln.<sup>4</sup> Wenn man allerdings – anknüpfend an Detlev Peukerts Vorschlag, Weimar als ein Laboratorium in den Krisenjahren der klassischen Moderne zu begreifen<sup>5</sup> – die Modernisierungsphänomene, die konstruktiven gesellschaftspolitischen Ansätze und die vollzogenen Liberalisierungsschritte in den Blick bekommen will, dann sollte man auch einen Sinn für die alternativen Diskurse im Lager der – zeitweiligen – Verlierer der Geschichte entwickeln. Für das Staatsrecht, die politische Theorie, die Ökonomie oder auch die Soziologie gilt: Wohl niemals zuvor hatte es so vielfältige, intensive und experimentierfreudige Debatten um die Zukunft der Gesellschaft gegeben. Von diesem Potential zehrte auch die zweite Nachkriegszeit, als man viele Probleme, Themen und offene Fragen wieder aufnehmen konnte, und diese Debatten wurden teilweise sogar von denselben Personen revitalisiert und weitergeführt, freilich vor einem neuen Erfahrungshintergrund.

### Liberaler Krisenreflexion

Diese Kontinuität galt auch und besonders für die intensive Diskussion um die soziale Demokratie und die Ausgestaltung eines modernen Rechtsstaats.<sup>6</sup> Das Wissen um die demokratische Selbstgefährdung eines in sich tief gespaltenen Gemeinwesens und um die Reformbedürftigkeit eines Liberalismus, der sich auf die Bedingungen einer industriellen Massengesellschaft einzustellen hatte, ließ den sozialliberalen Gedanken, der Markt und Wohlfahrt zu verbinden strebte, zu einer Leitidee der Zwischenkriegszeit werden. Die Suche nach „dritten Wegen“, nach einer sozialverträglichen Abfederung der kapitalistischen Wirtschaftsweise prägte eine ganze Intellektuellengeneration, die sich einem progressiven Sozialliberalismus zuordnete. Dabei lässt sich auch an den Denkern liberaldemokratischer Provenienz beobachten, dass sie die Idee des Sozialen weitgehend vorurteilsfrei inkorporierten und bereit waren, die Basis-

4 Vgl. zum Problem der Verortung des Jahres 1933 in der deutschen Geschichte immer noch den mittlerweile klassischen Aufsatz von Thomas Nipperdey: 1933 und die Kontinuität in der deutschen Geschichte. In: HZ 227 (1978), S. 86-111.

5 Detlev J.K. Peukert: Die Weimarer Republik. Krisenjahre der klassischen Moderne. Frankfurt/M. 1987.

6 Siehe dazu Christoph Gusy (Hrsg.): Demokratisches Denken in der Weimarer Republik, Baden-Baden 2000; ders. (Hrsg.): Weimars lange Schatten – Weimar als Argument nach 1945. Baden-Baden 2003; Kathrin Groh: Demokratische Staatsrechtslehrer in der Weimarer Republik. Von der konstitutionellen Staatslehre zur Theorie des modernen demokratischen Verfassungsstaats. Tübingen 2010.

kompromisse der Weimarer Reichsverfassung auszugestalten. Ein geistiges Zentrum des modernisierungsbereiten Liberalismus war im Umkreis des Nationalökonomen Lujo Brentano zu orten.<sup>7</sup> Dieser Variante des Sozialliberalismus, der sich vom Kathedersozialismus des Kaiserreichs zu befreien suchte und die Impulse des englischen New Liberalism aufnahm, war daran gelegen, die vermeintliche Deckungsgleichheit von Liberalismus und Kapitalismus aufzuheben. Heinrich Herkner beispielsweise, einer der Brentano nahestehenden liberalen Nationalökonomen und Gründungsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, appellierte an das aufklärerische Erbe und setzte sich für eine soziale Erweiterung des Liberalismus ein: „Die Politik muß humanisiert und ethisiert werden, [sie muss] die Anerkennung der Menschenwürde nach innen und die gegenseitige Rücksicht auf Lebensnotwendigkeiten nach außen in sich aufnehmen können.“<sup>8</sup>

Humanisierung, Ethisierung, Anerkennung der Menschenwürde, Rücksicht auf Lebensnotwendigkeiten – dies waren weitläufige und anspruchsvolle Programmpunkte, die über die gängige Vorstellung eines auf Erwerbsstreben und Bildungsbürgerlichkeit fixierten Liberalismus hinausreichten. Anders als die intensiven Demokratisierungs- und Liberalisierungsdebatten in der Schlussphase des Kaiserreichs hätten vermuten lassen,<sup>9</sup> waren die lange Zeit mit dem Modernisierungspostulat einhergehenden Forderungen nach Gewaltenteilung, parlamentarischer Verantwortlichkeit, demokratischer Legitimation und Rationalisierung von transparenten Verwaltungsprozessen just in dem Augenblick keine Motivationsressourcen mehr, als ihre Durchsetzung greifbar wurde. So hatte der Liberalismus, zu dessen elementarer Grundausrüstung Vernunft, Rationalität und Verantwortlichkeit zählten, besonders schwer unter den psychosozialen Folgekosten des Ersten Weltkrieges zu leiden. Einer, der dies sehr genau wusste und zeitlebens ein Verfechter des liberalen Anliegens blieb, war der heute zu Unrecht in Vergessenheit geratene Nationalökonom Moritz

7 Brentanos Bedeutung würdigt jetzt Detlef Lehnert: Lujo Brentano als politisch ökonomischer Klassiker des modernen Sozialliberalismus. In: Ders. (Hrsg.): Sozialliberalismus in Europa. Herkunft und Entwicklung im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Wien/Köln/Weimar 2012, S. 111-134.

8 Heinrich Herkner: Sozialpolitischer Liberalismus. In: Moritz Julius Bonn/Melchior Palyi (Hrsg.): Wirtschaftswissenschaft nach dem Kriege. Neunundzwanzig Beiträge über den Stand der deutschen und ausländischen sozialökonomischen Forschung nach dem Kriege. Festgabe für Lujo Brentano zum 80. Geburtstag. München/Leipzig 1925, Bd. 1, S. 31-52, hier S. 42.

9 Vgl. dazu Marcus Llanque: Demokratisches Denken im Krieg. Die deutsche Debatte im Ersten Weltkrieg. Berlin 2000.

Julius Bonn.<sup>10</sup> Er enthüllte die Irrationalität einer ungerechtfertigten Verantwortungszuschreibung, die den Liberalismus traf und die ihn nicht nur als Ideologie des 19. Jahrhunderts verunglimpfte, sondern ihn gleichzeitig für die Malaise der Gegenwart zur Rechenschaft zog, obgleich in Deutschland bis 1918 noch gar nicht die Rede von parlamentarischer und demokratischer Politik sein konnte. Bonn beschrieb den psychischen Mechanismus folgendermaßen: „Wer an der Macht war, ist verantwortlich, und weil er verantwortlich war, muß er gehen. Und wenn diejenigen, die an seine Stelle treten, das Unheil nicht sofort wieder ungeschehen machen, so wird ihnen eine doppelte Verantwortung aufgebürdet: die Verantwortung für den Eintritt in die Katastrophe und die Verantwortung für ihre Wirkungen. Wo die Demokratie das Erbe des Weltkrieges angetreten hat, wird sie mit der Verantwortung für seine Folgen belastet.“<sup>11</sup>

### Moritz Julius Bonn: Eine Stimme der liberalen Vernunft in der Weimarer Republik

Moritz Julius Bonn scheute diese Verantwortung trotz aller Ungunst der Umstände nicht, wie sein intellektuelles und politisches Engagement in der Weimarer Demokratie bewies. Er gehörte zu den Mitbegründern der DDP und stellte seine Expertise als Wirtschaftswissenschaftler und Finanzexperte den Regierungen der Republik zur Verfügung. Der Nachkomme einer bekannten jüdischen Bankiersfamilie aus Frankfurt war nicht nur Mitglied der deutschen Delegation, die zur Unterzeichnung des Friedensvertrages nach Versailles entsandt wurde, sondern nahm an zahlreichen Reparations- und Weltwirtschaftskonferenzen der 1920/30er Jahre teil. Bonn agierte als überaus gefragter Politikberater, dessen abgewogene Meinung von den Reichskanzlern (die er bis auf Schleicher alle persönlich kannte), dem Auswärtigen Amt, den Finanz- und Wirtschaftsministerien gehört wurde und dessen Referenden und Denkschriften in der Ministerialbürokratie Wirkung entfalteten. Er verkehrte mit allen, die in der Berliner Politik Rang und Namen hatten, mit Protagonisten wie Matthias Erzberger, Walther Rathenau, Joseph Wirth, Gustav Stresemann, Heinrich Brüning, Hans Luther, Hjalmar Schacht, um nur die wichtigsten zu

10 Zu Werk und Bedeutung von Moritz Julius Bonn vgl. Patricia Clavin: A ‚Wandering Scholar‘ in Britain and the USA 1933-1945. The Life and Work of Moritz Bonn. In: Anthony Grenville (Hrsg.): Refugees from the Third Reich in Britain. Amsterdam/New York 2003, S. 27-42; Jens Hacke: Moritz Julius Bonn – ein vergessener Verteidiger der Vernunft. Zum Liberalismus in der Krise der Zwischenkriegszeit. In: Mittelweg 36, 17. Jg. (2010), Heft 6, S. 26-59, sowie ders.: Ein vergessenes Erbe des deutschen Liberalismus. Über Moritz Julius Bonn. In: Merkur 65 (2011), S. 1077-1082.

11 Moritz Julius Bonn: Die Krisis der europäischen Demokratie. München 1925, S. 139 f.

nennen. Daneben entfaltete er eine weit gespannte publizistische Tätigkeit. Er schrieb Leitartikel für die großen liberalen Tageszeitungen, galt als versierter Amerikaexperte und veröffentlichte mehrere Bücher über die Politik, Wirtschaft und Kultur der USA, deren gehaltvolle Zeitdiagnostik in Übersetzungen auch eine amerikanische Leserschaft erreichte.<sup>12</sup> Der englische Politikwissenschaftler und Sozialist Harold Laski lobte Bonns Buch „Prosperity“ als „the wisest book on America that has been published in many years“, und fügte hinzu: „No one since Tocqueville has written with greater insight“.<sup>13</sup> Bonn zählte zu den profilierten Autoren des S. Fischer-Verlages und der dort herausgegebenen Monatsschrift „Neue Rundschau“, die das Forum für den liberalen Geist der Weimarer Zeit bot. Als Ökonom und hellwacher politischer Kopf genoss er internationales Renommee. Seine Publikationen wurden in England und in den USA diskutiert, wo er regelmäßig als Gastprofessor an bedeutenden Universitäten wirkte, aber auch ins übrige Westeuropa erstreckten sich seine Kontakte, wie die zahlreichen Übersetzungen ins Spanische und Französische belegen. Als er sich im April 1933 zum Rücktritt vom Amt des Direktors der Berliner Handelshochschule gezwungen sah, meldete die „New York Times“ seine Emigration in einem Atemzuge mit derjenigen Albert Einsteins und Hans Kelsens.<sup>14</sup>

Über die Bedeutung von Moritz Julius Bonn bleibt im Verlauf dieser Abhandlung noch Einiges zu sagen. Nicht zuletzt gibt die Lektüre seiner sehr lesenswerten, kurzweiligen und zeithistorisch ungemein erhellenden Memoiren, die er selbst nach dem Zweiten Weltkrieg verfasste, einen guten Eindruck dieses außergewöhnlichen kosmopolitischen Liberalen.<sup>15</sup> Aber es soll im Folgenden weniger darum gehen, eine wie auch immer gerechtfertigte persönliche Würdigung vorzunehmen oder Hagiographie zu betreiben, sondern im Blick auf die Themen und Zeitfragen, die Bonn bewegten, einige Kontinuitätslinien von der Zwischenkriegszeit bis in die Ära des Kalten Krieges zu konturieren. Die Beschäftigung mit dem liberalen Intellektuellen Moritz Julius Bonn ist dabei aus mehreren Gründen aufschlussreich und eröffnet die Möglichkeiten, gewohnte Herangehensweisen zum liberalen Denken im 20. Jahrhundert, besonders in Deutschland, in Frage zu stellen und um neue Perspektiven zu bereichern.

12 Moritz Julius Bonn: *Amerika und sein Problem*. München 1925; ders.: *Geld und Geist. Vom Wesen und Werden der amerikanischen Welt*. Berlin 1927; ders.: *Die Kultur der Vereinigten Staaten von Amerika*. Berlin 1930; ders.: *Prosperity. Wunderglaube und Wirklichkeit im amerikanischen Wirtschaftsleben*. Berlin 1931.

13 Harold Laski: *America in Perspective*. In: *The New Statesman and Nation*, 26 December 1931, S. 817.

14 Siehe *New York Times*, 16. April 1933, S. 1.

15 Moritz Julius Bonn: *Wandering Scholar*. London 1949, sowie die leicht veränderte deutsche Ausgabe: *Ders.: So macht man Geschichte? Bilanz eines Lebens*. München 1953.

*Erstens* kann die Karriere des erfolgreichen Wissenschaftlers, Publizisten, Politikberaters und angesehenen Hochschuldirektors dazu anregen, die politische Ideengeschichte im 20. Jahrhundert nicht allein von der parteipolitischen Warte oder im Hinblick auf große Denker und Texte, sondern aus bestimmten Kontexten und intellektuellen Aktionsradien zu begreifen. Es bleibt bemerkenswert, dass trotz aller Konjunktur der Cambridge School immer noch die Konzentration auf einzelne Intellektuelle als Repräsentanten eines bestimmten Denkstils überwiegt. Im Fall des deutschen Liberalismus scheint dies – mangels namhafter Alternativen – weiterhin zu bedeuten, den bekanntlich bereits 1920 verstorbenen Max Weber als repräsentativen Liberalen der Zwischenkriegszeit vorzustellen. Der englische Politikwissenschaftler Richard Bellamy beispielsweise sieht in Weber („a committed liberal“) die Zentralgestalt des Weimarer Liberalismus, und auch Jan-Werner Müller vertritt diese Auffassung im Rahmen seiner politischen Ideengeschichte Europas im 20. Jahrhundert.<sup>16</sup> Bei allem Einfluss, den Weber auf die Debatte um Parlamentarisierung und Demokratisierung im Kaiserreich gehabt hat,<sup>17</sup> führt diese Sicht doch zu einer Verzerrung, denn die Streitthemen und der Modernisierungsbedarf in der Weimarer Republik gingen weit über Webers Erfahrungswelt hinaus. Eine andere irreleitende Tendenz, wenn es um Personalisierung geht, besteht darin, den Typus des Vernunftrepublikaners als häufigste Schwundform des Liberalen herauszustellen. Die berühmten Beispiele Friedrich Meinecke, Thomas Mann oder gar Gustav Stresemann dienen dann zur Illustration einer politischen Haltung, die sich nur widerwillig von der Monarchie löste und sich allenfalls „halbherzig“ – eben aus realpolitischen Vernunftgründen – auf die Republik einließ.<sup>18</sup> Diese Sichtweisen liefern sicherlich weiterhin wichtige und hilfreiche Erklärungen für verbreitete Denkstile, die mit dem Sonderweg des deutschen Liberalismus eng verbunden sind. Sie legen uns aber auf eine einseitige Krisengeschichte des Liberalismus fest, dessen Denkbewegung dann nur noch als Rückzugsgefecht verstanden werden kann. Der Blick auf Moritz Julius Bonn und einige andere, oft sozialliberal orientierte Intellektuelle hilft uns, ein Sensorium für die Zukunftszugewandtheit, die Reformenergie und die Modernisierungsziele der damaligen Debatte zu entwickeln.

*Zweitens* gehört es zum Wesenskern liberalen politischen Denkens, dass die Artikulation seiner Standpunkte, die auf Vernunft, Mäßigung und Common

- 16 Richard Bellamy: *Liberalism and Modern Society. A Historical Argument*. Pennsylvania 1992, S. 165-216; Jan-Werner Müller: *Contesting Democracy. Political Ideas in Twentieth Century Europe*. New Haven/London 2011, S. 40-46.
- 17 Vor allem natürlich durch seine zuerst in der Frankfurter Zeitung veröffentlichte politische Diagnose des Kaiserreiches – siehe Max Weber: *Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland. Zur politischen Kritik des Beamtentums und Parteiwesens* (1918). In: Ders.: *Zur Politik im Weltkrieg. Schriften und Reden 1914-1918*. Tübingen 1988, S. 421-596.
- 18 Vgl. insgesamt Andreas Wirsching/Jürgen Eder (Hrsg.): *Vernunftrepublikanismus in der Weimarer Republik. Politik, Literatur, Wissenschaft*. Stuttgart 2008.

sense abheben, intellektuell und semantisch weniger innovativ erschienen als die Theoriesprache ihrer extremistischen Counterparts links und rechts. Steven Aschheim hat in seiner Analyse der anhaltenden intellektuellen Faszination liberalismuskritischer jüdischer Intellektueller wie Theodor Adorno, Hannah Arendt, Walter Benjamin, Franz Rosenzweig, Gershom Sholem oder Leo Strauss eine interessante Frage gestellt, die ebenso für die nachhaltige Ausstrahlung konservativ-revolutionärer Denker gilt: „Why do we elevate as icons thinkers that seem so critical of – or at best, indifferent to – liberalism in an intellectual and academic culture that in many ways conceives to be essentially a liberal one?“ Aschheims Antwort, die er durch die Kontrastierung der oben Genannten mit ihrem liberalen Generationsgenossen Isaiah Berlin plausibilisiert, hat Verallgemeinerungspotential: „We respond warmly to Berlin’s work because it is both decent and comforting. Ultimately one does not read him to be challenged and perplexed but to be reassured. [...] Berlin reinforces and confirms; our thinkers ruffle, perplex, and often outrage. If there is little that is ‘straight and simple, pure and firm’ in their world, this is perhaps why they often are both more interesting – and speculatively, and perhaps politically, awry.”<sup>19</sup> Mit dieser Beobachtung erklärt Aschheim die intellektuelle Faszination eines Denkens, das sich den politischen Forderungen des Tages entzog und in vielen Fällen erst angesichts von Verfolgung und Exil zur Politik fand, mit beeindruckend individuellem und originellem Begründungsaufwand. Die Attraktion, die im Nachvollzug dieser aufwändigen Denkwege liegt, sollte aber nicht zur Geringschätzung eines Common-sense-Liberalismus führen, der seine Motive klar und nachvollziehbar offenlegte. Die Rezeption des liberalen Denkens scheint bisweilen unter einer solchen unhistorischen Sichtweise zu leiden, die der überzeitlichen Geltung liberaler Grundhaltungen zum Nachteil gereicht: Positionen und Begriffe, die sich heute immer noch vernünftig anhören und damit wenig spektakulär von gegenwärtigen gesellschaftlichen Vorstellungen differieren, erhalten weniger Aufmerksamkeit. Es wird eher die Schwäche und vermeintliche Hilflosigkeit von damals unterlegenen Auffassungen erklärt als die inhaltliche Debatte weitergeführt.

*Drittens* hat der Fokus auf das Scheitern der parlamentarischen Demokratie, zu einer gewissen Einseitigkeit neigend, implizit die Krisenlösungskompetenz in den Jahren 1930-33 zum Kriterium einer Bewertung politischer Vorstellungen gemacht. Zwar dürfte in der Geschichtswissenschaft weitgehend Einigkeit darüber herrschen, dass die Suche nach einem Patentrezept zur gleichzeitigen Überwindung der ökonomischen, der sozialen und der politischen Krise auch retrospektiv unrealistisch ist und dass ein ganzes Ursachenbündel kombiniert mit kontingenten, unvorhersehbaren Entwicklungen zum Untergang der Wei-

19 Steven Aschheim: *Beyond the Border. The German-Jewish Legacy Abroad*. Princeton/Oxford 2004, S. 113, 116.



marer Republik geführt hat. Nichtsdestotrotz setzt sich erst langsam die Tendenz durch, das politische Denken der Weimarer Jahre nicht lediglich vom Ausnahmezustand, sondern von der Reflexion über Normallagen her zu rekonstruieren.<sup>20</sup> Dazu gehört auch, die Verantwortung der Intellektuellen für politische Prozesse nicht künstlich zu übertreiben, sondern sie eher als Signifikanten für bestimmte Denkweisen denn als Initiatoren von politischen Handlungen zu verstehen.

*Viertens* schließlich ist ein neues Interesse an den Konfliktlagen der Zwischenkriegszeit auch deshalb zu verzeichnen, weil sie gemessen an den Problemen unserer eigenen Gegenwart neue Aktualität gewonnen haben: die Schwierigkeit massendemokratischer Deliberation, die Integration und Stabilisierung von komplexen und in sozialen Konflikten befindlichen Gesellschaften, die Krisenanfälligkeit des Kapitalismus, die notwendige Überwindung souveräner einzelstaatlicher Entscheidungen zugunsten internationaler Kooperationsmodi in einer multipolaren Welt, die Organisation und Finanzierung von Wohlfahrtsstaatlichkeit – um nur einige Themenfelder zu nennen, die die politische Agenda der 1920/30er Jahre praktisch und theoretisch bestimmten.<sup>21</sup> Oder, um es etwas plakativer zu formulieren: In der Phase „nach dem Boom“ angesichts vielfältiger Finanz- und Globalisierungskrisen hat sich unsere Haltung zum Kapitalismus verändert, und die Rezepte des Neoliberalismus finden zunehmend weniger Anklang.<sup>22</sup> Im 21. Jahrhundert beginnt man sich wieder für „dritte Wege“ und Einhegungen des Kapitalismus zu interessieren.

Moritz Julius Bonn hatte – wie viele seiner Kollegen in der Nationalökonomie<sup>23</sup> – keine Patentlösung für die sich gleichzeitig verschärfenden und überschneidenden Krisenlagen der Zwischenkriegszeit. Sein analytischer Blick, seine multiperspektivische Herangehensweise und seine ironisch grundierte Fähigkeit zur Distanz stechen jedoch aus den ideologisch geführten Debatten der Zeit hervor. Seine zeitkritischen Arbeiten führen ökonomische, politikwissenschaftliche, soziologische und staatsrechtliche Diskurse zusammen

- 20 Vgl. zu diesem Ansatz auch Moritz Föllmer/Rüdiger Graf (Hrsg.): Die „Krise“ der Weimarer Republik. Zur Kritik eines Deutungsmusters. Frankfurt a. M. 2005; Rüdiger Graf: Die Zukunft der Weimarer Republik. Krisen und Zukunftsaneignung in Deutschland 1918-1933. München 2008.
- 21 Siehe dazu die knappe Skizze, die ich mit meinem Kollegen Tim B. Müller entworfen habe: Jens Hacke/Tim B. Müller: Zwischenkriegszeit. Zur Grundlegung der Gegenwart. In: Mittelweg 36, 21. Jg., 2012, Heft 6, S. 3-4, sowie neuerdings die gedankenreiche Studie von Tim B. Müller: Nach dem Ersten Weltkrieg. Lebensversuche moderner Demokratien. Hamburg 2014.
- 22 Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael: Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970. Göttingen 2008.
- 23 Zu den fehlenden Krisenrezepten in der Nationalökonomie siehe Roman Köster: Die Wissenschaft der Außenseiter. Die Krise der Nationalökonomie in der Weimarer Republik. Göttingen 2011.



und halten am Primat der abwägenden vorurteilsfreien Vernunft fest. Denkstil und Temperament lassen einen modernen Intellektuellen erkennen, der ungeachtet des ihn umgebenden Irrationalismus seinen Überzeugungen und Werthaltungen treu blieb. Allerdings wusste er um die Begrenztheit rationaler Argumentation in einer von Ressentiments beherrschten Zeit: „Das Gefährliche solcher Gedankengänge, wie etwa die der deutschen Nationalsozialisten, ist nicht etwa, daß sie unrichtig sind und mit richtigen Argumenten widerlegt werden müssen, sondern daß sie Empfindungen entstammen, die nicht in der Ebene des Denkens, sondern in der des Fühlens gewachsen sind. Die große Gefahr der gegenwärtigen Krise liegt eben darin, daß sie zum guten Teil eine Empfindungskrise und keine Gedankenkrise ist. Denn Gedanken kann man mit Gedanken bekämpfen; Empfindungen aber nur mit veränderten Tatsachen.“<sup>24</sup>

Diese Aussage hat einige wichtige Implikationen, die uns auch über das Selbstverständnis der Zeitgenossen aufklären. Liberale Intellektuelle wie Bonn standen keineswegs ratlos inmitten der Krise, die dem großen Crash folgte, sondern arbeiteten an der politischen Bewältigung der sozialen und wirtschaftlichen Folgen. Es handelte sich eben nicht um eine „Gedankenkrise“, sondern verschiedene Rezepte lagen eigentlich bereit, und Besserung war in Sicht. Das größte Problem bestand darin, dass rationale Lösungen in einer Atmosphäre aufgeheizter ideologischer Kämpfe kein Gehör fanden. Die Gegner der repräsentativen Demokratie schürten und nutzten antiliberalen Stimmungen und hatten in Bonns Worten eine „Empfindungskrise“ ausgelöst, die die Demokratie selbst gefährdete. Bonn hoffte allerdings bis zuletzt auf eine Chance zur Überwindung der ökonomischen, sozialen und politischen Krise. Der Vergleich mit den Demokratien des Westens machte ihm aber auch deutlich, dass die Weimarer Republik gerade deshalb so besonders fragil war, weil ihr eine politische Kultur des Konflikts und der bürgerlichen Selbstverantwortung fehlte.

### Krise mit Alternativen

Auch wenn die Epoche der Zwischenkriegszeit mit guten Gründen von der Schlagseite der alles überwölbenden Krisenempfindung bewahrt werden sollte, lässt sich die Omnipräsenz dieses Zeitgefühls kaum verleugnen. Sogar ein kühler und pragmatischer Denker wie Moritz Julius Bonn bediente sich in den 1920/30er Jahren permanent des Krisenbegriffs, der zur Verschleißvokabel von ungezählten Aufsätzen wurde, einerlei ob er die Zustände in Deutschland, in England, in Amerika oder in der Weltwirtschaft beschrieb. Dennoch ist darin weniger ein Zeichen für Fatalismus als vielmehr die Hoffnung auf die Über-

24 Moritz Julius Bonn: Sinn und Bedeutung der amerikanischen Krise. In: Die Neue Rundschau 42 (1931), S. 145-159, hier S. 153.

windung sich überschneidender krisenhafter Beschleunigungsphänomene zu erkennen.<sup>25</sup> Aus der Logik liberaldemokratischer Verfassungs- und Politikkonzeptionen, denen stets ein dynamisches Moment innewohnt und denen das Merkmal ständigen Wandels eingeschrieben ist, verbot es sich, eine „Krise ohne Alternative“ anzunehmen und deswegen entweder zu resignieren oder einen revolutionären Bruch mit dem bestehenden System zu riskieren.<sup>26</sup> Die Alternativen, die Bonn aufzeigt, werden in der Logik liberaler Selbstverbesserung entwickelt. Er bleibt einerseits von einem Fortschrittsverständnis geprägt, das sich auf Evolution und technisch verbesserte Problemlösung verlässt, im Modus eines diskursiven Aushandlungsprozesses. Andererseits hält dieser Liberalismus gleichermaßen an der zivilisatorischen Funktion von parlamentarisch-demokratischer Praxis, Bildungsanstrengungen und sozialem Ausgleich fest. Bonns politischer und theoretischer Standpunkt ist gekennzeichnet durch einen normativen Kern, der sich in einfachen Grundsätzen benennen lässt, aber dessen praktische Anwendung anspruchsvoll bleibt: friedlicher Austrag von Konflikten, Wahrung größtmöglicher individueller Freiheit, Toleranz und Pluralismus, Schutz von Minderheiten, kooperative Verantwortlichkeit, Gewaltenteilung, Kompromissfähigkeit. Wie Bonn diese urliberalen Überzeugungen in einzelnen Politikfeldern zur Geltung brachte und inwiefern seine Haltung von der Zwischenkriegszeit bis die Ära des Kalten Krieges relevant blieb, soll anhand der folgenden Politikfelder diskutiert werden: a) internationale Beziehungen und totalitäre Bedrohung, b) Ökonomie und Politik, c) parlamentarische Demokratie und politische Kultur.

#### a) Internationale Beziehungen und totalitäre Bedrohung

Das ungewöhnliche intellektuelle Profil von Moritz Julius Bonn wird im Blick auf seine diversen Fach- und Forschungsgebiete, die eine internationale und kosmopolitische Ausrichtung unterstreichen, besonders deutlich. Nach der Dissertation über spanische Währungspolitik im 16. Jahrhundert, habilitierte er sich über die englische Kolonisation Irlands;<sup>27</sup> in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg avancierte er zu einem Experten (und scharfen Kritiker) der europäischen respektive deutschen Kolonialpolitik. Seine kulturelle Verbundenheit

25 Vgl. zum Krisenbegriff insgesamt Rudolf Vierhaus: Zum Problem historischer Krisen. In: Karl-Georg Faber/Christian Meier (Hrsg.): Historische Prozesse. München 1978, S. 313-329.

26 Das Interpretament einer „Krise ohne Alternative“, die in der Endphase der Römischen Republik keinen Ansatz zur rettenden Systemmodifikation fand und auch keinen Weg zur Wiederherstellung des Alten wusste, entnehme ich Christian Meier: *Res publica amissa*. Eine Studie zu Verfassung und Geschichte der späten römischen Republik. 3. Aufl. Frankfurt a. M. 1997, S. 201-205.

27 Moritz Julius Bonn: *Spaniens Niedergang während der Preisrevolution des 16. Jahrhunderts*. Stuttgart 1896; ders.: *Die englische Kolonisation in Irland*. Stuttgart/ Berlin 1906.

mit Großbritannien, wo Teile seiner weitverzweigten Familie lebten, wurde durch die Heirat mit einer Engländerin weiter gefestigt, und sein durch den Kriegsausbruch zwangsverlängerter Aufenthalt in den Vereinigten Staaten (1914-1917) machte ihn zum hervorragenden Amerikakenner. Bonns Arbeiten zur internationalen Politik beschäftigen sich zwar mit nationalen Interessen und Machtpolitik, doch analysiert er diese als Faktoren des politischen Handelns, um sie zu rationalisieren und einzuhegen. Das markiert eine klare Differenz zum national ausgerichteten Liberalismus seiner Zeit, wie ihn beispielsweise in verschiedenen Stadien Max Weber oder Friedrich Naumann verkörperten.

Früh diagnostizierte er den unausweichlichen Untergang der Kolonialimperialien, die sich auf Ausbeutung statt auf fairen Handel stützten.<sup>28</sup> Im eklatanten Widerspruch zu den zuhause vertretenen liberalen Selbstbestimmungsprinzipien verletzten die Kolonialmächte die politischen Rechte der indigenen Völker. Bonn kritisierte bereits im Jahr 1910 „eine Auffassung des sozialen Lebens [...], die man in Süd-Afrika gelegentlich als ‚parallele‘ bezeichnet, der ein Nebeneinanderleben und -arbeiten zweier Rassen entspricht, bei dem der Weiße eine Oberschicht, der Eingeborene und Farbige eine Unterschicht darstellen, ohne, daß eine der beiden Schichten die andere jemals kreuzt, oder mit ihr in Wettbewerb träte“.<sup>29</sup> Bonn griff die Verfechter imperialistischer Kolonialpolitik – mit stichhaltigen Argumenten – auf zwei Ebenen an: Zum einen verurteilte er den Umgang mit den beherrschten Volksgruppen, die in Abhängigkeit und Unmündigkeit gehalten würden. Zum anderen wies er nach, wie wenig rentabel der Raubbau an den Bodenschätzen und natürlichen Ressourcen war, wenn er sich den Gesetzen des Marktes entzog. Überdies entlarvte er die deutsche Kolonialpropaganda vom Volk ohne Ausdehnungsmöglichkeiten, das den Platz an der Sonne auch durch koloniale Besiedlung einnehmen wollte, als Schimäre – de facto war das Deutsche Reich aufgrund seiner boomenden Wirtschaft schon lange zu einem Einwanderungsland geworden, dem Arbeitskräfte fehlten.<sup>30</sup>

Bonns Analyse der internationalen Politik war von der Einsicht geleitet, dass das Zeitalter des Imperialismus unwiderruflich an ein Ende gelangen würde,

- 28 Zu Bonns Kritik des Kolonialismus vgl. die instruktive Studie von Rob Gordon: Moritz Bonn, Southern Africa and the Critique of Colonialism. In: African Historical Review 45 (2013), Heft 2, S. 1-30.
- 29 Moritz Julius Bonn: Siedlungsfragen und Eingeborenepolitik. Die Entstehung der Guts-herrschaft in Südafrika (I und II). In: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 31 (1910), S. 383-420, 810-830, hier S. 830.
- 30 Siehe vor allem Moritz Julius Bonn: Die Neugestaltung unserer kolonialen Aufgaben. Fest-rede, gehalten bei der Akademischen Feier der Handelshochschule München anlässlich des 90. Geburtsfestes Seiner Königlichen Hoheit des Prinzregenten Luitpold von Bayern am Dienstag den 7. März 1911. Tübingen 1911; ders.: Der moderne Imperialismus. In: Hand-elshochschule München (Hrsg.): Grundfragen der englischen Volkswirtschaft. München/ Leipzig 1913, S. 127-156.

nicht nur weil die Räume zur Ausdehnung fehlten, sondern weil die von den Europäern propagierten Werte von nationaler Selbstbestimmung auch den bis dato unterdrückten Völkern früher oder später zugestanden werden müssten. Mitte der 1920er Jahre formulierte Bonn die These von einem Zeitalter der „Gegenkolonisation“, die er auch unter dem Eindruck der expansiven späteren Achsenmächte Italien, Deutschland und Japan einerseits und der Sowjetunion andererseits aufrechterhielt. Die wichtigsten Gründe für eine solche Gegenkolonisation identifizierte Bonn im Verlust der europäischen Vormachtstellung, in einer „Revolution der Schuldnerländer gegen die Gläubigervölker“ sowie im Widerstand gegen den europäischen Kapitalismus, von dessen Dynamik der Bolschewismus profitiere, indem er „sich mit dem Islam [verbrüder], wenn es ihm zweckmäßig erscheint“, oder sich mit ihm eigentlich weisensfremden nationalen Strömungen verbinde. In den imperialistischen Ambitionen der neuen, aggressiven Mächte erkannte Bonn auf Homogenität zielende Ideologien, die ehemals wirksame kapitalistische Kolonialisierungsgleichen hinter sich ließen.<sup>31</sup>

Den wichtigsten Impuls zu einer grundlegenden Änderung der internationalen Beziehungen sah Bonn von den Vereinigten Staaten von Amerika ausgehen, deren weltpolitisch dominante Rolle als Macht der Zukunft er immer wieder betonte. Zugleich wertete er den Aufstieg dieses demokratischen Hegemonen als große Chance, um vom machtpolitischen Kräfteressen zu einer auf Kooperation basierenden internationalen Ordnung zu gelangen. In seinen während des Ersten Weltkrieges (unter Bedingungen der Zensur) entstandenen Schriften „Amerika als Feind“ (1917) und „Was will Wilson?“ (1918) sowie in zahlreichen noch zur Zeit seines USA-Aufenthalts verfassten Artikeln wird Bonns Ringen um Verständigung deutlich; sein Ziel war ein Frieden ohne Sieger.<sup>32</sup> Seinen amerikanischen Lesern versuchte er eine Dämonisierung Deutschlands auszutreiben, indem er deren Vorstellungen von monarchischer Autokratie mit dem Hinweis auf Rechtsstaatlichkeit und parlamentarische Reformen entkräftete.<sup>33</sup> In Deutschland wiederum warb er für die Modernität und die Vorteile demokratischer Regierung. Die Mittelmächte sollten zeigen, „daß sie nicht die Feinde der Demokratie“ seien, denn es wäre „mehr als töricht, die Schaffung von Einrichtungen, die Deutschland haben muß und haben will,

31 Siehe Moritz Julius Bonn: Die Gegenkolonisation. In: Die Neue Rundschau 37 (1926), S. 225-232, sowie ders.: Imperialism. In: Encyclopaedia of the Social Sciences. New York 1932, Vol. 7, S. 605-613.

32 Siehe Moritz Julius Bonn: Amerika als Feind. München/Berlin 1917; ders.: Was will Wilson? München o.J. [1918].

33 Vgl. etwa Moritz Julius Bonn: International Understanding and International Cooperation. Speech Delivered before the German University League at its Anniversary Meeting at the Astor Gallery, Waldorf-Astoria Hotel, New York, October 30th, 1915. New York 1915, S. 11-15 [online: <http://archive.org/details/speechesbydrene00germ>]; ders.: What would German Victory mean? In: Current History 5 (1916), October, S. 145-147.

deswegen aufzugeben oder zu verhindern, weil man sich vor dem Beifall Amerikas fürchtet“.<sup>34</sup>

In prägnanten Formeln forderte Bonn eine Ablösung gewaltsamer „Herrschaftspolitik“ durch eine interessengeleitete „Handelspolitik“. Damit bewegte er sich in der Tradition eines Liberalismus, der von jeher im Ausbau von „commerce“ und globalen Märkten das beste Mittel internationaler Friedenssicherung sah.<sup>35</sup> „Die Aufgabe der Zukunft ist es, allen europäischen Völkern ein völkerwürdiges, menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen“, formulierte Bonn und stellte die Zielnorm eines „gerechten Friedens“ in den Mittelpunkt seiner Überlegungen zur internationalen Kooperation. Er hielt es für fatal und für eine politische Unklugheit ersten Ranges, die Schuldfrage zum alleinigen Kriterium für die Kriegslastenverteilung zu machen, obwohl er die Verfehlungen deutscher Kriegspolitik klar benannte. Aber Bonn priorisierte die wirtschaftliche Gesundung und die europäische Versöhnung, um künftig den Frieden zu sichern. Sünde und Schuld, Revanche und Ressentiment waren für ihn keine politischen Kategorien. Umso enttäuschter zeigte sich Bonn, dass der „Wilsonian Moment“ vorüberging und die alliierten Sieger die großen Grundsätze „sehr viel schneller vergessen, als wir sie lernen“.<sup>36</sup>

Bonn forderte 1920 mit Nachdruck, dass die auswärtige Politik „parlamentarisiert“ werden und dass Deutschland nicht nur aus den nahe liegenden moralischen Gründen, sondern aus sachlicher Notwendigkeit internationale Zusammenarbeit suchen müsse: „Da das deutsche Volk andere Mittel nicht mehr besitzt, muß es seine und seiner Staatsmänner höchste Aufgabe sein, das Ideal der Gerechtigkeit mit geistigen Waffen zu verwirklichen. Das kann nur der tun, der sich bewußt auf den Standpunkt des Völkerbundes stellt und der der Hoffnung Ausdruck gibt, daß alles, was in der heutigen Ordnung unerträglich ist, mit Methoden geändert wird, die diesen Änderungen Dauer verleihen. Der Weg der Verhandlung mit einem übelwollenden Gegner ist ein steiler langwieriger Weg. Es ist der einzige, der zum Ziele führen kann. Alle anderen führen zum Selbstbetrug und enden in einem sich selbst zerstörenden Illusionismus.“<sup>37</sup>

Bonn artikulierte seine Kritik an Versailles mit dem Hinweis auf universale Prinzipien und am Maßstab einer vermittelnden Vernunft. Ein nicht unbedeutender Schachzug von ihm war auch, die deutsche Übersetzung von John May-

34 Bonn, *Amerika als Feind* (wie Anm. 32), S. 107.

35 Vgl. vor allem Moritz Julius Bonn: *Herrschaftspolitik oder Handelspolitik*. München/Leipzig 1919.

36 Ders.: *Gerechtigkeit*. München 1919, S. 40.

37 Ders.: *Völkerbund und auswärtige Politik*, Gotha 1920, S. 26.

nard Keynes' Generalabrechnung mit dem Versailler Vertrag zu initiieren.<sup>38</sup> Bonn agierte von Beginn an als unbedingter Unterstützer der Weimarer Republik, trat vorbehaltlos für die Idee des Völkerbundes und die pragmatische, weil unausweichliche Akzeptanz der Friedensbedingungen ein, um deren Milderung man sich mit Hilfe einer klugen und ausgleichenden „piecemeal policy“ zu bemühen habe.

Bonns Konzeption verabschiedete den Machtstaatsgedanken des Kaiserreiches und strebte einen Paradigmenwechsel zur internationalen Kooperation an:

„Es gibt in Europa keine eigentlich souveränen Staaten mehr, wenn man unter Souveränität nicht nur das Recht versteht, eigenmächtig zu entscheiden, sondern auch die Fähigkeit, die Folgen dieser Entscheidung zu tragen, ganz einerlei nach welcher Seite sie gehen, ohne dabei in seinem Dasein bedroht oder vernichtet zu werden. In der praktischen Politik setzt sich das in der Form der Allianzen, Konferenzen und Organisationen wie dem Völkerbund durch. Die Wissenden sind sich längst darüber klar, dass es eine praktische Souveränität im alten Sinne des Wortes nicht mehr gibt; die Unwissenden aber – und sie sind die Mehrheit der Gegner der parlamentarischen Idee – glauben noch an nationale Allmacht und sehen in einer Regierung, die Kompromisse mit anderen nationalen Mächten schliesst [sic], Vertreter am Wesen der Nation und damit des Staates.“<sup>39</sup>

Es ist hier nicht der Ort, Bonns erstaunlicherweise kaum mehr erwähntes Hauptwerk „The Crumbling of Empire“ (1938) – gewissermaßen eine Globalgeschichte ökonomischer Entwicklungen in internationalen Machtbeziehungen – umfassend zu würdigen. Darin finden sich unter anderem zwei treffende Prognosen, die die Lage nach dem Zweiten Weltkrieg vorwegnehmen. In der Hauptthese seines Buches erklärt Bonn *erstens* den Zerfall des britischen Weltreiches und das Ende des Kolonialismus für unausweichlich. „The world of today and perhaps of tomorrow“, schreibt Bonn *zweitens*, „is likely to be split into economic blocs, animated by divergent economic ideals and pursuing opposite political ends“.<sup>40</sup> In Bonns Interpretation der „Interwar Era“ bedeuteten die bolschewistische, nationalsozialistische und faschistische Abschließung vom Weltmarkt und das damit verbundene Autarkiestreben einen gefährlichen Rückfall hinter bereits erreichte pazifizierende Formen der Han-

38 Vgl. Bonn, Gerechtigkeit (wie Anm. 36), sowie John Maynard Keynes: Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages. München 1920. Zu Keynes' wesentlichen Argumenten zählte, dass der Vertrag die ökonomische Einheit Europas missachte, dass die Bestimmungen der Alliierten auf Revanchismus beruhten und dass die Forderungen ökonomisch und finanziell nicht zu erfüllen waren. Vgl. dazu auch Charles H. Hession: John Maynard Keynes. Stuttgart 1986, S. 193-243.

39 Moritz Julius Bonn: Die Krise des Parlamentarismus. In: Interparlamentarische Union (Hrsg.): Die gegenwärtige Entwicklung des repräsentativen Systems. Fünf Antworten auf eine Rundfrage der Interparlamentarischen Union. Berlin 1928, S. 95-106, hier S. 97.

40 Moritz Julius Bonn: The Crumbling of Empire. The Disintegration of World Economy. London 1938, S. 10.

delspolitik. Überdies habe der Nationalsozialismus in Deutschland diejenigen irrationalen, antiuniversalistischen und gleichzeitig antihumanistischen Kräfte zur Geltung gebracht, die der Kultur des Westens entgegenstehen.<sup>41</sup>

Bonn plädierte für ein Europa, das sich aus ökonomischen, sicherheitspolitischen und nicht zuletzt aus wertegeleiteten Gründen föderativ organisieren sollte. Das war zum einen die Lehre aus der Katastrophe des Ersten Weltkrieges, zum anderen entsprach diese Einschätzung dem Bedeutungsverlust der alten Welt im Zuge der „Gegenkolonisation“, die für ihn bereits mit der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten ihren Ausgang nahm. Ebenso wie in Nordamerika würden die europäischen Mächte, allen voran das British Empire, ihre Dominanz über die weiten Erzteile nicht aufrechterhalten können, auch aus ethischen Gründen: „The simple faith that might is right is gone. Economic domination is quite as bad as political domination.“ Bonn hegte aber die Hoffnung, dass die Verfechter der westlichen Ideen standhaft genug seien, um dem anmaßenden Anspruch der totalitären Mächte mit Selbstbewusstsein entgegen zu treten.<sup>42</sup> In den Schriften der 1930/40er Jahre befasste sich Bonn mit der doppelten Herausforderung des Westens, einerseits einen friedlichen Übergang in eine postkoloniale Welt zu ermöglichen und den unterdrückten Völkern den Weg in die politische und ökonomische Selbstständigkeit zu ebnen, andererseits den neuen totalitären Mächten mit Entschlossenheit zu begegnen. Bonn präfigurierte damit Positionen, die auch den Problemhorizont des Kalten Krieges bestimmen sollten.

Seine frühe Auseinandersetzung mit Faschismus und Bolschewismus in den 1920er Jahren zeigen auch, dass Bonn zu denjenigen liberalen Intellektuellen gehörte, die in der Theorie und Herrschaft der Gewalt, in der Militanz und in der Feindschaft zum parlamentarischen Rechtsstaat die entscheidenden Parallelen von Links- und Rechtsradikalismus sahen.<sup>43</sup> Ferner einte die totalitären Regime ein jeweils unterschiedlich ausgeprägter Kollektivismus, Planwirtschaft, ein Ideal der wirtschaftlichen Autarkie und außenpolitische Unberechenbarkeit. In Bonns Analyse dieser neuen Formen der revolutionär und ideologisch legitimierten Parteidiktatur lässt sich bereits eine Frühform der Totalitarismustheorie erkennen, die für das Mindset der Cold War Liberals prägend wurde. Immerhin verwandte Bonn den Begriff des Totalitarismus in systematischer Absicht schon lange vor Carl J. Friedrichs und Hannah Arendts

41 Siehe ebenda, S. 177-180.

42 Ebenda, S. 417.

43 Siehe vor allem Bonn, Die Krisis der europäischen Demokratie (wie Anm. 11), S. 41-80; ders.: Schlusswort. In: Carl Landauer/ Hans Honegger (Hrsg.): Internationaler Faschismus. Beiträge über Wesen und Stand der faschistischen Bewegung und über den Ursprung ihrer leitenden Ideen und Triebkräfte. Karlsruhe 1928, S. 127-150.



bahnbrechenden theoretischen Begründungen in den 1940/50er Jahren.<sup>44</sup> Bereits 1938 beschrieb Bonn die Sowjetunion, die NS-Diktatur und das faschistische Italien als „totalitarian single-party states“,<sup>45</sup> die Terror, Repression und Willkür übten; überdies machte er sich keine Illusionen über die staatlich geplanten und subventionierten Rüstungsanstrengungen, die auf Kriegführung angelegt waren. Mit totalitären Staaten konnte es keinen Ausgleich und keinen Kompromiss geben, denn: „Peaceful federation depends on far-reaching like-mindedness between possible partners.“<sup>46</sup> Jede Form der Appeasementpolitik gegenüber totalitären Staaten lehnte Bonn aus naheliegenden Gründen ab und ging mit der britischen Politik der 1930er Jahre hart ins Gericht. Wie ernst es ihm mit seinem Engagement gegen Nazi-Deutschland war, beweist sein geheimes Wirken als „agent of influence“ für die Londoner Regierung: Offiziell als Gastprofessor seit 1939 in den Vereinigten Staaten sollte Bonn seine guten Kontakte in Washington und New York nutzen, um die amerikanischen Eliten vom Kriegseintritt zu überzeugen und eine „partnership on equal terms“ herzustellen.<sup>47</sup> „Militarist governments do not believe in compromise; for the core of the militarist creed is blind faith in fear and coercion“, formulierte Bonn, und er sollte diese entschiedene Haltung im Kern auch nach 1945 gegenüber der Sowjetunion bewahren.<sup>48</sup>

In der sich abzeichnenden Blockkonfrontation fiel es Bonn leicht, sich in die vorherrschenden Konfliktstrategien hineinzudenken. In gewisser Weise erfüllte sich in den westeuropäischen Integrationsbestrebungen, die unter dem Druck äußerer Bedrohung besser gediehen als in der multipolaren Welt der Zwischenkriegszeit, eine Entwicklung, die sich Bonn schon für die 1920er Jahre gewünscht hätte: der pragmatische und interessengeleitete Ausbau von föderativen Strukturen, Marktbeziehungen und Verteidigungsanstrengungen unter dem Schutzschirm der USA. Bonn warb für die Vorteile europäischer Integration: „To the Germans union is to bring military security and political and economic equality. [...] To the French unity is a jacket which will keep Germany straight; a constitutional bond which will tie Germany as an equal

44 Siehe auch Moritz Julius Bonn: The Economics of the Totalitarian States. In: Proceedings of the American Philosophical Society 82 (1940), No. 1, S. 77-87; ders.: The Economic Roots of Totalitarianism. In: Ders./Robert M. MacIver/Ralph Barton Perry: The Roots of Totalitarianism (Addresses delivered at a meeting of The American Academy of Political and Social Science, November 18, 1939). Philadelphia 1940, S. 9-19.

45 Bonn, The Crumbling of Empire (wie Anm. 40), S. 263.

46 Ebd., S. 9.

47 Dieses von Bonn in seinen Memoiren verschwiegene Engagement ist englischen Geheimdienstakten zu entnehmen. Siehe dazu die verdienstvolle Arbeit von Clavin, A, 'Wandering Scholar' in Britain and the USA (wie Anm. 10), S. 33-36.

48 Bonn, The Crumbling of Empire (wie Anm. 40), S. 418.



partner, subject to the votes of her associates.”<sup>49</sup> Bonn sah einen europäischen Patriotismus oder eine gemeinsame kulturelle Identität allenfalls als ein wünschbares Ergebnis eines langwierigen Integrationsprozesses, keineswegs als Voraussetzung. Die Notwendigkeit, nationalstaatliche Souveränität aufzugeben, war ihm aus militärischen und ökonomischen Gründen ohnehin evident. Anstatt sich Phantasien vom europäischen Superstaat hinzugeben, hielt er die „United Nations of Europe“ für ein wünschenswertes, aber eben auch realisierbares Projekt.<sup>50</sup>

## b) Ökonomie und Politik

Moritz Julius Bonn war kein liberaler Dogmatiker. Anders als Ludwig von Mises war es nie sein Bestreben, die Grundsätze einer „reinen“ Lehre des Liberalismus auf Ökonomie und Politik gleichermaßen zu übertragen.<sup>51</sup> Weder als Nationalökonom noch als politischer Denker hatte er die Ambition, eine systematische Theorie zu entwickeln. Bonns Ansatz war der eines problembezogenen, interventionistischen und eklektizistisch operierenden Intellektuellen, der situationspezifische Lösungen suchte und sich dabei von einigen normativen Grundsätzen und den Tugenden des Skeptikers leiten ließ – Vorsicht, Abwägung, kleine Schritte, realistische Zielsetzung. Auch als Ökonom widersprach er Rathenaus Diktum, dass die Wirtschaft „unser Schicksal“ sei; für Bonn stand die Politik, d.h. die politische Verantwortung und der politische Gestaltungswille, an erster Stelle. „Die Organisation des Wirtschaftslebens als solche ist nur ein Mittel zur Freiheit, nicht Inhalt der Freiheit“, schrieb Bonn. Jede Epoche, jede Stufe der sozioökonomischen Entwicklung stellte seiner Ansicht zufolge eine neue Herausforderung dar, „die Frage des Schutzes der persönlichen Freiheit auf wirtschaftlichem Gebiet mit neuen Methoden“ zu lösen. Bonn blieb aber der Auffassung, dass „ohne wirtschaftliche Freiheit [...] wirkliche persönliche Freiheit unmöglich“ sei.<sup>52</sup> Der Blick in die Vereinigten Staaten überzeugte ihn davon, dass der „Kapitalismus als soziales System“ allen anderen überlegen bleibe, solange er in der Lage sei, alle sozialen Gruppen dauerhaft am Wohlstand zu beteiligen.<sup>53</sup> Um dies zu gewährleisten, plä-

49 Moritz Julius Bonn: *Whither Europe – Union or Partnership?* London 1952, S. 11. Bonn wies frühzeitig auf die wichtige Rolle Westdeutschlands im sich formierenden atlantischen Bündnis hin. Siehe dazu Moritz Julius Bonn: *Bollwerk des Abendlandes. Vom Kampf gegen den Kommunismus wissen die Deutschen mehr als die Alliierten.* In: *Diplomatisches Bulletin* 22 (1950), 1. Oktoberheft, S. 112.

50 Bonn, *Whither Europe* (wie Anm. 49), S. 9 f.

51 Vgl. etwa Ludwig von Mises: *Liberalismus.* Jena 1927.

52 Moritz Julius Bonn: *Die Zukunft des deutschen Liberalismus.* In: *Europäische Revue* 2 (1926), S. 260-268, hier S. 263 f.

53 Vgl. Bonn, *Geld und Geist* (wie Anm. 12), S. 94-98.

dierte Bonn für eine faire Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie im Sinne sozialer Reformanstrengungen, die die Rechte der Arbeitnehmer sicherten.<sup>54</sup>

Mit den Vordenkern des für die Bundesrepublik prägenden Ordoliberalismus, insbesondere mit Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow, stand Bonn seit den 1920er Jahren in Verbindung. Auch Bonn kritisierte die Staatsferne des klassischen Liberalismus und wusste als Praktiker um die Notwendigkeit einer lenkenden und gestaltenden Wirtschaftspolitik, die eben nicht alles dem Markt überlassen könne. Ganz ähnlich wie die Ordoliberalen erblickte auch Bonn im Aufkommen von Monopolen und Trusts eine wesentliche Gefährdung des Wirtschaftslebens. Als bekennender Liberaler sah Bonn ein, dass es keinen Weg zurück zur Ideologie eines *laissez faire* geben konnte: „In einem Zeitalter des Monopols kann das freie Spiel der Kräfte nicht wirken. Die Voraussetzung staatlicher Nichteinmischung besteht also nicht länger.“<sup>55</sup> Bonn ging es „um das alte Grundproblem der menschlichen Freiheit“, und deshalb stand er „neuen Forderungen der Dezentralisation“ und der „wirtschaftlichen Selbstverwaltung“ offen gegenüber, solange sie einem politisch, d.h. parlamentarisch artikulierten Gemeinschaftswillen entsprachen.<sup>56</sup> Er setzte allerdings nicht in erster Linie auf die Interventionsmacht des Staates, die einige spätere Ordoliberale dazu brachte, mit autoritären Staatsmodellen zu liebäugeln, sondern plädierte für eine Suprematie politischer Vernunft und die Entflechtung von Ökonomie und Politik: Wirtschaftsführer sollten keinesfalls politische Richtlinien bestimmen, umgekehrt seien wirtschaftspolitische Entscheidungen demokratisch zu legitimieren und zu verantworten.

Charakteristisch für Bonns Analyse der Weimarer Politik war seine Warnung vor wirtschaftlicher Gruppenbildung oder – wie man heute formulieren würde – korporatistischer Interessenkonzentration. Weit vor Theodor Eschenburg, dessen Schrift über die Herrschaft der Verbände im Jahr 1955 ein vermeintlich neuartiges Phänomen thematisierte, kritisierte Bonn die Art und Weise, wie sich die Wirtschaftsverbände der demokratischen Kontrolle und dem Einfluss der Politik weitgehend zu entziehen suchten.<sup>57</sup> Bonn wandte sich gegen eine Entpolitisierung der Wirtschaft, die sich aus seiner Perspektive auch in den verbreiteten ständestaatlichen Tendenzen zeigte. Seine Sorge galt dem

54 Vgl. dazu auch die Würdigung seines Lehrers Lujo Brentano in Moritz Julius Bonn: Geleitwort: Lujo Brentano als Wirtschaftspolitiker. In: Ders./ Melchior Palyi (Hrsg.), Festgabe für Lujo Brentano (wie Anm. 8), S. 1-10.

55 Moritz Julius Bonn: Die Auflösung des modernen Staats. Berlin 1921, S. 36-38.

56 Ebenda, S. 44.

57 Vgl. Theodor Eschenburg: Herrschaft der Verbände? Stuttgart 1955. – Bonn selbst wie rückblickend auf seine Kritik an der berufsständischen Demokratie während der Weimarer Republik hin: „Die deutsche Demokratie ist eine Demokratie der Verbände, die deutsche Republik ist eine Republik der Syndici“, schrieb ich vor gerade 25 Jahren.“ (Moritz Julius Bonn: Festrede in der Berliner Handelshochschule, 1949, Manuskript, 26 Seiten, Bundesarchiv Koblenz NL 1082/11 a, hier S. 10.).

Gebaren der Wirtschaftsverbände, deren Strategie darin bestehe, fundamentale Fragen der Wirtschaftsordnung einer öffentlichen Diskussion zu entziehen und somit unzulässige Entscheidungsinstanzen neben der Staatsgewalt und den parlamentarischen Gremien zu schaffen.

### c) Parlamentarische Demokratie und politische Kultur

Moritz Julius Bonn hielt zeitlebens unbeirrt an den geistigen Grundlagen der liberalen Demokratie fest. Sein angelsächsisch geprägtes Demokratieverständnis ließ keinen Zweifel daran, dass zu den Bedingungen einer freien Gesellschaft Chancengleichheit, Wettbewerb und die Geltung der Menschenrechte ebenso gehören wie Minderheitenschutz, „sozialer Pluralismus“ und Rechtsstaatlichkeit. „Gleichwertigkeit ohne Gleichartigkeit“ lautete die Formel, mit der Bonn den neuen Ideologen von Klassen- und Rassenunterschieden entgegengetreten wollte.<sup>58</sup> Bonn betonte, „daß Demokratie ein Zustand ist, in dem der Willen des Volkes sich auf mittelbare Weise vollzieht, nicht, in dem jeder berät und mittut, – das ist urgemeindlicher Dilettantismus – sondern indem sie die Vollstrecker ihres Willens verantwortlich macht. Der Staat ist eine Organisation zum Handeln. Erfüllt er diese Funktion nicht, oder nur mangelhaft, so tritt Mißtrauen, Ablehnung und Feindschaft gegen den Staat ein.“<sup>59</sup> Mit dieser Beschreibung pragmatisierte Bonn den Staatsbegriff, indem er mythische Staatsvorstellungen verabschiedete, und verpflichtete den Staat darauf, eine Agentur für die Umsetzung des Gemeinwillens zu sein. Politisches Handeln sei, so Bonns ungebrochene Auffassung, innerhalb des parlamentarischen Systems immer noch möglich, ja die parlamentarische Demokratie bringe die besten Voraussetzungen dafür mit, zu rationalen und angemessenen politischen Entscheidungen zu gelangen. Ausdrücklich blieb Bonn gegen alle Kritik der Auffassung treu, dass der Parlamentarismus auch unter den Bedingungen der modernen „Massendemokratie“ gelingen kann.

Denn so selbstverständlich Bonns liberales Credo in späteren Zeiten klingt, so wenig war anscheinend seinen zeitgenössischen Weggefährten bewusst, dass normative Kernfragen im liberalen Selbstverständnis berührt wurden, sobald bürgerliche, soziale und parlamentarische Rechte auch nur im geringsten zur Disposition standen. Schon für seine Zeit hatte Bonn das Problem des Liberalismus darin erkannt, dass dessen Ideale und Ideen weniger originell erscheinen als die Radikalismen seiner Antagonisten. Das normative Gerüst des Liberalismus, das Bonns Gedankenwelt prägte, erschien zugleich klar und be-

58 Bonn, Die Krisis der europäischen Demokratie (wie Anm. 11), S. 150. Bonns politische Vorstellungen habe ich ausführlicher behandelt in Hacke, Moritz Julius Bonn (wie Anm. 10).

59 Siehe Bonn, Die Auflösung des modernen Staates (wie Anm. 55), S. 23.

scheiden in der theoretischen Orientierung an den freiheitlichen Werten, aber anspruchsvoll in der praktischen tagespolitischen Anwendung. Bonn sympathisierte mit Thomas Jefferson,

„der es nicht als Teil seiner Aufgabe betrachtet[e], neue Ideen zu erfinden oder Gefühle auszudrücken, die noch niemand vorher ausgesprochen habe. [...] Nicht was ein großer Denker den Menschen als abstraktes Ergebnis seines Sinnens vorträgt, sondern das, was sie lebendig selbst in ihrer Seele fühlen und verstehen, wann es einer der Ihren in Worte kleidet, gibt ihnen die Kraft zum Handeln. Und solche Selbstverständlichkeiten, weil es eben Selbstverständlichkeiten sind, werden in ihnen immer neuen Widerhall finden, wenn das bedroht ist, was den Menschen das Leben schließlich doch lebenswert erscheinen lässt: das Recht auf Leben und Freiheit und das Suchen nach Glück.“<sup>60</sup>

Die Konsequenz, die Bonn aus der Krise der liberalen Demokratie in der Zwischenkriegszeit zog, bestand in einer Zuspitzung seiner skeptischen Position. In seiner Reflexion über „Limits and Limitations of Democracy“ (1938) tritt er für eine wehrhafte Demokratie ein, die offensiv ihre Werte verteidigt: „No political system can endure whose members have not an ardent faith in its superiority to other systems. [...] The truth must be faced, however unpleasant it may be. Democracy cannot get over its limitations by merely asking for toleration of its mild creed from those who flatly deny the creed, and the need for toleration.“<sup>61</sup>

Es ist charakteristisch für Bonn, dass seine intellektuellen Interventionen verschiedenen Registern angehörten. Nicht selten kamen sich der abgeklärte ökonomische Pragmatiker und der überzeugte liberale Demokrat in die Quere. Wenn Bonn in der Endphase der Weimarer Republik soziologisch informiert den Radikalismus in der Jugend und den allgemeinen Zerfall einer politischen Kultur beklagte, so hoffte er als „political adviser“ und Finanzexperte gleichzeitig darauf, an der öffentlichen Meinung vorbei durch kluge Verhandlungsführung in der Reparationsfrage sowie durch ein geschicktes Manövrieren in der Wirtschaftskrise die nötigen Spielräume zu erkämpfen, die auch die allgemeine und ökonomische Lage wieder entspannen würden. Der Widerspruch zwischen dem pragmatisch-realistischen Ökonomen, der in der Rolle des Experten für eine vernünftige Politik sorgen wollte, und dem moralischen Erzieher zur Demokratie, der für die Mündigkeit und Selbstverantwortung des Bürgers stritt, zieht sich durch Bonns gesamtes Werk. Darin zeigte sich auch die Schwierigkeit, die ökonomischen Argumente und Handlungsoptionen ange-

60 Moritz Julius Bonn: Zum 150. Jubiläum der Unabhängigkeitserklärung. In: Frankfurter Zeitung, 4.7.1926.

61 Moritz Julius Bonn: Limits and Limitations of Democracy. In: Ernest Simon u.a.: Constructive Democracy. London 1938, S. 215-247, hier S. 246.

messen im politischen Diskurs zu verankern – ein Problem, das Bonn später intensiv reflektierte.<sup>62</sup>

So blieb auch Bonns Beurteilung der frühen Bundesrepublik gespalten, nicht zuletzt weil er sich nicht von den Weimarer Erfahrungen lösen konnte. Zum einen verurteilte er – trotz Zustimmung in der Sache – Adenauers autoritären Führungsstil, dessen Folgen für die politische Kultur der Bundesrepublik er verheerend fand. Zum anderen blickte er mit Wohlwollen auf die ökonomische Entwicklung, die dem jungen Staat Stabilität und Legitimation verschaffte, und billigte der Bonner Republik eine Schlüsselstellung im westlichen Bündnis zu.<sup>63</sup>

## Schlussbemerkung

Es lässt sich darüber streiten, ob die Ideengeschichte des Liberalismus in Form von Etappen allmählicher Lernerfahrungen nachvollzogen werden kann. Neutralere könnte man von Anpassungen an sozialen Wandel und neue Realitäten sprechen, welche das Festhalten an bestimmten normativen Kernelementen ermöglicht und zugleich neue Problemfelder erfassbar und theoretisierbar macht, um den Liberalismus politisch lebendig zu halten. Intellektuelle wie Bonn, die im positiven Sinne als „secondhand dealers in ideas“ (Hayek) zu verstehen sind,<sup>64</sup> weil für sie die Anwendbarkeit – nicht unbedingt die Originalität – von Ideen im Vordergrund steht, geben uns Aufschluss über die ideelle Flexibilität und Gewichtverschiebungen des Liberalismus im 20. Jahrhundert.

Bonn, dessen geistige Prägungen aus dem 19. Jahrhundert stammten, verkörperte in Deutschland den seltenen Fall eines Liberalen, der sich immun gegen den Nationalismus seiner Zeit zeigte. Gerade in den Jahren der Weimarer Republik machte es größte Schwierigkeiten, ein einigermaßen konsistentes Verständnis von einem politischen Liberalismus zu gewinnen. Im Gefolge des überkommenen Honoratiorenliberalismus dominierten das Nationale, das

62 Siehe vor allem Moritz Julius Bonn: Does Political Economy build Cultural Bridges? In: Lyman Bryson/ Louis Finkelstein/ R.M. MacIver (Hrsg.): Approaches to Group Understanding. Sixth Symposium. New York 1947, S. 218-236.

63 Vgl. Moritz Julius Bonn: Betrachtungen eines Nichtheimgekehrten. Zur äußeren und inneren Lage Deutschlands. In: Merkur 7 (1953), S. 701-720; ders.: The Future of German Democracy. An Assessment of Current German Trends and their Significance. In: Westminster Bank Review, May 1956, S. 6-9.

64 Friedrich August Hayek: The Intellectuals and Socialism. In: University of Chicago Law Review 16 (1949), S. 417-433. In der deutschen Übersetzung ist vom „entscheidenden Einfluß der berufsmäßigen Ideenvermittler“ die Rede. (F.A. Hayek, Die Intellektuellen und der Sozialismus. In: Schweizer Monatshefte 31 [1949], S. 273-286, hier S. 273) Hayek hat in erster Linie die engagierten sozialistischen Intellektuellen im Blick; mir kommt es hingegen auf die Anwendungsorientierung des Intellektuellen an, die bei Liberalen wie M.J. Bonn, R. Aron, R. Dahrendorf oder F.A. Hayek den Originalitätsanspruch überwiegt.

Bourgeois-Industrielle und das „Gutbürgerliche“ die freiheitlichen, aufklärerischen und demokratischen Elemente innerhalb des liberalen Lagers. Bonns Bestimmung des Politischen schuf in dieser unübersichtlichen Lage zumindest intellektuell Klarheit und bot einen Entwurf des Liberalismus, der sich sowohl als Anschluss an die „Demokratien des Westens“ verstand als auch eine Öffnung zu neuen Methoden bürgerlichen Regierens eröffnen wollte. Die Klarheit seiner Argumentation verdankte sich auch der harten Auseinandersetzung mit den neuen totalitären Ideologien, gegen die er auf Seiten der parlamentarischen Demokratie kämpfte. Im intellektuellen Engagement Bonns lässt sich stellvertretend die Wende des liberalen Denkens vom Fortschrittsoptimismus zur Skepsis erkennen.<sup>65</sup> Diese skeptische Wende bezeichnete keine Resignation, aber die politischen Krisen verursachten eine tiefe Erschütterung des zivilisatorischen Vertrauens in den Fortschritt, das bis dato weite Teile des liberalen Selbstbewusstseins geprägt hatte. Nicht mehr allein Emanzipation und Freiheit oder auf der anderen Seite Max Webers Desillusionsrealismus angesichts einer durchrationalisierten entzauberten Moderne waren die Alternativen, die zur Wahl standen, sondern eine kämpferische Behauptung ideeller und institutioneller Errungenschaften gegen neue Gegner. Insofern waren die Konzepte einer „militant democracy“ (so die bekannt gewordene Formel von Karl Loewenstein) ein Produkt der Zwischenkriegsepoche.<sup>66</sup> Die Verteidigungsbehörde richtete sich sowohl gegen die inneren als auch gegen die äußeren Feinde.

Bonn war fern davon, die Geschichte des liberalen Westens zu mythisieren. Seine frühzeitige Beschäftigung mit der Hinterlassenschaft des Hochimperialismus, die in eine scharfe Kritik europäischer Kolonialpolitik mündete, arbeitete die moralischen Doppelstandards liberaler Gesellschaften heraus, die unterdrückten Völkern jene Freiheitsrechte verwehrten, die im Mutterland propagiert wurden. Die komplexe Problemanalyse des internationalen Systems, die Bonn in den 1920/30er Jahren vorlegte, setzte das Ziel, die Sackgasse imperialistischer Politik zu verlassen und Wege in eine postkoloniale Welt aufzuzeigen – aus moralischen, ökonomischen und politischen Gründen, die einen Niedergang des Kolonialregimes aus seiner Sicht ohnehin unausweichlich machten.

Es ist an der Zeit, diesen vielseitigen Denker neu zu entdecken, dessen langes Wirken knapp sieben Jahrzehnte umfasst, der als kosmopolitischer Liberaler die Verständigung zwischen angelsächsischen und deutschen Traditionen suchte. Die Beschäftigung mit Moritz Julius Bonn zeigt auch, wie sehr die Problemlagen der Welt nach 1945 noch mit den problematischen Konstellationen

65 Siehe Jens Hacke: Wende zur Skepsis. Liberale Ideenverteidigung in der Krise der Zwischenkriegszeit. In: Zeitschrift für Ideengeschichte 7 (2013), Heft 2, S. 35-52.

66 Karl Loewenstein: Militant Democracy and Fundamental Rights (I + II). In: American Political Science Review 31 (1937), S. 417-432, 638-658.

tionen der Zwischenkriegszeit zusammenhängen. Zudem vermittelte Bonn frühzeitig die Einsicht, dass in einer globalisierten Welt Ökonomie, internationale Beziehungen und die Fragen des politischen Systems nicht mehr unabhängig voneinander zu denken und zu verstehen sind.

## Henry Bernhard (1896-1960). Vom Assistenten Stresemanns zum Zeitungsgründer, FDP-Politiker und Pan-Europäer

### 1. Einleitung

Der 17. September 1945 wurde aus Sicht eines Zeitgenossen zum „großen Tag“:<sup>1</sup> Um 14.00 Uhr nachmittags wurde im Maschinensaal der Stuttgarter Turmhausdruckerei die Lizenz für die Stuttgarter Zeitung an die Herausgeber Josef Eberle, Henry Bernhard und Karl Ackermann übergeben. Im Rahmen einer kleinen Feierstunde hielt John B. Stanley, der zuständige Offizier der US-Nachrichtenkontrollabteilung, eine Ansprache, in der er die Herausgeber an ihre Aufgabe für einen demokratischen Neuaufbau in Stuttgart, ja Württemberg erinnerte:

„In der Art, wie Sie diese Verantwortung bei der Veröffentlichung einer objektiven und wahrheitsgetreuen Zeitung tragen, werden Sie ihren Mitbürgern sowie Deutschland und der Welt den Beweis dafür erbringen können, dass eine starke und ehrliche Zeitung ein standhaftes Bollwerk gegen Intoleranz, Militarismus und Diktatur sein kann.“<sup>2</sup>

Neben den amerikanischen Presseoffizieren nahmen auch Vertreter der Stadt Stuttgart, allen voran Oberbürgermeister Dr. Arnulf Klett, teil, die Landesregierung Württemberg-Badens war dagegen noch nicht vertreten, da deren Konstituierung erst am 24. September erfolgte.

Doch schon am 18. September erschien mit der Stuttgarter Zeitung die erste wieder von Deutschen gestaltete Tageszeitung in Stuttgart und in ganz Nordwürttemberg – mit einer Anfangsausgabe von 400.000 Exemplaren.<sup>3</sup> Für das mit der Lizenznummer 12 in der amerikanischen Zone versehene Blatt zeichneten drei Persönlichkeiten verantwortlich, die von ihrem jeweiligen politischen Standpunkt aus grundverschieden waren, gemeinsam war allen dreien

1 Helmut Cron: *Stuttgarter Zeitungs-Chronik 1945*. Stuttgart 1979, S. 71.

2 Ebd., S. 71; zur Erstausgabe der Stuttgarter Zeitung vgl. auch Hermann Vietzen: *Chronik der Stadt Stuttgart 1945-1948*. Stuttgart 1972, S. 514 f.

3 Vgl. Cron: *Zeitungschronik* (wie Anm. 1), S. 82.



freilich nur, dass sie „völlige Neulinge im Pressebereich waren, kaufmännisch sowohl wie redaktionell“.<sup>4</sup>

Eine besonders interessante und markante Persönlichkeit unter den drei Herausgebern war Konsul a. D. Henry Bernhard, für den der Einstieg in die Stuttgarter Zeitung zugleich der Beginn seiner Nachkriegskarriere als Publizist, Landes- und Medienpolitiker bedeutete. Doch hatte Henry Bernhard schon in den Jahren vor 1945 einen in jedem Fall bemerkenswerten Lebenslauf, der nicht frei war von Widersprüchen, zugleich aber das Bild eines selbstbewussten self-made-man ergibt.

Helmut Cron, damals Redakteur bei der Stuttgarter Zeitung und Berater des Herausgebertrios, brachte diese Widersprüchlichkeit in einer pointierten, ja fast schon boshaften Art und Weise zum Ausdruck: Bernhard war „unbelastet von sämtlichen Examen“. Er habe, wie der Journalist weiter feststellte, noch nicht einmal über die Obersekundarreife verfügt, genauso wie er seinen Titel Konsul ohne jede Prüfung erhalten habe. „Stresemann hatte ihm als Privatsekretär, damit er ihn nicht selbst bezahlen musste, eine Etatposition verschafft, die ihn automatisch zum Konsul machte; er war also nicht 'gelernter', sondern nur Titularkonsul.“ Zugleich habe Bernhard jedoch ein fast grenzenloses Selbstbewusstsein zur Schau getragen. Ursprünglich habe er kein Interesse an einer Zeitungslizenz besessen, da er sich bereits als möglichen neuen deutschen Außenminister gesehen habe. „Außer mir ist ja keiner da, der dafür in Frage kommt“, sagte er mehrmals zu mir. Da er aber z. Zt. nichts zu tun hatte und der Traum vom Außenminister doch für ihn in den Wolken hing, sagte er schließlich zu.“<sup>5</sup>

Die Schilderung Crons ist sehr zugespitzt, vor allem versuchte dieser offenkundig den Eindruck zu erwecken, selbst der eigentliche „Macher“ der Stuttgarter Zeitung gewesen zu sein, dem letztlich eine weit größere Rolle in deren Entstehungsgeschichte zukam, als den drei Gründungsherausgebern, der aber aufgrund der Lizenzierungspolitik der amerikanischen Besatzungsmacht nicht als Herausgeber, sondern nur als Berater und Redakteur in Frage kam. Dennoch ist es keine Polemik Crons, wenn dieser auf den fehlenden höheren Schulabschluss wie auch die fehlende Berufsausbildung Bernhards hinweist. Dieser verdankte seinen Aufstieg in den Vorstand des Reichsverbandes der Deutschen Industrie wie auch als Konsul ins Auswärtige Amt in erster Linie dem persönlichen Kontakt zu Stresemann. Für die Jahre des Dritten Reiches bedeutete die vormalige Nähe zum vormaligen Weimarer Außenminister freilich Dienstentlassung und ständiges Misstrauen seitens der NS-Machthaber. Ob Bernhard tatsächlich jemals ein potentieller Kandidat für das Auswärtige

4 Ebd., S. 75. – Zu den Schwierigkeiten geeignete Lizenzträger zu finden und zur sozialen Herkunft bzw. beruflichen Qualifikation der Lizenznehmer vgl. auch Harold Hurwitz: Die Stunde Null der deutschen Presse. Köln 1972, S. 147 f.

5 Cron: Zeitungschonik (wie Anm. 1), S. 35.

Amt war, muss dahingestellt bleiben, gleichwohl sollte es ihm gelingen, nach 1945 als Publizist und Landtagsabgeordneter eine wichtige Rolle beim demokratischen Neubeginn in Württemberg-Baden einzunehmen. Große Bedeutung kam Bernhard schließlich auch in der Pan-Europabewegung zu.

Dieses Engagement wurde allerdings noch übertroffen durch sein Lebenswerk: Die Stuttgarter Nachrichten – nicht die Stuttgarter Zeitung! Denn innerhalb des Herausgebertrios sollten Spannungen nicht ausbleiben, so dass Bernhard die Stuttgarter Zeitung bereits nach einem Jahr verließ und zum Gründungsherausgeber des Konkurrenzblattes wurde.

Damit sind bereits die Themenfelder einer Beschäftigung mit Henry Bernhard genannt.<sup>6</sup> Welche Rolle spielte dieser an der Seite seines Förderers Stresemann? Wie konnte er sich in den Jahren des Dritten Reiches im „inneren Exil“ einrichten? Vor allem aber geht es um die Stuttgarter und die südwestdeutsche Presse- und Landesgeschichte der Jahre unmittelbar nach 1945. Unter welchen Voraussetzungen wurde Bernhard Zeitungsherausgeber und eben nicht Helmut Cron? Wie gestaltete sich das Verhältnis zu den Mitherausgebern, ja unter welchen Bedingungen wurde überhaupt eine Zeitung in der amerikanischen Besatzungszone nach 1945 herausgegeben?

Dabei fällt der Blick sofort auf das Verhältnis zur Besatzungsmacht wie auch auf das politische und publizistische Selbstverständnis der Zeitungsherausgeber. Natürlich ist dies ganz eng mit der Tätigkeit Bernhards im Landtag und seiner politischen Stellungnahme als Abgeordneter verbunden. Abschließend möchte der Aufsatz die europapolitische Konzeption Bernhards und sein Engagement in der pan-europäischen Bewegung würdigen, in deren Rahmen er das Erbe seines politischen Mentors Gustav Stresemann gepflegt hat.

6 Zu Quellen und Literatur: Der Nachlass Henry Bernhards befindet sich im Stadtarchiv Stuttgart; – Stuttgarter Zeitung (StZ) 10.3.1960: Henry Bernhard; Staatsanzeiger 12.3.1960: Zum Tode von Henry Bernhard; Stuttgarter Nachrichten (StN) 14.3.1960: Abschied von Konsul Henry Bernhard; StN 31.12.1965: Konsul Henry Bernhard zum Gedenken. – Biographisches Handbuch des Deutschen Auswärtigen Dienstes 1871-1945. Herausgegeben vom Auswärtigen Amt, Historischer Dienst: Maria Keipert u. a. Paderborn 2000-2008, Bd. 1 (A-F), S. 126-127; Eberhard Kolb: Gustav Stresemann – aus der Nähe gesehen. Aufzeichnungen seines engen Mitarbeiters Henry Bernhard. In: Jahrbuch zur Liberalismusforschung 15 (2003), S. 265-291, vgl. zur Biographie Bernhards ebd. S. 265ff. Zudem haben die Kinder Bernhards ein ganz persönliches Lebensbild anlässlich des 100. Geburtstages ihres Vaters herausgebracht Marianne Bernhard: Henry Bernhard. 1. Januar 1896 bis 9. März 1960. Konsul in Berlin. Zeitungsgründer in Stuttgart. Stuttgart 1996.

## 2. Vorprägungen: Zum Lebensweg Bernhards in den Jahren bis 1945

Henry Bernhard wurde am 1. Januar 1896 in Dresden als Sohn des Glasermeisters Franz Karl Bernhard geboren.<sup>7</sup> Die familiären Verhältnisse gestalteten sich jedoch schwierig, vor allem erlaubten sie keine geregelte Ausbildung Bernhards. Der Vater hatte sich 1899 bei finanziellen Transaktionen übernommen und musste fluchtartig vor den Steuerbehörden nach Südafrika ausweichen.<sup>8</sup>

Auf den Besuch der Volksschule 1902-1906 erfolgte der Wechsel auf das „Ehrlichsche Gestift“ zu Dresden, einer Art Realschule. Jedoch verließ Bernhard dieses Institut ohne Schulabschluss. In dieser Situation war es die Förderung durch den 20 Jahre älteren Rudolph Schneider, der eine neue Wende in das Leben des gerade einmal 15jährigen bringen sollte. Schneider stammte selbst aus kleinen Verhältnissen, war wie Bernhard am 1. Januar geboren und hatte wie dieser das „Ehrlichsche Gestift“ durchlaufen. Inzwischen hatte er Karriere gemacht und war zum Syndikus des Bundes der Industriellen aufgestiegen, aus dieser Tätigkeit erfolgte auch eine enge Bekanntschaft Schneiders mit Gustav Stresemann, dem damaligen Vizepräsidenten des Bundes der Industriellen.<sup>9</sup>

Schneider legte Wert darauf, einen Zögling des „Ehrlichschen Gestifts“, der gleich ihm am 1. Januar geboren war, zu fördern und ermöglichte Bernhard eine Ausbildung zum Bürogehilfen. Vor allem lernte Bernhard Stenographie und Maschinenschreiben, so dass er als Assistent der Geschäftsführung des Verbandes sächsischer Industrieller beschäftigt wurde. Nach der Einberufung Schneiders zum Kriegsdienst entstand schließlich der erste Kontakt zu Gustav Stresemann; in den Jahren 1915/16 wurde Bernhard erstmals als dessen Sekretär beschäftigt. Diese Tätigkeit wurde jedoch durch den Kriegsdienst ab Juni 1916 unterbrochen. Bernhard kämpfte an der Westfront, in Flandern und wurde mehrfach verwundet und ausgezeichnet.

Der Kontakt zu Rudolph Schneider sowie seine ausgeprägte Lernfähigkeit ermöglichten es Bernhard, im April 1919 in die Geschäftsführung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie berufen zu werden. Bis 1923 konnte er in diesem Gremium als aufsteigende junge Kraft bezeichnet werden,<sup>10</sup> bevor er noch im selben Jahr erneut in die Dienste Stresemanns trat, zunächst als Leiter des Kanzlerbüros und nach dem Wechsel Stresemanns ins Außenministerium

7 Zum Folgenden vgl. den Lebenslauf Bernhards im Archiv des Landtages Baden-Württemberg; M. Bernhard: Henry Bernhard (wie Anm. 6), S. 6-36; Kolb: Stresemann (wie Anm. 6), S. 265ff.; die Angaben im Findbuch zum Nachlass Henry Bernhards.

8 M. Bernhard: Henry Bernhard (wie Anm. 6), S. 6.

9 Zum Verhältnis Schneiders zu Stresemann vgl. Kolb: Stresemann (wie Anm. 6), S. 274 f. mit Anm. 34.

10 Auszüge aus einem Zeugnis bei M. Bernhard: Henry Bernhard (wie Anm. 6), S. 13.

als Leiter des Ministerbüros im Auswärtigen Amt. Seit 1926 durfte Bernhard in dieser Funktion den Titel Konsul führen, vor allem aber war er während der gesamten Ministertätigkeit Stresemanns dessen engster Vertrauter und Mitarbeiter, der dessen Korrespondenz führte<sup>11</sup> und auch sämtliche Konferenzen der zwanziger Jahre vorbereitete. Folglich begleitete Bernhard den Außenminister u. a. im August 1924 bei den Verhandlungen über den Dawes-Plan, bei der Locarno-Konferenz im Oktober 1925 und zwei Monate später bei der Unterzeichnung der Locarno-Verträge.<sup>12</sup> Dabei entwickelte sich auch ein enges persönliches Verhältnis zwischen Stresemann und seinem Mitarbeiter, u. a. führte der Außenminister seinen Sekretär in die Berliner Freimaurerloge „Friedrich der Große“ ein.<sup>13</sup> Schließlich war Stresemann zusammen mit Rudolph Schneider 1928 Trauzeuge Bernhards, als dieser seine erste Gattin Lilli ehelichte.<sup>14</sup>

Mit dem Tod Stresemanns<sup>15</sup> im Oktober 1929 musste jedoch auch Bernhard aus dem Auswärtigen Amt ausscheiden. Schon 1930 wurde er vom Dienst freigestellt und widmete sich der Herausgabe des Stresemann-Nachlasses, der in drei Bänden in den folgenden beiden Jahren vorgelegt wurde.<sup>16</sup>

Die nationalsozialistische Machtergreifung bedeutete eine weitere Verschärfung der ohnehin prekär gewordenen finanziellen Lage Bernhards.<sup>17</sup> An eine Beschäftigung im Auswärtigen Amt war nicht mehr zu denken. Den Hass der Nationalsozialisten hatte sich Bernhard nicht zuletzt deshalb zugezogen, da sein Förderer Rudolph Schneider zum äußersten linken Flügel der national-liberalen DVP gehört hatte und im Reichstag wiederholt als scharfer Gegner der NSDAP hervorgetreten war. Das Misstrauen der Nationalsozialisten traf Bernhard umso schwerer, nachdem er 1934 in zweiter Ehe eine Nichte Schneiders geheiratet hatte. Die Tätigkeit seiner zweiten Gattin als Modeschneiderin und das Erbe seines Förderers ermöglichten zunächst das Überleben im Dritten Reich, zudem betrieb Bernhard zwischen 1933 und 1938 ein Zeitungsauschnittbüro, das jedoch auf Druck des Propagandaministeriums geschlossen

- 11 Dabei passte sich Bernhard – zumindest gemäß seiner eigenen Auskunft bzw. Überzeugung ganz dem Stil Stresemanns an, so dass der Außenminister im täglichen Briefwechsel nur noch zu unterschreiben brauchte, vgl. Kolb: Stresemann (wie Anm. 6), S. 272.
- 12 Gleiches gilt natürlich auch für die Unterzeichnung des Briand-Kellog-Paktes und schließlich auch bei der Beratung des Young Planes 1929 in Den Haag; vgl. M. Bernhard: Henry Bernhard (wie Anm. 6), S. 15.
- 13 Schreiben Henry Bernhard an Felix Hirsch, 11.2.1947, zit. nach Kolb: Stresemann (wie Anm. 6), S. 265 mit Anm. 2.
- 14 Vgl. M. Bernhard: Henry Bernhard (wie Anm. 6), S. 21.
- 15 In den ersten Tagen nach dem Hinscheiden Stresemanns kam Bernhard die delikate Aufgabe zu, eine Lösung zur Begleichung der nicht unerheblichen Schulden, die Stresemann in seiner Eigenschaft als Parteivorsitzender hinterlassen hatte, zu finden, vgl. Kolb: Stresemann (wie Anm. 6), S. 280.
- 16 Henry Bernhard (Hrsg.): Gustav Stresemann – Vermächtnis: Der Nachlass in drei Bänden. Berlin 1932/33.
- 17 Zum Leben Bernhards im Dritten Reich vgl. M. Bernhard: Henry Bernhard (wie Anm. 6), S. 23-27.

werden musste. Suspekt war Bernhard nicht zuletzt auch deshalb, da er durch seine erste Ehegattin, eine Jüdin, wie auch durch den Kontakt zur Gattin Stresemanns, die ebenfalls Jüdin war, über einen breiten jüdischen Freundeskreis verfügte und dort, wo dies noch möglich war, bei der Ausreise aus Deutschland und der Sicherung von Vermögenswerten half.

1939 erfolgte der Umzug nach Stuttgart, wo er eine Stelle in der Presseabteilung des Daimler-Konzerns innehatte.<sup>18</sup> Die ersten Stuttgarter Jahre bildeten freilich kaum Betätigungsmöglichkeiten, auch im Daimler-Konzern sah sich Bernhard nach Auskunft seiner Kinder zeitweilig Nachstellungen ausgesetzt,<sup>19</sup> ohne dass dies aber konkrete Konsequenzen hatte. Gefahr bestand insbesondere durch eine unbedachte Äußerung Bernhards nach dem Attentat vom 20. Juli 1944. Ansonsten dominierten in den ersten Stuttgarter Jahren vor allem persönliche und private Sorgen, die überaus eng mit der politischen Entwicklung verbunden waren. Im Winter 1943/44 erkrankte Bernhard lebensgefährlich an der Bauchspeicheldrüse und musste sich in Herrenberg bei Stuttgart einer Notoperation unterziehen. Nur mit Mühe konnte er im gleichen Jahr den Brand seines Eigenheims in Stuttgart-Obertürkheim im Gefolge eines Bombenangriffs löschen und größeren Schaden verhindern. Eine neue Perspektive für Bernhard ergab sich freilich erst mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges.

### 3. Neuanfang der Presse in Stuttgart – Henry Bernhard als Mitherausgeber der Stuttgarter Zeitung 1945/46

Besonders engagiert hat sich Bernhard ganz in der Tradition Stresemanns bei der Reorganisation der Freimaurer, die sich in den Jahren des Dritten Reiches Repressionen ausgesetzt gesehen hatten. So gehörte er zu den Mitbegründern der Stuttgarter Johannes-Loge „Furchtlos und treu“, wobei er gleichzeitig auch einer Bonner Loge angehörte. Weitere Führungspositionen, so zwischen 1951 und 1959 als stellvertretender und anschließend ein Jahr als Landesgroßmeister der deutschen Großloge traten hinzu.<sup>20</sup> – Auf politischem Gebiet hat Bernhard an der Wiederbegründung der FDP, in Württemberg unter dem Namen der Demokratischen Volkspartei,<sup>21</sup> mitgewirkt, auf Wunsch der Amerikaner gehörte er 1946 der Vorläufigen Volksvertretung für Württemberg-Baden an. In

18 Das Familienschicksal im Zweiten Weltkrieg beschreibt die Tochter ebd., S. 28-36. – Zu den Ereignissen des letzten Kriegsjahres aus seiner persönlichen Sicht vgl. Henry Bernhard: *Finis Germaniae. Aufzeichnungen und Betrachtungen*. Stuttgart 1946.

19 M. Bernhard: Henry Bernhard (wie Anm. 6), S. 30.

20 Ebd., S. 38.

21 Zur Wiederbegründung des Liberalismus in Württemberg-Baden vgl. H.G.H.: *Demokratie im Stammland*. In: Paul Rothmund/Erhard R. Wien (Hrsg.): *Die FDP/ DVP in Baden-Württemberg und ihre Geschichte*. Stuttgart 1979, S. 201-219.

dieser Funktion wurde er auch bei den ersten demokratischen Nachkriegswahlen zur Verfassungsgebenden Landesversammlung Württemberg-Baden bestätigt, um anschließend nochmals für vier weitere Jahre dem ersten Landtag anzugehören. Hier hat Bernhard ein überaus hohes Ansehen genossen, was sowohl seine Wahl zum ersten Vizepräsidenten wie auch die Entsendung in den Rundfunkausschuss des neu konstituierten Süddeutschen Rundfunks (SDR) belegt. Überhaupt galt Bernhard als einer der Experten für Rundfunkfragen, der seitens seiner Fraktion Anteil an der überaus langwierigen Erarbeitung des Rundfunkgesetzes hatte.<sup>22</sup> Dementsprechend wurde auch 1955 seitens des Landtages sein Mandat im Rundfunkrat des SDR bestätigt, auch wenn Bernhard dem Parlament nicht mehr angehörte. Innerhalb des Rundfunkrates leitete Bernhard dabei das Ressort „Politik und Zeitgeschehen“.

In weit stärkerem Maße als durch sein Engagement beim SDR ist der weitere Lebensweg Bernhards durch seine Tätigkeit im Pressewesen geprägt worden: Zunächst als Herausgeber der Stuttgarter Zeitung, bevor sich schließlich die Stuttgarter Nachrichten zu seiner eigentlichen Lebensaufgabe entwickelten. Eng verbunden damit waren die häufigen Stellungnahmen Bernhards zu presspolitischen Fragen im Stuttgarter Landtag. Doch wie gestaltete sich überhaupt die Presselandschaft der ersten Wochen und Monate unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges? Auf welchen Grundlagen konnte eine neue Zeitung aufgebaut werden?

In den zwanziger Jahren hatte Stuttgart über eine reichhaltige Zeitungslandschaft verfügt, die sich nach dem „Einbruch der braunen Ära“ zu einem „Zeitungsfriedhof“ entwickelt hatte.<sup>23</sup>

Die Presselandschaft der Weimarer Republik war in starkem Maße durch Parteiorgane geprägt: In Württemberg erschienen 1932 Zeitungen mit einer Gesamtauflage von 556.000 Exemplaren, ein Drittel der württembergischen Presse waren ausgesprochene Parteiblätter. In der Landeshauptstadt Stuttgart war der Anteil der Parteipresse noch deutlich größer. Insgesamt kamen 1932 in der württembergischen Metropole elf selbständige Tageszeitungen heraus, zu denen nochmals zehn weitere Organe der Stuttgarter Vororte hinzutreten.<sup>24</sup> Über eine große Tradition verfügte beispielsweise der Schwäbische Merkur, der von 1785 bis 1925 als reines Familienunternehmen geführt wurde, bis das Blatt durch den Großindustriellen Paul Reusch (Gute Hoffnungshütte) aufgekauft wurde und nachfolgend einen national-konservativen Kurs ein-

22 Zur Rolle Bernhards bei der Ausarbeitung des Rundfunkgesetzes vgl. Verhandlungen des Württemberg-Badischen Landtags Wahlperiode 1946-1950, S. 2073-2075; zur Gründungsgeschichte des SDR Hans Bausch: Rundfunkpolitik nach 1945 Bd. 1: 1945-1962. München 1980, S. 93-105: Zu den Aufgaben der Verwaltungs- und Rundfunkräte vgl. Konrad Dussel: Die Interessen der Allgemeinheit vertreten: Die Tätigkeit der Rundfunk- und Verwaltungsräte von Südwestfunk und Süddeutschem Rundfunk 1949-1969. Baden-Baden 1995.

23 Cron: Zeitungschonik (wie Anm. 1), S. 7, 11.

24 Vgl. Jörg Schweigard: Stuttgart in den Roaring Twenties. Karlsruhe 2012, S. 151.

schlug.<sup>25</sup> Die Interessen der Katholiken wurden durch das Deutsche Volksblatt seit 1848 vertreten, den sozialdemokratischen Standpunkt artikulierte seit 1879 die Schwäbische Tagwacht. Als bürgerliches Organ erschien bereits seit 1843 das Stuttgarter Neue Tagblatt. Bei dieser Zeitung hatte Robert Bosch 1920 die Verlagsmehrheit erworben. „Damit stärkte er nicht nur das liberale Profil Württembergs, sondern entzog die Zeitung auch dem Zugriff des Großindustriellen Hugo Stinnes.“<sup>26</sup> Eine marginale Rolle hatte dagegen in den zwanziger Jahren die NSDAP-Zeitung NS-Kurier gespielt.

Für die Jahre ab 1933 konstatierte Helmut Cron: „Die große und reichhaltige Paillette schwäbischer Publizistik ging im Dritten Reich für immer unter.“<sup>27</sup> Die Verlagsgebäude der Schwäbischen Tagwacht wie auch der Kommunistischen Süddeutschen Arbeiterzeitung wurden bereits in der Phase der „Machtergreifung“ besetzt. „Andere Zeitungen, wie der Schwäbische Merkur und die Cannstatter Zeitung, gaben 1938/39 von allein auf.“ Dabei stimmte der Eindruck Crons, wenn dieser davon ausging, dass die Zeitungsschließungen vor allem das Ziel hatten, eine unliebsame Konkurrenz für NS-Organe loszuwerden. Als letztes musste das Stuttgarter Neue Tagblatt kapitulieren, das nach etwas über 100 Jahren am 31. März 1943 dem NS-Kurier einverleibt wurde.<sup>28</sup> Am Ende des Krieges bestanden nur noch die Württembergische Landeszeitung und der NS-Kurier, die am 20. April 1945 zum letzten Mal erschienen.

Erfreulicherweise hatten jedoch sowohl Setz- als auch Rotationsmaschinen des vormaligen Stuttgarter Neuen Tagblatts in der Turmhausdruckerei den Krieg weitgehend unbeschadet überstanden, so dass nur geringe Reparaturarbeiten notwendig waren und die technischen Voraussetzungen für die Herausgabe einer Zeitung schon wenige Wochen nach Kriegsende wieder gegeben waren.<sup>29</sup>

25 Cron: Zeitungschronik (wie Anm. 1), S. 8, 10.

26 Schweigard: Stuttgart (wie Anm. 24), S. 152.

27 Cron: Zeitungschronik (wie Anm. 1), S. 7.

28 Ebd., S. 8 f.

29 Ebd., S. 11 f.



Gesucht wurden jetzt vor allem unbelastete Herausgeber.<sup>30</sup> Zugleich hatten sich die Amerikaner darauf festgelegt, das Wiedererscheinen einer Parteipresse vorerst zu unterbinden. Vielmehr bestand der Gedanke, die Leitung einer Zeitung einem mehrköpfigen Herausgeberkollegium zu übertragen, in dem alle vor Ort relevanten politischen Strömungen vertreten sein sollten. Dies wurde jedoch dadurch erschwert, dass in den ersten Nachkriegswochen die Gründung von Parteien noch untersagt war. In gleicher Weise sollten Verleger, die bereits in den zwanziger Jahren an der Herausgabe einer Zeitung beteiligt waren und möglicherweise in der Zeit des Dritten Reiches Zugeständnisse an die Nationalsozialisten gemacht hatten, als Herausgeber nicht berücksichtigt werden; ehemalige NSDAP-Mitglieder wurden seitens der Besatzungsmacht grundsätzlich von der Mitarbeit in einer Redaktion ausgeschlossen. Unter diesen Voraussetzungen war es relativ leicht, bei der politischen Linken Herausgeber und Redakteure zu finden. Seitens der KPD, die gleich sieben Bewerber präsentieren konnte, legte sich die Besatzungsmacht auf Karl Ackermann<sup>31</sup> fest, Willi Bohn, vormals Chefredakteur der Süddeutschen Arbeiterzeitung, übernahm als Chefredakteur das Ressort Politik. Als Kandidat der SPD stieg Josef Eberle in die Stuttgarter Zeitung ein, wobei in seinem Fall lange Zeit unklar war, ob er den Schwerpunkt seiner journalistischen Tätigkeit in den Rundfunk oder Pressebereich legen würde.<sup>32</sup> Das liberale Lager sollte durch Henry Bernhard vertreten sein, der Kontakt zwischen dem ehemaligen Sekretär Stresemanns und der Besatzungsmacht war durch Helmut Cron hergestellt worden. Der Hinweis auf die Tätigkeit bei Stresemann machte zunächst Eindruck, recht schnell aber kamen Bedenken, die zum größten Teil ungerechtfertigt waren. So wurde Bernhard vorgeworfen, er sei auch 1933 noch im Auswärtigen Amt verblieben und habe von dort eine monatliche Rente in Höhe von 200 Mark erhalten. Verdächtig erschien auch die Tatsache, dass Bernhard in der Presseabteilung von Daimler-Benz ein durchaus namhaftes Salär erhalten hatte. Letztlich wird Bernhard der Umstand geholfen haben, dass kein anderer un-

30 Zu den Grundsätzen amerikanischer Lizenzierungspolitik vgl. Uwe Mönninghoff: Neuanfang und Restauration. Lizenzpresse und Altverleger in Baden und Württemberg. In: Hans-Peter Biege (Hrsg.): Massenmedien in Baden-Württemberg. Stuttgart 1990, S. 88-114, hier S. 90 (Angaben zu den Voraussetzungen für eine Lizenz); vgl. auch Hurwitz: Stunde Null (wie Anm. 4), S. 122-129; Kurt Koszyk: Pressepolitik für Deutsche 1945-1949. Berlin 1986, S. 60ff. u. 66. – Grundsätzlich zum Neubeginn der Presse in Württemberg-Baden vgl. ebd., S. 57-59; Paul Sauer: Demokratischer Neubeginn in Not und Elend. Ulm 1978, S. 418-424; Edgar Lersch: „Radio Stuttgart“ und die Stuttgarter Tagespresse. In: ders./Heinz H. Pöker/Paul Sauer (Hrsg.): Stuttgart in den ersten Nachkriegsjahren. Stuttgart 1995, S. 443-477; Stefan Kursawe: Politische Kommentare bei Radio Stuttgart und der Stuttgarter Tagespresse 1945-1947. Magisterarbeit Mannheim 1996; Ders.: Politische Kommentare im Stuttgart der unmittelbaren Nachkriegszeit. In: Rundfunk und Geschichte 23 (1997), S. 208-233.

31 Zur Suche nach einem kommunistischen Lizenznehmer vgl. Cron: Zeitungschronik (wie Anm. 1), S. 27-29, S. 39 f.

32 Ebd., S. 35-38.



belasteter und zugleich namhafter Vertreter des bürgerlichen Lagers als potentieller Herausgeber in Stuttgart zu finden war.<sup>33</sup>

Interessanterweise mussten die neuen Herausgeber keinerlei finanzielle Verpflichtungen erfüllen, im Gegenteil: Im Sommer des Jahres 1945 wurden in der Druckerei des vormaligen Stuttgarter Neuen Tagblatts Zeitungen für die in Nordwürttemberg stationierte US-Heeresgruppe wie auch schon sehr bald wieder das Amtsblatt der Stadt Stuttgart gedruckt.<sup>34</sup> Aus den Einnahmen für Druckaufträge und öffentliche Bekanntmachungen der Stadt standen genug Mittel zur Verfügung, um das Tagesgeschäft zu bestreiten.

Gleichwohl war die Zeitungsarbeit der ersten Nachkriegsjahre für Bernhard und seine Kollegen mit einer Vielzahl von Beschwerden verbunden. Hauptproblem war der Papiermangel, der einen z. T. unregelmäßigen Erscheinungsverlauf zur Folge hatte. So durfte die Stuttgarter Zeitung anfänglich nur zweimal in der Woche erscheinen (Dienstag und Freitag). Der Umfang betrug sechs Seiten, teilweise auch weniger, Anzeigen durften nur für eine achte Seite aufgenommen werden<sup>35</sup> – in der Württemberger Zeitung aus Stuttgart hatte im Jahr 1913 bei florierender Wirtschaft der Anzeigenteil allein 12 Seiten<sup>36</sup> umfasst. Erst ab April 1946 waren drei Ausgaben pro Woche, nun Dienstag, Donnerstag und Samstag, vorgesehen bzw. erlaubt.<sup>37</sup>

Entscheidend war die Tatsache, dass die Besatzungsmacht mit der Lizenz eine Vielzahl von Bedingungen verknüpfte, förmliche Richtlinien und Betriebsanweisungen ausgab, „darin waren Auflage, Erscheinungsweise, Vertriebspreise, Nachrichtenquellen und ähnliches festgelegt. Die Verwendung der Frakturschrift war verboten“.<sup>38</sup> Auch behielten sich die Amerikaner vor, die Lizenz jederzeit wieder entziehen zu können. Derart detaillierte Vorschriften mussten schon fast zwangsläufig zu Auseinandersetzungen mit den Herausgebern führen. Dies war vor allem der Fall, als die Besatzungsmacht auf einer Trennung von Mitteilung und Kommentar bestand und verlangte, dass der Leitartikel nicht mehr auf der Titelseite platziert, sondern vielmehr ins Innere des Blattes verbannt werden sollte.<sup>39</sup> Dies traf auch auf den Widerspruch

33 Vgl. ebd., S. 34 f., S. 58 f.; vgl. auch Mönninghoff: Neuanfang (wie Anm. 30), S. 91.

34 Cron: Zeitungschronik (wie Anm. 1), S. 21-24; S. 53 f. – Zu den Zeitungen des amerikanischen Militärs vgl. auch Sauer: Demokratischer Neubeginn (wie Anm. 30), S. 418.

35 Cron: Zeitungschronik (wie Anm. 1), S. 73; vgl. auch Mönninghoff: Neuanfang (wie Anm. 30), S. 95. Schließlich schrieb die Besatzungsmacht noch vor, dass in der amerikanischen Zone eine Zeitung auf fünf Einwohner kommen sollte, vgl. Johann Wilhelm Naumann: Die Organisation der neuen deutschen Presse. In: Handbuch der deutschen Presse. Bielefeld 1947, S. 85-89, hier: S. 87; zur Klage Bernhards über den beständigen Papiermangel vgl. auch Verhandlungen Landtag I (wie Anm. 22), S. 297 f.

36 Vgl. Schweigard: Stuttgart (wie Anm. 24), S. 151.

37 Cron: Zeitungschronik (wie Anm. 1), S. 73.

38 Mönninghoff: Neuanfang (wie Anm. 30), S. 88.

39 Zu dieser Auseinandersetzung vgl. Cron: Zeitungschronik (wie Anm. 1), S. 65 f. – hier auch zum Folgenden Lersch: Radio Stuttgart (wie Anm. 30), S. 460.

des Verlegertrios, das sich letztlich durchsetzen konnte und auf der deutschen Pressetradition mit einem Leitartikel auf der Titelseite bestand. Ackermann, Eberle und Bernhard hielten an ihrer Position ebenfalls fest, als die Amerikaner im März 1946 nochmals befahlen, den Leitartikel im Zeitungsinneren zu platzieren. Der Befehl wurde letztlich zur Empfehlung herabgestuft und die Stuttgarter Zeitung stilbildend für die Aufmachung weiterer Lizenzzeitungen in der amerikanischen Besatzungszone.

Darüber hinaus hatten sich die Gemeinsamkeiten zwischen den drei Lizenzinhabern bereits innerhalb eines Jahres erschöpft. Letzten Endes musste Henry Bernhard in seinem Abschiedsartikel vom 18. September 1946 einräumen, dass der Meinungsbogen zwischen einem kommunistischen, einem sozialdemokratischen und einem national-liberal geprägten Herausgeber zu weit gespannt worden war. Dabei kritisierte Bernhard zumindest versteckt, dass es dem Mitherausgeber Eberle nicht gelungen war, ein verbindendes und zugleich vermittelndes Element zwischen ihm und Ackermann darzustellen.<sup>40</sup> – Doch woran entzündeten sich nun die Differenzen zwischen Bernhard und Ackermann und den anderen kommunistischen Redakteuren im Einzelnen?

In seinen Briefen beklagte Bernhard häufig, dass es bei der Nachrichtenauswahl kaum Möglichkeiten gab, einen eigenen parteipolitischen Standpunkt zum Ausdruck zu bringen. Man denke in diesem Zusammenhang an den anfangs noch unregelmäßigen Erscheinungsverlauf der Stuttgarter Zeitung, das Dauerproblem Papiermangel und die immer wieder drohenden Eingriffe der amerikanischen Besatzungsmacht. In seiner Bilanz kam Bernhard zum Schluss, dass man sich bei den Nachrichten auf das beschränken müsse, was eben in der Welt wichtig sei und im Besonderen für die amerikanische Besatzungszone Relevanz besitze. Zuletzt waren die frühen Lizenzzeitungen ganz auf die Agenturmeldungen der DANA (Nachrichtenagentur für die amerikanische Zone) angewiesen. Bis in den November 1945 hinein gestattete die Besatzungsmacht zudem keine nachträgliche Bearbeitung, da dies als Eingriff in die Substanz der Agenturmeldung angesehen wurde.<sup>41</sup> – Kurz, die Nachrichtenauswahl gab kaum Möglichkeiten zur Formulierung eigener Standpunkte, dafür der jeweilige Leitartikel und weitere politische Kommentare, und gerade hier verschob die Gruppe um Ackermann die Tendenz der Stuttgarter Zeitung ganz massiv nach links. In diesem Sinne klagte Bernhard: „Die Zustände mit der Stuttgarter Zeitung werden immer unerträglicher. Das Blatt hat sich ganz

40 Vgl. StZ 18.9.1946; Lersch: Radio Stuttgart (wie Anm. 30), S. 464 – Auch vor dem Landtag hat Bernhard eingehend aufgezeigt, welche Spannungen entstehen konnten, wenn Vertreter von drei Parteien gemeinsam eine Zeitung herausbringen sollten, vgl. Verhandlungen Landtag I (wie Anm. 22), S. 298.

41 Vgl. Lersch: Radio Stuttgart (wie Anm. 30), S. 461.

auf die KPD eingestellt und die Bevölkerung ist wütend.<sup>42</sup> Den Beweis für die These Bernhards von einer kommunistischen Unterwanderung der Stuttgarter Zeitung bildeten die Leitartikel Willi Bohns, so z. B. als dieser am 7. November 1945 der Oktoberrevolution gedachte und seinen Artikel mit den Worten schloss: „Man mag politisch und weltanschaulich zur UdSSR stehen wie man will, wer ehrlich ist, wird die gewaltigen Wandlungen anerkennen und sich ernsthaft mit der weltanschaulichen Ideenwelt, die hier ihre schöpferische Kraft unter Beweis stellt, auseinandersetzen.“<sup>43</sup>

Im März 1946 wurden die diametral gegensätzlichen Standpunkte in der Redaktion der Stuttgarter Zeitung schließlich auch dem Leser offenkundig, als einer der kommunistischen Redakteure „ein anschauliches Bild des wirtschaftlichen Wiederaufbaues in der Ostzone“ zeichnete und mit Stolz berichtete: Aufgrund des Wirkens der antifaschistischen Parteien seien hier wirtschaftlich „die früheren Ergebnisse erreicht. Eine ganze Anzahl von Betrieben hat die im Gesamtproduktionsplan vorgesehene Soll-Kapazität bereits überschritten.“ Als Entgegnung auf diesen Artikel konnte Bernhard in der sowjetischen Besatzungszone lediglich „Spuren einer gewissen geistigen Formierung“ sowie eine „monopolartige Gedankenrichtung“ erkennen.<sup>44</sup>

Letzten Endes musste Bernhard, wie ein Freund in einem Schreiben bestätigte, zu der Überzeugung kommen: „eine bürgerliche Zeitung tut Stuttgart bitter Not.“<sup>45</sup> – Diese Ansicht setzte sich letzten Endes auch bei der amerikanischen Besatzungsmacht durch,<sup>46</sup> zumal es innerhalb der Redaktion der Stutt-

42 Henry Bernhard an Robert Platow, 26.10.1946, zit. nach Koszyk: Pressepolitik (wie Anm. 30), S. 58; auch gegenüber anderen Korrespondenzpartner beklagte Bernhard wiederholt eine Unterwanderung der Lizenzpresse durch Kommunisten, worin er eine ernst zu nehmende Gefahr für die Nachkriegsdemokratie sah (vgl. ebd., S. 372, Anm. 10); zu Klagen über zu starken kommunistischen Einfluss innerhalb der StZ auch Vietzen: Chronik (wie Anm. 2), S. 515. Nach Vietzen waren es vor allem diese Klagen, die letztlich zur Gründung der StN führten.

43 StZ 7.11.1945: Der Nachbar im Osten. Zum 28. Jahrestag der UdSSR.

44 Vgl. StZ 30.3.1946 (Artikel von R. Goetz: Hinter dem Eisernen Vorhang) – StZ 9.04.1946 (Artikel von Henry Bernhard: Blick über die „grüne Grenze“) – Die Redaktion brachte den scharfen Gegensatz zwischen beiden Artikeln in einem Vorwort ausdrücklich zur Sprache: „In Befolgung des demokratischen Grundsatzes, politische und wirtschaftliche Tatbestände von den verschiedenen Blickpunkten aus zu betrachten nimmt heute Henry Bernhard das Wort zu den Verhältnissen >Hinter dem Eisernen Vorhang<.“; auch Lersch: Radio Stuttgart (wie Anm. 30), S. 463. – Zur Kritik Bernhards an den Verhältnissen in der SBZ vgl. auch Verhandlungen Landtag I (wie Anm. 22), S. 267 f.

45 Kurt Roschmann an Henry Bernhard, 9.11.1946, zit. bei Lersch: Radio Stuttgart (wie Anm. 30), S. 474 Anm. 30.

46 Vgl. Hurwitz: Stunde Null (wie Anm. 4), S. 139 f. Hurwitz zeigt an dieser Stelle zugleich auf, dass aufgrund der unterschiedlichen politischen Zusammensetzung der Herausbergremien diese sich allzu häufig als instabil erwiesen und durch ein hohes Maß an Personalfluktuaton gekennzeichnet waren. Vgl. auch ebd., S. 323.

garter Zeitung auch zur Unruhe gekommen war.<sup>47</sup> Seitens der bürgerlichen Redakteure wurde beklagt, Ackermann missbrauche die Zeitung für parteipolitische Angelegenheiten.<sup>48</sup>

Folglich entschieden sich nun die Amerikaner zum grundlegenden Umbau des Herausgebertrios: Karl Ackermann erhielt ein neues Wirkungsfeld beim Mannheimer Morgen, während Bernhard fortan zum Lizenzträger der Stuttgarter Nachrichten avancierte.<sup>49</sup> – Die Stuttgarter Zeitung wurde künftig von Josef Eberle, Erich Schairer und Franz Karl Maier herausgegeben – gerade Letzterer sollte schon bald zum Gegenspieler Bernhards wie auch fast des gesamten politischen Establishments in Württemberg–Baden werden.

Bernhard war überzeugt, die Stuttgarter Nachrichten ganz in seinem Sinn prägen zu können.<sup>50</sup> Als Mitherausgeber wurde ihm der Sozialdemokrat Erwin Schöttle zur Seite gestellt. Dabei konnte Bernhard durchaus der Überzeugung sein, diesen „im Griff“ zu haben. Schöttle war Landesvorsitzender der SPD in Württemberg–Baden und sollte schon bald als Bundestagsabgeordneter nach Bonn wechseln. Seine Kräfte waren somit gebunden, die Möglichkeiten für eine aktive Rolle innerhalb der Redaktion begrenzt. Wohl nicht ohne Verärgerung musste Bernhard jedoch hinnehmen, dass die Amerikaner mit Otto Färber auf einem weiteren Herausgeber bestanden. Der tief katholisch geprägte Färber wurde innerhalb kürzester Zeit zum Konkurrenten in der eigenen Redaktion. Für Färber war Bernhard schon aufgrund seines Engagements bei den Freimaurern überaus suspekt. Auch unterstellte Färber, Bernhard habe die gesamte Redaktion bewusst mit Logenbrüdern durchsetzt und versuche ihn bei jeder passenden Gelegenheit auszubooten. Allzu gerne, so der Vorwurf Färbers, habe ihn Bernhard auf Auslandsreisen entsandt, um in der Redaktion freischalten und walten zu können. In diesem Sinne machte Färber auch eine Ko-

47 Eine ähnliche Problematik wie bei der Stuttgarter Zeitung erlebte auch Theodor Heuss bei der Rhein-Neckar-Zeitung. Als Kultminister in Stuttgart konnte er nur wenig liberales Gedankengut in das Blatt mit einbringen, vielmehr dominierten der Kommunist Rudolf Agricola als Chefredakteur sowie der Sozialdemokrat Hermann Knorr als Verlagsleiter die Linie des Blattes. – Interessant ist das Verhältnis zu Agricola, das anfänglich durchaus entspannt war, jedoch kam es 1948 zum Bruch, als Agricola im Mannheimer Morgen (Knorr hatte den Abdruck in der Rhein-Neckar-Zeitung verweigert) einen Artikel veröffentlichte, in dem er die Frage stellte, ob diejenigen, die dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt hatten und sich zwölf Jahre in die braune Diktatur eingereiht hätten, nunmehr als Hoffnungsträger für den demokratischen Neuaufbau anzusehen seien. Da Agricola das Rektorat der Universität Halle/ Saale übernahm, wurde er schließlich von den Amerikanern zur Aufgabe seiner Lizenz gezwungen. Heuss gab diese nach seiner Wahl zum Bundespräsidenten auf, so dass Knorr als einziger Herausgeber verblieb, vgl. Peter Merseburger: Theodor Heuss. Der Bürger als Präsident. Biographie. München 2012, S. 375-378.

48 Lersch: Radio Stuttgart (wie Anm. 30), S. 465.

49 Zu den Anfängen der StN vgl. M. Bernhard: Henry Bernhard (wie Anm. 6), S. 43.

50 Zum Verhältnis Bernhards zu seinen Mitherausgebern, insbesondere zu Otto Färber vgl. Otto Färber: Gott der Scherbenflicker. Erkenntnisse und Bekenntnisse. Leutkirch 1983, S. 206-210.

alition von SPD und FDP, die sich gegen ihn richte, aus. Zieht man Bilanz, so ist das Verhältnis von Bernhard zu Färber während 14 Jahren gemeinsamer Herausgeber Tätigkeit durch fortgesetzte Eifersüchteleien gekennzeichnet.<sup>51</sup> Zu einer gewissen Entlastung kam es, als Färber österreichischer Honorarkonsul in Stuttgart wurde, was aus Sicht Bernhards einen enormen Prestigege Gewinn für das Blatt darstellte.<sup>52</sup>

Dieser war auch notwendig, da die Stuttgarter Nachrichten nach ihrer Gründung im Herbst 1946 gegenüber der ja schon ein Jahr länger bestehenden Zeitung in der Defensive waren und sich überhaupt erst einmal ein Leserpublikum erobern mussten.<sup>53</sup> Gleichwohl ist es den Stuttgarter Nachrichten gelungen, sich zu behaupten. In der Folgezeit standen sich die Stuttgarter Zeitung als eher links geprägtes Organ sowie die Stuttgarter Nachrichten als bürgerliche Zeitung gegenüber – trotz aller Eifersüchteleien gelang es Bernhard, mit Färber und Schöttle zumindest weitgehend auf eine politische Grundausrichtung der Zeitung zu kommen.

#### 4. Politische und journalistische Konflikte – Henry Bernhard als Mitherausgeber und Chefredakteur der Stuttgarter Nachrichten

Kernpunkt der Auseinandersetzungen zwischen den beiden Blättern war 1946/47 das Thema Entnazifizierung und damit eng verbunden, die Frage, inwiefern Ministerpräsident Reinhold Maier und der designierte Kultminister Wilhelm Simpfendörfer durch die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz für die Etablierung der NS-Diktatur mitverantwortlich waren.

Im September 1946 hatte Franz Karl Maier (FKM) – der Nachfolger Bernhards als Herausgeber der Stuttgarter Zeitung, der zugleich als Ankläger bei der Stuttgarter Spruchkammer tätig war – vor dieser den ehemaligen Reichswirtschaftsminister Hjalmar Schacht, der sich nach seinem Nürnberger Freispruch zeitweilig in Württemberg-Baden aufhielt, angeklagt.<sup>54</sup> Die Anklage

51 Vgl. ebd., S. 207-210; M. Bernhard: Henry Bernhard (wie Anm. 6), S. 43, 46; die Rivalitäten innerhalb der Redaktion waren auch der Besatzungsmacht innerhalb kürzester Zeit aufgefallen: „Sie (die Zeitung) hat überhaupt keine eigene Linie. Denn niemand ist bereit, Artikeln zuzustimmen, die für eine andere Partei eintreten. Aber wenigstens besteht noch die Möglichkeit, dass ein Lizenzträger die Nase voll hat und seinen Anteil abgibt.“ – Einschätzung eines US-Presseoffiziers zit. nach Hurwitz: Stunde Null (wie Anm. 4), S. 140. Entgegen der letzten geäußerten Vermutung blieb das Lizenznehmertrio der StN beisammen, während sich bei den meisten anderen Lizenzzeitungen ein Herausgeberduo etablierte, vgl. ebd., S. 141 f.).

52 Färber: Gott (wie Anm. 50), S. 244.

53 Die StN erschienen zunächst zweimal wöchentlich (Di. und Do., Umfang von 4 Seiten) mit einer Auflage von 140.000 Exemplaren, davon 50.000 in Stuttgart, vgl. Vietzen: Chronik (wie Anm. 2), S. 516.

54 Franz Karl Maier: Ist Schacht ein Verbrecher? Anklageschrift des früheren Anklägers bei der Spruchkammer Stuttgart. Reutlingen 1947, ND Berlin 1988.

war mit ausdrücklicher Billigung der Landesregierung unter Reinhold Maier erfolgt und traf auch bei der amerikanischen Besatzungsmacht auf Zustimmung. Doch ließ es Franz Karl Maier nicht bei der Anklage Schachts bewenden, sondern griff schon bald die Landesregierung, namentlich Reinhold Maier und den Präsidenten der Vorläufigen Volksvertretung und designierten Kultminister Wilhelm Simpfendörfer massiv an.<sup>55</sup> Unmittelbar im Gefolge der ersten Landtagswahlen erschien in der Stuttgarter Zeitung ein Artikel unter der Überschrift „Über unsere Kraft“,<sup>56</sup> in dem Franz Karl Maier eine konsequente Durchführung des Befreiungsgesetzes forderte und er vor allem Simpfendörfer als einen Mann brandmarkte, „der bekanntermaßen an der Zerschlagung der Weimarer Verfassung aktiv beteiligt war“. Zweieinhalb Wochen später veröffentlichte FKM einen weiteren Angriff auf Maier und Simpfendörfer unter der Überschrift „Eine traurige Geschichte“.<sup>57</sup> In dieser wurde das Schicksal eines kleinen Beamten mit dem der beiden Politiker kontrastiert. Während der von FKM vorgestellte kleine Beamte 1933 in die NSDAP eingetreten war und sich nunmehr schwersten Sanktionen wie Zwangsarbeit und Berufsverbot ausgesetzt sehe, seien Reinhold Maier wie Wilhelm Simpfendörfer nunmehr sogar aufgestiegen und hätten es bis zum Minister- bzw. Landtagspräsidenten gebracht. Dabei hätten sie durch ihre Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz einen wesentlichen Beitrag zur Zerstörung der Weimarer Demokratie geleistet, ja viele kleine Leute seien überhaupt erst in die NSDAP eingetreten, nachdem Männer wie Maier und Simpfendörfer das Ermächtigungsgesetz gebilligt hätten und müssten nunmehr dafür büßen.

In den folgenden Monaten spitzte sich die Auseinandersetzung zwischen Franz Karl Maier und dem Ministerpräsidenten rasch zu, vor allem als der Herausgeber der Stuttgarter Zeitung im Januar 1947 vor der Stuttgarter Spruchkammer Klage gegen beide Spitzenpolitiker erhob und im Gegenzug vom Befreiungsminister Gottlob Kamm wegen Kompetenzüberschreitung von seinem Amt als Ankläger bei der Spruchkammer entbunden wurde.<sup>58</sup>

Gleichzeitig kam es zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, der im Landtag das Verhalten der „Ja-Sager“ zum Ermächtigungsgesetz erörtern

55 Zum nachfolgend geschilderten Fall „Maier gegen Maier“ vgl. Ernst-Wolfgang Becker: Politischer Irrtum in Zeugenstand. Zur Einführung in die Edition, in: Politischer Irrtum im Zeugenstand. Die Protokolle des Untersuchungsausschusses des Württemberg-Badischen Landtages aus dem Jahr 1947 zur Zustimmung zum „Ermächtigungsgesetz“ vom 23. März 1933. Hrsg. und bearb. im Auftrag der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus und des Landtages von Baden-Württemberg von Ernst Wolfgang Becker und Thomas Rösslein. Stuttgart 2003, S. 15-39; Ernst-Wolfgang Becker: Ermächtigung zum politischen Irrtum. Stuttgart 2001; Klaus-Jürgen Matz: Reinhold Maier. Eine politische Biographie. Düsseldorf 1987, S. 287-296. Justus Fürstenau: Entnazifizierung. Ein Kapitel deutscher Nachkriegspolitik. Neuwied 1969, S. 194-197.

56 StZ 9.11.1946.

57 StZ 21.11.1946.

58 Becker: Politischer Irrtum (wie Anm. 55), S. 18.

sollte. Im März 1947 wurde schließlich auch das von FKM in Gang gesetzte und nur zwischenzeitlich ausgesetzte Spruchkammerverfahren gegen Reinhold Maier und Wilhelm Simpfendörfer wieder aufgenommen. Eine nochmalige Verschärfung trat im März ein, als Franz Karl Maier noch eine Schrift Simpfendörfers aus dem Jahr 1936 der Öffentlichkeit bekannt machte, in der Simpfendörfer in flammenden Worten zur Wahl Hitlers aufgerufen hatte.<sup>59</sup> Hinzu traten nunmehr auch scharfe Angriffe Franz Karl Maiers auf den Befreiungsminister, dessen Rücktritt er für geboten hielt, „weil er in der Frage der Anklageerhebung gegen Ermächtigungsgesetzler eine Haltung eingenommen hat, die mit den Pflichten eines Ministers für politische Befreiung nicht in Einklang zu bringen ist.“<sup>60</sup>

Die Auseinandersetzung mit Franz Karl Maier wurde für Henry Bernhard zu einem der zentralen Themen zwischen Spätherbst 1946 und Frühjahr 1947. Denn nicht nur die Stuttgarter Zeitung, sondern weite Teile der Lizenzpresse stimmten in die Kritik gegen Ministerpräsident und Kultminister ein,<sup>61</sup> lediglich die Stuttgarter Nachrichten waren eines der wenigen Organe, das die Regierung unterstützte und dementsprechend von der Stuttgarter Zeitung als gouvernementales Organ dargestellt wurde. Natürlich gilt es dabei zu berücksichtigen, dass Bernhard ebenfalls Mitglied des ersten Landtags von Württemberg-Baden war und wie der Ministerpräsident der DVP angehörte. Dementsprechend versuchten die Stuttgarter Nachrichten gegenzusteuern, so dass sich Franz Karl Maier von Bernhard die Frage gefallen lassen musste, „Wozu der Lärm?“<sup>62</sup> So warf dieser Maier vor, im Stile des Nazi-Systems politische Persönlichkeiten zu diffamieren: Franz Karl Maier wolle die Entnazifizierung krampfhaft ausweiten und handle in allererster Linie aus politischer Sensationsgier. Nach der Überzeugung Bernhards wie auch einer breiten Mehrheit im württemberg-badischen Landtag ging es Franz Karl Maier vor allem um die „Popularität des Verreißen der Parlamente“, FKM handle in „rechthaberischer und dialektischer Selbstgerechtigkeit.“<sup>63</sup> Auch wiesen die Stuttgarter Nachrichten immer wieder darauf hin, dass die Regierungsvertreter den Angriffen der Lizenzpresse gleichsam schutzlos gegenüberstünden, da eine parteipoli-

59 Vgl. StZ 19.3.1947.

60 StZ 19.3.1947: Demokratie kann nur aus dem Volke kommen.

61 Die in einigen Lizenz-Organen vorgetragene Kritik war in einer Reihe von Fällen unzutreffend und ehrabschneidend, beispielsweise wurden Ministerpräsident Reinhold Maier „Landesverrat hinsichtlich seiner Arbeit als württembergischer Wirtschaftsminister sowie die erzwungene Scheidung von seiner jüdischen Ehefrau 1943 vorgeworfen – letztlich halt- und geschmacklose Vorwürfe, wie sich herausstellen sollte“, so Becker: Politischer Irrtum (wie Anm. 55), S. 30.

62 StN 28.1.1947; Kursawe: Politische Kommentare 1996 (wie Anm. 30), S. 79.

63 Vgl. StN 12.2.1947; Kursawe: Politische Kommentare 1996 (wie Anm. 30), S. 79 f.



tisch gebundene Tagespresse nicht bestand, die Maier oder Simpfendörfer hätte in Schutz nehmen können.<sup>64</sup>

Wenngleich die Schrift Simpfendörfers aus dem Jahr 1936 auch von den Stuttgarter Nachrichten nicht gebilligt werden konnte, betonten Bernhard, Schöttle und Färber auch nach diesem neuerlichen Angriff FKM auf den Kultminister die Notwendigkeit einer Verständigung und wiederholten regelmäßig, es mache keinen Sinn, in alten Veröffentlichungen zu wühlen.<sup>65</sup>

Letztendlich hat sich der Standpunkt der Stuttgarter Nachrichten durchgesetzt. Das Spruchkammerverfahren gegen Ministerpräsident Reinhold Maier wurde bereits im Frühjahr 1947 eingestellt.<sup>66</sup> Etwas schwieriger gestaltete sich die Situation jedoch für Wilhelm Simpfendörfer, ein Urteilspruch erfolgte erst im September 1947. Simpfendörfer wurde als minderbelastet eingestuft und zudem zu einer Geldstrafe verurteilt. Dagegen legte er Revision ein und konnte im Februar 1948 ebenfalls seinen Freispruch durchsetzen. Folglich blieb das Thema „Entnazifizierung“ auch weiterhin Gegenstand der Stuttgarter Pressekommentare, so dass FKM beklagte: „Man hat den Deutschen die Aufgabe der Säuberung von Nationalsozialismus und Militarismus in eigener Verantwortung übertragen ... Es wird sich niemand finden, der behaupten wolle, wir hätten sie bestanden.“<sup>67</sup>

Dem stellten die Stuttgarter Nachrichten erneut eine andere Sicht der Dinge gegenüber. Diese beklagten vielmehr das allzu schematische Vorgehen der amerikanischen Besatzungsmacht in Entnazifizierungsfragen. Viel zu viele Mitläufer würden übermäßig hart bestraft – und gleichzeitig dem Aufbauprozess entzogen.<sup>68</sup> Dem entsprach auch die Position Bernhards, als er sich noch als Herausgeber der Stuttgarter Zeitung mit dem Thema Militarismus beschäftigt und die Frage nach den Ursachen für den Untergang der Weimarer Republik gestellt hatte.<sup>69</sup> Verantwortlich für die Krise Weimars waren für Bernhard strukturelle Fehler der Reichsverfassung (Einführung Verhältniswahl) wie auch die Arbeitslosigkeit im Gefolge der Weltwirtschaftskrise. Vor allem aber konstatierte Bernhard eine politische Unreife, die das deutsche Volk verführbar gemacht habe. In den Soldaten des Weltkrieges sah er die „Geköderten, Verführten, Überlisteten und Betrogenen. Der Militarismus, die expansive Außenpolitik des Dritten Reiches, diese Politik wurde dem Deutschen Volk sozusagen aufgezwungen und es ließ sie sich z. T. aus politischer Unreife auf-

64 StN 12.2.1947; Kursawe: Politische Kommentare 1996 (wie Anm. 30), S. 80.

65 StN 29.3.1947; Kursawe: Politische Kommentare 1996 (wie Anm. 30), S. 81.

66 Zum Ausgang der Verfahren gegen Reinhold Maier und Wilhelm Simpfendörfer vgl. Becker: Politischer Irrtum (wie Anm. 55), S. 31-33.

67 StZ 5.5.1948: Renazifizierung; ebenfalls kritische Wertung der Urteile gegen Maier und Simpfendörfer bei Fürstenau: Entnazifizierung (wie Anm. 55), S. 196.

68 Kursawe: Politische Kommentare 1996 (wie Anm. 30), S. 110.

69 StZ 23.1.1946, vgl. zur Bewertung des Artikels auch Kursawe: Politische Kommentare 1996 (wie Anm. 30), S. 82 f.



zwingen“. Zudem waren es die militärischen Eliten, die aus der Sicht Bernhards die Dolchstoßlegende kultiviert hatten und den „Komplex ... der Erste Weltkrieg sei zu Unrecht verloren gegangen“, gepflegt, ja dem Deutschen Volk eingeredet hätten. Mit anderen Worten: Bernhard lehnte den Gedanken einer deutschen Kollektivschuld ab. Vielmehr war es aus seiner Sicht eine klar umrissene Gruppe bzw. deutlich auszumachende Institutionen, die den Nationalsozialismus heraufgeführt hatten. In späteren Publikationen wird sich Bernhard dann zu einer Kollektivverantwortung des deutschen Volkes bekennen: „Es ist uns bewusst, dass wir eine kollektive Verantwortung des Deutschen Volkes für den Schaden, den der Nationalsozialismus in Europa und in der Welt angerichtet hat, anerkennen müssen. Wir wollen sie anerkennen.“<sup>70</sup> Es gehe nicht an, so Bernhard weiter, dass die Deutschen nunmehr sagen könnten, man habe nichts mehr mit dem Nationalsozialismus zu tun, man fange gleich wieder neu an. Dennoch hat Bernhard dieses Eingeständnis der deutschen Kollektivverantwortung gleich wieder relativiert, indem er feststellt, es gebe eine Kollektivschuld der Menschheit für den Nationalsozialismus, auch im Ausland habe es fanatische Kämpfer für Hitler und wohlwollende Förderer des Nationalsozialismus gegeben. Die ganze Welt habe uneinig beim Aufstieg Hitlers zugeesehen, England sogar 1935 einen Flottenvertrag mit dem Reich geschlossen, genauso wie der Bruch des Paktes von Locarno 1936 und der Einmarsch ins Sudetenland 1938 ohne wirkliche Gegenwehr hingenommen worden seien.<sup>71</sup> Somit kam Bernhard zu dem Schluss: „Betrachtet man den Weg von der Weimarer Republik bis zum Dritten Reich und die 12 Jahre Nationalsozialismus, so muss man feststellen, dass Schuld und Schicksal nicht nur Deutschland, nicht nur Europa, sondern die ganze Welt verstrickt.“<sup>72</sup>

Bei der Durchsetzung der Entnazifizierung, so letztlich die Überzeugung Bernhards, galt es gegen die wahren Täter vorzugehen. Mit Empörung konstatierte er, es gebe Gerüchte, dass seitens der Amerikaner Überlegungen angestellt würden, beim Aufbau der Wirtschaft auf Hjalmar Schacht zurückzugreifen. Dieser hatte nach Überzeugung Bernhards bereits genug Unheil angerichtet und sollte hierfür bestraft werden.<sup>73</sup> Im Ergebnis stand somit für die Stuttgarter Nachrichten der Blick nach vorne im Vordergrund. Es galt das Heer der vielen Mitläufer und Minderbelasteten für den demokratischen Aufbau zu gewinnen, bestraft werden sollten vor allem führende Repräsentanten des NS-Regimes.<sup>74</sup>

70 Henry Bernhard/Fritz Eberhard: Überlegungen zum deutschen Friedensvertrag, in: Henry Bernhard/Fritz Eberhard (Hrsg.): *Schwerer Weg zum Frieden*. Stuttgart 1947, S. 3-24, hier: S. 3 f.

71 Vgl. ebd., S. 4-7.

72 Ebd., S. 4.

73 Vgl. auch Verhandlungen Landtag I (wie Anm. 22), S. 797.

74 Ebd., S. 797.

Der Streit um das Vorgehen in der Entnazifizierung bildete keineswegs den einzigen Punkt in der Auseinandersetzung der beiden Stuttgarter Blätter: Auch die aktuelle Landespolitik bot vielfältigen Stoff zur Profilierung als regierungsnahes bzw. regierungskritisches Organ. Im Herbst 1946 war es zur Bildung einer Allparteienkoalition, wiederum unter der Führung von Reinhold Maier, gekommen. Aus Sicht der Stuttgarter Zeitung war das ein Skandal: Man habe mit ansehen müssen, „wie sämtliche vier Parteien in mehrwöchigem Kuhhandel die Regierungspositionen unter sich ausknobelten, weil die Not der Zeit angeblich keine Opposition gestatte, sondern nach einer Einheitsfront der Parteien verlange.“<sup>75</sup> – Im Gegenzug stellte für die Stuttgarter Nachrichten die Allparteienkoalition angesichts der Nachkriegsnot eine Notwendigkeit dar. Daher bekannten sich die Nachrichten zu einer Opposition, die jedoch eine gemeinsame Opposition gegen Not und Elend sein sollte.<sup>76</sup>

Durch die scharfen Angriffe der Stuttgarter Zeitung auf die Regierung, konkret auf den Ministerpräsidenten, Kultminister Simpfendörfer und schließlich auch auf den sozialdemokratischen Befreiungsminister Kamm, verschlechterte sich das Klima zwischen Lizenzpresse einerseits und allen Landtagsfraktionen andererseits im Frühjahr 1947 überaus stark. Wiederholt, und unmittelbar im Gefolge der Beratungen des Falles Maier gegen Maier, wurde nun im Landtag der Antrag gestellt, zur Tradition der Parteiorgane der Weimarer Zeit zurückzukehren oder genauer gesagt, bei der amerikanischen Besatzungsmacht die Zulassung von Parteiblättern zu beantragen.<sup>77</sup> In der von allen Parteien getragenen Antragsbegründung wurde darauf hingewiesen, dass die Politiker schutzlos den Angriffen der Lizenzpresse ausgesetzt seien, während ihnen gleichzeitig jegliches Forum fehle, um ihren Standpunkt zu verteidigen. Im Zentrum der Angriffe stand freilich Franz Karl Maier, der von einigen Landtagsrednern mit Goebbels verglichen wurde und von dem das Bild eines gewissenlosen Demagogen gezeichnet wurde. Diesem gehe es lediglich darum, verdiente Politiker zu beschädigen und auf diese Weise den demokratischen Neuaufbau zu gefährden.

Den scharfen Angriffen aus dem Landtag standen wiederum Polemiken auf Seiten der Lizenzpresse gegenüber, in denen das mangelnde Niveau der politischen Elite beklagt wurde. Am Ende hatte sich eine überaus scharfe Frontstellung zwischen Politik einerseits und nahezu sämtlichen Lizenzzeitungen andererseits herausgebildet.<sup>78</sup> In dieser Auseinandersetzung hatte Bernhard

75 StZ 19.3.1947: Der Unterschied.

76 StN 26.11.1946; Kursawe: Politische Kommentare 1996 (wie Anm. 30), S. 126 f.

77 Zum Folgenden vgl. Verhandlungen Landtag I (wie Anm. 22), S. 292 ff., vgl. auch Sauer: Demokratischer Neubeginn (wie Anm. 30), S. 421; zu den Auseinandersetzungen zwischen Landtag und Presse vgl. auch Kursawe: Politische Kommentare 1996 (wie Anm. 30), S. 121-124; zur zeitweilig widersprüchlichen, am Ende jedoch ablehnenden Haltung der Amerikaner gegenüber Parteiorganen vgl. Hurwitz: Stunde Null (wie Anm. 4), S. 153-160.

78 Vgl. Hurwitz: Stunde Null (wie Anm. 4), S. 158.

eine Sonderrolle inne und versuchte in der Landtagsdebatte, in der Anfang April 1947 über den Wunsch nach Zulassung von Parteiorganen beraten wurde, zu vermitteln.

In seinen überaus breiten Ausführungen gestand Bernhard einerseits ein, „dass das Anschwellen der Zornesader bei den Parteien gegen die Lizenzpresse in vielerlei Hinsicht berechtigt ist“. Daher stimme er seinen Landtagskollegen zu, dass viele Lizenzträger förmlich hochmütig auftreten würden und durch überaus scharfe Invektiven das Ansehen der Parlamentarier beschädigt hätten. Besonders Versuche, „uns als Berufspolitiker zu diffamieren, müssen wir als Nazi-Methoden mit aller Energie zurückweisen“.79 Darüber hinaus betonte Bernhard die Notwendigkeit einer größeren Konkurrenz auf dem Pressesektor, auch aus diesem prinzipiellen Argument stimmte er mit seinen Landtagskollegen überein, dass Parteiorgane zugelassen werden müssten. Gleichwohl bemühte sich Bernhard darum, auch im Landtag auf die Schwierigkeiten der Lizenzorgane hinzuweisen. Erstens sei es keineswegs böser Wille der Amerikaner, ausschließlich Lizenzorgane zuzulassen, die Zahl der Zeitungen müsse schon allein aufgrund des enormen Papiermangels begrenzt bleiben. Zweitens sei die Arbeit in den Redaktionen der Lizenzzeitungen keineswegs einfach, es sei schwierig, geeignetes Personal zu finden, das politisch unbelastet sei, genauso wie zwischen den einzelnen Redakteuren und Herausgebern trotz unterschiedlicher parteipolitischer Standpunkte ein gemeinsamer Nenner gefunden werden müsse.<sup>80</sup> Auch sollten drittens die Parteien durchaus einmal eingestehen,

„dass – von unrühmlichen Ausnahmen einmal abgesehen – die Parteien beim Aufbau ihrer Organisation, beim Aufbau ihrer Ideologie von dem größten Teil der Lizenzpresse auch unterstützt worden sind. Das gilt für alle Parteien. Es gibt viele Fälle, in denen die Lizenzträger verschiedenen Parteien angehören und in den einzelnen Lizenzzeitungen mit gutem Erfolg zusammengearbeitet haben.“<sup>81</sup>

Mit Recht konnte darauf hingewiesen werden, dass fast in allen Lizenzzeitungen Vertreter der vier Landtagsparteien mit einer gewissen Regelmäßigkeit zu Wort kamen.<sup>82</sup> Schlussendlich wies Bernhard seine Kollegen noch darauf hin, dass auch die Presselandschaft nicht zu stark aufgesplittert werden dürfe. Man stelle sich vor, es gäbe wie in der Weimarer Zeit 46 Parteien und jede könne über eine eigene Zeitung oder gar noch einen eigenen Sender verfügen.<sup>83</sup> Zuletzt müsse man auch einmal mit der Lizenzpresse Milde walten lassen, Ein-

79 Die Zitate: Verhandlungen Landtag I (wie Anm. 22), S. 296.

80 Ebd., S. 298.

81 Ebd., S. 298.

82 Ebd., S. 298.

83 Ebd., S. 299.

seitigkeiten und Verdrehungen könnten genauso gut bei Parteiorganen entstehen.

Im Ergebnis freilich stimmte Bernhard dem am Ende einstimmig angenommenen Antrag auf eine möglichst baldige Zulassung von Parteiorganen zu.<sup>84</sup> Eine konkrete Wirkung hatte der Antrag nicht, die Erteilung der Generallizenz erfolgte erst zwei Jahre später.<sup>85</sup> Damit war seit 1949 auch die Möglichkeit zur Neugründung von Parteiblättern eröffnet, jedoch konnten diese den Vorsprung der Lizenzpresse auf dem Zeitungsmarkt nicht mehr einholen.

##### 5. „Die Entwicklung zu einer neuen Weltordnung ... Europa ist im Werden“<sup>86</sup>. Zur europapolitischen Konzeption Henry Bernhards

Neben Pressefragen<sup>87</sup> hat sich Bernhard im Rahmen seiner Landtagsarbeit schließlich ganz in der Tradition Stresemanns vor allem mit Fragen der internationalen Politik bzw. der Zukunft Europas auseinandergesetzt. Auch darüber hinaus ist Bernhard organisatorisch und publizistisch für den Gedanken der europäischen Einigung eingetreten.

Bereits am 1. Mai 1946 trat Bernhard auf einer gemeinsamen Kundgebung von Parteien und Gewerkschaften auf, um für den europäischen Gedanken zu werben, und noch im Spätherbst desselben Jahres bemühte er sich um die Gründung einer Gruppe „Europäische Aktion. Landesverband Württemberg-Baden“.<sup>88</sup> Der Lizenzantrag wurde im November/Dezember 1946 gestellt, die Erteilung der Lizenz erfolgte im Frühjahr 1947. Bernhard wurde offiziell Vorsitzender des Landesverbandes, der sich zum Ziel gesetzt hatte, parteiübergreifend als „Träger der Verbreitung der europäischen Idee... durch Vermittlung von Rednern, Diskussions- und Lesematerial“ hervorzutreten.<sup>89</sup> Dementsprechend sprach Bernhard seit Ende Juni 1947 in einer Reihe von Vorträgen zum Thema Gemeinsames Europa im SDR, genauso wie er bereits während der Laufzeit des Lizenzantrages begonnen hatte, eine Schriftenreihe der Stuttgarter Nachrichten herauszugeben, die sich unter dem Titel „Werdendes Eu-

84 Sauer: Demokratischer Neubeginn (wie Anm. 30), S. 421.

85 Verhandlungen Landtag I (wie Anm. 22), S. 2819 ff.; Sauer: Demokratischer Neubeginn (wie Anm. 30), S. 425.

86 Henry Bernhard: Werdendes Europa. Hamburg 1947, S. 15.

87 Zu Bernhard als Pressefachmann innerhalb des Landtages vgl. auch dessen Bericht über ein (vorläufiges) Pressegesetz, in: Verhandlungen der Verfassungegebenden Landesversammlung für Württemberg-Baden. 16. Sitzung, Sonderdruck, S. 1-6.

88 Zum Folgenden vgl. Walter Lipgens: Die Anfänge der Europäischen Bewegung 1945-1950 I. Teil. Stuttgart 1977, S. 414-417.

89 Leitsätze zum Lizenzantrag der „Europäischen Aktion“, zit. bei Lipgens: Anfänge (wie Anm. 88), S. 416.

ropa“ der Propagierung des europäischen Gedankens widmete.<sup>90</sup> Schließlich war Bernhard einer der Initiatoren für die Gründung des „Europa-Bundes“, d.h. des Zusammenschlusses aller paneuropäischen Gruppen auf dem Gebiet der späteren Bundesrepublik.<sup>91</sup> Zugleich übernahm er für ein Jahr den Vorsitz der Organisation und konnte auf der Gründungsversammlung in Frankfurt am Main nochmals sein Europa-Konzept vorstellen.<sup>92</sup>

Vorbild für die Europaidee Bernhards bildete einerseits das idealistische Diktum von Aristide Briand, der kurz vor seinem Tod ausgerufen habe, man solle nicht nur an das Europa von 1930, nein vielmehr an das Europa von 1950, ja das von 1980 denken.<sup>93</sup> In diesem Sinne gelte es weit in die Zukunft hinauszuschauen. Nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges sollten nunmehr schon Pläne für das Jahr 2000 geschmiedet werden. Indem er andererseits die letzte Rede Stresemanns vor dem Völkerbund aus dem Jahr 1929 aufgriff, hob Bernhard immer wieder hervor, dass das Zeitalter der Nationalstaaten und die Herausbildung immer neuer Staaten und damit verbunden neuer Nationalismen wie im Gefolge des Versailler Vertrages endlich vorbei sein müsse. Als Folge des Versailler Vertrages habe man nichts weiter gesehen als „neue Grenzen, neue Maße, neue Gewichte, ... neue Münzen, ein fortwährendes Stocken des Verkehrs“ infolge neuer Grenzen und Kontrollen.<sup>94</sup> Im Anschluss an Stresemann forderte Bernhard dementsprechend den Abbau von Handelshemmnissen und die Schaffung einer europäischen Währungsunion.<sup>95</sup>

Ein vereintes Europa, so Bernhard weiter, sei für die Deutschen durchaus mit Opfern verbunden. Endlich müsse Deutschland einmal lernen, auf die stetige Betonung des nationalen Prestiges zu verzichten. Ja man müsse in Deutschland von einem bornierten Nationalismus wegkommen und sich auch immer wieder selbst die Frage stellen, wie man dem vormaligen Gegner nunmehr als Partner entgegenkommen könne und was dieser seinerseits an Kräften mit einbringen könne.

90 In dieser erschienen Bernhard/ Eberhard: *Schwerer Weg zum Frieden* (wie Anm. 70); Adolf Gasser: *Aufbau von unten oder Zwang von oben. Ein Beitrag zur Frage des Föderalismus*. Stuttgart 1947.

91 Vgl. Lippens: *Anfänge* (wie Anm. 88), S. 597-605.

92 Bernhard: *Werdendes Europa* (wie Anm. 86).

93 Ebd., S. 5; zum Bezug Bernhards auf Briand vgl. auch *Verhandlungen Landtag I* (wie Anm. 22), S. 1284; zum Thema "Europäische -Einigung" in den *Stuttgarter Nachrichten* vgl. Kursawe: *Politische Kommentare 1996* (wie Anm. 30), S. 114-117.

94 Bernhard: *Werdendes Europa* (wie Anm. 86), S. 3 f. In diesem Sinne auch der Wiederabdruck einer Rede Stresemanns aus dem Jahr 1925 im *Überseeclub* in Hamburg, in: Bernhard/ Eberhard: *Schwerer Weg zum Frieden* (wie Anm. 70), S. 34-40.

95 Bernhard: *Werdendes Europa* (wie Anm. 86), S. 4.

Angesichts der drückenden Nachkriegsnot des Jahres 1947 müsse allerdings auch gelten, „kein Europa ohne Deutschland“. <sup>96</sup> Eine Gesundung des gesamten Kontinents könne nur unter Einbeziehung Deutschlands geschehen. Die deutsche Industrie erschien Bernhard allein schon deshalb notwendig, um Europa nicht zu einer Kolonie Amerikas herabzudrücken und um ein Europa zu schaffen, das eine eigenständige neutrale dritte Kraft der Weltpolitik zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika einerseits und der Sowjetunion andererseits darstelle. <sup>97</sup> – Zugleich stellten, so die Überzeugung Bernhards, eine ausreichende Nahrungsmittelversorgung der deutschen Bevölkerung und ein Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft eine Grundvoraussetzung für die Festigung der noch jungen Demokratie dar; hieraus ergab sich zwingend die Folgerung: „Wir müssen deshalb den Einbau Deutschlands in einen größeren, einen internationalen Rahmen, gerade von dem vordringlichen wirtschaftlichen Standpunkt aus... mit lauter Stimme fordern.“ <sup>98</sup> Mit dieser Forderung einhergehend, verlangte Bernhard auch ein Ende der Reparationen und Demontagen. Auch die Beschlagnahme von Patenten müsse endlich aufhören. <sup>99</sup> Es dürfe nicht mehr in nationalstaatlichen Kategorien gedacht werden, an deren Stelle sollte vielmehr eine Internationalisierung der europäischen, konkret der deutschen Montanindustrie an Ruhr und Saar treten. <sup>100</sup>

Dabei war sich Bernhard freilich bewusst, dass die Grundlage für eine Europäische Union der Ausgleich zwischen Deutschland und Frankreich darstellte. Längerfristig dachte Bernhard sogar auch hierüber hinaus und mahnte eine Versöhnung mit den Staaten des Ostblocks an, allen voran mit Polen und der Tschechoslowakei. Der Gedanke einer Erbfeindschaft dürfe gar nicht erst aufkommen. <sup>101</sup>

Wengleich Bernhard in seiner Fülle von Publikationen durchblicken ließ, dass eine Europäische Union gerade für Deutschland eine Vielzahl von Vorteilen mit sich bringen werde, so betonte er gleichwohl, in welch weitreichendem Maße es die Pflicht der Deutschen sei, gegenüber dem berechtigten französischen Misstrauen in Vorleistung zu treten. Dies galt sowohl in wirtschaftlicher als auch in politischer Hinsicht: Deutschland müsse sich endgültig vom Gedanken eines starken Zentralstaates in der Mitte Europas lösen. An dessen

96 Le Monde 9.9.1947, zit. bei Bernhard: *Werdendes Europa* (wie Anm. 86), S. 9; vgl. auch die wiederholte Betonung der zentralen Rolle Deutschlands für einen europäischen Wiederaufbau durch Bernhard, in: *Verhandlungen Landtag I* (wie Anm. 22), S. 1283.

97 Vgl. Leitsätze der „Europäischen Aktion Württemberg-Baden“ vom November/ Dezember 1946, zit. bei Lipgens: *Anfänge* (wie Anm. 88), S. 414.

98 Bernhard: *Werdendes Europa* (wie Anm. 86), S. 11.

99 In diesem Sinne auch die wiederholten Proteste Bernhards gegen die Demontagen im Landtag; diese wie auch Reparationsverpflichtungen dürften nicht nochmals zur Vorbelastung für die zweite deutsche Demokratie werden – vgl. *Verhandlungen Landtag I* (wie Anm. 22), S. 1281-1284.

100 Bernhard: *Werdendes Europa* (wie Anm. 86), S. 10 u. 12 f.,.

101 Ebd., S. 13, auch *Verhandlungen Landtag I* (wie Anm. 22), S. 645.

Stelle müsse vielmehr ein föderativ aufgebautes Deutschland in einem ebenfalls föderativ strukturierten Europa treten.<sup>102</sup> Noch weitergehende Zugeständnisse erschienen Bernhard jedoch auf wirtschaftspolitischem Gebiete notwendig. Hier bekannte er sich ausdrücklich zu einem „Verbot von Fertigprodukten von militärischer Bedeutung“,<sup>103</sup> selbst zivile Güter, die für Rüstungszwecke missbraucht werden könnten, sollten nicht mehr in Deutschland hergestellt werden. Um diese Verbote zu überwachen, sollten neben die Kontrolle durch die Besatzungsmächte noch deutsche Aufsichtsorgane treten. Beispielsweise sollten Gewerkschaften und Betriebsräte jederzeit Einblick in Produktionsprozesse haben: „Wir schlagen vor, den früheren deutschen Landesverratsparagrafen umzukehren. Nach ihm wurde einst derjenige bestraft, der über eine Aufrüstung Mitteilung machte. Wir wollen künftig denjenigen mit Strafe bedrohen, der eine Aufrüstung verheimlicht.“<sup>104</sup>

Der militärischen Abrüstung sollte auch eine Kontrolle bzw. grundlegende Reform des Bildungswesens entsprechen. An die Stelle der straff nationalistischen Erziehung, die Bernhard noch in der Weimarer Zeit konstatieren konnte, sollte eine bewusste Heranführung zur Friedensliebe treten. In diesem Zusammenhang sollten auch die Universitäten einer internationalen Beaufsichtigung unterworfen werden.<sup>105</sup>

Wie die Industrie sollte endlich auch in der landwirtschaftlichen Produktion der Gedanke der Autarkie fallengelassen werden, auch auf diesem Sektor sollte eine planmäßige „Eingliederung der deutschen in die europäische Wirtschaft“<sup>106</sup> stattfinden.

Am Ende seiner Ausführungen blieb somit der Wunsch, dass aus der Vielzahl internationaler Kontrollen, denen sich Deutschland freiwillig unterwerfen werde, wahrhaft internationale Kontrollen hervorgehen sollten, oder anders, dass damit der erste Schritt für eine allgemeine Abrüstung unter wechselseitiger Aufsicht in Europa gelegt werde.<sup>107</sup>

## 6. Würdigung

Bei den Wahlen zum zweiten württemberg-badischen Landtag 1950 hat Henry Bernhard auf eine erneute Kandidatur verzichtet. Ohnehin war Bernhard schon durch eine Vielzahl von Verpflichtungen in seiner Funktion als Herausgeber und Chefredakteur der Stuttgarter Nachrichten stark beansprucht. Hinzu trat

102 Bernhard: *Werdendes Europa* (wie Anm. 86), S. 13 f.

103 Bernhard/ Eberhard: *Überlegungen* (wie Anm. 70), S. 24.

104 Ebd., S. 21.

105 Ebd., S. 16 u. 24.

106 Ebd., S. 24.

107 Ebd., S. 16.



eine zunehmend schlechtere Gesundheit. So litt der ehemalige Sekretär Stresemanns an Diabetes, ohne sich jedoch an die von ärztlicher Seite vorgegebenen Auflagen zu halten – im Gegenteil: Bernhard übernahm immer wieder neue Aufgaben, so 1955 mit der Wahl in den Personalgutachterausschuss, der die Vergangenheit angehender Bundeswehroffiziere zu durchleuchten hatte.<sup>108</sup> Die letztlich zu zahlreichen Verpflichtungen hatten auch zur Folge, dass die geplante Stresemann-Biographie liegen blieb.

Henry Bernhard starb überraschend am 9. März 1960 infolge einer Darm- lähmung, die ihn in Bad Mergentheim ereilt hatte. Wenige Tage später erfolgte die Beisetzung im Rahmen eines evangelischen Trauergottesdienstes in Esslingen am Neckar – der Stadt, die er vier Jahre lang im Landtag vertreten hatte. Die Predigt wurde vom ehemaligen württemberg-badischen Kultusminister Gotthilf Schenkel,<sup>109</sup> gehalten, anschließend folgte noch eine Würdigung durch die Freimaurerbrüder Henry Bernhards. Seitens der Politik war es der Mitherausgeber Erwin Schöttle, der die Leistungen Bernhards anerkannte und der dazu aufrief, ihn in Erinnerung zu behalten „als einen Mann, der mit hohen Gaben und einem starken Berufsethos ausgestattet, nimmermüde seinen Dienst an der journalistischen und politischen Aufgabe verbrachte, die uns unsere Zeit auferlegt hat“.<sup>110</sup>

Damit hat Erwin Schöttle überaus zutreffende Schlagworte zur Charakterisierung Henry Bernhards genannt. Die hohen geistigen Gaben Bernhards und sein unermüdliches Engagement waren die Grundlage für einen beachtenswerten Aufstieg aus finanziell beengten Verhältnissen an die Seite Stresemanns als dessen Mitarbeiter und enger Vertrauter. Zugleich bildeten sie nach 1945 die Grundlage für Bernhards Tätigkeit im Pressewesen: Unermüdliches Engagement war notwendig bei dem unter äußerst schwierigen Verhältnissen vollzogenen Aufbau zunächst der Stuttgarter Zeitung, anschließend der Stuttgarter Nachrichten. Dieser Aufbau war für Bernhard geprägt durch eine Vielzahl von Konflikten, zunächst mit der Besatzungsmacht, aber auch mit den Mitherausgebern. Dabei wurde deutlich, wie schwierig es war, die von den Amerikanern ersonnene Konzeption einer Zeitung, die von drei Lizenzträgern ganz unterschiedlicher politischer Couleur getragen wurde, umzusetzen.

Der Lebenslauf Bernhards lässt jedoch auch deutlich werden, dass dieser nicht nur eine politisch aktive, vielfältig engagierte Persönlichkeit war, sondern durchaus auch streitbar war, verbunden mit dem Willen zu dominieren und der von ihm herausgegebenen Zeitung eine von ihm vorgegebene politische Linie

108 M. Bernhard: Henry Bernhard (wie Anm. 6), S. 40.

109 Gotthilf Schenkel (1889-1960), evangelischer Theologe und Politiker. 1951-1953 Kultusminister des Landes Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg, gleich Bernhard war Schenkel auch Freimaurer, so wirkte er als Meister v. Stuhl der Esslinger Freimaurerloge zur Katharinenlinde.

110 Zit. nach M. Bernhard: Henry Bernhard (wie Anm. 6), S. 63.



zu geben. So konnten Konflikte auch bei den Stuttgarter Nachrichten nicht ausbleiben, gleichwohl ist es gelungen, diese in der Auseinandersetzung mit der eher linken Stuttgarter Zeitung als bürgerliches, gemäßigt konservatives Organ zu positionieren. Bemerkenswert ist dabei, dass in den erregten Auseinandersetzungen zwischen Lizenzpresse und sämtlichen politischen Parteien des Landes im Laufe des Jahres 1947 Bernhard eine vermittelnde Position eingenommen und auf beiden Seiten für Verständnis geworben hat.

Neben seinem journalistischem Engagement war Bernhard auf einer Vielzahl anderer Felder beansprucht: Im Rundfunkrat des Süddeutschen Rundfunks, im Personalgutachterausschuss der Bundeswehr und natürlich in der paneuropäischen Bewegung. Gerade auf diesem Feld hat Bernhard das Erbe seines politischen Mentors Stresemann fortgeführt und schon in den ersten Nachkriegsjahren sehr konkrete Empfehlungen für die Schaffung einer europäischen Montanunion gegeben und Lösungswege zur deutsch-französischen Aussöhnung und zur Schaffung eines föderal gestalteten Europas aufgezeigt. Bereits seine Rede zum 1. Mai 1946 beinhaltet somit das geistige Vermächtnis Bernhards:

„Lösen wir uns von allen nationalistischen Traditionen einer überholten Vergangenheit, dienen wir der Menschheit dadurch, dass wir unsere ganze Kraft einheitlich dafür einsetzen, dass der Tag näher rückt, an dem es ein geeintes und in der Einheit zum Wohle der ganzen Welt zusammenarbeitendes Europa gibt.“<sup>111</sup>

111 Gedrucktes Flugblatt der Rede Bernhards zum 1. Mai 1946, zit. nach Lipgens: Anfänge (wie Anm. 88), S. 414 mit Anm. 272.

## Vom Rand zur Mitte? Partizipation und Politisierungsprozesse von liberalen Frauen in der Aufbauphase der Bundesrepublik

Die Verleihung des Wahlrechts und der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung durch die Räteregierung und in der Weimarer Reichsverfassung 1919 markierte nach dem Ersten Weltkrieg einen ersten Meilenstein auf dem Weg zur Partizipation der Frauen in Parteien und Parlamenten, obgleich die zugestandenen Rechte 1933 faktisch wieder entzogen wurden. In der nationalsozialistischen Diktatur blieben Frauen von der offiziellen Politik ausgeschlossen. Erst nach dem Zusammenbruch der NS-Diktatur konnten sie 1945 erneut parteipolitisch aktiv werden.

Die Stellung der Frauen in Parteien und Parlamenten blieb jedoch ambivalent: Trotz der im Verfassungstext 1949 theoretisch zugestandenen Gleichberechtigung waren Frauen in der Parteipolitik der Bundesrepublik bis in die 1980er Jahre hinein ein Ausnahmephänomen.

Diese Spannung zwischen Verfassungsnorm und unzureichender Verwirklichung in der politischen Praxis prägte in hohem Maß auch die Situation der Frauen in den liberalen Parteiverbänden in der Weimarer und Bonner Republik. Obgleich bürgerliche Frauenrechtlerinnen den politischen Liberalismus als Bündnispartner in ihrem Kampf für Emanzipation, verbesserte Bildungs- und Berufschancen und politische Freiheitsrechte auch für Frauen sahen, mussten sie Mut und Durchsetzungsvermögen zeigen, wenn sie sich gegenüber ihren männlichen Gesinnungsgenossen behaupten wollten. Bereits in den liberalen Vorläuferparteien der FDP in der Weimarer Republik, der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und der Deutschen Volkspartei (DVP), stießen Politikerinnen trotz des theoretischen Zugeständnisses der Gleichberechtigung in der politischen Praxis auf Widerstände der Männer gegen eine gleichberechtigte Mitarbeit der Frauen. Dieses spannungsreiche Verhältnis zwischen politischem Liberalismus und Frauenbeteiligung setzte sich in der FDP der Nachkriegszeit fort.

Als sich nach 1945 die ersten liberalen Parteiverbände konstituierten, schlossen sich ihnen zunächst vorrangig Politikerinnen der Weimarer Generation an, die schon in DDP und DVP organisiert waren. Der Kampf um eine verbesserte Rechtsstellung der Frauen reichte für Frauenrechtlerinnen wie die frühere DDP-Reichstagsabgeordnete Marie-Elisabeth Lüders bis in die 1890er

Jahre zurück. Der Zusammenbruch des Nationalsozialismus bedeutete für sie die Chance zur Wiederaufnahme der vor 1933 begonnenen frauenpolitischen Reformbestrebungen.

Ob und inwieweit Politikerinnen liberaler Parteiverbände nach der Erfahrung der nationalsozialistischen Diktatur 1945 an die Traditionslinien der Politikerinnen der bürgerlich-liberalen Parteien und Frauenorganisationen vor 1933 anknüpfen konnten, ist eine zentrale Frage der Forschung, die hier zur Einordnung der liberalen Politikerinnen und ihres Wirkens in der bundesrepublikanischen Nachkriegszeit zwischen Weimarer und neuer Frauenbewegung aufgegriffen wird.

Führte der erneute Eintritt der Frauen in die Politik nach ihrer Entrechtung im Nationalsozialismus dazu, dass die gleichberechtigte Frauenbeteiligung in Partei und Parlament als eine zentrale Voraussetzung für das Gelingen der Demokratisierung betrachtet wurde? Inwieweit gelang es liberalen Politikerinnen, die Behandlung von Frauen- und Gleichberechtigungspolitik als randständiges Politikfeld in ihrer Partei zu durchbrechen? Welchen Handlungsbedarf sahen die Politikerinnen angesichts der Tradierung ihres Minderheitenstatus? Wurden sie von ihren männlichen Parteikollegen unterstützt, oder blieben sie wie in der Weimarer Zeit auf die Vernetzung mit Frauenverbänden verwiesen? Schrieben sie Frauen andere Qualitäten und Aufgaben in der Politik zu als Männern? Unterschied sich der politische Aufbruch der Weimarer Frauengeneration nach 1945 von dem der jüngeren Nachkriegspolitikerinnen?

Anliegen des folgenden Aufsatzes ist es, geleitet von diesen Fragen, einen historiographischen Beitrag zum Wirken der FDP-Politikerinnen der Nachkriegszeit zu leisten, um die Bedeutung ihrer Erfahrungen und Handlungen für die Frauenpolitik der FDP, für die Geschichte des Liberalismus in Deutschland, die Geschichte von Frauen in der Parteipolitik seit 1945 und für die ersten politischen Weichenstellungen beim Aufbau einer demokratischen Gesellschaft nach der Weststaatsgründung sichtbar zu machen. Die Antworten können zentrale Problemkomplexe der Geschichte der Demokratisierung und Modernisierung der Bundesrepublik Deutschland erhellen, die ohne die Frage nach der Demokratisierung der Geschlechterverhältnisse unverständlich und unvollständig blieben.

Nach einem einleitenden Überblick über Forschungsstand und -literatur wird die parteiinterne Situation der FDP-Politikerinnen einschließlich der Konflikte um eine Beteiligung von Frauen an Ämtern und Mandaten sowie ihre Interessen an einer Quotierung beschrieben. Dabei wird skizziert, welchen persönlichen Anteil die Parteipolitikerinnen an Veränderungen ihres politischen Milieus hatten, und welche Akteurinnen und Akteure zwischen 1945 und 1963 bei der Verwirklichung des in Artikel 3, Absatz 2 des Grundgesetzes verankerten Gleichberechtigungsauftrags kooperierten. Der zeitliche Schwerpunkt der Analyse wird auf die Aufbauphase der Bundesrepublik in der Ära

Adenauer gelegt. In einem Ausblick auf die folgenden Jahrzehnte wird jedoch der Frage nach Persistenz und Wandelbarkeit der Frauen- und Gleichberechtigungspolitik in der FDP nachgegangen.

## Forschungsstand

Die Geschichte der Demokratie in Deutschland ist bislang, so die Kritik der gender-sensiblen Partizipationsforschung, überwiegend als Geschichte männlicher Politiker geschrieben worden. Vorhandene Untersuchungen zu Parteipolitikerinnen nach 1945 beschränken sich entweder auf kurze Portraits einzelner prominenter Politikerinnen oder auf die Politikerinnen der beiden Volksparteien, während sie in der Liberalismus- und FDP-Forschung bis vor kurzem höchstens randständige Erwähnung fanden.<sup>1</sup> Vorrangig hat sich die durch die neue Frauenbewegung der 1970er Jahre geprägte feministische Forschung mit Frauen in der Politik befasst.

In den zumeist allgemein gehaltenen Überblicksdarstellungen zur parteipolitischen Partizipation von Frauen wird die unmittelbare Nachkriegszeit einhellig als eine Zeit beschrieben, in der die Versorgungs- und Orientierungskrise zu einer erweiterten Zuständigkeit der Frau für die Versorgung der Familie führte. Infolge der Abwesenheit der im Krieg gefallenen oder sich in Gefangenschaft befindenden Männer sicherten primär Frauen das Überleben ihrer Familien und weiter Bevölkerungskreise.<sup>2</sup> Dies führte zu einer Aufbruchsstimmung von Frauen, die sich für die Lenkung der politischen Geschehnisse Deutschlands besonders prädestiniert fühlten. Als Indiz des Aufbruchs oder der „Stunde der Frauen“<sup>3</sup> werden in erster Linie die in vielen deutschen Städten nach dem Krieg begründeten Frauenausschüsse betrachtet. In der Forschung wird diskutiert, ob und inwieweit die von Frauen geleisteten existentiellen, das Überleben weiter Bevölkerungskreise sichernden Tätigkeiten als Politik zu bewerten seien, inwieweit sie emanzipatorische Chancen bargen, und ob die Frauen im zeitlichen Kontext selbst die Verantwortung für ein in vielen Studien

1 Vgl. zur Forschungssituation Sylvia Heinemann: Frauenfragen sind Menschheitsfragen. Die Frauenpolitik der Freien Demokratinnen von 1949 bis 1963. Sulzbach/ Taunus 2012, S. 14-28.

2 Vgl. Renate Genth: Frauenpolitik und politisches Handeln von Frauen In: Beiträge zur Dissidenz. Hg. v. Claudia von Werlhof. Frankfurt a.M. 2001, S. 73 ff.

3 So der von Nori Möding gewählte Titel ihres Aufsatzes zur Politik bürgerlicher Frauen: Die Stunde der Frauen? Frauen und Frauenorganisation des bürgerlichen Lagers. In: Martin Broszat/Klaus-Dieter Henke/Hans Woller (Hg.): Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland. München 1988, S. 619-647.

unterstelltes Versäumen dieser Chancen trugen.<sup>4</sup> So spricht Renate Genth von einer zeitweiligen Ausnahmesituation, in der Frauen erfolgreich politisch agierten. Diese sei 1949 abgeschlossen gewesen, nachdem die Männer aus Krieg und Gefangenschaft heimgekehrt wären und ihre „angestammten“ Plätze in Institutionen, Arbeit und Familie zurückgefordert hätten.

In den 1950er Jahren wurde im offiziellen politischen Diskurs vielfach die Restauration der patriarchalischen Arbeitsteilung und Geschlechterordnung als erwünschte Norm propagiert. Nicht zuletzt infolge der tradierten Unterscheidung zwischen männlichen und weiblichen Aufgabenbereichen prägte die Vorstellung, dass Politik „Männersache“ sei, das Alltagsdenken vieler Menschen in Deutschland. Daraus leiten einige Forscher/innen die These ab, in den 1950er Jahren hätten Politikerinnen aller Parteien sich kritiklos an restaurative Tendenzen der Ära Adenauer angepasst. Die politische Emanzipation sei in eine „Latenzphase“ getreten, während die Privatsphäre, die Beziehungen in Ehe und Familie, sich durch den Machtzuwachs der Frauen infolge ihrer erzwungenen Selbständigkeit in Kriegs- und Nachkriegszeit dauerhaft verändert habe.<sup>5</sup>

Aus einer anderen Deutungsperspektive wird die von Nachkriegspolitikerinnen betonte Annahme geschlechtsspezifischer Differenzen zwischen Frauen und Männern für den Machtverlust und das „Scheitern des Aufbruchs der Frauen“ verantwortlich gemacht, indem sie als Ursache für eine erneute geschlechtsspezifische Segmentierung der Tätigkeitsfelder in der Politik interpretiert wird. Die Politikerinnen hätten in Anknüpfung an die Theorie der „geistigen Mütterlichkeit“,<sup>6</sup> welche die Repräsentantinnen der bürgerlichen Frauenbewegung seit 1900 zur Rechtfertigung der politischen Partizipation und außerhäuslichen Erwerbsarbeit der Frauen vertraten, soziale und frauenpolitische Fragen präferiert. Durch die „freiwillige Selbstbescheidung“ mit Ressorts, die als weniger einflussreich galten, trügen sie Mitschuld an ihrem eigenen Machtverlust.<sup>7</sup>

Welche Handlungsspielräume liberale Parteipolitikerinnen nach 1945 angesichts der Realitätsmächtigkeit der geschlechtsspezifischen Zuweisungen

4 Den Begriff der „versäumten Emanzipationschancen“ verwendet Annette Kuhn: 1945 – Versäumte Emanzipationschancen? Feministische Überlegungen zur Refamiliarisierung nach 1945. In: Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Frauen in den neuen Bundesländern: Rückzug in die Familie oder Aufbruch zur Gleichstellung in Beruf und Familie? Bonn 1991, S. 17-43, hier S. 17. Ähnlich formuliert Nori Möding ihre Fragestellung: „Die Stunde vertan?“, vgl. Möding (wie Anm. 3), S. 645 f.

5 Vgl. Genth (wie Anm. 2), S. 85-92.

6 Vgl. Irene Stoehr: „Organisierte Mütterlichkeit“. Zur Politik der deutschen Frauenbewegung um 1900 In: Karin Hausen (Hg.): Frauen suchen ihre Geschichte. Historische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert. München 1983, S. 221-249; Ute Gerhard: Gleichheit ohne Angleichung. Frauen im Recht. München 1990, S. 73-103.

7 Vgl. Petra Holz: Zwischen Tradition und Emanzipation. CDU-Politikerinnen in der Zeit von 1949 bis 1957. Königstein/ Taunus 2004, S. 240 ff. und Möding (wie Anm. 3), S. 646 f.

hatten, in welchem Verhältnis sie zu dem normativen, konservativen Frauenleitbild standen, das die Frau als Hausfrau und Mutter definierte, und wie sie ihre Handlungsspielräume in der Praxis nutzten, um ihre Vision von der politisch gleichberechtigten Frau zu verwirklichen, sind vor dem Hintergrund der skizzierten Forschungsthesen die Ausgangsfragen des folgenden Abschnitts.

## Der frauenpolitische Aufbruch liberaler Politikerinnen nach 1945

Zu den wichtigsten Forderungen der politisch agierenden Frauen nach 1945 gehörte die nach voller politischer Gleichberechtigung. Auf dem ersten Berliner Parteitag des Landesverbandes der LDP im Juni 1946 forderte die Delegierte Helene Beer die Besetzung der Stellen nach demokratischen Grundprinzipien einschließlich gleichberechtigter Partizipationschancen von Frauen in der Politik. Beachtenswert sind ihre Ausführungen auch aufgrund der radikalen Ausdrucksweise, die keine Anzeichen von Zurückhaltung und „weiblicher Selbstbescheidung“ erkennen lassen. Tradierte geschlechtsspezifische Rollenzuweisungen lehnte sie in der Politik für ihre Generation als unzeitgemäß ab. Sie bilanzierte jedoch, es sei noch ein langer Weg von der grundsätzlichen Anerkennung der Gleichberechtigung bis zur praktischen Verwirklichung: „Es gibt weibliche Bürgermeister, Stadträte, Richter usw. Aber wie viele oder, richtiger gesagt, wie wenige dieser Posten sind durch Frauen besetzt!? Der Kampf geht weiter, und er wird härter werden, je nachdrücklicher wir die restlose Erfüllung unserer Forderungen verlangen. Unsere Parole ist: ›Mehr Frauen in die öffentlichen Ämter und Verwaltungen!‹ [...] Die Frau unserer Generation in ihrem Kampf um ihre Rechte muß mit allem Nachdruck fordern, von der Öffentlichkeit als das anerkannt zu werden, was sie ist: eine selbständige, individuelle Staatsbürgerin.“<sup>8</sup>

Die liberale Frauenreferentin Erika Fischer verwies auf der ersten Delegiertenkonferenz der Frauenausschüsse in Berlin 1946 darauf, dass nach den nationalsozialistischen Verbrechen nicht mehr vorbehaltlos an das von der bürgerlichen Frauenbewegung vor 1933 vertretene Konzept der „Mütterlichkeit“ angeknüpft werden könne. Wie Beer lehnte sie es explizit ab, dass Frauen sich nur Ressorts wie Gesundheitspflege, Wohlfahrt und Erziehung widmen sollten: „Wir stehen am Anfang zur Ausbildung einer echten Demokratie in Deutschland und wir haben als Frauen die Pflicht bei der Gestaltung dieser Demokratie alle unsere Kräfte, vor allem auch unsere Vernunft aktiv einzu-

8 Erster Berliner Parteitag des Landesverbandes Berlin der Liberal-Demokratischen Partei am 1. und 2. Juni 1946 im Schiffbauerdamm-Theater in Berlin, hrsg. v. LDP-Landesverband Berlin. Berlin 1946, S. 64 u. 68. Exemplar im Archiv des Liberalismus, Gummersbach (demn. ADL), D01-01809.

setzen. [...] Wir Frauen müssen auf allen Gebieten führend mitarbeiten und führend eingeschaltet werden in die Gestaltung der Aufgaben.“<sup>9</sup>

Hinsichtlich der Eigenschaften der Frau gab es hingegen ein heterogenes Meinungsspektrum in den liberalen Parteiverbänden, wobei zwei unterschiedliche Deutungsperspektiven dominierten: Die Berliner LDP-Politikerin Ella Barowsky wandte sich gegen die Biologisierung politischer Sachverhalte. Sie vertrat ein strikt egalitäres Gleichberechtigungsverständnis und kritisierte sogar, dass von einer Frauenfrage, aber nicht von einer Männerfrage gesprochen werde. Die Differenzierung zwischen weiblichen und männlichen Arbeitsbereichen lehnte sie entschieden ab: „Eine Männerfrage hat es merkwürdigerweise nie gegeben. [...] Man knüpft hier immer an rein biologische, an die Geschlechtsgegebenheiten an. Jeder Mensch, ob Mann oder Frau, ist biologisch verschieden konstruiert. Es gibt sehr starke und robuste Frauen, und es gibt sehr zarte Männer. Lösen wir uns doch einmal von dieser rein biologischen Betrachtung und betrachten wir diese Dinge unter dem Gesichtspunkt des Individualismus. [...] Es muß jeder da eingesetzt werden, wo er seine natürliche Begabung hat. Es darf keinen Unterschied geben zwischen ganz typisch weiblicher und ganz typisch männlicher Arbeit; das gibt es bei individualistisch gebildeten Menschen nicht.“<sup>10</sup>

Ein zweiter Flügel unter den LDP-Politikerinnen rekurrierte hingegen auf den unverzichtbaren Einfluss der „spezifisch weiblichen Eigenschaften“ wie Friedensliebe und Hilfsbereitschaft, um die politische Teilhabe der Frau zu begründen.<sup>11</sup> Erklärte Intention war die Schaffung einer „neuen, besseren Welt“, in der Nationalsozialismus, Krieg und Diktatur nie wieder möglich sein sollten. Einige Politikerinnen und Politiker sprachen im Zusammenhang mit der geforderten Demokratisierung sogar von einer „Mission der Frauen“.<sup>12</sup>

Der Gewinnung von Frauen für die Politik stand jedoch auch ihre Mehrfachbelastung durch Familie, Haushalt und Beruf sowie durch die in Abwesenheit der Männer geleistete Trümmerbeseitigung und die Versorgung weiter Bevölkerungskreise mit Nahrung und Kleidung entgegen. Zugleich speiste sich gerade aus der Bewährung angesichts dieser Belastung das Selbstwertgefühl der Frauen. Mit Blick auf die angestrebte Politisierung und die Erhöhung des Frauenanteils in politischen Ämtern wurde einerseits auf ihre Leistungen beim Aufbau des Landes verwiesen, andererseits die unzureichende Anerkennung dieser Arbeit problematisiert. Die Hinweise auf die Leistungen der Frau-

9 Erika Fischer, Referat auf der ersten Delegiertenkonferenz der Frauenausschüsse in Berlin am 13./14. Juli 1946, ADL, N14-50, S. 178 f.

10 Ella Barowsky, in: Erster Berliner Parteitag des LV Berlin der LDP (wie Anm. 8), S. 71 u. 73. Auf welche Mehrheiten sich die jeweiligen Deutungsperspektiven stützen konnten, kann anhand der Quellenlage nicht geklärt werden.

11 Franziska Pruckner an Thomas Dehler, Brief vom 17.6.1949, ADL N2-3, Bl. 46.

12 Vgl. Magda Schroedter: Die sozialen Nöte der Frau und die LDP, Protokoll der Frauenversammlung der LDP am 6.9.1946, ADL, 11823.

en für das Überleben in Kriegs- und Nachkriegszeit wurden nicht nur mit ideellen, sondern auch sehr konkreten materiellen Erwartungen verbunden. So war die bessere Einstufung der Lebensmittelkarten eine Mindestforderung, die von Politikerinnen aller Parteien erhoben wurde, die sich für die Abschaffung der so genannten „Hunger- oder Friedhofskarte“ für Hausfrauen einsetzten.<sup>13</sup>

Katharina von Kardorff-Oheimb, ehemalige DVP-Reichstagsabgeordnete und zunächst Vorsitzende des Frauenausschusses der Berliner LDP, gehörte zu den wenigen Politikerinnen, die eine Lösung des Problems darin sahen, dass Jungen lernen sollten, gleichberechtigt (!) Verantwortung im Haushalt zu tragen.<sup>14</sup> Die meisten FDP-Politikerinnen verlangten indes nur eine zeitliche Entlastung der Frauen, um sie für die politische Arbeit „frei zu machen“. Die gleichberechtigte Aufteilung der Hausarbeit zwischen Männern und Frauen hatten die Liberalen dabei aber genauso wenig im Blick wie die Politiker und Politikerinnen anderer Parteien. Sie gingen bis auf wenige Ausnahmen von einer uneingeschränkten Zuständigkeit der Frauen für Haus- und Familienarbeit aus.

Aufgrund der Erfahrungen der Frauen im Umgang mit Menschen – sei es in der Familie oder in traditionell für Frauen zugänglichen Arbeitsfeldern wie der Wohlfahrts- oder Sozialarbeit – schrieben Politikerinnen aller Parteien den Frauen spezifische soziale Fähigkeiten zu, die sie politisch nutzen sollten. So unterstellten auch Sozial- und Christdemokratinnen das Vorhandensein einer „weiblichen Eigenart“. Die politischen Teilhabeansprüche der Frauen leiteten sie gerade aus der Andersartigkeit von Frau und Mann ab.<sup>15</sup>

In der Forschung wird – wie einleitend erwähnt – von den bilanzierten geschlechtsspezifischen Zuweisungen durch die Nachkriegsministerinnen zum Teil auf eine bewusste oder unbewusste Präferenz von Aufgabenfeldern in der Politik geschlossen. Die Ergebnisse einer systematischen Quellenanalyse widersprechen indes der verbreiteten These, dass die Beschäftigung der Politikerinnen mit der bis dahin vernachlässigten Sozialpolitik mit einem Desinteresse an Wirtschafts- und Außenpolitik korrelierte. Obgleich viele FDP-Politikerinnen Unterschiede zwischen Frauen und Männern voraussetzten, die aus unterschiedlicher Erziehung und Alltagswirklichkeit der Frauen resultierten, leiteten sie aus der unterstellten anderen Sichtweise der Frauen keineswegs eine unterschiedliche Aufgabenverteilung von Männern und Frauen in der Politik ab. Sogar Politikerinnen, die geschlechtsspezifische Differenzen betonten, sprachen entsprechende Warnungen vor einer Beschränkung auf traditionell

13 Ebd.

14 Vgl. Katharina v. Kardorff-Oheimb: Gedanken zur Politik, ADL, L5-25, Ordner Rundschreiben LV-Berlin 14.8.1946 – 20.12.1950, o.D.

15 Vgl. Annedore Leber: Frauenschulung. In: Genossin Nr. 1, Feb./ März 1948, S. 11; Holz (wie Anm. 7), S. 234.



frauenorientierte Ressorts aus.<sup>16</sup> Bereits der Frauenbeirat der FDP der britischen Zone beschloss 1948, dass seine Sprecherin Erika Fischer auf dem Zonenparteitag kein Referat über frauenspezifische oder soziale Fragen halten sollte, „weil damit zu sehr der Eindruck erweckt würde, als ob sich die öffentliche Anteilnahme und Wirksamkeit der Frau auf diesen Gebieten erschöpfen“.<sup>17</sup>

Auch die Bundestagsabgeordnete Herta Ilk warnte 1949 im Bundestag vor einer geschlechtsspezifischen Differenzierung von Aufgaben in der Politik. Sie forderte, dass „in allen Ministerien Frauen eingestellt werden sollen, und zwar aufgrund ihrer Fähigkeiten und nicht zur Bearbeitung der Fragen, die die Frauen allein betreffen, denn es gibt keine männliche und keine weibliche Politik und keine Trennung der Geschlechter im ganzen. Hier muß die Persönlichkeit gewertet und auch der Frau gestattet werden, daß sie nicht nur in Frauenfragen, sondern auch in allgemeinen Fragen maßgeblich beteiligt ist.“<sup>18</sup>

Hier zeigt sich das Dilemma der Politikerinnen im zeitlichen Kontext, einerseits die Bedeutung von Frauenfragen als Menschheitsfragen sichtbar zu machen, andererseits ihre Qualifikation für Aufgaben in traditionell männlichen Ressorts wie der Außen- oder Wirtschaftspolitik unter Beweis stellen zu müssen. Die Annahme, dass alle bürgerlichen Politikerinnen nach 1945 das Modell der Geschlechterdifferenz aus der Zeit vor 1933 kritiklos übernommen und so einer Segmentierung der Tätigkeitsfelder Vorschub geleistet hätten, die wiederum das Scheitern des Aufbruchs der Frauen durch ihren Verzicht auf Positionen mit politischer Macht begründete, erweist sich insofern als unpräzise Verallgemeinerung. Die Quellenanalyse stützt vielmehr die These, dass frühzeitig Überlegungen angestellt wurden, wie diese Segmentierung verhindert werden könnte. Da viele Frauen, die nach 1945 liberalen Parteiverbänden beitraten, Wirtschafts- und Finanzwissenschaften studiert hatten, wollten sie diese Ressorts nicht ihren männlichen Kollegen überlassen, sondern wie diese ihre Qualifikation auch an entsprechender Stelle in die politische Arbeit einbringen.

Warnungen vor einer Beschränkung auf „weiche“ Ressorts wurden in der CDU laut Petra Holz erst in den 1970er Jahren von Helga Wex formuliert, die als Vorsitzende der Frauenunion neue Zeichen gesetzt hatte, indem sie forderte,

16 Auch Lüders betonte: „Es gibt keine männliche und keine weibliche Politik, sondern die Politik hat den Menschen schlechthin zum Gegenstand.“ Zitiert nach: Luise Brinkert: Dr. Marie-Elisabeth Lüders zum 75. Geburtstag, in: fdk 42 vom 18.6.1953, S. 4-6, hier S. 5.

17 Vgl. Protokoll der Frauenbeiratssitzung am 28./29.8.1948 in Göttingen, ADL N73-14.

18 Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte. 1. Leg. 1949-1953, Bonn 1949 ff., 20. u. 21. Sitzung, 2.12.1949.

dass sich Frauen nicht nur um Sozial- und Bildungspolitik kümmern sollten, sondern auch um „harte Themen“ wie Wirtschaftspolitik.<sup>19</sup>

Mit Blick auf den Aufbruch der Frauen nach dem Krieg stellt sich aber auch die Frage, ob in der von den Zeitgenossinnen intendierten Sichtbarmachung von Frauenfragen als Menschheitsfragen nicht gerade der andere Beitrag von Frauen zur Demokratisierung gesucht werden muss, statt die Aufwertung von Frauen-, Bildungs- und Sozialpolitik für ein angebliches Scheitern der Frauen verantwortlich zu machen.

### Gleichberechtigung in der FDP zwischen Anspruch und Verwirklichung

Die Veränderung von Machtstrukturen in der Politik zugunsten gleichberechtigter Partizipationsansprüche der Frauen wurde in der FDP theoretisch gerade auch in den ersten Jahren nach dem Krieg von männlichen Parteipräsentanten bejaht. Die staatsbürgerliche Gleichberechtigung als normativer Anspruch war nicht diskutabel. Konflikte entstanden aber angesichts der Frage, ob und wie dieser Anspruch praktisch durch die Partei umgesetzt werden sollte.

Der spätere Parteivorsitzende Franz Blücher bekräftigte 1946 im Zonenvorstand, dass die Gewinnung von Frauen für die Politik dringend notwendig sei.<sup>20</sup> Die Sicherung einer Mindestquote von Frauen in den Parteiorganen galt als selbstverständliches Anliegen. In Vorstände mit mehr als zehn Mitgliedern sollten mindestens zwei Frauen delegiert werden.<sup>21</sup> Als im März 1947 keine Frau in den Vorstand der DPD gewählt worden war, äußerten FDP-Politikerinnen erstmals schärfere Kritik an Gleichberechtigungsdefiziten in der Partei. Die Abkehr von der politischen Alleinherrschaft der Männer galt als Voraussetzung des demokratischen Neuanfangs. So schrieb Margarete Gramberg an Franz Blücher: „Die Zeit der allein männlichen-politischen Betätigung sollte doch mit dem ›tausendjährigen Reich‹ verschwunden sein. Da die Liberale und Freie Demokratische Partei immer wieder die zwingende Notwendigkeit der

19 Während FDP-Frauen oft aus gut situierten Familien kamen, die ihnen eine gute Ausbildung ermöglichen konnten, verlief der Bildungsweg vieler Sozial- und Christdemokratinnen der Nachkriegsgeneration genau entgegengesetzt: Erst der Weg in die Parteipolitik eröffnete ihnen Bildungszugänge. Vgl. Holz (wie Anm. 7), S. 280, 287-300 und Heike Meyer Schoppa: „Zwischen Nebenwiderspruch“ und „revolutionärem Entwurf“: Emanzipatorische Potenziale sozialdemokratischer Frauenpolitik 1945-1949. Herbolzheim 2004, S. 277.

20 Vgl. Niederschrift über die Sitzung des Zonenvorstandes und des Zentralaussschusses vom 16.11.1946. In: Politischer Liberalismus in der britischen Besatzungszone 1946-1948. Führungsorgane und Politik der FDP. Eingeleitet von Lothar Albertin u. bearb. von dems. u. Hans F. W. Gringmuth. Düsseldorf 1995, S. 107.

21 Vgl. Niederschrift über die Sitzung des Zonenvorstandes (2. Tag) am 20.10.1946, ebd., S. 98 f.

politischen Betätigung der Frauen betont, wäre es notwendig, dies auch in ihrem Vorstand nach aussen hin zu zeigen.“<sup>22</sup>

Aufgrund der damaligen Mehrheit des weiblichen Bevölkerungsanteils in Westdeutschland von rund sieben Millionen wurde angenommen, dass Frauen entscheidenden Einfluss darauf haben würden, ob eine Demokratisierung Deutschlands gelingen würde. Die Hoffnungen der Politikerinnen auf politische Gleichberechtigung richteten sich somit auch auf die ersten Bundestagswahlen.

Als am 14. August 1949 in Westdeutschland nach mehr als 16 Jahren wieder freie politische Wahlen stattfanden, lag die Wahlbeteiligung bei 80 %. Von den insgesamt 410 Abgeordneten waren 28 weiblichen Geschlechts. Zu Beginn der Legislaturperiode betrug ihr Anteil 6,8 %, so dass er unter dem Frauenanteil der Weimarer Nationalversammlung von 8,7 % lag. Für die FDP war zu Beginn der Legislaturperiode keine einzige Frau ins Parlament eingezogen, obgleich sie 11,9 % der Stimmen und 52 Sitze im Bundestag bekommen hatte.<sup>23</sup>

Herta Ilk und Margarete Hütter gelangten aber noch 1949 als Nachrückerrinnen in den Bundestag, 1952 folgte Friederike Mulert. Von anfänglichen 0 % hatte sich der Frauenanteil der FDP-Fraktion auf 5,4 % im Jahr 1953 erhöht. Dass der Frauenanteil am Ende der Legislaturperiode höher war als am Anfang, gilt für weitere Wahlperioden und war auch für andere Parteien signifikant. Von der dritten bis zur siebten Wahlperiode zeichnete sich sogar eine rückläufige Tendenz der Frauenanteile in den Fraktionen ab, die auch in der Benachteiligung der Frauen bei der Nominierung für sichere Listenplätze und Wahlkreise begründet lag.<sup>24</sup>

In parlamentarischen Ämtern waren Frauen kaum vertreten: In den Bundestagsausschüssen, in denen parlamentarische Entscheidungen maßgeblich vorbereitet werden, stellten Frauen nur 10 % der Mitglieder (1951). Bevor Liselotte Funcke in der 7. Wahlperiode Vorsitzende des Finanzausschusses wurde, waren weibliche Abgeordnete als Vorsitzende nur in Ausschüssen mit „sozialer“ Thematik zu finden.

Die auf die Spitzen der Exekutive fokussierten Medien nahmen weder von diesen Gremien noch von den vorparlamentarischen frauenpolitischen Aktivitäten besondere Notiz. Die These der durch die Frauenbewegung der 1970er Jahre geprägten Frauenforschung, nach 1949 habe eine „frauenpolitische Flaute“ geherrscht, da es keine wirksame Vertretung von Fraueninteressen in der Parteipolitik gegeben habe, war vermutlich auch ein Ergebnis des Ignorierens

22 Margarete Gramberg an Franz Blücher, Brief vom 26.3.1947, ADL, FDP der britischen Zone, Akte Nr. 13.

23 Vgl. Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestags 1949-1999 Bd. 1, bearb. v. Peter Schindler, Baden-Baden 1999, S. 634 ff.

24 Vgl. Heide-Marie Lauterer: Parlamentarierinnen in Deutschland 1918/19-1949. Königstein/Taunus 2002, S. 370.

der Frauenpolitik durch die Berichterstattung der Medien, die in der älteren Forschung kaum reflektiert wurde.<sup>25</sup>

In den FDP-Frakturen der Landtage gab es häufig nur eine Frau oder gar keine. Ein Anteil von mehr als zwei weiblichen Fraktionsmitgliedern bildete eine absolute Ausnahme.<sup>26</sup> In Rheinland-Pfalz gehörte von 1947 bis in die 1990er Jahre hinein keine Frau der FDP-Fraktion an. In Schleswig-Holstein gab es bis 1958 keine Frau in der liberalen Fraktion. Und in Bayern war von 1950 bis 1966 mit Hildegard Brücher nur eine einzige liberale Frau im Landtag vertreten.

Nie waren mehr als vier Frauen in der Ära Adenauer in den jeweiligen FDP-Frakturen vertreten. Dies geschah etwa 1950, als vier Frauen in den Landtag von Nordrhein-Westfalen einziehen konnten. Dieser „Frauenrekord“ war jedoch ein Zufallsergebnis. Nachdem die FDP 1947 hier nur 12 Mandate erhalten hatte, gelangte mit Lotte Friese-Korn eine Frau in den Landtag. Da die 1950 erfolgte Erhöhung auf mehr als das Doppelte nicht erwartet worden war, konnten mit Lotte Friese-Korn, Lina Buscham, Cläre Bläser und Liselotte Funcke vier Frauen in den Landtag einziehen, von denen drei auf unsicheren Listenplätzen aufgestellt worden waren. Die Vermutung, dass der hohe Frauenanteil von 1950 nicht intendiert worden war, kann durch das Wahlergebnis von 1954 gestützt werden: Die FDP erhielt nur ein Mandat weniger als in der vorangegangenen Legislaturperiode. Da nun aber ein hohes Wahlergebnis einkalkuliert worden war, gelangte mit Liselotte Funcke wieder nur eine Frau in die Fraktion.

In den Landesregierungen, an denen die FDP häufig beteiligt war, finden sich bis 1963 nur zwei Ministerinnen. Die erste war Marie-Elisabeth Lüders, die der West-Berliner Landesregierung von 1949 bis 1951 angehörte. Die Hamburger Abgeordnete Emilie Kiep-Altenloh war mit ihrer siebenjährigen Amtszeit von 1954 bis 1961 am längsten FDP-Landesministerin.

„Wollten die Männer unter sich sein?“<sup>27</sup>

Nach den Bundestagswahlen 1949 konstatierte die Vorsitzende des Frauenbeirats der FDP, Hanna Katz, enttäuscht, dass die quantitative Überlegenheit der Frauen nicht zu der erhofften Gleichberechtigung geführt habe. Überschrift

25 Vgl. Uta Schwarz: Wochenschau, westdeutsche Identität und Geschlecht in den fünfziger Jahren. Frankfurt a.M. 2002, S. 376.

26 Vgl. hierzu und im Folgenden die Übersicht in Liselotte Funcke (Hrsg.): Frei sein, um andere frei zu machen: Die Liberalen. Stuttgart 1984, S. 300 f.; Kerstin Weinbach: Frauenbeteiligung und Frauenpolitik in der FDP. Bedingungen, Errungenschaften und Grenzen eines randständigen Politikfeldes der liberalen Partei (unveröff. Diplomarbeit). Marburg 1992.

27 Hanna Katz: Wollten die Männer unter sich sein?, in: ADL A5-3, Bl. 74ff.

und leitende Frage ihrer Wahlbetrachtung deuten an, dass sie die geringe Präsenz von Frauen in Partei und Parlament primär auf Widerstände der Männer gegen eine gleichberechtigte Zusammenarbeit zurückführte. Der Hinweis auf die politische Ausgrenzung der Frauen im Nationalsozialismus und ihre Folgen bildete auch bei Hanna Katz die argumentative Basis für die Forderung nach Gleichberechtigung:

„Es wäre tief bedauerlich, und zwar nicht nur für uns Frauen, sondern für das Wohl unseres ganzen Volkes, wenn man eine wirkliche Tendenz dahingehend feststellte, daß die Männer bei der Lenkung unserer Geschicke unter sich sein wollen und die Frauen gewissermaßen ›draußen vor der Tür‹ ließen. Diese Tendenz müßte uns nachdenklich stimmen, denn wir Frauen haben es noch nicht vergessen, daß uns das ›Dritte Reich‹ zu den politisch Unmündigen gestempelt hatte, und wir sind der Meinung, daß das Fehlen des politischen Einflusses der Frauen gerade im ›Dritten Reich‹ sich so verhängnisvoll ausgewirkt hat.“<sup>28</sup>

Da die FDP als einzige der größeren Parteien zu Beginn der Legislaturperiode keine Frau in den Bundestag entsandt hatte, und Herta Ilk ebenso wie Margarete Hütter 1949 lediglich durch Nachrücken nach dem Ausscheiden zweier männlicher Abgeordneter in das Parlament gelangt waren, appellierte Katz gerade auch an die Männer der eigenen Partei, die Gleichberechtigung der Frauen in der Praxis anzuerkennen. Sie wandte sich entschieden gegen die Annahme, dass es keine qualifizierten Frauen gegeben habe, die sich für eine Kandidatur zur Verfügung gestellt hätten. Da die Wahlausschüsse fast ausschließlich von Männern besetzt seien, gelinge es Frauen aber kaum, sich bei den Abstimmungen durchzusetzen.

Auch die Frauenausschüsse der einzelnen FDP-Landesverbände übten nach der Bundestagswahl Kritik an den politischen Gleichberechtigungsdefiziten in der FDP. Exemplarisch ist das Rundschreiben des Frauenausschusses in Nordrhein-Westfalen, das sich in Ton und Inhalt deutlich von anderen Äußerungen in der unmittelbaren Nachkriegszeit unterscheidet:

„Unser allverehrter Bundespräsident Heuss hat seiner ersten Rede den Wahlspruch gegeben: ›Gerechtigkeit erhöht ein Volk.‹ Von dieser Gerechtigkeit ist in unserer Partei sehr wenig zu verspüren. Nach der Bundestagswahl, die das für die Partei beschämende Ergebnis brachte, daß in einer Fraktion von 52 Mitgliedern nur zwei Frauen vertreten sind, und diese zwei Frauen nur einem günstigen Zufall ihre Mitgliedschaft im Bundestag zu verdanken haben, sind wir Frauen von Nordrhein-Westfalen bemüht gewesen, immer wieder auf die Unhaltbarkeit dieses Zustandes hinzuweisen. [...] Meine Herren, wenn in ihren Reihen die Äusserung fällt: ›Im höchsten Fall drei‹, so bedeutet das, ›am liebsten keine‹ und ist ein absolutes Verkennen der Lage, sowohl was die pro-

28 Ebd., Bl. 74.

zentuale Beteiligung der Frauen an der Wahl, als auch was ihre Leistung in der Partei anbetrifft. Es gehört schon viel Idealismus und ein in tiefster Seele durchdrungen sein vom liberalen Gedankengut dazu, um angesichts dieser so ungerechten Einstellung uns gegenüber nicht den Mut zu verlieren.“<sup>29</sup>

Bereits nach der konstituierenden Sitzung des Frauenbeirats beantragte Hanna Katz auf der Sitzung des Bundesvorstands am 19.11.1949 die Aufnahme eines Passus in die Satzung, der die Partei verpflichten sollte, eine obligatorische Anzahl von Frauen als Kandidatinnen aufzustellen. Die Aufnahme einer Quotenregelung scheiterte jedoch am Widerstand der anderen Vorstandsmitglieder. Für ihre Ablehnung ist im Protokoll der Sitzung keine Begründung angegeben. Der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende Friedrich Middelhaue stellte lediglich fest, die Festlegung einer Frauenquote durch die Satzung sei unmöglich.<sup>30</sup>

Der Jahresbericht der Frauenreferentin von 1951 dokumentiert, dass Gleichberechtigungsdefizite inzwischen nicht mehr nur auf die politische Unerfahrenheit der Frauen zurückgeführt wurden, sondern auch auf Bildungsdefizite der Männer in der Gleichstellungspolitik. Da einige Männer die Notwendigkeit der Frauenausschüsse immer wieder anzweifelten, sah sie sich veranlasst, ihre Parteikollegen über die Intentionen der Frauenarbeit aufzuklären:

„Solange Frauen nicht in größerer Anzahl zu allen Tagungen delegiert werden, solange ihnen nur ausnahmsweise ein Platz auf den Listen zu Parlamentswahlen eingeräumt wird, solange die Meinung besteht, daß das eigentliche Arbeitsgebiet der Frauen sich auf Wohlfahrts- und soziale Fragen beschränken müsse, [ist] die Beibehaltung von Frauenausschüssen absolut notwendig.“<sup>31</sup>

Auf der Frauentagung im Juli 1951 zu dem Thema „Die Frau im politischen Leben“ gaben die konstatierten Bildungsdefizite der Männer Anlass zu der Forderung, dass Aufklärungsarbeit im Rahmen von größeren Parteiversammlungen stattfinden sollte, um Parteikollegen mit den Anliegen der Frauenarbeit vertraut zu machen.<sup>32</sup> Die Frauen verabschiedeten außerdem eine Resolution mit der Forderung, dass Gesetze in einem paritätischen Verhältnis von weiblichen und männlichen Abgeordneten zu beschließen seien, da die intendierte Partnerschaft in der Politik ohne eine Erhöhung des Frauenanteils in den Par-

29 Schreiben des FDP-Frauenausschusses NRW vom 8.6.1950, Landesarchiv NRW Abt. Rheinland, Duisburg, RWV-49, 508, Bl. 168 f.

30 Vgl. Die Liberalen unter dem Vorsitz von Theodor Heuss und Franz Blücher. FDP-Bundesvorstand. Sitzungsprotokolle 1949-1954. Engel. u. bearb. von Udo Wengst. 1. Halbbd. Düsseldorf 1990, S. 66 f.

31 Jahresbericht des Ausschusses für Frauenfragen in der FDP, ADL A5-3, Bl. 71 f., hier Bl. 72.

32 Vgl. Marie-Elisabeth Lüders: Die Frau im politischen Leben. Referat, 14.7.1951, ADL A5-3, Bl. 10-12, hier Bl. 11.

lamenten nicht möglich sei.<sup>33</sup> Als Hauptaufgabe der Frauen in der Politik wurde die Interessenwahrnehmung für Frauen bezeichnet, da Frauenpolitik von Männern oft als nebensächlich erklärt werde. Der Einsatz für Frauenfragen sei für weibliche Abgeordnete daher eine moralische Verpflichtung.<sup>34</sup>

Auf der Frauentagung am 20./21.9.1952 kam es zu einer offenen Konfrontation zwischen Frauenorganisation und Parteileitung. Zunächst wies die Vorsitzende des Frauenausschusses, Lina Buscham, die Behauptung, dass sich angeblich nicht genügend qualifizierte Frauen für Ämter und Mandate zur Verfügung stellten, als einen typischen Einwand gegen die Forderung nach mehr Frauenrepräsentanz zurück. Sie führte an, dass die geringe Zahl von Frauen in parteipolitischen Positionen durch das frauenfeindliche Verhalten männlicher Parteiangehöriger bedingt sei.<sup>35</sup> Der Einsatz von Frauen werde sogar in einigen Fällen „glatt abgelehnt“. Da für die Gewinnung der Frauen zur Mitarbeit auch die Aufstellung von Frauen als Kandidatinnen nötig sei, forderte sie die entsprechende Förderung von Frauen. Auch die Frauenreferentin Luise Brinkert monierte, dass Frauen kaum offiziell in einen Parteiausschuss delegiert würden, aber häufig freiwillige Arbeit leisteten, die weder ideell noch finanziell anerkannt würde. Herta Ilk ergänzte, dass die Leistungen der Frauen nach anderen Maßstäben beurteilt würden als die der Männer.<sup>36</sup> Die an den Parteivorsitzenden gerichtete rhetorische Frage, ob er die Frau als vollwertige Partnerin oder lediglich vor den Wahlen als notwendiges Übel betrachte, deutet ebenfalls auf ein gewachsenes Kritikbewusstsein der Frauen hin. Franz Blücher blieb jedoch bei der Aussage, dass die Frauen mehr leisten müssten. Ein Lösungsangebot zum angesprochenen Problem der unterschiedlichen Beurteilung der Leistung von Frauen und Männern blieb er schuldig.<sup>37</sup>

Im Vorfeld der Bundestagswahlen formulierten die Frauen in der Sitzung am 17.4.1953 eine EntschlieÙung, in der erneut der Anspruch auf angemessene Berücksichtigung von Frauen auf den Wahllisten gefordert wurde: „Die Frauen der FDP haben seit acht Jahren einen stillen und zähen Kampf um ihre tatsächliche Anerkennung und ihre gleichberechtigte Mitarbeit, auch in den führenden Gremien der Partei, geführt, dem leider in dieser ganzen Zeit der Erfolg versagt blieb. [...] Es erscheint ihnen auf Dauer untragbar und unter ihrer Würde, immer erneut beiseite geschoben und oder auf aussichtslose Plätze dieser Liste geschoben zu werden.“<sup>38</sup>

33 Protokoll über die Tagung des Frauenausschusses am 14. Juli 1951 in Königstein, ebd., Bl. 5 ff. sowie Luise Brinkert: Gehört die Frau in die Politik und in die Parlamente? In: fdk, 51 v. 1.8.1951, S. 6 ff.

34 Vgl. Protokoll 14.7.1951 (wie Anm. 33), Bl. 6.

35 Vgl. Protokoll der Frauenausschuss-Sitzung in Bad Honnef am 20./21.9.1952, ADL A5-1, Bl. 23-33, hier Bl. 25 r.

36 Ebd., Bl. 26 r.

37 Ebd., Bl. 26.

38 Siehe Protokoll von der Bfa-Sitzung am 17.4.1953, ADL A5-4, Bl. 18.



Da andere Verbände Vertreter auf den Listen zugestanden bekämen, forderte der Frauenausschuss „die Aufstellung einer angemessenen Zahl von Kandidatinnen auf allen Listen, von denen die erste Bewerberin jeweils mindestens an vierter Stelle auf der Liste rangiert“.<sup>39</sup>

Während einige Frauenausschüsse sich darauf beschränkten, eine bessere Platzierung der Frauen auf den Wahllisten zu verlangen, findet sich bei anderen die Forderung nach einer Frauenquote. Der Kreisverband Dachau sprach sich zum Beispiel auf Veranlassung der Kreisfrauengruppe in Schreiben an die Bundestagsfraktion und die bayerische Landtagsfraktion für die Bestimmung eines festen Prozentsatzes aus, nach dem „mindestens 25% der zur Nominierung zugelassenen Kandidaten Frauen sein müssen“ [H.i.O.].<sup>40</sup> Da sich anlässlich der bevorstehenden Wahlen bereits abzeichne, dass wieder nur männliche Kandidaten nominiert werden würden, sei diese selbstbindende Maßnahme die einzige Möglichkeit, eine gleichberechtigte Partizipation der Frauen in den Parlamenten zu erreichen.

In den 1950er Jahren forderte der Bundesfrauenausschuss immer wieder eine angemessene Berücksichtigung der Frauen und ging dabei häufig sogar soweit, dass ein Anspruch auf einen festgelegten Anteil der zu vergebenden Positionen eingefordert wurde. So richtete der Bundesfrauenausschuss am 15.6.1953 einen Antrag an den Bundeshauptausschuss, in dem die Aufnahme einer Regelung in die Bundessatzung angeregt wurde, dass unter den Delegierten der Landesverbände zu Bundesparteitag und Bundeshauptausschusssitzungen mindestens eine Frau sein müsse. Diese satzungsmäßige Verpflichtung sei notwendig, da zahlreiche diesbezügliche Anträge und Entschließungen nicht beachtet worden seien.<sup>41</sup>

Statt diese Anträge zu berücksichtigen, schaffte die Partei im neuen Satzungsentwurf auch die in § 11 der Satzung enthaltene Bestimmung ab, nach der mindestens eine Frau in den Vorstand entsandt werden musste. In der auf dem Bundesparteitag 1954 verabschiedeten Satzung wurde auf diese Bestimmung verzichtet und lediglich in § 16 fixiert, dass die Vorsitzenden des Bundesfrauenausschusses – wie die Vorsitzenden der Fachausschüsse – das Recht haben, mit beratender Stimme an den Sitzungen des Bundeshauptausschusses teilzunehmen. Die Verpflichtung, mindestens einen Repräsentanten der Jugendlichen in den Vorstand zu wählen, blieb mit der Begründung erhalten, hiermit müsse jungen Leuten, die in der Partei noch unbekannt seien, der Einstieg erleichtert werden. Dagegen sei die „Mindestquote“, die eher als ein „Alibi-Posten“ bezeichnet werden könne, für Frauen eine unnötige und unzu-

39 Ebd.

40 Vgl. ADL N2-6, Bl. 30.

41 Vgl. Schreiben des Bfa an den Bundeshauptausschuss vom 15.6.1953, ADL A5-4, Bl. 74.



lässige Bevorzugung. Sie könnten und sollten mit Männern gleichberechtigt um Ämter konkurrieren.<sup>42</sup>

Mit Beschluss des Bundesvorstandes, keine Gruppenvertretungen mehr zuzulassen, war bereits 1952 die Praxis abgeschafft worden, Frauen in den Bundeshauptausschuss zu kooptieren. Auf der Sitzung des Bundesvorstandes im September 1952 waren die Konsequenzen dieser Änderung Gegenstand eines Konfliktes: Während der bayerische Landesvorsitzende der FDP, Otto Bezold, die These vertrat, dass die Frauen stark genug sein müssten, aufgrund ihrer „Tüchtigkeit“ in den Hauptausschuss gewählt zu werden, parierte Herta Ilk: „Ich rede nicht von der Stärke der Frau, sondern von der Schwäche der Männer. Es hat schon viele präzise Fälle gegeben, wo die Männer nicht die Frauen wählten, die für die Arbeit qualifiziert sind.“<sup>43</sup>

Herta Ilk konnte ihre Kollegen nicht überzeugen und wurde überstimmt. Middelhauve stimmte Ilk zwar zu, dass der Zeitpunkt für den Wegfall der Kooptation verfrüht sei, aber der Mehrheitsmeinung der Männer im Vorstand müsse Rechnung getragen werden.<sup>44</sup>

Die geplante Abschaffung eines für eine Frau reservierten Vorstandspostens stieß auf massiven Widerstand der Landesfrauenausschüsse. Bereits am 22.5.1953 wandte sich der Landesfrauenausschuss Hamburg mit einem Schreiben an den Satzungsausschuss, um die Benachteiligung der Frauen gegenüber den Vertretern des Liberalen Studentenbundes und der Jungdemokraten zu kritisieren: „Es liegt auf der Hand, daß die Arbeitsfreude unserer Frauen in dem Maße abnehmen wird, als sie sich durch die Bundespartei zurückgesetzt glauben müssen. In dieser Überzeugung sind sie auch nicht zu erschüttern durch den Hinweis, daß sie genau wie die Männer die Möglichkeit haben, sich über die Stufenleiter der Partei bis in die höchsten Gliederungen hinaufzuarbeiten. Dasselbe trifft auch für die Jungdemokraten und den Liberalen Studentenbund zu, und doch soll ihnen ein Sonderrecht gegeben werden.“<sup>45</sup>

Ferner wurde angeführt, dass die Frauenvertreterinnen die unverzichtbare Aufgabe zu erfüllen hätten, die Arbeit der Frauenausschüsse in der Gesamt-

42 Vgl. Satzung der FDP, beschlossen auf dem 5. ordentlichen Parteitag der FDP in Wiesbaden 1954. Schon Gabriele Bremme beurteilte den Zeitpunkt für den Fortfall der Satzungsbestimmung als verfrüht. Vgl. Gabriele Bremme: Die politische Rolle der Frau in Deutschland. Eine Untersuchung über den Einfluß der Frauen bei Wahlen und ihre Teilnahme in Partei und Parlament. Göttingen 1956, S. 196.

43 Vgl. Die Liberalen unter dem Vorsitz (wie Anm. 30), S. 458.

44 Ebd., S. 459.

45 Schreiben des Landesfrauenausschusses Hamburg vom 22.5.1953, ADL N2-6, Bl. 90.

partei sichtbar zu machen. Die Kritik der Frauenausschüsse blieb jedoch ohne feststellbare Wirkung.<sup>46</sup>

### „Freie Bahn der Tüchtigen“?

Neben den Frauenausschüssen setzten sich auch einzelne FDP-Politikerinnen wie Hildegard Brücher seit Beginn der 1950er Jahre kritisch mit der geschlechtsspezifischen Ungleichbehandlung in der Wahrnehmung und Akzeptanz von Politikerinnen im parlamentarischen Alltag auseinander. So monierte Brücher, dass es an einer „gewissen Selbstverständlichkeit der ›Frau Abgeordneten‹“ gegenüber fehle: „Immer noch wird sie um ein Vielfaches kritischer unter die Lupe genommen, ein unüberlegtes Wort von ihr wiegt schwerer und ist eher der Lächerlichkeit preisgegeben als das eines männlichen Abgeordneten. Sie ist und bleibt ein mehr oder weniger geduldeter Außenseiter.“<sup>47</sup>

Marie-Elisabeth Lüders formulierte ihre Kritik wesentlich radikaler, indem sie beanstandete, dass Frauen nur in Krisensituationen zur politischen Partizipation motiviert werden würden. Die Motive der Männer, Frauen in die offizielle politische Arbeit einzubinden, seien nach ihrer Erfahrung fragwürdig. So werde lediglich vor den Wahlen an Frauen appelliert, ihre Stimme abzugeben und Wahlhilfe für die Männer zu leisten, während es in anderen Situationen abgelehnt werde, Frauen als politische Subjekte zu behandeln.<sup>48</sup> Sie forderte die Frauen auf, es sich abzugewöhnen, Männern immer Wahlkampfhilfe zu leisten. Am Beispiel der Kandidatenaufstellung verwies sie auf Verhinderungsmechanismen einer faktischen Machtbeteiligung von Frauen: „Die Kandidatenlisten weisen entweder überhaupt keine Frauen auf, oder – was im Effekt dasselbe ist – an aussichtslosen Plätzen, auf denen sie ›aus Liebe zur Sache‹ den Kollegen zum Mandat verhelfen sollen. Das ist auch so, wenn man ihnen ›beste Kräfte‹ nachweisen kann. Aber Parteien und Behörden legen keinen Wert auf ›beste Kräfte‹, wenn diese Frauen sind. Warum wohl? [...] Es fällt doch einigermmaßen auf, daß hohe Dienststellen, wie zum Beispiel das Bundeskanzleramt, immer noch für Frauen ›Fehlanzeige‹ erstatten müssen.“<sup>49</sup>

46 Kritik an der Satzungsänderung übte auch der Landesfrauenausschuss Nordrhein-Westfalen am 5.11.1953. Bläser und Lüders stellten in Frage, dass es nur eine Persönlichkeits- und Leistungsfrage sei, ob Frauen sich in der Partei durchsetzen. Vgl. Protokoll des Landesfrauenausschusses NRW von der Sitzung am 5.11.1953, Bundesarchiv Koblenz (demn. BA), N-1151, Akte 103.

47 Hildegard Brücher: Freie Bahn der Tüchtigen?. In: Der Wähler, 3. Jg. 1952, H. 3, S. 104.

48 Marie-Elisabeth Lüders: Du und der Staat, Citizenship Training Courses, Vortrag vom 16.8.1951, BA N-1151, Akte 238, S. 6.

49 Marie-Elisabeth Lüders: Die Stellung der Frau im öffentlichen Leben, Artikel im Wiesbadener Tageblatt vom 23./24.5.1954, BA N-1151, Akte 238.

Sie bilanzierte, dass die Ausgrenzung von Frauen in allen Parteiinstanzen und Behörden, unterstützt durch Interessenvertreter aller Art, zu finden sei. Einer ständigen Zunahme männlicher höherer Ministerialbeamter stehe die wachsende Anzahl weiblicher Angestellter gegenüber, die trotz gleicher Leistung und Erfahrung nicht die gleichen Aufstiegschancen hätten.

Lüders wie auch Brücher hofften auf eine langfristige Veränderung der kritisierten Gleichberechtigungsdefizite durch Bildung und Erziehung. Die Gleichstellung der Frauen sollte dabei aber keinesfalls mit einer Nachahmung der Männer verbunden sein und zu einer Anpassung an männliche Formen führen, sondern die Voraussetzung bilden für die freie weibliche Persönlichkeitsentfaltung, die anderen Gesetzen gehorche als die männliche. Lüders schrieb Frauen nicht nur ein anderes Politikverständnis zu, sondern plädierte auch dafür, dieses auf Männer zu übertragen. Die von ihr intendierte Aufhebung von häuslicher und politischer Sphäre verband sich mit der Vision einer Politik, in der Frauen und Männer menschenorientiert statt sachorientiert handeln sollten.<sup>50</sup>

## Die Gleichberechtigung der Geschlechter in der Programmarbeit der FDP-Politikerinnen

Unabhängig von der Annahme biologischer und erziehungsbedingter Differenzen zwischen den Geschlechtern behandelten FDP-Frauen das Recht der Frau auf politische Gleichheit als Grundbestandteil des Liberalismus und der Menschenrechte. So bilanzierten Marie-Elisabeth Lüders und Ella Barowsky 1950 in einem Schreiben an den Frauenbeirat: „Die zu Unrecht geringschätzig betrachtete sogenannte Emanzipation der Frau [gehört] gerade zum liberalen Gedankengut.“<sup>51</sup>

Prägend für das politische Selbstverständnis der FDP-Frauen war das Zugehörigkeitsgefühl zur Frauenbewegung, deren Frauenrechtsforderungen als Menschenrechtsforderungen begriffen wurden.<sup>52</sup> Die Verwirklichung elementarer Menschenrechte, zu denen auch die Persönlichkeitsrechte der Frauen gehörten, sei für Frauen und Männer unabdingbar, denn: „Noch so perfekt kodifiziertes Recht bleibt toter Buchstabe, wenn es nicht in Gerechtigkeit angewendet wird. Jedes mindere Recht für eine Gruppe trifft auch alle ande-

50 Vgl. Lüders, *Du und der Staat* (wie Anm. 48).

51 Vgl. Schreiben von Marie-Elisabeth Lüders und Ella Barowsky vom 1.3.1950 an den Frauenbeirat der FDP, ADL A5-3, Bl. 96-99, hier Bl. 98.

52 Marie-Elisabeth Lüders bezeichnete Frauenrechtlerinnen als „Menschheitsrechtlerinnen“, in: „Der Weg der Frau zur Selbstentfaltung“, Ansprache auf einer Veranstaltung des Deutschen Frauenrings am 10.4.1953, BA N-1151, Akte 238.

ren.”<sup>53</sup> Die Einforderung der Gleichberechtigung von Frau und Mann als Menschenrecht findet sich auch in den Programmentwürfen der Frauenorganisation. Anders als in den Programmen der Gesamtpartei wird in den Aussagen der Frauenorganisation der Begriff des Liberalismus definiert und dabei explizit auf die intendierte Gleichstellung von Frau und Mann bezogen. So heißt es in der Programmklärung des Bundesfrauenausschusses vom 5.7.1952, die in Ergänzung zum Sozialprogramm der FDP formuliert wurde:

„Der Liberalismus basiert auf der absoluten Gleichheit der Menschen vor dem Gesetz. Er ist grundsätzlicher Gegner einer sozialen Ordnung, in der Frauen und Männer nicht die gleichen Rechte und die gleichen Entwicklungsmöglichkeiten haben. Deshalb wünscht unsere Partei die Frauen endgültig von allen Verboten, Bindungen und Nachteilen zu befreien, unter denen sie durch veraltete Traditionen noch leiden. Wir halten es für richtig und notwendig, daß die Frau, sowohl die ledige als auch die verheiratete, eine volle staatsbürgerliche Persönlichkeit bedeutet, genau wie der Mann. Die Anwendung dieses Prinzips erfordert in der Gesetzgebung eine grundlegende Reform. Die liberale Auffassung hat notwendigerweise die Abschaffung der Vorherrschaft des Mannes zur Folge. [...] Es ist nur recht und billig, dass alle Berufe und Karrieren den Frauen je nach ihrer Begabung und Leistung offenstehen. [...] Wir verlangen endlich eine größere Beteiligung der Frauen sowohl in den Parlamenten, in den Verwaltungen als auch in den wirtschaftlichen Gremien.“<sup>54</sup>

Die 1952 programmatisch fixierten Frauenrechtsforderungen blieben Ausdruck einer Minderheit in der FDP. Sie fanden keinen Eingang in die Programmatik der Gesamtpartei. Denn entweder wurden Frauen- und Gleichberechtigungsfragen von männlichen Politikern gar nicht angesprochen oder in einigen Fällen sogar explizit als nebensächlich erklärt. Auch für die Frauenpolitik der FDP im „theoriearmen Jahrzehnt der Liberalen“ scheint zu gelten: „Die konzeptionellen Vorgriffe standen gleichsam zur Disposition für eine Phase, in der sich die parteipolitische Kräftekonstellation und das öffentliche Meinungsklima veränderten, das heißt, für das vielzitierte ›Ende der Ära Adenauer‹.“<sup>55</sup>

## Strategiekonflikte

Da das Recht der Frauen zur politischen Mitarbeit in der eigenen Partei zwar prinzipiell anerkannt, praktisch aber nicht verwirklicht wurde, fand auf einer Frauentagung im Vorfeld der Bundestagswahl 1953 eine ausführliche Diskus-

53 Marie-Elisabeth Lüders: Die Stellung der Frau im öffentlichen Leben (wie Anm. 49).

54 Gedanken zu einem Parteiprogramm der FDP, datiert auf 6.7.1952, ADL 5-1, Bl. 68-83, hier Bl. 80 r-81 v ohne Berücksichtigung der handschriftlichen Korrekturen.

55 Lothar Albertin: Das theoriearme Jahrzehnt der Liberalen. In: Arnold Sywottek/Axel Schildt (Hg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Bonn 1998, S. 659-676, hier S. 676.

sion über die Strategien zur Verwirklichung der politischen (primär der innerparteilichen) Gleichstellung von Frau und Mann und ihrer möglichen Veränderung statt.

Das Ziel der Frauenorganisation, „diese reine Männerpartei in eine Menschenpartei zu verwandeln“,<sup>56</sup> war unter den Frauen nicht umstritten. Konflikte zwischen Politikerinnen der Weimarer und der jungen Nachkriegsgeneration entstanden indes bei der Frage, wie dieses Ziel erreicht werden sollte. Angesichts der konstatierten Wirkungslosigkeit der immer wieder vorgebrachten Forderungen, die Frauen bei der Vergabe von Ämtern und Mandaten angemessen zu berücksichtigen, sprach sich ein Großteil der Frauen für eine veränderte Vorgehensweise aus.<sup>57</sup> Da die Anträge der Frauenausschüsse unbeachtet in den Papierkorb wanderten, sollten die Frauen zur Methode der Erpressung greifen und die Einstellung ihrer Arbeit androhen. Der Vorstand müsse unter Druck gesetzt werden, falls sich die Landesverbände nicht verpflichteten, Frauen an aussichtsreicher Stelle zu platzieren. Als ein Mittel, Druck auszuüben, wurde die Drohung betrachtet, die Werbetätigkeit für die Partei einzustellen.<sup>58</sup>

Da lediglich einige „Konzessionsfrauen“ in Kauf genommen werden würden und Frauen auf den Listen „an die erste unsichere Stelle“ kämen, verlangte die Landtagsabgeordnete Cläre Bläser von der Parteispitze, sich verbindlich für Frauenförderung einzusetzen, damit endlich mehr Frauen nachwachsen könnten. Es sei an der Zeit, „rückhaltlos für die Gleichberechtigung zu kämpfen“.<sup>59</sup>

Gegen die Methode des „offenen Kampfes“ sprach sich explizit die 1918 geborene Liselotte Funcke aus, die eine Frontenbildung zwischen Männern und Frauen vermeiden wollte: „Wir wollen doch nicht zwei Gruppen bilden. Gibt es denn nicht eine andere Methode? [...] Ich will nur warnen, denn ich möchte die Zusammenarbeit. Wir sind als Mitarbeiterinnen geschätzt. Ein falscher Weg wäre es, zur Erpressung zu greifen. [...] Wir können ja die Drohungen nicht durchführen. Gegen eine offene Kampfansage wende ich mich.“<sup>60</sup>

Sie begründete ihren Standpunkt mit dem Argument, dass der „Kampfgeist der früheren Generation“ nicht mehr angemessen sei. Auf den im Vergleich zu Weimar veränderten Kontext müsse mit anderen Strategien reagiert werden. Rückblickend erinnerte sie sich: „Da war einfach eine Zäsur. Es war ja nicht so, dass man einfach da wieder anknüpfen konnte, wo man 1933 aufgehört hatte. [...] Die Erfahrungen der Kriegsgeneration konnte man nicht einfach

56 Vgl. Protokoll der Bundesfrauenausschuss-Sitzung in Bonn am 16./17.4.1953, ADL A5-5, Bl. 40-52, hier Bl. 47 v.

57 Vgl. ebd., Bl. 46 v.

58 Ebd.

59 Vgl. ebd., Bl. 45 v (Bläser).

60 Ebd., Bl. 46 r u. 47 v (Funcke).

unberücksichtigt lassen. Und dazu gehörte auch eine neue Form der Zusammenarbeit zwischen Frauen und Männern.“<sup>61</sup>

Während Funcke glaubte, die Gleichberechtigung nur zusammen mit Männern erreichen zu können, setzte sich Lüders dafür ein, dass die Frauen ihre Arbeit für die Partei einstellen sollten.<sup>62</sup> Lüders Aussagen glichen ihrer Argumentation vor 1933 bis zur größtmöglichen Austauschbarkeit. So hatte sie schon 1930 ihr Amt als stellvertretende Vorsitzende des Reichsfrauenausschusses der DDP niedergelegt, um die Partei zu zwingen, die Interessen von Frauen stärker zu vertreten.<sup>63</sup> Dies war zumindest insofern wirkungslos geblieben, als der Rückgang weiblicher Kandidatinnen nicht aufgehalten werden konnte.

Auch in der bundesrepublikanischen Nachkriegszeit blieb die Drohung folgenlos. Zwei Vorsitzende des Frauenausschusses – Hanna Katz und Lina Buscham – traten unter Protest zurück, ohne dass die Parteiführung reagierte.

#### Die Idee der „freien Konkurrenz“ von Mann und Frau – Ein Ausblick

Mitte der 1960er Jahre wurden die Frauenausschüsse im Zuge der „Modernisierung“ der Partei durch Beschluss des Bundesvorstands aufgelöst. Eine Sonderbehandlung von Frauen, so lautete die Begründung, verstoße gegen den „liberalen Grundsatz der uneingeschränkten Zusammenarbeit von Frau und Mann“.<sup>64</sup> Von der Prämisse ausgehend, dass Frauen prinzipiell „gleichberechtigt“ seien, wurde beschlossen, dass sie „frei“, ohne „einseitige“ Fördermaßnahmen „gegen“ die Männer, um Ämter und Mandate konkurrieren sollten, da nur die Qualifikation für das Erlangen einer Funktion ausschlaggebend sein sollte.

Liselotte Funcke erklärte indes rückblickend im Interview, dass der Frauenausschuss gegen den Willen der Frauen aufgelöst worden sei: „Wir Frauen haben uns nicht aufgelöst. Nein, das kam vom Vorstand. [...] Wir haben uns auch durchaus weiter bemüht, die wichtigen Entscheidungen an den Mann zu bringen. Richtig, in diesem Fall: ›an den Mann zu bringen‹.“<sup>65</sup>

Hier klingt an, dass der Begriff der „Liberalität“ von den Politikerinnen anders interpretiert wurde als von den männlichen Kollegen. Laut Funcke

61 Transkript des Interviews mit Liselotte Funcke am 7.4.1999 in Hagen, S. 3.

62 Protokoll 16./17.4.1953 (wie Anm. 56), Bl. 47 (Lüders).

63 Vgl. Marie-Elisabeth Lüders an Erich Koch-Weser, Brief vom 29.7.1930, BA 1151, Akte 142.

64 Vgl. hierzu und im Folgenden Friedrich Henning: Der Beitrag der Frauen zur Politik der F.D.P. von 1945 bis heute, in: Funcke (Hrsg.) (wie Anm. 26), S. 133.

65 S. Transkript Funcke (wie Anm. 61), S. 34 f. Henning zieht die Möglichkeit, dass die Auflösung der Frauenorganisation von männlichen und weiblichen Parteiangehörigen anders bewertet wurde, nicht in Betracht. Vgl. Henning, Beitrag der Frauen (wie Anm 64), S. 133.

wurden die Frauen in dieser Frage überstimmt, da sie sowohl auf dem Parteitag, als auch im Vorstand in der Minderheit waren. Aus den Vorstandsprotokollen geht zudem hervor, dass die Fachausschüsse im Zuge eines Sparkurses reduziert wurden.<sup>66</sup> Im Protokoll der Frauensitzung im Dezember 1964 wird der Zusammenschluss der Frauen noch als taktisch sinnvolle Strategie bezeichnet.<sup>67</sup>

Die neue Frauenreferentin Hilde Kappus plädierte 1964 sogar für die Ko-optation von Männern in den Frauenausschuss.<sup>68</sup> Dieser Vorschlag implizierte einen grundlegend anderen Ansatz zur Neuorganisation der Frauenarbeit, der nicht nur dazu geeignet gewesen wäre, den Dialog zwischen Männern und Frauen über gleichberechtigungspolitische Fragen zu fördern – um die nach wie vor bilanzierten unterschiedlichen Sichtweisen einander anzunähern –, sondern auch dem seit zwei Jahrzehnten kritisierten Desinteresse der Männer gegenüber Frauen- und Gleichberechtigungsfragen und den daraus resultierenden Bildungsdefiziten in diesem Bereich zu begegnen. Dieser Vorschlag wurde jedoch von der Parteileitung nicht aufgegriffen.

Nach Auflösung des Bundesfrauenausschusses und -referats gab es über zehn Jahre lang in der FDP keine Institution, in der eine Organisation und Koordinierung von Fraueninteressen stattfand. Erst 1978 wurde mit der Bundeskommission für Gleichberechtigung und Familienpolitik unter der Leitung von Liselotte Funcke wieder eine Institution in der FDP gebildet, die sich mit Frauen- und Gleichberechtigungspolitik befasste. Sie erarbeitete 1978 das Programm zur Gleichberechtigung der Frau und 1979 das Kinderprogramm. 1981 wurde die Kommission unter Leitung von Hedda Heuser neu eingerichtet, um ein Antidiskriminierungsgesetz zu konzipieren. Sie entwickelte sich zu einer wichtigen Instanz der Frauenpolitik in der FDP, die neben inhaltlicher Arbeit die Funktion eines Netzwerks erfüllte.<sup>69</sup>

Die seit Konstituierung der Partei geführten Diskussionen um die Verankerung einer Frauenquote in der Satzung zeigen, welchen Kontinuitätsbrüchen die Frauen- und Gleichstellungspolitik der Nachkriegszeit in einer Partei unterlag. Die jüngeren Politikerinnen setzten auf das Gleichberechtigungsversprechen des Liberalismus, nach dem die individuelle Qualifikation der Einzelnen ausreichen sollte, um in Ämter zu gelangen. Während die Frauenausschüsse in den 1950er Jahren noch Frauenquoten bis zu 25 % gefordert hatten, lehnten die jüngeren Politikerinnen Quotierungen sowie den Kampfgeist der

66 Vgl. FDP-Bundesvorstand. Die Liberalen unter dem Vorsitz von Erich Mende. Sitzungsprotokolle 1960-1967. Eingel. u. bearb. von Reinhard Schiffers. Düsseldorf 1993, S. 666 f.

67 Vgl. Protokoll des Bundesfrauenausschusses vom 9.12.1964, ADL A5-15, Bl. 56 f., hier Bl. 56.

68 Vgl. Hilde Kappus: Antrittsrede, 29.9.1964, ADL A5-15, Bl. 27-37, hier Bl. 32.

69 Vgl. ADL A5, S. 1 u. Transkript des Interviews mit Hedda Heuser-Schreiber in Oberaudorf v. 28.4.1999, S. 3 f.



älteren Politikerinnen ab. Vor allem Frauen, „die es geschafft hatten“, wollten sich nicht als „Quoten-Frau“ diskriminiert fühlen. Die Politikerinnen empfanden Schutzklauseln für Frauen als unmodern und für sich selbst als beschämend.<sup>70</sup> Trotz der Einsicht, dass Männer nicht nur aufgrund ihrer Qualifikation in Machtpositionen gelangten, sondern aufgrund einer geschlechtsspezifischen Bevorzugung, saß die Angst, als Quotenfrau „abqualifiziert“ zu werden, tief. So argumentierte Liselotte Funcke, wenn es eine Quotenfrau nicht schaffe, die an sie gestellten Erwartungen zu erfüllen, sähen die Männer ihre Vorurteile nachträglich bestätigt.<sup>71</sup>

Hildegard Hamm-Brücher, die die Quote in ihrer Zeit als Politikerin abgelehnt hatte, verwies im Jahr 2005 auf den Erfolg ihrer Einführung: „Es war schon völlig richtig, die Quote durchzusetzen! Sie sehen es ja, was die Grünen jetzt für tolle Frauen haben. [...] Mit der Konsequenz, mit der sie die Quote durchgesetzt haben, haben sie den großen Durchbruch erzielt.“<sup>72</sup>

In der FDP stellte sich der Wegfall von Schutzklauseln bald als Fehlentscheidung heraus: Nach der Auflösung der Frauenorganisation 1966 und dem Verzicht auf Quoten wurde von FDP-Frauen immer noch die Erhöhung des Frauenanteils in den Parteiorganen gefordert, dies blieb aber ein wirkungsloser Appell. Die politische Chancengleichheit von Frauen und Männern war „prinzipiell“ anerkannt, praktisch verwirklicht wurde sie aber nicht. Mitte der 60er Jahre hatte der Frauenanteil in der Bundestagsfraktion der FDP mit 4 % seinen tiefsten Stand erreicht.<sup>73</sup>

Erst seit Mitte der 80er Jahre kam es in der FDP zu einer Trendwende in der Gleichstellungspolitik, nachdem sich das Scheitern des Projekts der „freien Konkurrenz“ abgezeichnet hatte. 1986 verabschiedete der zweite FDP-Frauenkongress ein Programm zur „Frauenförderung in der FDP“, das die Forderung beinhaltete, binnen fünf Jahren den Frauenanteil in Entscheidungsfunktionen entsprechend dem Mitgliederanteil von 25 % zu erhöhen. Am „liberalen Gedanken der Selbstverpflichtung“ sollte aber „noch“ festgehalten und auf „starre paritätische Quoten“ verzichtet werden.<sup>74</sup> Infolge der unzulänglichen Verwirklichung des Frauenförderplans gründete sich 1990 die Bundesvereinigung Liberale Frauen. Gleichzeitig wurden unter den FDP-Frauen verstärkt Sympathien für Quotenregelungen laut.

70 So äußerte Hedda Heuser zum Begriff der Quote: „Schon das Wort durfte nicht fallen.“ Vgl. ebd., S. 2.

71 Vgl. Transkript Funcke (wie Anm. 61), S. 8.

72 Vgl. Transkript des Interviews mit Hildegard Hamm-Brücher in München v. 2.2.2005, S. 18.

73 Während von 1953 bis 1965 drei Frauen in der FDP-Fraktion im Bundestag waren, waren es seit 1965 nur zwei. Der Anstieg der Frauenanteile in den 1980er Jahren - vgl. Funcke (Hrsg.) (wie Anm. 26), S. 298 f. - wird sowohl auf Quotendiskussionen als auch auf die Impulse der neuen Frauenbewegung zurückgeführt, auf die die FDP als kleine Partei schneller reagiert habe als die Volksparteien. Dazu auch: Weinbach (wie Anm. 26), S. 8-25 u. 50-52.

74 Vgl. Neue Bonner Depesche 11/1986, S. 48 f.



Die FDP als Gesamtpartei beschränkt sich trotz ihrer geringen Frauenanteile bis heute auf unverbindliche Appelle, obgleich nicht mehr bestritten werden kann, dass durch die Quote als quantitative Strategie viel erreicht wurde: Ein Blick auf die Bundestagsfraktionen der letzten Legislaturperiode zeigt, dass Parteien mit Quotenregelung einen vergleichsweise hohen Frauenanteil haben, die Parteien ohne Quotierung einen unterdurchschnittlichen.<sup>75</sup> Die Erfahrung der zögerlichen Verwirklichung der Gleichberechtigungsgarantie in den Nachkriegsjahren und darüber hinaus betrifft jedoch alle Parteien. Die Kontinuität des Minderheitenstatus von Frauen in der Politik wurde erst mit Einführung einer Frauenquote von 50 % durch „Die Grünen“ durchbrochen.

Von einer annähernd gleichberechtigten numerischen Teilhabe an der politischen Macht in parlamentarischen Ämtern und Funktionen kann angesichts der Datenlage jedoch bis heute nicht gesprochen werden. Noch im Mai 1998 waren 78 % der Abgeordneten in Bund und Ländern Männer. Erst 1998 näherte sich der Frauenanteil des Bundestags mit 30,9 % der Quote an, die als notwendig gilt, um den politischen Einfluss einer Gruppe bemerkbar zu machen. Seitdem stagniert er an der Drittelmarke. Frauen in der Politik sind in Deutschland offensichtlich an die berüchtigte „gläserne Decke“ gestoßen.

Nachdem die Parteien Quoten bis in die 80er Jahre strikt ablehnten, gelten sie heute als wesentliches Instrument der Gleichberechtigung. Der konstruierte Widerspruch „Qualität versus Quote“ hat sich jedoch hartnäckig gehalten. Gerade in der FDP existiert immer noch die Befürchtung, eine Frauenquote würde Leistung als Auswahlkriterium untergraben. Dabei suggerieren Kritiker/innen der Quote, dass politische Partizipations- und Karrierechancen nach objektiven Leistungen und Kriterien vergeben werden. Demgegenüber wurde inzwischen vielfach nachgewiesen, dass politische Eliten nicht nur nach solchen Kriterien rekrutiert werden.<sup>76</sup> Auch die von mir durchgeführten Interviews mit FDP-Politikerinnen haben die Bedeutung des Einflusses der Herkunftsfamilie und Politiknähe der Eltern auf die Politisierungsprozesse und den Erfolg der Frauen sichtbar gemacht. Zu ähnlichen Ergebnissen kam bereits Gabriele Bremme, die bilanzierte, dass „gerade in der FDP außer bestimmten fachlichen Qualifikationen für die Ämterbesetzung Name, Tradition und wirtschaftliche Macht

75 Im 17. Deutschen Bundestag (2009-2013) hatten die Fraktionen folgende Frauenanteile: Bündnis 90/ Die Grünen: 54,41 %, Linkspartei 52,63 %, SPD 38,35 %, CDU 21,64 %, FDP 24,73 %, CSU 13,3 %. Vgl. hierzu und im Folgenden Birgit Sauer/ Stefanie Wöhl: Demokratie und Geschlecht. Reihe Demokratie in Deutschland 2011 – Ein Report der Friedrich-Ebert-Stiftung. [http://www.demokratie-deutschland-2011.de/common/pdf/Demokratie\\_und\\_Geschlecht.pdf](http://www.demokratie-deutschland-2011.de/common/pdf/Demokratie_und_Geschlecht.pdf), S. 6 f.

76 Laut Geißel neigen selektive Gruppen wie Parteien dazu, ihre Auswahlkriterien als objektiv darzustellen, um die Illusion zu erzeugen, dass ihre Kandidatenauswahl auf der Grundlage messbarer Qualifikation erfolge, während belegt sei, dass sie sich tatsächlich nach „sozialem und kulturellem Kapital, nach materiellen Ressourcen und nach Geschlechtszugehörigkeit“ rekrutierten. Vgl. Brigitte Geißel: Politikerinnen. Politisierung und Partizipation auf kommunaler Ebene. Opladen 1999, S. 221.

oder die Macht über eine Gruppe, aus welcher der Partei neue Anhänger zuwachsen, eine Rolle [spielen]".<sup>77</sup> Brigitte Geißel beurteilt die Quote als einen „Meilenstein“ von vielen für egalitäre Partizipations- und Karrierechancen, da sie die Integration der bislang politisch Ausgegrenzten ermögliche „wie der dreifach orientierten Frauen mit Kindern.“ Sie schlussfolgert:

„Solange parteiinterne Strukturen, berufsstrukturelle Restriktionen, staatliche Rahmenbedingungen, die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und die politische Kultur sich nicht verändern, werden sich Parteien trotz Einführung der Quote nur bedingt zu Orten politischer Partizipation von Frauen entwickeln (können). Aber zu warten, bis sich all diese Faktoren vielleicht in ferner Zukunft verändern, würde bedeuten, »das unvollendete Projekt« der politischen Gleichstellung bis weit in das 21. Jahrtausend zu verschieben.“<sup>78</sup>

## Fazit

Am Beispiel der politischen Partizipation von FDP-Politikerinnen nach 1945 zeigt sich einerseits, wie schwierig sich die Gewinnung von Frauen für die Parteipolitik gestaltete, andererseits auf welche Widerstände die Durchsetzung von Fraueninteressen in Strukturen traditioneller Politikträger stieß. Die Politikerinnen sahen sich mit der zweifachen Problemlage konfrontiert, dass die Mehrheit der Frauen der Partei fernblieb und die Mehrheit der Männer die Interessen der Frauen als marginal behandelte.

Der Begriff der frauenpolitischen „Latenzphase“ wird jedoch dem Wirken der Freien Demokratinnen in der Ära Adenauer in mehrfacher Hinsicht nicht gerecht: Wenngleich es nicht gelang, einen größeren Anteil von Frauen für die Parteiarbeit zu interessieren, so setzte sich eine Minderheit nach der Weststaatsgründung jedoch nachhaltig und kontinuierlich für die Gleichberechtigung der Frau ein. Zu den überraschenden Befunden der Quellenanalyse gehört diesbezüglich die Radikalität der Kritik der FDP-Politikerinnen in den 1950er Jahren an Gleichberechtigungsdefiziten in der eigenen Partei. Sie reflektierten, dass der Verzicht auf eine institutionalisierte Frauenförderung nicht den Liberalismus, sondern vorhandene Machthierarchien stärkte, da der Leistungsbegriff beliebig zur Abwehr ihrer Forderungen nach politischer Teilhabe instrumentalisiert werden konnte. Die Warnungen der älteren Politikerinnen vor einem Verzicht auf frauenfördernde Maßnahmen wurden in den 60er und 70er Jahren von den jüngeren nicht beherzigt. Die in der Literatur oft vorgenommene Dichotomisierung von „angepassten Müttern“ der Nachkriegsgeneration und „feministischen Töchtern“ erscheint hier ebenso fragwürdig wie die bi-

77 Vgl. Bremme (wie Anm. 42), S. 199.

78 Geißel (wie Anm. 76), S. 227.

lanzierte „machtpolitische Bescheidenheit“ der Politikerinnen der Ära Adenauer.<sup>79</sup>

Eine vergleichbar radikale Kritik an Gleichberechtigungsdefiziten in ihrer Partei übten weder Christ- noch Sozialdemokratinnen: Viele CDU-Politikerinnen definierten die Rolle der Frau in der Politik als die einer „Mittlerin im Hintergrund“.<sup>80</sup> Aus dieser Rollendefinition könnte eine Zurückhaltung der CDU-Frauen bei Machtkämpfen resultiert haben, die auch zur faktischen Einschränkung ihrer Macht in der Partei beigetragen hat. Viele Sozialdemokratinnen fühlten sich hingegen von den Männern ihrer Partei als Partnerinnen behandelt. Dass an den Frauentagungen der SPD Männer teilnahmen, während in CDU und FDP die Behandlung von Frauenfragen weitgehend den Frauen überlassen blieb, lässt darauf schließen, dass Frauenpolitik in der SPD einen zentraleren Stellenwert hatte. Der Anspruch auf Gleichberechtigung stieß aber auch hier auf Grenzen in der praktischen Umsetzung.<sup>81</sup>

Die staatsbürgerliche Gleichberechtigung als normativer Anspruch war auch in der FDP nicht umstritten. Ein Dissens zwischen Männern und Frauen bestand indes in der Frage, wie sie zu verwirklichen sei: Seit den 1950er Jahren wurde die Forderung nach Frauenquoten von Männern stets mit dem Argument zurückgewiesen, dass nur die „Tüchtigkeit“ für die Wahl in Ämter ausschlaggebend sein dürfte. Diese Argumentation unterstellte, dass die zur Wahl angetretenen Kandidatinnen im Vergleich zu ihren Kollegen bis auf wenige Ausnahmen gescheitert seien, weil sie weniger qualifiziert gewesen seien, und negierte durch Individualisierung der Probleme von Politikerinnen die vorhandene strukturelle Benachteiligung, die Frauen als soziale Gruppe betraf. Die Situation der Frauen in der FDP blieb nicht zuletzt aus diesem Grund durch ihren Minderheitenstatus geprägt, der ihren machtpolitischen Einfluss stark einschränkte, da sie immer überstimmt werden konnten, wenn sie – wie bei der Abschaffung der Mindestquoten oder des Bundesfrauenausschusses – abweichende Positionen vertraten. Erst in den 1970er Jahren zeichneten sich Ansätze eines Wandels in der Behandlung der Gleichberechtigungsfrage in der FDP ab. Die stärkere Institutionalisierung der Frauenpolitik zeigte sich sowohl an der Programmarbeit, als auch an der Entwicklung der Frauenanteile.<sup>82</sup>

Der Blick auf das Verhalten männlicher Parteirepräsentanten zeigt wie in der Weimarer Zeit ein ambivalentes Bild: Einerseits fühlten sich gerade die

79 Vgl. z.B. Birgit Meyer: *Frauen im Männerbund. Politikerinnen in Führungspositionen von der Nachkriegszeit bis heute*. Frankfurt a.M. 1997, S. 295-297 u. 332ff.

80 Vgl. Holz (wie Anm. 7), S. 226-279 u. 285 f.

81 Vgl. Meyer-Schoppa (wie Anm. 19), S. 149ff. u. 180ff.

82 Der Frauenanteil an der Mitgliedschaft stieg von 14 % 1971 auf 22,6 % 1979. Er erhöhte sich jedoch bis heute kaum: 2012 stellten Frauen immer noch nur 23 % an der Mitgliedschaft in der FDP. Vgl. Beate Hoecker: *Frauen in der Politik*. Opladen 1987, S. 51 u. Oskar Niedermayer: *Parteimitglieder seit 1990*. In: *Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum*, Nr. 20. Berlin 2013, S. 16.

jüngeren FDP-Politikerinnen der Nachkriegszeit bei ihrem Parteieintritt von Männern wie Theodor Heuss oder Thomas Dehler unterstützt. Andererseits stand dem programmatischen Anspruch, dass Männer und Frauen sich gemeinsam der Aufgabe der Verwirklichung der Gleichberechtigung widmen, in der Praxis entgegen, dass selbst die Parteivorsitzenden dieser Aufgabe nicht die gleiche Bedeutung beimaßen wie anderen Sachfragen, sondern sie als Marginalie behandelten. Da sich die Politikerinnen von ihren männlichen Kollegen nur unzureichend unterstützt fühlten, blieben sie wie in der Weimarer Zeit auf die Vernetzung mit außerparteilichen Frauenverbänden verwiesen. Obgleich Männer zu den Veranstaltungen der parteiinternen Frauenausschüsse eingeladen wurden, nutzten sie nur vereinzelt die Chance, ihren Wissensstand in diesem Bereich zu verbessern. Die von der liberalen Frauenreferentin Hilde Kappus 1964 vorgeschlagene Delegation von Männern zu Frauentagungen wurde nicht realisiert. Die ministerielle Prominenz und die Parteivorsitzenden ließen sich bei solchen Anlässen häufig entschuldigen. Die Analyse verweist auf entsprechende Defizite der politischen Bildung bei Männern und damit zugleich auf die Einseitigkeit von Studien, die Bildungsdefizite ausschließlich bei Frauen bilanzieren. Forscher/innen, die zunächst ergebnisoffen davon ausgehen, dass die Einsicht in die Notwendigkeit der Gleichstellung der Geschlechter nicht an das biologische Geschlecht geknüpft sein müsste, müssten gleichermaßen Handlungserwartungen an Frauen und Männer haben und entsprechend das Engagement weiblicher und männlicher Abgeordneter in diesem Bereich untersuchen und bewerten. Eine eingehende Analyse der Aussagen männlicher Abgeordneter zu ihrem Politikverständnis und ihrer Haltung zur Gleichberechtigung der Geschlechter ist jedoch – vermutlich auch aufgrund der Minderbewertung dieses Politikfelds in der traditionellen Politik- und Parteienforschung – immer noch ein Desiderat.

Der Blick auf die Vorstands- und Parteitagsprotokolle der FDP im Rahmen dieser Analyse zeigt, dass Politiker Frauen- und Gleichberechtigungsfragen selten oder gar nicht aus eigener Initiative ansprachen, obgleich sie sich als Abgeordnete des ganzen Volkes verstanden. Politikerinnen befassten sich stärker, aber keineswegs ausschließlich mit Frauenpolitik. Die vergleichende Betrachtung der Nachlässe von Männern – als Beispiel sei der umfangreiche Nachlass von Thomas Dehler erwähnt – und Frauen macht ebenfalls deutlich, dass Politikerinnen Gleichberechtigungsfragen eine größere Bedeutung beimaßen als ihre männlichen Kollegen.

Die Quellenauswertung verweist damit zugleich auf den spezifischen Beitrag der Frauen zur Demokratisierung der Bundesrepublik, der sich von dem der Männer in einem Punkt ganz wesentlich unterschied: Die FDP-Politikerinnen der Nachkriegszeit behandelten die Gleichberechtigung von Mann und Frau als Frage von existenzieller Bedeutung für das Gelingen der Demokratisierung in der deutschen Gesellschaft; sie machten erstmals deutlich, dass

Frauenfragen als Menschheitsfragen zu betrachten sind und dass erst die völlige Gleichstellung von Mann und Frau einen substantiellen Beitrag zur gesamtgesellschaftlichen Demokratisierung leistet. Bonn unterschied sich auch deshalb von Weimar, weil die Politikerinnen den Anspruch vertraten, die Gleichberechtigung von Frauen vom Rand in den Mittelpunkt des gesellschaftlichen Interesses zu rücken. Sie knüpften dabei zwar an Reformanliegen der ersten Frauenbewegung an. Indem die Politikerinnen verhindern wollten, dass Frauen sich ausschließlich mit Sozialpolitik beschäftigen, erreichten sie aber eine neue Qualität in der Diskussion. Sowohl die Weimarer Politikerinnengeneration als auch die jüngeren Politikerinnen der Nachkriegsgeneration verfolgten in diesem Punkt das Ziel, aus den Erfahrungen der Weimarer Zeit zu lernen. Eine geschlechtsspezifische Segmentierung der Arbeitsbereiche sollte verhindert werden, um die damit verknüpfte Machtlosigkeit von Frauen nicht zu tradieren und fortzuführen.

Dass die Gleichberechtigung am Ende der Ära Adenauer noch lange nicht erreicht war, wurde von den FDP-Politikerinnen durchaus erkannt. Insbesondere die Erwartung, dass neben der quantitativen auch die qualitative Repräsentation von Frauen in Form von institutionalisierten Diskussionen über Fraueninteressen von der Gesamtpartei unterstützt werden müsste, blieb unerfüllt.<sup>83</sup> Die einleitend aufgeworfene Frage, ob es liberalen Politikerinnen der bundesrepublikanischen Nachkriegszeit gelang, die randständige Behandlung der Frauen- und Gleichberechtigungspolitik auch in der politischen Praxis ihrer eigenen Partei zu durchbrechen, muss insofern verneint werden, als die politische Alltagswirklichkeit weit hinter den emanzipatorischen Ansprüchen der Politikerinnen zurückblieb. Die vollständige Verwirklichung ihrer bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit formulierten Intention, Frauen- und Gleichberechtigungsfragen in der FDP in das Zentrum des parteipolitischen Interesses zu rücken, steht bis heute aus. Verteilungsproblematik und Verfestigung sozialer Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern während des deutschen Wirtschaftswunders in den 1950er Jahren zeigten zudem, dass die Kategorie Geschlecht bei der Verteilung von politischen Partizipationschancen und von gesellschaftlichen Ressourcen höchst relevant blieb. Erst Jahrzehnte später wurde ein Frauenanteil von 30 % im Bundestag und ein größerer Einfluss von Frauen in traditionellen Männerdomänen erreicht – ohne die von den Nachkriegspolitikern geführten Kämpfe zur Veränderung der politischen Kultur wäre diese Entwicklung jedoch kaum möglich gewesen.

83 So machen Birgit Sauer und Stefanie Wöhl u.a. den überzeugenden Vorschlag der Einrichtung einer ständigen „Frauenkonferenz“, ähnlich der Islamkonferenz, zur Förderung der Institutionalisierung von Diskussionen über Fraueninteressen in Parteien und Parlamenten. Vgl. Sauer/ Wöhl (wie Anm. 75), S. 17.

*Anton Schindling/Jochen Merkle*

## Die „Teutsche Libertät“. Freiheit und Partizipation im Heiligen Römischen Reich\*

### I. Einleitung

Im Jahr 2014 wird der „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“, dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs vor hundert Jahren, mit zahlreichen Publikationen, Vortragsveranstaltungen, Symposien und Ausstellungen gedacht. Damit rückt zwangsläufig auch das „Wilhelminische Kaiserreich“ ins Zentrum der Betrachtungen. Dessen politische Ordnung wurde von den meisten Zeitgenossen kaum infrage gestellt, waren darin doch die Ideen von nationaler Einheit und einer machtvollen Stellung innerhalb der Staatenwelt Europas verwirklicht. Dieses 1871 von Otto von Bismarck begründete, preußisch dominierte Reich nahm etliche Strukturelemente und Symbole des 1806 aufgelösten Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation auf, wie etwa der Bundesrat als Vertretung der monarchisch regierten Gliedstaaten auf Reichsebene oder auch die Weiternutzung des Reichsadlers als Wappentier belegen.<sup>1</sup>

Trotz solcher Kontinuitätslinien zwischen den beiden politischen Systemen galt das „Alte Reich“ aufgrund seiner partikularen politischen und territorialen Ordnung, föderativen Verfassung und vielerorts rückständigen Wirtschaftsstruktur als überfordertes und nicht mehr zeitgemäßes Staatswesen, das man nun überwunden habe. Insbesondere von der borussisch geprägten Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts wurde in der Retrospektive das Bild eines im europäischen Vergleich absonderlichen, unrettbar anachronistischen

\* Der Beitrag basiert auf dem gleichnamigen Vortrag, den Anton Schindling am 12.2.2014 in Ulm gehalten hat. Die Anmerkungen geben Hinweise auf grundlegende und weiterführende Titel der wissenschaftlichen Literatur.

1 Anton Schindling/Walter Ziegler: Das deutsche Kaisertum in der Neuzeit. Gedanken zu Wesen und Wandlungen. In: Dies. (Hrsg.): Die Kaiser der Neuzeit 1519–1918. Heiliges Römisches Reich, Österreich, Deutschland. München 1990, S. 11-30.

Staates gezeichnet.<sup>2</sup> „Das neue Bild vom Alten Reich“, ein Paradigmenwechsel hinsichtlich der Beurteilung von Stabilität, Modernität und Leistungsfähigkeit des Heiligen Römischen Reiches, setzte in der historischen Forschung erst in den 1960er- und 1970er-Jahren ein.<sup>3</sup>

Ein entscheidender Grund für die enorme Lebensdauer dieser politischen Ordnung, ihre Erfolge in der Konfliktregelung sowie die Ausbildung einer differenzierten Kultur- und Bildungslandschaft, war ihre Begrenzung durch die sogenannte „Teutsche Libertät“. Diese ist ein politischer Programmbegriff, den man in Quellen vom 16. bis zum 18. Jahrhundert findet. Er ist ursprünglich auf die Libertät der Fürsten im Heiligen Römischen Reich (als Kurfürsten, geistliche und weltliche Fürsten, Grafen, Prälatten und Herren) bezogen, die dem Kaiser als Reichsoberhaupt gegenübertraten und besondere ständische Rechte der politischen Mitbestimmung, vor allem auf dem Reichstag, für sich in Anspruch nahmen. Der Begriff hat diese Bindung an den Fürstenstand während der Frühen Neuzeit bewahrt, hat darüber hinaus aber weitere Facetten angenommen, insbesondere im Hinblick auf die Bürger der über fünfzig Freien Reichsstädte des Alten Reiches.

Am Ende des 15. Jahrhunderts formierte sich der Reichstag als zentrale Institution des Reiches, wobei der Wormser Reformreichstag von 1495 modellhaft war.<sup>4</sup> Die auf dem Reichstag vertretenen Kurfürsten, geistlichen und weltlichen Landesherren, sowie sonstigen Reichstände, darunter die Freien Reichsstädte, bildeten als Glieder den Korpus der „teutschen Nation“. Letztere ist als politischer Verfassungsbegriff und nicht als ethnisch-kultureller Begriff zu verstehen.<sup>5</sup> Sitz und Stimme auf dem Reichstag waren die Merkmale für Reichsstandschaft und für die direkte Stellung unter dem Reichsoberhaupt, dem Kaiser. Hinsichtlich der weltlichen Kurfürsten und Fürsten ist zu beachten, dass die eigentlichen Träger der Landesherrschaft in den Territorien des Reiches die jeweiligen erblichen Dynastien waren. Insofern kam den dynasti-

- 2 Heinrich von Treitschke: Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert. 5 Bde. Leipzig 1879-1894; Hans-Christof Kraus: Kleindeutsch – Großdeutsch – Gesamtdeutsch? Eine Historikerkontroverse der Zwischenkriegszeit. In: Alexander Gallus/Thomas Schubert/Tom Thiem (Hrsg.): Deutsche Kontroversen. Festschrift für Eckhard Jesse. Baden-Baden 2013, S. 71-86.
- 3 Peter Moraw/Volker Press: Probleme der Sozial- und Verfassungsgeschichte des Heiligen Römischen Reiches im späten Mittelalter und in der frühen Neuzeit (13.-18. Jahrhundert). In: Zeitschrift für Historische Forschung (ZHF) 2 (1975), S. 95-108; Anton Schindling: Kaiser, Reich und Reichsverfassung 1648-1806. Das neue Bild vom Alten Reich. In: Olaf Asbach/Klaus Maletke/Sven Externbrink (Hrsg.): Altes Reich, Frankreich und Europa. Politische, philosophische und historische Aspekte des französischen Deutschlandbildes im 17. und 18. Jahrhundert. Berlin 2001, S. 25-54; Klaus Herbers/Helmut Neuhaus: Das Heilige Römische Reich. Schauplätze einer tausendjährigen Geschichte (843-1806), 2. Aufl. Köln 2006.
- 4 Heinz Angermeier: Reichsreform 1410-1555. Die Staatsproblematik in Deutschland zwischen Mittelalter und Gegenwart. München 1984.
- 5 Rainer A. Müller: Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation. Anspruch und Bedeutung des Reichstitels in der Frühen Neuzeit. Regensburg 1990.



schen Erbregeleungen eine zentrale politische und quasi öffentlich-rechtliche Bedeutung zu; Erbteilungen, wie etwa die der pfälzischen Wittelsbacher, der sächsischen Wettiner oder der braunschweigischen Welfen, waren für die gesamte Reichsgeschichte folgenschwer.<sup>6</sup> Die geistlichen Kurfürsten und Fürsten waren demgegenüber Inhaber von Wahlämtern und von den Domkapiteln als ihren Wahlkörpern abhängig. Die komplexen Verfassungsstrukturen des Alten Reiches, insbesondere die organische Entwicklung ihrer Institutionen, sollen im Folgenden unter besonderer Berücksichtigung der ständischen Freiheit beleuchtet werden.

## II. Die Reichsverfassung als Garantie für ständische Partizipationsrechte und Untertanenrechte

Das politische System des Reiches war seit dem Hohen Mittelalter durch die Kooperation von Kaiser und (kurfürstlichen und fürstlichen) Ständen gekennzeichnet, jedoch wurde es durch die Entscheidungen auf dem Wormser Reformreichstag ab 1500 institutionell auf neue Grundlagen gestellt. So erfolgte trotz aller Traditionen und Kontinuitätselemente, die es in der Reichssymbolik und Ikonographie gegeben hatte, seit Beginn des 16. Jahrhunderts eine Phase der Reichsverdichtung und Neuformierung der Reichsinstitutionen.<sup>7</sup>

Gerade durch das Phänomen der politischen Mitbestimmungsrechte der Stände hatte der Kaiser – im Unterscheid zu anderen souveränen Herrschern europäischer Staaten – niemals die Stellung eines absoluten Monarchen. Er musste in politischen Fragen mit dem Reichstag als oberstem Ständeorgan kooperieren und war, wie die Stände selbst, zudem durch die Einrichtung des Reichskammergerichts beziehungsweise des Reichshofrats als obersten Reichsgerichten eingeschränkt, die die Einhaltung der verfassungsmäßigen Grundordnung im Reich überwachten.<sup>8</sup> Darüber hinaus verbot der Reformreichstag von 1495 das Fehderecht des Adels und verkündete mit dem Allgemeinen Landfrieden die Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols im Reich.<sup>9</sup> Zusammen mit der Rezeption des Römischen Rechts an den Gerichten, insbesondere am Reichskammergericht, und an den Juristenfakultäten der

6 Karl Otmar von Aretin: Das Alte Reich 1648-1806, 4 Bde. Stuttgart 1993-2000; Georg Schmidt: Geschichte des Alten Reiches. Staat und Nation in der Frühen Neuzeit 1495-1806. München 1999; Axel Gotthard: Das Alte Reich 1495-1806. Darmstadt 2003; Helmut Neuhaus: Das Reich in der Frühen Neuzeit. 2. Aufl. München 2003.

7 Peter Moraw: Von offener Verfassung zu gestalteter Verdichtung. Das Reich im späten Mittelalter 1250-1490. Berlin 1985; Karl-Friedrich Krieger: König, Reich und Reichsreform im Spätmittelalter. München 1992.

8 Wolfgang Sellert: Über die Zuständigkeitsabgrenzung von Reichshofrat und Reichskammergericht in Strafsachen und Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit. Aalen 1965.

9 Heinz Angermeier: Königtum und Landfriede im deutschen Spätmittelalter. München 1966.



Universitäten im Reich, wies die korporative und partizipatorische Betrauung der Reichsstände mit der Friedenswahrung einen erfolgsversprechenden Weg und schuf eine stabile Grundlage für die kommenden Jahre.

Das Kaisertum war in der Neuzeit – mit der Ausnahme von 1742 bis 1745 – von Mitgliedern des Hauses Habsburg besetzt; dies verweist auf die enge Verbindung zwischen dieser Dynastie und dem politischen Gefüge des Alten Reiches.<sup>10</sup> Das Haus Habsburg war mit seinen territorialen Besitzungen vor allem im Westen, Süden und Südosten des Reiches (Habsburgische Niederlande – heute Belgien und Luxemburg –, österreichische Länder vom Breisgau bis Niederösterreich und Länder der böhmischen Krone) sowie außerhalb des Reiches Ungarn (einschließlich Siebenbürgen und Kroatien) während der gesamten Frühen Neuzeit von entscheidender Bedeutung für die Geschehnisse des Heiligen Römischen Reiches.<sup>11</sup> Dennoch entwickelte sich dieses nie zu einer Erbmonarchie, wie die meisten europäischen Staaten, sondern blieb bis zu seinem Ende im Jahr 1806 eine Wahlmonarchie, da die Position des Kaisers stets durch Wahl im Kollegium der Kurfürsten bestimmt wurde. Selbst wenn die Entscheidung wieder auf ein Familienmitglied des vorherigen Kaisers und teilweise sogar noch zu dessen Lebzeiten (*vivente imperatore*) fiel und somit eine übermäßige dynastische Kontinuität der Habsburger widerspiegelte, war doch die Wahl, die in Frankfurt am Main durchgeführt werden musste, ein Charakteristikum der Reichsverfassung.

In den immer wieder neu ausgehandelten und beschworenen Wahlkapitulationen zwischen den Kurfürsten und den Kaiserkandidaten kam die Eigenart der Wahlmonarchie zum Ausdruck.<sup>12</sup> Die Paragraphen der Wahlkapitulationen enthielten sowohl grundgesetzliche Regelungen für das Heilige Römische Reich als auch eine Art Regierungsprogramm, in dem die Wahlkandidaten den Kurfürsten politische Zusagen machten. Das Projekt einer Ständigen Wahlkapitulation in der Verfügungsgewalt des Reichstags ließ sich nicht realisieren, da die Kurfürsten ihre oligarchische Stellung innerhalb des Reiches wahren konnten.<sup>13</sup>

Denn seit den Festlegungen in der Goldenen Bulle Kaiser Karls IV. von 1356 besaßen sie allein das Vorrecht der Königs- beziehungsweise Kaiserwahl und bildeten fortan neben dem Kaiser die zweite Verfassungssäule des Rei-

10 Schindling/Ziegler: Kaiser (wie Anm. 1); Anton Schindling: Die Habsburger, das Reich, die Erblande und die Reformation. In: Sönke Lorenz/Anton Schindling/Wilfried Setzler (Hrsg.): Primus Truber 1508–1586. Der slowenische Reformator und Württemberg. Stuttgart 2011, S. 287–301; Harm Klüeting: Das Reich und Österreich 1648–1740. Münster 1999.

11 Michael Erbe: Die Habsburger 1493–1918. Eine Dynastie im Reich und in Europa. Stuttgart 2000.

12 Gerd Kleinheyer: Die kaiserlichen Wahlkapitulationen. Karlsruhe 1968.

13 Anton Schindling: The Development of the Eternal Diet in Regensburg. In: Journal of Modern History (JMH), Vol. 5, Supplement (1986): Politics and Society in the Holy Roman Empire 1500–1806, S. 64–75.

ches.<sup>14</sup> Das Kurfürstenkollegium umfasste mit den Erzbischöfen von Mainz, Köln und Trier, dem König von Böhmen, dem Pfalzgrafen bei Rhein, dem Herzog von Sachsen und dem Markgrafen von Brandenburg zunächst sieben Mitglieder; durch den Westfälischen Frieden 1648 wurde es auf acht erweitert, da der Herzog von Bayern an die Stelle des Pfalzgrafen bei Rhein trat, der eine neue Kurwürde erhielt, und 1692 um die Kurwürde für Hannover-Braunschweig-Lüneburg auf neun vermehrt.<sup>15</sup> Am Ende des Reiches wurden durch den Reichsdeputationshauptschluss von 1803 die Kurwürden für Köln und Trier aufgehoben und neue für Baden, Hessen-Kassel, Salzburg und Württemberg geschaffen, während die des bisherigen Kurerzbischofs von Mainz, Karl Theodor von Dalberg, quasi *ad personam* auf das neu entstandene Erzbistum Regensburg und dann auf das (aus dem bisherigen Mainzer Oberstift gebildete) Fürstentum Aschaffenburg übertragen wurde. Das Kollegium der zehn Kurfürsten trat allerdings nicht mehr zu einer Wahl zusammen, da der Reichsverband schon drei Jahre später durch die Niederlegung der Kaiserkrone von Seiten Kaiser Franz' II. selbst aufgelöst wurde und damit alle lehensrechtlichen Verbindungen zwischen dem Kaiser und den Ständen ihr Ende fanden.<sup>16</sup>

Ganz von den Trägern politischer Herrschaft bestimmt war der Reichstag als oberste Ständevertretung, der seit 1663 als Immerwährender Reichstag unter Vorsitz des Kaisers beziehungsweise seines Prinzipalkommissars permanent in Regensburg tagte. Auf dem Reichstag waren mit den Kurfürsten, geistlichen und weltlichen Fürsten, Grafen, Prälaten und Herren sowie den Freien Reichsstädte die reichsunmittelbaren Träger von Herrschaftsrechten mit Sitz und Stimme vertreten, es stellte jedoch keine Repräsentation der Untertanen dar.<sup>17</sup> Dieses Faktum verdeutlicht die Bedingungen des Konzepts ständischer Freiheit als älterem Freiheitsbegriff im Unterschied zum modernen individuellen Freiheitsverständnis. Im Reichstag als zentralem, übergeordnetem Organ

- 14 Axel Gotthard: Säulen des Reiches. Die Kurfürsten im frühneuzeitlichen Reichsverband, 2 Bde. Husum 1999; Evelyn Brockhoff/Michael Mattheus (Hrsg.): Die Kaisermacher. Frankfurt am Main und die goldene Bulle 1356 – 1806. Katalog zur Ausstellung in Frankfurt am Main. Frankfurt am Main 2006.
- 15 Anton Schindling: Ernst August I. von Braunschweig-Lüneburg. Ein Aufsteiger im barocken Reich. In: Franz-Joachim Verspohl (Hrsg.): Das Osnabrücker Schloß. Stadtresidenz, Villa, Verwaltungssitz. Osnabrück 1991, S. 35-54.
- 16 Anton Schindling: War das Scheitern des Alten Reiches unausweichlich? In: Heinz Schilling/Werner Heun/Jutta Götzmann (Hrsg.): Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation 962 bis 1806. Altes Reich und neue Staaten 1495 bis 1806 Bd. 2. Dresden 2006, S. 302-317; Hans-Christof Kraus: Das Ende des alten Deutschland. Krise und Auflösung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation 1806, 2. Aufl. Berlin 2007; Wolfgang Burgdorf: Ein Weltbild verliert seine Welt. Der Untergang des Alten Reiches und die Generation 1806, 2. Aufl. München 2009.
- 17 Friedrich Hermann Schubert: Die deutschen Reichstage in der Staatslehre der frühen Neuzeit. Göttingen 1966.

des Reiches war die ständische Struktur somit am stärksten ausgeprägt, zumal die Stände auch nicht immer in Plenarordnung tagten, sondern zumeist aufgeteilt in die drei Kurien der Kurfürsten, der Fürsten und der Reichsstädte, da Plenarbeschlüsse erst gefasst werden konnten, wenn die drei Kurien ihre jeweiligen Voten abgegeben hatten.<sup>18</sup> Der Reichstag schuf eine spezifische politische Öffentlichkeit und einen Kommunikationsraum für das Heilige Römische Reich und die europäischen Mächte, insbesondere für Frankreich und Schweden, von denen Frankreich seit 1648 durch diplomatische Gesandte, Schweden durch Reichsstandschaft und Mitgliedschaft im Reichstag präsent waren. Aufgrund der Personalunion des Kurfürstentums Hannover-Braunschweig-Lüneburg mit dem Königreich Großbritannien wurden seit 1714 auch die britischen Interessen unmittelbar auf dem Reichstag vertreten. Dessen Einrichtung als permanent tagende Ständeversammlung kam in Folge der langwierigen Beratungen über die unerledigten Agenden (*negotia remissa*) des Westfälischen Friedens zustande. Er erwies sich sowohl für den habsburgischen Kaiser wie auch für die Reichsstände als vorteilhaft und wurde zu einem Symbol ständischer Partizipation. Diese Verstetigung führte zu einer weiteren Professionalisierung der Beratungen und Entscheidungsverfahren des Reichstags und markiert damit zugleich einen Ausgangspunkt für die spätere Entstehung parlamentarischer Strukturen und Verfahrensregeln im deutschen Raum.<sup>19</sup>

Das Reichskammergericht wurde unter dem Vorsitz eines kaiserlichen Vertreters von den Kurfürsten und den Reichskreisen mit fachkundigen Juristen, den so genannten Assessoren, besetzt.<sup>20</sup> Die Richter des Reichshofrats in Wien hingegen wurden direkt vom Kaiser ernannt, konnten ihre Urteile aber durchaus unabhängig vom Reichsoberhaupt fällen. Für beide Gerichte galt konfessionelle Parität, jedoch wurde der Wiener Reichshofrat vermehrt bei Konflikten in katholischen Territorien beziehungsweise zwischen den Reichsständen angerufen.<sup>21</sup> Vor dem Reichskammergericht in Speyer, seit 1689 in Wetzlar, erfuhr wiederum die ständische Freiheit deutliche Begrenzungen, da dort – stärker als in Wien – neben den Kurfürsten, Fürsten und Reichsstädten auch die Untertanen des Reiches als Einzelpersonen oder Gruppen klageberechtigt waren.<sup>22</sup> Diese Möglichkeit repräsentiert neben dem Religionsrecht den Übergang von korporativer zu personaler Freiheit. Es ist als ein Kernelement früher Rechtsstaatlichkeit eine spezifische Tradition deutscher Geschichte und ein

18 Helmut Neuhaus: Reichstag und Supplikationsausschuß. Berlin 1977.

19 Anton Schindling: Der Reichstag wird permanent. Entstehungs- und Wirkungsgeschichte des Immerwährenden Reichstags. In: Konrad Maria Färber (Hrsg.): Politische Bühne Europas. Regensburger Almanach 2013. Regensburg 2013, S. 28-37.

20 Sigrid Jahns: Das Reichskammergericht und seine Richter. Verfassung und Sozialstruktur eines höchsten Gerichts im Alten Reich, 3 Bde. Köln 2003-2011.

21 Wolfgang Sellert: Die Ordnungen des Reichshofrats 1550-1766, 2 Bde. Köln 1980/1990.

22 Volker Press: Das Reichskammergericht in der deutschen Geschichte. Wetzlar 1987.

vorbildhaftes Alleinstellungsmerkmal des Heiligen Römischen Reiches. Zahlreiche vor dem Reichskammergericht verhandelte Fälle belegen, dass es tatsächlich immer wieder zu Untertanenklagen, etwa von bäuerlichen „Landschafts“-Vertretern, gegen ihre Landesherren gekommen ist, was eine allmähliche Politisierung der Untertanenschaft nach sich zog. Für die partizipativen Landschaftsverfassungen in kleineren Territorien, wie im deutschen Südwesten, war das Appellationsrecht bei den obersten Reichsgerichten zugleich eine Rückversicherung.<sup>23</sup> Klagen von Bürgern der Freien Reichsstädte gegen ihre Magistrate und Prozesse „Rat gegen Bürgerschaft“ waren ebenfalls ein häufiges Phänomen – noch bis in die letzten Tage des Alten Reiches.<sup>24</sup>

Aber nicht nur die bäuerlich-bürgerlichen Landschaften in kleinen Territorien, wie der Fürstabtei Kempten oder den Herrschaften Vaduz und Schellenberg (seit 1719 Fürstentum Liechtenstein), hatten in den obersten Reichsgerichten eine Stütze, sondern vor allem die Landstände in größeren Territorien, wie etwa im Herzogtum Württemberg, dessen Landtagsverfassung seit dem Tübinger Vertrag von 1514 unter der besonderen Garantie von Kaiser und Reich stand.<sup>25</sup> Kaiser Leopold I. und der Regensburger Reichstag wiesen 1670 die Tendenzen einer Reihe von Kurfürsten und Fürsten zurück, die mit absolutistischen Motiven die Rechte ihrer Landstände einschränken wollten.<sup>26</sup> Aufgrund der Verfassungsordnung konnte es in den Territorien des Reiches eine vollkommen souveräne Stellung des Fürsten letztlich nicht geben, auch wenn die starken Kurfürsten, insbesondere von Brandenburg-Preußen, aber auch von Bayern und Sachsen, diese zu verwirklichen trachteten. Formelle Souveränität nach dem Muster der Staatslehre des französischen Absolutismus kam den Reichsständen erst nach 1806, nach der Aufhebung der Reichsverfassung und der Gründung des Rheinbundes, zu. Die Verwendung des Wortes „souverän“ für die Reichsstände ist für die Zeit davor nicht quellengemäß und daher irre-

- 23 Peter Blickle: *Landschaften im Alten Reich. Die staatliche Funktion des gemeinen Mannes in Oberdeutschland*. München 1973; ders.: *Von der Leibeigenschaft zu den Menschenrechten. Eine Geschichte der Freiheit in Deutschland*, 2. Aufl. München 2006.
- 24 Reinhardt Hildebrandt: *Rat contra Bürgerschaft. Die Verfassungskonflikte in den Reichsstädten des 17. und 18. Jahrhunderts*. In: *Zeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege* 1 (1974), S. 221-241; Volker Press: *Weil der Stadt – Reichsstadt im späten Mittelalter und in der frühen Neuzeit*. In: *Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte (ZWLG)* 54 (1995), S. 11-32; Werner Hubig: *Konflikte in Weil der Stadt während des 17. und 18. Jahrhunderts. Verfassungsentwicklung einer kleinen Reichsstadt von 1648 bis 1803*. Frankfurt am Main 1994.
- 25 Axel Metz: *Der Stände oberster Herr. Königtum und Landstände im süddeutschen Raum zur Zeit Maximilians I.* Stuttgart 2009.
- 26 Anton Schindling: *Die Anfänge des Immerwährenden Reichstags zu Regensburg, Ständevertretung und Staatskunst nach dem Westfälischen Frieden*. Mainz 1991.

führend; sie projiziert Vorstellungen des 19. Jahrhunderts anachronistisch zurück in die Epoche des Alten Reiches.<sup>27</sup>

### III. Friedenswahrung als Funktion der deutschen Libertät

Die Tatsache des Nebeneinanders reichsunmittelbarer Territorien erforderte auch eine regionale Organisation, wie die im Jahr 1512 institutionalisierten Reichskreise. Sie waren als Folge des Wormser Reformreichtages Kaiser Maximilians I. von 1495 entstanden und verbanden quer zur Struktur der Reichstagskurien benachbarte kurfürstliche, fürstliche, gräfliche, prälatische und reichsstädtische Stände wiederum zu korporativen Gebilden, die wichtige Exekutivfunktionen in der Konfliktregelung besaßen.<sup>28</sup> Diesen Zusammenschlüssen, die ein bündisches Element innerhalb der Reichsverfassung repräsentierten, oblag insbesondere die Wahrung des Reichslandfriedens und die Exekution von Urteilen des Reichskammergerichts sowie die Bestimmung von dessen Richtern, welche von den Kreistagen als den obersten Beschlussgremien gewählt wurden.

Die zehn Reichskreise waren in den habsburgischen Territorien der Österreichische und der Burgundische Reichskreis, der Kurrheinische und der Obersächsische Reichskreis in den kurfürstlichen Territorien sowie der Bayerische, der Fränkische, der Niederrheinisch-Westfälische, der Niedersächsische, der Oberrheinische und der Schwäbische Reichskreis.<sup>29</sup> Außerhalb der Reichskreisorganisation standen die Länder der böhmischen Krone (Böhmen, Mähren, Schlesien und die beiden Lausitzen), die dennoch zum Reichsverband gehörten.<sup>30</sup> Der böhmische König war unstrittig einer der Kurfürsten, jedoch wurden auf dem Reichstag Sitz und Stimme für Kurböhmen, i.e. der habsburgische Kaiser, erst seit 1707 wahrgenommen. Das böhmische Königtum war, wie das Reich selbst, ursprünglich eine Wahlmonarchie, jedoch hatten die Habsburger diese Würde seit 1526 inne – mit Ausnahme der Wahl des reformierten „Winterkönigs“ Friedrich V. von der Pfalz 1619-1620, der in der Schlacht am Weißen Berg vor Prag scheiterte. Im Jahr 1627 wurde Böhmen

27 Dietmar Willoweit: Deutsche Verfassungsgeschichte. Vom Frankenreich bis zur Wiedervereinigung Deutschlands, 6. Aufl. München 2009.

28 Winfried Dotzauer: Die deutschen Reichskreise in der Verfassung des Alten Reiches und ihr Eigenleben (1500-1806). Darmstadt 1989.

29 Peter Claus Hartmann (Hrsg.): Regionen in der frühen Neuzeit. Reichskreise im deutschen Raum, Provinzen in Frankreich und Regionen unter polnischer Oberhoheit. Ein Vergleich ihrer Strukturen, Funktionen und ihrer Bedeutung. Berlin 1994.

30 Friedrich Prinz (Hrsg.): Deutsche Geschichte im Osten Europas. Böhmen und Mähren, 2. Aufl. Berlin 2002.

mit der „Verneuertem Landesordnung“ dann formell zur Erbmonarchie erklärt.<sup>31</sup>

Die innere Kohärenz und herrschaftliche Durchdringung der in den Reichskreisen zusammengeschlossenen Territorien war recht unterschiedlich. Selbst unter den fürstlichen Territorien lagen etwa zwischen dem von den adligen Ständen beherrschten Herzogtum Mecklenburg und dem „absolutistisch“ regierten Kurbrandenburg-Preußen ganz erhebliche Unterschiede. Die Schwäche von Regenten einerseits stand gegen fürstliche Machtsteigerung wie ein „rocher de bronze“ (Friedrich Wilhelm I. in Preußen) andererseits. So wurde Herzog Karl-Leopold von Mecklenburg-Schwerin 1719 wegen seines rechtswidrigen Vorgehens gegen die Landstände und seiner Steuerforderungen im Rahmen einer Reichsexekution vom Niedersächsischen Reichskreis abgesetzt. Sein Bruder Christian Ludwig II. war anschließend kommissarisch mit der Landesadministration betraut. Auch im Schwäbischen Reichskreis bestanden zwischen dem durchorganisierten Herzogtum Württemberg und mindermächtigen ober- und schwäbischen Klosterherrschaften, wie etwa den Prälaturen Ochsenhausen oder Weingarten, deutliche Abstufungen hinsichtlich der Staatlichkeit.<sup>32</sup>

Doch gerade in den partikularen Gebieten des Reiches mit besonders vielen Reichsstädten oder auch kirchlichen Herrschaften, wie im Südwesten, verschob sich das Kräfteverhältnis zwischen den Ständen zugunsten der kleineren, mindermächtigen Territorien und sorgte so für eine politische Stabilität in den so genannten „Vorderen Reichskreisen“ Schwaben, Franken und am Oberrhein.<sup>33</sup> Auch wenn die Vertreter mächtiger fürstlicher Territorien als Direktoren den Reichskreisen vorstanden, waren die Kreistage, vor allem in den Vorderen Kreisen, keineswegs allein von dieser Ständegruppe dominiert. Denn die Repräsentanten der großen und reichen Freien Reichsstädte nahmen eine Sprecherfunktion auch für die kleineren Städte und Herrschaften wahr und gewährleisteten so das Mitbestimmungsrecht aller Mitglieder des jeweiligen Reichskreises.

Das Reich galt den Zeitgenossen als Garant für die Friedensordnung in Europa; die Ergebnisse des Westfälischen Friedenskongresses in Münster und

31 Lutz Rentzow: Die Entstehungs- und Wirkungsgeschichte der Verneuertem Landesordnung für das Königreich Böhmen von 1627. Frankfurt am Main 1998; Hans-Wolfgang Bergerhausen: Die „Verneuerte Landesordnung“ in Böhmen 1627. Ein Grunddokument des habsburgischen Absolutismus. In: Historische Zeitschrift (HZ) 272 (2001), S. 327-351.

32 Hansmartin Schwarzmaier/Meinrad Schaab u.a. (Hrsg.): Handbuch der baden-württembergischen Geschichte Bd. 2: Die Territorien im Alten Reich, Stuttgart 1995.

33 Adolf Laufs: Der Schwäbische Reichskreis. Studien über Einigungswesen und Reichsverfassung im deutschen Südwesten zu Beginn der Neuzeit. Aalen 1971; Bernhard Sicken: Das Wehrwesen des Fränkischen Reichskreises. Aufbau und Struktur 1681-1714, 2. Bde. Würzburg 1967; Max Plassmann, Krieg und Defension am Oberrhein. Die Vorderen Reichskreise und Markgraf Ludwig Wilhelm von Baden (1693-1706). Berlin 2000.

Osnabrück wurden fortan als Fundament des europäischen Völkerrechts (ius publicum Europaeum) betrachtet.<sup>34</sup> Die nachfolgenden Friedensschlüsse des 17. und 18. Jahrhunderts haben auf die Rechtsordnung und Verfahrensweisen dieses Friedens aufgebaut und dabei die These begründet, dass die Existenz des Reiches mit seiner komplexen Struktur für die Ausbalancierung der Machtverhältnisse in Europa und die Bewahrung des Friedens auf dem Kontinent entscheidend war.<sup>35</sup> Es ist dann trotz der Verheerungen und Verluste durch nachfolgende Kriege auch nicht mehr zu einem Religionskrieg in Mitteleuropa und zu einer solch grundstürzenden Katastrophe wie der des Dreißigjährigen Krieges gekommen.<sup>36</sup> Die Erbfolgekriege des 17. und 18. Jahrhunderts waren zwar auch mit großen Schädigungen verbunden, wie etwa die regionalen Folgen des Pfälzischen oder des Spanischen Erbfolgekrieges bis heute zeigen, jedoch war die militärische Gewalt geregelter. Im 18. Jahrhundert gab es sogar immer wieder Phasen ohne schwere oder lang andauernde Kriege, die als eine Zeit der „gezähmten Bellona“, der „gehegten Kriege“ bezeichnet werden können.<sup>37</sup>

Seit 1648 traten der König von Frankreich und der König von Schweden als Garantmächte der Reichsverfassung auf, wobei Schweden auch eine Schutzfunktion für die als Corpus Evangelicorum bezeichneten evangelischen Stände des Reiches übernahm. Es war durch den Besitz des Herzogtums Vorpommern und des Fürstentums Rügen bis zum Ende des Alten Reiches 1806 als fürstlicher Stand mit Sitz und Stimme auf dem Reichstag vertreten – so wie parallel das Königreich Dänemark für das Herzogtum Holstein.<sup>38</sup> Formeller Direktor des Corpus Evangelicorum auf dem Reichstag war der Kurfürst von Sachsen; seit der Konversion Augustus des Starken von Sachsen 1697 trat allerdings der Kurfürst von Brandenburg als stellvertretender Direktor nach vorn. Die katholischen Stände, das Corpus Catholicorum, konnten sich in konfessioneller Hinsicht politisch sowohl an den habsburgischen Kaiser als auch an den fran-

34 Heinz Duchhardt (Hrsg.): Der Westfälische Frieden. München 1998; Heinz Schilling/Klaus Bußmann (Hrsg.): 1648. Krieg und Frieden in Europa. Münster 1998.

35 Fritz Dickmann: Der Westfälische Frieden, 6. Aufl. Münster 1992.

36 Volker Press: Kriege und Krisen. Deutschland 1600-1715. München 1991; Johannes Burkhardt: Der Dreißigjährige Krieg, 2. Aufl. Frankfurt am Main 1996; Franz Brendle/Anton Schindling (Hrsg.): Religionskriege im Alten Reich und in Alteuropa. Münster 2006.

37 Gerhard Ritter: Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des „Militarismus“ in Deutschland. Bd. 1. München 1954.

38 Matthias Asche/Anton Schindling (Hrsg.): Dänemark, Norwegen und Schweden im Zeitalter der Reformation und Konfessionalisierung. Nordische Königreiche und Konfession 1500-1660. Münster 2002; Werner Buchholz: Öffentliche Finanzen und Finanzverwaltung im entwickelten frühmodernen Staat. Landesherr und Landstände in Schwedisch-Pommern 1720-1806. Köln 1992.



zösischen König halten; ihr formeller Direktor war der Kurfürst von Mainz.<sup>39</sup> Mit dem Frieden von Teschen 1779 trat die Kaiserin von Russland als weitere Garantin für die Reichsverfassung hinzu und übernahm damit die Rolle Schwedens.<sup>40</sup>

#### IV. Teutsche Libertät als Autonomie der Freien Reichsstädte und des ritterschaftlichen Adels

Die Bürger der Freien Reichsstädte waren als Mitglieder privilegierter Korporationen, die unter dem Schutz des Reichsoberhauptes standen, Nutznießer der teutschen Libertät. Sie agierten zumindest formal auf Augenhöhe mit den Kurfürsten und Fürsten im politischen Gefüge des Alten Reiches.<sup>41</sup> Die privilegierte Stellung der Freien Reichsstädte kam in der autonomen Selbstverwaltung als kommunale Korporation zur Geltung, die von den reichsstädtischen Magistraten als Ausschuss der reichsunmittelbaren Bürgerschaft wahrgenommen wurde.<sup>42</sup> Diese selbstbewusste Position und die Nähe zum Kaiser als eigentlichem Stadtoberhaupt kam auch in der Emblematik und Heraldik der Städte deutlich zum Ausdruck, wie die häufige Darstellung des doppelköpfigen oder auch einköpfigen Adlers als Symbol der unmittelbaren Verbindung zum Reich in den Wappen der Städte belegt. Der Adler war das Sinnbild des Imperium Romanum, an das das Heilige Römische Reich seit Karl dem Großen anknüpfte; die beiden Köpfe standen für Rom und Byzanz. Auch die Verwendung der Rom kopierenden Formel SPQR (Senatus Populusque Romanus), in Nürnberg beispielsweise abgewandelt zu SPQN (Senatus Populusque Noribergensis), unterstreicht diese Traditionsbildung.<sup>43</sup> In den Städtewappen zeigte

39 Fritz Wolff: *Corpus evangelicorum und Corpus catholicorum auf dem westfälischen Friedenskongress. Die Einfügung der konfessionellen Ständeverbindungen in die Reichsverfassung.* Münster 1966; Anton Schindling: *Corpus evangelicorum et corpus catholicorum. Constitution juridique et réalités sociales dans le Saint-Empire.* In: Jean-Pierre Kintz/Georges Livet (Hrsg.): *350<sup>e</sup> anniversaire des Traités de Westphalie 1648-1998. Une genèse de l'Europe, une société à reconstruire.* Strasbourg 1999, S. 43-55; Gabriele Haug-Moritz: *Corpus Evangelicorum und Deutscher Dualismus.* In: Volker Press (Hrsg.): *Alternativen zur Reichsverfassung in der Frühen Neuzeit.* München 1995, S. 189-207.

40 Heinz Duchhardt: *Altes Reich und europäische Staatenwelt 1648-1806.* München 1990.

41 Günter Buchstab: *Reichsstädte, Städteturie und Westfälischer Friedenskongress. Zusammenhänge von Sozialstruktur, Rechtsstatus und Wirtschaftskraft.* Münster 1976; Volker Press: *Die Reichsstadt in der altständischen Gesellschaft.* In: Johannes Kunisch (Hrsg.): *Staatsverfassung und Heeresverfassung in der europäischen Geschichte der frühen Neuzeit.* Berlin 1986, S. 9-42.

42 Otto Brunner: *Souveränitätsproblem und Sozialstruktur in den deutschen Reichsstädten der frühen Neuzeit.* In: ders.: *Neue Wege der Verfassungs- und Sozialgeschichte,* 2. Aufl. Göttingen 1968, S. 294-321.

43 Max Spindler/Andreas Kraus (Hrsg.): *Handbuch der Bayerischen Geschichte, Bd. 3,1: Geschichte Frankens bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts,* 3. Aufl. München 1997.



sich auch die Verbindung zur Libertät, die im Sinne der Reichsfreiheit bedeutete, dass die Städte keinem Kurfürsten, Fürsten, Grafen oder Herren untertan waren, sondern allein und direkt dem römischen Kaiser beziehungsweise deutschen König.

Ebenso zeigt die politische Topographie des Alten Reiches die Grenzen der deutschen Libertät, da diese immer an den Status der Reichsunmittelbarkeit von Ständen und deren Territorien gebunden war. Da die Stellung der Freien Städte aber auch bedroht war, umgaben sie sich mit starken Befestigungs- und Wehranlagen, die ihre Unabhängigkeit von den benachbarten Ständen sichern sollten. Den großen und bedeutenden Freien Reichsstädten gelang es dadurch sogar, im Kriegsfall eine Politik der Neutralität zu verfolgen, wie die Beispiele von Köln, Nürnberg, Straßburg und Ulm im Dreißigjährigen Krieg zeigen.<sup>44</sup> Die größeren Freien Reichsstädte waren meistens die regelmäßigen Tagungsorte der Kreistage, so etwa für den Schwäbischen Reichskreis Ulm, für den Fränkischen Nürnberg, für den Oberrheinischen Frankfurt am Main, für den Niederrheinischen Köln und für den Niedersächsischen Hamburg.

Die Reichsunmittelbarkeit der Städte war in vielen Fällen eingeschränkt, wenn das Territorium einer Stadt direkt an das Gebiet einer anderen reichsunmittelbaren Einheit oder Korporation stieß oder sich innerhalb der Stadtmauern die Enklaven anderer reichsunmittelbarer Stände befanden, etwa die Kommanden des Deutschen Ritterordens (mit Besitzungen zum Beispiel in Frankfurt am Main, Heilbronn, Nürnberg, Rothenburg ob der Tauber und Ulm) oder des Johanniterordens (mit Besitzungen unter anderem in Straßburg, Frankfurt am Main und Rothenburg ob der Tauber). Einige Freie Reichsstädte, wie Köln oder Regensburg, reichten mit ihrem Gebiet nicht einmal über die Stadtmauern hinaus und grenzten dort unmittelbar an Territorien benachbarter mächtiger Reichsfürsten.<sup>45</sup> Andere wiederum, so Hamburg, Nürnberg, Schwäbisch Hall, Straßburg und Ulm, verfügten über ausgedehnte Landgebiete, in denen die reichsstädtischen Magistrate eine fürstengleiche Obrigkeit ausübten. Die Untertanen solcher Landgebiete außerhalb der Reichsstädte hatten keine politischen Mitbestimmungsrechte und waren, anders als die reichsstädtischen Bürger, keine Träger deutscher Libertät. Zu den reichsstädtischen Landgebieten konnten sogar untertänige Städte gehören, wie in den Territorien von Nürnberg, Straßburg und Ulm. In den Städten selbst gab es neben den privilegierten Vollbürgern noch die mit weniger Rechten ausgestatteten Beisassen oder

44 Frankfurter Historische Kommission (Hrsg.): Frankfurt am Main. Die Geschichte der Stadt in neun Beiträgen. 2. Aufl. Sigmaringen 1994; Gerhard Pfeiffer (Hrsg.): Nürnberg. Geschichte einer europäischen Stadt. München 1971; Hans-Eugen Specker: Ulm. Stadtgeschichte. Ulm 1977.

45 Hans-Wolfgang Bergerhausen: Köln in einem eisernen Zeitalter 1610-1686. Köln 2010; Peter Schmid (Hrsg.): Geschichte der Stadt Regensburg, 2 Bde. Regensburg 2000.

Pfahlbürger, auch „Spießbürger“ genannt.<sup>46</sup> Diese beiden Aspekte des reichsstädtischen Bürgerschaftsrechts weisen darauf hin, dass „Freiheit“ im Zusammenhang des Heiligen Römischen Reiches als ständisches beziehungsweise korporatives Beteiligungsrecht und im Unterschied zum modernen Freiheitsbegriff eben nicht als allgemeingültige individuelle Entfaltungsmöglichkeit zu verstehen ist. In den Freien Städten entfaltete sich oftmals ein besonderes Selbstbewusstsein der Bürgerschaft, das sich etwa im Bau weithin sichtbarer Kirchen und Rathäuser oder auch in konfessionspolitischen Entscheidungen, wie dem Übertritt zur Reformation, deutlich zeigte. Es war kein Zufall, dass sich gerade Freie Reichsstädte wie Augsburg, Nürnberg, Reutlingen, Straßburg und Ulm zu frühen Zentren der Reformation entwickelten. Die Entscheidung für die Glaubenserneuerung war ein besonderer Ausdruck der Autonomie und Freiheit der Bürgerschaft als Korporation, die unabhängig von den Autoritäten der Kirche oder des Kaisers die Konfession der Stadt festlegte.<sup>47</sup>

Wie die Reichsstädte unterstand der niedere Adel der Reichsritterschaft allein dem Kaiser als Reichsoberhaupt; die Korporationen des reichsritterschaftlichen Adels erfüllten besondere Funktionen im Gefüge des Alten Reiches.<sup>48</sup> Zum einen waren dies die mit großen und zahlreichen Besitzungen ausgestatteten Ritterorden, der Deutsche Orden und der Johanniter-Orden, zum anderen die Personenverbände der Reichsritterschaft, wie sie sich in den Ritterkreisen und -kantonen organisiert hatten.<sup>49</sup> Beide Typen von Korporationen waren institutioneller Ausdruck des Freiheitsdenkens und Unabhängigkeitsstrebens des niederen deutschen Adels, der nicht Untertan von Kurfürsten oder Fürsten sein wollte. Die Frage der Konfessionszugehörigkeit spielte auch hier eine konstitutive Rolle, zumal zahlreiche Angehörige der Reichsritterschaft bedeutende Ämter in der katholischen Reichskirche bekleideten. Die Reichsritterschaft als Ganzes ließ freilich die Konfessionsentscheidung ihrer Mitglieder offen, so dass es Angehörige aller drei Bekenntnisse unter den Rittern gab, was übrigens auch für die Mitglieder des formell katholischen Deutschen Ordens galt.

Der wohl bekannteste Vertreter adeligen Freiheitsdenkens und ritterschaftlichen Selbstbewusstseins war Götz von Berlichingen, der mit seinem durch Goethes Drama verbreiteten Ausspruch verdeutlichte, dass er sogar eine ge-

46 Gerald L. Soliday: *A Community in Conflict. Frankfurt Society in the Seventeenth and Early Eighteenth Centuries*. Brandeis 1974.

47 Bernd Moeller: *Reichsstadt und Reformation*, 2. Aufl. Berlin 1987.

48 Volker Press: *Kaiser Karl V., König Ferdinand und die Entstehung der Reichsritterschaft*, 2. Aufl. Mainz 1980; Rudolf Endres: *Adel in der Frühen Neuzeit*. München 1993.

49 Bernhard Demel: *820 Jahre Deutscher Orden. 1190-2010. Fünf Referate über eine lange Geschichte Europas*. Wien 2011; Dieter J. Weiß: *Deutscher Orden*. In: Anton Schindling/Walter Ziegler (Hrsg.): *Die Territorien des Reiches im Zeitalter der Reformation und Konfessionalisierung*. Bd. 6: *Nachträge*. Münster 1996, S. 224-248; Walter Gerd Rödel: *Das Großpriorat Deutschland des Johanniterordens im Übergang vom Mittelalter zur Reformation anhand der Generalvisitationsberichte*, 2. Aufl. Köln 1972.

wisse Unabhängigkeit von der kaiserlichen Majestät beanspruchte.<sup>50</sup> Johann Wolfgang von Goethe, ursprünglich Bürger der Freien Reichsstadt Frankfurt, der als Referendar am Reichskammergericht in Wetzlar wirkte, verarbeitete in seinem Schauspiel die politischen Kräfteverhältnisse des Alten Reiches und stilisierte Götz von Berlichingen zum Helden der deutschen Libertät.

## V. Teutsche Libertät in der Religionsordnung des Heiligen Römischen Reiches

Ein grundlegender Aspekt dessen, was die teutsche Libertät neben frühen rechtsstaatlichen Institutionen und kommunaler Autonomie kennzeichnete, wird in der Religionsordnung des Reiches besonders deutlich. Im Heiligen Römischen Reich hatte sich ausgehend von der Reformation eine eigene Form der Religionsfreiheit und des Nebeneinanders der christlichen Konfessionen ausgebildet, die zu einem Spezifikum deutscher Geschichte wurde und dem Verständnis deutscher Freiheit nochmals eine eigene Konnotation verlieh. Schon seit der Protestation der evangelischen Stände auf dem zweiten Reichstag zu Speyer 1529 war das Glaubensbekenntnis eng mit der Ständeordnung des Reiches verbunden.<sup>51</sup> Gemäß den Regelungen des Augsburger Religionsfriedens von 1555 galt die Bestimmung, dass die jeweilige Obrigkeit – Fürst oder städtischer Magistrat – die Konfessionszugehörigkeit nach dem Prinzip „*cuius regio, eius religio*“ der Untertanen zu bestimmen habe.<sup>52</sup> Zunächst war also unter „Religionsfreiheit“ nur das Recht der freien Bekenntniswahl der Fürsten und Stadtmagistrate zu verstehen, was insofern kein allgemeingültiges Individualrecht darstellte. Mit dem *ius emigrandi* wurde im Augsburger Religionsfrieden und im Westfälischen Frieden jedoch ein individuelles Dissidentenrecht verbrieft, das es denjenigen Untertanen, die nicht das Glaubensbekenntnis ihres Landesherrn annehmen wollten, ermöglichte, unter Mitnahme ihres Eigentums legal auszuwandern. Dieses Recht zur Auswanderung aus religiösen Gründen, insbesondere der Schutz des Vermögens, garantierte die Freiheit der einzelnen Person und kann daher als erstes verbrieftes Grundrecht der Deutschen gelten.<sup>53</sup> Im europäischen Vergleich fand sich eine solche Regelung nur noch in den Landfrieden der Schweizer Eidgenossenschaft von

50 Helgard Ulmschneider: *Götz von Berlichingen. Ein adeliges Leben der deutschen Renaissance*. Sigmaringen 1974; Volker Press: *Götz von Berlichingen. Vom „Raubritter“ zum Reichsritter*. In: ZWLG 40 (1981), S. 305-326.

51 Horst Rabe: *Reich und Glaubenspaltung. Deutschland 1500-1600*. München 1989.

52 Axel Gotthard: *Der Augsburger Religionsfrieden*. Münster 2004.

53 Martin Heckel: *Der Augsburger Religionsfriede. Sein Sinnwandel vom provisorischen Notstands-Instrument zum sakrosankten Reichsfundamentalgesetz religiöser Freiheit und Gleichheit*. In: Heinz Schilling/Heribert Smolinsky (Hrsg.): *Der Augsburger Religionsfrieden 1555*. Münster 2007, S. 13-33.

1529 und 1531 (Kappeler Landfrieden); sie stellt somit eine Besonderheit im Kontext Europas dar.<sup>54</sup> Diese fortschrittliche Rechtsentwicklung unterstreicht die Pionierrolle, die das Heilige Römische Reich in der Religionsgesetzgebung hatte. Die Auswanderung der Hugenotten aus Frankreich nach dem Verbot des Protestantismus durch das Revokationsedikt von Fontainebleau im Jahr 1685 erfolgte demgegenüber illegal und gelang nur aufgrund der mangelnden Durchsetzungsfähigkeit des absolutistischen Staates Ludwigs XIV.<sup>55</sup>

Doch gerade in den Reichsstädten blieb die Bekenntnisfrage zwiespältig, da die Rechtsordnung in Bezug auf die Entscheidungsrechte der Magistrate nicht eindeutig war und die Bürger daher nicht demselben Religionszwang unterlagen, wie dies für die Untertanen fürstlicher oder kirchlicher Territorien galt.<sup>56</sup> Denn der Magistrat war nicht im vollen Sinne Träger obrigkeitlicher Befugnisse. So gab es in vielen Reichsstädten neben der offiziellen Konfession, der die Mehrheit der Bürgerschaft angehörte, auch konfessionelle Minderheiten, die geschützt durch den Augsburger Religionsfrieden und später durch die religionsrechtlichen Regelungen des Westfälischen Friedens offen in Erscheinung treten konnten. Einige Fälle der Bikonfessionalität wurden im Westfälischen Frieden juristisch detailliert geregelt, um weiteren Konflikten vorzubeugen, wie an den Beispielen der so genannten „paritätischen Reichsstädte“ Augsburg, Biberach an der Riß, Dinkelsbühl und Ravensburg zu sehen ist.<sup>57</sup> Prominente Symbole hierfür sind etwa die Regelung der paritätischen Besetzung sämtlicher öffentlicher Ämter in der Stadt Augsburg oder das zu jeder vollen Stunde wechselnde Nutzungsrecht der Stadtkirche der schwäbischen Reichsstadt Biberach an der Riß durch Katholiken und Lutheraner.<sup>58</sup> Solche am Alltag der Menschen und an den lokalen Gegebenheiten orientierten Paritätsregelungen sind Ausdruck des Friedensgeistes von Münster und Osnabrück. Sie trugen dazu bei, die konfessionellen Konflikte im Heiligen Römischen Reich auf Dauer zu regulieren und zu befrieden. Die vier im Westfälischen Frieden genannten paritätischen Reichsstädte dienten dann nach 1648 auch den kleinen schwäbischen Reichsstädten Kaufbeuren und Leutkirch als Muster.

54 Eike Wolgast: Religionsfrieden als politisches Problem der frühen Neuzeit. In: HZ 282 (2006), S. 59-96.

55 Matthias Asche: Neusiedler im verheerten Land – Kriegsfolgenbewältigung, Migrationssteuerung und Konfessionspolitik im Zeichen des Landeswiederaufbaus. Die Mark Brandenburg nach den Kriegen des 17. Jahrhunderts. Münster 2006; Barbara Dölemeyer: Die Hugenotten. Stuttgart 2006.

56 Carl A. Hoffmann (Hrsg.): Als Frieden möglich war. 450 Jahre Augsburger Religionsfrieden. Regensburg 2005.

57 Paul Warmbrunn: Zwei Konfessionen in einer Stadt. Das Zusammenleben von Katholiken und Protestanten in den paritätischen Reichsstädten Augsburg, Biberach, Ravensburg und Dinkelsbühl von 1548 bis 1648. Wiesbaden 1983.

58 Dieter Stievermann/Volker Press u.a. (Hrsg.): Geschichte der Stadt Biberach. Stuttgart 1991.

Im Friedenswerk von Westfalen wurden 1648 auch die Reformierten neben den Lutheranern als ein eigenes evangelisches Bekenntnis anerkannt, nachdem sie zuvor auf der Grundlage des Augsburger Religionsfriedens keine reichsrechtlich sanktionierte Stellung hatten. Die Fragen der Konfessionszugehörigkeit und des Zusammenlebens der Konfessionen im öffentlichen Raum wurden schließlich für alle drei im Reich existierenden Bekenntnisse geregelt. In den fürstlichen Territorien bildete nach wie vor das Recht der Landesherren zur Konfessionsfestlegung die Grundlage für das Bekenntnis der Untertanen; es wurde jedoch erweitert und durch die so genannte Normaljahrsregelung fixiert, nach der die Konfessionsverteilung an den Status quo des Jahres 1624 gebunden wurde, um so religiöse Besitzstände in Territorien und Städten zu sichern. Die Befriedung der konfessionellen Konflikte erfolgte somit nicht etwa durch eine Klärung theologischer oder religiöser Fragen, sondern vielmehr durch deren Juridifizierung.<sup>59</sup>

Im Falle Frankfurts am Main, das wegen der Wahl und der Krönung der deutschen Könige beziehungsweise römischen Kaiser in der Neuzeit und wegen der zweimal jährlich stattfindenden Reichsmessen politisch und wirtschaftlich von großer Bedeutung war, war das Nebeneinander der drei Konfessionen besonders ausgeprägt. Dies bezeugt eindrucksvoll der volkstümliche Ausspruch „Die Lutheraner haben die Macht, die Katholiken die Kirchen und die Reformierten das Geld.“<sup>60</sup> Daneben existierte dort auch die größte jüdische Gemeinde im Heiligen Römischen Reich, die zwar keine bürgerschaftlichen Rechte besaß, jedoch unter dem besonderen Schutz des Kaisers als eigentlichem Oberhaupt der Freien Reichsstädte stand.<sup>61</sup> Die Balance der verschiedenen Konfessionen im öffentlichen Leben der Städte bedeutete eine stete Herausforderung für die Magistrate und gelang nicht immer. In solchen Fällen musste der Kaiser dann als Schiedsrichter aktiv werden oder das Stadtre Regiment selbst übernehmen. In Frankfurt am Main kam es 1612 und 1711 zu schweren Verfassungskrisen, die nur durch kaiserliche Kommissionen beigelegt werden konnten und schließlich in grundgesetzliche Revisionen der Stadtverfassung mündeten.<sup>62</sup> Eine ähnliche, vom Kaiser initiierte Verfassungsreform gab es im 18. Jahrhundert in der Freien Reichs- und Hansestadt Hamburg.<sup>63</sup> Diese Möglichkeit der kaiserlichen Intervention belegt, dass die Freien Reichsstädte –

59 Martin Heckel: Deutschland im Konfessionellen Zeitalter, 2. Aufl. Göttingen 2001.

60 Friedrich Bothe: Geschichte der Stadt Frankfurt am Main, 3. Aufl. Frankfurt 1929.

61 Isidor Kracauer: Geschichte der Juden in Frankfurt am Main (1150 bis 1824), 2 Bde. Frankfurt am Main 1925.

62 Soliday: Community in Conflict (wie Anm. 46); Anton Schindling: Kaiserliche Administrationen in freien Reichsstädten im 17. und 18. Jahrhundert. In: Fabian Frommelt (Hrsg.): Zwangsadministrationen. Legitimierte Fremdverwaltung im historischen Vergleich (17. bis 21. Jahrhundert). Berlin 2014, S. 115-141.

63 Hans-Dieter Loose (Hrsg.): Hamburg. Geschichte der Stadt und ihrer Bewohner Bd. 1: Von den Anfängen bis zur Reichsgründung. Hamburg 1982.

anders als manche Städte Oberitaliens – keine „souveränen“ Republiken waren. Kaiserliche Interventionen erfolgten auch zugunsten der Judengemeinden in den Freien Reichsstädten Frankfurt am Main und Worms, die ohne Unterbrechung vom Mittelalter bis zur jüdischen Emanzipation im 19. Jahrhundert Bestand hatten.

Auch im Rahmen der Konfessionskonflikte im Reich stieß das ältere, korporatistisch geprägte Verständnis von Libertät an das auf das Individuum bezogene Freiheitskonzept, wie es sich in Europa durchsetzen sollte. War zunächst nur das Nebeneinander von Korporationen der Gläubigen gemeint, so wurde dieses im Zeichen der Aufklärung des 18. Jahrhunderts mehr und mehr auch als Toleranz gegenüber den religiösen Überzeugungen Einzelner verstanden.<sup>64</sup> In diese Phase fällt aber nicht nur der terminologische Übergang der deutschen Freiheit zum Namen des „deutschen Reiches“ (an Stelle der traditionellen Bezeichnung „Heiliges Römisches Reich“), sondern – aufgrund der in vielen weltlichen und geistlichen Fürstentümern durchgeführten Reformen aufgeklärt-absolutistischer Monarchen – auch die weitere Ausrichtung der Gesetzgebung an den Untertanen als bürgerlichen Individuen. Dies verdeutlicht die Weiterentwicklung der Religionsfreiheit als individuelles Recht der freien Konfessionswahl. Insbesondere das Toleranzedikt Kaiser Josephs II. für die Habsburgischen Erblande von 1781 brachte die volle Gleichstellung der Angehörigen verschiedener christlicher Bekenntnisse.<sup>65</sup> Das vor allem in den deutschen Territorien ausgebildete Phänomen des aufgeklärten Absolutismus konnte nur aufgrund der Rechts- und Verfassungsordnung des Heiligen Römischen Reiches und der daraus resultierenden deutschen Libertät eine entsprechende Wirksamkeit entfalten. Die Rechtskodifikationen des aufgeklärten Absolutismus in Preußen (Allgemeines Landrecht) und Österreich (Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch) speisten sich aus der Rechtstradition des Reiches und der an den juristischen Fakultäten der Universitäten gelehrten Reichs-

- 64 Gabriele Haug-Moritz: Kaisertum und Parität. Reichspolitik und Konfession nach dem Westfälischen Frieden. In: ZHF 19 (1992), S. 445-482; Anton Schindling: Der Westfälische Frieden 1648. Die Regelung im konfessionellen Nebeneinander. In: Karl Georg Kaster/Gerd Steinwascher (Hrsg.): 450 Jahre Reformation in Osnabrück, Osnabrück/Bramsche 1993, S. 623-634.
- 65 Karl Otmar von Aretin (Hrsg.): Der Aufgeklärte Absolutismus. Köln 1974; Josef Karniel: Die Toleranzpolitik Kaiser Josephs II. Gerlingen 1985; Harm Klutening (Hrsg.): Der Josephinismus. Ausgewählte Quellen zur Geschichte der theresianisch-josephinischen Reformen. Darmstadt 1995.

staatsrechtslehre (Reichspublizistik).<sup>66</sup> Hierbei spielten vor allem die gelehrten Juristen in Halle an der Saale und in Göttingen als Wortführer eine entscheidende Rolle.

## VI. Das Ende des Alten Reiches und das Fortwirken der Teutschen Libertät

Auch im Kreise der Reichsfürsten war noch am Ende des 18. Jahrhunderts eine starke Identifikation mit den Prinzipien der ständischen Freiheit zu verzeichnen, wie der maßgeblich vom preußischen König Friedrich II. im Jahr 1785 forcierte Fürstenbund belegt. Friedrich der Große hat diesen Bund – nach seinen Verletzungen der Reichsverfassung in den Schlesischen Kriegen und im Siebenjährigen Krieg (1756-1763, gelegentlich auch als Dritter Schlesischer Krieg bezeichnet) – bewusst gegen die Politik Kaiser Josephs II. zur Bewahrung der teutschen Freiheit der Stände gestiftet, wie es in der Gründungsakte formuliert ist.<sup>67</sup> Der österreichisch-preußische Dualismus erfuhr im Rahmen des Reiches und seiner Verfassung mit dem Fürstenbund eine Bekräftigung. Dabei spielten gerade auch mittlere Territorien, wie etwa Anhalt, Baden, Pfalz-Zweibrücken oder Sachsen-Weimar, aber auch das katholische Kurmainz eine Rolle.

Mit den Säkularisationen und Mediatisierungen des Reichsdeputationshauptschlusses von 1803 sind dann jedoch die territorialen und somit auch politischen Grundlagen der geistlichen Fürstentümer ebenso beseitigt worden wie die der Freien Reichsstädte und ritterschaftlichen Korporationen.<sup>68</sup> Mit der politischen Herauslösung dieser Glieder aus der komplexen und ausbalancierten Verfassungsordnung des Reiches ging das Reich schließlich selbst zugrunde. Der Untergang des Alten Reiches in den Jahren 1803 bis 1806 war in erster

66 Hermann Conrad: Deutsche Rechtsgeschichte Bd. 2: Neuzeit bis 1806. Karlsruhe 1966; Anton Schindling: Die protestantischen Universitäten im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation im Zeitalter der Aufklärung. In: Notker Hammerstein (Hrsg.): Universitäten und Aufklärung. Göttingen 1995, S. 9-19; Georg Schmidt: Wandel durch Vernunft. Deutschland 1715-1806. München 2009; Wolfgang Burgdorf: Reichskonstitution und Nation. Verfassungsreformprojekte für das Heilige Römische Reich Deutscher Nation im politischen Schrifttum von 1648 bis 1806. Mainz 1998.

67 Gerd Heinrich: Friedrich II. von Preußen. Leistung und Leben eines großen Königs. Berlin 2009; Dieter Stievermann: Der Fürstenbund von 1785 und das Reich. In: Press (Hrsg.): Alternativen (wie Anm. 39), S. 209-226; Volker Press: Friedrich der Große als Reichspolitiker. In: ders.: Das Alte Reich. Ausgewählte Aufsätze, hrsg. von Johannes Kunisch. Berlin 1997, S. 260-288.

68 Heinz Gollwitzer: Die Standesherrn. Die politische und gesellschaftliche Stellung der Mediatisierten 1815-1918. Ein Beitrag zur deutschen Sozialgeschichte, 2. Aufl. Göttingen 1964; Hans-Ulrich Rudolf (Hrsg.): Alte Klöster, neue Herren, 3 Bde. Ostfildern 2003; Alwin Hanschmidt: Die Säkularisation von 1803 nach 200 Jahren. Eine Umschau in der Literatur zu einem „Mega-Ereignis“ historischen Gedenkens. In: Historisches Jahrbuch (HJb) 129 (2009), S. 387-459.



Linie also den Folgen der Französischen Revolution und der Expansionspolitik Napoleons zuzuschreiben.<sup>69</sup> Der deutsche Dualismus zwischen Österreich und Preußen, dem das Ende des Reiches manchmal angelastet wurde, hat demgegenüber das Reichssystem zwar modifiziert, aber nicht zerstört. Der letzte Kurfürst von Mainz und letzte Erzkanzler des Heiligen Römischen Reiches, Erzbischof Karl Theodor von Dalberg, war ein wichtiger Repräsentant der katholischen Reichsritterschaft, der auch als Fürstprimas des Rheinbundes noch ein überzeugter Verfechter der deutschen Libertät war und über das Ende des Alten Reiches 1806 hinaus versuchte, die institutionelle Ordnung mit ihren speziellen Partizipations- und Freiheitsrechten wiederherzustellen.<sup>70</sup>

Obwohl mit der Auflösung des Reichsverbandes ein fundamentaler Bruch in den Rechts- und Besitzstandsverhältnissen verbunden war, haben Traditionslinien der deutschen Libertät auch über diese Zäsur hinaus gewirkt und bildeten einen Quellgrund für die Freiheitsideen des 19. Jahrhunderts. Diese wurden von zahlreichen Angehörigen des deutschen Adels mitgetragen und geprägt; sie formierten sich insbesondere in den ehemaligen Freien Reichsstädten des deutschen Südwestens und der alten Hanse im Norden als neue politische Bewegung und mündeten in frühliberale Positionen.<sup>71</sup> Die Ursprünge konstitutionellen Denkens seit der Aufklärung und die verfassungspolitischen Bestrebungen der souveränen Monarchien, die sich nach der Gründung des Deutschen Bundes 1815 insbesondere in den süddeutschen Staaten ausformten, hatten eine unverwechselbare Nähe zu den Strukturelementen des Alten Reiches. Sie verbanden sich mit den ideengeschichtlichen Impulsen der Französischen Revolution, aber auch mit Anregungen aus England und Amerika.<sup>72</sup>

Hinter der deutschen Libertät steckte somit auch die Idee einer frühmodernen Ordnung der feudalen Gesellschaft, die den direkten Zugriff einer zentralisierten Staatsgewalt auf die Untertanen erschwerte und die politischen Rechte und Privilegien der Stände im Mächtenspiel mit dem Kaisertum garantierte. Die starke politische und dynastische Verflechtung der Stände und ihrer Territorien

69 Volker Press: Das Ende des Alten Reiches und die deutsche Nation. In: Kleist-Jahrbuch 1993, S. 31-55; ders.: Altes Reich und Deutscher Bund. Kontinuität in der Diskontinuität. München 1995; Karl Otmar von Aretin: Vom Deutschen Reich zum Deutschen Bund, 2. Aufl. Göttingen 1993.

70 Herbert Hömig: Karl Theodor von Dalberg, Reichskanzler und Kirchenfürst im Schatten Napoleons Paderborn 2011.

71 Dieter Langewiesche: Liberalismus und Demokratie in Württemberg zwischen Revolution und Reichsgründung. Düsseldorf 1974; Paul Nolte: Gemeindebürgertum und Liberalismus in Baden 1800 bis 1850. Göttingen 1994.

72 Heinz Angermeier: Deutschland zwischen Reichstradition und Nationalstaat. Verfassungspolitische Konzeptionen und nationales Denken zwischen 1801 und 1805. In: Zeitschrift für Rechtsgeschichte Germanistische Abteilung (ZRG GA) 107 (1990), S. 19-101; Hartwig Brandt: Der lange Weg in die demokratische Moderne. Deutsche Verfassungsgeschichte von 1800 bis 1945. Darmstadt 1998; Hartwig Brandt/Ewald Grothe (Hrsg.): Rheinbündischer Konstitutionalismus. Frankfurt am Main 2007.



sorgte für politisches Gleichgewicht und Stabilität im Reich sowie in Europa und beeinflusste maßgeblich die besondere Ausprägung des föderalistischen Prinzips im deutschen Liberalismus.<sup>73</sup> Die „deutsche“ oder „ständische Freiheit“ wurde während der Frühen Neuzeit nicht nur zu einem wichtigen Bestandteil der politischen Kultur in Deutschland, sondern durch ihre institutionellen Ausformungen, wie der Einrichtung oberster Reichsgerichte, der organischen Weiterentwicklung des Reichstags und insbesondere dem fortschrittlichen Religionsrecht, auch zu einem einflussreichen Faktor in der deutschen Verfassungsgenese.<sup>74</sup> Obgleich der Begriff der teutschen Libertät wenig mit der modernen Vorstellung von individueller Selbstbestimmung und Autonomie gemein hat, darf seine Rolle als eigenständige Traditionslinie in der Geschichte des modernen politischen Freiheitsbegriffs nicht vernachlässigt werden.

73 Dieter Langewiesche: *Liberalismus in Deutschland*. Frankfurt am Main 1988.

74 Georg Schmidt (Hrsg.): *Kollektive Freiheitsvorstellungen im frühneuzeitlichen Europa (1400–1850)*. Frankfurt am Main 2006; Werner Conze/Christof Dipper/Diethelm Klippel u.a.: *Freiheit*. In: *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 2 E–G, 3. Aufl. Stuttgart 1992, S. 425–542.

## Freiheit und Bewahrung. Joachim Ritters philosophischer Liberalismus in der politischen Geistesgeschichte der Bundesrepublik

### Einleitung

Im historischen Rückblick erscheinen die Entstehung und Entwicklung der „alten“ Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg als eine beeindruckende Erfolgsgeschichte.<sup>1</sup> Ohne hier an ungebrochene geistesgeschichtliche Traditionslinien oder gar durchschlagskräftige politische Präzedenzen anknüpfen zu können, hat sich nach der vernichtenden militärischen Niederlage und dem „Zusammenbruch“ des „Dritten Reichs“ auf westdeutschem Boden eine freiheitlich-demokratische Ordnung herausgebildet und konsolidiert, die – allem anfänglichen Misstrauen und Pessimismus zum Trotz – nicht nur über die Wiedervereinigung Deutschlands hinaus bis heute Bestand hat, sondern inzwischen auch weithin als politisches Erfolgsmodell gehandelt wird.<sup>2</sup> Selbst wenn man den beträchtlichen Anteil der Re-Edukationspolitik der Westalliierten in Rechnung stellt, bleibt diese Erfolgsgeschichte doch bemerkenswert. Schließlich hätte eine solche Politik ohne die breite kulturelle Vermittlung und Anerkennung entsprechender liberaler Wertorientierungen vor Ort kaum verfangen können, zumal in der intellektuellen Auseinandersetzung der Zeit zunächst keineswegs westlich ausgerichtete Stimmen den Ton angaben.<sup>3</sup>

Auf der Suche nach dem „Missing Link“ in der Entwicklung liberalen Denkens in Deutschland nach 1945 ist die politische Ideengeschichtsschreibung in den vergangenen Jahren verstärkt auf den Münsteraner Philosophen Joachim Ritter und seine Schüler aufmerksam geworden.<sup>4</sup> In einer Zeit, da die intellektuelle Verachtung der Bundesrepublik durchaus noch an der Tagesordnung

1 Vgl. Axel Schildt: *Ankunft im Westen. Ein Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik*. Frankfurt a. M. 1999. Edgar Wolfrum: *Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart*. Stuttgart 2006.

2 Vgl. Jörg Calliess (Hrsg.): *Die Geschichte des Erfolgsmodells BRD im internationalen Vergleich*. Loccum 2006.

3 Vgl. Axel Schildt: *Zwischen Abendland und Amerika. Studien zur westdeutschen Ideenlandschaft der 50er Jahre*. München 1999.

4 Vgl. insbes. Jens Hacke: *Philosophie der Bürgerlichkeit. Die liberalkonservative Begründung der Bundesrepublik*. Göttingen <sup>2</sup>2008. Ders.: *Der Liberalkonservatismus als Identitätsressource der Bundesrepublik*. In: *Die politische Meinung* 10 (2007), S. 43-45.

war – sei es als Verfallsform einer substanzielleren Volksgemeinschaft und Staatsordnung auf Seiten der Rechten, sei es als bloße Vorstufe zu einer künftig erst zu verwirklichenden herrschaftsfreien und klassenlosen Gesellschaft auf der Linken – hat Ritter einen grundlegenden Beitrag zur philosophischen Selbstverständigung des jungen Gemeinwesens als moderne Industriegesellschaft und demokratischer Rechtsstaat geleistet. Insbesondere im Umkreis der Kritischen Theorie lange als Vordenker eines politisch bedenklichen „Neokonservatismus“,<sup>5</sup> Anhänger eines antimodernen „Neoaristotelismus“<sup>6</sup> oder Parteigänger der „ethische[n] Gegenaufklärung“<sup>7</sup> verunglimpft oder als ein „intellektuell unerhebliches Reaktionsphänomen“<sup>8</sup> abgetan, werden der Münsteraner Philosoph und seine Schüler inzwischen als prägende Einflussgrößen für die politische Kultur der zweiten deutschen Demokratie anerkannt und gewürdigt. Ihre Überlegungen haben nicht nur wesentlich zur „liberkonservativen Begründung der Bundesrepublik“<sup>9</sup> beigetragen, sondern finden im Zeichen der Diskussion um Neue Bürgerlichkeit und Zivilgesellschaft auch als Ideenreservoir des zeitgenössischen Liberalismus zunehmend Beachtung.<sup>10</sup>

Vor diesem historischen Hintergrund nimmt der vorliegende Beitrag die politische Philosophie Joachim Ritters in systematischer Perspektive eingehender unter die Lupe. Es geht ihm darum, die philosophische Substanz und Struktur jenes liberalen Denkens herauszuarbeiten, das in der politischen Ideengeschichte der Bundesrepublik derart maßgebend wirksam geworden ist. Zu diesem Zweck wird zunächst ein Überblick über Ritters gedankliche Entwicklung inmitten der widerstreitenden philosophischen, weltanschaulichen und politischen Tendenzen der ausgehenden Weimarer Republik gegeben. Sodann ist die liberale Anlage und Stoßrichtung der Hegelauslegung kenntlich zu machen, von der seine Deutung der Gegenwart ihren Ausgang nimmt. Auf dieser Grundlage wird Ritters Philosophie schließlich als eine philosophische Theorie der Moderne profiliert, die in der modernen bürgerlichen Industriegesellschaft und ihrer Entzweigung von der geschichtlichen Herkunftswelt die notwendige Bedingung für die universelle Verwirklichung menschlicher Freiheit erblickt. Im Anschluss werden einige der Wege nachgezeichnet, auf denen sich die Aufnahme und Aneignung gedanklicher Motive Ritters im Kreis seiner Schüler

5 Jürgen Habermas: Der philosophische Diskurs der Moderne. Zwölf Vorlesungen. Frankfurt a. M. 1985, S. 90.

6 Herbert Schnädelbach: Was ist Neoaristotelismus? In: ders.: Zur Rehabilitierung des *animal rationale*. Vorträge und Abhandlungen 2. Frankfurt a. M. 1992, S. 205-230, hier S. 207.

7 Ernst Tugendhat: Vorlesungen über Ethik. Frankfurt a. M. 1993, S. 197.

8 Jürgen Habermas: Deutscher Herbst. In: ders.: Kleine Politische Schriften I-IV. Frankfurt a. M. 1981, S. 364-406, hier S. 368.

9 Vgl. Hache: Philosophie der Bürgerlichkeit (wie Anm. 4).

10 Vgl. ders.: Die Verteidigung des Unvollkommenen. Zur Aktualität des altbundesrepublikanischen Liberalismus. In: Undine Ruge, Daniel Morat (Hrsg.): Deutschland denken. Beiträge für die reflektierte Republik. Wiesbaden 2005, S. 97-110.

vollzogen hat. Wie dabei deutlich wird, sind die ursprünglichen systematischen Intentionen und Potenziale seiner politischen Philosophie in deren Wirkungsgeschichte keineswegs vollständig aufgegangen, sodass abschließend die Bedeutung Joachim Ritters für das liberale Denken der Gegenwart in den Blick zu nehmen ist.

### Intellektuelle Biographie: Der Weg in die Bundesrepublik

Joachim Ritter wurde am 3. April 1903 als Sohn des Lungenfacharztes Johannes Ritter und seiner Frau Marie in Geesthacht bei Hamburg geboren.<sup>11</sup> Beide Großväter waren bekannte evangelische Theologen, der Urgroßvater mütterlicherseits Rechtsprofessor in Halle. Man wird sich das nähere Umfeld als gehoben bildungsbürgerlich vorzustellen haben, allerdings mit kulturprotestantisch-progressivem Einschlag. Das Leben am Industriestandort Geesthacht war durch einen hohen Anteil an Arbeitern geprägt, deren Lage sich infolge der Stilllegung der örtlichen Pulverfabriken nach dem Ersten Weltkrieg dramatisch verschlechterte. Zeitweise galt die Stadt als eine der ärmsten Gemeinden des Landes, in Anspielung auf Wahlerfolge von Sozialdemokraten und Kommunisten wurde sie im Volksmund auch „klein Moskau“ genannt.<sup>12</sup> Soziale Unruhen und gewalttätige Ausschreitungen nahmen im Laufe der 1920er Jahre stark zu, und auch beim jungen Ritter scheinen das proletarische Elend und die wachsende politische Polarisierung einen tiefen Eindruck hinterlassen zu haben.

Ab 1921 studierte Ritter Philosophie, evangelische Theologie, Deutsch und Geschichte in Heidelberg, Marburg, Freiburg und Hamburg. Gerade auf dem Gebiet der Philosophie war die Szenerie damals durch eine spannungsreiche Konstellation unterschiedlicher theoretischer Schulen und weltanschaulicher Strömungen geprägt.<sup>13</sup> Zum einen war das Fach in Folge des „Zusammenbruchs des Deutschen Idealismus“ und des Siegeszugs der modernen, positiven Natur- und Geisteswissenschaften in eine tiefe Identitätskrise geraten, in der sein traditionelles Selbstverständnis und sein angestammter akademischer Stellenwert brüchig zu werden begannen.<sup>14</sup> Zum anderen hatten die Erschütterungen des Krieges und die politischen, gesellschaftlichen und kulturellen

- 11 Vgl. Odo Marquard: Joachim Ritter. In: Neue Deutsche Biographie. Bd. 21. Berlin 2003, S. 663 f.
- 12 Vgl. Heinz Bohlmann: Fäuste, Führer, Flüchtlingstrecks. Ein Beitrag zur Geschichte der Städte Geesthacht und Lauenburg/Elbe 1930-1950. Schwarzenbek b. Hamburg 1993, S. 19-35.
- 13 Vgl. Kurt Wuchterl: Bausteine zu einer Geschichte der Philosophie des 20. Jahrhunderts. Von Husserl zu Heidegger: Eine Auswahl. Bern, Stuttgart, Wien 1995, S. 17-22.
- 14 Vgl. Herbert Schnädelbach: Philosophie in Deutschland 1831-1933. Frankfurt a. M. 61999, S. 17.

Umwälzungen der Folgezeit Orientierungsfragen aufgeworfen, die den Rahmen der etablierten, überwiegend historisch und naturwissenschaftlich ausgerichteten Universitätsphilosophie zu sprengen schienen.<sup>15</sup> Bereits in seiner Studienzeit bewegte sich Ritter entlang der Frontlinien der zeitgenössischen Kontroversen. So kam er in Gestalt von Erich Rothacker, Nicolai Hartmann, Heinz Heimsoeth und Martin Heidegger zunächst mit Vertretern jener neueren philosophischen Bestrebungen in Berührung, die sich dezidiert vom damals vorherrschenden Neukantianismus abwandten und im Namen des Seins, des Lebens oder der Geschichte den Aufbruch zu neuen gedanklichen Ufern proklamierten. Für die Promotion allerdings (mit einer Arbeit über Nicolaus Cusanus' Theorie des Nichtwissens) ging er schließlich zu Ernst Cassirer nach Hamburg, der seinerzeit als einer der avanciertesten Vertreter des Marburger Neukantianismus galt.<sup>16</sup>

So markierte die heute legendäre Davoser Disputation zwischen Cassirer und Heidegger im Jahr 1929, die Ritter gemeinsam mit Otto Friedrich Bollnow protokollierte,<sup>17</sup> in gewissem Sinne auch den theoretischen Bezugsrahmen, in dem sich seine eigene philosophische Selbstverständigung vollzog. Wie in einem Brennpunkt schienen sich die gegenläufigen geistigen Tendenzen der Zeit hier in der Begegnung zweier in persönlichem Auftreten und philosophischem Standpunkt grundverschiedener Denker zu verdichten: auf der einen Seite ein transzendentalphilosophischer Ansatz in der Tradition des Neukantianismus, der stets davon ausgegangen war, dass die Wirklichkeit allein durch Vermittlung einer „daseinsunabhängigen logischen Vernunft“<sup>18</sup> zugänglich wird, und daher die Erkenntnis- bzw. Wissenschaftstheorie, die die Struktur und Funktionsweise dieser Vernunft analysieren sollte, als philosophische Grundlagendisziplin betrachtete. Auf der anderen die gegenläufigen „metaphysischen Tendenzen“, die die „Frage nach dem Seinsgrund der Erkenntnis“, mithin dem „lebensgebundenen geschichtlichen Ursprung ihrer Prinzipien und Formen“<sup>19</sup> aufwarfen, um die Vorrangstellung des erkenntnistheoretischen Paradigmas zu untergraben und die Philosophie in einer anthropologischen, lebens- oder existenzphilosophischen Auffassung menschlichen Seins neu zu fundieren. Dabei war sich Ritter bewusst, dass beide Positionen im Horizont

15 Vgl. Norbert Bolz: *Auszug aus der entzauberten Welt. Philosophischer Extremismus zwischen den Weltkriegen*. München 1989.

16 Joachim Ritter: *Docta Ignorantia. Die Theorie des Nichtwissens bei Nicolaus Cusanus*. Leipzig 1927.

17 Vgl. Otto-Friedrich Bollnow, Joachim Ritter: *Davoser Disputation zwischen Ernst Cassirer und Martin Heidegger*. In: Martin Heidegger: *Kant und das Problem der Metaphysik*. Hrsg. von Friedrich-Wilhelm von Herrmann. Frankfurt a. M. 1991, S. 274-296.

18 Joachim Ritter: *Die Erkenntnistheorie der gegenwärtigen deutschen Philosophie und ihr Verhältnis zum französischen Positivismus (Durkheim-Schule)*. Hrsg. v. Klaus Christian Köhnke. In: *Dilthey-Jahrbuch 9* (1996), S. 207-232, hier S. 212.

19 Ebd., S. 208 f.

der zeitgenössischen Auseinandersetzung um „die Lebenskraft des ‚europäischen Geistes‘“<sup>20</sup> auch kulturkritische und politische Konnotationen gewannen. So stand die neukantianische Betonung des Geistigen aus Sicht ihrer Gegner für eine Entfremdung vom Leben, für den Zustand einer Kultur, die unter dem vermeintlich fremden Einfluss der „westlichen“ Aufklärung ihre ursprüngliche Vitalität und Authentizität eingebüßt hatte und in einem solchen Maß von Rationalismus und Szientismus beherrscht wurde, dass ihr das Ideal wissenschaftlicher Wertfreiheit den Blick auf jeglichen höheren Sinn verstellte und die fortschreitende Ausdifferenzierung und Spezialisierung der Wissenschaften eine einheitliche, umfassende Weltanschauung unmöglich machte.<sup>21</sup> Dagegen wurden die neumetaphysischen Beschwörungen des Lebens insbesondere auf Seiten der akademisch etablierten Philosophie als Ausdruck eines regressiven Zeitgeistes verurteilt, der geneigt zu sein schien, die rein formale und prozedurale Rationalität wissenschaftlicher Erkenntnis und technischer Verfahren, aber auch liberaler Rechtsstaatlichkeit und demokratischer Willensbildung einem verbreiteten Bedürfnis nach weltanschaulich gehaltvoller Sinnstiftung zu opfern.<sup>22</sup>

Während Ernst Cassirer vielen Beobachtern der Davoser Disputation bloß als gediegener Repräsentant einer bereits zerfallenden bürgerlich-humanistischen Bildungstradition in Erinnerung blieb, der forsch auftretende Heidegger hingegen als Exponent des Neuen, der jungen Generation und ihrer existentiell bestimmten Fragen und Anliegen,<sup>23</sup> stand Ritter damals noch ganz entschieden auf der Seite seines Lehrers. Er kritisierte Heideggers Ansatz als den einer „anthropologischen Metaphysik“,<sup>24</sup> die die subjektive Perspektive des Einzelnen zum letzten Maßstab erhebe, ohne ihre gesellschaftliche und historische Bedingtheit zu reflektieren. Mit dieser „Absolutsetzung des eigenen Ich“ werde wissenschaftliche und philosophische Erkenntnis im Grunde einer „existentiellen Entscheidung“ untergeordnet und so jeder rationalen Auseinandersetzung entzogen, was notwendig „zur Skepsis, zum Subjektivismus und Mystizismus“<sup>25</sup> führe. Im Sinne Cassirers hielt Ritter dagegen, „daß nicht der Geist ein Phänomen des menschlichen *Lebens* ist, sondern umgekehrt das Phänomen

20 Ders.: Bildungskrise in Davos. Bemerkungen zu den IV. Davoser Hochschulkursen vom 22. März bis 11. April 1931. In: Neue Jahrbücher für Wissenschaft und Jugendbildung 7 (1931), S. 661-665, hier S. 661.

21 Vgl. Schnädelbach: Philosophie in Deutschland (wie Anm. 14), S. 174 f.

22 Vgl. ebd.

23 Vgl. Karlfried Gründer: Cassirer und Heidegger in Davos 1929. In: Hans-Jürgen Braun, Helmut Holzhey, Ernst Wolfgang Orth (Hrsg.): Über Ernst Cassirers Philosophie der symbolischen Formen. Frankfurt a. M. 1988, S. 290-302.

24 Joachim Ritter: Über den Sinn und die Grenze der Lehre vom Menschen [1933]. In: ders.: Subjektivität. Sechs Aufsätze. Frankfurt a. M. 1974, S. 36-61, hier S. 45.

25 Ebd., S. 58 f.

des *menschlichen* Lebens auf der Geistigkeit [...] beruht“.<sup>26</sup> Damit wurde der Intellekt – ganz auf der Linie der klassischen, zuletzt auf Platon und Aristoteles zurückgehenden humanistischen Tradition – als der wesentliche Zug des Menschen begriffen und die moderne Wissenschaft zu seiner maßgeblichen zeitgenössischen Manifestationsform erklärt. Die Philosophie dürfe sich keinesfalls von ihr abwenden, um ihr Heil im Weltanschaulichen zu suchen, wie Ritter noch im Februar 1933 in seiner Antrittsvorlesung als Privatdozent in Hamburg mit Nachdruck forderte. Ihre Aufgabe sei es vielmehr, „gegenüber allem spekulativen, [...] mystischen und subjektivistischen Denken den Sinn der objektiven Erkenntnis, der rationalen Klarheit und die Erweiterung unserer wissenschaftlichen Erfahrung zu sichern“.<sup>27</sup>

Allerdings hatte Ritter seinerzeit bereits begonnen, diesen Begriff von Philosophie als kritischer Wissenschaftstheorie in der Tradition des Neukantianismus auf den Spuren von Ernst Cassirers „Philosophie der symbolischen Formen“ verstärkt in historische und sozialwissenschaftliche Überlegungen einzubetten.<sup>28</sup> Dabei schien er sogar noch einen Schritt über seinen Lehrer hinauszugehen und so bald auch an gewisse Grenzen der „*idealistischen* Position“<sup>29</sup> zu stoßen. War er anfangs mit Cassirer von der „ursprünglichen Unableitbarkeit der symbolischen Ausdrucks-, Darstellungs- und Bedeutungsform der geistigen Reflexion aus dem unmittelbaren Wirk- und Lebenszusammenhang“<sup>30</sup> ausgegangen, so räumte er jedenfalls wenig später unter dem Eindruck von Diltheys lebensphilosophisch grundierten geistesgeschichtlichen Studien und den sozialwissenschaftlichen Forschungen der Durkheim-Schule ausdrücklich ein, dass die „ganze Welt der Bewußtseins- und Wissensformen als konkrete, lebendige, gegenwärtige oder historisch vergangene Zeitlichkeit mit dem gesellschaftlich-geschichtlichen Leben selbst verflochten“<sup>31</sup> ist. Aus diesem Grund müsse man „den Bereich des Erkennens selbst überschreiten“ und „seine Verwurzelung im Realgeschehen [...] verstehen und untersuchen“, um die Verschiedenheit der Formen menschlichen Weltauffassens zu erklären und die „Frage nach dem Ursprung“ und „dem Grund ihrer Ausbildung“<sup>32</sup> beantworten zu können. Ein umfassendes Verständnis der geistigen Welt des Menschen in ihrer ganzen Vielgestaltigkeit und Veränderlichkeit erfordere die „genaue und gründliche Erforschung der beobachtbaren Verflechtung von Be-

26 Ders.: Ernst Cassirers Philosophie der symbolischen Formen. In: Neue Jahrbücher für Wissenschaft und Jugendbildung 6 (1930), S. 593-605, hier S. 597.

27 Ders.: Über den Sinn (wie Anm. 24), S. 61.

28 Vgl. Ulrich Dierse: Geschichtlichkeit. Ritters frühe Arbeiten zu Dilthey und Cassirer. In: ders. (Hrsg.): Joachim Ritter zum Gedenken. Stuttgart 2004, S. 29-41.

29 Ritter: Cassirers Philosophie (wie Anm. 26), S. 596.

30 Ebd., S. 600.

31 Ders.: Erkenntnistheorie (wie Anm. 18), S. 214.

32 Ebd., S. 215.

wußtsein und Gesellschaft“.<sup>33</sup> In der weiteren Folge der damit eingeleiteten Verortung des menschlichen Geistes in seinen gesellschaftlichen und geschichtlichen Zusammenhängen stellte sich für Ritter allerdings unweigerlich auch das Problem des historischen und kulturellen Relativismus, mithin der „Gebundenheit aller Weltanschauung an ihre begrenzte Lebenswelt“, die für das traditionelle Selbstverständnis der Philosophie notwendig auf einen „inneren Widerspruch“ ihrer „wesentlich totale Gültigkeit beanspruchenden Systeme“<sup>34</sup> hinauszulaufen schien.

In dieser Zeit, in der Joachim Ritter die bei Cassirer angelegte Kontextualisierung des Geistigen weiter verfolgte und dabei den transzendentalen Idealismus seines Lehrers hinter sich ließ, ohne doch dessen rationalistische, universalistische und humanistische Anliegen preiszugeben, kam er auch mit dem Denken von Karl Marx in Berührung.<sup>35</sup> In Hamburg nahm Ritter 1931 als junger Privatdozent an einem Gesprächskreis über Marx’ kurz zuvor aufgetauchte „Pariser Manuskripte“ teil. In seinen Diskussionsbeiträgen unterstrich er die Kontinuität der marxischen Theoriebildung zur philosophischen Tradition, fasste sie allerdings dialektisch: Statt „eine ewige Idee des menschlichen Seins der Wirklichkeit deutend unterzulegen“, habe Marx „den Ursprung, die Funktion und die [...] Machtlosigkeit solcher metaphysischen Anthropologie“ offengelegt und „an deren Stelle die Analyse der bürgerlichen Gesellschaft“<sup>36</sup> gesetzt. Was der traditionellen Philosophie als zeitloses Wesen des Menschen gelte, erweise sich aus dieser Sicht als eine gesellschaftlich bedingte Seinsweise, die durch gesellschaftliche Veränderungen überwunden werden könne. Marx habe „den ewigen Widerspruch der Philosophie auf einen zeitlich-historischen Widerspruch zurückgeführt, und [...] dementsprechend die These vertreten, daß dieser zeitlich-historische Widerspruch auch durch die menschliche Praxis aufzuheben sei.“<sup>37</sup> Schon die Art der Auseinandersetzung lässt erkennen, dass Ritters Interesse damals über eine rein theoretische Beschäftigung hinausging. Die einschlägigen Thesen wurden nicht nur philologisch rekonstruiert, sondern auch inhaltlich vertreten und auf kulturelle Erscheinungen der eigenen Zeit bezogen. Inwieweit solche Überlegungen auch mit direktem politischem Engagement einhergingen, ist im Rückblick freilich schwer zu beurteilen. Immerhin erinnerte sich der Nationalökonom Alfred Sohn-Rethel an Verbindungen zu illegalen sozialistischen Widerstandsgrup-

33 Ebd., S. 232.

34 Ders.: Zu Wilhelm Diltheys Weltanschauungslehre. In: Hamburger Fremdenblatt (28.3.1931), S. 22.

35 Vgl. Gunter Scholtz: Joachim Ritter als Linkshegelianer. In: Dierse (Hrsg.): Joachim Ritter zum Gedenken (wie Anm. 28), S. 147-161.

36 Joachim Ritter: Die Auseinandersetzung des jungen Marx mit der idealistischen Philosophie und ihre Motive (10. Januar 1931). Typoskript, 6 Seiten. Nachlass Joachim Ritter (DLA Marbach), S. 2.

37 Ebd.



pen. Ritter sei damals „ein sehr abenteuerlicher Junge“ gewesen, der bis in die 1930er Jahre „auf einem Motorrad herumflitzte“ und „engen Kontakt mit den Überresten des Hamburger Aufstands“<sup>38</sup> hielt.

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten begann für den aufstrebenden Akademiker, der noch Ende 1932 von Cassirer mit einer Arbeit über Augustinus<sup>39</sup> habilitiert worden war, ein heikler Balanceakt zwischen innerer Distanz und äußerer Anpassung.<sup>40</sup> Wegen der Nähe zu Cassirer, seiner ersten Ehe mit dessen 1928 verstorbener Verwandten Mary Einstein und Gerüchten um seine marxistischen Umtriebe in NSDAP-Kreisen unter Verdacht, sah er sich zunehmend politischen Anfeindungen und Bewährungsproben ausgesetzt.<sup>41</sup> Gleichwohl blieben erkennbare Reverenzen an nationalsozialistisches Gedankengut aus, auch wenn die verstärkte Akzentuierung der geschichtlichen Eigenarten und Unterschiede des Geistigen durchaus der politisch erwünschten Richtung entgegenzukommen schien. Vereinzelt Aufsätze aus dieser Zeit verweisen hintergründig auf die Verwurzelung des „Jahrhunderte späteren Toleranzgedanken Lessings“<sup>42</sup> in der Tradition der deutschen Mystik oder auf die allgemeine Aufgabe der Philosophie, die „Zugehörigkeit des anderen zu der es ausgrenzenden Lebenswirklichkeit sichtbar“<sup>43</sup> werden zu lassen. Daneben ist ein weitgehender Rückzug auf politisch scheinbar unverfängliches philosophiehistorisches Terrain zu verzeichnen. Im Mai 1937 trat der in wirtschaftlich prekären Verhältnissen lebende Privatdozent unter dem fortgesetzten Druck des NS-Dozentenbundes schließlich in die NSDAP ein, betätigte sich auch in ihren Gliederungen, doch der akademische Aufstieg stockte weiterhin. Als man ihn 1941 zunächst zum außerordentlichen Professor ernannte und im Mai 1943 ein Ruf nach Kiel erging, befand er sich als Reserveoffizier längst im Kriegseinsatz. Obwohl noch 1944 „uk-gestellt“, konnte er die Professur nicht mehr antreten, da er bald darauf in britische Gefangenschaft geriet.<sup>44</sup>

- 38 Alfred Sohn-Rethel: Einige Unterbrechungen waren wirklich unnötig. Gespräch mit Sohn-Rethel. In: Mathias Greffrath (Hrsg.): Die Zerstörung einer Zukunft. Gespräche mit emigrierten Sozialwissenschaftlern. Reinbek b. Hamburg 1979, S. 213-269, hier S. 223 f.
- 39 Joachim Ritter: *Mundus Intelligibilis*. Eine Untersuchung zur Aufnahme und Umwandlung der neuplatonischen Ontologie bei Augustinus. Frankfurt a. M. 1937.
- 40 Vgl. Jens Thiel: Akademische „Zinnsoldaten“? Karrieren deutscher Geisteswissenschaftler zwischen Beruf und Berufung (1933/1945). In: Rüdiger vom Bruch, Uta Gerhardt, Aleksandra Pawliczek (Hrsg.): *Kontinuitäten und Diskontinuitäten in der Wissenschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts*. Stuttgart 2006, S. 167-194.
- 41 Vgl. Hans Jörg Sandkühler: „Eine lange Odyssee“. Joachim Ritter, Ernst Cassirer und die Philosophie im ‚Dritten Reich‘. In: *Dialektik* (2006) 1, S. 139-179.
- 42 Ders.: Nicolaus von Cues. In: Theodor Haering (Hrsg.): *Das Deutsche in der deutschen Philosophie*. Stuttgart 1941, S. 70-88, hier S. 74.
- 43 Ders.: Über das Lachen [1940]. In: ders.: *Subjektivität. Sechs Aufsätze*. Frankfurt a. M. 1974, S. 62-92, hier S. 79.
- 44 Vgl. Sandkühler: *Odyssee* (wie Anm. 41), S. 171.

Im Jahr 1946 übernahm Ritter den Lehrstuhl für Philosophie an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, an der er – unterbrochen von einer Gastprofessur in Istanbul zwischen 1953 und 1955 – bis zur Emeritierung blieb. Hier entfaltete er eine rege Lehrtätigkeit, hielt viel beachtete Vorlesungen zur Gesellschaftstheorie, politischen Philosophie und Ästhetik<sup>45</sup> und begründete das heute legendäre „Collegium Philosophicum“. Er begann, seinen eigenen Standpunkt in einer Reihe von Aufsätzen auszuformulieren und jenen Kreis von Schülern um sich zu sammeln, der später als „Ritter-Schule“ die intellektuelle Landschaft der Bundesrepublik prägen sollte. Mit ehemaligen Schülern sowie Kollegen wie Erich Rothacker, Hans-Georg Gadamer oder Hans Blumenberg verbanden ihn Arbeitsbeziehungen, aus denen zahlreiche Forschungsprojekte und Kooperationen hervorgingen.<sup>46</sup> Daneben entwickelte Ritter auch einen beachtlichen wissenschafts- und hochschulpolitischen Einsatz. So saß er in den Gründungsausschüssen der Universitäten Bochum, Dortmund und Konstanz, war Mitglied der wissenschaftlichen Akademien in Düsseldorf und Mainz und wirkte seit 1965 im Wissenschaftsrat an der Konzeption der Hochschulreform mit. Seine letzten Lebensjahre waren vor allem der Arbeit am „Historischen Wörterbuch der Philosophie“ gewidmet, dessen Leitung er 1961 übernommen hatte.<sup>47</sup> Im theoretischen Grundriss des groß angelegten Nachschlagewerks wird schließlich ein umfassendes Verständnis von Philosophie wirksam, nach dem diese „im Wandel ihrer geschichtlichen Positionen und in der Entgegensetzung der Schulen und Richtungen als die Eine perennierende Philosophie das ihr immanente Prinzip vernünftigen Begreifens zu immer reicherer Entfaltung bringt“.<sup>48</sup>

„Der Grund, auf dem alles basirt wird“: Die liberale Hegelauslegung

Joachim Ritters tätige Mitwirkung an und in den Institutionen der im Aufbau begriffenen Bundesrepublik findet ihre Entsprechung in seinem Werk. In eine Vielzahl kleinerer Publikationen verstreut, bietet es seinem systematischen

- 45 Vgl. Joachim Ritter: Vorlesungen zur Philosophischen Ästhetik. Hrsg. v. Ulrich von Bülow und Mark Schweda. Göttingen 2010.
- 46 Vgl. Hermann Lübke: Affirmationen. Joachim Ritters Philosophie im akademischen Kontext der zweiten deutschen Demokratie. In: ders.: Philosophie in Geschichten. Über intellektuelle Affirmationen und Negationen in Deutschland. München 2006, S. 152-168.
- 47 Vgl. Walter Tinner: Das Unternehmen Historisches Wörterbuch der Philosophie. In: Riccardo Pozzo, Marco Sgarbi (Hrsg.): Eine Typologie der Formen der Begriffsgeschichte. Hamburg 2010, S. 9-13.
- 48 Joachim Ritter: Zur Neufassung des ‚Eisler‘. Leitgedanken und Grundsätze eines Historischen Wörterbuchs der Philosophie. In: Zeitschrift für Philosophische Forschung 18 (1964), S. 704-708, hier S. 707.

Gehalt nach eine philosophische Theorie der modernen Welt.<sup>49</sup> Dabei spielt die eingehende Auseinandersetzung mit Hegels „Rechtsphilosophie“<sup>50</sup> eine entscheidende Rolle. In ihr wird das theoretische Instrumentarium entwickelt, mit dem die eigene Gegenwart erfasst und auf den Begriff gebracht werden soll. Das versteht sich zunächst keinesfalls von selbst, galt das Werk doch damals weithin als philosophisch längst erledigt. Schon Rudolf Haym hatte Hegel nach 1848 als Philosophen der Restauration und des preußischen Machtstaates abgetan.<sup>51</sup> Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde er dann bei Karl R. Popper oder Ernst Topitsch in totalitarismuskritischer Perspektive zum Erneuerer archaischen Hordendenkens, Vordenker des totalen Staates und Mythologen der Herrschaft stilisiert und als geistiger Ahnherr von Faschismus wie Kommunismus zum „Feind der offenen Gesellschaft“ erklärt.<sup>52</sup> Einem derart diskreditierten Denken wichtige Einsichten zur Verfasstheit der modernen Welt abzugewinnen, bedeutete zugleich, es selbst von Grund auf neu zu erschließen.

Ritters Annäherung an die hegelsche „Rechtsphilosophie“ ist von der Überzeugung getragen, dass es „keine zweite Philosophie [gibt], die so sehr und bis in ihre innersten Antriebe hinein Philosophie der Revolution ist wie die Hegels“.<sup>53</sup> Hegel habe die Erfahrung der Französischen Revolution in seinem voll ausgebildeten System aufgehoben, indem er sein gesamtes Denken dem Austrag des durch sie aufgeworfenen Problems gewidmet habe, „daß die Kontinuität der Weltgeschichte für sie selber wie für ihren restaurativen Gegner nicht mehr besteht und zerbrochen ist“.<sup>54</sup> Dabei resultiere das Diskontinuitätsproblem letztlich aus dem Umstand, dass es in der Revolution um „die politische Verwirklichung der Freiheit“<sup>55</sup> gehe, also darum, „die Rechtsform der Freiheit zu finden und d. h. eine Rechtsordnung auszubilden, die der Freiheit [...] angemessen ist und ihr gerecht wird“.<sup>56</sup> Da Freiheit dabei nämlich gemäß den rationalen Naturrechtslehren der Zeit als ein Recht begriffen wird, das schlechthin allen Menschen von Natur zukommt, scheint „ihre Setzung“ schon rein begrifflich „den Gegensatz gegen alle geschichtlich vorgegebenen Ord-

49 Vgl. Mark Schweda: Entzweiung und Kompensation. Joachim Ritters philosophische Theorie der modernen Welt. Freiburg i. Br., München 2013.

50 Georg Wilhelm Friedrich Hegel: Grundlinien der Philosophie des Rechts. Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundrisse. Berlin 1821.

51 Vgl. Rudolf Haym: Hegel und seine Zeit. Vorlesungen über Entstehung und Entwicklung, Wesen und Werth der Hegel'schen Philosophie. Berlin 1857.

52 Vgl. Karl R. Popper: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde. Bd. 2: Falsche Propheten. Bern 1958. Ernst Topitsch: Die Sozialphilosophie Hegels als Heilslehre und Herrschaftsideologie. Neuwied, Berlin 1967.

53 Joachim Ritter: Hegel und die französische Revolution (1957). In: ders.: Metaphysik und Politik. Studien zu Aristoteles und Hegel. Frankfurt a. M. 1969, S. 183-255, hier S. 192.

54 Ebd., S. 211 f.

55 Ebd., S. 196.

56 Ebd., S. 199.

nungen und die alte geschichtliche Welt“ einzuschließen, sodass „ihre politische Verwirklichung“ scheinbar zwangsläufig „das Ende der bisherigen Geschichte herbeiführen“<sup>57</sup> muss. Waren Rechte bis dahin an die gesellschaftliche Stellung ihrer Inhaber gebunden und damit als Privilegien nach historisch gewachsenen und religiös oder metaphysisch legitimierten Hierarchien gestaffelt gewesen, so soll fortan jeder Mensch die gleichen Rechte genießen, unabhängig von Geburt, Stand, Konfession oder Nationalität. Er soll gelten, wie Ritter in Anlehnung an Hegel formuliert, „weil er Mensch ist, und nicht, weil er Jude, Katholik, Protestant, Deutscher, Italiener ist“.<sup>58</sup>

Alle besonderen Merkmale, die der Einzelne seiner Herkunft verdankt, verlieren so mit einem Schlag politisch jede Bedeutung. Was ihn in seiner persönlichen Eigenart ausmacht, von anderen unterscheidet und in der Welt verortet, etwa die Abstammung aus einer bestimmten Familie, die Verbundenheit mit einem heimatlichen Landstrich oder die Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe, beruflichen Innung oder religiösen Gemeinde, bleibt für den revolutionären Freiheitsbegriff notwendig unerheblich und wird daher im Zuge seiner politischen Durchsetzung nicht berücksichtigt. Die traditionellen Prägungen, Beziehungen und Zusammenhänge, die dem Leben des Menschen allererst seinen konkreten Inhalt und seine unverwechselbare Gestalt verleihen – Ritter nennt sie auch die „geschichtlichen Substanzen des menschlichen Daseins“<sup>59</sup> –, erscheinen aus dem Blickwinkel der Revolution nur mehr als Hindernisse auf dem Weg zur universellen Verwirklichung der Freiheit und müssen als solche rückstandslos beseitigt werden. Das „Wesen der modernen [...] Revolution“ besteht geradezu „in der Setzung von Ordnungen, die ihrem Prinzip nach voraussetzungslos wie ein radikaler Neuanfang, dem nichts vorausgehen soll, alles Vorgegebene, Geschichtliche und Überlieferte von sich ausschließen.“<sup>60</sup>

Auf diese Weise wird der Austrag des Diskontinuitätsproblems im Rahmen des hegelschen Systems für Ritter zugleich zur Auseinandersetzung mit dem revolutionären Freiheitsbegriff selbst. Hegel unternehme es, „die politische Freiheit der Revolution in ihrem Wesen zu begreifen“, das heißt, ihren Sinn und Zweck philosophisch zu erfassen, um so den Grund zu bestimmen, „auf dem durch die Revolution ‚Alles basirt‘ wird.“<sup>61</sup> Zu diesem Zweck beziehe er das emanzipatorische Freiheitsverständnis der Revolution auf den in der philosophischen Tradition überlieferten Freiheitsbegriff und seine ursprünglich aristotelische Definition zurück. Ihr zufolge sei nur derjenige Mensch frei, „der

57 Ebd., S. 225.

58 Ebd., S. 228.

59 Ebd., S. 210.

60 Ebd., S. 227.

61 Ebd., S. 197.

um seiner selbst willen, nicht um eines anderen willen ist“<sup>62</sup>, also etwa der Bürger der antiken Polis im Unterschied zum Sklaven, dessen ganzes Sein für Aristoteles allein darauf abziele, seinem Herren zu dienen. Freiheit bestehe demnach wesentlich im „Selbstseinkönnen des Menschen“, nämlich in der Möglichkeit, seine eigene Identität auszubilden und in Übereinstimmung mit sich selbst, den eigenen Vorstellungen, Wünschen und Gepflogenheiten gemäß zu leben, um in diesem Sinne sein eigener Herr und „in der Welt ‚zu Hause‘“<sup>63</sup> zu sein. Sie bezeichne allgemein den „Stand des Menschen, in dem er sein Menschsein verwirklichen und so er selbst sein und ein menschliches Leben führen kann“<sup>64</sup>.

Dieses Verständnis von Freiheit nennt Ritter auch ihren „substantialen“<sup>65</sup> Begriff. Es bringt für ihn demnach das Wesen der Freiheit zum Ausdruck, die im Zuge der Revolution politisch universell durchgesetzt werden soll. Allerdings stellt die Konfrontation mit diesem Wesensbegriff das revolutionäre Freiheitsverständnis und seine destruktive Wendung gegen die Geschichte in gleich zweifacher Hinsicht in Frage: Zum einen zeigt sich, dass die Idee der Freiheit, die die Revolution „in der Emanzipation aus allen geschichtlichen Ordnungen“ und damit auch „in der Entgegensetzung zur philosophischen Tradition“<sup>66</sup> zur Geltung bringt, in Wahrheit selbst aus dieser Tradition hervorgegangen ist. Und zum anderen wird deutlich, dass sich die so gefasste Freiheit keinesfalls in absoluter Entgegensetzung zur Gesamtheit historisch gewachsener Lebenszusammenhänge verwirklichen lässt: Wenn das Wesen der Freiheit im Selbstseinkönnen des Menschen besteht, kann sie überhaupt nicht gegen „die für sein eigenes Dasein entscheidenden Ordnungen seiner geschichtlichen Herkunft“<sup>67</sup> ausgespielt werden, da diese zugleich notwendige Bedingungen seines Selbstseins darstellen. Die „Freiheit des Selbstseins“ setzt die „für sie wesentlichen geschichtlichen Substanzen“<sup>68</sup> voraus, die der Persönlichkeit des Einzelnen erst ein unverwechselbares Profil und seinem Leben einen konkreten Inhalt geben.

So trägt die revolutionäre „Setzung der universalen, auf den Menschen als Menschen bezogenen Freiheit“ für Ritter einen „Widerspruch in sich“, wenn sie „die geschichtlichen Substanzen des Menschen von sich ausschließt und ihre Verneinung ist.“<sup>69</sup> Indem sie ihren Freiheitsbegriff gegen die Geschichte wendet, verkennt die Revolution die in dieser selbst liegenden Voraussetzungen, unter denen der Einzelne erst „er selbst“ und „in der Welt zuhause“ sein

62 Ebd., S. 198.

63 Ebd.

64 Ebd.

65 Ebd.

66 Ebd., S. 199.

67 Ebd., S. 228.

68 Ebd., S. 230.

69 Ebd., S. 210.

kann. Sie wird darum, wie Ritter in Anspielung auf Hegel sagt, in der gesellschaftlich-politischen Wirklichkeit zwangsläufig zur „Furie des Verschwindens“<sup>70</sup>. Sobald sich eine bestimmte Form menschlichen Zusammenlebens institutionell verfestigt, muss sie in ihr eine Einschränkung der Freiheit erblicken und sie sogleich wieder einreißen. Sie ist so grundsätzlich nicht in der Lage, „eine Rechtsordnung auszubilden, die der Freiheit des Selbstseins angemessen ist und ihr gerecht wird und es dem Einzelnen ermöglicht, er selbst zu sein“.<sup>71</sup>

Bis hierher kann Ritters an Hegel angelehnte Auseinandersetzung mit dem revolutionären Freiheitsbegriff im Sinne einer Kritik der Revolution gedeutet werden, die immanent ansetzt, also keinen vor- oder gegenrevolutionären Standpunkt voraussetzt wie etwa die Restauration, sondern die revolutionäre Bewegung an ihren eigenen Maßstäben und Zielsetzungen misst und dabei feststellt, dass sie ihnen aus prinzipiellen Gründen nicht gerecht zu werden vermag. Obwohl sie mit dem Gedanken der „Einheit von Freiheit und Menschsein“<sup>72</sup> einen wesentlichen Aspekt der Freiheit zur Geltung bringt – „Recht – jetzt prinzipiell Menschenrecht – hat die Allgemeinheit der Gattung erreicht“<sup>73</sup> –, ignoriert sie in der Beschränkung auf ihn doch zugleich alle weiter reichenden inhaltlichen Bestimmungen menschlichen Freiseins und verfehlt daher mit der politischen Verwirklichung dieses Freiseins zuletzt ihre ureigensten Absichten. Im Bruch mit der Geschichte wird das verkürzte, einseitig emanzipatorische Freiheitsverständnis der Revolution zum eigentlichen Grund ihres politischen Scheiterns.

Allerdings weist die hegelsche „Rechtsphilosophie“ für Ritter über das faktische Scheitern der Revolution hinaus. Entsprechend erkennt er mit ihr zwar „das revolutionäre Prinzip der Freiheit als Recht“<sup>74</sup> als den berechtigten Gehalt der emanzipatorischen Gesinnung, die in der Revolution politisch zum Tragen kommt, uneingeschränkt an, bindet es aber als nur ein Bedeutungsmoment in ein erweitertes Freiheitsverständnis ein. So gelangt er im Ausgang von Hegel zu einem Standpunkt, von dem aus sich die Spannung zwischen der „politischen Freiheit als Recht“ und der „substantialen Freiheit des Selbstseins“<sup>75</sup> im Horizont einer umfassenderen Konzeption freien menschlichen Lebens auflösen lässt. Zum einen nämlich macht nach Ritter erst der Rückbezug auf die substantiale Freiheit den Sinn der politischen Freiheit verständlich. Deren einziger Zweck bestehe darin, das Selbstseinkönnen des Menschen im gesamten Umfang seiner historisch bedingten Besonderheit zu ermöglichen und recht-

70 Ebd., S. 225.

71 Ebd., S. 199.

72 Ebd.

73 Ebd., S. 202.

74 Ebd., S. 208.

75 Ebd., S. 198.

lich abzusichern. Insofern sei die freiheitliche „Rechtsform [...] nicht selbst wieder politisch begründet“, sondern habe „ihren Grund in der Freiheit des Menschseins selbst“.<sup>76</sup> Zum anderen aber Sorge erst der allgemeine Rechtsanspruch auf Freiheit dafür, dass menschliches Selbstseinkönnen nicht länger an kontingente Merkmale gebunden und auf ihre Träger beschränkt bleibe, sondern jedem einzelnen Menschen als solchem zugestanden werde. Mit ihm werde „zum ersten Male [...] das Selbstseinkönnen des Menschen universal und im Verhältnis zu allen Menschen zum Prinzip und zum Zweck der Gesellschaft und des Staates erhoben“.<sup>77</sup> Erst beide Aspekte zusammen machen daher für Ritter Freiheit im vollen Umfang des Begriffs aus. Der „Begründung der politischen Freiheit als Recht in der substantialen Freiheit des Selbstseins“<sup>78</sup> entspricht umgekehrt, dass „das Selbstseinkönnen des Menschen“ nur mittels der politischen Freiheit „universal“<sup>79</sup> zu werden vermag.

An diesen Bedeutungskomponenten ihres Begriffs zeichnet sich ein Verständnis von Freiheit als „Idee“ im terminologischen Sinne der hegelschen Philosophie ab. Was Freiheit bedeutet, lässt sich demnach nicht schon durch eine schlichte Definition ihres begrifflichen Sinngehalts angeben, sondern erschließt sich erst mit Blick auf die verschiedenen Formen und Stufen ihrer politischen Verwirklichung. In dieser Hinsicht teilt Ritter die hegelsche Auffassung, dass die „Geschichte selbst [...] der Boden“ ist, „auf dem die Idee wirklich ist und wirkt“.<sup>80</sup> Er versteht die komplexe Binnenstruktur des Freiheitsbegriffs nicht nur im Sinne eines konzeptuellen Implikationsverhältnisses, sondern sieht in ihr auch eine realgeschichtliche Entwicklungsdynamik angelegt. Die Idee der Freiheit manifestiert sich im Gang des historischen Geschehens selbst, sofern in ihm sämtliche Aspekte der Freiheit sukzessive entfaltet und in die gesellschaftlich-politische Wirklichkeit eingebildet werden. In diesem Sinne deutet Ritter die „Weltgeschichte“ mit Hegel auch „als die Geschichte, deren Prinzip die Freiheit ist und deren Verlauf ihre Entwicklung und Entfaltung zum Inhalt hat“.<sup>81</sup> Von der ersten, noch durch die Sklaverei beschränkten Realisierung des Freiheitsgedankens in der antiken Polis über das mit dem Christentum aufkommende Bewusstsein der Freiheit und Gleichheit aller Menschen vor Gott bis zur Forderung der Französischen Revolution, diese universelle Gleichberechtigung auch zur Grundlage von Recht und Staat zu machen, erstreckt sich für ihn ein einziger, kontinuierlich fortschreitender Pro-

76 Ebd.

77 Ebd., S. 201.

78 Ebd., S. 198.

79 Ebd., S. 201.

80 Ebd., S. 218.

81 Ebd., S. 199.



zess, in dem sich die „Einheit von Freiheit und Menschsein“<sup>82</sup> schrittweise verwirklicht.

Ersichtlich kann die Französische Revolution unter diesen Voraussetzungen keinesfalls mehr als absoluter Bruch der abendländischen Geschichte beschrieben werden. Zwar schließt die politische Durchsetzung der Freiheit als allgemeines Menschenrecht den Fortbestand der überkommenen staatlichen Einrichtungen und die ungebrochene Geltung ihrer philosophischen und theologischen Grundlagen aus, sodass beides im revolutionären Umsturz zu Recht zunichte gemacht wird. Zugleich aber vollstreckt die Revolution gerade mit dieser Vernichtung historisch vorgegebener Lebensverhältnisse im Grunde nichts anderes als das innere Entwicklungsprinzip der europäischen Geschichte selbst: Sie erhebt den Gedanken der Freiheit und Gleichheit aller Menschen zum Prinzip jeglicher politischer Ordnung und setzt so noch in ihrem faktischen politischen Scheitern die normativen Maßstäbe für die Einrichtung rechtlicher Rahmenbedingungen, unter denen die auf geschichtliche Gehalte angewiesene Freiheit des Selbstseins künftig zur universellen Verwirklichung gelangen kann. Sofern sich im Zuge dieses Vorgangs die Moderne politisch konstituiert, kann und muss sie daher nun „positiv als Epoche der europäischen Weltgeschichte und ihrer Freiheit des Menschseins gelten“.<sup>83</sup>

Dieser Interpretationsansatz erlangte auf dem Gebiet der jüngeren Hegelforschung weithin Anerkennung und einen geradezu klassischen Stellenwert. Er markierte den „Höhepunkt der deutschen Hegelapologetik“,<sup>84</sup> regte im Kreis von Ritters Schülern bedeutende Untersuchungen zum hegelschen Werk an<sup>85</sup> und begründete so die bis heute vorherrschende liberale Deutungstradition und Wirkungslinie der praktischen Philosophie Hegels in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Gleichwohl ist er keineswegs unumstritten geblieben. So beanstandete Hans-Georg Gadamer, dass Ritter die Bedeutung der Französischen Revolution für die von einem „eternisierende[n] Blick“ bestimmte hegelsche Philosophie überschätze und deshalb den Fehler begehe, die in ihr behandelten Fragen und Sachverhalte „historisch und aktualistisch zu individualisieren“.<sup>86</sup> Jürgen Habermas wiederum hielt Ritters Deutung umgekehrt entgegen, Hegel habe die historische Brisanz des revolutionären Geschehens durch die Einbindung in sein System gerade theoretisch zu entschärfen gesucht

82 Ebd.

83 Ebd., S. 200.

84 Henning Ottmann: Individuum und Gemeinschaft bei Hegel. Bd. 1: Hegel im Spiegel der Interpretationen. Berlin, New York 1977, S. 299.

85 Vgl. Günter Rohrmoser: Subjektivität und Verdinglichung. Theologie und Gesellschaft im Denken des jungen Hegel. Gütersloh 1961. Reinhart K. Maurer: Hegel und das Ende der Geschichte. Freiburg i. Br. 1965.

86 Hans-Georg Gadamer: Rez. „Joachim Ritter: Hegel und die französische Revolution“. In: Philosophische Rundschau 5 (1957), S. 306-308, hier S. 307.



und die Revolution so letzten Endes philosophisch „hinweggefeiert“.<sup>87</sup> Im Spannungsfeld zwischen dem traditionalistischen Aktualismuseinwand auf der einen und der progressivistischen Theoretizismuskritik auf der anderen Seite zeichnet sich das spezifische Gepräge von Ritters eigener Deutungsperspektive ab.

### Im Zeichen der Entzweigung: Bürgerliche Industriegesellschaft und Subjektivität

Im Zuge seiner Hegelinterpretation gelingt es Joachim Ritter, die mit der Französischen Revolution in die europäische Geschichte einbrechende „Diskontinuität positiv als Form der geschichtlichen Kontinuität und Einheit zu begreifen“.<sup>88</sup> Die moderne Welt konstituiert sich keineswegs in einem absoluten und vollständigen Bruch mit der abendländischen Tradition und schwebt deshalb auch nicht völlig frei – gleichsam selbsttragend – über deren Trümmern. Indem sie sich aus allen historisch vorgegebenen Lebensordnungen und Weltbildern löst, macht sich vielmehr zugleich ihr innerer Zusammenhang mit der alteuropäischen Herkunftswelt geltend. Ihre Ablösung von der Vergangenheit vollzieht sich so in einer Form, in der sie „nicht nur nicht zur Vernichtung der weltgeschichtlichen Kontinuität führen muß, sondern gerade die Bedingung ist, die sie ermöglicht und den Fortbestand der substantialen Ordnungen der Herkunft auf dem Boden der modernen Welt sichern kann“.<sup>89</sup>

Diese eigentümliche Verschränkung von Herkunft und Zukunft, Kontinuität und Diskontinuität in der revolutionären Konstitution der Moderne bezeichnet Ritter im Anschluss an Hegel als „Entzweigung“. Als solche stellt sie für ihn die „Grundverfassung der neuen Zeit“ überhaupt dar, die „Form der modernen Welt und ihres Bewußtseins“.<sup>90</sup> Entsprechend dient ihm der Entzweigungs-begriff als das zentrale „Instrument der Zeitdiagnose“,<sup>91</sup> mit dessen Hilfe die wesentlichen Züge der eigenen Gegenwart philosophisch erfasst und auf den Begriff gebracht werden sollen. Dabei ist Ritters gesamte Sicht der Moderne durch die Überzeugung geprägt, dass die „Entzweigung [...] zugleich die Macht des Positiven und Negativen ist.“<sup>92</sup> Die fundamentalen Ambivalenzen der mo-

87 Jürgen Habermas: Hegels Kritik der Französischen Revolution. In: ders.: Theorie und Praxis. Sozialphilosophische Studien. Frankfurt a. M. <sup>4</sup>1971, S. 128-147, hier S. 128.

88 Ritter: Hegel und die französische Revolution (wie Anm. 53), S. 225.

89 Ebd., S. 229.

90 Ebd., S. 213 f.

91 Ders.: Art. „Hegel“, I: Leben und Werk; II: Rechts- und Staatsphilosophie. In: Staatslexikon. Hrsg. von der Görres-Gesellschaft. Bd. 4. Freiburg i. Br. <sup>6</sup>1959, Sp. 24-34, hier Sp. 25.

92 Ders.: Person und Eigentum. Zu Hegels „Grundlinien der Philosophie des Rechts“ §§ 34-81. In: ders.: Metaphysik und Politik (wie Anm. 53), S. 256-280, hier S. 276.

dernen Lebenswirklichkeit, die in dieser Perspektive hervortreten, werden immer wieder ausführlich beschrieben.

Einerseits impliziert der Begriff der Entzweigung den Aspekt der Diskontinuität der modernen Zivilisation zur geschichtlichen Herkunftswelt, der in ihrer Emanzipation aus den Sitten und Überlieferungen der Vergangenheit zur Geltung kommt. Sie „kann den Menschen als Menschen nur zum Subjekt des Rechts und des Staates machen [...], indem sie ihn aus seinem in Geschichte und Herkunft geborgenen Sein herauslöst“.<sup>93</sup> Die traditional geprägten Lebenszusammenhänge, aus denen die Einzelnen allererst als sie selbst hervorgegangen sind und in deren Horizont sie sowohl sich selbst als auch die Welt verstehen, decken sich nicht mehr mit den Verhältnissen, in denen sie künftig unter den Bedingungen universeller Freiheit als Gleiche unter Gleichen leben werden: „Der Mensch gerät äußerlich und innerlich zwischen zwei Ordnungen“, sein ganzes „Leben zerfällt in sich in zwei Bereiche“.<sup>94</sup> Die Schmerzen und Verluste, unter denen sich dieser Vorgang vollzieht, sind für Ritter keinesfalls „wegzuinterpretieren“.<sup>95</sup> Sie begründen auch das verbreitete Unbehagen an der Moderne, das in der zeitgenössischen Kulturkritik mitunter schrill zum Ausdruck kommt, „wenn von der ‚Säkularisation‘ der modernen Welt, von der Entpersönlichung und Vermassung des Lebens, von seiner Bodenlosigkeit die Rede ist“.<sup>96</sup>

Andererseits betont Ritter jedoch stets nachdrücklich, dass die „negative Wertung dessen, was Hegel Entzweigung nennt“, unangebracht sei, und ist bestrebt, „den Klang des Negativen zu vermeiden und die Vorstellung fernzuhalten, es sei die Entzweigung mit dem Verfall und dem Ende des substantiellen Lebens identisch“.<sup>97</sup> Denn mit der Emanzipation aus den überkommenen Lebensordnungen setzt sich für ihn zugleich der Gang der Weltgeschichte zur universellen Verwirklichung der Freiheit fort und kommt „im politischen Sinn zum Abschluß“.<sup>98</sup> Durch sie werden die Voraussetzungen geschaffen, unter denen künftig allen Menschen rechtlich gleichermaßen eingeräumt werden kann, sie selbst in ihrer historisch gewachsenen Besonderheit zu sein. Sie markiert so nicht nur einen Bruch, sondern in eins damit zugleich die „Erfüllung der Weltgeschichte im Hervorgang des Bewußtseins der Freiheit“.<sup>99</sup> Her-

93 Joachim Ritter: Die Aufgabe der Geisteswissenschaften in der modernen Gesellschaft. In: ders.: Subjektivität. Sechs Aufsätze. Frankfurt a. M. 1974, S. 105-140, hier S. 130 f.

94 Ders.: Europäisierung als europäisches Problem. In: ders.: Metaphysik und Politik (wie Anm. 53), S. 321-340, hier S. 333.

95 Ders.: Hegel und die französische Revolution (wie Anm. 53), S. 213.

96 Ders.: Subjektivität und industrielle Gesellschaft. Zu Hegels Theorie der Subjektivität. In: ders.: Subjektivität (wie Anm. 93), S. 11-35, hier S. 27.

97 Ebd., S. 28.

98 Ders.: Hegel und die französische Revolution (wie Anm. 53), S. 201.

99 Ders.: Art. „Entzweigung“, in: Historisches Wörterbuch der Philosophie. Bd. 2. Hrsg. von Joachim Ritter. Basel 1972, Sp. 565-572, hier Sp. 566.

kunftszusammenhänge und Zukunftsaussichten des menschlichen Daseins treten demnach in der Moderne nicht etwa zwangsläufig in ein Verhältnis beziehungslosen Nebeneinanders oder unvereinbarer Gegensätzlichkeit. Sie bleiben in der Entzweigungsstruktur vielmehr „komplementär aufeinander bezogen“, ergänzen sich also dergestalt, dass diese Struktur selbst „die Form“ ist, „in der sich unter der Bedingung der modernen Welt ihre ursprüngliche Einheit geschichtlich erhält.“<sup>100</sup>

In dieser für ihn wesentlichen Ambivalenz hebt sich der Begriff der Entzweigung auch von dem der Entfremdung ab. Gegenüber der insbesondere im Einzugsbereich des Marxismus virulenten Vorstellung, dass die modernen Verhältnisse dem Menschen die harmonische Einheit mit sich selbst und seinem Umfeld verwehren und ihn so entfremden, macht Ritter deshalb die dialektische Logik des hegelschen Entzweigungsbegriffs geltend. Dieser beschreibe einen Vorgang, in dem sich eine anfängliche Einheit so ausdifferenziere, dass sie in dem dabei Auseinandertretenden an sich erhalten bleibe und wiedererkannt werden könne. Den Entzweigungszustand der modernen Welt als Entfremdung zu deuten, heißt für Ritter darum, allein seine negative Seite zur Kenntnis zu nehmen und mit der Moderne als solcher gleichzusetzen. Diese werde so nicht in ihrer Positivität anerkannt, sondern zum bloßen historischen Durchgangsstadium erklärt, das „politisch und geistig in der Herbeiführung künftiger Vollendung [...] aufgehoben und überwunden“<sup>101</sup> werden soll. Die Entfremdungstheoretiker erkennen die moderne Welt mithin nicht als eine Form der Einheit und Ganzheit des menschlichen Daseins an, sondern streben entweder hinter sie zurück oder über sie hinaus zu einer – wieder oder allererst – herzustellenden Einheit des Menschen mit sich selbst und seiner Welt. Für Ritter wird Entzweigung hingegen gerade dann zu Entfremdung, wenn die in ihr implizierte „Nichtidentität beiseite gebracht und die eine oder die andere Seite zum Ganzen gemacht wird, während die jeweils andere Seite ins Nichtsein verdrängt wird“.<sup>102</sup> In seinen Augen endet jeder „Versuch, die Einheit des Menschseins dadurch zurückzugewinnen, daß je eine Seite der Entzweigung zum Nichtsein gesetzt wird“,<sup>103</sup> zwangsläufig im Totalitarismus. Sofern die Moderne als eine Epoche in der weltgeschichtlichen Verwirklichung der Freiheit zu begreifen ist, gehört zu ihr notwendig die Entzweigung als diejenige Struktur, „die es möglich macht, aus dem Reichtum der Überlieferung und zugleich in der modernen Gegenwart zu leben“.<sup>104</sup>

Nun tritt die Entzweigung bei Ritter keineswegs als ein abstraktes metaphysisches Prinzip oder eine allgemeine geschichtsphilosophische Schicksals-

100 Joachim Ritter: Hegel und die französische Revolution (wie Anm. 53), S. 214 f.

101 Ders.: Art. „Entzweigung“ (wie Anm. 99), Sp. 571.

102 Ders.: Hegel und die französische Revolution (wie Anm. 53), S. 252.

103 Ders.: Die große Stadt. In: ders.: Metaphysik und Politik (wie Anm. 53), hier S. 352.

104 Ders.: Europäisierung (wie Anm. 94), S. 339.

macht auf. Er führt sie vielmehr mit Hegel auf die historische Herausbildung der modernen bürgerlichen Gesellschaft als einer wesentlich auf industrieller Produktion und freier Marktwirtschaft basierenden Gesellschaftsform zurück. Ihr wesentlicher Unterschied gegenüber „allen sonst in der Geschichte bekannten Reichen, Staaten, Gemeinschaften“ bestehe darin, „daß sie sich allein auf das Naturverhältnis des Menschen beschränkt, das sie zugleich zur Form der rationellen Arbeit in der industriellen Nutzung der Natur entwickelt“.<sup>105</sup> Ihr Subjekt ist der Mensch als Naturwesen, ihre Struktur konstituiert sich durch die Beziehungen, die er als ein solches unterhält. In diesem Sinne bezeichnet Ritter die Gesellschaft auch mit Hegel als das „System der Bedürfnisse“, weil sie ausschließlich „die Bedürfnisnatur des Menschen“ sowie „ihre Befriedigung in der Form der abstrakten Arbeit und Arbeitsteilung zum Inhalt hat“.<sup>106</sup> Alle Eigenschaften, die den Einzelnen über seine natürliche Bedürfnisstruktur hinaus als konkrete, geschichtlich geprägte Persönlichkeit charakterisieren, und alle Beziehungen, die nicht seiner Bedürfnisbefriedigung dienen, sondern zu seinen historisch gewachsenen Lebenszusammenhängen gehören, haben in diesem System keine Bedeutung. Indem es alle Menschen auf die „Gleichheit ihrer Bedürfnisnatur“<sup>107</sup> reduziert und sie insofern „nicht in der Ganzheit ihres geschichtlichen, geistig-sittlichen Daseins“ erfasst, sondern „isoliert auf das, was sie als Träger von Produktion und Konsumtion sind“,<sup>108</sup> ebnet es zugleich sämtliche Unterschiede ein, die sie auf Grund ihrer Herkunft aufweisen. Indem es nur die zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse notwendigen Beziehungen gelten lässt, verlieren in ihm zugleich alle „sie politisch oder rechtlich einschränkenden Institutionen“<sup>109</sup> ihren Halt, die sich nicht aus den Erfordernissen menschlicher Bedürfnisbefriedigung ableiten lassen. An die Stelle der alten feudalen Gesellschaftsordnung, die die Einzelnen auf traditionell vorgegebene Zugehörigkeitsverhältnisse festlegte und religiös oder metaphysisch sanktionierten Konventionen unterwarf, die sich zu den praktischen Bedingungen ihrer Bedürfnisbefriedigung kontingent verhielten, tritt mit der „Herauslösung der Gesellschaft und ihrer Praxis aus der Geschichte der Herkunft“<sup>110</sup> eine Gesellschaftsform, deren einziger Zweck diese Bedürfnisbefriedigung selbst und ihre Optimierung in arbeitsteiliger industrieller Produktion und freiem marktwirtschaftlichen Wettbewerb und Handelsverkehr ist.

Unter diesen Vorzeichen deutet Ritter dann auch das moderne Recht als das der bürgerlichen Gesellschaft gemäße Rechtssystem. Es sei mit Hegel insofern

105 Joachim Ritter: *Subjektivität und industrielle Gesellschaft* (wie Anm. 96), S. 25 f.

106 Ders.: *Hegel und die französische Revolution* (wie Anm. 53), S. 219 f.

107 Ebd., S. 224.

108 Ebd., S. 221.

109 Ebd., S. 224.

110 Ebd., S. 226.

als „abstrakt“ zu bezeichnen, als es „alle substantiellen Verhältnisse des Menschseins außer sich“<sup>111</sup> habe. Es sieht also von der Fülle der Bestimmungen ab, die dem Einzelnen in seinem geschichtlichen Lebenszusammenhang zukommen, und sondert aus ihnen einen einzigen Aspekt aus, den es als den rechtlich allein relevanten behandelt, nämlich „das Verhältnis [...], in dem Freie als Personen über Sachen als Eigentum miteinander verbunden sind“.<sup>112</sup> Dass der Mensch als „Person“ in den Stand der Rechtsfähigkeit tritt, bedeutet dabei zunächst, dass er „im Recht der Verfügung über Sachen und mit diesem Verfügen im Verhältnis zu anderen Freien als Person steht“.<sup>113</sup> Da der Status der Rechtsfähigkeit jedoch an keinerlei weitere Kriterien gebunden ist, wird zugleich „vom Begriff der Person alles ausgeschlossen, was zur Subjektivität der Persönlichkeit gehört“,<sup>114</sup> also die Gesamtheit ihrer geschichtlich geprägten Eigenschaften und Beziehungen. So vermag das abstrakte Recht gerade in seiner Abstraktheit überhaupt alle Mitglieder der modernen Gesellschaft zu umfassen, ungeachtet ihrer historischen Herkunft und Eigenart, und ihre Freiheit und Gleichheit als unveräußerliche Menschenrechte zur Geltung zu bringen. Es setzt die Aneignung der Natur durch industrielle Arbeit und den Austausch von Arbeitskräften und -produkten im marktwirtschaftlichen Verkehr voraus und verleiht diesen Interaktionsformen seinerseits erst den rechtlichen Rahmen, in dem die in ihnen faktisch bereits wirksame Freiheit als staatlich geschützter und einklagbarer Anspruch positive Gültigkeit erlangt und so politische Wirklichkeit erhält. Damit wird im Gegensatz zu jeder Bindung der Freiheit an historisch kontingente Bedingungen „die Rechtsfähigkeit des Menschen als Menschen, d.i. aller Menschen gesetzt und Freiheit uneingeschränkt zum Prinzip und Begriff des Rechts erhoben“.<sup>115</sup>

In dieser abstrakten, emanzipativ-egalitären Konstitutionsform der modernen Gesellschaft liegt für Ritter schließlich auch ihre innere Potenz und Tendenz zur Ausbreitung über den gesamten Erdball begründet. Sie wird „durch ihr eigenes Gesetz dazu bestimmt, zur Weltgesellschaft zu werden“.<sup>116</sup> Mit ihr beginnen sich weltweit gleichermaßen gesellschaftliche Strukturen durchzusetzen, die den Menschen zur Macht über die Natur verhelfen und ihre Bedürfnisbefriedigung aus allen traditionellen Bindungen und Einschränkungen lösen. Auf diese Weise werden „[m]it dem Verkehr [...] im Handel und in der Entsendung von Bürgern auch die für die bürgerliche Gesellschaft konstitutiven, auf Freiheit gegründeten rechtlichen Verhältnisse über die Erde ausge-

111 Ders.: Person und Eigentum (wie Anm. 92), S. 266.

112 Ebd.

113 Ebd., S. 256.

114 Ebd., S. 257.

115 Ebd., S. 263.

116 Ders.: Hegel und die französische Revolution (wie Anm. 53), S. 222.

breitet“.<sup>117</sup> In dieser Verschränkung der wirtschaftlichen und rechtlichen Entwicklung liege es begründet, dass „auch der Kolonialismus in dem ihm inwohnenden Widerspruch zu den Prinzipien der Freiheit über sich hinausweise“<sup>118</sup> und mit ihrer Durchsetzung als Recht letzten Endes überwunden werde. In dieser Perspektive zieht Ritter Hegels Ausführungen zur globalen Expansion der modernen Gesellschaft auch zur Deutung der eigenen Erfahrungen in der Türkei heran und entwickelt sie damit weit über den hegelschen Horizont hinaus zu mitunter bemerkenswerter Aktualität.

Bis hierher kann Ritters Philosophie als eine liberale politische Theorie gelesen werden, die die universelle Verwirklichung der individuellen Freiheit in der rechtsstaatlich verfassten modernen Gesellschaft erreicht sieht. Allerdings beschränkt sich sein Verständnis von Freiheit keineswegs auf das, „was sie gesellschaftlich als bürgerliche Freiheit im Zusammenhang der durch Arbeit und Arbeitsteilung gesetzten gesellschaftlichen Ordnung bedeutet“.<sup>119</sup> Der eigentliche Sinn der Freiheit erschöpft sich für ihn nicht „in dem für sich gesetzten Rechtsbegriff der Freiheit“,<sup>120</sup> sondern ist auf die substantiale Freiheit des Selbstseins zu beziehen und durch sie mit Bedeutung zu füllen. Das abstrakte Recht bildet bloß „die Bedingung der Möglichkeit für die Verwirklichung der Freiheit im ganzen Umfang ihrer religiösen, politischen, sittlichen Substanz“,<sup>121</sup> kommt aber noch nicht dieser Verwirklichung selbst gleich. Sie ist vielmehr erst erreicht, wenn neben der gesellschaftlichen Sphäre und in dem durch sie eröffneten Rahmen auch die geschichtlichen Gehalte menschlichen Daseins zur Entfaltung gelangen und damit „das Recht der nicht durch die Gesellschaft gesetzten Ordnungen, die sie freigibt, ebenso wie die Arbeitswelt gesichert wird“.<sup>122</sup>

Tatsächlich bildet sich nach Ritter zeitgleich mit der bürgerlichen Gesellschaft auch die moderne Kultur der Subjektivität heraus. Sie wird im Anschluss an Hegel als „zweite welthistorische Gestalt“<sup>123</sup> der Entzweiung eingeführt und im Unterschied zu der von Westen ausgehenden Aufklärung und der industriellen sowie politischen Revolution geographisch auf den Norden und historisch auf Luther und die Reformation bezogen. Der Begriff der Subjektivität bezeichnet dabei für Ritter zunächst die Grundverfassung des Einzelnen „in allem, was sein Sein in sich und für sich in Anlagen, Fähigkeiten, im Empfinden, Wollen, Denken, in Sehnsucht, Liebe, Leiden, Glauben ausmacht“.<sup>124</sup> Alle Eigenschaften und Beziehungen, die den Menschen im Rah-

117 Ders.: Europäisierung (wie Anm. 94), S. 362.

118 Ebd.

119 Ders. Hegel und die französische Revolution (wie Anm. 53), S. 224.

120 Ders.: Subjektivität und industrielle Gesellschaft (wie Anm. 96), S. 21.

121 Ders.: Person und Eigentum (wie Anm. 92), S. 267.

122 Ders.: Hegel und die französische Revolution (wie Anm. 53), S. 255.

123 Ders.: Subjektivität und industrielle Gesellschaft (wie Anm. 96), S. 28.

124 Ebd.

men der Gesellschaft überhaupt erst definieren, also etwa seine berufliche Stellung, seine ökonomische Funktion als Arbeiter oder Konsument, sein rechtlicher Status als Inhaber von Grundrechten, Eigentümer und Vertragspartner, bleiben ihm demnach in seiner Subjektivität letztlich äußerlich. In dieser Abgrenzung des Individuums gegenüber seiner äußeren, gesellschaftlichen Existenz umfasst die Subjektivität allein „sein inneres Leben, in dem er in Gefühlen und Gedanken, in der Moralität seines sittlichen Bewußtseins, in Vorsatz und Schuld“,<sup>125</sup> allgemein in seinem „in der Innerlichkeit des Selbst gegründeten Sein“<sup>126</sup> ganz bei sich selbst ist.

Was das Aufkommen dieser „zweiten Gestalt der Entzweiung“ geschichtlich bedeutet, macht Ritter mit Hegel zunächst an der Reformation deutlich, die das Verhältnis des Individuums zu Gott von allen weltlichen Vermittlungsinstanzen ablöst und allein auf seine innere Glaubensüberzeugung gründet. Denn in diesem Vorgang kommt ihm zufolge zuerst das Prinzip der modernen Subjektivität zum Tragen, „die für sich beansprucht, bei allem als sie selbst dabei zu sein“,<sup>127</sup> sich also auf keinem Gebiet ihres Denkens und Handelns bloß vorgegebenen Autoritäten – Konventionen, Institutionen oder Traditionen – unterordnen zu müssen, in denen sie sich nicht selbst wiederzufinden vermag, sondern ihren eigenen Überzeugungen und Wünschen gemäß leben zu können. In der Reformation fordert damit erstmals die „substantiale Freiheit des Selbstseins“ ihr Recht, der gemäß der Einzelne in keinem Lebenszusammenhang „mehr sein Selbstsein negierenden äußeren Gewalten unterworfen“ sein soll, sondern „als er selbst zu bestehen und bei sich selbst zu sein vermag.“<sup>128</sup> Entsprechend wird die Subjektivität dann Ritter zufolge auf dem Gebiet des Sittlichen von Kant voll zur Geltung gebracht, dessen Ethik das Handeln des Menschen ebenfalls von allen äußeren Richtgrößen löse und auf die „Selbstbestimmung der Moralität und des Gewissens“<sup>129</sup> verweise. Fortan dürften „[w]eder Staat noch Gesetzgebung in die Sphäre der Subjektivität und in die auf diese gegründete Überzeugung einbrechen“.<sup>130</sup> Auch für den Bereich des Schönen kommt Kant bei Ritter eine Schlüsselrolle zu, weil er das ästhetische Urteil allein auf „subjektive Begriffe“ wie „Urteilkraft, Geschmack, Einbildungskraft, Lust, Unlust, Wohlgefallen“<sup>131</sup> gründe und die künstlerische Produktion unabhängig von überlieferten Vorbildern und erlernbaren Regeln mache.

125 Ebd., S. 11.

126 Ebd., S. 23.

127 Ebd., S. 33.

128 Ebd., S. 31.

129 Ders.: *Moralität und Sittlichkeit. Zu Hegels Auseinandersetzung mit der kantischen Ethik.* In: ders.: *Metaphysik und Politik* (wie Anm. 53), S. 281-309, hier S. 284.

130 Ebd.

131 Ders.: *Art. „Ästhetik, ästhetisch“.* In: *Historisches Wörterbuch der Philosophie.* Bd. 1. Hrsg. v. Joachim Ritter. Basel 1971, Sp. 555-580, hier Sp. 565.



So kann nach Ritter allgemein „nur dann, wenn man den Einzelnen als Subjektivität begreift, positiv bestimmt werden [...], was es heißt, daß mit dem Menschenrecht der modernen Gesellschaft alle Menschen frei werden“. <sup>132</sup> Die eigentliche Bestimmung des modernen Rechtsstaats erschöpft sich für ihn nicht in der Herstellung einer abstrakten, von jeglichem historischen Gehalt gereinigten Sphäre, in der die einzelnen Individuen als anonyme, atomistische „Personen“ ungehindert schalten und walten könnten. Sie wird vielmehr erst ersichtlich, wenn vorausgesetzt ist, dass alle Menschen „in ihrer Subjektivität – religiös in ihrem Verhältnis zu Gott, ethisch in ihrem Gewissen und mit allem, was ihr Selbstsein ausmacht, als Freie zu Subjekten der politischen, rechtlichen und gesellschaftlichen Ordnung werden“. <sup>133</sup> Nur dann nämlich zeigt sich, dass diese Ordnung in Wahrheit keine andere Aufgabe hat, als allen Menschen als konkreten Individuen in ihrer historischen Besonderheit die Möglichkeit einzuräumen, ihre je eigenen religiösen, moralischen, politischen, allgemein weltanschaulichen Überzeugungen, Einstellungen und Anliegen zu entwickeln, sie zu verfolgen und ihr Leben nach ihnen auszurichten. Mit der modernen Gesellschaft und ihrem abstrakten Recht wird „der einzelne in seiner Subjektivität und im ganzen Reichtum seines religiösen, sittlichen persönlichen Seins in das Recht gesetzt, in seinem Leben bei sich selbst und er selbst zu sein“. <sup>134</sup>

Demnach leistet die Subjektivität für Ritter einen essentiellen Beitrag zur universellen Verwirklichung menschlicher Freiheit in der modernen Welt, indem sie die für die „Freiheit des Selbstseins [...] wesentlichen geschichtlichen Substanzen“ <sup>135</sup> in dem geschichtslosen Zusammenhang der bürgerlichen Industriegesellschaft, ihres rationell versachlichten Arbeits- und Wirtschaftslebens und ihrer abstrakten Rechtsordnung präsent hält und zur Geltung bringt. Auf diesem Weg bleiben just diejenigen geistigen, weltanschaulichen, religiösen und sittlichen Gehalte, die die Gesellschaft selbst in ihrer Beschränkung auf den Naturbereich menschlichen Daseins ausklammern muss, um ihre Mitglieder als von Natur Freie und Gleiche behandeln zu können, in Gestalt der rechtsstaatlich eingehegten Subjektivität eben dieser Mitglieder in ihr erhalten. So habe es die Subjektivität „übernommen, religiös das Wissen um Gott, ästhetisch das Schöne, als Moralität das Sittliche zu bewahren und gegenwärtig zu halten, das auf dem Boden der Gesellschaft in der Versachlichung der Welt zu einem bloß Subjektiven wird“. <sup>136</sup> In dieser – nicht zuletzt durch die Aus-

132 Joachim Ritter: Subjektivität und industrielle Gesellschaft (wie Anm. 96), S. 28.

133 Ders.: Hegel und die Reformation, in: ders.: Metaphysik und Politik (wie Anm. 53), S. 310-317, hier S. 313.

134 Ders.: Subjektivität und industrielle Gesellschaft (wie Anm. 96), S. 30 f.

135 Ders.: Hegel und die französische Revolution (wie Anm. 53), S. 230.

136 Ders.: Subjektivität und industrielle Gesellschaft (wie Anm. 96), S. 33.



bildung von historischem und ästhetischem Sinn vermittelten<sup>137</sup> – Vergegenwärtigung der nicht durch die Gesellschaft gesetzten, sondern ihr geschichtlich vorgegebenen und für sie doch wesentlichen Bezüge des menschlichen Daseins bestehe allgemein „ihre Größe und ihr weltgeschichtliches Amt“.<sup>138</sup>

Hätte zunächst der Anschein entstehen können, dass Ritter die in der modernen Welt realisierte Freiheit nur als Recht im Rahmen der liberalen gesellschaftlichen Ordnung fasst, so wird nun deutlich, dass die vollständige Verwirklichung der Freiheit für ihn von Bedingungen abhängt, die nicht schon mit der Emanzipation der Gesellschaft und ihrem abstrakten Recht erfüllt sind. Diese bilden zwar die notwendige Voraussetzung für die Verwirklichung der Freiheit, machen aber noch nicht deren Wirklichkeit selbst aus. Sie ist erst erreicht, wenn die Einzelnen sich in ihrem Rahmen die geschichtlichen Gehalte und Zusammenhänge ihres Daseins vergegenwärtigen, sie sich in der Perspektive der Subjektivität zu eigen machen und ihr Leben an ihnen ausrichten können. Die Gesellschaft stellt gleichsam nur die äußere Form menschlicher Freiheit dar, die durch die Individuen in ihrer geschichtlich geprägten Besonderheit erst von innen her mit substanziellem Leben zu erfüllen und damit zu voller Wirklichkeit zu entfalten ist. Dabei wird der aristotelische Gedanke, dass sich die menschliche Natur stets gesellschaftlich-politisch verwirklichen muss, in der Rekonstruktion von Hegels Sittlichkeitsbegriff auf das Dasein in der modernen, durch die Entzweiung von Subjektivität und Gesellschaft geprägten Lebenswirklichkeit bezogen und für sein Verständnis fruchtbar gemacht. Ebenso wie Aristoteles die institutionelle Verfasstheit des Lebens in der antiken Polis als Verwirklichung der individuellen Freiheit ihrer Bürger ansah, lassen sich demnach auch im Blick auf die Gegenwart die „objektiven und allgemeinen Institutionen, Gesetze, Gewohnheiten in einem Staate, der auf Freiheit gegründet ist, als Wirklichkeit subjektiver Freiheit“<sup>139</sup> begreifen. Sie bilden – im Verhältnis zur Moderne und so in der Ausweitung auf alle Menschen im ganzen Umfang ihrer jeweiligen persönlichen Besonderheit – im gleichen Sinne die „institutionelle Wirklichkeit menschlichen Selbstseins“.<sup>140</sup> In diesem Sinne ist die freiheitliche gesellschaftliche Ordnung nach Ritter auf die subjektive Aneignung historisch gewachsener Zusammenhänge verwiesen, die sie auf der Basis ihrer eigenen abstrakten Prinzipien weder begreifen noch erzeugen kann. Ihre weltgeschichtliche Bedeutung besteht darin, „daß sie in der Form der Entzweiung die in der Subjektivität bewahrte Substanz

137 Vgl. Joachim Ritter: Die Aufgabe der Geisteswissenschaften in der modernen Gesellschaft (wie Anm. 93) u. ders.: Landschaft. Zur Funktion des Ästhetischen in der modernen Gesellschaft. In: ders.: Subjektivität (wie Anm. 93), S. 141-163.

138 Ders.: Subjektivität und industrielle Gesellschaft (wie Anm. 96), S. 33.

139 Ders.: Moralität und Sittlichkeit (wie Anm. 129), S. 305.

140 Ebd., S. 304.

freigibt und damit als den lebendigen Inhalt der von ihr gesetzten Freiheit erhält“.<sup>141</sup>

### Die große Wirkung: Das Münsteraner „Collegium“ und die „Ritter-Schule“

Die beträchtliche Wirkung der Überlegungen Joachim Ritters zur modernen Welt nahm ihren Ausgang ursprünglich von seinem „Collegium Philosophicum“ in Münster. Hier wurden die Weichen für die Aufnahme und Weiterentwicklung jener theoretischen Motive gestellt, mit denen die später so genannte „Ritter-Schule“ gemeinhin in Verbindung gebracht wird. Das „Collegium“ war ein philosophischer Gesprächskreis, der aus dem von Ritter 1947 begründeten Philosophischen Oberseminar an der Universität Münster hervorging und über mehrere Jahrzehnte Bestand hatte. Die Runde war ausgesprochen heterogen zusammengesetzt. Sie versammelte nicht nur Anhänger unterschiedlichster philosophischer Strömungen, sondern umfasste auch Vertreter anderer wissenschaftlicher Fachrichtungen. Zu den Teilnehmern gehörten Ernst-Wolfgang Böckenförde, Karlfried Gründer, Max Imdahl, Friedrich Kambartel, Martin Kriele, Hermann Lübbe, Odo Marquard, Ludger Oeing-Hanhoff, Willi Oelmüller, Günter Rohmoser, Hans Jörg Sandkühler, Gunter Scholtz, Jürgen Seifert, Robert Spaemann, Rainer Specht, Rudolf Vierhaus und Bernard Willms.<sup>142</sup>

Der äußeren Form nach waren die Zusammenkünfte von der Tradition informeller Studiengruppen und exklusiver Oberseminare geprägt. In ihnen sollte unter zwölf bis zwanzig von Ritter ausgewählten Studierenden und Doktoranden „ein wissenschaftliches Gespräch in Gang gebracht werden, das die Ebene von Ausbildung [...] überschritt und etwas von dem konstituierte, was Universität ausmacht und von bloßen Hochschulen unterscheidet.“<sup>143</sup> Zieht man Ritters eigene Ausführungen zu diesem Unterschied in Betracht, so lässt sich vermuten, dass damit die Schaffung eines von gesellschaftlichen Nützlichkeitsabwägungen und politischer Instrumentalisierung abgeschirmten Raumes gemeint war, in dem Bildung noch im traditionellen, von persönlichen Beziehungen geprägten Rahmen einer „Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden im Sinne Platons und der ‚Akademie‘“<sup>144</sup> stattfinden konnte. Eine nach

141 Joachim Ritter: Hegel und die französische Revolution (wie Anm. 53), S. 232.

142 Vgl. Ernst-Wolfgang Böckenförde u. a. (Hrsg.): Collegium Philosophicum. Studien, Joachim Ritter zum 60. Geburtstag. Basel, Stuttgart 1965.

143 Vgl. Jürgen Seifert: Joachim Ritters „Collegium Philosophicum“. Ein Forum offenen Denkens. In: Richard Faber, Christine Holste (Hrsg.): Kreise – Gruppen – Bünde. Zur Soziologie moderner Intellektuellenassoziationen. Würzburg 2000, S. 189-197, hier S. 190 f.

144 Joachim Ritter [Diskussionsbemerkung], in: Hans J. Wolff: Die Rechtsgestalt der Universität. Köln, Opladen 1956, S. 43.

diesem Vorbild „akademische“ Bildung hatte für Ritter nicht die praktischen Zwecken untergeordnete und didaktisch asymmetrische Form einer „Unterweisung [...], die Wissenschaft nur in der Zusammenfassung ihrer Resultate auf einem bestimmten, durch den [...] Ausbildungszweck gesetzten Stande voraussetzt“, sondern vollzieht sich vermittelt einer „auf freie Forschung gegründeten Lehre“.<sup>145</sup>

Unter Ritters Leitung befasste man sich jedes Semester mit einer klassischen Schrift der Philosophiegeschichte, darunter etwa Kants „Kritik der reinen Vernunft“ oder Hegels „Rechtsphilosophie“. Daneben wurden seit 1956 in einem kleineren Lesekreis auch aktuelle Neuerscheinungen vorgestellt und besprochen. Allgemein ging es darum, die philosophischen Texte auf die Gegenwart zu beziehen und für ihr Verständnis fruchtbar zu machen. Dabei zeichneten sich die Sitzungen dadurch aus,

daß Ritter zwar den Rahmen setzte, aber eine Vielfalt unterschiedlicher Positionen zu Wort kommen ließ. [...] Er konnte sich selbst zurücknehmen und war in besonderer Weise fähig, andere Auffassungen zu rezipieren [...]. Fremdartiges zu ertragen und es zu ermöglichen, daß jeder im Collegium sich selbst und eigenen [sic] Fragen einzubringen vermag, [...] machte Ritter zum Garanten eines Freiraumes des Denkens.<sup>146</sup>

Dass Ritters Auftreten im „Collegium“ in der Tat von einem Ethos geistiger Offenheit und Liberalität geprägt war, das sich auch den dort stattfindenden Gesprächen mitteilte, ist verschiedentlich hervorgehoben worden. Insbesondere hat er, so Odo Marquard, „seine Schüler nicht auf seine eigenen Themen“<sup>147</sup> verpflichtet. Seine Art zu lehren folgte dem Gedanken einer theoretischen Betrachtung der geschichtlichen Wirklichkeit, in deren Verbindlichkeit keinerlei Belehrung oder Indoktrination wirksam wird, sondern allein die Evidenz der historisch zu Tage tretenden Sache selbst.<sup>148</sup>

Unter diesen Rahmenbedingungen konnte sich in Münster in den 1950er Jahren eine für das geistige Leben der Zeit beispiellose Kultur intellektuellen Austauschs entfalten. Während in Freiburg oder Frankfurt noch grundsätzliche Vorbehalte gegenüber der modernen Gesellschaft gepflegt wurden und andernorts die historische Wiederaneignung der Klassiker im Vordergrund stand, wurde philosophische Lektüre hier unmittelbar auf das Zeitgeschehen bezogen. Im Ausgang von Überlegungen Ritters begannen viele seiner Schüler da-

145 Ders.: Neue Universitäten und Universitätsreform. In: Gesellschaft der Freunde der Universität Dortmund e. V. 2 (1967), S. 3-12, hier S. 8.

146 Seifert: Collegium Philosophicum (wie Anm. 143), S. 191.

147 Odo Marquard: Abschied vom Prinzipiellen. Auch eine autobiographische Einleitung. In: ders.: Abschied vom Prinzipiellen. Philosophische Studien. Stuttgart 1981, S. 4-22, hier S. 7.

148 Vgl. Karlfried Gründer: Erfahrung der Geschichte. In: Gedenkschrift Joachim Ritter. Münster 1978, S. 21-58, hier S. 21.

bei auch früh, eigene Wege einzuschlagen. Entsprechend der inneren Liberalität des „Collegiums“, der Verschiedenartigkeit der in ihm vertretenen Temperamente, Interessen und Standpunkte und der Vielfalt an intellektuellen Anregungen eröffnete sich so ein breites Spektrum an systematischen Perspektiven. Dabei scheinen vor allem gewisse grundsätzliche Divergenzen in der Einschätzung der zeitgenössischen Lebenswirklichkeit ausschlaggebend geworden zu sein. So verfasste Odo Marquard zum zehnjährigen Bestehen des „Collegium“ 1957 eine „Fundamentalkantate für Solostimme und Chor mit gemischten Gefühlen“, die in ironischen Versen bereits eine deutliche Reserve gegenüber der Zeitdiagnose des Lehrers erkennen lässt. Darin heißt es:

Und wir streichen nicht die Segel, / selbst in noch so düft'ger Zeit, / denn wir haben ja den Hegel, / und der Hegel weiß Bescheid: / die Entzweiung ist Versöhnung, / Illusion, daß man sich quält, / denn dem Menschen fehlt fast gar nichts, nur die Einsicht, daß nichts fehlt.<sup>149</sup>

Es dürfte nicht zuletzt mit dem hier anklingenden Ungenügen an Ritters zustimmender Deutung der Moderne im Zeichen des positiv gewendeten Entzweigungsbegriffs zusammenhängen, dass einige seiner Schüler später den Weg einer realen (Wieder-)Herstellung der vermeintlich verlorenen Einheit einschlugen. So begann sich auf der einen Seite seit den späten 1960er Jahren eine „rittersche Rechte“ zu formieren, die gegenüber der Konzentration der Hegelinterpretation Ritters auf Entzweiung und bürgerliche Gesellschaft an den zentralen systematischen Stellenwert erinnerte, der bei Hegel selbst der Kategorie der Versöhnung und damit Staat, Religion und Philosophie zukommt. In diesem Sinne hatte Günter Rohrmoser bereits 1961 beanstandet, die „Grundthese“ seines Lehrers laufe letztlich darauf hinaus, „daß die Entzweiung selbst die Versöhnung sei“, und demgegenüber nachdrücklich betont, dass „Hegels Dialektik des Begriffs das Moment der Synthesis des Entzweiten in sich einschließt“. <sup>150</sup> Auf der damit vorgezeichneten Linie wurden in der Folge auch Möglichkeiten ausgelotet, angesichts der scheinbar nihilistischen Implikationen von Aufklärung und Liberalismus und der resultierenden Krisen- und Verfallserscheinungen der modernen bürgerlichen Gesellschaft in einer moralisch-politischen Wende erneut die Versöhnungspotenziale von Religion und Nation zu aktualisieren. <sup>151</sup>

Auf der anderen Seite zeichneten sich in den 1960er und 70er Jahren zeitweise auch Ansätze einer „ritterschen Linken“ ab, die an Ritters hegelianischer

149 Odo Marquard u. a.: Fundamentalkantate für Solostimme und Chor mit gemischten Gefühlen zum zehnjährigen Bestehen des Collegium Philosophicum. In: Dierse (Hrsg.): Joachim Ritter zum Gedenken (wie Anm. 28), S. 175-184, hier S. 182.

150 Rohrmoser: Subjektivität und Verdinglichung (wie Anm. 85), S. 86.

151 Vgl. ders.: Religion und Politik in der Krise der Moderne. Graz u. a. 1989 u. Bernard Willms: Die Deutsche Nation. Köln 1982.

Deutung der modernen bürgerlichen Industriegesellschaft im Zeichen der Vollendung der Weltgeschichte den kritischen Stachel und das auf praktische Veränderung ausgerichtete Geschichtsbewusstsein vermisste und die Auseinandersetzung mit ihr daher unter umgekehrten geschichtsphilosophischen Vorzeichen suchte. So erkannte Hans Jörg Sandkühler zwar die Sicht seines Lehrers auf Hegels „Rechtsphilosophie“ als philosophische Theorie der modernen Gesellschaft an, bemängelte allerdings, dass ihr „das Vermögen noch abgeht, über das Begreifen hinaus die gesellschaftlich-ökonomische Entzweiung [...] in der Veränderung ihrer Bedingungen aufzuheben“. <sup>152</sup> Entsprechend wurde auch Ritters Ausführungen zur kompensatorischen Ausbildung des historischen Bewusstseins in den Geisteswissenschaften in marxistisch-leninistischer Perspektive die Entwicklung eines wahrhaften, auf aktive Veränderung abzielenden Geschichtsbewusstseins entgegengehalten, die letztlich mit dem Erwachen des revolutionären Bewusstseins der Arbeiterklasse konvergierte. Gegenüber dem bloß antiquarischen Aufheben und Sammeln des historisch gebildeten Bürgertums erschien die „lebendige Mißachtung des zu Recht Vergangenen“ als „wirklich dialektische Aufhebung“. <sup>153</sup>

Zwischen diesen beiden Polen bildeten insbesondere Hermann Lübke, Odo Marquard und Robert Spaemann, aber auch Ernst-Wolfgang Böckenförde und Martin Kriele, eine breite „rittersche Mitte“. Hier machte man sich Joachim Ritters zustimmende Deutung der modernen Welt ausdrücklich zu eigen und baute sie später unter dem Eindruck der neomarxistisch inspirierten, systemkritischen Studenten- und Protestbewegung zu unterschiedlichen Spielarten eines liberal-konservativen „Modernitätstraditionalismus“ <sup>154</sup> aus, der die zeitgenössische Lebenswirklichkeit und den in ihr „geschichtlich erreichten Stand öffentlich anerkannter und teilweise bereits institutionalisierter sittlich-politischer Errungenschaften“ <sup>155</sup> würdigt und gegen Antimodernismen restaurativer, revolutionärer und postmodernistischer Ausrichtung in Schutz nimmt. Ritters positive Wendung des Entzweigungsbegriffs definierte dabei die unhintergehbare normative Voraussetzung, unter der in der Folge auch ganz anders geartetes, mitunter zutiefst illiberales Gedankengut in liberaler Perspektive aufgenommen und zu Gunsten moderner Rechtsstaatlichkeit gewendet werden konnte. Nach diesem selektiven Rezeptionsmuster wurde beispielsweise Carl

152 Hans Jörg Sandkühler: *Freiheit und Wirklichkeit. Zur Dialektik von Politik und Philosophie bei Schelling*. Frankfurt a. M. 1968, S. 81.

153 Ders.: *Praxis und Geschichtsbewusstsein. Studie zur materialistischen Dialektik, Erkenntnistheorie und Hermeneutik*. Frankfurt a. M. 1973, S. 374 f.

154 Vgl. Odo Marquard: *Zeitalter der Weltfremdheit? Beitrag zur Analyse der Gegenwart*. In: ders.: *Apologie des Zufälligen. Philosophische Studien*. Stuttgart 1986, S. 76-97, hier S. 94.

155 Willi Oelmüller: *Die unbefriedigte Aufklärung. Beiträge zu einer Theorie der Moderne von Lessing, Kant und Hegel. Mit einer neuen Einleitung*. Frankfurt a. M. 1979, S. I.

Schmitts Dezisionismus bei Lübke parlamentarismustheoretisch eingefasst,<sup>156</sup> Arnold Gehlens Anthropologie und Institutionenlehre bei Marquard in eine liberal-skeptische Apologie der Bürgerlichkeit überführt<sup>157</sup> oder Leo Strauss' kosmologisches Naturrechtsverständnis bei Spaemann auf die normativen Grundlagen des modernen Rechtsstaates bezogen.<sup>158</sup> Auf diesen Wegen vollzog sich unter ritterschen Prämissen eine „adaptive Transformation konservativer Theoreme an liberale Verfassungsrealitäten“,<sup>159</sup> in deren Verlauf selbst nachhaltig diskreditierte Überlieferungsbestände in entsprechender Neuauslegung für den philosophischen Diskurs der Bundesrepublik anschlussfähig und für eine affirmative Deutung ihrer freiheitlich-demokratischen Grundordnung fruchtbar gemacht wurden. Die „befreienden und demokratisierenden Wirkungen“, die diese „Aufnahme und Umformung des ‚klassischen‘ Neukonservatismus der Schmitt, Freyer, Gehlen für die politische Kultur in Deutschland gehabt hat“, sind nach Paul Nolte keineswegs zu unterschätzen; ihre „demokratische Neuinterpretation“ sei „möglicherweise verdienstvoller“ gewesen, „als sie in den Giftschränk der deutschen Ideengeschichte sperren zu wollen.“<sup>160</sup>

#### Schluss: Kultur der Freiheit – Ritters Liberalismus heute

Joachim Ritter hat – vermittelt über seine Schüler – weit verzweigte Wirkungen auf die intellektuelle Landschaft der Bundesrepublik entfaltet. Allerdings sind die ursprünglichen Anliegen seines politischen Denkens in diesem „Wirkungsspektrum“ keineswegs in vollem Umfang aufgegangen. So ist kaum zu übersehen, dass sich die meisten seiner Schüler im Zuge der Aufnahme und Aneignung einzelner Motive zum Teil beträchtlich von ihm selbst sowie voneinander entfernt haben. Zur „modernitätstraditionalistisch“ hochgerüsteten Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bei Marquard, Lübke, Spaemann, Böckenförde und Kriele gehört ihre ebenso vehemente Kritik unter konservativen bzw. progressivistischen Vorzeichen bei Rohmoser oder Willms auf der einen und Seifert oder Sandkühler auf der anderen Seite. Insofern dürfte es sich durchaus lohnen, Ritters eigenen Ansatz in seinen ur-

156 Vgl. Hermann Lübke: Carl Schmitt liberal rezipiert. In: ders.: Die Aufdringlichkeit der Geschichte. Herausforderungen der Moderne vom Historismus bis zum Nationalsozialismus. Graz, Wien, Köln 1989, S. 309-323.

157 Vgl. Odo Marquard: Menschliche Endlichkeit und Kompensation. Bamberger Hegelwochen '94. Bamberg 1995.

158 Vgl. Robert Spaemann: Die Aktualität des Naturrechts. In: ders.: Philosophische Essays. Erweiterte Ausgabe. Stuttgart 1994, S. 60-79.

159 Hacked: Philosophie der Bürgerlichkeit (wie Anm. 4), S. 293.

160 Paul Nolte: Konservatismus in Deutschland. Geschichte – und Zukunft? In: Merkur 55 (2001), S. 559-571, hier S. 567.

sprünglichen Intentionen, Gehalten und Potenzialen zuletzt noch einmal in den Blick zu nehmen, um abschließend seine Bedeutung für das liberale Denken der Gegenwart zu umreißen.

Der im Ausgang von Hegel entwickelte Begriff der Entzweigung gab Ritter die Möglichkeit, das von Verächtern wie Verfechtern der Moderne zum absoluten Bruch stilisierte Auseinandertreten von abendländischer Herkunftswelt und moderner Zivilisation positiv zu deuten und als die unabdingbare Voraussetzung für die universelle Verwirklichung individueller Freiheit zu begreifen. Entsprechend brachte er stets ein von Grund auf zustimmendes Verständnis der modernen bürgerlichen Gesellschaft und des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaats zur Geltung. Er würdigte die erst in ihrem Rahmen uneingeschränkt ermöglichte Freiheit des Einzelnen und kritisierte die restaurative Neigung der Zivilisationskritik Weimarer Prägung, angesichts sozialer und kultureller Krisen, Konflikte und Entfremdungserscheinungen der Moderne die Bindungskraft vormoderner Gemeinschaften und die sinnstiftende Wirkung ihrer religiösen oder metaphysischen Weltbilder zu beschwören. In dieser Hinsicht unterscheidet sich Ritters Ansatz auch von den „neoklassischen“ Tendenzen Hannah Arendts, Leo Strauss' oder Eric Voegelins, die moderne Industriegesellschaft im Lichte der antiken Polis als eines Ideals humaner Vollendung und harmonischen Zusammenlebens abzuwerten.<sup>161</sup> Gleichwohl hat er ebenso wenig mit dem resignativen Konservativismus eines technokratischen Denkens zu tun, nach dem der aus den urwüchsigen Traditionen der Vormoderne freigesetzte Einzelne ersatzweise Halt im „stählernen Gehäuse“ übermächtiger Institutionen und objektiver Sachgesetzmäßigkeiten des ökonomisch-industriell-bürokratischen Komplexes suchen muss. Ritter akzeptiert die moderne Gesellschaft nicht bloß notgedrungen, weil Besseres als die in ihr erreichte Freiheit abstrakter Rechtspersonen und ungehinderten wirtschaftlichen Unternehmertums historisch nicht mehr zu erhoffen wäre.<sup>162</sup> Er bejaht sie vielmehr aus vollem Herzen, weil sie für ihn gerade in ihrer Entzweigungsstruktur die wahrhaftige und vollständige Entfaltung menschlichen Selbstseins im ganzen Umfang seiner geschichtlich gewordenen Bedeutungsgehalte und Sinnperspektiven und damit letztlich das Glück für alle Menschen in Aussicht stellt. Sie ist

als die Macht der Differenz und der Entzweigung die Bedingung dafür, daß zum ersten Male in der Geschichte der Menschheit dem Menschen als Menschen die Möglichkeit zugehört, ‚Persönlichkeit‘ zu sein und sich selbst und so der Freiheit

161 Vgl. Henning Ottmann: Platon, Aristoteles und die neoklassische politische Philosophie der Gegenwart. Baden-Baden 2005, S. 5 f.

162 Vgl. Jörg Lau: Lob der Entfremdung. In: Merkur 57 (2003), S. 258-267, hier S. 265.



im Reichtum des geschichtlich gebildeten Menschseins schließlich im Horizont aller Kulturen Dasein und Wirklichkeit zu geben.<sup>163</sup>

Im Unterschied zu libertären Strömungen oder radikal emanzipatorischen Ansätzen sozialistischer Ausrichtung unterstreicht Ritter allerdings stets auch, dass die moderne freiheitliche Ordnung keineswegs für sich bestehen kann, sondern aus geschichtlich überlieferten Beständen lebt. Entsprechend erinnert er gegenüber einem Liberalismus, der Freiheit ausschließlich negativ, als innere Übereinstimmung mit sich selbst und Abwesenheit äußerer Einschränkungen fasst, an ihre positive Bestimmung als Entfaltung menschlichen Selbstseins und damit zugleich an ihre historisch gewachsenen kulturellen und politischen Voraussetzungen. Anders als der zeitgenössische Kommunitarismus deutet Ritter diese Voraussetzungen freilich nicht im Sinne der kontingenten Traditionen einer beliebigen partikularen Gemeinschaft, deren Vorstellung des Guten sich der Einzelne unterzuordnen hätte.<sup>164</sup> Er fasst sie vielmehr als eine spezifisch moderne, rationale und universalistische Kultur, eine „Kultur der Freiheit“, in deren weltgeschichtlich ausgebildeten rechtsstaatlich und demokratisch geprägten Praktiken, Institutionen und Traditionen sich das einzelne Individuum auch und gerade in seiner Subjektivität und Autonomie anerkannt wissen kann.<sup>165</sup> Von der darin implizierten Perspektive auf den Zusammenhang zwischen individueller Freiheit und moderner liberaler Kultur gehen wichtige Anregungen für die aktuelle Diskussion um Zivilgesellschaft und Neue Bürgerlichkeit aus.<sup>166</sup> So rufen Ritters Überlegungen zum einen in Erinnerung, dass sich die Selbstentfaltung des Individuums nicht in der luftleeren Sphäre subjektiver Innerlichkeit oder abstrakter negativer Freiheitsspielräume vollziehen kann, sondern auf konkrete Betätigungsfelder im Rahmen einer politisch verfassten Gemeinschaft und ihrer freiheitlichen gesellschaftlichen Praxis und institutionellen Ordnung verwiesen ist. Allerdings betont er zugleich, „daß die gleiche Gesellschaft, die einerseits dem Einzelnen zu seiner Vernunft verhilft, andererseits darauf angewiesen bleibt, daß er sich zum Träger und Hüter ihrer Ordnungen macht“,<sup>167</sup> und bringt damit letztlich ein wechselseitiges Bedingungsverhältnis zur Geltung, in dem auch bürgerschaftliche Tugend und zivilgesellschaftliches Engagement der Einzelnen eine tragende Bedeutung erhalten.

163 Ritter: *Person und Eigentum* (wie Anm. 92), S. 278.

164 Vgl. etwa Alasdair MacIntyre: *Der Verlust der Tugend. Zur moralischen Krise der Gegenwart*. Frankfurt a. M. 1981.

165 Vgl. für einen ähnlichen Ansatz heute Udo di Fabio: *Die Kultur der Freiheit*. München 2005.

166 Vgl. Jens Hacke: *Politische Bürgerlichkeit. Variationen einer Denkfigur in der deutschen Sozialphilosophie nach 1945*. In: Heinz Bude, Joachim Fischer, Bernd Kauffmann (Hrsg.): *Bürgerlichkeit ohne Bürgertum. In welchem Land leben wir?* München 2010, S. 33-56, hier S. 47 f.

167 Joachim Ritter: *Das bürgerliche Leben. Zur aristotelischen Theorie des Glücks*. In: ders.: *Metaphysik und Politik* (wie Anm. 53), S. 57-105, hier S. 101.



Darin liegt nicht zuletzt die Einsicht in die zutiefst prekäre Stellung eines politischen Gemeinwesens, das von geschichtlich gewachsenen Traditionsbeständen abhängig ist und zehrt, die es aus sich selbst heraus weder herzustellen noch auch nur zuverlässig zu sichern vermag: Einerseits wird der moderne Rechtsstaat von einer umfassenden geistig-sittlichen Überlieferung getragen, die den Sinn seiner liberalen Ordnung erst verständlich werden lässt und dem Leben der Einzelnen in den von ihr eröffneten Freiheitsspielräumen einen substantziellen Bedeutungshorizont bietet. Andererseits jedoch kann er diese Überlieferung nicht mehr verbindlich machen, ohne zugleich hinter die moderne Entzweiung zurückzufallen und seine freiheitliche Verfasstheit damit preiszugeben.<sup>168</sup> Stärker als an den resoluten „Selbstbehauptungsliberalismus“<sup>169</sup> des Kalten Krieges mag diese Ambivalenzfigur an den „tragischen Liberalismus“ Isaiah Berlins erinnern, nach dem es das unabänderliche Schicksal des modernen Menschen ist, inmitten einer irreduziblen Vielfalt unvereinbarer, oftmals widerstreitender Orientierungsgrößen zu leben.<sup>170</sup> Allerdings eröffnet Ritters geschichtsphilosophischer Ansatz einen integrativen Blickwinkel, der den Zusammenhang der verschiedenen Wertsphären und Wirklichkeitsperspektiven modernen Lebens im Nachvollzug der historischen Dynamik ihrer Ausbildung und damit der Sinnhaftigkeit ihres Verhältnisses zueinander verständlich zu machen vermag. Das ist auch ethisch und politisch von entscheidender Bedeutung. Denn nachdem er über keine legitimen oder auch nur effektiven Zwangsmittel mehr verfügt, die die ihn selbst geschichtlich tragende Überlieferung sichern könnten, muss der liberale Rechtsstaat nach Ritter letztlich darauf setzen, dass seine Bürger die Gehalte dieser Überlieferung aus eigener Einsicht annehmen und aus freiem Willen weitertragen. Insofern erscheint es als eine im wahrsten Sinne vitale Aufgabe moderner praktischer Philosophie, „im Zusammenhang der ganzen, in der Weltgeschichte gewordenen sittlich-geistigen Welt“<sup>171</sup> die eigentliche Bedeutung jener Ideale, Haltungen, Gepflogenheiten und Einrichtungen zu vergegenwärtigen, die die freiheitlich-demokratische Kultur des modernen Lebens ausmachen und in ihr verkörpert sind. Das gilt zumal, wenn diese Bedeutung in Vergessenheit zu geraten, der Verflachung anheimzufallen, von Selbstmissverständnissen überschattet oder von Ideologien verstellt zu werden droht. Von hier aus ergeben

168 Vgl. im Anschluss an Ritter klassisch Ernst-Wolfgang Böckenförde: Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation. In: Sergius Buve u.a.: Säkularisation und Utopie. Ebracher Studien. Stuttgart 1967, S. 75-94, hier S. 93 f.

169 Jens Hacke: Politische Ideengeschichte und die Ideologien des 20. Jahrhunderts. Im Spannungsfeld historischer und politiktheoretisch geleiteter Absichten. In: ders., Matthias Pohl (Hrsg.): Theorie in der Geschichtswissenschaft. Einblicke in die Praxis des historischen Forschens. Frankfurt a. M. 2008, S. 147-170, hier S. 166.

170 Vgl. Steffen W. Groß: Mannigfaltigkeit und Liberalität. Isaiah Berlins tragischer Liberalismus. In: Dialektik (2002) 1, S. 141-152.

171 Ritter: Person und Eigentum (wie Anm. 92), S. 265.

sich auch Bezüge zu ‚interpretativen‘ Ansätzen zeitgenössischen politischen Denkens.<sup>172</sup> Gleich Hegels „Eule der Minerva“ muss die politische Philosophie auch nach Ritters Überzeugung „in jedem ihrer Schritte hermeneutisch verfahren als die Reflexion dessen, was geworden ist“.<sup>173</sup> In der philosophischen Auslegung der weltgeschichtlich gewachsenen modernen Kultur der Freiheit hat sie die Aufgabe, „die Voraussetzungen und die Zusammenhänge zum Begriff zu bringen, in die menschliches Handeln aus Freiheit hineingestellt ist, und in denen es deren Verwirklichung ist und zu sein vermag.“<sup>174</sup>

172 Vgl. Charles Taylor: Quellen des Selbst. Die Entstehung der neuzeitlichen Identität. Frankfurt a. M. 1994. Axel Honneth, Das Recht der Freiheit. Grundriß einer demokratischen Sittlichkeit, Frankfurt a. M. 2013.

173 Ritter: Das bürgerliche Leben (wie Anm. 167), S. 77.

174 Ders.: Einleitung. In: Jürgen Blühdorn, Joachim Ritter (Hrsg.): Recht und Ethik. Zum Problem ihrer Beziehung im 19. Jahrhundert. Frankfurt a. M. 1970, S. 10.



## Autorenverzeichnis

Sebastian Demel, Jg. 1983, Dr. des., Akademischer Mitarbeiter am Lehrstuhl für Zeitgeschichte an der Universität Mannheim

Dominik Geppert, Jg. 1970, Prof. Dr. phil., Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Mitglied im Kuratorium des Wolf-Erich-Kellner-Preises

Ewald Grothe, Jg. 1961, Dr. phil., Leiter des Archivs des Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Gummersbach, apl. Professor an der Universität Wuppertal, Mitherausgeber des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung

Stefan Grüner, Jg. 1964, PD Dr. phil., derzeit Vertreter des Lehrstuhls für Neuere und Neueste Geschichte an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt

Jens Hacke, Jg. 1973, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hamburger Institut für Sozialforschung, Wolf-Erich-Kellner-Preisträger 2006.

Sylvia Heinemann, Jg. 1969, Dr. phil., freiberufliche Lehrerin, Mitarbeiterin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Berlin

Lothar Höbelt, Jg. 1956, Prof. Dr. phil., ao. Professor für neuere Geschichte an der Universität Wien, Generalsekretär der International Commission for the History of Representative & Parliamentary Institutions

Wolther von Kieseritzky, Jg. 1960, Dr. phil., Referent im Archiv des Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Gummersbach, Mitglied der Redaktion des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung

Michael Kitzing, Jg. 1980, Dr. phil., freiberuflicher Historiker in Singen

Heike Knortz, Jg. 1962, Dr. phil., apl. Professorin für Wirtschaftsgeschichte, Leiterin des Instituts für Ökonomie und ihre Didaktik der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe

Markus Llanque, Jg. 1964, Prof. Dr. phil, Professor für Politische Theorie an der Universität Augsburg

Jörg Leonhard, Jg. 1967, Prof. Dr. phil., Inhaber des Lehrstuhls für Geschichte des Romanischen Westeuropa an der Universität Freiburg, Wolf-Erich-Kellner-Preisträger 1999

Jochen Merkle, Jg. 1980, Doktorand an der Universität Tübingen, Geschäftsführer der Reinhold-Maier-Stiftung, Stuttgart

Patrick Ostermann, Jg. 1967, PD Dr. phil., Privatdozent an der TU Dresden, Mitglied der Schulleitung des Rhein-Wied-Gymnasiums in Neuwied

Karl Heinrich Pohl, Jg. 1943, Prof. Dr. phil., em. Prof. für Geschichte und ihre Didaktik an der Christian-Albrechts-Universität Kiel

Anton Schindling, Jg. 1947, Prof. Dr. phil., Professor für Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität Tübingen, Mitherausgeber des Historischen Jahrbuchs

Mark Schweda, Jg. 1975, Dr. phil., Junior Research Fellow am Lichtenberg-Kolleg der Georg-August-Universität Göttingen, Wolf-Erich-Kellner-Preisträger 2013

Peter Steinbach, Jg. 1948, Prof. Dr. phil., Lehrstuhlinhaber für Neuere und Neueste Geschichte/Zeitgeschichte an der Universität Mannheim